

Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzband / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen -ZUMA-. (1999). *Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus* (ZUMA-Nachrichten Spezial, 6). Mannheim. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-50966-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Vorwort

Im 6. Band der Reihe „ZUMA-Nachrichten Spezial“ werden Forschungsarbeiten vorgestellt, die sich mit der Analyse von Strukturen des Arbeitsmarktes, von Haushalten und Familien und sozialer Ungleichheit beschäftigen. Das Besondere daran ist, daß in sämtlichen Arbeiten amtliche *Individualdaten* als Datenbasis verwendet werden, nämlich die von den Statistischen Ämtern jährlich durchgeführte Mikrozensus-Erhebung.

Bis vor wenigen Jahren wäre dies noch nahezu unmöglich gewesen, war der Zugang zu amtlichen Individualdaten doch mit ungleich höherem Aufwand und Kosten verbunden als der vergleichsweise einfache Zugang zu Individualdaten der Empirischen Sozialforschung. Erst mit dem Start eines von der GESIS und dem Statistischen Bundesamt initiierten Pilotprojektes (<http://www.zuma-mannheim.de/data/microdata/>), in dem der Mikrozensus 1995 - und mittlerweile auch andere amtliche Daten - als Scientific-Use-File der Forschung zu günstigen Konditionen bereitgestellt wird, stieg die Nutzungshäufigkeit rapide an.

Die steigende Zahl der Nutzer des Scientific-Use-Files der Mikrozensusdaten veranlaßte die ZUMA-Abteilung Mikrodaten, im Oktober 1998 eine Konferenz mit dem Titel „Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur und zum Arbeitsmarkt“ durchzuführen, die sich vorwiegend an eben jene Nutzer der Mikrozensusdaten richtete. Hauptziel dieser in Deutschland erstmals durchgeführten Nutzerkonferenz war es, einen Informationsaustausch zwischen den Nutzern einerseits und zwischen den Nutzern und den statistischen Ämtern andererseits zu schaffen.

Die mehr als 20 Vorträge, die auf der Konferenz gehalten wurden und von denen ein Großteil im vorliegenden Band abgedruckt ist, belegen eindrucksvoll die reichhaltigen Nutzungsmöglichkeiten der Mikrozensusdaten. Viele der vorgetragenen Fragestellungen wären mit den verfügbaren kleineren Stichproben der Umfrageforschung nur bedingt zu bearbeiten gewesen. Nicht zuletzt dokumentieren diese Vorträge auch die verbesserte Zusammenarbeit zwischen amtlicher Statistik und empirischer Sozialforschung.

Danken möchte ich *Bernhard Schimpl-Neimanns* und *Heike Wirth* für die Unterstützung bei der Begutachtung der Manuskripte und *Irene Fischer* und *Anouk Hoffmeister* für die Mitwirkung bei den redaktionellen Arbeiten.

Paul Lüttinger
Mannheim, im Oktober 1999

DER MIKROZENSUS ALS DATENQUELLE SOZIALWISSENSCHAFTLICHER FORSCHUNG

WALTER MÜLLER

Im Jahre 1957 wurde in Deutschland zum ersten Mal der Mikrozensus durchgeführt. Im Jahre 1997, gewissermaßen zu seinem 40. Geburtstag, hat er eine sehr bedeutsame Erweiterung seiner Nutzung erfahren. Das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter haben sich in einer wegweisenden Entscheidung zu einer neuen Politik entschlossen, die im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten die wissenschaftliche Analyse der Daten außerhalb der Statistischen Ämter entscheidend verbessert: Der Mikrozensus wird in der Form anonymisierter Mikrodaten für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung in einem standardisierten Verfahren und für den Forscher ohne großen bürokratischen Aufwand und zu tragbaren Kosten zugänglich gemacht. Die Abteilung Mikrodaten bei ZUMA hat diese neue Nutzungsmöglichkeit gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt umgesetzt: die Anonymisierungsvorkehrungen vorbereitet, hilfreiche INTERNET-Seiten zur Datendokumentation mitentwickelt und Programmroutinen geschaffen, die dem einzelnen Forscher die Arbeit mit dem Mikrozensus erleichtern.

Damit sind wir Zeuge eines fast revolutionären Wandels, der sich in der Zusammenarbeit zwischen amtlicher Statistik und Forschungseinrichtungen außerhalb der amtlichen Statistik vollzogen hat. Wenn es auch einige Begrenzungen in den Daten, die verfügbar sind, gibt, so können wir doch feststellen: Im Vergleich zur Situation davor ist ein entscheidender Schritt vorwärts geschehen, vor allem im Hinblick auf die Kosten, die Einfachheit des Verfahrens und die Geschwindigkeit, mit denen die Daten interessierten Nutzern zur Verfügung gestellt werden. Damit werden die öffentlichen Ressourcen, mit denen die Daten des Mikrozensus geschaffen werden, zu einem erheblich gesteigerten Ertrag führen. Die Forschung hat auch sofort damit begonnen, das neue Potential zu nutzen. Der Mikrozensus wird für neue Fragestellungen erschlossen; seine Daten werden mit vielfältigeren methodischen Verfahren analysiert; durch die größere Zahl der Wissenschaftler und Forschungseinrichtungen, die nun die Daten flexibel nutzen können, wird ihr Potential verstärkt ausgeschöpft werden. Die Beiträge in diesem Band, die schon in kurzer Zeit im wesentlichen aus diesem verbesserten Datenzugang der Forschung resultieren, sind ein erster Beleg dafür.

Die Beiträge in diesem Band belegen auch einen Ausschnitt der breiten Palette von Fragen, zu denen der Mikrozensus konsultiert werden kann und zu denen er verlässlich fundierte Antworten zu geben vermag. Mühelos könnten weitere soziale und wirtschaftliche Problembereiche und Fragestellungen für die Forschung aufgeführt werden, zu deren Untersuchung der Mikrozensus beitragen kann. Auf solche Darstellungen des spezifischen Leistungspotentials aber auch der Einschränkungen der Daten des Mikrozensus kann hier verzichtet werden. Sie sind schon an anderer Stelle beschrieben (Müller/Hauser 1987; Hartmann 1989; Esser u.a. 1989; Alba/Müller/Schimpl-Neimanns 1994; Lüttinger/Riede 1997; Müller 1998; Schimpl-Neimanns 1998). Die Entwicklung, die zu der gegenwärtigen Lage der Mikrozensusnutzung in der wissenschaftlichen Forschung geführt hat, ist aber nicht selbstverständlich und die Geschichte des Mikrozensus ist nicht abgeschlossen. Deshalb möchte ich mit den folgenden Bemerkungen zum Mikrozensus als Datenquelle sozialwissenschaftlicher Forschung zunächst einen Blick in die Vergangenheit werfen und die Schritte in Erinnerung rufen, die in Deutschland zu der gegenwärtigen Lage geführt haben. Zum andern will ich fragen, welche wesentlichen neuen Herausforderungen sich für die Zukunft des Mikrozensus stellen. Ich sehe sie hauptsächlich in seiner Funktion als eine entscheidende Säule innerhalb der europäischen Sozialstatistik. Deshalb werde ich mich im zweiten Punkt auf diesen Aspekt des Aufbaus der europäischen Sozialstatistik konzentrieren und auf die Anforderungen, die sich für den Mikrozensus daraus ergeben.

Der Blick zurück

Die wesentlichen Schritte in der Entwicklung und Bedeutung des Mikrozensus als zentrale bevölkerungs-, erwerbs- und sozialstatistische Erhebung der amtlichen Statistik für die Aufgaben der *amtlichen Statistik* sind in dem vor kurzem erschienenen Beitrag von Emmerling/Riede (1997) beschrieben. In den *Sozial- und Wirtschaftswissenschaften* begann seine Nutzung schon kurz nach der ersten Erhebung im Jahre 1957. In der Soziologie flossen erste Ergebnisse aus dem Mikrozensus in die damaligen Darstellungen und Lehrbücher zur Sozialstruktur der Bundesrepublik ein (Bolte/Aschenbrenner 1964; Bolte/Kappe 1964; Claessens/Klönne/Tschoepe 1965). Sie betrafen allerdings nur wenige Grunddaten zur Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur, die aus entsprechenden Tabellen in den Statistischen Jahrbüchern und einzelnen Beiträgen in „Wirtschaft und Statistik“ mehr oder weniger unbearbeitet übernommen wurden. Ab den 70er Jahren haben dann vor allem die Soziale Indikatoren-Bewegung und die Interessen einer wissenschaftsbasierten Sozialberichterstattung den großen Nutzen der regelmäßig erhobenen Großstichproben der amtlichen Statistik erkennen lassen. Die relative Robustheit dieser Daten, ihr jährlicher Erhebungszyklus und die langfristige Verfügbarkeit machten sie zu einer sehr wert-

vollen Datengrundlage für die in der kontinuierlichen Sozialberichterstattung angestrebte Beobachtung des sozialen Wandels. Mikrozensusergebnisse wurden wichtige Bestandteile in den systematisch aufgebauten und aufeinander abgestimmten Konzeptionen von sozialen Indikatoren zur Messung der unterschiedlichen Dimensionen von Lebensbedingungen (vgl. dazu Zapf 1977; Noll 1997). Diese Indikatoren konnten teilweise ebenfalls aus den von den Statistischen Ämtern veröffentlichten Tabellen berechnet werden, teilweise basierten sie auf entsprechenden Sonderauswertungen durch die Statistischen Ämter. Neu an dieser Nutzung war die Integration in umfassend angelegte Konzepte der Gesellschaftsbeobachtung und ihre kontinuierliche Fortschreibung in langen Reihen, die seit einiger Zeit auch computerlesbar zur weiteren Verarbeitung zur Verfügung stehen (Noll 1995).

Spätestens mit den 70er Jahren verbreiteten sich in der Wissenschaft aber auch das Interesse und die technischen Möglichkeiten für weitergehende Analysen der durch die amtliche Statistik erstellten großen Datenbasen. Zu dieser Zeit fanden vor allem über die Pfadanalyse und die loglineare Modellierung auch in der deutschen Soziologie und empirischen Sozialforschung die Methoden der multivariaten statistischen Analyse verstärkter Eingang (Harder/Pappi 1969; Ziegler 1970; Müller/Mayer 1971; Müller 1972; Hummel/Ziegler 1976). Das Interesse, nicht nur die in der Regel kleinen Datensätze der empirischen Sozialforschung, sondern auch die Daten der amtlichen Statistik mit diesen Verfahren der multivariaten Kontrolle zu analysieren, nahm zu. Es wurde um so stärker, je mehr die universitären Rechenzentren die Rechenkapazitäten zur Verfügung stellen konnten, mit denen die Verarbeitung der Massendaten der amtlichen Statistik realisierbar erschien und je mehr Wissenschaftler eigene effiziente Analysesysteme zur Verarbeitung dieser Daten entwickelten (Handl 1981). Vor allem der Mikrozensus und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wurden als Datenbasen entdeckt, die nicht nur vorwiegend für Zwecke der Größenschätzung bestimmter Bevölkerungsgruppen und ihrer Veränderung genutzt werden sollten. Sie sollten vielmehr wie die eigenen Datensammlungen in den Sozialwissenschaften nach theoretischen Konzepten analysiert oder zur Prüfung von Theorien verwandt werden. In Teilen der empirisch orientierten Ökonomie entwickelte sich etwa im gleichen Zeitraum die Vorstellung, Konsequenzen politischer Entscheidungen in ihren ökonomischen und sozialen Auswirkungen durch Mikrodatensimulation durchsichtig zu machen und damit die politischen Entscheidungsprozesse auf rationalere Grundlagen zu stellen (Krupp 1968). Für diese Zwecke der Nutzung der Daten der amtlichen Statistik in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften reichten die durch die Statistischen Ämter veröffentlichten Tabellen, so differenziert und fein aufgegliedert sie auch waren, in der Regel nicht aus. Sie erforderten den Zugang zu den ursprünglichen Daten der Individuen oder Haushalte, die die Untersuchungseinheiten der Erhebung bil-

deten und für die die Untersuchungsvariablen aufgezeichnet wurden. Die Forscher benötigten die Mikrodaten der amtlichen Statistik.

Die Sozialpolitische Forschergruppe Frankfurt/Mannheim bildete mit dem SPES-Projekt einen der Kristallisationskerne, in denen diese neuen Formen der Nutzung der Daten der amtlichen Statistik besonders intensiv versucht und vorangetrieben wurden (Krupp/Zapf 1977). Die ökonomischen Kollegen in der sozialpolitischen Forschergruppe in Frankfurt haben für ihre Simulationen sozialpolitischer Entscheidungen das sog. integrierte Mikrodatenfile entwickelt, in dem sich Informationen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und Informationen aus dem Mikrozensus gegenseitig ergänzten (Brennecke 1975; Galler/Steger 1978; Kortmann 1978; Klanberg 1978; Helberger 1982). Einer Projektgruppe in Mannheim – Johann Handl, Karl Ulrich Mayer und mir selbst – erschien dagegen das Potential der Mikrozensus-Zusatzbefragung von 1971 „Berufliche und soziale Umschichtung der Bevölkerung“ vielversprechend. Dieser mit seinem detaillierten Frageprogramm zur sozialen Herkunft und zum beruflichen Werdegang der Befragten einmalige Datensatz der deutschen amtlichen Statistik bot für eine differenzierte Analyse der durch den Zweiten Weltkrieg hervorgerufenen sozialen Umschichtungen und der Sozialstrukturentwicklung in den ersten Nachkriegsjahrzehnten weit bessere Voraussetzungen als alle anderen in den Sozialwissenschaften vorhandenen Daten oder solche, die man damals mit dort verfügbaren Mitteln selbst hätte generieren können (Handl/Mayer/Müller 1977). Durch Vermittlung und Unterstützung von Heinz Grohmann hat uns das Statistische Bundesamt diesen Datensatz für wissenschaftliche Analysen nahezu kostenlos zugänglich gemacht. Schon damals hat sich diese Offenheit der amtlichen Statistik insofern gelohnt, als aus den Daten mehrere Bücher und zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze entstanden sind. Das SPES-Projekt konnte für seine Arbeiten auch einige andere Mikrozensusen aus den 70er Jahren erwerben. Leider wurde dann im Zuge der sich verschärfenden Datenschutzdiskussion diese wissenschaftsfreundliche Form der Datenweitergabe abgebrochen.

Eine weitere Etappe auf dem Weg zur selbstverständlichen Verwendung der Mikrodaten der amtlichen Statistik für sozialwissenschaftliche Analysen hat dann das von der Stiftung Volkswagenwerk in den Jahren 1979-1984 an der Universität Mannheim finanzierte VASMA-Projekt¹ gebildet. Die mit der Mikrozensus-Zusatzerhebung von 1971 gemach-

¹ Das VASMA-Projekt (Vergleichende Analysen der Sozialstruktur mit Massendaten) wurde von Johann Handl, Karl Ulrich Mayer, Walter Müller und Wolfgang Zapf bei der Stiftung Volkswagenwerk beantragt. Nach seiner Bewilligung wurde es von Walter Müller geleitet. Aus dem Projekt sind zwölf Bücher und mehr als 50 wissenschaftliche Aufsatzveröffentlichungen hervorgegangen. Sie

ten guten Erfahrungen waren ein wichtiger Anlaß dafür. Die gewonnenen Erkenntnisse zur Sozialstruktur der ersten Nachkriegsjahrzehnte sollten durch historisch länger zurückgreifende Entwicklungsanalysen vertieft und durch neuere Mikrozensus aktualisiert werden. Durch Vergleiche mit anderen Ländern sollte zudem geklärt werden, inwieweit die Befunde für Deutschland allgemeine Entwicklungsprozesse darstellten oder aus spezifischen nationalen Entwicklungsbedingungen, institutionellen Konstellationen oder politischen Einflüssen resultierten. Alle diese großen Fragen sollten wiederum möglichst auf der Grundlage von Mikrodaten der amtlichen Statistik beantwortet werden, weil nur dort Datenreihen zur Verfügung standen, die in hinreichend vergleichbarer Weise weit in die Vergangenheit zurückreichten und auch auf ausreichende internationale Vergleichbarkeit hoffen ließen. Das Projekt sollte zugleich auch zur Klärung der Frage führen, ob eine längerfristige Investition in eine Infrastruktureinrichtung zur Unterstützung der Mikrodatenanalyse von Daten der amtlichen Statistik in den Sozialwissenschaften sinnvoll ist.

Um die historischen Daten der amtlichen Bevölkerungs-, Erwerbs-, Berufs- und Arbeitsstättenstatistik in der Form von Quasi-Mikrodaten verfügbar zu haben, hat das Projekt in einer großen Anstrengung die früher in sehr differenzierten Tabellen veröffentlichten Daten dieser Erhebung edv-lesbar aufbereitet, Vergleichskonzepte und Vergleichsschlüssel für Langfristanalysen erstellt (Stockmann/Willms-Herget 1985) und in ausgewählten Beispielen vor allem im Hinblick auf den langfristigen sozialen Wandel der Frauenarbeit (Müller/Willms-Herget/Handl 1983; Willms-Herget 1985), der Betriebs- und Unternehmensstrukturen (Stockmann 1986) oder der sozialen Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen (Lüttinger 1989) analysiert. Gegenwartsbezogene Untersuchungen für Deutschland waren dagegen dadurch erheblich behindert, daß das Projekt in die Zeit der Geltung des Bundesstatistikgesetzes von 1980 fiel. Dieses Gesetz erlaubte die Übermittlung von Einzelangaben an die Wissenschaft nur bei Sicherstellung von *absoluter* Anonymität. Deshalb haben die Statistischen Ämter die Weitergabe von Mikrodaten aus den Mikrozensus äußerst restriktiv gehandhabt. Sie sahen sich dazu veranlaßt, Mikrodaten in einer Weise zu anonymisieren, die eine sinnvolle Nutzung in der Wissenschaft massiv eingeschränkt hat. Das VASMA-Projekt hat sich deshalb bis weit in die 80er Jahre hinein immer wieder auf die alte Zusatzerhebung vom Mikrozensus 1971 gestützt (z.B. Handl 1988), oder sich auf die Mikrodaten der Volkszählung von 1970 konzentriert.² Da die

belegen das große Potential, das Daten der amtlichen Statistik für unterschiedliche Aspekte der Sozialstrukturanalyse haben können.

² Das Gesetz zur Durchführung der Volkszählung von 1979 erlaubte explizit die Nutzung anonymisierter Daten durch die Wissenschaft. Entsprechende Analysen für die Volkszählung von 1987 sind bis heute unmöglich, weil das entsprechende Gesetz die wissenschaftliche Nutzung von Mikrodaten nicht erlaubt.

sinnvolle Nutzung aktueller deutscher Mikrozensusdaten weitgehend unterbunden war, ist das Projekt zudem auf die Analyse entsprechender Daten aus dem Ausland (Frankreich, Österreich, Ungarn, USA) (Haller 1989) ausgewichen, um auf diesem Weg die absurden Züge der damaligen Datenschutzdiskussion zu verdeutlichen.

Trotz der ungeklärten Datenzugangsfrage konnten die inhaltlichen Erträge dieser Analysen eine Expertengruppe des Wissenschaftsrates davon überzeugen, im Rahmen der Gründung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) bei ZUMA als Nachfolgeeinrichtung des VASMA-Projektes eine Mikrodatenabteilung einzurichten. Ihr wurde die Aufgabe übertragen, für die Sozialwissenschaften den Zugang zu Mikrodaten der amtlichen Statistik zu erschließen, ihre Nutzung in der Forschung zu unterstützen und durch eigene wissenschaftliche Arbeiten voranzubringen. Die Einrichtung dieser Abteilung wurde aber zunächst nur als zeitlich befristetes Projekt bewilligt, solange nicht absehbar war, ob verbesserte Regelungen der Datenweitergabe an die Wissenschaft dort die Nutzung amtlicher deutscher Mikrodaten überhaupt als aussichtsreich erscheinen ließ.

Eine der ersten großen Aufgaben der Mikrodatenabteilung bestand deshalb darin, die Entwicklung von Datenweitergaberegeln voranzubringen. Sie sollten dem Datenschutz gerecht werden, ohne das wissenschaftliche Nutzungspotential der Daten entscheidend einzuschränken. Nachdem eine Novellierung des Bundesstatistikgesetzes 1987 die Weitergabe von Mikrodaten an die Wissenschaft an das Prinzip der *faktischen* Anonymität gebunden hat, konnten im sog. Anonymisierungsprojekt entsprechende Regeln entwickelt, geprüft und später auch implementiert werden (Müller 1991). Damit waren zunächst die formalen Voraussetzungen geschaffen. Auf der Grundlage eines Beschlusses der Konferenz der Amtsleiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wurden Mikrodaten der Forschung unter den neuen Bedingungen zur Verfügung gestellt. Erfreulicherweise hatte dies dann auch die Entfristung der Mikrodatenabteilung bei ZUMA zur Folge. Einer intensiven Nutzung dieser Daten in der Wissenschaft standen aber weiterhin die hohen Kosten entgegen, die das Statistische Bundesamt für die Lieferung der Daten berechnete. Diese unbefriedigende Situation waren für Wolfgang Zapf und mich der Anlaß, im Rahmen der GESIS und mit Hilfe der Mikrodatenabteilung von ZUMA das von vielen wissenschaftlichen Einrichtungen und einzelnen Wissenschaftlern unterstützte „Memorandum zur Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu Mikrodaten der amtlichen Statistik“ (Zuma-Nachrichten 39: 1996) zu initiieren und in Gesprächen mit dem Statistischen Bundesamt nach neuen Lösungen der Finanzierungsfrage zu suchen. Zum Erfolg dieser Initiative hat dann auch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie entscheidend beigetragen. Hansvolker Ziegler hat mit dem Statistischen Bundesamt ein Pilotprojekt vereinbart und aus Haushaltsmitteln des BMBF

finanziert. Auf der Grundlage dieser Verträge wurden und werden verschiedene Datensätze aus dem Mikrozensus, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, der Zeitbudgeterhebung und des Europäischen Haushaltspanels anonymisiert, Standard-Wissenschaftsfiles aufbereitet und interessierten wissenschaftlichen Einrichtungen mit tragbaren Abwicklungsgebühren zur Verfügung gestellt. An langfristig tragfähigen Lösungen der Finanzierungsfrage muß weiter gearbeitet werden. Erste Schritte sind inzwischen erreicht. Durch Mittel der GESIS konnte die Datenbasis des Mikrozensus erweitert werden. Von der Forschung können die Mikrozensen 1989, 1991, 1993 und 1997 ebenfalls gegen eine Gebühr von 130 DM bezogen werden. Der Statistische Beirat (1999) hat in seinen Bericht an die Bundesregierung als eine der Maßnahmen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik die „Bereitstellung kostengünstiger anonymisierter Mikrodaten für die Wissenschaft“ empfohlen.

Diese Darstellung der Entwicklung des langen Weges bis zu einer tragfähigen institutionellen Lösung der Nutzung amtlicher Mikrodaten in der Wissenschaft beschreibt vor allem den Prozeß, der zur Einrichtung der Mikrodatenabteilung bei ZUMA geführt hat und nennt einige der Beiträge, die dabei für einen verbesserten Zugang zu Mikrodaten der amtlichen Statistik geleistet wurden. Es konnte aber nur zu diesem Ergebnis kommen, weil viele Wissenschaftler den Nutzen von Mikrodaten für die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung erkannt haben und diese Daten ebenfalls für ihre Arbeiten genutzt haben. Schon früh wurden Mikrodaten der amtlichen Statistik auch für die Armutsforschung (z.B. Hauser u.a. 1981), für die Bildungsforschung (Peisert 1967; Blossfeld 1985; Rodax 1989; Köhler 1992; Handl 1996), für die Arbeitsmarktforschung (Klein 1988; Bellmann/Reinberg/Tessarling 1995; DiPrete u.a. 1997; Pfeiffer/Brade 1995; Pfeiffer 1999) oder für Untersuchungen zur Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtern (Diekmann/Engelhard/Hartmann 1993; Jungbauer-Gans in diesem Band) genutzt. Auch das wachsende Interesse für die Ursachen und die Gründe der Aufrechterhaltung regionaler Disparitäten steigerte das Interesse an amtlichen Daten in der Sozialwissenschaftlichen Forschung (Bertram 1995). Teilweise konnten diese Arbeiten, wie etwa beim Aufbau der großen Regionaldatenbank des Deutschen Jugendinstitutes durch Kooperation mit der Mikrodatenabteilung unterstützt werden. Diese vielfältige Nutzung konnte den Bedarf für eine zukunftsfähige Lösung des Zugangs zu Mikrodaten sicher am besten unterstreichen. Sie machte die zahlreichen Gespräche in den Statistischen Ämtern und die verschiedenen öffentlichen Stellungnahmen glaubhaft, die immer wieder auf eine dem Stand der methodischen Entwicklung entsprechende Nutzung der Daten der amtlichen Statistik gedrängt haben.³ In jüngster Zeit hat ein Memorandum von

³ Vgl. dazu beispielsweise die Referate vor dem Statistischen Beirat von Krupp (1982) und Müller (1983), die Beiträge u.a. von Wolfgang Zapf (1985) auf dem Wiesbadener Gespräch zu „Daten-

Fachvertretern der Wirtschaftswissenschaften den Datenbedarf nochmals eindringlich formuliert (Hauser/Wagner/Zimmermann 1998). Die Vorträge und Diskussionen auf der im Anschluss an dieses Memorandum vom Statistischen Bundesamt veranstalteten Konferenz lassen eine Zukunft intensiverer Kooperation zwischen den Statistischen Ämtern und Wissenschaftlern in universitären und anderen Forschungseinrichtungen erwarten. Es bestehen gute Aussichten, daß diese Kooperation sich nun auch in Deutschland den guten Vorbildern in einer Reihe anderer Länder anschließt, die in der Vergangenheit oft auch ein Motiv zum Aufbau ähnlich erfolgreicher Kooperationsstrukturen in Deutschland waren. Vor dem Hintergrund des sehr hohen Stellenwertes des Datenschutzes in der Gesetzgebung Deutschlands und in der öffentlichen Diskussion kommt sicher auch denjenigen ein hohes Verdienst für die Öffnung des Zugangs zu Mikrodaten zu, die deutlich zu machen verstanden, daß die wissenschaftliche Forschung den Datenschutz im eigenen Interesse sehr ernst nimmt (Grohmann u.a. 1980; Kaase u.a. 1980).

Insgesamt macht dieser Rückblick vielleicht deutlich: Es war eine aufwendige und schwierige Geburt, eine Geburt mit einer sehr langen Vorgeschichte. Die schließlich erreichte Niederkunft konnte mit gutem Ausgang nur zustande kommen, weil ihr in unterschiedlichen Funktionen viele Geburtshelfer beigegeben haben.

Ausblick: Der Mikrozensus in der europäischen Statistik

Von der Vergangenheit in die Zukunft: Welchen Entwicklungen muß der Mikrozensus gerecht werden, damit er auch in seinem fünften Jahrzehnt und im kommenden Jahrhundert eine für die sozialwissenschaftliche Forschung attraktive Datenbasis bleibt? Ich will zunächst einige allgemeine Gesichtspunkte nennen, die Veränderungen und Umstellungen bei einem Datenerhebungsprogramm wie dem Mikrozensus erfordern können. Aus den vielen Entwicklungen, die Revisionen im Mikrozensusdesign und seinem Erhebungsprogramm bedingen können, will ich dann nur die Implikationen der europäischen Einigung etwas gründlicher diskutieren.

notstand und Datenschutz“ und die Beiträge zu der von Klaus Allerbeck organisierten Konferenz „Nutzung von anonymisierten Einzelangaben aus Daten der amtlichen Statistik“, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt (1987), die Empfehlungen im Gutachten zur inhaltlichen und methodischen Gestaltung des Mikrozensus von Esser u.a. 1989:380 sowie entsprechende Monita durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (1996) oder Empfehlungen durch den Statistischen Beirat. Die erwähnte Konferenz erscheint mir im Rückblick deshalb besonders wichtig, weil in ihrem Zusammenhang Klaus Allerbeck einige der Grundideen formuliert hat, die später zum Anonymisierungsprojekt geführt haben.

Veränderungsbedarf für ein Datenerhebungsprogramm wie den Mikrozensus kann im wesentlichen aus drei Gründen resultieren:

- *Neue gesellschaftliche Entwicklungen und Problemlagen* können neue oder zusätzliche Daten oder Veränderungen in den Datenerhebungskonzepten erfordern. Wenn zum Beispiel Personen, die in sehr enger Solidarbeziehung zueinander stehen, zunehmend in getrennten Wohnungen leben, läuft ein Untersuchungsansatz, der nur Beziehungen zwischen Personen im gleichen Haushalt abbildet, zunehmend Gefahr, die soziale Realität zu verzeichnen (Bien/Marbach 1991).
- *Neue inhaltlich-theoretischen Fragestellungen, methodische Erkenntnisse oder Forschungsansätze* können Implikationen haben für die Art der benötigten Daten. Beispiele sind die wachsende Einsicht in den dynamischen Charakter des gesellschaftlichen Geschehens, die zunehmend Datenstrukturen erforderlich machen, mit denen nicht nur Zustände zu einem gegebenen Zeitpunkt abgebildet werden können, sondern auch die Veränderungen, die Individuen im Zeitverlauf vollziehen oder denen sie ausgesetzt sind (Blossfeld/Hamerle/Mayer 1986; Blossfeld/Prein 1998). Der große Fortschritt in den Entwicklungen von Verfahren der Ereignis- und Paneldatenanalyse stellt auch an den Mikrozensus die Frage, wie die Panelkomponente, die in seinem Design schon enthalten ist, umgesetzt, optimiert und für die Forschung nutzbar gemacht werden könnte.
- *Neue Möglichkeiten in den Techniken der Datenerhebung.* Wenn die weitere Forschung die nicht unerheblichen Verbesserungen in der Qualität der Daten bestätigt, die neben einer schnelleren Abwicklung durch computerunterstützte Techniken der Befragung erzielt werden können (vgl. verschiedene Beiträge in Lyberg (1997)), dann muß gefragt werden, wann auch für den Mikrozensus diese Techniken umfassend genutzt werden.

Die Öffnung des Mikrozensus zur intensiveren Nutzung seiner Mikrodaten in der wissenschaftlichen Forschung wird dazu führen, daß seine Daten vermehrt auch mit anderen Methoden ausgewertet werden als mit denen, die in der amtlichen Statistik im Vordergrund stehen. Die Wissenschaft behandelt vermutlich auch ein breiteres Spektrum inhaltlicher Fragen als die, die in der Regel in der amtlichen Statistik zu beantworten versucht werden. Einzelne Beiträge dieses Bandes machen dies schon deutlich. Sie zielen geradezu darauf ab, die relativen Vorzüge, aber auch Probleme des Mikrozensus für Fragestellungen zu explorieren, für die er bislang noch nicht oder kaum genutzt wurde, für die er sich aber zumindest in einzelnen Aspekten – evtl. erst nach entsprechender Anpassung – recht gut zu eignen scheint, beispielsweise für die Inzidenz des Armutsrisikos auf spezifische Bevölkerungsgruppen oder Regionen; für andere regionsspezifische Fragestellungen wie

die Bildungsbeteiligung; für die Untersuchung geringfügiger Erwerbstätigkeit, für die Analyse von Haushalts-Unternehmenskomplexen oder andere Aspekte der beruflichen Selbständigkeit. Erweiterte Nutzung zeigt oft, daß nur geringfügige Veränderungen den Datensatz verbessern könnten. Solche neuen Bedarfe sollten durch Nutzer artikuliert und begründet werden. Natürlich kann nicht jeder Bedarf gleich erfüllt werden, und die Auseinandersetzung damit kann zusätzliche Belastung für die amtliche Statistik bedeuten. Auf diesem Weg können aber auch wertvolle Impulse aus der Wissenschaft in die Statistik zurückfließen. Die Informationsversorgung und das Analysepotential der Daten können sich unter Umständen ohne oder mit nur geringen Grenzkosten entscheidend verbessern.

Für jeden der oben angeführten Punkte müßten die neueren oder absehbaren Entwicklungen gründlicher untersucht werden, die zu gut begründeten Revisionen im Konzept oder in der Durchführung des Mikrozensus Anlaß geben. Ich will nur auf eine Entwicklung eingehen, die so grundlegend ist, daß sie alle Punkte betrifft: Die europäische Integration und ihre Implikationen für den Mikrozensus. Im Vergleich zu den Integrationsschritten, die sich in der politisch-wirtschaftlichen Entwicklung Europas vollzogen haben, gibt es bislang erstaunlich wenig Daten, mit denen eine vergleichende Analyse der europäischen Gesellschaften möglich ist. Für die Analyse von Einstellungen und Orientierungen gibt es zwar die Serie der Eurobarometer, das ISSP und einige nur in großen Abständen und in ausgewählten Ländern durchgeführte Erhebungen, wie die „World Value Surveys“ oder die „World Fertility Surveys“. Im Vergleich zu den vielen unkoordinierten nationalen Erhebungen machen europaweit angelegte Surveys nur einen verschwindend kleinen Anteil aus. Sicher gibt es im Bereich der Markt- und Werbeforschung häufiger Erhebungen, die große Teile Europas abdecken. Aber bei den Daten zur Sozial- und Wirtschaftsstruktur ist das Mißverhältnis zwischen europäischer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Realität und der nationalen Ausrichtung von Informationssammlungen sehr ausgeprägt. Studien wie die von Infratest 1998 in allen EU-Staaten mit einem einheitlichen Instrument durchgeführte Befragung zur Erwerbstätigkeit und zu den Erwerbs- und Arbeitszeitpräferenzen der Bevölkerung bilden eine große Ausnahme.

Vor diesem Hintergrund kommt für die europäisch vergleichende Sozial- und Wirtschaftsforschung den Daten der amtlichen Statistik ein besonders hoher Stellenwert zu. Hier gibt es zum einen das Europäische Haushaltspanel. Es besteht erst seit kurzem und über seine längerfristige Zukunft ist noch nicht entschieden. Zur Aussagefähigkeit seiner Daten, ihrer Vergleichbarkeit und Qualität gibt es bislang kaum Untersuchungen. Eine zunehmend wichtigere Rolle für die europäisch vergleichende Forschung spielt dagegen die zweite wichtige Datenbasis der europäischen Sozial- und Wirtschaftstatistik: Die *europäischen Arbeitskräfteerhebungen*. Sie bilden das bislang zentrale Instrument für die vergleichende Untersuchung der Sozial-, Haushalts-, Bildungs-, Erwerbs- und Berufsstrukturen

und anderer wichtiger Aspekte der Sozialstruktur der europäischen Gesellschaften und des sozialen Wandels in diesen Gesellschaften. Die Arbeitskräfteerhebungen sind auf absehbare Zeit durch kein anderes Instrument zu ersetzen. Es gibt neben ihnen kaum vergleichbare Daten von ähnlicher Qualität und Größenordnung. Deshalb kommt ihnen für die europäische Sozial- und Erwerbsstatistik und für die europäisch vergleichende Sozial- und Wirtschaftsforschung eine so eminente Bedeutung zu.

Was aber ist die europäische Arbeitskräfteerhebung? Sie hat bereits eine längere Geschichte, die eng mit der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft verbunden ist, dieser aber letztlich immer hinterhergehinkt ist. Die europäische Arbeitskräfteerhebung basiert auf eigenständigen nationalen Arbeitskräfteerhebungen der Statistischen Ämter der Mitgliedsstaaten. Diese bekamen allmählich ein europäisches Format durch den Versuch, Erhebungskonzepte, Erhebungsdesign und Erhebungsverfahren der einzelnen Länder aufeinander abzustimmen und die Ergebnisse der nationalen Erhebungen durch das Europäische Statistische Amt in einer harmonisierten Weise für die jeweils zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Länder insgesamt und für die einzelnen Länder im Vergleich zueinander auszuwerten. In Deutschland werden die Daten dieser eigentlich nur nominal „europäischen“ Arbeitskräfteerhebung im Rahmen des Mikrozensus gesammelt. In anderen Ländern werden die Daten aus ähnlich ausgerichteten nationalen Erhebungen nach Luxemburg geliefert. Wegen dieser Verbindung kann die Diskussion über den deutschen Mikrozensus nicht mehr isoliert von seiner Funktion und Integration in der Europäischen Arbeitskräfteerhebung geführt werden. Die Weiterentwicklung des Mikrozensus oder anderer nationaler Arbeitskräfteerhebungen, die bislang in der Regel primär immer aus der Perspektive spezifischer nationaler Informationsbedürfnisse diskutiert wurden, muß heute auch mit Blick auf die Rolle des Mikrozensus im größeren Zusammenhang der europäischen Arbeitskräfteerhebung erfolgen.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Entwicklung für die nationalen Arbeitskräfteerhebungen und für den deutschen Mikrozensus? Zunächst ist zu beobachten, daß in den zurückliegenden Jahren der Teil des Mikrozensus, der speziell für die europäische Arbeitskräfteerhebung bestimmt ist, zunehmend größeren Raum einnimmt. Der europäisch definierte Teil des Mikrozensus wächst, der allein nationale Teil wird zumindest relativ kleiner. Der Mikrozensus hat zunehmend weniger eigenständigen Handlungsspielraum für die Aufnahme nationaler Informationsbedürfnisse und das im deutschen Mikrozensus ohnehin schon komplexe Austarieren zwischen den Interessen der Länder und des Bundes wird durch die wachsende europäische Definitionsmacht noch komplexer.

Aus beiden Sichtweisen, der nationalen und der europäischen, können u.U. unterschiedliche Entwicklungs- oder Reformimpulse oder -notwendigkeiten ausgehen. Aus vielen

Gründen können Zielkonflikte zwischen der nationalen und der europäischen Perspektive bestehen, z.B.

- wegen der unterschiedlichen Einbettung und Funktion des Mikrozensus oder entsprechender Erhebungen in anderen Ländern im Rahmen der übrigen statistischen Infrastruktur des jeweiligen Landes; unterschiedliche Traditionen von Informationssammlungen und Informationspräferenzen in den einzelnen Ländern oder unterschiedliche Grundlagen für Stichprobendesigns in einzelnen Ländern (beispielsweise der Verfügbarkeit oder Nicht-Verfügbarkeit von Einwohnerregistern oder der unterschiedlichen Führung solcher Register) schaffen unterschiedliche Voraussetzungen für die sinnvolle Durchführung einer Arbeitkräfteerhebung;
- wegen spezifischen Problemstellungen, die sich vor allem aus den supranationalen Aufgaben ergeben, denen Europäische Statistiken dienen sollen, im Unterschied zu dem nationalen Problembezug, zu den nationalen politischen Handlungsbedarfen oder Interessenlagen der nationalen Statistiken.

Bei allen Kosten, die damit verbunden sind, überwiegen m. E. dennoch die Vorteile einer konsequenten Europäisierung des Mikrozensus und der anderen nationalen Erhebungen. Dies gilt schon wegen des großen und anderweitig bislang nicht gedeckten Bedarfes an Mikrodaten für die europäisch vergleichende Gesellschafts- und Wirtschaftsanalyse. Eine zwischen den europäischen Einzelstaaten vergleichbare Datenbasis ist nicht nur ein Gewinn, weil damit Daten und Erkenntnisse über Europa zustande kommen. Es ist auch ein Gewinn für die einzelnen Länder, weil die eigene Situation oft erst durch den Vergleich mit anderen angemessen beurteilt werden kann. Für das Verständnis und die Evaluation der Wirkungsweise unterschiedlicher nationaler Institutionen oder politischer Maßnahmen ist die Verfügbarkeit vergleichbarer Daten unabdingbar.

Wie steht es mit dieser Vergleichbarkeit und wie hat sie sich in den letzten Jahren entwickelt? Leider gibt es dazu keine gründlichen Detailuntersuchungen. In ganz Europa hat dieses niemand im einzelnen ernsthaft geprüft. Es werden laufend Daten zu Europa veröffentlicht, deren Vergleichbarkeit nicht wirklich abgesichert ist. Auch meine folgenden Aussagen basieren nicht auf gründlichen Untersuchungen, sondern geben grobe Eindrücke wieder, die entsprechend unsicher sind.

Meiner Wahrnehmung nach hat sich im Verlauf der letzten 20 Jahre die Vergleichbarkeit zwar verbessert, aber bis zu einem befriedigenden Zustand ist es noch ein weiter Weg. Bislang besteht ein wichtiger Mechanismus der verbesserten Vergleichbarkeit darin, daß die verschiedenen Statistischen Ämter der Europäischen Staaten sich zunehmend auf gleiche theoretische und in manchen Fällen auch auf vergleichbare operationale Definitionen grundlegender Konzepte verständigen, die sie ihren Messungen zugrunde legen.

Bei der konkreten Umsetzung in empirische Operationen und Erhebungsinstrumente fehlt aber eine entsprechende Vereinheitlichung. Die nationalen Statistischen Ämter sind weitgehend frei darin, wie sie ihre Fragen formulieren und wie sie ihre Fragebögen konstruieren. Sie folgen dabei nach wie vor in hohem Maße etablierten nationalen Traditionen. Wenn man die nationalen Fragebögen vergleicht, erkennt man darin sicher thematische Ähnlichkeiten, aber die Wahrnehmung, daß es sich dabei um ein Unternehmen zur Sammlung international vergleichbarer Daten handelt, drängt sich nicht unmittelbar auf. Die Fragebögen unterscheiden sich sehr voneinander. Dem Vorgehen liegt das Modell der sog. Output-Harmonisierung zugrunde. Entscheidend sei die Übereinstimmung der Endergebnisse von Messungen mit den zugrundeliegenden theoretischen Konzepten. Identische Forschungsoperationen seien dazu nicht Voraussetzung.

Denkt man in Begriffen der Unterscheidung von konzeptueller Äquivalenz und von Meßäquivalenz, dann folgt die amtliche Statistik bei den Europäischen Arbeitskräfteerhebungen eindeutig der Strategie der konzeptuellen Äquivalenz. Es gibt manchmal gute Gründe für diese Strategie, aber wir wissen auch, daß große Risiken damit verbunden sind. In der europäischen Arbeitskräfteerhebung haben wir noch eine Situation, die – übertragen auf das Beispiel des Mikrozensus in den Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland – einer Erhebung gleichkäme, in der die Daten des Mikrozensus in jedem Bundesland nicht nur mit einem in den Formulierungen und im Aufbau unterschiedlichen Fragebogen gesammelt würde, sondern auch mit unterschiedlichen technischen Mitteln (CAPI, CATI, PAPI mit ausformulierten Fragen oder nach dem Modell des die Fragen teilweise nur in Stichworten andeutenden Erhebungsbogens des Deutschen Mikrozensus). In einigen Ländern (zum Beispiel in Dänemark) werden die Daten teilweise aus Verwaltungsregistern generiert.

Auch die Stichproben werden in den einzelnen Ländern nach unterschiedlichen Verfahren gewonnen. Ihr Design variiert und die Realisierung dieser Stichproben unterscheidet sich im Hinblick auf die Ausfallquoten in hohem Maße. Hier schneidet der Deutsche Mikrozensus mit einer Ausschöpfung von fast 100% außerordentlich gut ab, im Unterschied beispielsweise zu einer Ausschöpfung von ca. 50% im niederländischen Labour Force Survey. Auch in der Feldarbeit gibt es massive Unterschiede – vom Einsatz professioneller Interviewer, über Gelegenheitsinterviewer bis hin zur Selbstadministration des Fragebogens.

Ein weiteres Element, das die Vergleichbarkeit zumindest vorübergehend beeinträchtigen kann, kommt ab 1999 mit dem sog. neuen Target-Design hinzu. Damit sind die neuen Design-Vorgaben gemeint, die alle EU-Mitgliedstaaten in ihren Arbeitskräfteerhebungen anstreben sollen. Dieses neue Design rückt von der bislang in den meisten Ländern beste-

henden Praxis der Erhebung nach dem Konzept der sog. Berichtswoche ab. Die Daten sollen nicht mehr konzentriert zu einem bestimmten Zeitpunkt im Jahr erhoben und die abgefragten Informationen nicht mehr auf eine einzelne festgelegte Berichtswoche bezogen sein. Die Daten sollen vielmehr kontinuierlich über das Jahr gesammelt und die sogenannte Berichtswoche, auf die die Befragten ihre Angaben beziehen sollen, so auf über das Jahr aufgegliederte Unterstichproben verteilt sein, daß zumindest quartalsweise repräsentative Ergebnisse möglich sind.

Gegenüber dem bisherigen Konzept hat ein solcher kontinuierlicher Survey eine Reihe von Vorteilen. Der wichtigste inhaltliche Vorteil besteht in einer adäquateren Messung des in einem Erhebungsjahr (und in den einzelnen Quartalen) in einem Land geleisteten Arbeitsvolumens, dessen möglichst präzise Messung ja ein wichtiges Ziel der Arbeitskräfteerhebungen ist. Mit dem Konzept einer Berichtswoche war dieses immer schon problematisch und ist bei der zunehmenden Flexibilisierung von Arbeitszeiten noch problematischer geworden. Mit einer fixierten Berichtswoche kann man nur die in dieser Woche bestehende Erwerbsbeteiligung und das in dieser Woche geleistete Arbeitsvolumen schätzen. Das Ergebnis ist damit stark von den spezifischen Bedingungen in der gewählten Woche bestimmt. Denkt man nur an die unterschiedlichen jahreszeitlichen Schwankungen in so verschiedenen Ländern wie Finnland, Portugal oder Griechenland, kann man sich leicht vorstellen, daß es praktisch unmöglich ist, mit einer einzelnen Berichtswoche im Jahr eine vergleichbare Schätzung der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsvolumens in diesen Ländern zu erreichen. Es gibt eine Reihe anderer guter Gründe für eine kontinuierliche Erhebung, wie beispielsweise die bessere Erfassung von Arbeitskräften, die nur saisonal (etwa Studierende) beschäftigt sind oder die schnellere Verfügbarkeit von Ergebnissen jeweils schon nach einem Quartal und die damit verbundene Möglichkeit der Analyse saisonaler Schwankungen. Auch könnte das bisherige Stoßgeschäft der Erhebung entzerrt werden. Im Falle der Bundesrepublik müssten dann nicht mehr ca. 400 000 Haushalte mehr oder weniger auf einen Monat konzentriert befragt werden. Diese enorme Zahl von Befragungen könnte über das ganz Jahr verteilt und damit ein professionalisierter Erhebungs- und Datenaufbereitungsstab über das ganze Jahr kontinuierlich beschäftigt werden.

Die verschiedenen Länder werden dieses Konzept aber in unterschiedlicher Weise umsetzen. Die Berichtswochen werden in einzelnen Ländern in unterschiedlicher Weise auf das Jahr verteilt. Die bisher schon erhebliche Variation zwischen den Ländern in der Häufigkeit und in den zeitlichen Abständen der wiederholten Befragung der gleichen Haushalte wird sich noch vergrößern. Welche Folgen dies für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse hat, kann wahrscheinlich zur Zeit niemand einschätzen. Deutschland hat für 1999 das Mikrozensusdesign nicht an die neuen Vorgaben angepaßt. Es hat den Mikrozensus weiterhin nur im Frühjahr nach dem hergebrachten Berichtswochenkonzept erhoben. Es ist

noch nicht entschieden, ob die Anpassung später vorgenommen wird. Vorerst sollen die Daten für die geforderte Quartalsberichterstattung mit Hilfe der Beschäftigtenstatistik durch teilweise Hochrechnung oder Simulation geschätzt werden.

Dieser kurze Ausblick auf die europäische Ebene zeigt, daß der Mikrozensus und die mit ihm verwandten Arbeitskräfteerhebungen in den europäischen Ländern zwar ein großes Potential für die vergleichende Analyse der europäischen Gesellschaften haben. Der optimalen Nutzung dieses Potentials stehen aber noch erhebliche Hindernisse im Weg. Sie sind vor allem in Problemen der Vergleichbarkeit der einzelnen Erhebungen begründet. Soll dieses Potential ausgeschöpft werden, muß das Vergleichbarkeitsproblem ernsthaft angegangen werden. Dazu sind Anstrengungen auf unterschiedlichen Ebenen und durch unterschiedliche Beteiligte erforderlich.

- Alle Länder müssen zur Verbesserung der Vergleichbarkeit beitragen. Der Weg zu einer konsolidierten europäischen Statistik ist keineswegs einfach, denn es gibt in vielen Fällen wegen der unterschiedlichen nationalen Bedingungen sicher gute Gründe, weshalb in Land A bestimmte Sachverhalte bisher anders erhoben wurden als in Land B. Besser vergleichbare Daten können aber dennoch nur zustande kommen, wenn die Länder zum Ablegen geheiligter Traditionen bereit sind und kooperativ an der Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte und besser vergleichbarer Verfahren mitwirken. Es ist nicht zu vermeiden, daß es im Zuge einer echten Harmonisierung der europäischen Statistik zu Brüchen in den nationalen Zeitreihen kommt. Aber im Hinblick auf die Zukunft, die auch in der Statistik eine europäische ist, ist es besser, wenn entsprechende Anpassungen so früh wie möglich vorgenommen werden. Das gilt auch für Deutschland.⁴
- Die europäische Arbeitskräfteerhebung muß zum Gegenstand intensiver methodischer Forschung werden. Die methodischen Probleme einer validen und vergleichbaren Datenbasis für die europäischen Gesellschaften sind angesichts der unterschiedlichen Sprachen und Kulturen, der Vielfalt der institutionellen Regelungen und der Unterschiedlichkeit in den nationalen Statistiktraditionen gewiß um ein Vielfaches größer als je innerhalb der einzelnen Länder. Gerade weil die Arbeitskräfteerhebungen eine der wenigen Quellen sind, die regelmäßig grundlegende Informationen zu den europäischen Ländern und ihrer Entwicklung liefern, kann nicht hingenommen werden, daß die Vergleichbarkeit der Ergebnisse so wenig geprüft und gesichert ist. Wenn man

⁴ Im Hinblick auf die Aussagefähigkeit der europäischen Daten wäre zu wünschen, daß die Anpassungen in den einzelnen Ländern zum gleichen Zeitpunkt vorgenommen werden. Andernfalls wird über eine längere Zeit Unsicherheit über die Interpretation der Befunde bestehen, weil sie je nach Land etwas Unterschiedliches bedeuten.

selbst mit den Daten zu arbeiten versucht, stößt man häufig auf Probleme, zu denen auch im Europäischen Statistischen Amt keine Expertise zu finden ist. Die Kapazität des Amtes zum Aufbau kontinuierlicher methodischer Grundlagenforschung im Amt selbst und/oder in Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen außerhalb des Amtes sollte deshalb dringend verstärkt werden.

- Fortschritte in der angedeuteten Richtung könnten beschleunigt werden, wenn amtliche Statistik und Wissenschaft intensiv kooperieren. Nützliche Beiträge aus der Wissenschaft können schon darin bestehen, daß Probleme, denen man bei der Arbeit mit den Daten begegnet, aufbereitet, dokumentiert und verantwortlichen Stellen oder auch öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Möglichkeit dazu und zu weiterführenden Forschungsarbeiten ist aber so lange begrenzt wie der Zugang zu den Daten selbst noch äußerst restriktiv ist. Zur Zeit sind weder die Mikrodaten der harmonisierten Datenfiles von Eurostat zugänglich noch in einer einfachen Weise die ursprünglichen Mikrodaten aus den einzelnen Ländern. Beides wäre erforderlich, um in der Wissenschaft eine tragfähige methodische Grundlagenforschung aufzubauen und die Daten für eine verbesserte inhaltliche Forschung zur Entwicklung der europäischen Gesellschaften zu nutzen.

So führt uns der Ausblick in die Zukunft an den Beginn zurück. Auf europäischer Ebene muß offensichtlich noch viel Zeit und Energie darauf verwandt werden, Memoranden zu schreiben, Konferenzen zu organisieren und Verhandlungsgespräche zu führen, bis ein Zustand erreicht ist, bei dem die Forschung in einer Weise Zugang zu den Daten hat, die Arbeiten mit ihnen auf den in der Wissenschaft erreichten methodischen Standards ermöglicht. Es ist Zeit und es sind Ressourcen, die der eigentlichen Aufgabe der Forschung leider verloren gehen. Darf man hoffen, daß mit den Erfahrungen in Deutschland die Wehen für einen verbesserten europäischen Datenzugang verkürzt werden können?

Korrespondenzadresse

Prof. Dr. Walter Müller

Univesität Mannheim

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung und angewandte Soziologie

68131 Mannheim

wmueller@sowi.uni-mannheim.de

Literatur

Alba, R./Müller, W./Schimpl-Neimanns, B., 1994: Secondary Analysis of Official Microdata. S. 57-78 in: I. Borg/P. Ph. Mohler (Hrsg.), *Trends and Perspectives in Empirical Social Research*. New York: de Gruyter.

Bellmann, L./Reinberg, A./Tessaring, M., 1994: Bildungsexpansion, Qualifikationsstruktur und Einkommensverteilung. Eine Analyse mit Daten des Mikrozensus und der Beschäftigtenstatistik. S. 13-70 in: R. Lüdeke (Hrsg.), *Bildung, Bildungsfinanzierung und Einkommensverteilung II*. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF 221/II. Berlin: Duncker & Humblot.

Bertram, H., 1995: Regionale Vielfalt und Lebensformen. S. 157- 194 in: H. Bertram (Hrsg.), *Das Individuum und seine Familie*. Opladen: Leske und Budrich.

Bien, W./Marbach, J., 1991: Haushalt – Verwandtschaft – Beziehungen. Familienleben als Netzwerk. S. 3-44 in: H. Bertram (Hrsg.), *Die Familie in Westdeutschland*. Opladen: Leske und Budrich.

Blossfeld, H.-P., 1985: *Bildungsexpansion und Berufschancen*. Frankfurt: Campus.

Blossfeld, H.-P./Prein, G. (Hrsg.), 1998: *Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis*. Boulder: Westview.

Blossfeld, H.-P./Hamerle, A./Mayer, K. U., 1986: *Ereignisanalyse. Statistische Theorie und Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*. Frankfurt: Campus.

Bolte, K. M./Aschenbrenner, K., 1964: *Die gesellschaftliche Situation der Gegenwart: ausgewiesene Eigenarten der heutigen Gesellschaftsstruktur und der Stellung des Menschen in der Gesellschaft. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialkunde. Reihe B. Band 1*. Opladen: Leske.

Bolte, K. M./Kappe, D., 1964: *Struktur und Entwicklung der Bevölkerung. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialkunde. Reihe B. Band 2*. Opladen: Leske.

Brennecke, R., 1975: *Die Konstruktion von sozioökonomischen Großsystemen. Verknüpfung von Modellen zur Analyse wirtschaftspolitischer Prozesse*. Frankfurt: Campus.

Claessens, D./Klönne, A./Tschoepe, A., 1965: *Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland*. Düsseldorf: Diederichs.

Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1996: *Forschungsfreiheit: ein Plädoyer für bessere Rahmenbedingungen der Forschung in Deutschland*. Weinheim: VCH.

Diekmann, A./Engelhard, H./Hartmann, P. H., 1993: *Einkommensungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland: Diskriminierung von Frauen und Ausländern. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 26: 386-398.

DiPrete, T. A./de Graaf, P. M./Luijckx, R./Tahlin, M./Blossfeld, H.-P., 1997: *Collectivist versus Individualist Mobility Regimes? Structural Change and Job Mobility in Four*

Countries. *American Journal of Sociology* 103: 318-358. [MZ-Daten für Schätzung der "Makrostrukturen" bei Ereignisanalytischen Modellen; SOEP-Daten für Deutschland]

Emmerling, D./Riede, T., 1997: 40 Jahre Mikrozensus. *Wirtschaft und Statistik* 3: 160-174.

Erikson, R./Goldthorpe, J. H./Koenig, W./Lüttinger, P./Müller, W., 1989: *The International Mobility Superfile - Documentation*. Universität Mannheim, CASMIN-Projekt.

Esser, H./Grohmann, H./Müller, W./Schäffer, K. A., 1989: *Mikrozensus im Wandel. Untersuchungen und Empfehlungen zur inhaltlichen und methodischen Gestaltung*. Stuttgart: Metzler-Poeschel.

Galler, H. P./Steger, A., 1978: Mikroanalytische Bevölkerungssimulation als Grundlage sozialpolitischer Entscheidungen. S. 237- 275 in: H.-J. Krupp/W. Glatzer (Hrsg.), *Umverteilung im Sozialstaat. Empirische Einkommensanalysen für die Bundesrepublik*. Frankfurt: Campus.

Glatzer, W./Noll, H.-H. (Hrsg.), 1995: *Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Soziale Indikatoren XVIII*. Frankfurt: Campus.

Grohmann, H./Bürgin, G./Krupp, H.-J./Simitis, S., 1980: Vielseitige Nutzung statistischer Einzelangaben und Datenschutz. *Allgemeines Statistisches Archiv* 64: 39-75.

Haller, M., 1989: *Klassenstrukturen und Mobilität in fortgeschrittenen Gesellschaften. Eine vergleichende Analyse der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs, Frankreichs und den Vereinigten Staaten von Amerika*. Frankfurt: Campus.

Handl, J., 1981: *Konzeption einer EDV-Infrastruktur zur Analyse von Massendaten. Arbeitspapier 23 des VASMA-Projekts*. Universität Mannheim: Institut für Sozialwissenschaften.

Handl, J., 1988: *Berufschancen und Heiratsmuster von Frauen. Empirische Untersuchungen zu Prozessen sozialer Mobilität*. Frankfurt: Campus.

Handl, J., 1996: Hat sich die berufliche Wertigkeit der Bildungsabschlüsse in den achtziger Jahren verringert? Eine Analyse der abhängig erwerbstätigen, deutschen Berufsanfänger auf der Basis von Mikrozensusergebnissen. *KZfSS* 48: 249-273.

Handl, J./Mayer, K. U./Müller, W., 1977: *Klassenlagen und Sozialstruktur. Empirische Untersuchungen für die Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt: Campus.

Harder, T./Pappi, F. U., 1969: Multiple-Regression Analysis of Survey and Ecological Data. *Social Science Information* 8: 43-67.

Hartmann, P. H., 1989: Der Mikrozensus als Datenquelle für die Sozialwissenschaften. *ZUMA-Nachrichten* 24: 6-25.

Hauser, R./Cremer-Schäfer, H./Nouvertné, U., 1981: *Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und sozialpolitische Perspektiven*. Frankfurt: Campus.

- Hauser, R./Wagner, G./Zimmermann, K. F., 1998: Erfolgsbedingungen empirischer Wirtschaftsforschung und empirisch gestützter wirtschafts- und sozialpolitischer Beratung. Ein Memorandum. *Allgemeines Statistisches Archiv* 82: 369-379.
- Helberger, C., 1982: Auswirkungen öffentlicher Bildungsausgaben in der Bundesrepublik Deutschland auf die Einkommensverteilung der Ausbildungsgeneration. Stuttgart: Kohlhammer.
- Hummel, H. J./Ziegler, R., (Hrsg.) 1976: *Korrelation und Kausalität*. Stuttgart: Enke.
- Jungbauer-Gans, M., 1999: Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in selbständiger und abhängiger Beschäftigung. *KZfSS* 51: 364-390
- Kaase, M./Krupp, H.-J./Pflanz, M./Scheuch, E. K./Simitis, S. (Hrsg.), 1980: *Datenzugang und Datenschutz*. Königstein/Ts.: Athenäum.
- Klanberg, F., 1978: *Armut und ökonomische Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt: Campus.
- Klein, T., 1988: Sozialstrukturveränderungen und Kohortenschicksal. Mikrozensusergebnisse zu den Einflüssen von Bildungs- und Altersstrukturverschiebungen auf kohortenspezifische Einkommenskarrieren. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 21: 512-529 .
- Köhler, H., 1992: *Bildungsbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. Zu Stabilität und Wandel der Ungleichheit von Bildungschancen*. Berlin: Forschungsbericht des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung.
- Kortmann, K., 1978: Die Generierung einer geschlossenen Mikrodatenbasis für die Bundesrepublik Deutschland. S. 193-235 in: H. J. Krupp/W. Glatzer (Hrsg.), *Umverteilung im Sozialstaat. Empirische Einkommensanalysen für die Bundesrepublik*. Frankfurt: Campus.
- Krupp, H.-J., 1968: *Theorie der personellen Einkommensverteilung: allgemeine Grundzüge und verteilungspolitische Simulationen*. Volkswirtschaftliche Schriften 127. Berlin: Duncker & Humblot.
- Krupp, H.-J., 1982: *Empirische Sozialwissenschaft und amtliche Statistik aus der Sicht der sozialwissenschaftlichen Politikbetrachtung*. Sonderdruck der Referate zur 29. Tagung des Statistischen Beirates. Beilage zu *Wirtschaft und Statistik*.
- Krupp, H.-J./Zapf, W., 1977: *Sozialpolitik und Sozialberichterstattung*. Frankfurt: Campus.
- Lüttinger, P., 1989: *Integration der Vertriebenen: eine empirische Analyse*. Frankfurt: Campus.
- Lüttinger, P./Riede, T., 1997: Der Mikrozensus: amtliche Daten für die Sozialforschung. *ZUMA-Nachrichten* 41: 19-43.
- Lyberg, L. (Hrsg.), 1997: *Survey Measurement and Process Quality*. New York: Wiley.

Müller, W., 1972: Bildung und Mobilitätsprozeß - Eine Anwendung der Pfadanalyse. *Zeitschrift Für Soziologie* 1: 65-84.

Müller, W., 1983: Wege und Grenzen der Tertiarisierung: Wandel der Berufsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1980. S. 142-160 in: J. Matthes (Hrsg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*. Frankfurt: Campus.

Müller, W., 1991: Die faktische Anonymität von Mikrodaten. Stuttgart: Metzler-Poeschel.

Müller, W., 1998: Daten der amtlichen Statistik als Basis und Eckdaten für die sozialwissenschaftliche Forschung. S. 151-170 in: W. Haug/K. Armingeon/P. Farago/M. Zürcher (Hrsg.), *Statistik im Dienste der Öffentlichkeit*. Bern: Bundesamt für Statistik.

Müller, W./Hauser, R., 1987: Der Bedarf der Wissenschaft an anonymisierten Daten. S. 61-78 in: *Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Nutzung von anonymisierten Einzelangaben aus Daten der amtlichen Statistik. Bedingungen und Möglichkeiten*. Wiesbaden: W. Kohlhammer.

Müller, W./Mayer, K. U., 1971: Progress in Social Mobility Research? Some Comments on Mobility Analysis and New Data on Intergenerational Mobility in West-Germany. *Quality & Quantity* 5: 141-177.

Müller, W./Willms-Herget, A./Handl, J., 1983: *Strukturwandel der Frauenarbeit 1880-1980*. Frankfurt: Campus.

Noll, H.-H., 1995: The Digital Information System Social Indicators: a New Form of Presentation of the German System of Social Indicators. *Statistical Journal of the United Nations Economic Council of Europe* 12: 369-378.

Noll, H.-H. (Hrsg.), 1997: *Sozialberichterstattung in Deutschland: Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen*. Weinheim: Juventa-Verlag.

Peisert, H., 1967: *Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland*. München: Piper.

Pfeiffer, F., 1999: *Der Faktor Humankapital in der Volkswirtschaft. Berufliche Spezialisierung und technologische Leistungsfähigkeit*. Baden-Baden: Nomos.

Pfeiffer, F./Brade, J., 1995: Weiterbildung, Arbeitszeit und Lohneinkommen. S. 289-326 in: V. Steiner/L. Bellmann (Hrsg.), *Mikroökonomik des Arbeitsmarktes. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 192. Nürnberg: IAB

Rodax, K. (Hrsg.), 1989: *Strukturwandel der Bildungsbeteiligung 1950-1985. Eine Bestandsaufnahme im Spiegel der amtlichen Bildungsstatistik*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Schimpl-Neimanns, B., 1998: Analysemöglichkeiten des Mikrozensus. *ZUMA-Nachrichten* 42: 91-119.

Statistischer Beirat, 1999: *Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik. Bericht des statistischen Beirates an die Bundesregierung*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1987: Datenreport 1987. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Stockmann, R., 1986: Gesellschaftliche Modernisierung und Betriebsstruktur. Frankfurt: Campus.

Stockmann, R./Willms-Herget, A., 1985: Erwerbsstatistik in Deutschland. Frankfurt: Campus.

Willms-Herget, A., 1985: Frauenarbeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Frankfurt: Campus.

Zapf, W. (Hrsg.), 1977: Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung. Frankfurt: Campus.

Zapf, W., 1985: Der Zugang der Wissenschaft zur statistischen Information - Forderung und Realität. S. 38 - 49 in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datennotstand und Datenschutz. Ergebnisse des 1. Wiesbadener Gesprächs. 30/31. Oktober 1984. Stuttgart: W.Kohlhammer.

ZUMA-Nachrichten 39, 1996. Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (Hrsg.). Neustadt/Weinstr.: Verlag Pfälzische Post GmbH.

Ziegler, R., 1970: Soziale Determinanten der Begabungsauslese. Ein neues Verfahren zur Analyse komplexer Kausalbeziehungen. Zeitschrift Für Erziehungswissenschaftliche Forschung 4: 161-179.

TEIL I: ARBEITSMARKT

Strukturen des Dienstleistungsgewerbes. Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland

KARL BRENKE

Die Strukturen der Dienstleistungsproduktion, wie sie zu DDR-Zeiten bestanden hatten, lösten sich nach dem Fall der Mauer rasch auf. In einigen Teilen des Dienstleistungsgewerbes kam die Umstrukturierung rasch voran, in anderen Teilen dagegen mit eher schleppenden Schritten. Der Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis ging mit einem starken Beschäftigungswachstum einher. Bezogen auf die Einwohnerzahl ist die Beschäftigung im Dienstleistungssektor in Ostdeutschland kaum geringer als in den alten Bundesländern. Allerdings gibt es noch einen großen Produktivitätsrückstand. So erreichte 1997 die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen nicht einmal 60 Prozent des westdeutschen Niveaus. Bei der Stundenproduktivität ist der Abstand noch größer. Es gibt mehrere Gründe für den noch bestehenden großen Produktivitätsrückstand. In erheblichem Maße hängt er mit unterschiedlichen Sektorstrukturen in Ost und West innerhalb des Dienstleistungsgewerbes zusammen. In den neuen Bundesländern haben sich solche Aktivitäten recht gut entwickelt, bei denen der Marktzugang vergleichsweise einfach war, in denen aber auch nur geringe Einkommen zu erzielen sind. Ein geringes Gewicht haben dagegen bisher solche Aktivitäten, für deren Ausübung hohe und spezielle Qualifikationen erforderlich sind und die in der Regel mit hohem Einkommen und mithin einer hohen Qualifikation verbunden sind. Hinzu kommt, daß sich in einigen Zweigen des Dienstleistungssektors in Ostdeutschland große westdeutsche Unternehmen engagiert haben; oftmals haben sie dort aber nur Arbeitsplätze für nachgeordnete, ausführende Funktionen angesiedelt.

The structures of service production that had prevailed in the GDR disintegrated in the wake of opening of border between the two German states. In some branches of the service sector restructuring occurred very quickly, while it proceeded rather sluggishly in

others. The creation of a new economic base has been associated with a strong employment growth in east German service firms. With respect to population size, the employment in service companies as a whole is now slightly lower in east than in west Germany. Nevertheless, there is still a large productivity gap. In 1997, per capita productivity was less than 60 percent of the level in the West German service sector. In terms of productivity per working hour, the gap was even wider. There are several reasons for the still considerable productivity gap between the East and the West German service sector. To a considerable extent it is limited to the major difference in branch structure between the two regions. In east Germany service activities in which market access is relatively simple, but in which usually only low incomes can be earned, account for a substantial share of the total. High value-added services - those requiring extraordinary and specific skills and associated with high incomes and productivity - are encountered relatively infrequently in the new federal states. An additional reason is that big west German firms are heavily involved in a number of service branches, but the functions performed in eastern Germany are merely subordinate, involving routine execution of functions.

1. Einleitung

Nach dem Fall der Mauer, insbesondere nach Einführung der Deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion geriet die Wirtschaft der DDR unter einen enormen Anpassungsdruck. Von der Umstellung auf die DM und der damit einhergehenden Aufwertung wurden vorrangig diejenigen Wirtschaftszweige getroffen, die der Konkurrenz aus dem Westen ausgesetzt waren - also vor allem die Industrie, denn Industriegüter sind generell zu einem großen Teil überregional handelbar. Im Laufe des Jahres 1990 ging die Industrieproduktion um über die Hälfte zurück. Der Einbruch wäre noch stärker ausgefallen, wenn nicht die Politik mit massiven Stützungsmaßnahmen eingegriffen hätte. Weil die Schaffung einer breiten, wettbewerbsfähigen Industrie zur ökonomischen Revitalisierung der Wirtschaft auf dem Gebiet der früheren DDR unerlässlich ist und weil sich nach dem Zusammenbruch der Aufbau einer neuen industriellen Basis als eine sehr schwierige Aufgabe erwies, stand die Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges bisher im Mittelpunkt des Interesses von Öffentlichkeit und Wissenschaft.

Der rasante Umbruch blieb freilich nicht auf die Industrie beschränkt; die anderen Wirtschaftszweige wurden ebenfalls von ihm erfaßt. In den einzelnen Sektoren verlief die Entwicklung jedoch sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite der Skala stehen die Landwirtschaft und der Bergbau, die dramatische Produktionseinbußen hinnehmen mußten und in denen sich heute die Beschäftigung nur noch auf einen Bruchteil der Zahl der Arbeitsplätze vor der Wende beläuft. Auf der anderen Seite stehen die Bauwirtschaft und der Sektor der

privaten Dienstleistungen, die nach 1990 beachtliche Zuwachsraten bei Produktion und Beschäftigung verzeichnen konnten. Der Dienstleistungssektor, dem bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, soll im folgenden näher in den Blick genommen werden.

2. Ausgangslage: Wenig Dienstleistungsaktivitäten in der DDR

Das Wachstum des Dienstleistungssektors rührt vor allem daher, daß auf dem Gebiet der früheren DDR das Angebot an Dienstleistungen insgesamt gesehen unzureichend war. In welchem Maße das der Fall war, läßt sich allerdings nur schwer bestimmen. Zwar liegen einige Informationen über die Dienstleistungen in der DDR vor, doch gibt es erhebliche Schwierigkeiten, sie mit dem Dienstleistungssektor in westlichen Industriestaaten - etwa in den alten Bundesländern - zu vergleichen. Das wohl größte Problem ist dabei, daß die Dienstleistungen in der DDR in einer anderen Weise als im Westen organisiert und in das Wirtschaftssystem eingebunden waren. Auf einen kurzen Nenner gebracht: In der DDR gab es einen Dienstleistungssektor wie in Marktwirtschaften gar nicht.

Der größte Unterschied zum Westen bestand darin, daß private Anbieter kaum und nur in wenigen Nischen auftraten. Zu diesen zählten private Gaststättenbetriebe, die geduldet waren, weil sie halfen, Versorgungsengpässe abzubauen, sowie Handwerker wie Friseure oder Fotografen. Wirtschaftlich eigenständig agierten auch Rechtsanwälte, die sehr wenigen in der DDR zugelassenen Notare oder die freischaffenden Künstler. Die übrige Dienstleistungsproduktion wurde von Kombinat und deren Betrieben sowie von staatlichen Stellen erbracht.

Gleichwohl gab es in der DDR durchaus in nicht geringem Maße Dienstleistungsaktivitäten. Wie in den westlichen Industrieländern zeigte sich auch dort im Laufe der letzten Jahrzehnte ein Trend hin zur Dienstleistungsproduktion. Entfielen nach einer sehr groben Klassifikation der Wirtschaftszweige im Jahr 1970 noch 38 Prozent aller Berufstätigen (ohne Lehrlinge) auf Arbeitsplätze außerhalb des produzierenden Sektors¹, so waren es zehn Jahre später 41 Prozent und 1989 etwas mehr als 43 Prozent.² Statistisches Amt der DDR (1990) Dennoch hatten in der DDR-Wirtschaft Dienstleistungen ein viel geringeres Gewicht als in entwickelten westlichen Staaten. So waren zum Beispiel in der Bundesre-

1 Nach der in der DDR gebräuchlichen Wirtschaftszweigklassifikation handelt es sich dabei um die Sektoren „Verkehr“, „Post- und Fernmeldewesen“, „Handel“, „sonstige produzierende Bereiche“ und „Nichtproduzierende Bereiche“. Enthalten sind im Sektor „Nichtproduzierende Bereiche“ auch die Berufstätigen in der staatlichen Verwaltung, was aber für den Zeitvergleich unerheblich ist. Ganz aus der Betrachtung ausgeklammert sind die Berufstätigen im sogenannten „X-Bereich“ (unter anderem Grenzschutz, Staatssicherheitsdienst), der aus Geheimhaltungsgründen nicht in die Zahlenwerke der amtlichen Statistik der DDR aufgenommen wurde.

2 Berufstätige jeweils am 30. September des Jahres.

publik im Jahr 1989 fast 60 Prozent aller Arbeitskräfte im Tertiären Sektor tätig. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Berufsstruktur der Erwerbstätigen: Hatten in der Bundesrepublik 38 Prozent aller Erwerbstätigen einen Dienstleistungsberuf im engeren Sinne, waren es in der DDR nur 24 Prozent (1987). Geringer fielen auch die Beschäftigtenanteile der DDR bei den kaufmännischen und bei den technischen Berufen aus (Ludwig u.a. 1996: 65ff.). Der Rückstand bei der Tertiärisierung hat mehrere Gründe. Im Vordergrund steht wohl ohne Zweifel, daß in der Mangelwirtschaft der DDR der Warenproduktion die Priorität vor den Dienstleistungen eingeräumt werden mußte. Zudem spielte eine große Rolle, daß manche Dienstleistungen systembedingt nicht oder nicht in dem Maße wie in entwickelten westlichen Staaten benötigt wurden.

Allerdings war die DDR-Wirtschaft sektoral nicht flächendeckend untertertiarisiert. Wie trotz aller methodischen Schwierigkeiten vergleichende Rechnungen zwischen der „alten“ Bundesrepublik und der DDR zeigen, war der Beschäftigtenbesatz (Beschäftigte bezogen auf die Einwohnerzahl) in einigen Dienstleistungszweigen wie dem Sozialwesen, Bildung und Wissenschaft, dem Gesundheitssektor, dem Verkehrssektor (und dabei insbesondere bei der Eisenbahn) größer als in der Bundesrepublik. Vergleichsweise wenig Beschäftigte gab es dagegen etwa im Gastgewerbe, im Kredit- und Versicherungsgewerbe, bei den Beratungsdienstleistungen und bei einer langen Reihe anderer Dienste (Görzig u.a. 1994: 86ff. sowie Arbeitsgruppe DDR im DIW 1990: 243ff.). Ähnlich hoch wie in Westdeutschland dürfte in der DDR eigenen Berechnungen zufolge der Beschäftigtenbesatz in der produktionsnahen Forschung gewesen sein. Der Beschäftigtenbesatz ist freilich kein hinreichend tauglicher Indikator, um das Ausmaß der Dienstleistungsaktivitäten zwischen der DDR und der Bundesrepublik zu vergleichen. Viel besser eignet sich die Wirtschaftsleistung als Vergleichsmaßstab. Nimmt man diesen, zeigt sich ein großer Rückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik, denn die Produktivität war in der DDR insgesamt und auch im Dienstleistungssektor viel geringer als im Westen Deutschlands (Ludwig u.a. 1996: 63ff.).

3. Nach der Wende: Tiefgreifende Umstrukturierung

Nach dem Ende der DDR lösten sich die zuvor bestehenden Strukturen der Dienstleistungsproduktion größtenteils auf. In einigen Segmenten des aus sehr unterschiedlichen Aktivitäten zusammengesetzten Dienstleistungsbereiches kam die Umstrukturierung in rasantem Tempo voran, in anderen Teilen mit eher zögerlichen Schritten. Rasch voran ging es in denjenigen Teilen, wo es einen großen Nachholbedarf beim Angebot zu befriedigen galt. Das war insbesondere beim Kredit- und beim Versicherungsgewerbe sowie beim Einzelhandel der Fall. In diesen Zweigen kam der Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis auch

deswegen rasch voran, weil große und mithin finanzstarke westdeutsche Unternehmen nach der Währungsumstellung quasi über Nacht nach Ostdeutschland drängten, um dort Marktanteile zu gewinnen. In anderen Bereichen des Dienstleistungsgewerbes verlief dagegen der wirtschaftliche Neuaufbau schleppender. Zum Teil lag das daran, daß in einigen Sparten die Privatisierung Zeit brauchte, zum Teil lag es an Investitionshindernissen. Besonders hemmend wirkte sich der Mangel an Gewerbeflächen aus, der darauf zurückzuführen war, daß viele Eigentumsverhältnisse nicht geklärt waren oder daß erst noch, wie im Hotelgewerbe, umfangreiche Bauinvestitionen getätigt werden mußten.³

Ebenfalls unterschiedlich war die Art und Weise der eigentumsrechtlichen Umstrukturierung. Zum Teil erfolgte sie über Existenzgründungen, zum Teil über die Privatisierung von Betrieben und Betriebsteilen der Kombinate sowie von Einrichtungen, die im Besitz von staatlichen Stellen, von Parteien oder von Massenorganisationen waren. Bereits im Jahr 1990 wurden die allermeisten großen Kombinate des produzierenden Gewerbes rechtlich in ihre einzelnen Betriebe aufgeteilt, von denen die nicht für die Produktion notwendigen Teile abgespalten wurden. Dazu zählten auch Dienstleistungsfunktionen wie die Gebäudereinigung, der Wachschatz oder die Kantinen, die recht früh privatisiert werden konnten. Relativ lang zog sich indes der Verkauf der betrieblichen Ferienobjekte hin, u.a. wegen ungeklärter Eigentumsverhältnisse. Nicht einfach war auch die Situation bei den Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen der großen Kombinate. Deren zentrale Forschungszentren wurden zu einem großen Teil privatisiert - in rechtlicher Hinsicht aber oftmals in Form von „Forschungs-GmbH's“, die weiterhin zu einem großen Teil auf staatliche Mittel in erheblichen Umfang angewiesen waren.

Vergleichsweise rasch kam die sogenannte „kleine Privatisierung“ voran, die unter anderem die Veräußerung von Kinos, Apotheken, Gaststätten und -häusern sowie von Einzelhandelsläden durch die Treuhandanstalt umfaßte. Aus den Dienstleistungskombinaten entstanden ebenfalls zahlreiche private Unternehmen (Wäschereien und Gebäudereinigungsfirmen); dasselbe gilt für die Kraftverkehrskombinate. Auch andere Dienstleistungsbetriebe wurden von der Treuhandanstalt privatisiert. Darunter einige Banken und Versicherungen, die Buch-, Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, sowie einige der ehemaligen Staatsmonopolbetriebe des Groß- und Außenhandels.

3 Mit dem Problem, daß Gewerbeflächen knapp waren, mußten sich zu Beginn ihres Engagements in Ostdeutschland auch die großen westdeutschen Einzelhandelsketten und Kredit- und Versicherungsunternehmen auseinandersetzen. Sie hatten das Problem zunächst dadurch mindern können, daß sie ihre Ware und Dienste zunächst in Provisorien feilboten. Aufgrund ihrer großen Finanzkraft konnten sie aber schnell in neue Geschäftslokale investieren.

Die Privatisierung erfolgte indes nicht nur über die Treuhandanstalt, sondern es wurden auch Dienstleistungsaktivitäten in private Hände überführt, die zum staatlichen Sektor im engeren Sinne gehörten. Das gilt etwa für die Reinigungsabteilungen oder die Kantinen in öffentlichen Einrichtungen, die Schulspeisung sowie für große Teile des Gesundheitswesens. Freilich blieben zahlreiche Dienstleistungen in staatlicher Regie - und zwar jene, die es auch im Westen größtenteils sind: Kindertagesstätten, Bibliotheken, Theater, Museen, Schulen und der überwiegende Teil des Jugend- und des Sozialwesens. Die Reichsbahn und die Deutsche Post wurden in die entsprechenden Bundesunternehmen eingegliedert.

4. Trotz günstiger Entwicklung noch großer Produktivitätsrückstand

Im folgenden soll genauer untersucht werden, wie sich das Dienstleistungsgewerbe in Ostdeutschland⁴ entwickelt hat und wie weit die Anpassung an westdeutsche Verhältnisse vorangekommen ist. Weil es in erster Linie um wirtschaftliche Aktivitäten gehen soll, die auf dem Markt angeboten und nachgefragt werden, bleiben Dienstleistungen des Staates und von Organisationen ohne Erwerbzweck weitgehend außer Betracht.

In den Grundzügen läßt sich die Entwicklung anhand der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) nachzeichnen. Danach haben sich die privaten Dienstleistungen im weiteren Sinne (nach der Konvention der VGR: Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Dienstleistungsunternehmen) im Hinblick auf Wirtschaftsleistung und Beschäftigung besser als die gesamte ostdeutsche Wirtschaft entwickelt. Zwar enthält dieses amtliche Zahlenwerk nur Informationen über den Wirtschaftsverlauf ab dem Jahre 1991 und gibt mithin keinen Aufschluß über die Entwicklung zu Beginn der wirtschaftlichen Umstrukturierung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, gleichwohl sind die Trends eindeutig. So hat sich die Produktion der gesamten ostdeutschen Wirtschaft von 1991 bis 1997 (in jeweiligen Preisen gerechnet) verdoppelt, bei den Dienstleistungen ist sie sogar um das 2,5fache gestiegen. Noch deutlicher sind die Unterschiede bei der Erwerbstätigkeit: Während sie in diesem Zeitraum in der Gesamtwirtschaft um etwa ein Zehntel zurückging, stieg sie bei den Dienstleistungen um denselben Prozentsatz an. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß zu diesem Ergebnis erheblich Ausgründungen von Dienstleistungsarbeitsplätzen aus anderen Wirtschaftszweigen beigetragen haben.

Innerhalb des aus einem recht heterogenen Spektrum von wirtschaftlichen Aktivitäten zusammengesetzten Dienstleistungssektors verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich.

⁴ Wenn von Ostdeutschland oder den neuen Bundesländern Rede ist, ist damit das Gebiet der früheren DDR gemeint, also die fünf neuen Bundesländer und Ost-Berlin.

Anhand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung läßt sich das jedoch nur für wenige Bereiche belegen, denn von dieser Statistik liegen für Ostdeutschland sektorale Angaben nur in hoher Aggregationsstufe vor. Danach hat in allen vier ausgewiesenen Dienstleistungszweigen die Wirtschaftsleistung im Zeitraum von 1991 bis 1997 zugenommen. Das Tempo war allerdings unterschiedlich. Am geringsten fiel der Zuwachs mit einem Drittel im Bereich „Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen“ aus.⁵ Dann folgen „Verkehr und Nachrichtentechnik“ (+60 Prozent) sowie der „Handel“ (knapp +100 Prozent). Am stärksten war der Anstieg der Wirtschaftsleistung bei den „Sonstigen Dienstleistungen“ (+150 Prozent), das ist eine Kategorie in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, unter der eine breite Palette zum Teil sehr unterschiedlicher, sowohl produktions- als auch konsumnaher Dienstleistungen zusammengefaßt ist.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit gibt es dagegen neben Gewinnern auch Verlierer. Drastisch zurückgegangen ist im genannten Zeitraum die Beschäftigtenzahl bei den Verkehrs- und Nachrichtenunternehmen; hier schlug vor allem zu Buche, daß ein großer Teil der Personalüberhänge bei Bahn und Post abgebaut wurden. Beim Handel wurde zwischen 1991 und 1997 die Beschäftigung - unter Schwankungen im Zeitverlauf - knapp gehalten, beim Kredit- und Versicherungsgewerbe hat sie etwas, und bei den Sonstigen Dienstleistungen hat sie stark zugenommen.

Daß sich die Erwerbstätigkeit im ostdeutschen Dienstleistungssektor weniger günstig als die Wirtschaftsleistung entwickelt hat, liegt daran, daß in den letzten Jahren die Produktivität, die zu DDR-Zeiten gering war, kräftig gesteigert werden konnte. In der Summe aller Dienstleistungszweige nahm die nominale Bruttowertschöpfung je Erwerbstitigen im besagten Zeitraum um 120 Prozent zu, das heißt, daß im Jahre 1997 ein Erwerbstitiger mehr als das Doppelte an Wirtschaftsleistung erbrachte als ein Erwerbstitiger im Jahr 1991. Bei der Entwicklung der Produktivität gibt es ebenfalls Unterschiede zwischen einzelnen Teilen des Dienstleistungssektors. Vergleichsweise wenig ist sie bei den Kredit- und Versicherungsunternehmen gestiegen (20 Prozent), stark dagegen im Handel (95 Prozent) und insbesondere im Bereich „Verkehr, Nachrichtenübermittlung“ (135 Prozent), in dem die Produktivitätssteigerungen zu einem sehr großen Teil durch Personalabbau erzielt wurden. Im Mittelfeld haben sich die „Sonstigen Dienstleistungen“ bei der Produktivitätsentwicklung bewegt (Zuwachs von 70 Prozent).

Die Dienstleistungen zwischen Ostsee und Erzgebirge haben also in den letzten Jahren einen beachtlichen Aufschwung erlebt. Es stellt sich nun die Frage, inwieweit die Anpas-

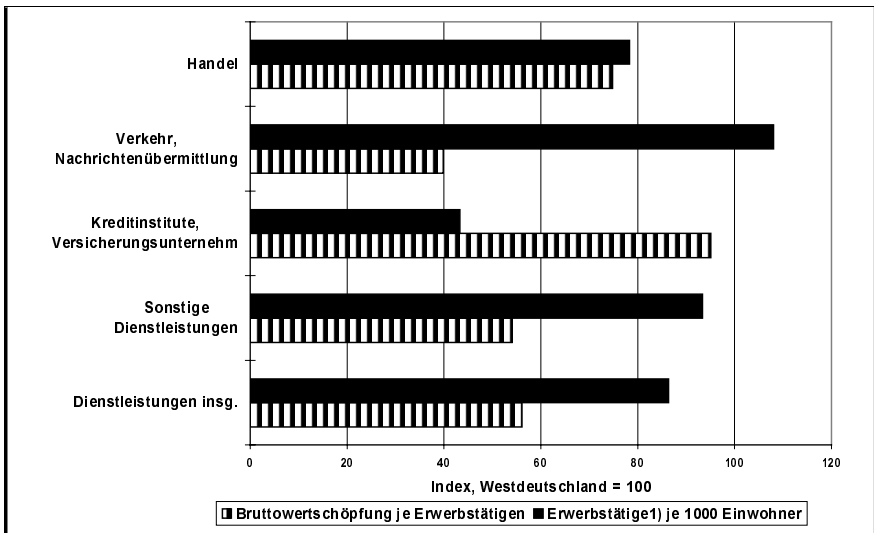
⁵ Es ist anzunehmen, daß dieser Dienstleistungszweig bereits im Jahre 1990 einen kräftigen Wachstumsschub zu verzeichnen hatte.

sung bei Leistung, Produktivität und Beschäftigung an das Niveau der alten Bundesländer vorangekommen ist.

Beim Beschäftigtenbesatz (Erwerbstätige bezogen auf die Zahl der Einwohner) ist der Rückstand gegenüber Westdeutschland nicht groß: 1997 wurden in der Summe aller Dienstleistungszweige knapp 90 Prozent des westdeutschen Niveaus erreicht. Bei den Verkehrsunternehmen und der Nachrichtenübermittlung liegt die Beschäftigung trotz des umfangreichen Personalabbaus sogar noch über dem westdeutschen Wert. Recht hoch ist das Beschäftigungsniveau inzwischen bei den „Sonstigen Dienstleistungen“. Im Handel und insbesondere bei den Finanzdienstleistungen ist es dagegen noch gering.

Sehr viel größer als bei der Beschäftigung ist der Abstand bei der Produktivität. Vor allem sind es die Bereiche „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ und die „Sonstigen Dienstleistungen“, die bei der Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen hinter den alten Bundesländern hinterherhinken (siehe Abbildung 1). Recht groß ist auch der Rückstand beim Handel. Weitgehend angepaßt hat sich dagegen die Produktivität bei den Kreditinstituten und den Versicherungsunternehmen.

Abbildung 1: Erwerb­stätigkeit und Produktivität im Dienstleistungssektor Ostdeutschlands im Vergleich zu dem in Westdeutschland 1997



1) Inlandskonzept. Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Die in großen Teilen des ostdeutschen Dienstleistungssektors geringe Produktivität ist erstaunlich. In fast keinem anderen Wirtschaftsbereich weist Ostdeutschland zu den alten Bundesländern einen so großen Abstand auf - ausgenommen das verarbeitende Gewerbe, dessen geringes Produktivitätsniveau⁶ neben anderen Faktoren darauf zurückzuführen ist, daß beim Anlagenbestand Modernisierungsbedarf besteht (DIW, IfW, IWH 1998: 597ff.). In vielen Sparten des Dienstleistungssektors spielt dieser Aspekt indes keine große Rolle, denn hier ist keine hohe Kapitalintensität erforderlich. Es muß also andere Ursachen für die geringe Produktivität in großen Teilen des ostdeutschen Dienstleistungssektors geben.

5. Gründe für den Produktivitätsrückstand

Um diesen Ursachen näher zu kommen, reichen die hochaggregierten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht aus. Erforderlich sind Statistiken, die einen tiefergehenden Vergleich der Dienstleistungsaktivitäten zwischen den neuen und alten Bundesländern ermöglichen. Dafür bieten sich vor allem zwei Zahlenwerke an: der Mikrozensus und die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Beschäftigtenstatistik). Beide enthalten allerdings keine Angaben über die Wirtschaftsleistung, sondern lediglich Informationen über die Erwerbstätigkeit bzw. die Beschäftigung. Trotzdem sind sie für den Untersuchungszweck hilfreich, denn sie können Hinweise darüber geben, ob es strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West innerhalb des Dienstleistungsgewerbes gibt, anhand derer sich der Produktivitätsrückstand erklären läßt.

5.1 Datenbasis: Mikrozensus und Beschäftigtenstatistik

Zur Beantwortung dieser Frage wurden die Individualdaten des Mikrozensus von 1995 herangezogen. Die Erhebungsergebnisse haben inzwischen zwar deutlich an Aktualität eingebüßt, trotzdem dürften sie für den Untersuchungszweck ausreichend zeitnah sein. Bei der Verwendung des Datensatzes des Mikrozensus ist zu beachten,

- daß die Erwerbstätigen nach dem der Analyse zugrundeliegenden Datensatz des Mikrozensus nur nach dem Wohnortprinzip regional zugeordnet werden können. Wegen der Arbeitskräfte, die zwischen dem Gebiet der früheren DDR und der „alten“ Bundesrepublik pendeln, wäre indes für den anzustellenden Vergleich eine Zuordnung nach dem Arbeitsortkonzept erforderlich. Die Verzerrungen aufgrund der Pendler sind aber wohl tolerabel, denn deren Anteil an der gesamten Beschäftigung ist nicht sehr groß;⁷

⁶ Im Jahresdurchschnitt 1997 wurden hier 62 Prozent der Pro-Kopf-Leistung des westdeutschen verarbeitenden Gewerbes erreicht.

⁷ Nach den Ergebnissen des Sozio-oekonomischen Panels hatten im Frühjahr 1995 knapp 7 Prozent der in Ostdeutschland wohnenden Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor einen Arbeitsplatz in

- daß die im Rahmen des Mikrozensus erhobenen Angaben auf subjektiven Einschätzungen der Befragten beruhen, die nicht immer den objektiven Gegebenheiten entsprechen müssen. Inwieweit es unter den Erwerbstätigen Fehleinschätzungen bei den für den Untersuchungszweck relevanten Variablen gegeben hat, läßt sich mangels zuverlässiger Informationen, die zur Kontrolle herangezogen werden könnten, nicht ermitteln. Nolens volens bleibt - wie in der Forschung so häufig - nur die Hoffnung, daß Validität gegeben ist;
- daß beim Mikrozensus die Antworten zur Wirtschaftszweigzugehörigkeit nach der neuen, bisher in der Bundesrepublik wenig gebräuchlichen „Klassifikation der Wirtschaftszweige - Ausgabe 1993“ (WZ 93) gegliedert sind. Diese wurde zur Vereinheitlichung der Wirtschaftssystematiken innerhalb der Europäischen Union eingeführt. Das ist für internationale Vergleiche von Vorteil. Der Nachteil der WZ 93 besteht darin, daß sie im Gegensatz zu ihrer Vorläuferin in der Bundesrepublik - der WZ 79 -, die u. a. noch für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung verwendet wird, keine institutionelle Trennung zwischen dem Unternehmensbereich und dem Staatssektor enthält. Das ist insbesondere dann ein Problem, wenn wie hier nur private Aktivitäten in den Blick genommen werden sollen. Der Mikrozensus beinhaltet indes eine Frage, mit deren Ergebnissen eine solche institutionelle Trennung generiert werden kann. Dabei wurden die Erwerbstätigen danach gefragt, ob sie im öffentlichen Dienst beschäftigt sind oder nicht. Da die entsprechenden Angaben auf subjektiven Einschätzungen beruhen, sind sie freilich nicht ohne weiteres für die institutionelle Abgrenzung des Unternehmensbereiches vom Staatssektor verwendbar, denn die Auffassungen der Befragten vom öffentlichen Dienst weichen nicht selten davon ab, was aus ökonomischer Sicht unter dem Staatssektor zu verstehen ist. Mitunter gehen die Meinungen in einzelnen Gruppen der Befragten weit auseinander. Ein Beispiel sind die Erwerbstätigen in den Zweigen „Eisenbahnen“ und „Fernmeldewesen“, bei denen es sich zum Zeitpunkt des hier verwendeten Mikrozensus fast ausnahmslos um Beschäftigte bei Bahn und Post handelte. Etwa 60 Prozent meinten im Öffentlichen Dienst beschäftigt zu sein, die übrigen rund 40 Prozent waren nicht dieser Ansicht. Was die institutionelle Zuordnung aus ökonomischer Sicht dagegen anbelangt, ist die Antwort eindeutig: Die Beschäftigten dieser Zweige sind dem Unternehmenssektor zuzurechnen. Entsprechend wurde bei dieser Untersuchung für alle in Frage kommenden Branchen des Dienstleistungssektors verfahren. Dazu gehören alle Teile des Handels, des Verkehrssektors, der Nachrichtenübermittlung, der Wohnungsvermietung und des Versicherungsgewerbes (mit Ausnahme der Sozialversicherung) und des Kre-

den alten Bundesländern. Der entsprechende Prozentsatz für die westdeutschen Pendler beträgt nicht einmal 1 Prozent.

ditgewerbes. Problematischer ist dagegen die institutionelle Zuordnung bei denjenigen Teilen des tertiären Sektors, bei denen nicht anhand des Wirtschaftszweiges zweifelsfrei zu erkennen ist, ob es sich um von Unternehmen beziehungsweise Privaten oder ob es sich um von staatlichen Einrichtungen erbrachte Dienste handelt. Um eine solche Trennung vornehmen zu können, hilft nur die Variable „Öffentlicher Dienst“ weiter - im Vertrauen darauf, daß sie für den Untersuchungszweck valide Ergebnisse liefert. Bei einigen Dienstleistungszweigen führt allerdings selbst dieses Vorgehen nicht zum Ziel, da dort neben Privaten, Unternehmen und staatlichen Akteuren in erheblichem Umfang auch Organisation ohne Erwerbszweck (wie Verbände, Vereine, Kirchen) Leistungen anbieten. Dazu zählen große Teile der haushaltsnahen Dienste (etwa Sozialwesen, Kindergärten, Schulen und Hochschulen, Sport). Bei diesen Zweigen ist eine Identifizierung der im Unternehmenssektor Beschäftigten nicht möglich.

Die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als Quelle für den Vergleich der Dienstleistungsaktivitäten in Ost- und in Westdeutschland hat gegenüber dem Mikrozensus sowohl Vorteile als auch Nachteile:

- Abgesehen davon, daß der Beschäftigtenstatistik eine Totalerhebung zugrundeliegt, hat dieses Zahlenwerk gegenüber dem Mikrozensus den Vorteil, daß die Beschäftigten in regionaler Dimension nach dem Arbeitsplatzkonzept zugeordnet werden.⁸
- Ein weiterer Vorteil der Beschäftigungsstatistik besteht darin, daß sie sektoral nach dem „Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit“ gegliedert ist, und daß diese Klassifikation für große Teile des Dienstleistungssektors eine Trennung von privaten, staatlichen sowie von solchen Dienstleistungen zuläßt, die von Organisationen ohne Erwerbszweck angeboten werden. Allerdings scheint im Hinblick auf die Validität der sektoralen Zuordnung der Beschäftigten Skepsis angebracht zu sein. Sie basiert auf den Betriebsnummern der Wirtschaftseinheiten, die ihre Beschäftigten den Sozialversicherungsträgern melden, und in diesen Betriebsnummern ist ein Code über die Wirtschaftszweigezugehörigkeit der meldenden Einheit enthalten. Im Laufe der Zeit können Unternehmen den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit so weit ändern, daß sie einem anderen Wirtschaftszweig zuzurechnen sind. Solche Änderungen werden bei der Erhebung der Be-

8 Durch den Sonderfall Berlin entstehen für den hier durchzuführenden Ost-West-Vergleich allerdings Unschärfen. Die Statistik basiert auf den Meldungen von Unternehmen und anderen Wirtschaftseinheiten über die Beschäftigten in ihren Betrieben in den einzelnen Gemeinden. Unternehmen, die mehrere Betriebsstätten in einer Gemeinde haben, können für diese gemeinsam eine Meldung abgeben. So ist es nach eigenen Recherchen so, daß in einigen der größeren im Westteil Berlins ansässigen Unternehmen Angaben über die im Osten Berlins ansässigen Betriebe enthalten sind. Diese Verzerrungen fallen insgesamt aber kaum ins Gewicht.

schäftigtendaten wohl oft nicht zeitgerecht erfaßt. Das dürfte häufiger als in Westdeutschland in Ostdeutschland der Fall sein, da hier viele Unternehmen in den letzten Jahren einem starken Umstrukturierungsprozeß ausgesetzt waren und dabei nicht selten den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit und mithin ihren Wirtschaftszweig gewechselt haben.⁹

- Der Nachteil der Beschäftigtenstatistik besteht darin, daß sie nur diejenigen Personen umfaßt, die Beträge an die Sozialversicherungen abführen. Abgesehen von Beamten sind generell selbständige Unternehmer, mithelfende Familienangehörige und geringfügig Beschäftigte nicht in ihr enthalten - und das sind gerade im Dienstleistungssektor wichtige Gruppen von Erwerbstätigen.

5.2 Strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West

Anhand der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung läßt sich die Pro-Kopf-Produktivität berechnen. Dieses ist möglicherweise ein unzureichender Indikator. So könnte der Produktivitätsunterschied zwischen dem ostdeutschen und dem westdeutschen Dienstleistungssektor zumindest zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern im Schnitt kürzere Arbeitszeiten haben. Anhand des Mikrozensus läßt sich überprüfen, ob im Dienstleistungssektor tatsächlich die Arbeitszeiten in Ostdeutschland kürzer sind als in Westdeutschland. Das ist nicht der Fall. Vielmehr trifft das Gegenteil zu: Fast in allen Zweigen des Dienstleistungsgewerbes - wie im übrigen auch in der Gesamtwirtschaft - wird in den neuen Bundesländern länger gearbeitet als in den alten Ländern (Tabelle 1). Nennenswerte Ausnahmen sind lediglich Schutz- und Bewachungsdienstleistungen und das Beherbergungsgewerbe. Daß in Ostdeutschland die Arbeitszeiten länger sind als in Westdeutschland, liegt nicht etwa daran, daß die Erwerbstätigen, die einer Vollbeschäftigung nachgehen, dort länger arbeiten würden als die Vollzeitbeschäftigten im Westen, sondern daran, daß in den neuen Bundesländern Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung vergleichsweise wenig verbreitet sind. Das gilt für nahezu alle Dienstleistungsgewerbe, und das gilt ebenfalls für die Gesamtwirtschaft. Würde also die Stundenproduktivität als Indikator genommen, ergäbe sich sogar ein noch größerer Rückstand des ostdeutschen Dienstleistungssektors.

⁹ Demnächst wird allerdings der Datenbestand aktualisiert, denn die Bundesanstalt für Arbeit hat im Zuge der Umstellung der Beschäftigtenstatistik auf die WZ 93 allen Wirtschaftseinheiten mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Erhebungsbogen zugesandt, mit dem unter anderem deren wirtschaftlicher Schwerpunkt erfaßt wird.

Tabelle 1: Kennziffern zur Arbeitszeit der Erwerbstätigen¹⁾ im Dienstleistungssektor Westdeutschlands und Ostdeutschlands April 1995

Wirtschaftszweig	Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen in %		Anteil der geringfügig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen in %		Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten in Std.		Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit aller Erwerbstätigen in Std.	
	Westd.	Ostd.	Westd.	Ostd.	Westd.	Ostd.	Westd.	Ostd.
Von Unternehmen und Privaten erbrachte Dienstleistungen								
Handel, davon								
Einzelhandel	29,6	20,6	6,4	1,5	42,4	41,8	35,4	38,3
Großhandel, Handelsvermittl.	13,2	8,3	2,6	0,8	42,0	41,8	38,9	40,2
Verkehr, davon:								
Eisenbahnen	1,9	2,8	1,1	0,7	38,7	39,9	38,3	39,5
übriger Verkehr	10,7	3,2	3,2	0,8	44,3	42,8	41,5	42,1
Nachrichtenübermittl.	19,1	12,1	2,2	1,5	38,6	39,9	34,9	37,5
Finanzdienstleistungen, davon:								
Kreditinstitute	16,2	4,5	2,2	0,7	39,4	40,4	36,1	39,6
Versicherungsunternehmen	13,9	7,7	3,2	2,0	42,6	44,1	39,1	42,2
Wohnungswirtschaft, davon:								
Erschließung u. Verkauf v. Grundstücken	17,2	10,4	3,8	1,9	47,0	46,8	41,8	44,3
Vermietung, ,Verwaltung von Grundst. u. Gebäuden	31,1	7,2	11,2	1,2	42,7	39,6	33,8	38,5
Unternehmensnahe Dienste, davon								
Vermietung beweglicher Güter	17,4	11,1	3,3	0,0	42,9	43,7	38,5	41,1
EDV-Dienste	13,0	7,8	3,3	1,7	42,9	41,4	39,6	40,0
Rechts-, Wirtschaftsberat.	26,3	11,6	5,2	0,9	44,6	42,5	37,7	40,4
Architekturbüros und andere Ingenieurbüros	21,3	6,9	5,4	1,2	44,3	42,3	38,6	40,9
Wirtschaftswerbung	17,9	15,0	5,0	4,1	45,0	45,4	40,0	41,5
Arbeitnehmerüberlassung	11,4	3,3	0,7	2,2	38,7	39,2	36,3	38,4
Schutzdienste	13,1	6,7	7,4	1,8	50,9	46,2	46,4	44,3
Gebäude-, Fahrzeugreinig.	58,5	41,1	17,1	1,9	41,3	40,7	26,2	34,3
Recycling	10,7	6,4	4,3	1,2	41,8	40,9	38,9	40,0
Sonstige unternehmensnahe Dienste	24,1	12,6	5,9	1,1	42,8	42,1	36,5	40,2
Haushaltsnahe Dienste, davon:								
Beherbergungsstätten	21,8	10,2	6,5	1,6	49,5	43,5	42,4	41,4
übriges Gastgewerbe	25,2	14,5	9,5	4,7	51,1	46,2	42,3	42,6
Verlage	30,6	22,5	10,4	7,0	40,0	41,2	32,5	35,4
Rundfunk, Fernsehen, Nachrichtenbüros	16,1	12,3	4,3	2,5	43,5	42,1	39,3	39,1
sonstige haushaltsnahe Dienste	29,6	20,7	7,8	1,7	42,7	41,3	35,1	37,9
Alle o.g. Dienstleistungen	22,5	13,8	5,3	1,6	42,9	42,0	37,3	39,5
Gesamte Wirtschaft	17,6	10,8	3,5	0,9	41,2	41,0	37,2	39,2

1) Wohnortkonzept. Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

Tabelle 2: Erwerbstätige¹⁾ und Selbständige¹⁾ im Dienstleistungssektor Westdeutschlands und Ostdeutschlands April 1995

Wirtschaftszweig	Erwerbstätige je 1000 Einwohner		Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen in %		Anteil der Selbständigen ohne Beschäftigte an allen Selbständigen in %	
	Westd.	Ostd.	Westd.	Ostd.	Westd.	Ostd.
Handel, davon						
Einzelhandel	45,0	42,1	14,2	14,3	37,0	48,3
Großhandel, Handelsvermittlung	14,5	8,6	12,0	9,8	44,8	57,6
Verkehr, davon:						
Eisenbahnen	3,3	8,9	0,5	0,0	27,3	0,0
übriger Verkehr	12,8	12,1	11,2	11,4	45,3	45,1
Nachrichtenübermittlung	7,7	6,8	1,6	1,3	78,3	33,3
Finanzdienstleistungen, davon						
Kreditinstitute	11,2	5,8	1,9	5,0	65,3	80,0
Versicherungsunternehmen	6,0	3,5	17,9	37,5	61,4	87,4
Wohnungswirtschaft, davon:						
Erschließung u. Verkauf v. Grundstücken	1,0	0,7	42,3	39,6	51,8	81,0
Vermietung, Verwaltung von Grundstücken u. Gebäuden	1,3	2,6	27,2	10,1	59,5	65,9
Unternehmensnahe Dienste, davon						
Vermietung von Mobilien	0,5	0,5	14,8	33,3	24,4	59,3
EDV-Dienste	2,6	1,2	20,0	8,9	66,8	68,8
Rechts-, Wirtschaftsberatung u. ä.	7,0	4,2	27,0	18,4	37,9	40,5
Architekturbüros und andere Ingenieurbüros	3,5	4,2	30,6	19,3	50,3	36,5
Wirtschaftswerbung	1,6	0,9	35,7	44,2	67,7	64,6
Arbeitnehmerüberlassung	0,4	0,6	2,1	5,4	83,3	40,0
Schutzdienste	0,6	1,8	9,0	4,9	55,6	42,9
Gebäude-, Fahrzeugreinigung	2,6	3,7	7,8	6,2	30,1	13,9
Recycling	0,3	1,1	11,2	1,7	47,6	0,0
Sonstige unternehmensnahe Dienste	2,6	1,7	28,5	19,7	71,4	67,9
Haushaltsnahe Dienste, davon:						
Beherbergungsstätten	5,4	6,0	23,4	14,9	35,6	37,9
übriges Gastgewerbe	6,9	6,8	26,3	24,2	27,8	39,5
Verlage	3,0	1,3	9,7	12,0	76,1	91,7
Rundfunk, Fernsehen, Nachrichtenbüros	1,1	0,8	26,6	30,3	83,3	91,9
sonstige haushaltsnahe Dienste	9,4	10,6	25,0	17,9	52,9	55,0
Alle o.g. Dienstleistungen	150,2	136,5	15,2	13,4	45,5	52,4
Gesamte Wirtschaft	434,3	433,9	9,8	7,0	89,3	43,3

1) Wohnortkonzept. Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

Es muß also andere Ursachen für die geringe Produktivität der Dienstleistungen in den neuen Bundesländern geben. Unterstellt man, daß die Ostdeutschen nicht wesentlich weniger leistungsfähig und leistungsbereit als die Westdeutschen sind, könnte es sich um Unterschiede in der Sektorstruktur handeln - und solche strukturellen Unterschiede gibt es in der Tat zwischen Ost und West.

So zeigen die Daten des Mikrozensus, daß die sektorale Struktur des Dienstleistungsgewerbes in den neuen Bundesländern deutlich von der in Westdeutschland abweicht. Manche Dienstleistungsaktivitäten sind, gemessen am Besatz mit Erwerbstätigen, in den neuen Bundesländern stärker und manche sind schwächer ausgeprägt als in Westdeutschland (Tabelle 2). Sehr viel größer als dort ist in Ostdeutschland das Ausmaß der Beschäftigung bei den Reinigungsdiensten, bei den Schutzdiensten, beim Recyclinggewerbe, bei den Eisenbahnen sowie bei der Wohnungsvermietung. Die Wohnungsvermietung in Ostdeutschland befindet sich noch in starkem Maße in der Hand großer Wohnbauunternehmen und -genossenschaften mit einem oftmals erheblichen Personalbestand. Vergleichsweise schwach vertreten ist dagegen der Großhandel, das Kredit- und das Versicherungsgewerbe, EDV-Dienstleistungen, die Rechts- und Wirtschaftsberatung, die Werbeagenturen sowie die Mediendienstleistungen (Verlage, Rundfunk, Fernsehen, Nachrichtenbüros). Dieser Befund läßt sich auf eine kurze Formel bringen: Ein starkes Gewicht haben in den neuen Ländern diejenigen Dienstleistungsaktivitäten, in denen in der Regel nur geringe Einkommen und mithin nur eine geringe Produktivität erzielt wird, und schwach entwickelt sind solche Aktivitäten, die gemeinhin als „höherwertig“ bezeichnet werden. Nicht in dieses Muster paßt lediglich die starke Präsenz von Architektur- und anderen Ingenieurdienstleistungen in Ostdeutschland; sie ist Spiegelbild der dort sehr hohen Bauinvestitionen.

Bei einer so starken wie der hier vorgenommenen Differenzierung der Mikrozensusdaten sind die gezogenen Schlüsse in statistischer Hinsicht nicht unproblematisch. Deshalb wurde die Beschäftigtenstatistik zum Vergleich herangezogen - zunächst die Ergebnisse vom Juni 1995, denn dieser Monat ist nicht weit vom Erhebungszeitraum des hier verwendeten Mikrozensus entfernt.

Weil die Grundgesamtheit der Beschäftigtenstatistik eine andere ist als die des Mikrozensus, ergeben sich natürlich im einzelnen voneinander abweichende Ergebnisse. Das Grundmuster ist indes identisch: Auch der Beschäftigtenstatistik zufolge sind „einfache“ Dienste in den neuen Bundesländern überrepräsentiert, und „höherwertige“ Dienste sind dort schwach vertreten (vgl. Tabelle 3). Zudem zeigt die Beschäftigtenstatistik, daß diese Struktur offenkundig recht stabil ist, denn von Juni 1995 bis Juni 1997, dem Datum, für das die zeitnahesten Informationen verfügbar sind, hat sie sich nicht nennenswert verändert.

Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte¹⁾ bei Dienstleistungsunternehmen Westdeutschlands und Ostdeutschlands je 1000 Einwohner Ende Juni 1995 und Ende 1997

Wirtschaftszweig	Ende Juni 1995		Ende Juni 1997	
	Westdeut.	Ostdeut.	Westdeut.	Ostdeut.
Handel, davon				
Einzelhandel	28,3	25,2	27,8	25,2
Großhandel, Handelsvermittlung	20,5	13,0	19,7	12,5
Verkehr, davon:				
Eisenbahnen	1,6	8,1	1,4	5,8
übriger Verkehr	12,3	10,5	12,3	10,8
Nachrichtenübermittlung	3,2	5,8	2,8	5,0
Finanzdienstleistungen, davon				
Kreditinstitute	10,4	5,1	10,1	5,1
Versicherungsunternehmen	4,1	1,6	4,0	1,5
Grundstückswesen	3,3	4,1	3,5	4,1
Unternehmensnahe Dienste, davon				
Vermietung beweglicher Güter	0,6	0,7	0,6	0,8
Rechts-, Wirtschaftsberatung	6,8	4,4	7,7	4,6
Architektur-, Ingenieurbüros	5,9	7,0	5,6	6,6
Forschung	0,1	0,1	0,1	0,1
Wirtschaftswerbung	1,1	0,5	1,2	0,5
Arbeitnehmerüberlassung	1,9	1,6	2,4	2,3
Bewachung, Botendienste	1,1	2,3	1,2	2,2
Gebäudereinigung	3,0	4,9	3,1	5,1
Ausstellungswesen	0,1	0,1	0,1	0,1
Schreib-, Übersetzungsbüros	0,8	0,6	0,7	0,6
Haushaltsnahe Dienste, darunter				
Hotels	2,6	2,5	2,5	2,7
Gaststätten	5,5	5,5	5,5	5,5
Verlage	2,1	1,0	2,0	0,9
Rundfunk, Fernsehen, Nachrichtenbüros	0,7	0,3	0,8	0,4
Heime	1,6	1,0	1,8	1,3
Wäscherei	0,7	0,7	0,6	0,7
Körperpflege	2,1	2,7	2,0	2,7
Schulen	0,5	5,3	0,6	4,4
Sonstige Bildung	0,5	0,7	0,6	0,7
Kunst, Theater	0,2	0,3	0,2	0,3
Film	0,4	0,2	0,4	0,3
Büchereien (Untern.)	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesundheit	10,5	8,5	11,0	9,7
Straßenreinigung	0,8	2,1	0,9	2,0
Bestattungswesen	0,1	0,2	0,1	0,2
Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	0,4	0,2	0,1	0,1
Private Dienstleistungen insg.	134,7	127,1	134,8	125,7

Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; eigene Berechnungen.

Ein Ergebnis speziell der Beschäftigtenstatistik ist, daß der Besatz mit Arbeitsplätzen in Unternehmen, die haushaltnahe Dienstleistungen erbringen, in den neuen Bundesländern recht hoch ist. So gibt es in Ostdeutschland vergleichsweise viele Beschäftigte bei privaten Bildungseinrichtungen, wohl nicht zuletzt deshalb, weil hier im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes außerordentlich umfangreiche Mittel zur beruflichen Qualifizierung zur Verfügung gestellt werden. Der Mikrozensus zeigt ebenfalls ein hohes Versorgungsniveau bei den haushaltsnahen Diensten, sei es, daß sie von Unternehmen angeboten werden, sei es, daß sie vom Staat oder von gemeinnützigen Unternehmen erbracht werden.

Unterschiede gibt es im Dienstleistungsgewerbe zwischen Ost und West nicht nur bei der Sektorstruktur, sondern auch im Hinblick auf funktionale Strukturmerkmale. So liegt der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern unter dem westdeutschen Wert. Das trägt wohl ebenfalls zum Rückstand bei der Produktivität bei, denn es ist anzunehmen, daß Selbständige höhere Einkommen und mithin eine höhere Produktivität als abhängig Beschäftigte erzielen. Das gilt freilich nur für den Durchschnitt der Selbständigen. Nicht wenige Selbständige erbringen wohl nur eine Wirtschaftsleistung, die für nicht viel mehr als für eine Kümmerexistenz reicht. Solche Selbständige dürften besonders häufig unter denjenigen zu finden sein, die ohne Mitarbeiter ein Geschäft betreiben. Diese wiederum gibt es recht häufig in den neuen Bundesländern. Ein typisches Beispiel dafür ist das Versicherungsgewerbe, in dem es offenbar sehr viele freischaffende Vertreter gibt. In einigen Zweigen des Dienstleistungsgewerbes, wie den Schutzdiensten, der Gebäude- und Fahrzeugreinigung oder dem Recyclinggewerbe, weist Ostdeutschland dagegen einen geringen Anteil an Selbständigen auf, von denen indes viele darunter sind, die Mitarbeiter beschäftigen. Das legt den Schluß nahe, daß in diesen Zweigen die ostdeutschen Betriebe im Schnitt größer sind als die westdeutschen. Hierin spiegelt sich wider, daß zahlreiche Betriebe durch Ausgründungen aus den ehemaligen Kombinat- oder staatlichen Einrichtungen entstanden sind.

Differenzen zwischen den neuen und den alten Bundesländern zeigen sich ebenfalls bei der funktionalen Struktur der abhängig Beschäftigten. Bemerkenswert ist vor allem, daß in den neuen Bundesländern der Anteil der Personen, die Leitungsaufgaben innehaben (Direktoren, Geschäftsführer, Abteilungsleiter, Prokuristen) unter dem in Westdeutschland liegt (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Beschäftigte in Führungs- und gehobenen Positionen im Dienstleistungssektor Westdeutschlands und Ostdeutschlands April 1995

Wirtschaftszweig	Anteil der Direktoren, Abteilungsleiter u. ä. an allen abhängig Beschäftigten		Anteil der Beschäftigten in gehobener Position an allen abhängig Beschäftigten	
	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Handel, davon:				
Einzelhandel	4,8	3,4	6,4	5,4
Großhandel, Handelsvermittlung	7,1	5,2	10,9	10,1
Verkehr, davon				
Eisenbahnen	1,9	2,0	17,7	13,2
übriger Verkehr	3,9	1,4	9,4	6,3
Nachrichtenübermittlung	2,0	1,0	12,3	8,0
Finanzdienstleistungen, davon:				
Kreditinstitute	9,2	6,1	15,2	15,7
Versicherungsunternehmen	7,3	5,5	17,0	14,9
Wohnungswirtschaft, davon:				
Erschließung u. Verkauf v. Grundstücken	12,5	9,4	18,0	21,9
Vermietung, Verwaltung von Grundstücken u. Gebäudem	4,2	6,6	10,9	12,9
Unternehmensnahe Dienste, davon				
Vermietung beweglicher Güter	5,4	5,5	10,8	3,6
EDV-Dienste	9,6	6,7	39,1	33,1
Rechts-, Wirtschaftsberatung u.ä.	3,8	3,7	15,3	13,3
Architekturbüros und andere Ingenieurbüros	5,3	5,0	32,2	40,2
Wirtschaftswerbung	6,7	3,7	21,5	11,0
Arbeitnehmerüberlassung	4,0	3,4	4,7	3,4
Schutzdienste	2,8	0,7	5,6	4,1
Gebäude-, Fahrzeugreinigung	1,3	0,9	2,4	2,0
Recycling	3,0	3,5	8,4	3,5
Sonstige unternehmensnahe Dienste	6,6	6,5	14,6	13,8
Haushaltsnahe Dienste, davon				
Beherbergungsstätten	4,1	1,7	4,4	4,1
übriges Gastgewerbe	3,1	1,9	2,6	2,2
Verlage	6,2	1,7	16,0	23,9
Rundfunk, Fernsehen, Nachrichtenbüros	5,2	2,4	37,3	37,6
sonstige haushaltsnahe Dienste	3,4	1,9	10,1	8,1
Alle o.g. Dienstleistungen	5,1	3,1	11,0	9,2
Nachrichtlich:				
Gesamte Wirtschaft	4,2	2,9	15,6	14,7

1) Wohnortkonzept. Quelle: Mikrozensus 1995.

Das gilt für fast alle Dienstleistungszweige; nennenswerte Ausnahme ist lediglich die Wohnungsvermietung. Von besonderer Bedeutung ist der vergleichsweise geringe Anteil der Führungskräfte in den Dienstleistungszweigen mit einer hohen Beschäftigtenzahl - wie im Handel und bei den Finanzdienstleistungen. Hier spielen überregional agierende Großunternehmen eine bedeutende Rolle, und hier finden sich in Ostdeutschland offenkundig in vergleichsweise starkem Maße nachgeordnete Unternehmensfunktionen. Beim Anteil der Beschäftigten in gehobener Unternehmensposition (Sachgebietsleiter, Referenten, qualifizierte Fachkräfte) gibt es - von zweigspezifischen Besonderheiten abgesehen - dagegen insgesamt keine Ost-West-Unterschiede.

6. Strukturprobleme sind transformationsbedingt

Aufgrund der Befunde fällt ein Fazit nicht schwer. Im Dienstleistungsgewerbe wie in der übrigen ostdeutschen Wirtschaft hat es in den acht Jahren nach der Wende beachtliche Anpassungsschritte gegeben. Die Beschäftigung hat deutlich zugenommen, und mittlerweile ist ein recht hohes Beschäftigungsniveau erreicht. Versorgungsentgüsse wie in der Mangelwirtschaft der DDR gehören der Vergangenheit an. Inzwischen gibt es insbesondere ein großes Angebot an haushaltsnahen Dienstleistungen, was freilich angesichts des hohen konsumptiven Transfers von West nach Ost nicht verwundern kann. Trotz aller Fortschritte zeigt das Dienstleistungsgewerbe aber noch große Strukturprobleme.

So haben sich in den neuen Bundesländern diejenigen Dienstleistungszweige, die sich im allgemeinen durch eine hohe Produktivität auszeichnen, bisher vergleichsweise schwach entwickelt. Die Ursachen dafür dürften sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite liegen. Der Aufbau der privatwirtschaftlichen Dienstleistungen kam zu einem großen Teil durch Existenzgründungen zustande. Die zahlreichen Gründer haben offenkundig vor allem auf jenen Feldern den Weg in die Selbständigkeit gewagt, wo der Marktzugang relativ einfach zu schaffen war. Dabei handelt es sich vornehmlich um Aktivitäten, die keine hohen Ansprüche an die Qualifikation des Unternehmens stellen, die keinen hohen Kapitaleinsatz erfordern und bei denen der Markt überschaubar ist. Solche Voraussetzungen sind insbesondere bei den „einfachen“ Dienstleistungen gegeben. Höher dagegen liegen die Hürden beim Marktzugang bei denjenigen Diensten, in denen überdurchschnittliche Einkommen und Produktivitäten erzielt werden. Entsprechend haben sie sich bisher schwach entwickelt. Gehemmt wird die Entwicklung bei den „höherwertigen“ produktionsnahen Dienstleistern zweifellos auch durch eine unzureichende Nachfrage. Für solche Unternehmen ist die Nachfrage auf ihren jeweiligen lokalen Märkten oft eine wichtige Existenzgrundlage. Abgesehen von der aufgrund der hohen Bauinvestitionen starken Nachfrage nach Architektur- und Bauingenieurleistungen ist die Nachfrage nach produktionsnahen Dienstleistungen in den neuen Bundesländern bisher

noch gering. Das liegt nicht zuletzt am geringen Industriebesatz; Westdeutschland zum Maßstab genommen, müßte es in Ostdeutschland dreimal so viel an Industrie geben wie bisher vorhanden ist.

Das zweite große Strukturproblem besteht darin, daß es in einigen Segmenten des ostdeutschen Dienstleistungsgewerbes an Headquarterfunktionen mangelt. In denjenigen Branchen, in denen im allgemeinen das Bild stark von überregional agierenden, großen Unternehmen bestimmt wird (Kredit- und Versicherungsgewerbe, Handel), haben die westdeutschen Unternehmen nach dem Zusammenbruch der DDR rasch das Heft in die Hand genommen. Um ihre Leistungen an die Kunden zu bringen, reichte es in der Regel aus, mit Filialen oder, wie im Falle des Versicherungsgewerbes, mit freien Mitarbeitern auf dem ostdeutschen Markt präsent zu sein. Angesiedelt wurden daher im wesentlichen nur nachgeordnete, ausführende Unternehmensfunktionen. Die Headquarterfunktionen und mithin die hochproduktiven Arbeitsplätze blieben im Westen.

Ein weiterer Aspekt ist zu berücksichtigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich in den alten Bundesländern Zentren für bestimmte, überregional handelbare Dienstleistungsaktivitäten herausgebildet. Mit Zahlen läßt sich das nicht anhand des Mikrozensus, wohl aber mit der Beschäftigtenstatistik belegen. So ist Frankfurt die deutsche Bankenstadt, in Hamburg sind viele große Verlage angesiedelt, Köln ist ein Zentrum von Funk- und Fernsehmedien und in München findet sich viel an „höherwertigen“ produktionsnahen Diensten, an Versicherungsunternehmen oder an Betrieben der Filmwirtschaft. (Tabelle 5)

Tabelle 5: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in ausgewählten Großstädten und Dienstleistungszweigen je 1 000 Einwohner, Ende Juni 1997

Dienstleistungszweig	Hamburg	Köln	Frankfurt/ Main	München	Berlin	Dresden	Leipzig
Großhandel	38	38	36	30	12	20	17
Kreditinstitute	15	15	89	27	8	10	11
Versicherungen	15	25	15	24	4	5	7
Wirtschaftsberatung	12	11	30	13	7	10	7
Ingenieurdienste	7	9	11	24	8	17	15
Werbung	5	3	9	3	1	0	0
Film	2	2	1	3	1	0	0
Rundfunk/Fernsehen	3	10	3	3	1	1	5
Verlage	7	4	7	9	2	3	4

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen.

Mit der räumlichen Konzentration sind Standortvorteile verbunden. In Ostdeutschland gibt es solche Zentren, das heißt eine Bündelung von „höherwertigen“ Dienstleistungsaktivitäten in den großen Städten, bisher nicht.

Nach allen regionalwissenschaftlichen Erfahrungen werden sich die Strukturprobleme des ostdeutschen Dienstleistungssektors - wenn überhaupt - nur langfristig lösen lassen. Die zur Zeit des Umbruchs in der DDR von vielen gehegte Hoffnung, daß die neuen Bundesländer rasch eine Wirtschaftskraft wie Westdeutschland erreichen können, hat sich - auch was die Entwicklung des Dienstleistungsgewerbes anbelangt - als eine Illusion erwiesen.

Korrespondenzadresse

Karl Brenke

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Königin-Luise-Str. 5

14195 Berlin

kbrenke@diw.de

Literatur

Arbeitsgruppe DDR im DIW. Quantitative Aspekte einer Reform von Wirtschaft und Finanzen in der DDR, 1990. Wochenbericht des DIW 17.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung/Institut für Weltwirtschaft/Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 1998: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsschritte in Ostdeutschland. Achtzehnter Bericht. U.a. in: Wochenbericht des DIW 33.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung/Institut für Weltwirtschaft, 1993: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Achter Bericht. U.a. in: Wochenbericht des DIW 13.

Görzig, B./Gornig, M./Schulz, E., 1994: Quantitative Szenarien zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000. Beiträge zur Strukturforschung des DIW 150.

Ludwig, U./Stäglin, R./Stahmer, C. unter Mitarbeit von K.-H. Siehdnel, 1996: Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung. Beiträge zur Strukturforschung des DIW 163.

Statistisches Amt der DDR (Hg.), 1990: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik '90. Berlin.

HAUSHALTS-UNTERNEHMENS-KOMPLEXE: ZUR ENTWICKLUNG VON UMFANG UND STRUKTUR KLEINBETRIEBLICHER VERBUNDSYSTEME VON PRIVATHAUSHALT UND ZUGEHÖRIGER UNTERNEHMUNG¹

ESTHER HANSCH UND MICHAEL-BURKHARD PIORKOWSKY

In den meisten Bereichen der Wirtschaft überwiegen, gemessen an der Beschäftigtenzahl, die kleinen Unternehmen. Geringe Unternehmensgröße und tätige Inhaberschaft führen zu einer Einheit vom Privathaushalt des Selbständigen und dessen Unternehmung, die spezifische Funktionen und Strukturen aufweist. Da es sich dabei weder nur um einen Haushalt noch nur um ein Unternehmen handelt, werden diese Lebens- und Wirtschaftseinheiten Haushalts-Unternehmens-Komplexe genannt. Mit Hilfe des allgemein zugänglichen Datenmaterials des Mikrozensus wird ein erster Versuch unternommen, die Zahl der Haushalts-Unternehmens-Komplexe zu ermitteln, die Struktur dieses Sektors zu analysieren und die Entwicklung zu beschreiben. Es zeigt sich, daß Haushalts-Unternehmens-Komplexe, gemessen an ihrer Zahl, von wachsender Bedeutung sind. Knapp die Hälfte der Selbständigen 1997 lebten und arbeiteten in einem solchen Gebilde. Ein Drittel davon waren Frauen. Vor allem im Wirtschaftsbereich Sonstige Dienstleistungen gibt es vermehrt Haushalts-Unternehmens-Komplexe. Der Analyse sind aber auch Grenzen gesetzt. Insbesondere der begrenzte Umfang des allgemein zugänglichen Datenmaterials stand einer eigenen Untersuchung des Haushalts- und Familienzusammenhangs entgegen. Die Bereitstellung des Datenfiles des Mikrozensus 1995 eröffnet diese Auswertungsmöglichkeit. Die Analyse der Mikrodaten ist Gegenstand der weiteren Forschung.

¹ Der Aufsatz basiert auf einer von der Stiftung DER PRIVATE HAUSHALT, Düsseldorf, geförderten Vorstudie zur Quantifizierung von Haushalts-Unternehmens-Komplexen, die in der Zeit von August 1997 bis März 1998 an der damaligen Professur für Wirtschaftslehre des Haushalts der Universität Bonn durchgeführt wurde.

The majority of enterprises in almost all sectors of the economy consists of micro-enterprises. A small size and an active owner lead in fact to a socio-economic unity of a private household and the related enterprise. This unity shows specific functions and structures. It is neither a mere private household nor just an enterprise. For that reason this unity is called household-enterprise-complex. The analysis of quantity, structure and development of the sector of household-enterprise-complexes is based on data of the Mikrozensus, that are generally available. The study reveals a growing number of household-enterprise-complexes and therefore their increasing importance can be stated. In 1997 almost fifty percent of the self-employed lived and worked in such a socio-economic unity. One third of them were women. Household-economic-complexes are found in particular in the sector of the economy that is called „Other Services“. But the possibilities of analyzing the sector of household-enterprise-complexes are also limited. Above all it is a disadvantage that the data of the Mikrozensus are not completely published. Hence an own study of the household and family context was not possible. As the datafile of the Mikrozensus 1995 is now available this question can be answered by further research.

1. Einleitung

In Deutschland werden seit Anfang der achtziger Jahre nach einem Jahrzehnte andauernden Abwärtstrend wieder steigende Selbständigenzahlen verzeichnet. Diese Entwicklung hat durch die Wiedervereinigung einen zusätzlichen Impuls erhalten. Gemessen an der Beschäftigtenzahl handelt es sich bei den Unternehmen überwiegend um kleine Erwerbsbetriebe. Sie bieten zunächst dem tätigen Inhaber, manchmal auch mithelfenden Haushalts- und Familienangehörigen einen Arbeitsplatz. Dies gilt insbesondere auch für Existenzgründungen, die in der Regel dem Haushalts- und Familienkontext entspringen und maßgeblich durch ihn getragen werden. Tätige Inhaberschaft und geringe Größe bedingen, daß Haushalt und Unternehmen so eng miteinander verflochten sind, daß es sich praktisch um eine Wirtschaftseinheit mit spezifischen Funktionen und Strukturen handelt. Diese Lebens- und Wirtschaftseinheit wird hier als Haushalts-Unternehmens-Komplex bezeichnet und im zweiten Kapitel näher gekennzeichnet.

Eine besonders klare Form des Haushalts-Unternehmens-Komplexes stellt der landwirtschaftliche Familienbetrieb dar, der - völlig zu Recht - als Wirtschaftseinheit von Haus und Hof betrachtet wird. Während für diesen Wirtschaftsbereich das Verbundsystem aus Haushalt und Unternehmen ein wichtiger Forschungsgegenstand der Agrarökonomik und der Haushaltsökonomik ist, werden die entsprechenden Gebilde in den anderen Wirtschaftsbereichen vernachlässigt oder gar nicht berücksichtigt. Daß Haushalts-Unterneh-

mens-Komplexe aber auch im Produzierenden Gewerbe, im Handel, Gastgewerbe und Verkehr und insbesondere im Bereich der Sonstigen Dienstleistungen existieren, steht außer Frage. In Frage steht hingegen, in welchem Umfang dies der Fall ist, wie sich die Zahl der Haushalts-Unternehmens-Komplexe entwickelt hat und welche Strukturen sie aufweisen. Hierauf eine Antwort zu finden, ist das Ziel der vorliegenden Arbeit. Denn mit der Quantifizierung von Haushalts-Unternehmens-Komplexen kann zumindest die zahlenmäßige Bedeutung des Phänomenbereichs im Rahmen des Forschungsprogramms „Haushalts-Unternehmens-Komplexe“ fundiert werden. Das Forschungsprogramm selbst zielt im wesentlichen darauf, Gründung und Entwicklung von Unternehmen besser zu verstehen und so Analyse- und Beratungskonzepte auf der Mikroebene dieser besonderen sozioökonomischen Gebilde zu entwickeln.

Für die Quantifizierung wird hier auf Ergebnisse des Mikrozensus zurückgegriffen. Da Haushalts-Unternehmens-Komplexe im Mikrozensus aber nicht explizit nachgewiesen werden, folgt in Kapitel 3 zunächst die Erörterung ihrer kategorialen Erfassung im Mikrozensus und der damit verbundenen Auswertungsmöglichkeiten und -grenzen. Die Quantifizierung von Haushalts-Unternehmens-Komplexen ist auf die Beschreibung der Makrostrukturen und deren Veränderungen im Zeitablauf gerichtet und steht im Mittelpunkt des sich anschließenden Kapitel 4. In Kapitel 5 werden schließlich die wichtigsten Ergebnisse zusammengefaßt und es wird auf den nächsten Forschungsschritt hingewiesen.

2. Der Forschungsgegenstand „Haushalts-Unternehmens-Komplex“

Haushalts-Unternehmens-Komplexe sind kleinbetriebliche Verbundsysteme von Privathaushalten und zugehörigen Unternehmungen. Im Sinne einer Forschungshypothese wird davon ausgegangen, daß Haushalt und Unternehmung unter bestimmten Voraussetzungen, insbesondere aufgrund tätiger Inhaberschaft und geringer Größe der Unternehmung, personell und güterwirtschaftlich so eng miteinander verflochten sind, daß die beiden Teile praktisch eine sozioökonomische Einheit, das heißt eine Entscheidungs- und Organisationseinheit hinsichtlich der privaten Ressourcen Arbeit und Vermögen, bilden. Der Privathaushalt kann dabei alle möglichen Formen des Zusammenlebens von der Kernfamilie über Alleinerziehende und Alleinstehende bis hin zur nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft aufweisen. Als zugehörige Unternehmungen kommen ausschließlich kleine Unternehmen, gemessen an der Beschäftigtenzahl, aus allen Wirtschaftsbereichen in Frage.

Die Unternehmenskomponente von Haushalts-Unternehmens-Komplexen läßt sich durch folgende Merkmale näher kennzeichnen (vgl. Hansch/Piorkowsky 1997: 3):

- Die Beschaffung von Geld, teils auch von Sachmitteln für den Haushalt erfolgt zumindest teilweise durch selbständige unternehmerische Tätigkeit.
- Die Unternehmensgröße, gemessen an der Beschäftigtenzahl, ist gering; außer dem tätigen Inhaber² kommen nur mithelfende/mitarbeitende Familien- beziehungsweise Haushaltsangehörige und/oder einige wenige Fremdarbeitskräfte in Betracht.
- Die Leitungsbefugnis liegt beim tätigen Inhaber oder bei einem Mitglied der Familie beziehungsweise des Haushalts des Inhabers.
- Soweit es sich um eine Personen- oder Kapitalgesellschaft handelt, halten ausschließlich oder zumindest ganz überwiegend Haushalts- beziehungsweise Familienmitglieder die Gesellschaftsanteile.

Tätige Inhaberschaft und geringe Unternehmensgröße bedingen einen spezifischen personellen, organisatorischen und güterwirtschaftlichen Verbund von Privathaushalt und Unternehmung. Dieser Verbund kommt in der Produktionsfunktion der Lebens- und Wirtschaftseinheit, das heißt der Koexistenz von Haushaltsproduktion und Marktgüterproduktion, sowie in den Investitions- und Regenerationsentscheidungen und den entsprechenden Handlungen zum Ausdruck. In der Regel spiegeln sich diese objektiven Gegebenheiten auch im Selbstverständnis der maßgeblich beteiligten Personen wider, das heißt diese selbst trennen nicht oder nur wenig zwischen ihrem Privathaushalt und ihrer Unternehmung (vgl. Hadaschik/Piorkowsky 1997).

Die starke Verflechtung der Personen, Ziele und Mittel von Privathaushalt und Unternehmung legt die Bezeichnung „Haushalts-Unternehmens-Komplex“ nahe. Hiermit soll die wesensmäßige Verknüpfung der Teilbereiche dieser besonderen sozioökonomischen Einheit zu einem geschlossenen Ganzen zum Ausdruck gebracht werden. Haushalts-Unternehmens-Komplexe bestehen demnach aus zwei nicht aufeinander reduzierbaren Teilen (Haushalt und Unternehmen). Sie weisen in dieser Einheit im Vergleich zu gesonderten Privathaushalten von abhängig Beschäftigten oder Großunternehmern einerseits und reinen Erwerbsbetrieben, insbesondere Großunternehmen, andererseits andere Funktionen und Strukturen auf. Dies gilt vor allem hinsichtlich der Entscheidungen der Eigentümer über Konsum und Ersparnis beziehungsweise Investition sowie über Arbeit und Freizeit. Die Besonderheiten dieser Entscheidungen beruhen auf den Interdependenzen innerhalb des Ziel- und Mittelsystems der beiden Komponenten des Haushalts-Unternehmens-Komplexes.

² Aus Gründen der Lesbarkeit wurde auf die gleichzeitige Berücksichtigung der weiblichen und männlichen Form verzichtet. Selbstverständlich beziehen sich alle Ausführungen sowohl auf Frauen als auch auf Männer.

Im Hinblick auf die oben genannten Merkmale von Haushalts-Unternehmens-Komplexen müssen für eine weitere Beschäftigung mit dem Forschungsgegenstand folgende Aspekte näher betrachtet werden:

- Eigentumsverhältnisse
- Leitungsbefugnis
- Rechtsform
- marktgerichtete Produktion
- Umfang der unternehmerischen Tätigkeit
- Unternehmensgröße

Die mit dem Haushalt verbundene Unternehmung ist Eigentum eines oder mehrerer Haushalts- beziehungsweise Familienmitglieder. Sind weitere Personen an der Unternehmung beteiligt, müssen die Anteile mehrheitlich in Händen der Mitglieder des Haushalts beziehungsweise der Familie sein, damit diese einen bestimmenden Einfluß auf das Unternehmensgeschehen ausüben können. Diese Festlegung ist notwendig, damit die hier interessierende enge Verbindung von Privathaushalt und Unternehmung als gegeben angenommen werden kann. Entsprechendes gilt für die Leitungsbefugnis. Sofern außer dem Eigentümer weitere Mithelfende oder Mitarbeitende im Unternehmen tätig sind, muß die Leitungsbefugnis beim tätigen Inhaber oder einem anderen Mitglied des Haushalts beziehungsweise der Familie liegen, damit die Prägung des Unternehmens durch diese als gegeben gelten kann. Durch die Delegation der Leitungsbefugnis an Externe verringern sich die Einwirkungsmöglichkeiten und die emotionale Distanz wird größer. Der hier interessierende spezifische Verbundcharakter wäre dann vermutlich nicht oder weniger stark ausgeprägt.

Ein wesentlicher Einfluß sowohl auf die finanzwirtschaftliche Verflechtung zwischen dem Haushalt des Eigentümers und dem Unternehmen als auch auf die Regelung der Leitungsbefugnis im Unternehmen geht von der Unternehmensrechtsform aus. Das bisher Gesagte läßt deshalb Schlußfolgerungen über die sinnvollen möglichen Rechtsformen des Unternehmensteils von Haushalts-Unternehmens-Komplexen zu. Von besonderer Bedeutung dürften die Einzelunternehmung sowie die Gesellschaft bürgerlichen Rechts und die offene Handelsgesellschaft sein. Kapitalgesellschaften kommen vermutlich kaum vor; in Betracht käme wohl lediglich die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, insbesondere in der Ausgestaltung als Einpersonen-GmbH.

Der Unternehmensteil des Haushalts-Unternehmens-Komplexes dient der Produktion und Abgabe von Marktgütern gegen Entgelte, die letztlich der Finanzierung zumindest eines Teils der Ausgaben für die private Lebenshaltung dienen. Der Träger des Unternehmens ist also erwerbswirtschaftlich selbständig. Wie groß der Beitrag der Unternehmenstätigkeit

keit zur Deckung der Lebenshaltungskosten sein muß, ist schwer zu sagen. Im Konzept des Haushalts-Unternehmens-Komplexes wird zudem selbständige erwerbswirtschaftliche Nebentätigkeit berücksichtigt, weil dies der Realität und dem generellen Verständnis vom Haushalt als einer sozioökonomischen Einheit mit prinzipiell mehreren Einkommensquellen entspricht. Zuweilen dient die Nebenerwerbsselbständigkeit auch als Sprungbrett in die Vollerwerbsselbständigkeit. Daher zählen auch Unternehmen von Kleingewerbetreibenden, Selbständigen im Nebenberuf sowie Neben- beziehungsweise Zuerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft zu den Haushalts-Unternehmens-Komplexen.

Die Festlegung der Unternehmensgröße ist besonders schwierig. Wie viele abhängig Beschäftigte, die keine Haushalts- beziehungsweise Familienmitglieder sind, ein Haushalts-Unternehmens-Komplex haben kann, ohne seinen Charakter als sozioökonomisches Verbundsystem besonderer Art zu verlieren, kann nicht ohne weiteres gesagt werden. Eine eindeutige Grenze zwischen Haushalts-Unternehmens-Komplexen und größeren Unternehmen, gemessen an der Zahl der Fremdarbeitskräfte, kann nicht gezogen werden. Klar ist aber, daß mit zunehmender Unternehmensgröße, vor allem mit der Zahl der haushalts- und familienfremden Mitarbeiter, auch die organisatorische und emotionale Distanz zwischen Unternehmung und Privathaushalt des Unternehmers zunehmen.

Im Sinne einer praktikablen Abgrenzung wird nachfolgend eine Obergrenze von vier Arbeitnehmern zugrunde gelegt. Bei einer solchen Größenordnung und unter der Voraussetzung tätiger Inhaberschaft kann davon ausgegangen werden, daß sich das Unternehmen gegenüber dem Haushalt noch nicht verselbständigt hat. Dieses Größenkriterium, wie überhaupt die Betonung der Besonderheit von Haushalts-Unternehmens-Komplexen, läßt sich auch mit Blick auf rechtliche Sonderregelungen für Kleinunternehmen begründen, die insbesondere im Arbeitsrecht (vgl. BetrVG §§ 1 u. 5 Abs. 2, KSchG § 23 Abs. 1), im Handelsrecht (vgl. HGB § 1 Abs. 2) und im Steuerrecht (vgl. UStG § 19) bestehen.

Nach der näheren Kennzeichnung des Forschungsgegenstands stellt sich die Frage nach einer für die Quantifizierung brauchbaren Datenquelle. Die Beantwortung dieser Frage wie auch die Darstellung der Erfassung zentraler Merkmale im Mikrozensus und deren Auswertungsmöglichkeiten stehen im Mittelpunkt des nächsten Abschnitts.

3. Haushalts-Unternehmens-Komplexe im Mikrozensus

3.1 Anforderungen an die Datenquelle

Unter Berücksichtigung des im vorangegangenen Abschnitt Gesagten ist zur Beschreibung der Entwicklung von Umfang und Struktur der Haushalts-Unternehmens-Komplexe

eine Datenquelle mit einer gewissen Periodizität erforderlich, die zu den im folgenden aufgeführten Merkmalen und Ausprägungen Informationen liefert:

- Erwerbstätigkeit: Selbständige, tätige Inhaber oder Rechtsform: Einzelunternehmen, Gesellschaft bürgerlichen Rechts, offene Handelsgesellschaft, Einpersonen-GmbH
- Unternehmensgröße: bis zu vier Arbeitnehmer
- Wirtschaftsbereich der selbständigen Tätigkeit: alle Wirtschaftsbereiche
- Haushalts- und Familienformen: alle Formen

Obligatorisch für eine geeignete Datengrundlage zur Quantifizierung von Haushalts-Unternehmens-Komplexen ist der Nachweis sowohl der selbständigen Erwerbstätigkeit als auch der Unternehmensgröße. Ob die selbständige Erwerbstätigkeit direkt in Form des Nachweises von Selbständigen beziehungsweise tätigen Inhabern oder indirekt über die Rechtsform dokumentiert wird, ist sekundär. Für den Nachweis der Unternehmensgröße ist die Erfassung von bis zu vier Arbeitnehmern im Unternehmen wünschenswert, da diese Wirtschaftseinheiten im Mittelpunkt des Interesses stehen (vgl. Abschnitt 2).

Das Ziel einer umfassenden Strukturanalyse von Haushalts-Unternehmens-Komplexen erfordert deren uneingeschränkte Erfassung, sowohl über alle Wirtschaftsbereiche als auch über alle Haushalts- und Familienformen. Denn neben der Unternehmenskomponente sind gerade die Strukturen der Haushalte und Familien von „kleinen“ Selbständigen für das Forschungsprogramm von Interesse. Die Untersuchung der Haushalts- und Familienstrukturen auf der Makroebene liefert erste Hinweise über die Zusammensetzung des primären Sozialsystems der Selbständigen. Sie gibt somit Aufschluß über die auftretenden Haushaltsformen und deren zahlenmäßige Bedeutung. Diese Zahlen stellen die Basis für die Entwicklung spezieller Analyse- und Beratungskonzepte dar. Eine geeignete Datenquelle muß hierzu ebenfalls Informationen bereitstellen.

Aus diesem Anforderungskatalog ergibt sich, daß insbesondere der Mikrozensus für die Analyse von Haushalts-Unternehmens-Komplexen in Betracht kommt, auch wenn es sich hierbei nicht um eine Unternehmensstatistik handelt. Konzipiert als „Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens“ erfaßt der Mikrozensus seit 1957 jährlich selbständige Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen sowie deren soziodemographische und sozioökonomische Merkmale (vgl. Herberger 1957: 209-210; Emmerling/Riede 1997: 161). Daß dabei die Unternehmensrechtsform nicht erfragt wird, ist unerheblich. Als Personenbefragung setzt der Mikrozensus direkt bei den Einheit stiftenden Akteuren von Haushalts-Unternehmens-Komplexen an, und sein Fragenprogramm ermöglicht die Strukturanalyse dieser Einheiten auf Personen-, Haushalts- und Familienebene.

3.2 Diskussion der Erfassung zentraler Merkmale von Haushalts-Unternehmens-Komplexen

Für die Interpretation der Daten sind die in der Erhebung geltenden Definitionen von besonderer Wichtigkeit. Sie grenzen die erhobenen Merkmale genau ab und geben so Aufschluß über die hinter den Zahlen stehenden Tatbestände. Eine sachgerechte Auslegung der Zahlen setzt neben der Kenntnis der Begriffsinhalte aber auch das Wissen um die Datengenerierung voraus. Beides steht im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen.

Die Ergebnisse für die Erwerbstätigen beziehen sich im Mikrozensus hauptsächlich auf die einzige oder erste Erwerbstätigkeit. Zusätzlich ist im Konzept des Haushalts-Unternehmens-Komplexes selbständige Nebenerwerbstätigkeit vorgesehen, so daß auch die Ergebnisse zur zweiten Erwerbstätigkeit wichtig sind. Die Auswertung des Mikrozensus in bezug auf Haushalts-Unternehmens-Komplexe knüpft somit an die erwerbsstatistische Kategorie der in erster und zweiter Erwerbstätigkeit Selbständigen an. Diese werden in den Veröffentlichungen des Mikrozensus definiert als „Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte als Eigentümer, Miteigentümer, Pächter oder selbständiger Handwerker leiten sowie selbständige Handelsvertreter usw., also auch freiberuflich Tätige“ (Statistisches Bundesamt 1998a: 17).

Betriebe und Arbeitsstätten sind laut amtlicher Definition örtliche Einheiten. Im Vergleich zum Betrieb, zu dem auch Verwaltungs-, Reparatur- und Hilfsabteilungen zählen, die nur in der Nähe vom und nicht auf dem Grundstück des Produktionsbetriebs liegen, sind Arbeitsstätten enger gefaßt. Die genannten Abteilungen stellen in diesem Sinne jeweils eigenständige Arbeitsstätten dar. Zu den begrifflichen Unterschieden kommen noch Unterschiede im Erhebungsbereich hinzu. Letztendlich gilt aber, daß bei Vorhandensein nur einer einzigen Arbeitsstätte (einzige Niederlassung) beziehungsweise nur eines einzigen Betriebes (Einbetriebsunternehmen) die Arbeitsstätte beziehungsweise der Betrieb gleichzeitig auch das Unternehmen ist (vgl. Statistisches Bundesamt/Internetseiten 1997: 3; Statistisches Bundesamt/Internetseiten 1998: 6). Unternehmen sind in der amtlichen Statistik die kleinsten rechtlichen Einheiten, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen eigene Bücher führen und gesonderte Jahresabschlüsse aufstellen müssen (vgl. Statistisches Bundesamt/Internetseiten 1997: 3). Von erwerbswirtschaftlich selbständigen Personen ist anzunehmen, daß sie für das gesamte Unternehmen und nicht nur für eine Arbeitsstätte oder einen Betrieb verantwortlich sind. Daher stellt sich hier die Frage, warum sich die Definition der Selbständigen nicht auf das Unternehmen als Wirtschaftseinheit bezieht.

Die selbständige Erwerbstätigkeit einer Person wird im Mikrozensus zunächst mit der Frage „Sind Sie tätig als...?“ und den Antworten „...Selbständige(r) ohne Beschäftigte“ oder „Selbständige(r) mit Beschäftigten“ erfaßt (vgl. Abbildung 1). Weder in der Frage

noch in den dazu gehörenden Erläuterungen des Erhebungsbogens wird auf eine bestimmte Wirtschaftseinheit abgestellt. Diese findet sich erst in der Selbständigendefinition, die in den Tabellenbänden abgedruckt wird. Daher wird im weiteren Verlauf der Analyse davon ausgegangen, daß sich die Selbständigen mit ihren Antworten auf ihr Unternehmen im Sinne der amtlichen Definition beziehen. Allerdings läßt sich aus den so ermittelten Selbständigenzahlen nicht die Zahl der bestehenden Unternehmen ableiten. Denn einerseits befinden sich gemäß der Definition Miteigentümer in der Gruppe der Selbständigen und andererseits ist es auch vorstellbar, daß die erfaßten Selbständigen mehrere Unternehmen - ohne gemeinsame Schnittmenge - leiten. Die dadurch verursachten Effekte auf die Unternehmenszahl können aber nicht beziffert werden.

Hingegen kann von den Ergebnissen auf die mögliche Zahl von Haushalts-Unternehmens-Komplexen geschlossen werden. Da auch Rechtsformen mit mehreren Eigentümern für den Unternehmensteil von Haushalts-Unternehmens-Komplexen möglich sind (vgl. Kapitel 2), ist es für deren Quantifizierung unproblematisch, daß auch Miteigentümer in der Definition der Selbständigen genannt werden. Fraglich ist in diesem Zusammenhang, ob sich tätige Inhaber einer Einpersonen-GmbH zu den Selbständigen zählen. Die Selbständigen, die mehrere Unternehmen allein führen, können jeweils als ein Haushalts-Unternehmens-Komplex angesehen werden. An einer solchen Konstellation sind zwar mehrere Unternehmen beteiligt, die privaten Ressourcen, die in die Unternehmen fließen, stammen indessen nur aus einem einzigen Haushalt. Zu den Fällen, bei denen die Eigentümer eines gemeinsamen Unternehmens in demselben Haushalt leben, gehen aus dem Mikrozensus nicht die erforderlichen Informationen hervor. Diese Fälle sind somit nicht quantifizierbar.

Die Antworten auf die erste Frage enthalten einen groben Hinweis zur Beschäftigtenzahl. Gemäß den Erläuterungen arbeiten Selbständige ohne Beschäftigte entweder allein oder werden ausschließlich von unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen unterstützt (vgl. Statistisches Bundesamt 1996: Erläuterungen zu den Fragen 40/45). Da Selbständige ohne Beschäftigte möglicherweise mit weiteren Eigentümern kooperieren, arbeiten sie, selbst wenn sie keine mithelfenden Familienangehörigen beschäftigen, nicht unbedingt im engeren Sinn allein. Darüber hinaus ist zu beachten, daß wegen des zugrunde liegenden Erwerbskonzepts Personen, die einer sozialversicherungsfreien geringfügigen Beschäftigung nachgehen, zu den Erwerbstätigen gezählt werden müssen (vgl. Statistisches Bundesamt 1998a: 15). Deshalb kreuzen Selbständige, die ausschließlich mit geringfügig Beschäftigten arbeiten, korrekterweise die Antwort „Selbständige(r) mit Beschäftigten“ an. Da die Befragten aber selbst die Angaben machen, nach denen sie dann zugeordnet werden, kann nicht immer gewährleistet werden, daß sie sich selbst richtig einordnen (vgl. Fürst 1977: 11; Statistisches Bundesamt 1998a: 16).

Abbildung 1: Auszug aus den Erhebungsbogen 1995/96

<p>1. Sind Sie tätig als...?</p> <p>...Selbständige(r) ohne Beschäftigte</p> <p>...Selbständige(r) mit Beschäftigten</p>
<p>2. Welche Stellung haben Sie innerhalb des Betriebes?</p> <ul style="list-style-type: none"> • alleinschaffend; Selbständige(r) mit 1 bis 4 Beschäftigten • Unternehmer(in)/Selbständige(r) mit 5 und mehr Beschäftigten
<p>3. bis 1995: Anzahl der tätigen Personen in der Arbeitsstätte ab 1996: Wie viele Personen arbeiten in dem Betrieb, in dem Sie tätig sind?</p> <p>Antworten:</p> <p>bis 1995: einzelne Erfassung von 1 bis 10 Beschäftigten</p> <p>ab1996: einzelne Erfassung von 1 bis 10 Person(en)</p>

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 1995, 1996, Erhebungsbogen 1 + E.

Etwas genauere Angaben zur Beschäftigtenzahl ergeben sich aus den Antworten auf die Frage nach der Stellung im Betrieb (vgl. Abbildung 1). Die Wirtschaftseinheit wird zwar auf den Betrieb eingegrenzt, aber in den Erhebungsunterlagen nicht weiter definiert. Es bleibt unklar, ob die Befragten bei ihren Antworten gegebenenfalls zwischen Unternehmen und Betrieb im Sinne der amtlichen Definitionen unterscheiden. Am detailliertesten sind die Ergebnisse zur Anzahl der tätigen Personen in der Arbeitsstätte (bis 1995), die im Fragebogen als Beschäftigte bezeichnet werden, beziehungsweise im Betrieb (ab 1996), die bei den möglichen Antworten nur als Personen bezeichnet werden (vgl. Abbildung 1). Für beide Personengruppen ist im Bereich von eins bis zehn jeweils die genaue Zahl anzugeben. Zu beachten ist, daß auch der tätige Inhaber und die mithelfenden Familienangehörigen zu den tätigen Personen in der Arbeitsstätte beziehungsweise den im Betrieb arbeitenden Personen gehören (vgl. Statistisches Bundesamt 1995: Erläuterungen zur Frage 92; Statistisches Bundesamt 1996: Erläuterungen zur Frage 50).

Im Gegensatz zur zweiten Frage werden die in der dritten Frage genannten Wirtschaftseinheiten in den Erhebungsunterlagen erklärt. Allerdings wird die Wirtschaftseinheit, die im Fragebogen 1995 noch als Arbeitsstätte galt, im Fragebogen 1996 nun als Betrieb bezeichnet. Diese neue Formulierung wurde bislang nicht in die Überschriften der veröffentlichten Tabellen übernommen. Es werden dort nach wie vor Zahlen zu den tätigen Personen in der Arbeitsstätte ausgewiesen (vgl. Statistisches Bundesamt 1998b: 134; Statistisches Bundesamt 1998c: 117).

In den Fragen zwei und drei der Abbildung 1 werden zwar die Wirtschaftseinheiten, auf die sich die Frage bezieht, explizit genannt. Es werden jedoch keine Informationen dazu erhoben, ob es sich gegebenenfalls um eine einzige Niederlassung oder um ein Einbetriebsunternehmen handelt. So gesehen sind mit diesen Angaben keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Zahl der arbeitenden Personen je Unternehmen möglich. Die Ausführungen zeigen, daß trotz der Bemühungen um Eindeutigkeit, die Begriffs- und Definitionswahl, die Formulierung und Erläuterung der Fragen sowie die Ergebnisdarstellung des Mikrozensus für die in dieser Arbeit aufgeworfene Fragestellung nicht immer konsistent erscheinen. Für die statistische Dokumentation der Entwicklung von Umfang und Struktur von Haushalts-Unternehmens-Komplexen wird daher von folgenden Annahmen ausgegangen: (1) Die Antworten auf die erste Frage „Sind Sie tätig als...?“ beziehen sich auf das Unternehmen als kleinste rechtliche Einheit, denn weder in der Frage noch in den Erläuterungen wird eine Wirtschaftseinheit genannt. (2) Der Hinweis, daß Selbständige ohne Beschäftigte gegebenenfalls nur mit unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen arbeiten wird von den Befragten bei der Beantwortung berücksichtigt.

Bei einer Orientierung an den amtlichen Definitionen der Wirtschaftseinheiten dürfen die Daten aus den beiden übrigen Fragen, in denen der Betrieb/die Arbeitsstätte explizit erwähnt werden, konsequenterweise nicht für die Gliederung der Selbständigen nach Unternehmensgrößenklassen genutzt werden. Selbständige mit bis zu vier Arbeitnehmern können deshalb - aber auch wegen des Erwerbskonzepts - nicht mit Hilfe des Mikrozensus nachgewiesen werden. Somit stellen Selbständige ohne Beschäftigte in der ersten und zweiten Erwerbstätigkeit die für die Analyse von Haushalts-Unternehmens-Komplexen interessierende Kategorie dar.

3.3 Auswertungsmöglichkeiten

Seit seiner Einführung unterlag der Mikrozensus vielfältigen Veränderungen methodischer und inhaltlicher Art (vgl. Emmerling/Riede 1997). Solche Veränderungen bedeuten für die Darstellung von Zeitreihen „Brüche“, die die Vergleichbarkeit der Daten beeinflussen. In der Mehrzahl der Fälle sind die Einflüsse der Änderungen auf die Ergebnisse nicht meßbar, so daß die Erläuterung der Modifikationen ausreichen muß. Bei der statistischen Dokumentation in Kapitel 4 macht sich insbesondere der Wechsel von der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93), im Jahr 1995 bemerkbar (vgl. Mai 1991). Die Umstellung beeinträchtigt den Vergleich der wirtschaftsstrukturellen Verteilung der Erwerbstätigen und damit auch der hier im Vordergrund stehenden Selbständigen ohne Beschäftigte.

Eine Gegenüberstellung von WZ 93 und der bis einschließlich 1994 geltenden Wirtschaftszweigsystematik zeigt, daß sich die Umgruppierungen bis auf die Ebene der Wirt-

schaftsbereiche auswirken. Die wohl wichtigste Neuerung ist die Umbenennung der Wirtschaftsbereiche (1) Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie (2) Übrige Wirtschaftsbereiche in (1) Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie (2) Sonstige Dienstleistungen und die damit verbundene Neuordnung von früheren Wirtschaftsunterabteilungen - den heutigen Wirtschaftsunterabschnitten. So war beispielsweise das Gastgewerbe als Wirtschaftsunterabteilung bislang der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht, untergeordnet, die zum Wirtschaftsbereich Übrige Wirtschaftsbereiche zählte. In der neuen Klassifikation ist der jetzige Wirtschaftsunterabschnitt Gastgewerbe dem Wirtschaftsunterbereich Handel und Gastgewerbe und somit dem Wirtschaftsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr untergeordnet.

Dieses Beispiel zeigt, daß die Ergebnisse ab 1995 bezüglich der wirtschaftssystematischen Zuordnung der Erwerbstätigen auf den übergeordneten Ebenen der Klassifikation nicht beziehungsweise nur eingeschränkt mit den Ergebnissen der Vorjahre verglichen werden können. Dieser Sachverhalt ist für die Datenpräsentation zur Entwicklung der Selbständigenzahlen, gegliedert nach Wirtschaftsbereichen, im weiteren Verlauf der Arbeit von Bedeutung, da es bei deren Nachvollzug teilweise zu größeren Entwicklungssprüngen kommt (vgl. Abschnitt 4.3.2).

Mit dem Ziel, eine Entwicklung über mehrere Jahre abzubilden und nicht zuletzt aus Kostengründen, wurde für die Auswertung auf die allgemein zugänglichen Tabellenbände zurückgegriffen. Diese wurden, wo möglich, durch zusätzlich vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellte Daten ergänzt. Die Durchsicht der Tabellenbände brachte hinsichtlich der Auswertungsmöglichkeiten zu Haushalts-Unternehmens-Komplexen die folgenden Ergebnisse: Der Mikrozensus liefert für die Kategorie der Selbständigen eine Vielzahl von Informationen. Die Palette reicht über deren Gliederung nach Wirtschaftsbereichen, Altersgruppen, Familienstand, geleisteten Arbeitsstunden bis hin zu Haushaltsgröße, Zahl und Alter der Kinder in den Familien sowie Stellung im Beruf der Ehepartner.

Was die erwähnten Auswertungsmöglichkeiten der Tabellenbände hinsichtlich Haushalts-Unternehmens-Komplexen zusammenschumpfen läßt, ist die Tatsache, daß in den seltensten Fällen die Selbständigen ohne Beschäftigte nach den genannten Merkmalen gegliedert ausgewiesen werden. In den folgenden Abschnitten kann daher nur die Analyse des verbleibenden Rests an Informationen zu den Selbständigen ohne Beschäftigte durchgeführt werden. Immerhin ist es möglich, Untergruppen von Haushalts-Unternehmens-Komplexen in Form der Selbständigen ohne Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen zu bilden und nach dem Geschlecht der maßgeblichen Person zu differenzieren.

4. Statistische Dokumentation der Entwicklung

4.1 Vorbemerkung

Die Auswertung der Daten des Mikrozensus basiert auf den allgemein zugänglichen Tabellenbänden der Fachserie 1, Reihe 4.1.1, die vom Statistischen Bundesamt herausgegeben werden. Für die folgenden Abbildungen wird darauf hingewiesen, daß der Nachweis absoluter Zahlen erst bei einem Wert von 5 000 beginnt, da dies die statistische Nachweisgrenze des Mikrozensus ist.

Die statistische Dokumentation berücksichtigt die gesamtdeutschen Zahlen für die Jahre 1991 bis 1997. Sie werden dem Ziel der umfassenden Quantifizierung von Haushalts-Unternehmens-Komplexen am ehesten gerecht. Außerdem entsprechen die für Deutschland aufgezeigten Trends den Entwicklungen in den alten Bundesländern seit Anfang der achtziger Jahre. Zunächst werden einige Eckwerte zu den Selbständigen insgesamt präsentiert. Sie dienen zur Orientierung über die Größenordnungen der Selbständigenzahlen. Hieran schließt die Betrachtung der zentralen Gruppe der Selbständigen ohne Beschäftigte an, die sich auf diejenigen in der ersten und auch in der zweiten Erwerbstätigkeit erstreckt.

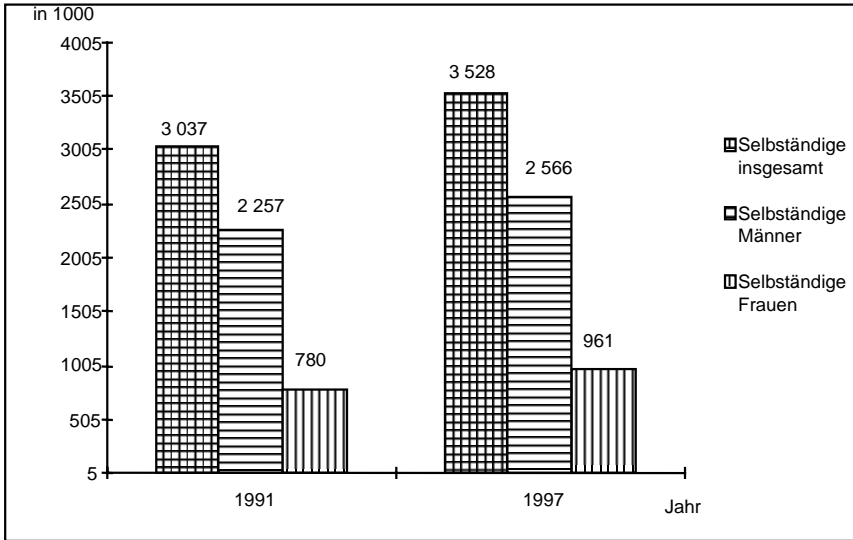
4.2 Grunddaten zur Selbständigkeit

Ausgangspunkt der Betrachtung ist die Entwicklung der Selbständigenzahlen sowie deren Anteil³ an den Erwerbstätigen im wiedervereinigten Deutschland seit der Einführung des Mikrozensus in den Neuen Bundesländern im Jahr 1991. Zu beobachten ist, daß sowohl der Umfang als auch die Quote der Selbständigen insgesamt in Deutschland von 1991 bis 1997 ständig gestiegen sind. Die Zahl der Selbständigen wuchs in diesen Jahren um knapp eine halbe Million, von gut 3 Millionen auf über 3,5 Millionen insgesamt (vgl. Abbildung 2). Dies entspricht einem Anstieg der Selbständigenquote um 1,8 Prozentpunkte von 8,1 Prozent auf nunmehr 9,9 Prozent. Weiterhin zeigt sich, daß der Frauenanteil an den Selbständigen insgesamt im betrachteten Zeitraum langsam zugenommen hat, und zwar von 25,7 Prozent auf 27,3 Prozent. Entsprechend hat die Quote der selbständigen Männer abgenommen. Es kann also festgehalten werden, daß in

³ Mit dem Mikrozensus 1996 wurde ein System von Leitfragen zur Erwerbsbeteiligung eingeführt, mit dem sichergestellt werden soll, daß sich Personen entsprechend dem extensiven Erwerbskonzept des Mikrozensus tatsächlich auch zu den Erwerbstätigen zählen (vgl. Lüttinger/Riede 1997: 29). Dadurch können sich Auswirkungen auf die Höhe der Selbständigenquote ergeben, so daß die Vergleichbarkeit mit Ergebnissen bis einschließlich 1995 nur eingeschränkt möglich ist. Weiterhin sei hier auf das Phänomen der Scheinselbständigen hingewiesen, das die im Mikrozensus nachgewiesenen Selbständigenzahlen beeinflussen dürfte. Allerdings ist in diesem Zusammenhang keine Quantifizierung möglich (vgl. Dietrich 1998).

Deutschland von 1991 bis 1997 die Relation zwischen selbständigen Männern und Frauen etwa drei zu eins beträgt, allerdings mit steigender Tendenz zugunsten der Frauen.

Abbildung 2: Selbständige nach dem Geschlecht in Deutschland, 1991, 1997



Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 1991, 1997

Die wachsende zahlenmäßige Bedeutung der Selbständigen führt zu der Frage, welche Konstellationen sich, abgesehen von der Verteilung über die Geschlechter, dahinter verbergen. Im weiteren Verlauf ist gemäß dem Ziel der Untersuchung zu klären, wie viele Haushalts-Unternehmens-Komplexe in den hier präsentierten Zahlen enthalten und in welchen Wirtschaftsbereichen diese aktiv sind.

4.3 Selbständige ohne Beschäftigte

Der wohl wichtigste Nachweis für das Anliegen, die Entwicklung von Haushalts-Unternehmens-Komplexen nachzuzeichnen, ist die Gliederung der Selbständigen in Selbständige ohne und mit Beschäftigte(n). Diese Unterteilung besteht sowohl für die Personen, die in der einzigen oder ersten Erwerbstätigkeit selbständig sind, als auch für diejenigen, die in der zweiten Erwerbstätigkeit selbständig sind. Zunächst werden die Basisdaten zu den Selbständigen ohne Beschäftigte in der ersten Erwerbstätigkeit präsentiert (vgl. Abschnitt 4.3.1). Darauf folgt die Differenzierung dieser Gruppe nach Wirtschaftsbereichen

(vgl. Abschnitt 4.3.2). Schließlich werden in Abschnitt 4.3.3 die Grunddaten zu den in der zweiten Erwerbstätigkeit selbständigen Personen vorgestellt.

Zur Erinnerung wird noch einmal auf die Definition der Selbständigen ohne Beschäftigte hingewiesen. Da einerseits zu den Selbständigen auch Miteigentümer zählen und andererseits diejenigen ohne Beschäftigte von mithelfenden Familienangehörigen unterstützt werden können, sind sie hier nicht mit allein Arbeitenden im engeren Sinne gleichzusetzen. Wenn im folgenden dennoch von allein Arbeitenden gesprochen wird, so gelten die definitorischen Implikationen.

4.3.1 Grunddaten zur einzigen oder ersten Erwerbstätigkeit

Die in der einzigen oder ersten Erwerbstätigkeit Selbständigen verteilen sich auf zwei Gruppen: (1) Selbständige ohne Beschäftigte und (2) Selbständige mit Beschäftigten. Der Tabelle 1 sind der Umfang der Selbständigen insgesamt sowie der Selbständigen ohne und mit Beschäftigte(n) zu entnehmen. Zusätzlich ist der Anteil der jeweiligen Gruppe an den Selbständigen insgesamt ausgewiesen.

Tabelle 1: Selbständige insgesamt, ohne und mit Beschäftigte(n) in Deutschland, 1991-1997

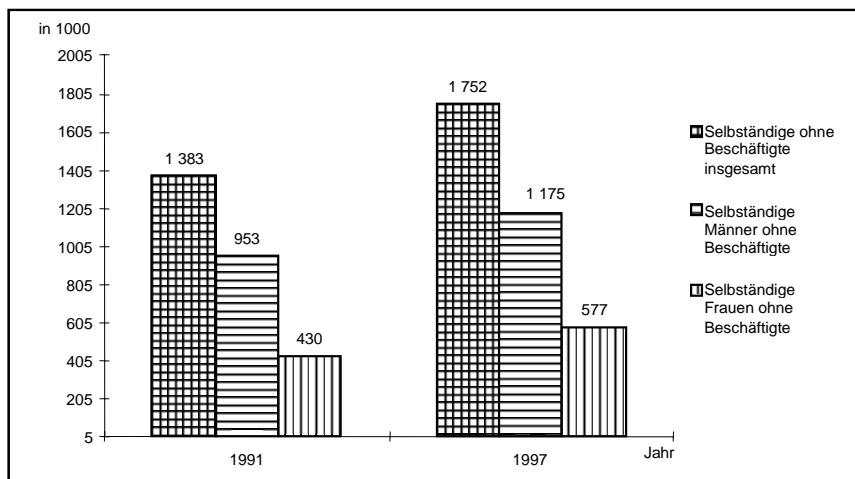
Jahr	Selbständige insgesamt	davon Selbständige			
		mit	ohne	mit	ohne
		Beschäftigte(n)		Beschäftigte(n)	
	1 000	1 000		%	
1991	3 037	1 654	1 383	54,5	45,5
1992	3 091	1 714	1 378	55,5	44,6
1993	3 175	1 763	1 412	55,5	44,5
1994	3 288	1 842	1 446	56,0	44,0
1995	3 336	1 821	1 515	54,6	45,4
1996	3 409	1 767	1 641	51,8	48,1
1997	3 528	1 776	1 752	50,3	49,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus, verschiedene Jahrgänge.

Der Anteil der Selbständigen mit Beschäftigten an den Selbständigen insgesamt lag in Deutschland von 1991 bis einschließlich 1995 immer bei ca. 55 Prozent. Bis zum Jahr 1997 sank er auf 50,3 Prozent. Die Quote der Selbständigen ohne Beschäftigte stieg entsprechend auf fast 50 Prozent. Somit arbeitete 1997 bereits knapp die Hälfte der über 3,5 Millionen Selbständigen allein. Der Anstieg ist gleichermaßen auf eine zunehmende Quote der Selbständigen ohne Beschäftigte bei Männern und Frauen sowie auf einen stärkeren Rückgang des Anteils der Selbständigen mit Beschäftigten bei den männlichen

Selbständigen um 3,5 Prozentpunkte von 42,9 Prozent auf 39,4 Prozent zurückzuführen. Der Anteil der selbständigen Frauen mit Beschäftigten an den Selbständigen insgesamt verringerte sich im gleichen Zeitraum nur um 0,6 Prozentpunkte von 11,5 Prozent auf 10,9 Prozent.

Abbildung 3: Selbständige ohne Beschäftigte insgesamt und nach dem Geschlecht in Deutschland, 1991 und 1997



Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 1991, 1997.

Die Zahl der Selbständigen ohne Beschäftigte vergrößerte sich im betrachteten Zeitraum von knapp 1,4 Millionen auf gut 1,8 Millionen (vgl. Abbildung 3). Getrennt nach dem Geschlecht zeigt sich, daß die gestiegene Gesamtzahl sowohl auf eine Zunahme der Zahl bei den Männern um über 2,2 Millionen als auch bei den Frauen um knapp eine halbe Million zurückzuführen ist. Die Frauen stellen 1991 wie auch 1997 gut ein Drittel der Selbständigen ohne Beschäftigte, allerdings mit leicht steigender Tendenz.

Wird auf die Gesamtheit der selbständigen Frauen Bezug genommen, kann festgehalten werden, daß über 60 Prozent von ihnen ohne weitere Mitarbeiter tätig waren. Im Gegensatz zu den Verhältnissen bei den Frauen ist es bei den Männern weniger weit verbreitet, ohne Beschäftigte zu arbeiten. 1997 fanden sich nur bei etwa 46 Prozent oder knapp 1,2 Millionen der männlichen Selbständigen keine weiteren Mitarbeiter. Allerdings ist die Quote seit 1991 um 3,6 Prozentpunkte angestiegen.

4.3.2 Verteilung über die Wirtschaftsbereiche

Beim Nachweis der Selbständigen ohne Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ist zu beachten, daß seit 1995 die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993) nach der Tiefengliederung für den Mikrozensus gilt (vgl. Abschnitt 3.3). Die Verwendung dieser neuen Klassifikation bewirkt zum Teil erhebliche Entwicklungssprünge in den betroffenen Wirtschaftsbereichen. Zum Verständnis der nachfolgenden Tabellen wird daher noch einmal auf die Neuordnung des Gastgewerbes aus den ehemals Übrigen Wirtschaftsbereichen (seit 1995 Wirtschaftsbereich Sonstige Dienstleistungen) in den heutigen Wirtschaftsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr (ehemals Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung) hingewiesen.

In Tabelle 2 sind die Ergebnisse für die Selbständigen ohne Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen zusammengestellt. Deutlich zu erkennen ist, daß der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aktivität der allein arbeitenden Selbständigen, gemessen an der Zahl, bei den Übrigen Wirtschaftsbereichen beziehungsweise Sonstigen Dienstleistungen liegt. Ihre Zahl stieg dort im betrachteten Zeitraum um mehr als ein Drittel auf fast 0,8 Millionen. Der Anteil nahm gegenüber 1991 um 2,9 Prozentpunkte zu. Im Gegensatz zu den anderen Bereichen kann hier eine steigende Tendenz ausgemacht werden. Selbst die Ausgliederung des Gastgewerbes 1995 änderte nichts daran. 1997 sind in Deutschland somit fast 0,8 Millionen Selbständige ohne weitere Beschäftigte im Wirtschaftsbereich der Sonstigen Dienstleistungen tätig. Das entspricht einem Anteil von 44 Prozent der untersuchten Gruppe.

Einen gänzlich anderen Verlauf zeigen die Ergebnisse für den Sektor Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (vgl. Tabelle 2). Sowohl die absolute Zahl als auch die Quote verminderten sich kontinuierlich. Konnten 1991 nach über 0,3 Millionen Selbständige ohne Beschäftigte in diesem Wirtschaftsbereich gezählt werden, so waren es 1997 nur noch etwas über 0,2 Millionen Personen. Von den Selbständigen ohne Beschäftigte sind statt der ursprünglichen 22,1 Prozent nur noch 12,7 Prozent in diesem Wirtschaftsbereich erwerbswirtschaftlich aktiv. Das entspricht einem Rückgang von über 9 Prozentpunkten.

Ab 1995 machen sich bei der Entwicklung des Wirtschaftsbereichs Handel, Gastgewerbe und Verkehr die Umgruppierungen der WZ 93 bemerkbar. Bis zu diesem Jahr sind keine gravierenden Veränderungen hinsichtlich der absoluten Zahl und des Anteils der in diesem Bereich arbeitenden Selbständigen ohne Beschäftigte zu beobachten. In den Jahren 1991 bis 1994 waren etwa 0,3 Millionen der genannten Selbständigen in diesem Sektor tätig. 1995 vergrößerte sich dann die Zahl auf fast eine halbe Million. Die Quote, die vor der Umgruppierung des Gastgewerbes um 21 Prozent schwankte, liegt seitdem zwischen 27 Prozent und 28 Prozent. Im Produzierenden Gewerbe finden sich 1997 immerhin noch knapp 0,3 Millionen oder gut 16 Prozent der Selbständigen ohne Beschäftigte. Dieser

Anteil war trotz der wachsenden absoluten Zahl in diesem Sektor - mit zwei Ausnahmen - über die Jahre gesehen relativ stabil.

Tabelle 2: Selbständige ohne Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland, 1991-1997

Jahr	Selbständige o. Besch. insg.	Davon im Wirtschaftsbereich							
		1		2		3		4	
	1 000	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
1991	1 383	305	22,1	208	15,0	301	21,8	569	41,1
1992	1 378	275	20,0	223	16,2	297	21,6	584	42,4
1993	1 412	271	19,2	236	16,7	295	20,9	610	43,2
1994	1 446	253	17,5	232	16,0	308	21,3	653	45,2
1995	1 515	248	16,4	229	15,1	425	28,1	613	40,5
1996	1 641	221	13,5	276	16,8	446	27,2	699	42,6
1997	1 752	223	12,7	283	16,2	473	27,0	771	44,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus, verschiedene Jahrgänge.

Selbst. o. Besch. insg.: Selbständige ohne Beschäftigte insgesamt

Wirtschaftsbereich 1: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wirtschaftsbereich 2: Produzierendes Gewerbe

Wirtschaftsbereich 3: Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung/Handel, Gastgewerbe und Verkehr

Wirtschaftsbereich 4: Übrige Wirtschaftsbereiche/Sonstige Dienstleistungen

Wird die Verteilung der Selbständigen ohne Beschäftigte auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche in Deutschland getrennt nach dem Geschlecht verfolgt, läßt sich festhalten, daß jeweils der größte Anteil in den Übrigen Wirtschaftsbereichen/Sonstigen Dienstleistungen aktiv ist (vgl. Tabellen 3 und 4). Daß trotz der Einführung der neuen Wirtschaftszweig-systematik sowohl die absoluten Zahlen als auch die Quoten der Selbständigen ohne Beschäftigte in diesem Wirtschaftsbereich nicht abgenommen haben, ist vor allem auf die stärkere Zunahme bei den Männern zurückzuführen. 38,4 Prozent oder fast eine halbe Million der knapp 1,1 Millionen männlichen Selbständigen ohne Beschäftigte waren 1997 in diesem Wirtschaftsbereich aktiv. Im Jahr 1991 waren es erst 33,7 Prozent. Die absolute Zahl nahm um mehr als 0,1 Millionen Personen zu.

Bezogen auf die jeweilige Gesamtzahl der männlichen beziehungsweise weiblichen Selbständigen ohne Beschäftigte liegt der Anteil der Männer, die im Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung/Handel, Gastgewerbe und Verkehr arbeiten mit 25,4 Prozent knapp 5 Prozentpunkte unter dem ihrer weiblichen Kolleginnen. Damit sind seit der Neuordnung 1995 etwa ein Viertel der gut 1,2 Millionen selbständigen Männer

hier erwerbswirtschaftlich aktiv. Während ihre Quote im Produzierenden Gewerbe von 1991 bis 1997 keine größeren Veränderungen aufweist, sinkt diese im Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei um nahezu 12 Prozentpunkte. Im Gegensatz zum Bereich des Produzierenden Gewerbes nimmt in diesem Sektor zusätzlich auch die absolute Zahl der allein arbeitenden männlichen Selbständigen ab (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Selbständige Männer ohne Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland, 1991-1997

Jahr	selbst. Männer ohne Besch. insg.	Davon im Wirtschaftsbereich							
		1		2		3		4	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
1991	953	265	27,8	172	18,0	195	20,5	321	33,7
1992	947	238	25,1	189	20,0	192	20,3	329	34,7
1993	961	234	24,3	189	19,7	190	19,8	348	36,2
1994	989	218	22,0	194	19,6	197	19,9	379	38,3
1995	1 027	209	20,4	188	18,3	273	26,6	357	34,8
1996	1 108	189	17,1	230	20,8	285	25,7	404	36,5
1997	1 175	187	15,9	239	20,3	299	25,4	451	38,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus, verschiedene Jahrgänge

selbst. Männer ohne Besch. insg.: selbständige Männer ohne Beschäftigte insgesamt

Wirtschaftsbereich 1: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wirtschaftsbereich 2: Produzierendes Gewerbe

Wirtschaftsbereich 3: Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung/Handel,
Gastgewerbe und Verkehr

Wirtschaftsbereich 4: Übrige Wirtschaftsbereiche/Sonstige Dienstleistungen

Trotz des nach der Umgruppierung der Wirtschaftsbereiche von 57,7 Prozent auf 55,5 Prozent gesunkenen Anteils selbständiger Frauen ohne Beschäftigte in den Übrigen Wirtschaftsbereichen/Sonstigen Dienstleistungen, ist ihre absolute Zahl auf über 0,3 Millionen gestiegen (vgl. Tabelle 4). Im Jahr 1991 waren es erst eine Viertel Million selbständige Frauen ohne Beschäftigte. Der Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung/Handel, Gastgewerbe und Verkehr rangiert bei den Frauen im betrachteten Zeitraum mit einem Anteil zwischen 25 und 30 Prozent auf dem zweiten Platz. Nur noch bis 1992 finden sich im Sektor Land- und Forstwirtschaft, Fischerei mehr allein arbeitende selbständige Frauen als im Produzierenden Gewerbe. Danach rückte der Agrarbereich auf den vierten Platz.

Tabelle 4: Selbständige Frauen ohne Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland, 1991-1997

Jahr	selbst. Frauen ohne Besch. insg.	Davon im Wirtschaftsbereich							
		1		2		3		4	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
1991	430	40	9,3	36	8,4	106	24,7	248	57,7
1992	432	37	8,6	34	7,9	105	24,3	255	59,0
1993	450	37	8,2	46	10,2	106	23,6	261	58,0
1994	457	35	7,7	38	8,3	110	24,1	274	60,0
1995	488	38	7,8	42	8,6	152	31,1	256	52,5
1996	533	32	6,0	46	8,6	160	30,0	296	55,5
1997	577	36	6,2	47	8,1	174	30,2	320	55,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus, verschiedene Jahrgänge

selbst. Frauen ohne Besch. insg.:

selbständige Frauen ohne Beschäftigte insgesamt

Wirtschaftsbereich 1:

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wirtschaftsbereich 2:

Produzierendes Gewerbe

Wirtschaftsbereich 3:

Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung/Handel, Gastgewerbe und Verkehr

Wirtschaftsbereich 4:

Übrige Wirtschaftsbereiche/Sonstige Dienstleistungen

Im Konzept des Haushalts-Unternehmens-Komplexes ist grundsätzlich auch selbständige erwerbswirtschaftliche Nebentätigkeit vorgesehen. Daher werden im nächsten Abschnitt die Ergebnisse des Mikrozensus zur zweiten Erwerbstätigkeit vorgestellt. Sie komplettieren das Bild der Selbständigen ohne Beschäftigte.

4.3.3 Grunddaten zur zweiten Erwerbstätigkeit

Im wiedervereinigten Deutschland zeigen die absoluten Zahlen für die in der zweiten Erwerbstätigkeit Selbständigen sowohl insgesamt als auch für die Selbständigen ohne Beschäftigte einen uneinheitlichen Verlauf (vgl. Tabelle 5).

Bemerkenswert ist die abrupte Zunahme 1995, die bislang auch den Maximalwert markiert. Die Zahlen insgesamt bewegen sich zwischen 0,27 Millionen 1992 und 0,42 Millionen im Jahr 1995. Wie der Tabelle entnommen werden kann, hat sich der Anteil der nebenberuflichen Selbständigen ohne Beschäftigte im Verlauf der betrachteten Jahre zwar um 2,5 Prozentpunkte verringert, aber mit über 87 Prozent dominiert diese Gruppe immer noch das Bild der in der zweiten Erwerbstätigkeit Selbständigen. Allerdings hat sich deren Zusammensetzung verändert. Immer häufiger finden sich selbständige Frauen ohne weitere Mitarbeiter in der zweiten Erwerbstätigkeit. Ihr Anteil an den Selbständigen ohne Beschäftigte vergrößerte sich um 8,3 Prozentpunkte von 17 Prozent im Jahr 1991 auf 25,3

Prozent im Jahr 1997. Damit machen sie mittlerweile über ein Viertel der knapp 0,4 Millionen in der zweiten Erwerbstätigkeit selbständigen Personen aus. Der Anteil der Männer verringerte sich entsprechend von 83 Prozent auf 74,7 Prozent (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Selbständige ohne Beschäftigte in der zweiten Erwerbstätigkeit nach dem Geschlecht in Deutschland, 1991-1997

Jahr	Selbständige insgesamt	davon Selbständige ohne Beschäftigte					
		zusammen		Männer		Frauen	
	1 000	1 000	%	1 000	%	1 000	%
1991	316	283	89,6	235	83,0	48	17,0
1992	274	243	88,7	205	84,4	39	16,0
1993	287	251	87,5	204	81,3	47	18,7
1994	282	246	87,2	197	80,1	49	19,9
1995	417	362	86,8	279	77,1	83	22,9
1996	386	334	86,5	249	74,6	85	25,4
1997	395	344	87,1	257	74,7	87	25,3

Quelle: Mitteilung des Statistischen Bundesamtes, Ergebnisse des Mikrozensus, verschiedene Jahrgänge.

5. Zusammenfassung

Haushalts-Unternehmens-Komplexe sind kleinbetriebliche Verbundsysteme von Privathaushalten und zugehörigen Unternehmungen. Diese sozioökonomischen Einheiten sind im wesentlichen durch die beiden Schlüsselmerkmale „selbständige Erwerbstätigkeit“ im Haupt- oder Nebenerwerb sowie „geringe Unternehmensgröße“ gekennzeichnet. Allerdings ist die Festlegung der Größe nicht unproblematisch. Mit Blick auf rechtliche Regelungen wurde hier die Grenze bei bis zu vier Arbeitnehmern gezogen. Haushalts- und Familienformen sind nicht vorgegeben. Vielmehr zielt die makrostatistische Analyse darauf, Informationen über das primäre Sozialsystem der „kleinen“ Selbständigen zu erhalten.

Zur Klärung der Entwicklung von Umfang und Struktur von Haushalts-Unternehmens-Komplexen wurde auf die Daten des Mikrozensus zurückgegriffen, denn er bietet neben Ergebnissen zu Selbständigen ohne Beschäftigte auch den Nachweis des Haushalts- und Familienzusammenhangs. Die Datenauswertung basiert auf den Ergebnissen der allgemein zugänglichen Tabellenbände, die vom Statistisches Bundesamt herausgegeben werden. Sie knüpft an die erwerbsstatistische Kategorie der in erster und zweiter Erwerbstätigkeit Selbständigen an und hier insbesondere an die Selbständigen ohne Beschäftigte. Sie stellen für die Untersuchung des Sektors der Haushalts-Unternehmens-Komplexe eine geeignete Kategorie dar.

Die Gleichsetzung von Selbständigen ohne Beschäftigte mit Haushalts-Unternehmens-Komplexen ist durchaus legitim, denn Selbständige ohne Beschäftigte arbeiten gegebenenfalls in ihrem Unternehmen nur mit mithelfenden Familienangehörigen und/oder mit weiteren Miteigentümern zusammen. Beide Möglichkeiten sind mit dem Konzept des Haushalts-Unternehmens-Komplexes vereinbar. Zwar existieren noch weitere Angaben zu Mitarbeiterzahlen von Selbständigen, allerdings werden in den zugehörigen Fragen Wirtschaftseinheiten zugrunde gelegt (Betriebe und Arbeitsstätten), die keine Unternehmen im Sinn der amtlichen Statistik sind. Die entsprechenden Ergebnisse dürfen daher streng genommen nicht für Aussagen zu auftretenden Unternehmensgrößenklassen bei den Selbständigen herangezogen werden. Daher können die selbständig Erwerbstätigen mit bis zu vier Arbeitnehmern im Unternehmen nicht mit Hilfe des Mikrozensus nachgewiesen werden. Die durch Gleichsetzung von Selbständigen ohne Beschäftigte mit Haushalts-Unternehmens-Komplexen ermittelten Zahlen stellen also die Untergrenze des Bestands an Haushalts-Unternehmens-Komplexen dar.

Obwohl eine Vielzahl soziodemographischer und sozioökonomischer Merkmale bei den Selbständigen erhoben wird, konnte der Haushalts- und Familienkontext der Selbständigen ohne Beschäftigte nicht untersucht werden. Die Ergebnisse hierzu werden nicht in den allgemein zugänglichen Tabellenbänden veröffentlicht. Daher beschränkt sich die statistische Dokumentation auf die vorhandenen Angaben zur Zahl der Selbständigen ohne Beschäftigte gegliedert nach dem Geschlecht, dem Wirtschaftsbereich der Aktivität und der ersten beziehungsweise zweiten Erwerbstätigkeit. Ermittelt wurden die Zahlen für die Jahre 1991 bis 1997 im wiedervereinigten Deutschland.

Hinsichtlich der Entwicklung von Umfang und Struktur von Haushalts-Unternehmens-Komplexen kann demnach folgendes festgehalten werden:

Sowohl die absolute Zahl als auch der Anteil von Haushalts-Unternehmens-Komplexen an den selbständig Erwerbstätigen zeigen ein bereits länger andauerndes Wachstum. Von 1991 bis 1997 stieg die Zahl der Selbständigen ohne Beschäftigte von knapp 1,4 auf fast 1,8 Millionen. Damit lebte und arbeitete 1997 mindestens die Hälfte der über 3,5 Millionen Selbständigen in einem Haushalts-Unternehmens-Komplex. Etwa ein Drittel davon waren Frauen.

Gegliedert nach Wirtschaftsbereichen zeigt sich für Selbständige ohne Beschäftigte und den entsprechenden Haushalts-Unternehmens-Komplexen, daß diese insbesondere in den Übrigen Wirtschaftsbereichen/Sonstigen Dienstleistungen aktiv sind. 44 Prozent der Haushalts-Unternehmens-Komplexe finden sich in diesem Sektor, der damit an erster Stelle steht. Gegenüber 1991 hat die Quote um knapp 3 Prozentpunkte zugelegt. Wegen des Bedeutungsverlustes der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (12,7 Prozent) rangie-

ren 1997 die Bereiche Handel, Gastgewerbe und Verkehr (27 Prozent) sowie Produzierendes Gewerbe (16,2 Prozent) auf dem zweiten und dritten Platz.

Der Anteil der Männer, die in einem Haushalts-Unternehmens-Komplex leben und arbeiten, ist in den Sonstigen Dienstleistungen besonders hoch. Noch ausgeprägter ist er aber bei den Frauen. An zweiter Stelle stehen bei beiden Geschlechtern Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Im Produzierenden Gewerbe finden sich hingegen eher selbständige Männer ohne Beschäftigte. Gleiches gilt für den Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

Auch im Rahmen einer zweiten Erwerbstätigkeit tauchen Haushalts-Unternehmens-Komplexe verstärkt auf. Von den knapp 0,4 Millionen (1997) in der zweiten Erwerbstätigkeit Selbständigen hatten über 87 Prozent keine weiteren Beschäftigten. Drei Viertel davon waren Männer und ein Viertel Frauen, deren Anteil an den Selbständigen ohne Beschäftigte in der zweiten Erwerbstätigkeit seit 1991 gestiegen ist.

Haushalts-Unternehmens-Komplexe haben demnach, gemessen an ihrer Zahl, eine wachsende Bedeutung. Sie sind insbesondere im Wirtschaftsbereich Sonstige Dienstleistungen und im Nebenerwerb vertreten. Aufgrund des Wandels von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und der Zunahme von Mehrfachbeschäftigung kann daher angenommen werden, daß die Zahl kleinbetrieblicher Verbundsysteme von Haushalt und Unternehmen noch weiter zunehmen wird. Um mehr über diese sozioökonomischen Einheiten zu erfahren, ist deren Strukturanalyse auf Haushalts- und Familienebene notwendig.

Diese Analyse war bislang wegen des begrenzten Zugangs zum Datenmaterial entweder nicht oder nur über kostenträchtige Sonderauswertungen durch das Statistische Bundesamt möglich. Die Bereitstellung des Datenfiles des Mikrozensus 1995 schafft hier eine finanzierbare Abhilfe. Der nächste Arbeitsschritt wird daher die Analyse der anonymisierten Daten unter dem Gesichtspunkt der Ermittlung von Haushalts- und Familienformen bei „kleinen“ Selbständigen umfassen. Um die Entwicklung von Umfang und Struktur von Haushalts-Unternehmens-Komplexen regelmäßig verfolgen zu können, wäre es wünschenswert, wenn dem 95er Datenfile noch weitere folgen würden.

Korrespondenzadresse

*Esther Hansch, Prof. Dr. M.-B. Piorkowsky
Universität Bonn
Professur für Haushalts- und Konsumökonomik
Meckenheimer Allee 174
53115 Bonn
e.hansch@uni-bonn.de*

Literatur

- Arbeitsgesetze, 1998. Beck-Texte im dtv, 53. neubearbeitete Auflage. München: dtv.
- Dietrich, H., 1998: Erwerbsverhalten in der Grauzone von selbständiger und abhängiger Erwerbsarbeit. Reihe BeitrAB 205 des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg.
- Emmerling, D./Riede, T., 1997: 40 Jahre Mikrozensus. *Wirtschaft und Statistik* 3: 160-174.
- Fürst, G., 1977: Überblick über Aufgaben und Verwendungszwecke, Probleme und Arten der Statistiken der Erwerbstätigkeit und der Beschäftigung. S. 5-20 in: G. Fürst (Hrsg.), *Die Statistiken der Erwerbstätigkeit und Beschäftigung*. Allgemeines Statistisches Archiv, Sonderheft 11. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Hadaschik, S./Piorkowsky, M.-B., 1997: *Sozialsystem und Informationsverhalten von Haushalts-Unternehmens-Komplexen*. Empirische Vorstudie zur Haushalts-Unternehmens-Analyse und -Beratung. Unveröffentlichter Untersuchungsbericht. Professur für Wirtschaftslehre des Haushalts. Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Oktober.
- Handelsgesetzbuch, 1998. Beck-Texte im dtv, 32. überarbeitete Auflage, München: dtv.
- Hansch, E./Piorkowsky, M.-B., 1997: *Haushalts-Unternehmens-Komplexe: Untersuchungsgegenstand, Forschungsprogramm, haushaltsökonomische Perspektiven*. *Hauswirtschaft und Wissenschaft* 1: 3-10.
- Herberger, L., 1957: Der Mikrozensus als neues Instrument zur Erfassung sozial-ökonomischer Tatbestände. *Wirtschaft und Statistik* 4: 209-214.
- Lüttinger, P./Riede, T., 1997: Der Mikrozensus. Amtliche Daten für die Sozialforschung. *ZUMA-Nachrichten* 41: 19-41.
- Mai, H., 1991: NACE Rev. 1: Die neue europäische Wirtschaftszweigsystematik. *Wirtschaft und Statistik* 1: 7-16.
- NWB-Redaktion, 1995: *Wichtige Steuergesetze mit Durchführungsverordnung*. NWB-Textausgabe, 42. Auflage. Herne: Verlag Neue Wirtschafts-Briefe.
- Piorkowsky, M.-B./Hansch, E., 1998: *Vorstudie zur Quantifizierung von Haushalts-Unternehmens-Komplexen*. Bericht über die Vorstudie an die Stiftung DER PRIVATE HAUSHALT. Projekt 97/01. Unveröffentlichter Untersuchungsbericht. Professur für Wirtschaftslehre des Haushalts. Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, März.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1998a: *Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1996 (Ergebnisse des Mikrozensus)*. FS 1, R 4.1.1. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1998b, 1998c: *Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen 1996, 1997 (Ergebnisse des Mikrozensus)*. FS 1, R 4.1.2. Stuttgart: Metzler-Poeschel.

Statistisches Bundesamt, 1996: Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, Mikrozensus 1996 und Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union 1996, Erhebungsbogen 1+E.

Statistisches Bundesamt, 1995: Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, Mikrozensus 1995 und Arbeitskräftestichprobe der EU 1995, Erhebungsbogen 1+E.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), verschiedene Jahrgänge: Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit (Ergebnisse des Mikrozensus). FS 1, R 4.1.1.1. Stuttgart: Metzler-Poeschel.

Statistisches Bundesamt/Internetseiten, 1997: Arbeitsstätten (Definition). www.statistik-bund.de/zeitreih/def/def0056.htm vom 22. Oktober.

Statistisches Bundesamt/Internetseiten, 1998: Betriebe (Definition). www.statistik-bund.de/zeitreih/def/def0169.htm vom 15. Januar.

TÄTIGKEITSSPEKTRUM UND VERDIENST VON INGENIEUREN UND NATURWISSENSCHAFTLERN

FRIEDHELM PFEIFFER*

In diesem Beitrag werden aus einer arbeitsmarktökonomischen und humankapitaltheoretischen Perspektive ausgewählte Aspekte der beruflichen Tätigkeit von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern mit den drei Mikrozensus-erhebungen 1991, 1993, 1995 vorgestellt, darunter Analysen der wichtigsten Tätigkeitsfelder, der Nettomonatsverdienste, sowie der Bestimmungsgründe der Selbständigkeit. Unter Ingenieuren und Naturwissenschaftlern gibt es spezifische berufliche Spezialisierungsmuster, die auch davon abhängen, ob die Ausbildung an einer Hochschule oder einer Fachhochschule erfolgte. Die Verdienstanalyse zeigt, daß längerfristig ein stabiler Zusammenhang zwischen der Höhe der Ausbildungsinvestitionen und dem Verdienst besteht. Die hervorragenden Potentiale des Mikrozensus zur Arbeitsmarktanalyse auch für vergleichsweise kleine Teilgruppen des Arbeitsmarktes würden noch verbessert, wenn Verknüpfungen der Individualdaten über die verschiedenen Erhebungsperioden ermöglicht würden.

This paper analyses the main fields of activities and the determinants of income and occupational choice in a sample of engineers and natural scientists taken from the „Mikrozensus“ 1991, 1993, 1995. Engineers and natural scientists develop specific patterns of occupational specialisation, which depend among other things on the length of their education. University graduates (five years of education) for example are more often employed in research departments than the graduates from technical universities (four years of education) and engineers are more often part of the management than natural scientists. The returns to investment in an additional year of education (from four to five years) are around 7 to 8 %. The German „Mikrozensus“ as an important research tool for labour economists could be improved if individuals between different cross-sections could be identified.

* Die Erstellung dieser Arbeit wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Schwerpunktprogramms "Industrieökonomik und Inputmärkte" (Geschäftszeichen Pf 331/1-2, Po 375/3-2) sowie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Für viele wertvolle Anregungen danke ich Marian Beise und Winfried Pohlmeier. Mein besonderer Dank gilt Martin Falk, der als Mitautor einer früheren Version der Studie einen entscheidenden Input auch für die vorliegende Arbeit geleistet hat (siehe Pfeiffer/Falk 1999). Noch verbleibende Fehler gehen ausschließlich zu Lasten des Autors.

1. Einleitung

Der Mikrozensus ist trotz des großen Beobachtungsumfangs, des Fragenspektrums und der Regelmäßigkeit der Erhebung eine noch vergleichsweise wenig genutzte Quelle der empirischen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsforschung. Dabei erlauben insbesondere Beobachtungsumfang und Regelmäßigkeit systematische Untersuchungen auch von Teilgruppen von Erwerbstätigen, die in den in Deutschland überwiegend auf dem Sozio-ökonomischen Panel aufbauenden empirischen Arbeitsmarktanalysen nicht möglich sind. Das trifft z.B. für die Gruppe der etwa 1,6 Millionen Ingenieure und Naturwissenschaftler zu, die von ihrer Ausbildung her die methodischen und fachlichen Kernkompetenzen für die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands erworben haben.

In der vorliegenden Studie werden aus einer arbeitsmarktökonomischen und humankapitaltheoretischen Perspektive ausgewählte Aspekte der beruflichen Tätigkeit von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern mit den drei Mikrozensusserhebungen 1991, 1993, 1995 vorgestellt, darunter Analysen der wichtigsten Tätigkeitsfelder, der Nettomonatsverdienste, sowie der Bestimmungsgründe der Selbständigkeit.

Informationstechnologien verstärken die in allen Industrienationen beobachtete Verschiebung der Arbeitsnachfrage hin zu Höherqualifizierten, die sich u.a. bis in die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Unternehmen und die Beschäftigung von Universitäts- vs. Fachhochschulabsolventen nachweisen läßt. Die damit einher gehenden Impulse für Arbeitsangebot und -nachfrage, die Lohnverteilung und ebenso die Wahl der beruflichen Stellung stehen im Mittelpunkt der Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung (vgl. z.B. *Berman/Bound/Griliches 1994; Franz 1996; Gerlach/Hübler/Meyer 1998; Pfeiffer/Pohlmeier 1998; OECD 1996; Tessaring 1998; von Weizsäcker 1998*).

Die Daten des Mikrozensus, den das Statistische Bundesamt in jährlichem Abstand erhebt, erlauben eine mikroökonomische, auf Einzelpersonen aufbauende Analyse dieser Veränderungsprozesse. Es werden Informationen zur individuellen beruflichen Qualifikation (einschließlich der Studienfachrichtung), zum Erwerbseinkommen, zur sektoralen und betrieblichen Verortung des Arbeitsplatzes und zur beruflichen Stellung erhoben.

Die Arbeit ist wie folgt aufgebaut. Der folgende Abschnitt enthält Anmerkungen zur beruflichen Spezialisierung aus humankapitaltheoretischer Sicht. In Abschnitt drei wird die Datenbasis vorgestellt. Abschnitt vier enthält die Analyse der Tätigkeitsfelder, Abschnitt fünf die Verdienstanalyse und Abschnitt sechs die Analyse der Bestimmungsgründe der Selbständigkeit. Der letzte Abschnitt enthält einen Forschungsausblick.

2. Humankapitaltheoretische Anmerkungen zur beruflichen Spezialisierung

Ziel der Humankapitaltheorie ist es, die individuelle Nachfrage nach Bildung, d.h. nach Investitionen in Humankapital in Abhängigkeit von Fähigkeiten, Nutzenvorstellungen und der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu erklären. Neben der Länge der Erstausbildung werden Aussagen zur Höhe von Humankapitalinvestitionen während des Erwerbslebens abgeleitet. Erwartungen über die Folgen von heutigen Humankapitalinvestitionen und den daraus resultierenden zukünftigen Einkommen spielen eine wichtige Rolle.

In den Modellen wird unterstellt, daß individuelle Fähigkeiten erweiter- und entwickelbar sind. Um eine Verbesserung zu bewirken, muß jedoch zeitlich vorgelagert Aufwand in Form von Zeit und/oder Lernmitteln betrieben werden. Die Verbesserung individueller Fähigkeiten hängt vom bereits erreichten Qualifikationsniveau ab. Über die Entwicklung des Lohnsatzes in Abhängigkeit vom Humankapital werden spezifische Annahmen getroffen. In vielen Modellen werden vollkommene Arbeitsmärkte mit perfekter Voraussicht seitens der Individuen angenommen.¹

Im Rahmen der Humankapitaltheorie betrifft die individuelle Entscheidung in der Regel die Wahl der Erstausbildung (insbesondere Länge und Ausbildungsaufwand) sowie den zeitlichen Aufwand für Weiterbildung im Arbeitsleben. Individuelle Fähigkeiten und Eigenschaften, Zeitpräferenzen, die Länge des Arbeitslebens ebenso wie die Arbeitszeit, die Preise der Ausbildungsgüter, die staatlichen Institutionen sowie die auf dem Arbeitsmarkt erzielbaren Löhne in den verschiedenen Qualifikationsstufen sind für die individuelle Entscheidung vorgegebene Größen, bzw. es wird perfekte Voraussicht unter Beachtung allgemeiner Gleichgewichtseffekte unterstellt.

Humankapital ist eine vieldimensionale Größe. Becker (1983) unterscheidet zwischen allgemeinem und spezifischem Humankapital. Allgemeines Humankapital ist definitionsgemäß zwischen Sektoren, Firmen und Berufen transferierbar. Spezifisches Wissen ist nur begrenzt transferierbar. Die Kenntnisse können arbeitgeberspezifisch, berufsspezifisch, sektorenspezifisch oder technikspezifisch sein. Da viel dafür spricht, daß die ökonomischen Vorteile von Spezialisierung und Arbeitsteilung enorm sind (vgl. z. B. Becker/Murphy 1992), sind Investitionen in spezifisches Humankapital erforderlich und lohnend. Andererseits ist hier das Risiko einer Entwertung im technischen und institutionellen

¹ Vgl. von Weizsäcker (1986). Der Humankapitalansatz wurde in verschiedener Hinsicht ergänzt. In der neueren Wachstumstheorie werden externe Effekte von Bildung berücksichtigt (z.B. Lucas 1988). Informationstheoretische Aspekte von Bildungsinvestitionen werden in Auslese- Signal- und Sortiermodellen untersucht (vgl. z.B. Weiss 1995).

Wandel höher als bei allgemeinem Humankapital. Das Ausmaß der Entwertung hängt von der Art des Wissens und der Schnelligkeit des Wandels ab.

Bildungsinstitutionen spielen demnach eine wichtige Rolle für den Pfad des technischen Fortschritts und der wirtschaftlichen Entwicklung generell. Das Bildungsangebot bestimmt die Möglichkeiten der beruflichen Spezialisierung in personengebundenes Humankapital (vgl. Clar/Dorè/Mohr 1997). Die ökonomische Vorteilhaftigkeit der Spezialisierung (z.B. Elektroingenieur, Maschinenbauingenieur, Chemiker, Physiker, Kaufmann) hängt dabei wesentlich von der Höhe der Kosten ab, die durch die Koordination der Spezialisten untereinander entstehen. Becker/Murphy (1992) zufolge ist die zunehmende berufliche Spezialisierung aufgrund der Zunahme des Wissens grundsätzlich vorteilhaft, wengleich die Koordinationskosten nicht unterschätzt werden dürfen. Informations- und Kommunikationstechnologien dürften aufgrund ihres Potentials zur Reduktion der Koordinationskosten dazu beitragen, daß die berufliche Differenzierung und Spezialisierung im Arbeitsleben eher noch weiter zunehmen wird. Die neuen Technologien bieten zudem neue Arbeitsplätze mit neuen Qualifikationsprofilen, die selbst wieder Raum für eine verstärkte berufliche Differenzierung schaffen.

Der Aufbau von Humankapital kostet Zeit und Ressourcen. Falls allgemeines Humankapital den Aufbau von spezifischem Humankapital erleichtert (Komplementaritätshypothese von allgemeinem und spezifischen Humankapital, Mincer 1974), ist bei großer Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche und technische Entwicklung eine Verschiebung hin zu mehr allgemeinem Humankapital lohnend. Das ist sicher ein wichtiger Grund für die beobachtete Zunahme von höherer Bildung und besserer Allgemeinbildung in allen Industrienationen. Bei absehbarer Entwicklung, ohne technische oder andere Schocks, wäre es demgegenüber profitabel, sich bereits in frühen Jahren stärker beruflich zu spezialisieren. Je nach Art und Geschwindigkeit des Wandels einer Region oder Industrie gibt es theoretisch ein optimales Verhältnis von allgemeinem und spezifischem Humankapital. Allgemeines Humankapital ist insbesondere notwendig, um die Kosten des Aufbaus und der Veränderung von spezifischem Humankapital im Laufe des Erwerbslebens gering zu halten.

3. Datenbasis: der Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine jährliche Haushaltsbefragung des Statistischen Bundesamtes im Umfang von 1 % der Gesamtbevölkerung, bei der die Haushaltsmitglieder direkt durch einen Interviewer zu bestimmten Themenkomplexen befragt werden. Die Durchführung des Mikrozensus ist gesetzlich vorgeschrieben und geregelt. Der Mikrozensus unterliegt dem Berichtswochenkonzept, das heißt die Merkmale der befragten Personen werden für

eine festgelegte Berichtswoche ermittelt. Neben sozio-demographischen Informationen (Geschlecht, Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit) werden u.a. die Bereiche Erwerbstätigkeit und Beruf, Quellen des Lebensunterhaltes und Aus- und Weiterbildung erfaßt. Nicht alle Angaben werden jährlich erhoben. Insbesondere die Angaben zur Aus- und Weiterbildung und zur Fachrichtung des Ausbildungsabschlusses werden nach dem Mikrozensusgesetz in der Fassung vom 10.6.1985 in zweijährigen Rhythmus erhoben, die weitgehend für die Erhebungen bis zum Jahre 1995 gelten.²

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim verfügt über eine 70 %-Stichprobe des Mikrozensus 1991, 1993 und 1995. Im Jahre 1991 enthält die 70 %-Stichprobe 515.886 Personen, von denen 231.516 erwerbstätig und 16.514 erwerbslos sind. Die 70 %-Stichprobe des Mikrozensus 1993 umfaßt 513.830 Personen, von denen 220.421 erwerbstätig und 23.090 erwerbslos sind. Die 70 %-Stichprobe des Mikrozensus 1995 umfaßt 514.630 Personen.

Aus den 70 %-ZEW-Stichproben der drei Jahrgänge werden für die Analysen Stichproben von Akademikern der Fachrichtung Natur- und Ingenieurwissenschaften ausgewählt, die erwerbstätig sind. Während ein Teil der Fragen im Mikrozensus Pflicht ist und insofern immer beantwortet werden muß (z.B. Alter, Nationalität, Erwerbstätigkeit) sind die Angaben zur Aus- und Weiterbildung freiwillig. Das betrifft auch die Angaben zur Fachrichtung bei Hochschulabsolventen, die im Zweijahresrhythmus erfragt werden (z.B. 1991, 1993, 1995). Entsprechend können die Angaben zu diesen Informationen fehlen. Die Angaben zum höchsten Schulabschluß, zum höchsten Berufsausbildungsabschluß, zur Weiterbildung und zu den einzelnen Fachrichtungen fehlen für bis zu maximal 10 % der Personen (vgl. Pfeiffer/Falk 1999). Im folgenden geht es daher nicht darum, die Zahl der erwerbstätigen Ingenieure und Naturwissenschaftler hochzurechnen.

Die Informationen des Mikrozensus erlauben eine Verknüpfung der Studienfachrichtung und des Verdienstes mit sektoralen und betrieblichen Informationen zum Arbeitsplatz und zur beruflichen Tätigkeit (z.B. Forschung und Entwicklung, FuE).³ Aus ökonomischer Sicht ist weniger die Höhe und Art einer zertifizierten Qualifikation, sondern vielmehr das mit Bildungsinvestitionen zusätzlich erzielbare Einkommen wichtig. Aus theoretischer

2 Am 17. Januar 1996 ist das Mikrozensusgesetz modifiziert worden. Danach ergeben sich für eventuelle zukünftige Analysen Änderungen. Die Informationen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung werden im jährlichen Rhythmus abgefragt. Das Jahr des höchsten beruflichen Ausbildungs- oder Hochschulabschlusses sowie die Fachrichtung wird nur mehr im vierjährigen Rhythmus erhoben. Die erste Erhebung fand im Jahre 1996 statt und ist derzeit noch nicht am ZEW verfügbar.

3 Für frühere Arbeiten mit den Mikrozensusdaten vgl. Bellmann/Reinberg/Tessaring (1994). Für Arbeiten zu Fachrichtungen vgl. Cornelsen (1995).

Sicht stellt Humankapital den Barwert des im Laufe des Erwerbslebens erzielten Einkommens dar. Insofern ist das im Wirtschaftsprozeß erzielte Einkommen ein wichtiger Erfolgsindikator von beruflich motivierten Bildungsinvestitionen. Für die Entwicklung des Humankapitals spielt auch die Weiterbildung und das Lernen während der Tätigkeit („learning by doing“), eine wichtige Rolle. Deren Bedeutung wird im Rahmen der Verdienstanalyse durch Altersklassen modelliert.

Neben dem Verdienst werden Analysen zur Tätigkeit in unterschiedlichen Abteilungen in Unternehmen sowie zur beruflichen Stellung vorgestellt. Fast jeder zehnte Beschäftigte kann sich im Mikrozensus keiner Abteilung zuordnen, wohl auch deshalb, weil viele Kleinunternehmen nicht in Abteilungen organisiert sind.

Im naturwissenschaftlich-technischen Zeitalter stellen Ingenieure und Naturwissenschaftler einen wesentlichen „Input“ in der Produktion des Wissens dar. Mit den Daten des Mikrozensus können die Beschäftigten, die für die Entwicklung von Innovationen eingesetzt werden, über die Lage des Arbeitsplatzes (Abteilungen) identifiziert werden. Insgesamt werden neun Abteilungen unterschieden, die für die Zwecke der Analyse zu fünf zusammengefaßt werden. Neben Produktion, Logistik, Verwaltung und Geschäftsleitung sind die Abteilungen FuE, Konstruktion, Musterbau und Design für die technologische Leistungsfähigkeit von Interesse. Diese Definition des Forschungs- und Entwicklungsbereichs – im folgenden mit FEK (K=Konstruktion) bezeichnet – ist noch etwas weiter gefaßt, als es das OSLO-Manual bei der Definition der Innovationsaktivitäten vorschlägt. So schließt diese erweiterte Definition auch das Design ein, das nur optische Veränderungen an einem Produkt vornimmt.

4. Analyse der Tätigkeitsfelder

In diesem Abschnitt wird die Fragestellung untersucht, welcher Zusammenhang zwischen der Studienfachrichtung und der späteren Erwerbstätigkeit besteht. In welchen Abteilungen werden Naturwissenschaftler und Ingenieure, die sich im Studium auf Wissenschaft und Technik spezialisiert haben, eingesetzt und welche Tätigkeiten werden ausgeübt? Die in den letzten Jahren steigende Bedeutung qualifizierter Dienstleistungsaufgaben führt auch in der Gruppe der Hochschulabsolventen zu einem Wandel der beruflichen Tätigkeitsfelder (siehe BMBF 1998; Licht/Kukuk/Grupp/Hipp 1997). Vom öffentlichen Dienst und der Industrie sind zudem in Zukunft kaum positive Beschäftigungsimpulse zu erwarten. Weiterhin wird die Frage untersucht, wie sich die einzelnen Studienfachrichtungen auf die Abteilungen, insbesondere die Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsabteilungen (FEK) verteilen.

In Deutschland zählen im Jahre 1995 die Ingenieure (einschließlich der Architekten und Bauingenieure) mit einem Erwerbspotential von über einer Million zur größten Gruppe der Hochschulabsolventen. Nach den Lehrern und Erziehern folgen an dritter Stelle die Naturwissenschaftler mit ca. 650.000 Erwerbspotentialen.

Die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren erfordert besondere Kenntnisse und Fähigkeiten. Während die Ausübung erlernter Tätigkeiten eher in den Hintergrund tritt, werden Kreativität und die Generierung neuer Ideen sowie deren Umsetzung wichtiger. Die Bedeutung von Forschung und Entwicklung wird in der volkswirtschaftlichen Betrachtung häufig an den Aufwendungen für FuE – und für sonstige Innovationsaktivitäten – abgelesen. Rund zwei Drittel der FuE-Aufwendungen stellen Personalkosten dar (vgl. BMBF 1998). Der „Wissenskapitalstock“, der meist durch Kumulation von FuE-Aufwendungen der Unternehmen abgebildet wird, ist somit zum größeren Teil ein Humankapitalstock. Die Ergebnisse und Erfahrungen, die bei der Innovationstätigkeit gesammelt werden, sind nur zum Teil in Form von Schutzrechten und Patenten gesichert. Meist sind sie im Erfahrungsschatz des FuE-Personals gespeichert.

Eine Aufteilung der Akademiker auf die Tätigkeitsfelder Forschung, Entwicklung und Konstruktion, Produktion, Marketing, Personal/Finanzen und Geschäftsführung für die Jahre 1991 und 1995 findet sich in der Tabelle 1 für Fachhochschulabsolventen bzw. der Tabelle 2 für Hochschulabsolventen. Zwischen 24 % und 36 % der Fachhochschulabsolventen sind im FEK-Bereich der Wirtschaft beschäftigt. Von den Universitätsabsolventen sind 38 % der Ingenieure und bis zu 43% der Physiker im FEK-Bereich beschäftigt. Ingenieure sowie Chemiker und Physiker sind zudem in der Produktion, in der Geschäftsleitung und im Vertrieb tätig.

Fachhochschulingenieure sind gegenüber Universitätsingenieuren eher in der Produktion tätig, wobei der Anteil zwischen 1991 und 1995 relativ konstant geblieben ist. Im FEK-Bereich hat der Anteil der Maschinenbau- und der Elektrotechnikingenieure mit FH-Abschluß allerdings etwas ab-, derjenigen der Physiker und Informatiker mit Universitätsabschluß zugenommen. Die Anteile der Universitäts- und Fachhochschulabsolventen, die in der Geschäftsführung tätig sind, unterscheiden sich kaum voneinander. Generell sind Ingenieure eher als Naturwissenschaftler in der Geschäftsführung tätig. Der Anteil der Naturwissenschaftler ist von 24 % im Jahre 1991 auf 28 % im Jahre 1995 gestiegen. Dabei überwiegen Forscher, die Chemie, Physik oder Informatik studiert haben. Dies reflektiert, wie in anderen Unternehmensbereichen auch, den zunehmenden Einsatz von EDV im FuE-Bereich, wenngleich ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Fachrichtung und Tätigkeit nicht zwangsläufig gegeben ist.

Tabelle 1: Verbleib der Fachhochschulabsolventen nach ausgewählten Abteilungen in der Wirtschaft 1991 und 1995 (ABL) (%)

Abteilung	Produktion		FEK- Abteilung		Marketing, Absatz		Geschäfts- führung	
	91	95	91	95	91	95	91	95
Fachrichtung/Jahr								
Ingenieure ^b	23	24	37	32	14	16	8	9
Maschinenbau	24	24	38	36	12	15	8	10
Elektrotechnik	24	24	38	31	13	16	7	6
Naturwissenschaften	20	18	29	24	14	17	8	8
Chemie	19	23	34	31	16	21	9	7

^b ohne Architekten.

Quelle: 70 % ZEW-Stichprobe Mikrozensus 1991 und 1995; die beiden restlichen Gruppen Finanzen und keiner Abteilung zuordenbar wurden aus Platzgründen nicht aufgeführt.

Tabelle 2: Verbleib von Universitätsabsolventen nach ausgewählten Abteilungen 1991 und 1995 (ABL) (%)

Abteilung	Produktion		FEK- Abteilung		Marketing, Absatz		Geschäfts- führung	
	91	95	91	95	91	95	91	95
Fachrichtung/Jahr								
Ingenieure ^b	16	15	36	38	12	12	10	10
Maschinenbau	16	16	37	36	9	12	11	12
Elektrotechnik	16	15	38	41	14	13	8	8
Naturwissenschaften	8	6	29	27	8	8	7	7
Informatik	6	6	34	30	10	10	3	6
Chemie	13	11	41	39	8	8	9	8
Physik	8	5	42	43	5	5	7	7

^b Ohne Architekten.

Quelle: 70 % ZEW-Stichprobe Mikrozensus 1991 und 1995; die beiden restlichen Gruppen Finanzen und keiner Abteilung zuordenbar wurden aus Platzgründen nicht aufgeführt.

Der öffentliche Dienst ist der wichtigste Arbeitgeber für Hochschulabsolventen. Dessen Anteil ist rückläufig. Im früheren Bundesgebiet waren im Jahre 1995 42 % der Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst beschäftigt, nach 45 % in 1991. Im Verarbeitenden Gewerbe waren im Jahre 1995 18 % und in den übrigen Wirtschaftsbereichen 41 % der Akademiker erwerbstätig. Insgesamt sind 55 % der Biologen, 30 % der Chemiker, 38 % der Physiker und fast 60 % der Mathematiker im öffentlichen Dienst beschäftigt. Während die Arbeitsmarktlage für Ingenieure und Chemiker stärker von der konjunkturellen Entwicklung

abhängt, sind die Naturwissenschaftler im allgemeinen eher von der Einstellungspraxis der öffentlichen Haushalte abhängig.

5. Verdienstanalysen

In diesem Abschnitt werden die Arbeitsverdienste von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren differenziert nach Alter, Geschlecht, Fachrichtung, Studienart und nach der Lage des Arbeitsplatzes quantifiziert. Der Verdienst, den das Unternehmen zahlt, sollte zumindest in der privaten Wirtschaft in etwa dem Beitrag entsprechen, den der Beschäftigte für das Unternehmen leistet. Ein Fachhochschul- oder Universitätsabschluß muß nicht in allen denkbaren Verwendungen gleich viel „wert“ sein. Ein naturwissenschaftlicher Hochschulabschluß mag z.B. außerhalb forschungsintensiver Branchen oder außerhalb der Forschungsabteilung weniger „wertvoll“ im Sinne des monetären Produktionsbeitrages sein als in FuE-intensiven Branchen oder in anderen Abteilungen.

Methodisch basiert die Untersuchung auf der Schätzung einer empirischen Verdienstfunktion in der Tradition von Mincer (1974), bei der der Verdienst als Rückfluß von Bildungsinvestitionen verstanden wird. Dabei wird zwischen den Jahren, die ganz der Ausbildung gewidmet sind, und den Jahren der Berufstätigkeit unterschieden, in denen die berufliche Erfahrungen oder die Weiterbildung als Investitionen in Humankapital interpretiert werden können.

Als Datengrundlage dient eine Stichprobe von männlichen erwerbstätigen Hochschulabsolventen mit naturwissenschaftlichem oder ingenieurwissenschaftlichem Abschluß, die im Verarbeitenden Gewerbe in den alten Bundesländern beschäftigt sind. Betrachtet werden ferner nur vollzeiterwerbstätige abhängig Beschäftigte (ohne Beamte), die als Haupterwerbsquelle die abhängige Beschäftigung angeben, nicht über sonstiges Einkommen verfügen und nicht in der Geschäftsleitung einer Unternehmung tätig sind.

Im Mikrozensus wird das monatlich zur Verfügung stehende Nettoeinkommen in 18 Kategorien erfaßt. Die oberste Kategorie umfaßt Einkommen über 7.500 DM. Einkommen unterhalb der 1.400 DM-Grenze werden nicht einbezogen. Die Einkommensgleichung wird mittels eines geordneten Probitmodells mit bekannten Schranken geschätzt. Dieses Verfahren berücksichtigt neben unterschiedlich großen Einkommensintervallen auch die Zensierungsprobleme oberhalb der 7.500 DM- sowie unterhalb der 1.400 DM-Grenze. Da das Nettoeinkommen vom Steuer- und Transfersystem abhängt, enthält die Schätzgleichung weitere Kontrollvariablen, darunter Angaben zum Familienstand und zur Haushaltsgröße. Aus den ZEW-Stichproben des Mikrozensus der Jahre 1991, 1993 und 1995 erhält man zwischen 1.614 und 1.695 vollzeitbeschäftigte Naturwissenschaftler und Ingenieure.

Die Verdienste von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern mit Berufserfahrung im Verarbeitenden Gewerbe haben sich im Zeitraum 1991 und 1995 in der Mehrzahl der Altersgruppen positiv entwickelt. Allerdings gibt es hier erhebliche Unterschiede. Insbesondere in der Altersklasse zwischen 25 und 29 Jahren haben sich die Verdienste im Zeitverlauf kaum verbessert (siehe Tabelle 3).

Abbildung 1 zeigt die geschätzten Nettoverdienste in Abhängigkeit vom Alter. Während die Verdienste in den höheren Altersklassen zugenommen haben, sind die Verdienste bei den jüngeren Ingenieuren und Naturwissenschaftlern konstant geblieben. Das Ergebnis deutet auf den Angebotsüberhang an qualifizierten Einsteigern in der ersten Hälfte der neunziger Jahre hin. Gerade für Ingenieure und Naturwissenschaftler sind die Arbeitslosenquoten im Zeitraum 1991 bis 1995 stark angestiegen.

Die Verdienste von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern unterscheiden sich in Abhängigkeit von den Abteilungen und vom Alter. Der Verdienst in einer FEK-Abteilung liegt bis zum Alter von etwa 45 Jahren über dem Verdienst in den anderen Abteilungen (mit Ausnahme der Geschäftsleitung) und in den höheren Altersgruppen darunter. Dieser Verdienstverlauf, insbesondere der anfänglich fast um 6 % höhere Verdienst, kann als Entlohnung von Kreativität und weiteren unbeobachteten Merkmalen verstanden werden, die im FEK-Bereich benötigt werden. Hochschulabsolventen sind also in Forschung und Entwicklung nicht generell „wertvoller“ als in anderen Abteilungen, sondern im wesentlichen in den Jahren nach ihrem Studium. Das entspricht der Beobachtung, daß Hochschulabsolventen zunächst in FuE eingesetzt werden und dann in andere Abteilungen wechseln (z.B. in die Geschäftsleitung). Dort ist das Verdienstdifferential mit etwa 20 % deutlich höher.

Eine Tätigkeit in der Forschung ist somit finanziell attraktiv, insbesondere in jungen Jahren. Darüber hinaus lohnt sich eine Tätigkeit in den FuE-intensiven Wirtschaftszweigen für alle abhängig beschäftigten Ingenieure und Naturwissenschaftler. Im Jahre 1995 lag der Verdienst der in diesen Branchen abhängig beschäftigten Akademiker bei sonst gleichen Merkmalen um 5,5 % über dem Verdienst in den nicht-FuE-intensiven Branchen.

In den alten Bundesländern sind nur wenige Akademiker ausländischer Staatsangehörigkeit mit Hochschulabschluß in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes beschäftigt (5 % im Jahre 1991 und 6 % im Jahre 1995). Ihr Verdienst liegt zwischen 7 und 9 % unter dem Verdienst eines deutschen Kollegen. Naturwissenschaftler und Ingenieure mit befristeten Arbeitsverträgen (insgesamt 2 %) verdienten in den Jahren 1993 und 1995 14 % bzw. 9 % weniger als Festangestellte. Im Querschnitt des Jahres 1991 ist dagegen kein signifikanter Einfluß festzustellen. Universitätsabsolventen, die etwa ein Jahr länger als Fachhochschüler studieren, verdienten im Jahre 1995 knapp 8 % mehr als Fachhoch-

schulabsolventen. Für Maschinenbauingenieure und Elektrotechniker liegt diese Verdienstdifferenz in den Jahren 1991 und 1995 bei etwa 11 %. Das höchste Verdienstdifferential weisen Chemiker mit 15 bis 16 % auf. Dieses Resultat kann unter anderem auf die längere Ausbildung der Chemiker oder auf andere unbeobachtete Faktoren, wie ein erhöhtes Arbeitsplatzrisiko, zurückgeführt werden. Die Gruppe der sonstigen Naturwissenschaftler mit Universitätsabschluß (Physiker, Informatiker, Biologen) mußte im Zeitablauf relativ zu den Fachhochschulabsolventen Nettoverdiensteinbußen hinnehmen, wobei eine weitere Differenzierung nach Fachrichtungen aufgrund der geringen Fallzahlen leider nicht möglich ist.

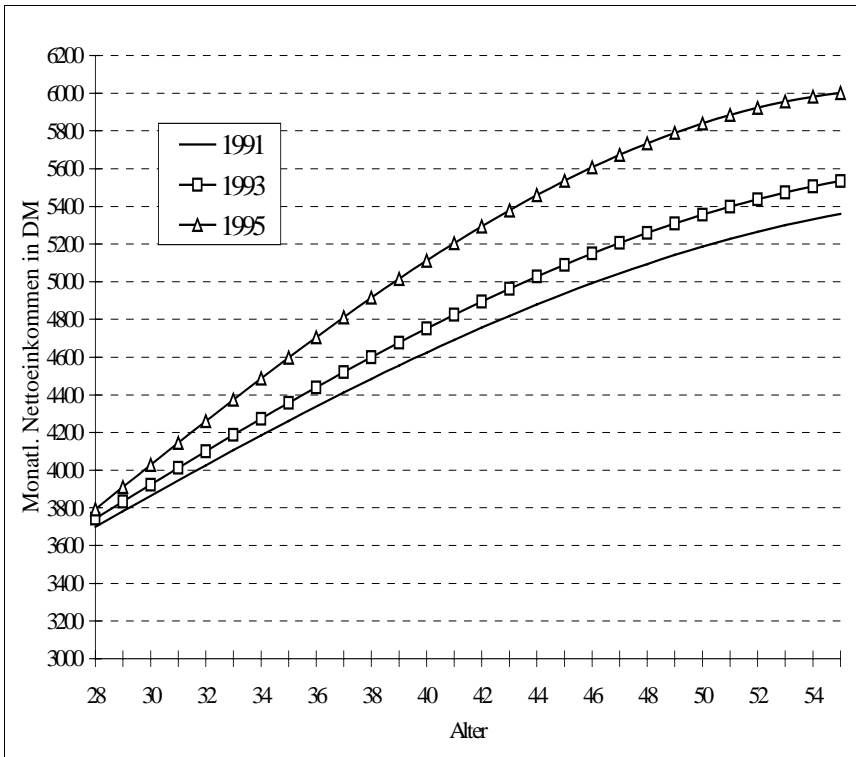
Allgemein gilt, daß die Verdienste innerhalb der Gruppe der Universitätsabsolventen nur wenig von der Studienfachrichtung abhängen. Eine Ausnahme sind die Chemiker mit Hochschulabschluß, die erfahrungsgemäß im Durchschnitt länger als andere Naturwissenschaftler studieren und häufiger promoviert sind. Im Jahre 1995 wurden sie um 5 % höher entlohnt als Ingenieure mit Universitätsabschluß.

Eine weitere Ausnahme bildet die Gruppe der sonstigen Naturwissenschaftler mit Universitätsabschluß, die nicht besser entlohnt werden als Fachhochschulabsolventen. Innerhalb der Gruppe der Fachhochschulabsolventen können nur geringe Verdienstdifferentiale zwischen verschiedenen Fachrichtungen festgestellt werden. Eine Ausnahme sind die sonstigen Naturwissenschaftler mit FH-Abschluß, darunter vor allem Informatiker, Verfahrenstechniker, chemische Techniker, Betriebstechniker. Diese Naturwissenschaftler mit FH-Abschluß konnten im Jahre 1995 gegenüber den Maschinenbauingenieuren mit FH-Abschluß eine positive Verdienstdifferenz von 5 % realisieren.

Nicht alle Verdienstdifferentiale zwischen den Absolventen verschiedener Fachrichtungen bleiben im Zeitablauf konstant. Die Variation und die Angleichung über die Zeit deutet auf Reaktionen von Angebot und Nachfrage hin. Ähnlich wie bei Investitionen in Sachkapital kann man daher auch bei Investitionen in Humankapital in der längeren Frist einen Angleich der Renditen über verschiedene Fachrichtungen feststellen.

Bei langfristig stabilen Unterschieden dürften dahinter auch unterschiedlich hohe Investitionen stehen, wie man das etwa bei den Chemikern im Vergleich zu Mathematikern oder bei den Universitätsabsolventen im Vergleich zu den Fachhochschulabsolventen vermuten kann. Das Verdienstdifferential zwischen letzteren beträgt etwa 7 % bis 8 %. Wenn ein Universitätsstudium im Durchschnitt eine um ein Jahr längere Investitionsphase erfordert, liegt die Rendite dieses zusätzlichen Bildungsjahres bei 7 %. Das entspricht anderen Schätzungen für Bildungsrenditen in Deutschland (vgl. z.B. Bellmann/Reinberg/Tessaring 1994, Pfeiffer/Brade 1995).

Abbildung 1: Geschätztes Verdienstprofil eines Absolventen der Fachrichtung Maschinenbau 1991, 1993 und 1995 (ABL)^a



^a Geschätztes Verdienstprofil auf der Basis der Koeffizienten des geordneten Probitmodells (siehe Tabelle 3) mit folgenden Merkmalen: Universitätsabschluß in Maschinenbau (UNI), beschäftigt im FEK-Bereich, wohnhaft in einer Stadt 20.000-500.000 Einwohnern, verheiratet, Drei-Personen-Haushalt.

Quelle: 70 % ZEW-Stichprobe Mikrozensus 1991, 1993 und 1995, eigene Berechnungen.

**Tabelle 3: Verdienstoffunktion für Ingenieure und Naturwissenschaftler
1991-1995 (ABL, Verarbeitendes Gewerbe)**

Jahr	1991		1993		1995	
	Koeff.	t-Wert	Koeff.	t-Wert	Koeff.	t-Wert
Alter	0,04 [#]	5,47	0,04 [#]	5,94	0,06 [#]	7,66
Alter quadriert	-3,2E-04 [#]	-3,70	-3,6E-04*	-4,11	-5,2E-04 [#]	-5,69
FEK*Alter	-5,5E-04	-0,33	2,4E-03	1,46	4,1E-03*	2,38
FEK*Alter quadriert	5,2E-06	0,15	-4,35E-05	-1,22	-9,4E-05*	-2,48
FuE-intensive Branche	0,06 [#]	2,69	0,08 [#]	4,06	0,05	2,49
Elektrotechnik	0,01	0,28	0,03	1,51	-0,01	-0,41
Chemie	0,05	1,11	0,04	1,09	0,02	0,52
sonst. Naturwissens.	0,04	1,65	0,01	0,42	0,05	1,95
Maschinenbau*UNI	0,12 [#]	4,64	0,08 [#]	3,51	0,08 [#]	3,19
Elektrotechnik*UNI	0,10 [#]	3,60	0,02	0,54	0,13 [#]	4,30
Chemie*UNI	0,16 [#]	3,23	0,14 [#]	3,12	0,12*	2,41
Sonst. Naturw.*UNI	0,10 [#]	3,23	0,04	1,37	0,05	1,70
Befrist. Arbeitsvertrag	-0,07	-1,24	-0,15 [#]	-3,13	-0,09	-1,98
Ausländer	-0,08 [#]	-2,52	-0,09 [#]	-2,82	-0,08*	-2,22
Verheiratet	0,14 [#]	5,58	0,13 [#]	5,50	0,14 [#]	5,57
Geschieden	0,01	0,05	0,17	1,39	0,10	0,96
Verwitwet	0,08	1,71	-0,03	-0,57	-0,07	-1,39
2- Pers.-HH	-0,01	-0,21	-0,05	-1,81	-0,06*	-2,15
3- Pers.-HH	0,01	0,24	-0,04	-1,35	0,00	0,02
4- Pers.-HH	0,04	1,48	0,05	1,87	0,05	1,83
5 und mehr Pers. HH	0,03	0,96	0,04	1,05	0,07*	2,01
Konstante	0,18	1,21	0,15	0,99	-0,18	-1,14
Sigma	0,29 [#]	57,29	0,29 [#]	57,78	0,30 [#]	58,22
Log Likelihood	-302,21		-276,4		-369,80	
Beobachtungen	1.614		1.669		1.695	

70 % ZEW-Stichprobe Mikrozensus 1991, 1993 und 1995; Maximum-Likelihood-Schätzung des geordneten Probitmodells mit bekannten Schranken; Referenzkategorie für die Fachrichtungen: Maschinenbau FH. Die Gleichung enthält ferner die Variable Gemeindegrößenklasse. Referenzkategorie Familienstand: ledig, Referenzkategorie Haushaltsgröße: Ein-Personen-Haushalt.

Die Verdienstanalyse mit dem Mikrozensus hat trotz der bekannten methodischen Einschränkungen des Mikrozensus gezeigt, daß Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt, seien es Angebots- oder Nachfrageüberhänge, ihre Spuren im Verdienst der Beschäftigten hinterlassen. Die Schätzungen mit den Querschnittsdaten des Mikrozensus können, auch das wird deutlich, einen erheblichen Teil der beobachteten Einkommensvarianz nicht erklären.

6. Determinanten selbständiger statt abhängiger Erwerbstätigkeit

Selbständige⁴ gelten als Hoffnungsträger für Wachstum, Innovation und Beschäftigung. Junge, technologieorientierte Unternehmen sollen den Übergang zur Informationsgesellschaft forcieren. Eine Differenzierung der Selbständigen nach Berufsabschluß ergibt, daß Selbständigkeit bei Meistern, Technikern und Hochschulabsolventen deutlich stärker anzutreffen ist als bei Erwerbstätigen mit Lehre und Personen ohne formalen Berufsabschluß. 18 % der Universitätsabsolventen waren im Jahre 1995 selbständig gegenüber 16 % im Jahre 1991. Für Fachhochschulabsolventen ist im gleichen Zeitraum eine Steigerung der Selbständigenquote um einen Prozentpunkt auf 12 % zu beobachten. Damit ist ein Teil des Zuwachses der Selbständigen in den 90er Jahren auf die überproportionale Zunahme der Selbständigen mit Hochschulabschluß zurückzuführen.

Je nach Fachrichtung schwankt die Selbständigenquote bei Akademikern erheblich. Während Naturwissenschaftler, Maschinenbau- und Elektrotechnikingenieure relativ selten den Weg in die Selbständigkeit finden, sind Mediziner, Pharmazeuten, Architekten, Künstler, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler (einschließlich Juristen) überdurchschnittlich häufig selbständig (siehe Pfeiffer/Falk 1999).

4 Derzeit sind in Deutschland 3,7 Millionen Erwerbstätige selbständig, das sind etwa 10,9 % der Erwerbstätigen. In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur werden die Begriffe Selbständige und abhängig Beschäftigte zur Charakterisierung der beruflichen Stellung eines Erwerbstätigen verwendet (vgl. Pfeiffer 1994). Selbständige werden definiert als Erwerbstätige, die (i) eine Unternehmung als Eigentümer, Miteigentümer oder Pächter eigenverantwortlich und nicht weisungsgebunden leiten und (ii) die Verantwortung für die Entwicklung und das Ergebnis der Unternehmung tragen. Abhängig Beschäftigte bzw. Arbeitnehmer handeln demgegenüber weisungsgebunden und erhalten einen vertragsmäßig im voraus festgelegten Lohnsatz. Arbeitslose bilden eine eigene Kategorie. Das Statistische Bundesamt der Bundesrepublik verwendet in den regelmäßigen Erhebungen wie der Volkszählung, der Arbeitsstättenzählung und dem Mikrozensus eine vergleichbare Definition der Selbständigkeit.

**Tabelle 4: Selbständigenquoten nach ausgewählten Fachrichtungen
1991 - 1995 (%)**

Region	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	1991	1993	1995	1991	1993	1995
Studienabschluß						
<i>Ingenieure insgesamt</i>	9,3	10,5	10,3	6,2	9,1	12,9
Maschinenbau	9,5	10,1	9,7	5,9	8,5	12,2
Elektrotechnik	6,7	7,9	8,1	4,6	9,1	13,3
Sonst. Ingenieure ^b	25,5	27,3	31,1	18,7	14,5	16,8
<i>Naturwissenschaft insges.</i>	6,4	8,4	9,2	2,4	5,8	7,5
Mathematik	3,5	4,3	3,5	1,9	2,8	4,7
Informatik	10,5	10,3	9,3	1,2	2,7	10,0
Biologie	3,7	4,3	11,6	--	--	--
Chemie	4,7	6,7	5,6	1,6	3,7	6,0
Physik	3,9	7,3	10,7	3,4	8,3	8,3
Sonstige Naturwissenschaft.	9,7	12,6	12,7	2,8	9,8	9,1
Alle	14,2	14,8	15,9	7,4	12,3	13,5

^a Selbständige (Definition nach Stellung im Beruf) in vH der Erwerbstätigen in der jeweiligen Fachrichtung (FH und UN).

^b Fachrichtung Holz, Papierherstellung, Druck, Fotografie, Textil- und Lederherstellung.

Quelle: 70% ZEW-Stichprobe Mikrozensus 1991, 1993 und 1995.

Im Durchschnitt sind nur 11 % der Naturwissenschaftler und Ingenieure selbständig, wobei sich zwischen 1991 und 1995 mehr Physiker, Biologen und Elektrotechnikingenieure für die Selbständigkeit entschieden haben.

Der Weg in die Selbständigkeit hängt von den individuellen finanziellen Möglichkeiten ab. In aller Regel steigen die Ersparnisse mit dem Alter. Das hat zur Folge, daß eine selbständige Erwerbstätigkeit eher möglich wird. Man kann daher eine mit dem Alter zunehmende Selbständigenquote unter den Hochschulabsolventen erwarten. Um diese Hypothese zu testen und ferner um zu testen, ob es Unterschiede in der Neigung zur Selbständigkeit zwischen den Fachrichtungen gibt, wurde ein multinomiales Logitmodell geschätzt.

Als Datenbasis dient eine Stichprobe von abhängigen und selbständigen Naturwissenschaftlern und Ingenieuren mit einer Selbständigenquote von durchschnittlich 11 % aus dem Jahre 1995. Mit Hilfe des multinomialen Logitmodells werden die Bestimmungsgründe der Wahrscheinlichkeit geschätzt, selbständig ohne Beschäftigte, selbständig mit bis zu vier Beschäftigten und selbständig mit fünf und mehr Beschäftigten (jeweils statt Arbeitnehmer) zu sein. 4,6 % der Hochschulabsolventen in der Stichprobe sind selbstän-

dig ohne weitere Beschäftigte, 4,5 % haben bis zu vier und 2,1 % mehr als fünf Beschäftigte (siehe Tabelle 5). Aufgrund der Ergebnisse des multinomialen Logit-Modells kann die Hypothese der mit dem Alter zunehmenden Selbständigkeit nicht verworfen werden. Auch zwischen den Fachrichtungen gibt es einige Unterschiede. So sind Mathematiker und Chemiker eher Arbeitnehmer, während Biologen und sonstige Ingenieure eher selbständig ohne weitere Beschäftigte sind.

Die Wahrscheinlichkeit der Wahl einer selbständigen Erwerbstätigkeit steigt in der Altersgruppe 35 bis 45 Jahre überproportional an. Ab dem 45. Lebensjahr nimmt die Wahrscheinlichkeit proportional zu. Ferner zeigen die Ergebnisse der Schätzung, daß die Wahrscheinlichkeit selbständig zu sein und weitere Beschäftigte zu haben (relativ zu einer abhängigen Erwerbstätigkeit) mit zunehmendem Alter über den Wahrscheinlichkeiten liegt, selbständig ohne weitere Beschäftigte zu sein.

Für den Weg in eine selbständige Erwerbstätigkeit können Finanzmittel in erheblichem Umfang erforderlich sein. Die Gründung einer Unternehmung mit weiteren Beschäftigten verlangt in vielen Wirtschaftsbereichen einen höheren Kapitaleinsatz als eine Gründung ohne weitere Beschäftigte. Dieser höhere Kapitaleinsatz muß in der Regel zuerst einmal angespart werden. Daher verzögert sich der Weg in die selbständige Erwerbstätigkeit und die geschätzte Wahrscheinlichkeit, selbständig statt abhängig erwerbstätig zu sein, steigt überproportional mit dem Alter der erwerbstätigen Ingenieure und Naturwissenschaftler.

Mit zunehmendem Alter nehmen in der Regel zwar die Ersparnisse zu, die Risikobereitschaft sinkt jedoch tendenziell. Dazu kommt die relativ gute soziale Absicherung von abhängig beschäftigten Erwerbstätigen nach einem längeren Erwerbsleben (ein Forscher wird als Selbständiger mindestens das Einkommen erwirtschaften wollen, das er auch als abhängig Beschäftigter erwarten kann).

Der Weg in eine an sich schon riskante Unternehmensgründung wird daher von vielen Erwerbstätigen mit zunehmendem Alter nicht mehr ins Auge gefaßt. Diese Überlegungen weisen auf ein Problem für die wirtschaftliche Dynamik in technologieintensiven Wirtschaftsbereichen hin, wenn Kapitalmärkte unvollkommen sind und insbesondere für junge potentielle Gründer in innovativen Bereichen kein ausreichendes Risikokapital zur Verfügung steht. Der Weg in die Selbständigkeit verzögert sich durch die Notwendigkeit einer verlängerten Sparphase, die dann für viele Ingenieure und Naturwissenschaftler, die in jungen Jahren durchaus eine selbständige Erwerbstätigkeit anstreben, in der lukrativeren Tätigkeit als Arbeitnehmer in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen oder auch in der Geschäftsleitung endet. Eine solche Karriere wird zwar kaum von dem einzelnen Ingenieur als Problem empfunden. Insgesamt könnte allerdings die Forschungsdynamik

und Innovationskraft in besonders risikoreichen Feldern, die von Großunternehmen eher gemieden werden, leiden.

Tabelle 5: Bestimmungsgründe der Selbständigkeit 1995

Erwerbskategorie	Selbständig ohne Beschäftigte		Selbständig mit 1-4 Beschäftigten		Selbständig mit 5 + Beschäftigten		MW
Anteile	4,62%		4,51%		2,09%		
Variable	Koeff.	t-Wert	Koeff.	t-Wert	Koeff.	t-Wert	
30-34	0,23	0,8	0,64	1,6	-0,06	-0,1	0,20
35-39	0,33	1,1	0,86	2,0	0,73	1,2	0,18
40-44	0,45	1,4	0,95	2,3	1,19	2,0	0,17
45-49	0,76	2,4	1,30	3,1	1,13	1,9	0,13
50-54	0,84	2,6	1,23	2,9	1,39	2,4	0,13
55-59	0,55	1,4	1,18	2,6	1,34	2,2	0,08
Elektrotechnik	0,21	1,0	-0,18	-0,9	-0,11	-0,4	0,25
Sonst. Ingenieure ^a	1,37	3,8	0,62	1,5	0,27	0,4	0,02
Mathem./Informatik	-0,10	-0,4	-0,62	-2,1	-1,15	-2,1	0,10
Biologie	1,09	2,7	0,24	0,4	0,77	1,2	0,01
Chemie	-0,32	-0,8	-0,19	-0,6	-1,39	-1,9	0,07
Physik	0,40	1,3	-0,14	-0,4	-0,22	-0,5	0,06
Sonst. Naturwiss.	0,36	1,6	0,08	0,4	0,14	0,5	0,14
Konstante	-4,41	-10,4	-4,54	-9,5	-4,96	-7,5	

Quelle: Eigene Berechnungen, 70% ZEW-Stichprobe Mikrozensus 1995; MW= Mittelwert; Maximum-Likelihood-Schätzung des multinomialen Logitmodells. Die Stichprobe enthält 4.700 männliche, vollzeiterwerbstätige Hochschulabsolventen mit einem Abschluß in Natur- bzw. Ingenieurwissenschaften (ohne Architekten und Bauingenieure), die im privaten Sektor – ohne Landwirtschaft – arbeiten. Als Referenzgruppe für die Fachrichtung dient der Maschinenbau, mit 34 % aller Studienabschlüsse in der Stichprobe, Referenzgruppe für die Altersklassen sind die 25- bis 29-jährigen (10,9 % der Stichprobe). Referenzgruppe für die Branche ist das sonstige Verarbeitende Gewerbe. Die Schätzung enthält als weitere Variablen: Gemeindegrößenklasse, Familienstand und Größe des Haushaltes.

^a Ingenieure der Fachrichtung Holz, Papier, Fotografie, Druck und Textil.

7. Forschungsausblick

Die Analyse auf der Basis des Mikrozensus der Jahre 1991, 1993 und 1995 hat gezeigt, daß es unter Ingenieuren und Naturwissenschaftlern spezifische berufliche Spezialisierungsmuster gibt, die auch davon abhängen, ob die Ausbildung an einer Hochschule oder einer Fachhochschule erfolgte. So sind beispielsweise Ingenieure eher als Naturwissen-

schaffler in der Geschäftsleitung tätig und Universitätsabsolventen eher als Fachhochschüler in den Forschungsabteilungen.

Die Verdienstanalyse hat trotz der bekannten methodischen Einschränkungen des Mikrozensus gezeigt, daß kurzfristige Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt, seien es Angebots- oder Nachfrageüberhänge, ihre Spuren im Verdienst der Beschäftigten hinterlassen, daß längerfristig allerdings ein stabiler Zusammenhang zwischen der Höhe der Ausbildungsinvestitionen und dem Verdienst besteht. Die Schätzungen haben auch gezeigt, daß es Erfolgsfaktoren der Bildung gibt, die sich nicht an Alter, Fachrichtungen und Abteilungen festmachen lassen. Zur Analyse dieser Faktoren ist der Mikrozensus nur bedingt geeignet, da erstens zu wenige Informationen beispielsweise zum sozialen Hintergrund vorhanden sind und es zweitens derzeit nicht möglich ist, eine Verbindung zur Ausbildungsstätte herzustellen.

Die Potentiale des Mikrozensus zur wissenschaftlichen Analyse des Arbeitsmarktes und der beruflichen Mobilität würden wesentlich weiterreichen, wenn Verknüpfungen der Individualdaten über die verschiedenen Erhebungsperioden ermöglicht und zudem Angaben zu den Bildungseinrichtungen erhoben würden. Zwar stellt die Berücksichtigung der unterschiedlichen Fachrichtungen bereits einen methodischen Fortschritt dar, das Raster ist jedoch noch zu grob, um eventuell vorhandene differentielle Effekte von Bildungseinrichtungen zu erforschen.

Korrespondenzadresse

*Dr. Friedhelm Pfeiffer
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW)
Postfach 10 34 43
68034 Mannheim
pfeiffer@zew.de*

Literaturverzeichnis

Becker, G. S., 1983: *Human Capital: A Theoretical and Empirical Analysis, with Special Reference to Education*, Chicago Press: Chicago.

Becker, G. S./K. M. Murphy, 1992: „The Division of Labour, Coordination Costs and Knowledge“, *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 107, 4, 1137-1160.

Bellmann, L./A. Reinberg/M. Tessaring, 1994: „Bildungsexpansion, Qualifikationsstruktur und Einkommensverteilung: eine Analyse mit Daten des Mikrozensus und der Beschäftigtenstatistik“, in: L. R. Lüdeke (Hrsg.), *Bildung, Bildungsfinanzierung und Einkommensverteilung*, 13-70, Duncker & Humblot: Berlin.

- Berman, E./J. Bound/Z. Griliches, 1994: „Changes in the demand for Skilled Labor within U.S. manufacturing: Evidence from the Annual Survey of Manufacturers“, *The Quarterly Journal of Economics*, 109, 2, 367-397.
- BMBF, 1998: Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Aktualisierung und Erweiterung 1997, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Bonn.
- Clar, G./J. Dore/H. Mohr (Hrsg.), 1997: Humankapital und Wissen – Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung, Springer: Heidelberg.
- Cornelsen, C., 1995: „Erwerbstätige mit Hochschulabschluß nach Hauptfachrichtungen“, *Wirtschaft und Statistik*, 11, 810 - 818.
- Franz, W., 1996: Arbeitsmarktökonomik, 3. Aufl., Springer: Berlin.
- Gerlach, K./O. Hübler/W. Meyer (Hrsg.), 1998: Ökonomische Analysen betrieblicher Strukturen und Entwicklungen. Das Hannoveraner Firmenpanel, Frankfurt/New York: Campus.
- Licht, G./M. Kukuk/H. Grupp/E. Hipp, 1997: „Innovationen im Dienstleistungssektor: Empirischer Befund und wirtschaftspolitische Konsequenzen“, Nomos-Verlag: Baden-Baden.
- Lucas, R. E., 1988: „On the Mechanics of Economic Development“, *Journal of Monetary Economics*, Vol. 22, 3-42.
- Mincer, J., 1974: *Schooling, Experience and Earnings*, NBER: New York.
- OECD, 1996: *Technology, Productivity and Job Creation*, Vol. 2 Analytical Report: Paris.
- Pfeiffer, F., 1994: *Selbständige und abhängige Erwerbstätigkeit, Arbeitsmarkt und industrieökonomische Perspektiven*, Campus: Frankfurt a. M.
- Pfeiffer, F./J. Brade, 1995: „Weiterbildung, Arbeitszeit und Lohneinkommen,“ in: Steiner V./L. Bellmann (Hrsg.), *Mikroökonomik des Arbeitsmarktes*, BeitrAB Nr. 193, Nürnberg.
- Pfeiffer, F./W. Pohlmeier (Hrsg.), 1998: *Qualifikation, Weiterbildung und Arbeitsmarkterfolg*, Nomos: Baden-Baden.
- Tessaring, M., 1998: *Training for a Changing Society. A Report on current vocational education and training research in Europe*, European Centre for the Development of Vocational Training (CEDEFOP): Luxemburg.
- Von Weizsäcker, R. K. (Hrsg.), 1998: *Bildung und Wirtschaftswachstum*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 258, Dunker & Humblot: Berlin.
- Von Weizsäcker, R. K., 1986: *Theorie der Verteilung der Arbeitseinkommen*, Tübingen.
- Weiss, A., 1995: „Human capital vs. signalling explanations of wages“, *The journal of economic perspectives*, Vol. 9, 4, 133-154.

ZUR ERHEBUNGSPROBLEMATIK GERINGFÜGIGER BESCHÄFTIGUNG: EIN STRUKTURVERGLEICH DES MIKROZENSUS MIT DEM SOZIO-OEKONOMISCHEN PANEL UND DEM EUROPÄISCHEN HAUSHALTSPANEL

JÜRGEN SCHUPP*, JOACHIM FRICK*, LUTZ KAISER* UND GERT WAGNER**

Der Beitrag befaßt sich mit den methodischen Schwierigkeiten bei der Erfassung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Für das Jahr 1995 wird neben dem Vergleich zwischen dem Sozio-oekonomischen Panel und dem Mikrozensus auch die zweite Welle des Europäischen Haushaltspanel für Schätzungen herangezogen. Es werden Gemeinsamkeiten wie Unterschiede der genannten Datenquellen insbesondere unter methodischen Gesichtspunkten diskutiert. Als empirisches Ergebnis wurde ermittelt, daß sowohl in der deskriptiven als auch multiplen Analyse der Mikrozensus die Zahl der geringfügig Beschäftigten in der Haupttätigkeit als zu gering ausweist. Es fällt auf, daß auch die vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Erhebung des ECHP zu mehr als doppelt so hohen Nachweisquoten für Geringfügige führt als der Mikrozensus; ein Befund der auch bei multivariater Kontrolle bestätigt werden konnte.

This paper deals with methodological aspects concerning the measurement of extent and structure of so-called marginal employment (geringfügige Beschäftigung) in Germany. We are comparing empirical results for 1995, based on micro-data from the German Socio-economic Panel (GSOEP), the Mikrozensus (MZ) and the second wave of the German sample in the European Community Household Panel Study (GECHP). Concentrating on the measurement of marginal employment, we start with a comprehensive discussion of methodological similarities of as well as differences between those data-

* Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin; ** Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin; Europa Universität Viadrina (EUV), Frankfurt (Oder) und Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn.

bases. The major empirical finding is a significantly lower estimate for the extent of marginal employment in the MZ as compared to the other surveys; this results holds true in a multivariate analysis as well. In particular, it has to be noticed, that -- when controlling for a variety of covariates -- even the German ECHP-sample, which is a survey also carried out by the Federal Statistical Office (Statistisches Bundesamt), shows a share of the marginally employed twice as high as the MZ.

1. Einleitung

Seit einigen Jahren bereits stellt die Gruppe der „geringfügig Beschäftigten“ eine wirtschafts- und sozialpolitisch stark im Interesse stehende Personengruppe dar. Die Debatte um die zum 1. April 1999 verabschiedete gesetzliche Neuregelung dieser Beschäftigungsverhältnisse machte einmal mehr die Probleme deutlich, die allein bei der Bestimmung des quantitativen Ausmaßes dieser Erwerbsform auftreten. Die exakte Quantifizierung dieser Erwerbsform fällt ausgesprochen schwer, zum einen aufgrund der Komplexität der sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen, aber auch aufgrund der Tatsache, daß etliche dieser Beschäftigungsverhältnisse vermutlich der Schwarzarbeit zuzuordnen sind. Da inzwischen eine Vielzahl verschiedener Zahlen in der öffentlichen Diskussion kursieren,¹ werden bei den im folgenden präsentierten Befunden die methodischen Schwierigkeiten bei der Erfassung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse ausführlich erläutert. Neben dem Vergleich zwischen Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) und dem Mikrozensus wird zudem der Versuch unternommen, auch mit Hilfe der zweiten Welle des Europäischen Haushaltspanels (ECHP) eine vergleichende Schätzung zum Umfang geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse vorzunehmen. Im folgenden wird auf die gesetzliche Grundlage des Jahres 1995 zurückgegriffen, da für einen späteren Zeitpunkt keine vergleichende empirische Überprüfung möglich war.

2. Definition von geringfügiger Beschäftigung

Grundsätzlich ist zwischen einer allgemeingültigen juristischen Definition von geringfügiger Beschäftigung nach den Sozialgesetzbuch (SGB) und einer Definition zu unterscheiden, welche sich aus den Operationalisierungsmöglichkeiten dieser Beschäftigungsform in der empirischen Umfrageforschung ergibt.

1 Einen Überblick geben Kohler et al. (1996), Rudolph (1998) sowie Hofmann (1998).

2.1 Juristische Definition²

Die Versicherungsfreiheit in der Sozialversicherung ist grundsätzlich als eine Ausnahmeregelung von den Vorschriften zur Versicherungspflicht zu werten. Normen zur Versicherungsfreiheit können also nur bestehen, wenn zunächst die Voraussetzungen für eine Versicherungspflicht - z.B. in der Krankenversicherung (§5 SGB V) - gegeben sind. Demnach kann ein als geringfügig zu bezeichnendes Beschäftigungsverhältnis entweder in einer Versicherungspflicht oder in einer Versicherungsfreiheit zur Sozialversicherung münden. Der originäre Sinn und Zweck einer Versicherungsfreiheit von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen liegt in der gesetzgeberischen Annahme, daß die sich aus einer abhängigen Beschäftigung im Regelfall ergebende soziale Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers in Ausnahmefällen eben nicht gegeben ist (Schulin 1993, Rz. 119)³.

Die einschlägigen Bestimmungen zur geringfügigen Beschäftigung finden sich in §8 SGB IV wieder. Demnach liegt eine versicherungsfreie geringfügige Beschäftigung vor, wenn

- nach **§8 Abs. 1 Nr. 1 erster Hs. SGB IV** die Tätigkeit regelmäßig weniger als 15 Stunden pro Woche ausgeübt wird und das monatliche Arbeitsentgelt regelmäßig ein Siebtel der monatlichen Bezugsgröße (§18 SGB IV) nicht übersteigt. Dem festgesetzten zeitlichen Umfang steht demzufolge ein dynamisierter monetärer Maßstab gegenüber, da sich die Bezugsgröße aus dem jährlichen Durchschnittsentgelt der in der gesetzlichen Rentenversicherung⁴ Versicherten ergibt. Die aktuelle Verdienstgrenze im Sinne einer geringfügigen Beschäftigung lag für das Jahr 1998 bei 620.- DM für die alten und bei 520.- DM für die neuen Bundesländer. Ferner legt **§8 Abs. 1 Nr. 1 letzter Hs. SGB IV** eine Ausnahme bei der monetären Grenze fest. Das monatliche Einkommen aus einer geringfügigen Beschäftigung kann demnach zwar ein Siebtel der monatlichen Bezugsgröße übersteigen, ist aber dennoch als versicherungsfrei zu werten, wenn das monatliche

² Auf den Bereich der steuerrechtlichen Behandlung geringfügiger Beschäftigung wird an dieser Stelle verzichtet und auf einschlägige Literatur verwiesen, wie z.B. Schwarze (1998).

³ Das Sozialversicherungsrecht stellt hier auf die individuelle Schutzbedürftigkeit ab. Ist eine solche nicht gegeben, wenn z.B. die Lebensgrundlage eines Ehepartners nicht auf einer ausgeübten geringfügigen Beschäftigung, sondern auf dem angemessenen Unterhalt durch den anderen versicherungspflichtig erwerbstätigen Ehegatten begründet ist, so hat der Gesetzgeber hier einen Grund für eine Ausnahme von der Versicherungspflicht gesehen. Sämtliche geringfügigen Zweitbeschäftigungen, welche neben einer versicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung von ein und derselben Person bei verschiedenen Arbeitgebern ausgeübt werden, fallen ebenfalls unter diese Argumentationsweise.

⁴ Um eine rechnerische Genauigkeit zu erreichen, bezieht sich dieser Wert auf das Durchschnittsentgelt der in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherten im vorvergangenen Kalenderjahr, aufgerundet auf den nächsthöheren, durch achthundvierzig teilbaren Betrag (§18 Abs. 1 SGB IV).

Arbeitsentgelt aus einer geringfügigen Beschäftigung ein Sechstel des monatlichen Gesamteinkommens⁵ nicht übersteigt.

- nach **§ 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV** die Beschäftigung innerhalb eines Jahres seit ihrem Beginn auf längstens zwei Monate oder fünfzig Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im voraus vertraglich begrenzt ist. Die Beschäftigung darf jedoch bei gleichzeitigem Übersteigen der in Nummer 1 § 8 Abs. 1 SGB IV genannten Sätze nicht berufsmäßig ausgeübt werden. Eine berufsmäßige Ausübung liegt dann vor, wenn die Beschäftigung als hauptsächliche Lebensgrundlage zu werten ist, welche ein soziales Schutzbedürfnis nach sich zieht.⁶

Eine Versicherungspflicht tritt jedoch ein, falls eine Person gleichzeitig mehreren geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen nachgeht, welche im einzelnen gesehen in den Definitionsbereich der Versicherungsfreiheit nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 fallen würden (**§ 8 Abs. 2 Satz 1**). An dieser Stelle gilt das Additionsprinzip, wonach mehrere ausschließlich geringfügige Beschäftigungen als Lebensgrundlage dienen und somit ein individuelles Schutzbedürfnis induzieren, welches wiederum eine Versicherungspflicht anzeigt. Zusammenfassend werden in Abbildung 1 die versicherungsrechtlichen Bestimmungen zur geringfügigen Beschäftigung nach § 8 SGB IV noch einmal schematisch abgegrenzt.

2.2 Empirische Operationalisierung: Angebots- und Nachfrageorientierte Meßkonzepte

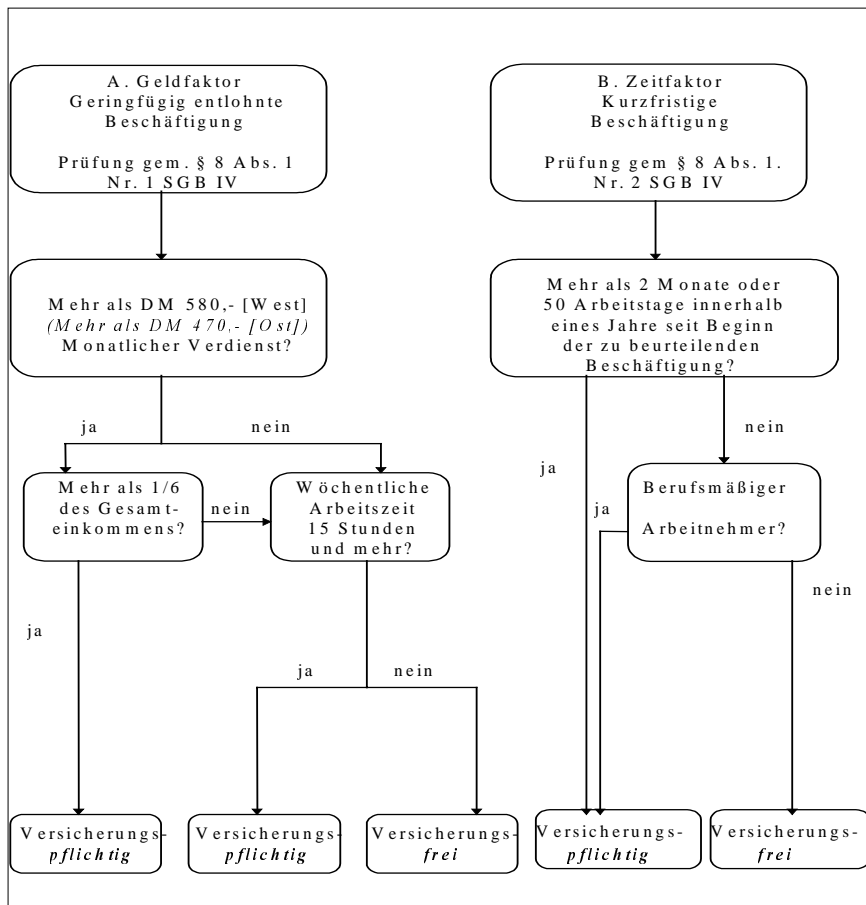
Das Phänomen der geringfügigen Beschäftigung läßt sich in der empirischen Umfrageforschung mit einer Reihe von Datenquellen erfassen. Im Vergleich führen deren Ergebnisse auf den ersten Blick zu widersprüchlichen Angaben hinsichtlich des Umfangs, der Struktur und der zeitlichen Dynamik dieser Beschäftigungsform in der Bundesrepublik Deutschland.⁷ Dabei ist freilich zu beachten, daß die im folgenden angesprochenen Datengrundlagen den oben dargestellten komplexen juristischen Sachverhalt der geringfügigen Beschäftigung teilweise sehr unterschiedlich operationalisieren.

⁵ Das Gesamteinkommen ist hier im Sinne des Einkommenssteuerrechtes definiert. Es umfaßt insbesondere Arbeitsentgelt und Arbeitseinkommen (§ 16 SGB IV). Das Gesamteinkommen kann sich aber z.B. auch aus den monatlichen Beträgen des Einkommens aus Kapitalbesitz und einer geringfügigen Beschäftigung zusammensetzen.

⁶ Zur näheren Auslegung einer berufsmäßigen Ausübung in bezug auf § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV vgl. Krauskopf/Schroeder-Printzen (1996).

⁷ Zu dieser Kontroverse vgl. z.B. Schupp et al. (1997,1998).

Abbildung 1: Sozialversicherungsrechtliche Abgrenzung geringfügiger Beschäftigung (gemäß § 8 SGB IV - 1.1.1995 - 31.12.1995)



Quelle: Rudolph (1998), S. 4 sowie eigene Ergänzungen.

Es müssen zwei grundsätzlich verschiedene Ansätze zur Erfassung geringfügiger Beschäftigung unterschieden werden: Einerseits erheben angebotsorientierte Untersuchungen Informationen zu Personen, die eine geringfügige Tätigkeit ausüben. Befragungseinheiten sind dabei üblicherweise Personen, die in Privathaushalten leben. Andererseits zielen nachfrageorientierte Konzepte auf die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsver-

hältnisse. Solche Informationen werden auf Basis von Unternehmens- oder Betriebsbefragungen gewonnen.

Beide Konzepte haben jeweils Vor- und Nachteile. So ist es angebotsorientierten Personenbefragungen möglich, die Erwerbspersonen in sämtlichen Wirtschaftszweigen abzubilden, wogegen nachfrageorientierte Untersuchungen insbesondere Lücken bei Kleinbetrieben, freien Berufen und Privathaushalten aufweisen. Bei haushaltsbezogenen angebotsorientierten Befragungen kann dagegen in den Analysen der Haushaltskontext berücksichtigt werden. Diese Informationen sind z.B. bei der Frage wichtig, in welchem Maße ein Einkommen aus einer geringfügigen Beschäftigung für die Höhe des gesamten Haushaltseinkommens relevant ist.

Weiterhin hängt es wesentlich davon ab, mit welchem Fragenrepertoire eine geringfügige Beschäftigung identifiziert und in wie weit damit der juristische Sachverhalt dieser Beschäftigungsform erfaßt werden kann.

Nicht zuletzt spielt der Erhebungszeitraum eine wichtige Rolle. Verschiedene Zeitbezüge der zu vergleichenden Befragungsergebnisse können zu unterschiedlichen Ergebnissen führen; dies gilt insbesondere bei saisonalen Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt.

Abbildung 2 gibt einen Überblick zu den Abgrenzungskriterien von sechs verschiedenen Datensätzen, mit welchen eine verallgemeinerungsfähige Analyse geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse für Deutschland möglich ist. Zur Diskussion methodischer Details der Darstellung insbesondere der nachfrageorientierten Konzepte siehe Rudolph 1998, S. 15f.

In Tabelle 1 erfolgt eine Zusammenstellung z.T. bereits an anderer Stelle publizierter Ergebnisse zur Zahl geringfügig Beschäftigter differenziert nach Haupt- und Nebentätigkeit, jeweils getrennt für West- und Ostdeutschland. Demnach ergeben sich erhebliche Abweichungen der Mikrozensus-Ergebnisse beim Vergleich mit jenen der übrigen Datenquellen. Sowohl SOEP als auch ISG weisen für 1997 mehr als doppelt so viele geringfügig Beschäftigte in der Haupttätigkeit nach als der Mikrozensus. Bei Nebenerwerbstätigen ist diese Diskrepanz sogar noch größer. Ausmaß und Ursachen dieser Abweichungen sind im folgenden Gegenstand vertiefender Analysen.

Im folgenden werden die für die vergleichende Mikroanalyse (Kapitel 4) verwendeten Datensätze kurz beschrieben. Insgesamt wurden drei verschiedene Querschnittsdatsätze aus dem Jahr 1995 genutzt: der Mikrozensus, die deutsche Stichprobe des Europäischen Haushaltspanels (GER-ECHP) und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP).

Abbildung 2: Verschiedene Erhebungskonzepte „Geringfügige Beschäftigung“

Tabelle 1: Zahl der geringfügig Beschäftigten nach unterschiedlichen Datenquellen von 1987 bis 1997

	1987	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	<i>Westdeutschland</i>								
Mikrozensus - Personen in 1000 -									
Geringfügig Beschäftigte		1524	1432	1434	1402	1349	1605	1778	2036
- als Haupttätigkeit		1131	1084	1104	1051	1026	1098	1465	1722
- als Nebenerwerbstätigkeit		393	348	330	351	323	507	313	314
SOEP - Personen in 1000 -									
Geringfügig Beschäftigte			3461	3540	3765	4221	4391	4489	4477
- als Haupttätigkeit			2863	2902	2942	3364	3443	3367	3396
- als Nebenerwerbstätigkeit			598	638	823	857	948	1122	1081
ISG - Personen in 1000 -									
Geringfügig Beschäftigte	2823			3833					4910
- als Haupttätigkeit	2284			2616					3615
- als Nebenerwerbstätigkeit	539			1217					1295
<i>Nachrichtlich: Geringfügige Beschäftigungs-</i> <i>verhältnisse - in 1000 -</i>									
IAB/GIK/IFO		2725	2607	2613	3192	3541	3342	3030	3184
IAB-Betriebspanel					2881		3541	3758	3468
	<i>Ostdeutschland</i>								
Mikrozensus - Personen in 1000 -									
Geringfügig Beschäftigte			130	68	57	77	120	135	185
- als Haupttätigkeit			83	47	35	56	66	111	151
- als Nebenerwerbstätigkeit			47	21	22	21	54	24	34
SOEP - Personen in 1000 -									
Geringfügig Beschäftigte			378	389	423	562	625	723	768
- als Haupttätigkeit			205	283	273	400	445	558	592
- als Nebenerwerbstätigkeit			173	106	150	162	180	165	176
ISG - Personen in 1000 -									
Geringfügig Beschäftigte				620					723
- als Haupttätigkeit				363					596
- als Nebenerwerbstätigkeit				257					127
<i>Nachrichtlich: Geringfügige Beschäftigungs-</i> <i>verhältnisse - in 1000 -</i>									
IAB/GIK/IFO				83	126	176	184	193	247
IAB-Betriebspanel							163	204	215

Quelle: Rudolph (1998: S. 18) sowie aktualisierte Daten für das SOEP; eigene Berechnungen.

Darüber hinaus verwenden wir auf Basis des SOEP Informationen für die unten beschriebene Simulation der deutschen Stichprobe des ECHP (SOEP-ECHP), so daß für die Analyse insgesamt vier Datengrundlagen zur Verfügung standen. Nur kurz erwähnt werden sollen weitere Studien, aus denen verallgemeinerungsfähige Aussagen über die Zahl geringfügig Beschäftigter getroffen werden können, die jedoch für mikroanalytische Sekundäranalysen nicht zur Verfügung gestellt werden.

Vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) werden gezielte Spezialerhebungen im Fünfjahresrhythmus in Auftrag gegeben, um Umfang und Struktur

geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse zu bestimmen.⁸ In dieser vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) durchgeführten Studie sind die rund 21 Einzelfragen zur geringfügigen Beschäftigung auf die Bestimmungen des § 8 Sozialgesetzbuch (SGB) IV zugeschnitten, und es werden zudem geringfügig Nebenerwerbstätige im Erhebungsdesign berücksichtigt. Im Gegensatz zu allen anderen Datenquellen werden bei dieser Studie, die sich speziell an die Gruppe der geringfügig Beschäftigten richtet, auch Fragen zu Gründen und Motiven sowie zur sozialen Absicherung Geringfügiger gestellt. Weiterhin weist das ISG die Zahl der Mißbrauchsfälle (Stichwort Schwarzarbeit) aus.⁹ Die aktuellen Ergebnissen aus der 97er Erhebung des ISG wurden mittlerweile vom Auftraggeber zur Veröffentlichung freigegeben (ISG 1997).

Die ISG-Ergebnisse stützen sich auf Mehrthemenbefragungen von Personen in Privathaushalten im Alter von 14 bis 74 Jahren. Es ist zu bedauern, daß das BMA als Auftraggeber der Studie nicht - wie bei sonstigen öffentlich finanzierten Studien üblich - darauf gedrungen hat, daß die Daten nach Abschluß der Studie in anonymisierter Form der scientific community über das Zentralarchiv in Köln (ZA) zugänglich gemacht werden.

Der Mikrozensus

Der *Mikrozensus* (MZ) ist eine jährliche Erhebung privater Haushalte mit gesetzlicher Auskunftspflicht (vgl. Emmerling/Riede 1997). Diese repräsentative amtliche Bevölkerungsumfrage erfaßt von ihrer Anlage her das gesamte Spektrum der Erwerbstätigkeit.

Daß der Mikrozensus den Umfang der geringfügigen Beschäftigung - und damit den der Erwerbstätigkeit insgesamt - nur unvollständig wiedergibt, wurde in den 80er Jahren deutlich (vgl. z.B. Schwarze 1990). Eine Änderung der Leitfrage zur Erwerbstätigkeit im Fragebogen des Mikrozensus trug dieser Kritik Rechnung, und das Erhebungsprogramm wurde 1990 um die explizite Frage nach geringfügiger Beschäftigung ergänzt (Pöschl 1992). Damit wurde die Erfassung der geringfügigen Erwerbstätigkeit wesentlich verbessert. Wurden im Mikrozensus 1988 noch 518.000 ausschließlich geringfügig Beschäftigte gezählt, waren es im April 1990 rund doppelt so viele. 1996 erfolgte nochmals eine Änderung, indem eine weitere Nachfrage zu Gelegenheitstätigkeiten in der Berichtswoche in den Block „Leitfragen zur Erwerbsbeteiligung“ aufgenommen wurde.¹⁰ Trotz dieser

⁸ Das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) führte 1987 in Westdeutschland erstmals eine bevölkerungsrepräsentative Personenbefragung durch, die sowohl 1992 (erstmalig in Gesamtdeutschland) als auch 1997 repliziert wurde; vgl. ISG (1993) sowie Friedrich (1995) und ISG (1997).

⁹ Für 1997 wird eine Mißbrauchsquote aller Geringfügigen von immerhin 20 % errechnet (ISG 1997, S. 101f.).

¹⁰ Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung in Emmerling/Riede (1997, S. 167ff.).

mehrfachen Nachbesserung am Leitfragenkonzept erscheint es zweifelhaft, ob der Mikrozensus eine ausreichend gute Datenbasis zur Quantifizierung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse darstellt. Denn nach wie vor erscheint die „statistische Lücke“ der geringfügigen Beschäftigung in der Erwerbsstatistik noch nicht geschlossen. Insbesondere sind erhebungsbedingte methodische Besonderheiten des Mikrozensus zu nennen, wozu folgende Merkmale zählen:

- Der Mikrozensus¹¹ ist eine *Haushaltsbefragung*, bei der in Mehrpersonenhaushalten die Praxis des sogenannte Proxy-Interviews nicht ausgeschlossen werden kann,¹² sondern sogar eher die Regel darstellen dürfte.¹³ So sieht die Regelung der „Aufwandsentschädigung der Erhebungsbeauftragten“ vor, daß die Vergütung unabhängig von der Haushaltsgröße erfolgt.¹⁴ Mit anderen Worten: In vielen Mehrpersonenhaushalten erteilt eine volljährige Person die Auskünfte für sämtliche Auskunftspflichtige des Haushalts. Im Fokus des Erhebungsprozesses steht beim Mikrozensus also weit stärker der Haushalt als - wie beispielsweise im SOEP - die einzelne Befragungsperson im jeweiligen Haushalt.¹⁵ Dies fällt bereits beim Erhebungsbogen auf. Zwar ist für *jede* Person im Haushalt ein Eintrag erforderlich; über die feldbezogenen Modalitäten dieser Eintragung liegt jedoch wenig empirisches Wissen vor. Es dürfte in Mehrpersonenhaushalten aber eher die Regel als die Ausnahme sein, daß der Interviewer seinen Besuch im Haushalt nicht mehrfach antritt, um von sämtlichen erwachsenen Haushaltsmitgliedern Auskünfte einzuholen, sondern sich auf die Angaben von mehr oder weniger auskunftsbereiten anwesenden Haushaltsmitglie-

11 Beim Mikrozensus handelt es sich um eine jährliche Erhebung des Statistischen Bundesamtes mit einer gesetzlich bestehenden *Auskunftspflicht* gemäß § 9 des Gesetzes zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensus-Gesetz) vom 10. Juni 1985.

12 Zwar ist nach dem Mikrozensus-Gesetz bis auf Haushaltsmitglieder, die wegen einer Behinderung selbst nicht Auskunft geben können, jedes Haushaltsmitglied auskunftspflichtig. In § 9(1) ist jedoch geregelt, daß Auskünfte auch durch „eine Vertrauensperson“ im Haushalt, nämlich eben jene, die vom Interviewer bei seinem Besuch im Haushalt gerade angetroffen wird, erteilt werden dürfen. In einer solchen Situation ist es naheliegend, daß vor allem bei Personen, deren überwiegend ausgeübte Tätigkeit sich eindeutig definieren läßt (beispielsweise Schüler und Studenten, Rentner), gelegentlich ausgeübte Nebentätigkeiten tendenziell untererfaßt bleiben.

13 Diese durch Nachfragen bei Statistischen Landesämtern gewonnene Vermutung wurde jüngst auch von Allafi (1998, S. 658) bestätigt.

14 Ähnliche Anreizprobleme erklären auch die Differenzen in der Zahl der Privathaushalte zwischen Mikrozensus und Volkszählung (vgl. Wedel 1989 sowie Rendtel/Pötter 1993).

15 Laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes fällt die Ausgestaltung des „Anreizsystems“ Aufwandsentschädigung (Höhe, Modus) in den Kompetenzbereich der Statistischen Landesämter, die dies unterschiedlich handhaben.

dem beschränkt.¹⁶ Es ist nicht auszuschließen, daß in solchen Fällen z.B. die geringfügige Beschäftigung der Tochter oder des Sohnes als Zeitzugsträger(in) bzw. die (nichtversteuerte) Nebenerwerbstätigkeit des Ehegatten¹⁷ dann erhebungsbedingt vernachlässigt wird.

- Die im Mikrozensus ermittelten Daten zur Beschäftigung beziehen sich in ihrer zeitlichen Zuordnung auf eine *Berichtswoche*, wobei alle in der festgelegten Berichtswoche bestehenden Erwerbstätigkeiten (also auch begonnene oder beendete) einbezogen werden. Da viele geringfügige Beschäftigungen sehr heterogene Arbeitszeitarrangements aufweisen, wie stundenweise Beschäftigung an ganz bestimmten Tagen in regelmäßigem oder unregelmäßigem Wochenrhythmus oder zu bestimmten Monatsterminen, „muß in einem Berichtswochenkonzept mit einer gewissen Untererfassung der geringfügigen Beschäftigung gerechnet werden“ (Statistisches Bundesamt 1995, S. 13).

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)

Das SOEP ist eine Erhebung bei privaten Haushalten,¹⁸ die das DIW seit 1984 durchführt.¹⁹ Durch spezielle Fragen²⁰ wird sichergestellt, daß auch diejenigen Personen als erwerbstätig erfaßt werden, die ihre insbesondere geringfügige Beschäftigung nicht angeben würden, wenn lediglich nach der überwiegenden Tätigkeit gefragt würde (z.B. Rentner, oder in Ausbildung, Studium). Die methodischen Besonderheiten des SOEP hinsichtlich der Erfassung geringfügig Beschäftigter liegen in folgenden Punkten:

- Im Gegensatz zum Mikrozensus handelt sich beim SOEP um eine *freiwillige* Erhebung. Man könnte nun pauschal vermuten, daß die Datenqualität im Falle freiwilliger Teilnahme besser ist als bei pflichtgemäß erteilten Auskünften.²¹ Speziell ist zu vermuten, daß Personen, die als „weiche Boykotteure“ gelten, bei

¹⁶ Es wäre methodisch sinnvoll und wünschenswert, zukünftig verstärkt Informationen zum konkreten Erhebungsverfahren von Mikrozensusangaben zu dokumentieren und auch zu veröffentlichen.
¹⁷ Zumal wenn das so erzielte Erwerbseinkommen gegebenenfalls nicht auf ein gemeinsames Girokonto fließt, sondern bar ausgezahlt wird.

¹⁸ Informationen zum SOEP finden sich in Projektgruppe Panel (1995) sowie Wagner et al. (1994).

¹⁹ Diese Erhebung erfolgt im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG); die Feldarbeit wird von Infratest Sozialforschung (München) durchgeführt.

²⁰ Insbesondere zählen hierzu detaillierte Fragen zu Art und Umfang von Nebenerwerb.

²¹ Die vor rund zehn Jahren durchgeführten Mikrozensus-Testerhebungen prüften neben vielen anderen Alternativkonzepten auch diese Frage. Die Ergebnisse erbrachten jedoch „insgesamt keine Hinweise darauf, daß bei freiwillig erhobenen Daten sich eine höhere Antwortqualität einstelle als bei Antwortverpflichtung“. Dieser Befund führte zur bilanzierenden Einschätzung, daß „freiwillige Untersuchungen ein zu ‘optimistisches’ Bild der sozialen Situation zeichnen“ (Esser et al. 1989, S. 324).

einer Pflichterhebung wie dem Mikrozensus nicht wahrheitsgemäß antworten. Befragte im SOEP hingegen werden aufgrund des seit Jahren gewachsenen Vertrauensverhältnisses eher eine erhöhte Bereitschaft zur Abgabe von gültigen Antworten (auch im Graubereich nicht gesetzeskonformen Handelns, wie es auf Teile der Schwarzarbeit zutrifft) aufweisen.²²

- Beim SOEP gibt es bis auf wenige besonders zu begründende Einzelfälle *keine* Proxy-Interviews. Die Interviewer müssen mit jeder Person im Haushalt, die älter als 16 Jahre ist, ein Interview durchführen. Das heißt jeder Befragte beantwortet einen individuellen Personenfragebogen bzw. füllt diesen selbst aus. Dies bedeutet auch, daß Interviewer im SOEP vom Umfrageinstitut pro Person für ihre Aufwendungen entlohnt werden, weshalb die Genauigkeit der Angaben in Mehrpersonenhaushalten im SOEP größer sein dürfte als z.B. im Mikrozensus.
- Zwar handelt es sich beim SOEP wie beim Mikrozensus um ein zeitpunktbezogenes Erhebungsinstrument.²³ Auch hier herrscht also im Prinzip der Berichtswochencharakter vor; die entsprechende Frage im SOEP zur geringfügigen Beschäftigung hat hingegen - im Gegensatz zum Mikrozensus - einen zeitlich wesentlich ausgeweiteten Rahmen. Sie lautet: „Üben Sie neben Beruf, Haushalt, Ausbildung oder als Rentner noch eine regelmäßige Nebenerwerbstätigkeit oder gelegentliche Arbeiten gegen Entgelt aus?“ Dabei ist die Frageformulierung deutlich auf Arbeitnehmertätigkeit abgestellt, so daß z.B. bezahlte Nachbarschaftshilfe durch das SOEP-Konzept kaum erfaßt werden dürfte.

Das Europäische Haushaltspanel (ECHP)

Der Anfang 1992 unterzeichnete Vertrag von Maastricht ist als eine wichtige Grundlage für die Entstehung des „European Community Household Panels“ (ECHP) zu sehen. In Artikel 1 des dem Vertrag beigefügten Protokolls über die Sozialpolitik sind die (sozialpolitischen) Ziele der geschaffenen Gemeinschaft festgelegt. Artikel 7 dieses Protokolls

²² Damit steht und fällt die gesamte Qualität mit der Gewichtung der Daten. Da bei den im SOEP auftretenden Ausfällen aufgrund des Längsschnittcharakters der Studie detailliertes Wissen über die Personenmerkmale der ausgefallenen Gruppen vorliegt, handelt es sich um eine methodisch anspruchsvolle und hochwertige Form der Gewichtung (vgl. ausführlich hierzu Rendtel 1995).

²³ Die Leitfrage zur Erwerbstätigkeit bezieht sich auf den Zeitpunkt der Erhebung selbst. Gerade bei der Hauptgruppe der geringfügig beschäftigten Schüler/Studenten, Rentner oder Hausfrauen erfolgt überwiegend eine Zuordnung als „Nichterwerbstätige(r)“. Zudem wird die Frage zur Nebentätigkeit entweder weit vor oder nach der Leitfrage zur Hauptbeschäftigung gestellt. Da im SOEP den Personen im Erziehungsurlaub bis zur Erhebung im Jahre 1999 keine Fragen zum gegenwärtigen Erwerbsumfang in der Haupttätigkeit gestellt werden, besteht derzeit für diese Personengruppe nur über die entsprechende Angabe in der Nebenerwerbsfrage die Möglichkeit, geringfügige Beschäftigungen zu erfassen.

fordert, daß die Europäische Kommission jährlich einen Bericht über den Stand der Realisierung der in Artikel 1 genannten Ziele²⁴ anzufertigen hat und darüber hinaus auf Anfrage des Europäischen Parlaments zu Einzelproblemen berichtspflichtig ist.

Das ECHP wurde infolgedessen als ein politikbegleitendes statistisches Beobachtungsinstrument konzipiert, welches Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union empirisch erfassen soll.

Das ECHP wird zu großen Teilen direkt aus Mitteln der Europäischen Union finanziert. Ein einheitliches finanzielles Konzept war zunächst bis einschließlich der vierten Welle (1997) vorgegeben. Für die fünfte (1998) und sechste Welle (1999) wurde eine etwas modifizierte Anschlußfinanzierung sichergestellt. Ob das ECHP über das Jahr 1999 hinaus weitergeführt wird, ist derzeit noch nicht entschieden. Die Erhebung der nationalen Daten obliegt sogenannten National Data Collection Units (NDUs). Diese NDUs sind überwiegend in den jeweiligen nationalen Statistischen Ämtern beheimatet, wobei die Koordination und Leitung des Projektes dem Statistischen Amt der Europäischen Union (EUROSTAT) in Luxemburg obliegt. Nach zwei Pilotwellen im Jahre 1993 wurde die erste Welle des ECHP im Jahre 1994 erhoben.

Die in den personen- und haushaltsbezogenen Erhebungsinstrumenten enthaltenen Fragen des ECHP zielen in erster Linie auf die Bereiche Erwerbstätigkeit, Einkommen, Bildung, Demographie, Gesundheit, Wohnen und Migration ab²⁵. Subjektive Befindlichkeitsfragen (z.B. Zufriedenheit, Werte, Präferenzen), welche in den von selbstverwalteten Wissenschaftsorganisationen finanzierten Panelbefragungen vorzufinden sind (wie im SOEP oder der British Household Panel Study), werden im ECHP nur am Rande behandelt.

Neben dem quantitativen Aspekt der Breite der Fragestellungen, liegt das Novum des ECHP in der Tatsache, daß es sich hier um die erste inpatharmonisierte Längsschnitterhebung handelt, welche vergleichbare Mikrodaten für alle Staaten der Europäischen Union²⁶ bereitstellt; dabei wurde darauf geachtet, auch nationale Eigenheiten zu berücksichtigen und somit europaweit funktional äquivalente Informationen zu erheben.

Die Datendistribution wurde von EUROSTAT bisher restriktiv gehandhabt. Die Mikrodaten werden von EUROSTAT und den jeweiligen NDUs intern verwertet; darüber hinaus stehen die Daten den von EUROSTAT mit bestimmten Forschungsprojekten beauftragten

24 Siehe Protokoll über die Sozialpolitik zum Vertrag über die Europäische Union (BGBl 1992, 1253).

25 Zur Fragebogenkonzeption der ersten drei Wellen des ECHP vgl. EUROSTAT (1996).

26 In der ersten Welle beteiligten sich die EU-12 Staaten. Hinzu kamen 1995 Österreich und 1996 Finnland. Schweden hat bisher von einer Teilnahme abgesehen.

Instituten zur externen Auswertung zur Verfügung. Es ist allerdings zu erwarten, daß der jüngst fertiggestellte „scientific-use file“ erste brauchbare Ergebnisse hervorbringen wird.

Der deutsche Datensatz des ECHP ist für die Scientific Community als faktisch anonymisierter Datensatz durch das Statistische Bundesamt erhältlich. Der Bezug dieses Datensatzes wird jedoch nur für die ersten drei Wellen (1994-1996) möglich sein, da das Statistische Bundesamt sich entschieden hat, den deutschen Teil des ECHP nach der dritten Welle nicht mehr weiterzuführen, sondern die bisher erhobenen Daten auf inhaltliche Konsistenz hin zu validieren.

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse im ECHP

Das Phänomen der geringfügigen Beschäftigung wird im ECHP und damit auch in der deutschen Stichprobe dieses Datensatzes nicht direkt erhoben.

Dies war einerseits aufgrund eines gleichartigen Fragebogens für alle Teilnahmeländer nicht möglich und andererseits angesichts der Verschiedenartigkeit der Beschäftigungsformen in den einzelnen europäischen Ländern auch gar nicht sinnvoll. Bei der international vergleichenden Analyse von geringfügiger Beschäftigung kann jedoch das Instrumentarium des „main-activity“-Konzeptes des ECHP genutzt werden, welches bei der Definition dieser Beschäftigungsform ausschließlich auf die zeitliche Komponente von weniger als 15 Wochenarbeitsstunden abstellt. Das ECHP teilt Erwerbstätige in Haupterwerbstätige und geringfügig Erwerbstätige. Haupterwerbstätige weisen eine Wochenarbeitszeit von mindestens 15 Stunden und somit die main-activity „Erwerbstätigkeit“ auf. Personen, welche weniger als 15 Wochenarbeitsstunden angeben, werden nach einer anderen main-activity als Erwerbstätigkeit (z.B. Hausarbeit) qua Selbsteinschätzung befragt. Liegt hier eine Wochenarbeitszeit von mindestens 1 Arbeitsstunde pro Woche vor, so handelt es sich um geringfügig Erwerbstätige. Damit sind geringfügig Beschäftigte im ECHP einkommensunabhängig definiert.

Eine vertiefende Beschreibung des Erwerbskonzeptes im ECHP bietet Schulz (1997). Entsprechend der zentralen Filterführung im Fragebogen des ECHP (vgl. Übersicht 3 in Bechthold et al 1998: 886) werden nur solche Beschäftigungen als geringfügig definiert, welche als geringfügige Hauptbeschäftigungen ausgeübt werden.

Geringfügige Zweitbeschäftigungen werden im ECHP zwar im Fragenblock der Haupterwerbstätigen mit wenigstens 15 Wochenarbeitsstunden erhoben, jedoch nicht explizit als geringfügige Beschäftigung definiert. Somit kann bei Auswertungen grundsätzlich entschieden werden, ob geringfügige Zweitbeschäftigungen einbezogen werden oder ob ausschließlich nur geringfügige Hauptbeschäftigungen betrachtet werden sollen.

Die Weiterführung der deutschen Stichprobe des ECHP auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)

Um eine deutsche Stichprobe des ECHP auch in Zukunft in den gesamteuropäischen Datensatz eingliedern zu können, wird auf die Daten des SOEP zurückgegriffen, da das Statistische Bundesamt seit 1997 keine eigenständige deutsche ECHP-Stichprobe mehr erhebt. Ein zunächst auf drei Jahre angelegtes Kooperationsprojekt von EUROSTAT, dem Statistischen Bundesamt und dem DIW hat die Simulation der deutschen ECHP-Stichprobe auf Basis der SOEP-Daten zum Ziel. Es werden demnach insgesamt (mindestens) sechs simulierte Wellen (1994-1999) des ECHP für Deutschland mit einer stringenten Längsschnittvergleichbarkeit erstellt²⁷. Aufgrund von definitorischen Unterschieden beim Erwerbskonzept liefern diese Daten andere Ergebnisse als die Original SOEP-Daten. Deswegen werden im folgenden zwei SOEP-Ergebnisse präsentiert: nach dem ECHP- und nach dem DIW-Konzept.

3. Zahl und Struktur geringfügiger Beschäftigung in den 90er Jahren

Im folgenden soll nun die vergleichende Messung geringfügig Beschäftigter in den verschiedenen Datenbasen auf diejenige Gruppe beschränkt bleiben, die dies in der Haupttätigkeit ausüben. Betrachtet man die Entwicklung anhand der Daten des Mikrozensus, so ist nach Einführung des erweiterten Leitfragenkonzepts im Jahr 1996 ein 35 prozentiger Anstieg im Vergleich zu 1995 festzustellen. Diese Steigerung, die ganz entgegen dem allgemeinen Trend am Arbeitsmarkt verlief, dürfte wohl zum Großteil auf die methodische Veränderung am Erhebungsinstrument des Mikrozensus zurückzuführen sein.

Zwischen 1996 und 1997 liegt hingegen der Anstieg der geringfügig Beschäftigten in der Haupttätigkeit gemäß Mikrozensus noch bei 19 %, bei konstantem Erhebungsinstrument. Blickt man auf die Struktur dieser sozialversicherungsfrei Beschäftigten, so zeigt sich, daß annähernd drei Viertel Frauen sind, darunter deutlich mehr als die Hälfte Verheiratete. Diese Beschäftigungsform ist vornehmlich auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt anzutreffen, obgleich der Anstieg auch in Ostdeutschland von niedrigem Niveau überdurchschnittlich hoch ist.

²⁷ Eine genauere Beschreibung des Projektes und erste Ergebnisse finden sich in Bechtold et al. 1998.

Tabelle 2: Strukturvergleich geringfügig Beschäftigter in der Haupttätigkeit im Mikrozensus

**Tabelle 3: Strukturvergleich geringfügig Beschäftigter in der Haupttätigkeit
gemäß unterschiedlicher Datenquellen**

In Tabelle 3 finden sich nun erste Hinweise zu möglichen strukturellen Unterschieden zwischen den verschiedenen Datenquellen und dem Mikrozensus. So werden im SOEP insbesondere sowohl bei der Gruppe der unter 25-jährigen als auch der im Rentenalter befindlichen 65-jährigen und Älteren sowie bei Ostdeutschen überproportional höhere Anteile geringfügig Beschäftigter in der Haupttätigkeit nachgewiesen. Zudem liegen im SOEP die Schätzungen für Männer deutlich höher.²⁸

Aber auch der Vergleich des Mikrozensus mit der ISG-Studie im Jahre 1997 macht deutlich, daß der Mikrozensus auch nach der Änderung seiner Leitfrage im Jahre 1996 nachwievor signifikant niedrigere Ergebnisse zum Umfang geringfügiger Beschäftigung liefert als diese Vergleichsstudie. Auch in der ISG-Studie sind Ostdeutsche, Männer sowie junge Erwachsene im Alter unter 25 Jahren überproportional häufiger in geringfügiger Beschäftigung zu finden.

Wie unterschiedlich der Anteil der geringfügig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen bei Mikrozensus und dem SOEP sowie dem ECHP ausfällt ist in Tabelle 4 dargestellt.

Tabelle 4: Zusammenstellung der Nachweisquoten geringfügig Beschäftigter in unterschiedlichen Datenquellen für 1995

	Mikrozensus	ECHP StaBu	SOEP ECHP-Konzept	SOEP DIW-Konzept
Geringfügigen-Anteil an allen Erwerbstätigen	2,9	6,1	7,9	9,1
Geringfügigen-Anteil an allen Nichterwerbstätigen	5,1	10,6	15,6	18,6

Die unterschiedlichen Operationalisierungen des Begriffs „geringfügige Beschäftigung“ führen bereits zu einer nennenswerten Differenz, wie man am Unterschied zwischen den SOEP-Ergebnissen auf Basis von ECHP- bzw. DIW-Konzept erkennen kann. Hinzu kommen offensichtlich erhebungsbedingte Unterschiede, insbesondere zwischen Mikrozensus und den restlichen Stichproben.

4. Vergleichende Mikroanalysen

In einem letzten Schritt soll nun der Versuch unternommen werden, diese Unterschiede in einer vergleichenden Mikroanalyse für das Jahr 1995 zu bestimmen. Dadurch werden

²⁸ Die dargestellten Unterschiede bleiben auch bei der Berücksichtigung des Stichprobenfehlers signifikant.

eventuelle Effekte, die sich aus strukturellen Unterschieden in den Stichproben ergeben, statistisch kontrolliert und sie können das Ergebnis im Hinblick auf die eigentlich interessierenden Befragungsartefakte nicht verzerren.

Hierzu wurden die Daten von vier Messungen herangezogen. Die 70 % - Scientific-Use-File Version des Mikrozensus, die deutsche Stichprobe des ECHP, die vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wurde, die SOEP-Stichprobe mit einer Operationalisierung geringfügig Beschäftigter gemäß dem ECHP-Konzept, sowie dieselbe SOEP-Stichprobe mit einer Operationalisierung, die explizit auf Angaben der Befragten zur Sozialversicherungsfreiheit des Beschäftigungsverhältnisses zurückgreift (im folgenden DIW-Konzept)²⁹.

Tabelle 5 zeigt die den Berechnungen zugrunde liegenden Fallzahlen, wobei jedoch zu beachten ist, daß bei der folgenden Analyse alle vier Datensätze mit einem relativen Gesamtgewicht von 25 % in den gepoolten Datensatz eingehen. Dabei wurde insbesondere die überproportional hohe Fallzahl des Mikrozensus deutlich „heruntergewichtet“, um bei der multiplen Analyse die gleiche Zahl an Freiheitsgraden für alle Stichproben zur Verfügung zu stellen.

Tabelle 5: Fallzahlen der vergleichenden Mikroanalyse

	Mikrozensus	GER-ECHP - StaBu	SOEP-ECHP- Konzept	SOEP-DIW- Konzept
Nichterwerbstätige	119 094	2 314	3 596	3 411
Haupterwerbstätige	209 936	4 861	8 028	8 058
Geringfügig Beschäftigte ¹	10 422	358	578	733
Insgesamt (15-65 Jahre)	339 452	7 533	12 202	12 202
1) ohne Nebenerwerb.				

SOEP-ECHP und SOEP-DIW sind natürlich keine unabhängigen Stichproben. Probe-rechnungen, bei denen jeweils eine der beiden SOEP-Versionen weggelassen wurde, haben allerdings gezeigt, daß durch die „Verdopplung“ der SOEP-Stichprobe die Ergebnisse³⁰ nicht beeinflußt werden.

Zur Modellierung wurden zwei univariate Logit-Modelle geschätzt, wobei in Modell 1 für alle Beschäftigten der vier Teilstichproben eine Schätzung durchgeführt wurde mit dem Ziel, Determinanten zur Ausübung einer geringfügigen Haupttätigkeit zu bestimmen (vgl. Ergebnisse in Tabelle 6). Für das zweite univariate Logit-Modell wurden die Angaben aller Nicht-

²⁹ Vgl. hierzu das Konzept, wie es in Schupp et al. (1998: 91ff.) beschrieben ist.

³⁰ Dies gilt sowohl für die einzelnen Koeffizienten als auch den Standardfehler.

erwerbstätigen und der geringfügig Beschäftigten genutzt, um gleichfalls Bestimmungsgründe für die Ausübung einer sozialversicherungsfreien Tätigkeit isolieren zu können.

Die beiden Modelle wurden jeweils gemäß folgender Formel errechnet, wobei als erklärende Variablen (x) sozio-demographische Indikatoren (Alter, Geschlecht, Nationalität, Familienstand, Bildungsabschluß) aber auch das Alter des jüngsten Kindes im Haushalt sowie grobe Regionalindikatoren (Ost-West, sowie Gemeindegrößenklassen) berücksichtigt wurden.

$$\text{logit}(p) = \log\left(\frac{p}{1-p}\right) = \alpha + \beta'x$$

$$\Pr(Y='A' | X=1) = \frac{\exp(\alpha + \beta)}{1 + \exp(\alpha + \beta)}$$

$$\Pr(Y='A' | X=0) = \frac{\exp(\alpha)}{1 + \exp(\alpha)}$$

Als weitere Effekte wurden nun die Kennzeichnungen der einzelnen zugrunde liegenden Erhebungen in die Schätzung einbezogen, wobei der Mikrozensus als Referenzgruppe gewählt wurde.

In Tabelle 6 sowie 7 sind nicht die einzelnen Koeffizienten dargestellt, sondern wegen ihrer besseren Interpretierbarkeit werden die sog. Odds-Ratio-Koeffizienten ausgewiesen. Die Odds-Ratios sind als Verhältnis zweier Wahrscheinlichkeiten interpretierbar, wobei die formale Darstellung folgendermaßen dargestellt werden kann.

$$\omega = \frac{\exp(\alpha + \beta)}{\exp(\alpha)} = \exp(\beta)$$

So kann in Tabelle 6 der Effekt $\omega = 2,43$ für ECHP-Statistisches Bundesamt folgendermaßen interpretiert werden: Die relative Wahrscheinlichkeit, daß die Befragungsperson bei gleichzeitiger Kontrolle der anderen Einflußfaktoren eine geringfügige Tätigkeit ausübt (statt einer anderen Form der Beschäftigung) ist in der ECHP-Stichprobe um etwa 143 % höher (2,43fache) als im Mikrozensus. Das Interessante an diesem Befund ist, daß die bekannten oben bereits diskutierten Struktureffekte zur Ausübung dieser Beschäftigungsform (eher Frauen, Westdeutsche) weitgehend bestätigt werden. Der Familienstand „verheiratet“ verliert hingegen seine Signifikanz bei gleichzeitiger Beachtung des Alters des jüngsten Kindes.

Tabelle 6: Determinanten der Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung von Erwerbstätigen im Alter 16 bis 65 Jahre

<i>Unabhängige Variablen</i>	<i>Odds-Ratio</i>	<i>t - Wert</i>
INTERCPT		-27,33 ***
<i>Altersgruppe</i>		
Im Alter 26-35 Jahre (Referenz)		
Im Alter 16-25 Jahre	1,99	6,82 ***
Im Alter 36-45 Jahre	0,96	-0,41
Im Alter 46-55 Jahre	1,45	3,70 ***
Im Alter 56-65 Jahre	2,97	9,90 ***
<i>Alter des jüngsten Kindes im Haushalt</i>		
ohne Kinder unter 15 Jahre		
jüngstes Kind bis 3 Jahre	1,07	0,44
jüngstes Kind zwischen 3 bis 6 Jahre	1,80	4,73 ***
jüngstes Kind zwischen 6 bis 10 Jahre	2,22	7,95 ***
jüngstes Kind zwischen 10 bis 15 Jahre	1,67	5,86 ***
<i>Familienstand</i>		
Ledig (Referenz)		
Verheiratet	0,89	-1,28
Verwitwet	1,34	1,62
Geschieden	0,86	-1,12
<i>Bildungsabschluss</i>		
<i>noch ohne abgeschl. Aus-+Berufsausbildung sowie k. A. (Referenz)</i>		
Mit Schul- oder Berufsabschluss	0,59	-4,71 ***
Abitur oder abgeschlossene Berufsausbildung, einschl. Fachschulen	0,54	-6,11 ***
abgeschl. (Fach-)Hochschulabschluss	0,37	-7,40 ***
<i>Gemeindegrößenklassen</i>		
Zahl der Einwohner 20.000 bis unter 500.000 Einwohner		
Zahl der Einwohner 20.000	1,14	2,05 **
Zahl der Einwohner 500.000 Einwohner und	1,09	0,98
<i>Geschlecht</i>		
Frauen (Männer=Referenz)	3,36	19,28 ***
<i>Nationalität</i>		
Ausländer (Deutsche=Referenz)	0,84	-1,42
<i>West- und Ostdeutschland</i>		
Ostdeutschland (West=Referenz)	0,48	-8,20 ***
<i>Stichprobe</i>		
Mikrozensus (Referenz)		
ECHP - Statistisches Bundesamt	2,43	8,54 ***
SOEP - ECHP - Konzept	2,67	9,67 ***
SOEP - DIW - Konzept	3,10	11,35 ***
*** Signifikant auf 0,01-Niveau, ** Signifikant auf 0,05-Niveau, * Signifikant auf 0,1-Niveau.		
Modellparameter für das Modell		
	Designgewichtet	Ungewichtet
	(jede Stichprobe 25 %)	
Zahl der Geringfügigen	1407	8047
Zahl der Erwerbstätigen	19372	234926
Mc-Fadden Pseudo R ²	0,10	
-2 LOG L	10294	
Datenbasis: Mikrozensus 70%-scientific use file; Deutsche Stichprobe des ECHP sowie SOEP.		

Tabelle 7: Determinanten der Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung von Nichterwerbstätigen im Alter 16 bis 65 Jahre

<i>Unabhängige Variablen</i>	<i>Odds-Ratio</i>	<i>t - Wert</i>
INTERCPT	,	-16,56 ***
<i>Altersgruppe</i>		
Im Alter 26-35 Jahre (Referenz)		
Im Alter 16-25 Jahre	0,88	-1,13
Im Alter 36-45 Jahre	0,90	-1,06
Im Alter 46-55 Jahre	0,83	-1,70
Im Alter 56-65 Jahre	0,28	-10,52 ***
<i>Alter des jüngsten Kindes im Haushalt</i>		
ohne Kinder unter 15 Jahre		
jüngstes Kind bis 3 Jahre	0,87	-0,84
jüngstes Kind zwischen 3 bis 6 Jahre	1,07	0,52
jüngstes Kind zwischen 6 bis 10 Jahre	1,20	1,63
jüngstes Kind zwischen 10 bis 15 Jahre	1,28	2,62 ***
<i>Familienstand</i>		
Ledig (Referenz)		
Verheiratet	0,87	-1,28
Verwitwet	1,26	1,19
Geschieden	1,05	0,31
<i>Bildungsabschluss</i>		
<i>noch ohne abgeschl. Aus-+Berufsausbildung sowie k.A. (Referenz)</i>		
Mit Schul- oder Berufsabschluss	1,15	1,20
Abitur oder abgeschlossene Berufsausbildung, einschl. Fachschulen	1,43	3,44 ***
abgeschl. (Fach-)Hochschulabschluss	1,85	4,39 ***
<i>Gemeindegrößenklassen</i>		
Zahl der Einwohner 20.000 bis unter 500.000 Einwohner		
Zahl der Einwohner 20.000	1,30	4,02 ***
Zahl der Einwohner 500.000 Einwohner und	1,21	2,10 **
<i>Geschlecht</i>		
Frauen (Männer=Referenz)	1,28	3,51 ***
<i>Nationalität</i>		
Ausländer (Deutsche=Referenz)	0,52	-5,23 ***
<i>West- und Ostdeutschland</i>		
Ostdeutschland (West=Referenz)	0,48	-7,93 ***
<i>Stichprobe</i>		
Mikrozensus (Referenz)		
ECHP - Statistisches Bundesamt	3,03	10,41 ***
SOEP - ECHP - Konzept	3,57	12,11 ***
SOEP - DIW - Konzept	4,51	14,53 ***
*** Signifikant auf 0,01-Niveau, ** Signifikant auf 0,05-Niveau, * Signifikant auf 0,1-Niveau.		
Modellparameter für das Modell		
	Designgewicht	Ungewichtet
	(jede Stichprobe 25 %)	
Zahl der Geringfügigen	1407	8047
Zahl der Nichterwerbstätigen	9353	128415
Mc-Fadden Pseudo R ²	0,09	
-2 LOG L	8347	
Datenbasis: Mikrozensus 70%-scientific use file; Deutsche Stichprobe des ECHP sowie SOEP.		

Der interessanteste Befund bleibt unseres Erachtens jedoch die hochsignifikante Differenz aller betrachteten Teilstichproben zur Referenzstichprobe des Mikrozensus. Diesen Effekt interpretieren wir als Methodeneffekt, der auch nach Kontrolle möglicher Strukturdivergenzen der übrigen Vergleichsstichproben die Zahl der geringfügig Beschäftigten deutlich unterschätzt.

Erfreulicherweise liefert das ECHP-Konzept sowohl auf der Basis des ECHP selbst als auch auf der Basis des SOEP nahezu identische Ergebnisse. Mehr geringfügig Beschäftigte werden anhand der Original-SOEP-Operationalisierung der Erwerbstätigkeit ausgewiesen.

Diese Unterschätzung durch den Mikrozensus ist in Tabelle 7 noch höher als in Tabelle 6, was bedeutet, daß insbesondere in der Gruppe der Nichterwerbstätigen in noch höherem Maße als bei andersweitig Beschäftigten methodische Differenzen zur Zahl der geringfügig Beschäftigten vorzufinden sind.

5. Fazit

Faßt man die deskriptiven wie multivariaten Ergebnisse der vergleichenden Untersuchung zusammen, so weist der Mikrozensus die Zahl der geringfügig Beschäftigten zu gering aus, wobei hier zu beachten ist, daß sich die vergleichende Analyse lediglich auf eine Teilgruppe aller sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse in der Haupttätigkeit bezog.

Tabelle 8: Zusammenstellung der Ergebnisse zum Nachweis geringfügig Beschäftigter in der Haupttätigkeit 1995

	Mikrozensus	ECHP StaBu	SOEP ECHP-Konzept	SOEP DIW-Konzept
Geringfügigkeits-Erwerbs-Index (MZ=100)	100	210	272	314
Geringfügigkeits-Nichterwerbs-Index (MZ=100)	100	208	306	365
Index=Vielfaches auf Basis der Logitschätzung-Erwerbstätige	100	243	266	309
Index=Vielfaches auf Basis der Logitschätzung-Nichterwerbstätige	100	303	357	451

Es fällt auf, daß auch die vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Erhebung des ECHP zu mehr als doppelt so hohen Nachweisquoten für Geringfügige führt wie der Mikrozensus; ein Befund der auch bei multipler Kontrolle bestehen bleibt. Das DIW-Konzept des SOEP führt zu den größten Abweichungen gegenüber dem Mikrozensus, wobei drei bis viereinhalb mal so hohe Nachweisquoten Geringfügiger ermittelt werden als im Mikrozensus.

Es wäre sicherlich wünschenswert, die Ergebnisse mit dem verbesserten Mikrozensus Konzept aus dem Jahre 1996 nochmals zu replizieren. Vieles spricht auch ohne diese Analyse dafür, daß das Statistische Bundesamt mit folgender Bemerkung Recht hat: Der Mikrozensus wird trotz der erweiterten Leitfrage seit dem Jahre 1996, die zu einer Präzisierung des Begriffs „geringfügige Beschäftigung“ führte und - wie oben bereits erwähnt - zugleich mit der Einbeziehung von „Gelegenheitstätigkeit“ einherging, aufgrund der Konzeption „als berichtswochenbezogene Erhebung eher den Kern der regelmäßig (wöchentlich) ausgeübten geringfügigen Beschäftigung“ erfassen (Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestags 1997b, S. 33). Insofern haben sowohl das Mikrozensus-Konzept als auch die anderen Konzepte zur Messung geringfügiger Beschäftigung ihre Berechtigung. Dies gilt um so mehr nach der Reform des Gesetzes im Jahr 1999, infolgedessen die Erhebungsproblematik geringfügiger Beschäftigungsformen noch komplexer wurde als sie es in der Vergangenheit ohnehin schon war.

Korrespondenzadresse

Dr. Jürgen Schupp
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin
jschupp@diw.de

Literatur

- Allafi, S., 1998: Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1997. *Wirtschaft und Statistik*, Heft 8, S. 653-660.
- Bechtold, S., et al. 1998: Konvertierung von Daten des Sozio-oekonomischen Panels für das Europäische Haushaltspanel. Darstellung von Unterschieden im Erwerbskonzept. *Wirtschaft und Statistik*, Heft 11: 882-891.
- Emmerling, D./Riede T., 1997: 40 Jahre Mikrozensus. *Wirtschaft und Statistik*, H. 3: 160-174.
- Esser, H. et al. 1989: Mikrozensus im Wandel. Band 11 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Stuttgart.
- EUROSTAT 1996: European Community Household Panel (ECHP): Methods, Vol. 1, Survey Questionnaires: Waves 1-3, Luxembourg.
- Friedrich, W., 1995: Sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse 1987 und 1992. S. 65-83 in: B. Keller/H. Seifert (Hrsg.), *Atypische Beschäftigung - Verboten oder gestalten?* Köln.

Hofmann, C. F., 1998: Sozialversicherungsfreiheit geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Deutsche Angestellten Versicherung, Heft 12: 474-485.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) 1998: Geringfügige Beschäftigung mit steigender Tendenz. Erhebungskonzepte, Ergebnisse und Interpretationsprobleme der verfügbaren Datenquellen. IAB Werkstattbericht Nr. 9. Nürnberg.

Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) 1993: Sozialversicherungsfreie Beschäftigung. Untersuchung im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung. Forschungsbericht Nr. 181a. Bonn.

Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) 1997: Sozialversicherungsfreie Beschäftigung. Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. 2. Wiederholungsuntersuchung. Köln.

Kohler, H./Rudolph H./Spitznagel E., 1996: Umfang, Struktur und Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung. IAB-Kurzbericht Nr. 2. Nürnberg.

Krauskopf, D./Schroeder-Printzen G., (Hrsg.) 1996: Kommentar zum Sozialgesetzbuch, München.

Pöschl, H., 1992: Geringfügige Beschäftigung 1990 - Ergebnisse des Mikrozensus. Wirtschaft und Statistik, Heft 5: 166-170.

Projektgruppe Panel 1995: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung Heft 1: 5-15.

Rendtel, U., 1995: Lebenslagen im Wandel. Panelausfälle und Panelrepräsentativität. Frankfurt a.M./New York.

Rendtel, U./Pötter, U., 1993: Empirie ohne Daten. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 45, Heft 3: 252-277.

Rudolph, H., 1998: „Geringfügige Beschäftigung“ mit steigender Tendenz. IAB-Werkstattbericht Nr. 9/98. Nürnberg.

Schulin, B., 1993: Sozialrecht, Düsseldorf.

Schulz, U., 1997: Das Erwerbskonzept des Europäischen Haushaltspanels. Wirtschaft und Statistik Heft 2: 81-91.

Schupp, J./Schwarze J./Wagner G., 1997: Erwerbsstatistik unterschätzt Beschäftigung um 2 Millionen Personen. DIW-Wochenbericht, Jg. 64, Heft 38: 689-694.

Schupp, J./Schwarze, J./Wagner, G., 1998: Methodische Probleme und neue empirische Ergebnisse der Messung geringfügiger Beschäftigung. S. 85-112 in: J. Schupp et al. (Hrsg.), Arbeitsmarktstatistik zwischen Realität und Fiktion. Berlin.

Schwarze, J., 1990: Probleme und Möglichkeiten bei der statistischen Erfassung geringfügiger Beschäftigung. Allgemeines Statistisches Archiv, Jg. 74, Heft 3: 345-360.

Schwarze, J., 1998: Wer trägt die pauschale Lohnsteuer bei geringfügiger Beschäftigung? Eine Analyse der Stundenlöhne erwerbstätiger Frauen. S. 215-225 in: Galler, H. P./G. Wagner (Hrsg.), Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung, Frankfurt/New York.

Wagner, G./J. Schupp/U. Rendtel 1994: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) - Methoden der Datenproduktion und -aufbereitung im Längsschnitt. S. 71-111 in R. Hauser et al. (Hg.), Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Band I. Berlin.

Wedel, E., 1989: Haushalte 1987 - Methode und Ergebnisse der Volkszählung. Wirtschaft und Statistik, Heft 5: 273-276.

<i>R-ECHP</i>	<i>IAB/GfK/Ifo - Offene Stellen-Befragung</i>	<i>IAB-Betriebspanel</i>
Personen	Nachfrage / Arbeitsplätze	Nachfrage/ Arbeitsplätze
Erhebungszeitpunkt sowie Kalenderium für Erhebungsjahr	Erhebungszeitpunkt im IV. Quartal	Stichtagskonzept (30.6.)
Erhebungsart	Geschäftsführung	Geschäftsführung
Erhebungsmethode - PAPI/ CATI	schriftlich	PAPI-Interviewer
Erhebungsinhalt	Beschäftigungsverhältnisse von Betrieben mit mindest. einem soz.vers.pfl. Beschäftigten	Beschäftigungsverhältnisse von Betrieben mit mindest. einem soz.vers.pfl. Beschäftigten
Erhebungsmethode - Proxy Interviews, Proxy Interviews	Proxy-Angabe (Schätzungen) der Geschäftsführung zu Beschäftigten	Proxy-Angabe (Schätzungen) der Geschäftsführung zu Beschäftigten
Erhebungszeitraum 1994-1996	wäre technisch über Betriebsnr. möglich	ja, Betriebspanel seit 1993 (seit 1995 auch Ostdeutschland)
Erhebungsinhalt - Indikatoren	direkte Fragen zum Umfang - ohne Trennung in Haupt-/ Nebentätigkeit	direkte Fragen zum Umfang ohne Trennung Haupt/Nebentätigkeit.
Erhebungsmethode	ohne Filterung	ohne Filterung
Erhebungsjahr Personen in Haupttätigkeit	1997: 8.200 Betriebe	1997: 8.800 Betriebe

Assisted Personal Interview. - CATI = Computer
Assisted Interview. - Ergänzungen.

"fügige Beschäftigung"

1997 ²⁾		Veränderung MZ 1995 zu 1996 (1995 = 100)	Veränderung in MZ 1996 zu 1997 (1996 = 100)
1000	in %		
873	100	135	119
3932		99	99
722	91,9	133	118
151	8,1	168	136
463	24,7	127	123
410	75,3	138	118
230	12,3	124	128
904	48,3	136	116
306	16,3	141	113
318	17,0	142	127
115	6,1	128	119
427	22,8	125	124
284	68,6	137	119
065	56,9	138	117
79	4,2	151	107
83	4,4	157	112
Beschäftigung.			

der Haupttätigkeit im MZ

<i>Relation zum Mikrozensus MZ-SOEP 1995 (untere Grenze des Konfidenzinterv.) MZ 1995 = 100</i>	ISG 1997 <i>in 1000</i>	Mikrozensus 1997 <i>in 1000 in vH</i>		<i>Relation zum Mikrozensus MZ-ISG-Studie 1997 MZ 1997 = 100</i>
314	4211	1873	100	225
299	3615	1722	91,9	210
577	596	151	8,1	395
262	1548	463	24,7	334
259	2663	1410	75,3	189
429	1033	230	12,3	449
263	1825	904	48,3	202
180	576	306	16,3	188
165	572	318	17,0	180
230	205	115	6,1	178
399	1537	427	22,8	360
209	2347	1284	68,6	183
189	1713	1065	56,9	161
182	150	79	4,2	190
215	178	83	4,4	214

n der Haupttätigkeit gemäß

DYNAMIK DER ARBEITSZEITSTRUKTUR: WELCHE ROLLE SPIELT DER STRUKTURWANDEL?*

ELKE WOLF

In dieser Analyse wird auf Basis der Mikrozensusen aus den Jahren 1991, 1993 und 1995 die zunehmende Verbreitung der Arbeitszeitflexibilisierung in der Bundesrepublik nachgezeichnet und untersucht, inwieweit diese auf die Veränderung der Wirtschaftsstruktur zurückzuführen ist. Dabei beschränken wir uns auf die Entwicklung der Teilzeitarbeit, der geringfügigen Beschäftigung, der Überstunden und der Wochenendarbeit, da diese zu den wichtigsten Formen der Arbeitszeitflexibilisierung gehören. Es zeigt sich, daß die Bedeutung dieser Arbeitszeitformen tendenziell zugenommen hat. Allerdings bestehen große Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern, den Geschlechtern sowie den verschiedenen Qualifikationsniveaus. Den Ergebnissen der Shiftshare Analyse zufolge, hat der Strukturwandel nur einen geringfügigen Einfluß auf die Zunahme der Arbeitszeitflexibilisierung. Der überwiegende Teil der Ausweitung der Teilzeitarbeit und der Wochenendarbeit resultiert aus dem Wandel der Produktionsprozesse, der Deregulierung der Arbeitszeiten und den Präferenzänderungen der Individuen. Hinsichtlich der Ausweitung der Überstunden führt die Veränderung der Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern sogar zu einer Reduktion der Mehrarbeit.

In this paper we analyze the structure of the working time in Germany and we investigate whether the increasing working time flexibilisation is due to changes between the industry sectors. The study is based on the German microcensus of the years 1991, 1993, and 1995. Since there exist numerous kinds of flexible working time models, we concentrate on the most widespread models, which are part-time work, overtime, and weekend work. We can see that these working time schedules became more significant during the years 1991 to 1995. However, we observe strong differences between East- and West-Germany, the sex and the qualification levels. Based on a shift-share analysis we conclude that the structural change has little impact on the working time flexibilisation.

* Diese Arbeit ist im Rahmen des Forschungsprojekts „Arbeitszeitflexibilisierung und Beschäftigung“, das von der Fritz Thyssen Stiftung gefördert wird, entstanden. Ich danke Viktor Steiner für die hilfreichen Kommentare und Kim Cuong für die Unterstützung bei der Auswertung der Daten.

Most of the changes in the working time is due to changes of the production process, the preferences or the deregulation of working time.

1. Einleitung

Seit einigen Jahren steht die Arbeitszeit im Mittelpunkt vieler wirtschaftspolitischer Diskussionen um die Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Nachdem die Wochenarbeitszeit seit Mitte der achtziger Jahre in mehreren Schritten bereits stark reduziert wurde, wird derzeit eher auf die Flexibilisierung der Arbeitszeit gesetzt. Diese allgemein verwendete Bezeichnung umfaßt in der Praxis sehr unterschiedliche Arbeitszeitmodelle. Sie unterscheiden sich hinsichtlich der Dauer und der Lage der Arbeitszeit. Neuere Erhebungen über Beschäftigung und Arbeitszeiten zeigen bereits, daß die Arbeitszeiten zunehmend aus dem Muster der traditionellen Vollzeitwerbstätigkeit, die in der Regel mit 35 bis 40 Wochenarbeitsstunden und fünf Arbeitstagen definiert ist, herausfallen (vgl. beispielsweise Schilling et al., 1996). Die Bedeutung von Arbeitszeitformen mit reduzierter oder erhöhter Stundenzahl (Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung, Überstunden) oder zu „unüblichen“ Zeiten (z.B. Wochenendarbeit, Nachtarbeit) hat zugenommen.

Diese Entwicklung kann im Prinzip auf drei verschiedene Ursachen zurückgeführt werden. Zum einen werden die individuellen Erwerbsverläufe, insbesondere die der Frauen, immer vielfältiger. Dadurch steigt die Bedeutung der individuellen Zeitsouveränität, die es den Individuen ermöglicht, ihre Arbeitszeit in Abhängigkeit der aktuellen Lebenslage zu bestimmen. Zum zweiten wirken sich strukturelle Änderungen der Wirtschaft und somit auch der Arbeitsnachfrage auf die Verbreitung bestimmter Arbeitszeitformen aus. So führt beispielsweise die zunehmende Tertiärisierung der Wirtschaft zu einer gesamtwirtschaftlichen Ausweitung der Teilzeitarbeit und der geringfügigen Beschäftigung, da diese Arbeitszeitformen im Dienstleistungssektor besonders verbreitet sind. Drittens werden die Arbeitszeiten auch durch tarifliche und arbeitsrechtliche Regulierungen bzw. die Aufhebung von bestehenden Arbeitszeitregulierungen bestimmt. So wurde beispielsweise im Arbeitszeitgesetz vom 1.7.1994 die tägliche Höchstarbeitszeit von acht auf zehn Stunden erhöht und die wöchentliche Arbeitszeit kann nun bis zu 60 Stunden betragen, sofern der Ausgleich auf durchschnittlich acht Stunden innerhalb von sechs Monaten (bisher zwei Wochen) erfolgt (§ 3 ArbZG). Dadurch erhöht sich für die Unternehmen der Spielraum für Überstunden. Zudem besteht grundsätzlich die Möglichkeit, in Tarifverträgen oder in Betriebsvereinbarungen aufgrund eines Tarifvertrags von diesen gesetzlichen Regelungen abzuweichen (§ 7 ArbZG). Außerdem wurde das Arbeitsverbot an Sonn- und Feiertagen gelockert. Neben den bisherigen Ausnahmeregelungen kann Sonntagsarbeit nun auch unter bestimmten Umständen aus wirtschaftlichen Gründen zugelassen werden (§ 13 ArbZG). Diese Deregulierung

soll den Unternehmen die Möglichkeit geben, auf den internationalen Konkurrenzdruck zu reagieren. Die Bedeutung der aufgeführten Faktoren für die Veränderung der Arbeitszeitstruktur ist jedoch nicht genau bekannt. Ziel dieser Studie ist es daher, den Einfluß des Strukturwandels und der anderen Determinanten der Arbeitszeitdynamik zu quantifizieren.

Im folgenden Abschnitt 2 wird zunächst kurz der Mikrozensus, der als Datenbasis der folgenden Analysen dient, vorgestellt. In Abschnitt 3 wird die relative Bedeutung ausgewählter Arbeitszeitformen dargestellt und deren Entwicklung zwischen den Jahren 1991, 1993 und 1995 untersucht. Durch einen einfachen Vergleich der Arbeitszeitstruktur zwischen zwei Zeitpunkten kann jedoch nicht zwischen den verschiedenen Einflüssen, wie beispielsweise dem Strukturwandel und der Veränderung der individuellen Arbeitszeitpräferenzen, auf die Arbeitszeiten unterschieden werden. Eine Möglichkeit, die Ursachen der veränderten Arbeitszeitstruktur zu bestimmen, ist eine direkte Befragung, das heißt die Erwerbstätigen werden gefragt, warum sie eine bestimmte Arbeitszeitform gewählt haben. Diese Frage wird im Mikrozensus allerdings nur bezüglich der Teilzeitarbeit gestellt (vgl. Abschnitt 3.1.3). Eine andere Alternative stellt die Shift-share Analyse dar. Mit Hilfe dieses Verfahrens ist es möglich, den Effekt des Strukturwandels von den anderen Effekten zu trennen. In Abschnitt 4 wird daher auf Basis dieser Methode der Frage nachgegangen, welche Rolle der Strukturwandel für die Dynamik der Arbeitszeiten spielt.

2. Der Mikrozensus als Datenbasis der Analyse der Arbeitszeitdynamik

Eine gute Datenbasis zur Analyse der Struktur und Entwicklung der Arbeitszeiten stellt der Mikrozensus dar, da er sowohl detaillierte Informationen über die Arbeitszeiten als auch Angaben zu den wichtigsten soziodemographischen Merkmalen der befragten Personen enthält. Zudem können aufgrund der hohen Fallzahlen auch repräsentative Aussagen über relativ kleine Personengruppen mit seltenen Arbeitszeitformen gemacht werden. Grundlage der folgenden Analysen sind drei 70-Prozent-Stichproben der Mikrozensusen aus den Jahren 1991, 1993 und 1995, die dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zur Verfügung stehen.

Der Mikrozensus ist eine 1-Prozent-Bevölkerungsstichprobe die jährlich erhoben wird. Jede Erhebung besteht aus einem gleichbleibenden Grundprogramm, das soziodemographische Informationen über die Bevölkerung der Bundesrepublik liefert, so daß sich dieser Datensatz insbesondere zur Beschreibung der Entwicklungen am Arbeitsmarkt eignet. Aufgrund des einheitlichen Erhebungskonzepts in den alten und neuen Bundesländern bietet dieser Datensatz die Möglichkeit eines Ost-West-Vergleichs. Dabei können nicht nur die Unterschiede der Arbeitszeiten herausgearbeitet werden, sondern auch unter-

sucht werden, inwiefern diese von den Präferenzen und der Qualifikationsstruktur der Individuen oder der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur abhängen. Die intertemporale Vergleichbarkeit der Daten wird jedoch dadurch etwas eingeschränkt, daß die Klassifikationen der Berufsgruppen und Branchen von Zeit zu Zeit an die strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt angepaßt werden. In diesem Fall können die Beobachtungen aus den verschiedenen Jahren nicht uneingeschränkt miteinander verglichen werden.¹ Außerdem muß berücksichtigt werden, daß sich die Daten der drei Erhebungsjahre auf konjunkturell sehr unterschiedliche Phasen beziehen. Während die Konjunktur 1991 noch auf Hochtouren lief, befand sich im Jahr 1993 insbesondere das Verarbeitende Gewerbe in einer starken Rezession. Das letzte Erhebungsjahr fällt hingegen in eine Aufschwungphase.

3. Struktur und Entwicklung der Arbeitszeiten in West- und Ostdeutschland

Unter der Vielzahl flexibler Arbeitszeitmodelle haben wir für diese Studie die Teilzeitarbeit, die geringfügige Beschäftigung, Überstunden und die Wochenendarbeit ausgewählt, da diese zu den häufigsten Formen der Arbeitszeitflexibilisierung zählen. Um den Effekt konjunktureller Schwankungen zumindest teilweise zu berücksichtigen, werden die Beobachtungen der einzelnen Arbeitszeitformen immer zur Gesamtbeschäftigung ins Verhältnis gesetzt. Außerdem werden grundsätzlich getrennte Analysen für Männer und Frauen durchgeführt. In den bisher vorliegenden Studien wird in der Regel nicht zwischen verschiedenen Qualifikationsniveaus unterscheiden (Schilling et al., 1996). Da die individuelle Arbeitszeit neben anderen Faktoren auch vom Niveau der Berufsbildung beeinflusst wird, unterscheiden wir in unseren Analysen zusätzlich nach der beruflichen Qualifikation. Dadurch soll der starken Heterogenität zwischen den verschiedenen Personengruppen Rechnung getragen werden.

3.1 Die Bedeutung von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung

Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten, Teilzeitarbeit zu definieren. Die erste Abgrenzung von Teilzeitarbeit basiert auf der Selbsteinschätzung der befragten Personen. Dies hat zur Folge, daß sich zwei Personen, welche die gleiche Stundenzahl arbeiten, verschiedenen Gruppen zuordnen können. Daher erscheint es sinnvoll, Teilzeitarbeit auf der Basis eines eindeutigen Abgrenzungskriteriums zu definieren. Aus Gründen der internationalen Vergleichbarkeit nehmen wir an, daß alle Beschäftigten mit mehr als 30 Stunden Vollzeit arbeiten (Van Bastelaer et al., 1997). Innerhalb der Jobs bis 30 Stunden kann weiterhin

¹ Die Berufsklassifikation wurde im Jahr 1993 umgestellt und die Klassifikation der Wirtschaftszweige im Jahr 1995.

zwischen „typischer“ Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung unterschieden werden, das heißt Beschäftigungsverhältnisse, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen.² Der Mikrozensus enthält seit 1990 eine explizite Frage zur geringfügigen Beschäftigung.³ Demnach wird geschätzt, daß es im Jahr 1990 in den alten Bundesländern etwa 1,5 Millionen geringfügig Beschäftigte gab, sechs Jahre später waren es bereits 1,8 Millionen. In Ostdeutschland läßt sich hingegen kein Anstieg dieser Beschäftigungsverhältnisse feststellen. Im Jahr 1991 gab es auf Basis des Mikrozensus 138.000 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. In den folgenden Jahren sank die Zahl dieser Jobs zunächst und erreichte erst im Jahr 1996 wieder das Niveau von 1991 (Sachverständigenrat, 1997, Ziffer 378). Hierbei muß jedoch berücksichtigt werden, daß der Mikrozensus die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse eher unterschätzt, da Personen, die mehrere dieser Jobs haben und somit versicherungspflichtig sind, nicht erfaßt werden. Außerdem können aufgrund der Fragestellung nur die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in der Berichtswoche erfaßt werden. Auch kurzfristige sozialversicherungsfreie Beschäftigungen (längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage), deren monatlicher Verdienst die Sozialversicherungsgrenze übersteigen kann, werden mit dieser Fragestellung ebenfalls nicht erfaßt (Sachverständigenrat, 1997, Ziffer 378). In Anbetracht der soeben beschriebenen Probleme wollen wir uns in der folgenden Analyse weniger auf die absoluten Veränderungen als vielmehr auf die Veränderung der Struktur dieser Beschäftigten konzentrieren. Außerdem betreffen die genannten Einschränkungen wohl kaum den Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland. In diesem Abschnitt wird Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung weitgehend getrennt analysiert.

In einem ersten Schritt betrachten wir die Teilzeitquoten der Männer und Frauen in West- und Ostdeutschland in den Jahren 1991 und 1995 (Anteil der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten der jeweiligen Subpopulation; vgl. Abbildung 1). Die Balken stellen die Teilzeitquote in Westdeutschland dar, wobei der untere Teil jedes Balkens die Teilzeitquote in den neuen Bundesländern darstellt. Dabei zeigt sich sehr deutlich, daß Teilzeitarbeit in der Regel nur von Frauen in Anspruch genommen wird. Die Teilzeitquoten der Männer schwanken je nach Region und Jahr zwischen einem und drei Prozent. Bei den Frauen ist dieser Anteil sehr viel höher, wobei es große Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern gibt.

2 Welche Beschäftigungsverhältnisse während des Beobachtungszeitraumes von der Versicherungspflicht ausgenommen sind, ist in § 8 Abs. 1 SGB IV festgelegt.

3 Der genaue Wortlaut der Frage im Jahr 1995 ist: „Haben Sie in der Berichtswoche eine geringfügige Beschäftigung (unter 15 Stunden pro Woche; bis 580 DM im Monat beziehungsweise 470 DM versicherungsfrei) ausgeübt?“.

Abbildung 1: Geschlechtsspezifische Teilzeitquoten in West- und Ostdeutschland

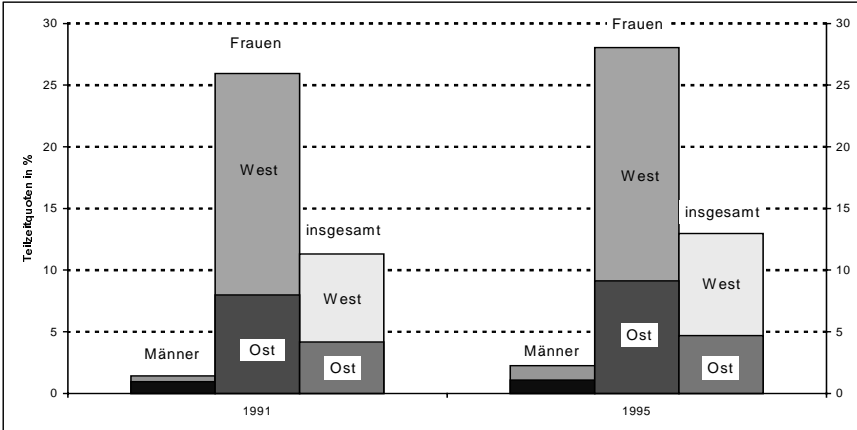
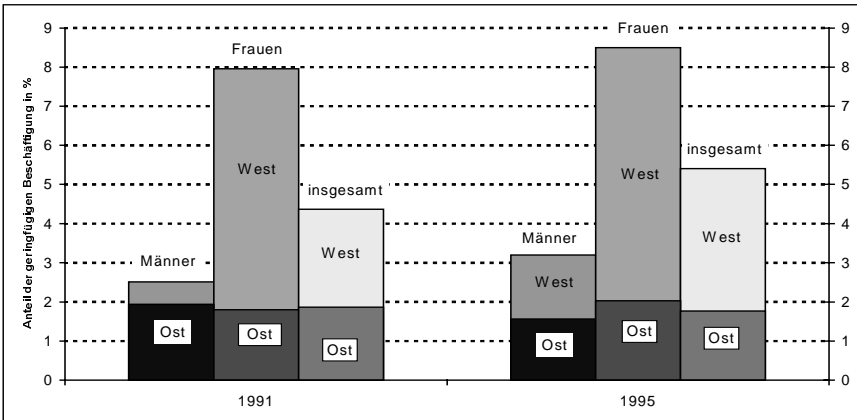


Abbildung 2: Anteil der geringfügig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen in West- und Ostdeutschland



Quelle: Mikrozensus 1991, 1995; 70%-Stichprobe des ZEW (hochgerechnet auf die Bevölkerung zwischen 20 und 65 Jahren).

In Westdeutschland arbeiteten im Jahr 1995 knapp 30 Prozent der erwerbstätigen Frauen als Teilzeitkräfte. In Ostdeutschland waren es nur 9 Prozent. Eine Annäherung der regionalen Teilzeitquoten konnte innerhalb der Beobachtungsperiode nicht beobachtet werden. Die Teilzeitquote der ostdeutschen Frauen stieg zwischen 1991 und 1995 um nur einen Prozentpunkt, jene der westdeutschen Frauen um etwa zwei Prozentpunkte. Auch die Teilzeitquoten der Männer entwickelten sich weiter auseinander. Während der Anteil der Teilzeitarbeit bei Männern in den alten Bundesländern in den vier Jahren um knapp einen Prozentpunkt anstieg, stagnierte dieser in Ostdeutschland auf niedrigem Niveau. Daraus folgt, daß auch zwischen den geschlechtsspezifischen Teilzeitquoten keine Angleichung festzustellen ist.

Abbildung 2 enthält die jeweiligen Anteile der geringfügig Beschäftigten⁴ an allen Erwerbstätigen in den Jahren 1991 und 1995. Im Vergleich zur versicherungspflichtigen Teilzeitarbeit erreichen diese Anteile ungefähr nur ein Drittel der entsprechenden Teilzeitquoten. In Westdeutschland weisen die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse eine relativ ähnliche Entwicklung wie die Teilzeitarbeit auf. Im Gegensatz zur Teilzeitarbeit ist festzustellen, daß der Zuwachs bei den westdeutschen Männern etwas größer ausfällt als bei den Frauen. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß bei den Männern die geringfügige Beschäftigung als zweite Erwerbstätigkeit an Bedeutung gewonnen hat. Bei allen anderen Personengruppen hat der Anteil aller Beschäftigten, die eine geringfügige Beschäftigung als Nebenerwerb betreiben, abgenommen. In den neuen Bundesländern ist laut Mikrozensus nicht nur die absolute Anzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse gesunken, auch auf die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung bezogen sank die Bedeutung dieser Beschäftigungsform. Nur bei den ostdeutschen Frauen stieg der Anteil der geringfügig Beschäftigten, was hauptsächlich auf den starken Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit zurückzuführen ist.⁵ Im Vergleich zur Teilzeitarbeit wird ferner deutlich, daß die geschlechtsspezifischen Unterschiede zwar auch bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen existieren, aber deutlich geringer sind.

3.1.1 Qualifikationsstruktur der Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten

Neben den geschlechtsspezifischen und regionalen Unterschieden, spielt auch das Bildungsniveau eine entscheidende Rolle für das Ausmaß der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeit und der geringfügigen Beschäftigung (vgl. Tabelle 1). Die Grundgesamtheit der folgenden Analysen umfaßt jeweils alle erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 20

⁴ Dabei wird nicht unterschieden, ob es sich um das erste Beschäftigungsverhältnis oder um eine Nebenerwerbstätigkeit handelt.

⁵ Zwischen April 1991 und April 1995 sank die Erwerbsquote der ostdeutschen Frauen zwischen 15 und 65 Jahren von 77,2 Prozent auf 73,9 Prozent (Statistisches Bundesamt, 1996).

und 65 Jahren. Erwerbstätige ohne beruflichen Bildungsabschluß weisen grundsätzlich die höchsten Teilzeitquoten auf. Außerdem stieg der Anteil der Teilzeitarbeit bei dieser Bildungsschicht überdurchschnittlich stark an. Bei den Frauen ohne Berufsbildungsabschluß betrug der Anstieg in Westdeutschland über zwei Prozentpunkte. Dies führte zur höchsten Teilzeitquote aller untersuchten Personengruppen von nahezu 30 Prozent. Auffallend ist außerdem, daß Teilzeitarbeit auch bei den Männern mit Fachhoch- oder Hochschulabschluß überdurchschnittlich häufig auftritt. Im Gegensatz dazu liegt die Teilzeitquote dieser Bildungsschicht bei den Frauen etwas unter dem Durchschnitt aller Frauen. Männer und Frauen mit Meister- oder Technikerabschluß arbeiteten im Jahr 1995 ebenfalls seltener Teilzeit als die Beschäftigten der anderen Qualifikationsniveaus.

Tabelle 1: Entwicklung der Teilzeitquoten (TZQ) und Anteile der geringfügigen Beschäftigung verschiedener Qualifikationsgruppen (in Prozent)

	West				Ost			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	1991	1995	1991	1995	1991	1995	1991	1995
<i>TZQ insgesamt^a</i>	1,4	2,2	25,9	28,0	0,8	1,1	8,0	9,1
ohne berufl. Ausbildung	2,2	3,6	27,8	29,9	2,7	3,3	14,0	17,0
Lehr-/Anlernausbildung	0,8	1,6	26,1	28,3	0,6	0,7	8,0	9,0
Meister/Techniker	0,9	1,5	21,7	24,2	0,8	0,5	6,0	7,5
FH/Uni	3,0	3,8	26,5	27,4	1,1	2,4	5,1	8,3
<i>Anteil geringfügiger Beschäftigung^a</i>	2,5	3,2	8,0	8,5	1,9	1,6	1,8	2,0
ohne berufl. Ausbildung	4,1	5,3	10,9	12,3	2,3	5,4	2,4	4,2
Lehr-/Anlernausbildung	1,9	2,7	7,3	8,0	1,7	1,1	1,6	1,9
Meister/Techniker	2,2	2,9	5,9	6,6	1,9	1,2	2,2	1,8
FH/Uni	3,0	3,5	5,9	5,6	3,2	3,1	2,5	2,5

Anmerkungen: ^a Bezugsgruppe sind jeweils alle erwerbstätigen Männer und Frauen pro Region und Bildungsniveau. Personen, die keine Angaben zu ihrer Berufsausbildung gemacht haben, sind aus der Analyse ausgeschlossen.

Quelle: Mikrozensus 1991, 1995; 70%-Stichprobe des ZEW (hochgerechnet auf die Bevölkerung zwischen 20 und 65 Jahren).

Der Anstieg der geringfügigen Beschäftigung ist jüngst in die wirtschaftspolitische Diskussion geraten, da befürchtet wird, daß zunehmend Vollzeit Arbeitsplätze in mehrere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Eine derartige Zerlegung ist vermutlich nur bei standardisierten Tätigkeiten möglich, die in der Regel geringe Qualifikationsanforderungen verlangen (Sachverständigenrat, 1997, Ziffer 379). Diese Befürchtung kann auf der Basis der Ergebnisse in Tabelle 1 nicht ausgeschlossen werden. Der Anteil der geringfügigen Beschäftigung bei den Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung liegt immer deutlich über dem Durchschnitt. Zudem ist der Zuwachs bei dieser Personengruppe deutlich größer

als bei den anderen Qualifikationsgruppen. So stieg beispielsweise der Anteil der geringfügig beschäftigten Männer ohne Berufsausbildung in Ostdeutschland um knapp drei Prozentpunkte. Die entsprechenden Anteile in den anderen Qualifikationsgruppen sind bei den ostdeutschen Männern sogar deutlich gesunken. Die geringfügige Beschäftigung von Hochschulabsolventen hat, abgesehen von den westdeutschen Männern, in den Jahren von 1991 bis 1995 ebenfalls an Bedeutung verloren. Daraus folgt, daß die Vermutung, Vollzeitarbeitsplätze würden zunehmend in einzelne geringfügige Beschäftigungsverhältnisse aufgeteilt, nur im unteren Bildungssegment begründet sein könnte. Allerdings kann der Anstieg der geringfügigen Beschäftigung bei Erwerbstätigen ohne Ausbildung keinesfalls als Bestätigung dieser Vermutung interpretiert werden, da nicht klar ist, ob diese Zunahme tatsächlich durch den Abbau von Vollzeitstellen erkauft wurde.

3.1.2 Die Altersstruktur der Teilzeitbeschäftigten

Da Teilzeitarbeit häufig zur Überbrückung von Übergängen in und aus der Vollzeiterwerbstätigkeit gewählt wird, ist zu vermuten, daß sich die Altersstruktur der Teilzeitbeschäftigten auch deutlich von jener der sonstigen Erwerbstätigen unterscheidet. Da Männer in der Regel durchgängig beschäftigt sind, tritt Teilzeitarbeit vermutlich hauptsächlich beim Berufseinstieg und beim Übergang in die Rente auf. Bei Frauen ist diese Arbeitszeitform insbesondere nach der Erwerbsunterbrechung aufgrund der Geburt eines Kindes von Bedeutung.

In den Abbildungen 3 bis 6 wird daher die Altersstruktur der beschäftigten Männer und Frauen in West- und Ostdeutschland dargestellt. Die Balken beschreiben jeweils den Anteil der Erwerbstätigen einer bestimmten Altersgruppe (resp. Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigten) an allen Erwerbstätigen (resp. Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigten). Bezogen auf die Altersstruktur der westdeutschen Männer zeigt sich, daß knapp 25 Prozent der männlichen Teilzeitkräfte zwischen 20 und 29 Jahre alt sind, von den erwerbstätigen Männern insgesamt fallen allerdings nur 20 Prozent in diese Altersgruppe. Das heißt, daß die Teilzeitquote bei jungen Männern überdurchschnittlich hoch ist. Dies gilt ebenfalls für die neuen Bundesländer und könnte eventuell darauf zurückzuführen sein, daß sich einige der jungen Erwerbstätigen noch in irgendeiner Form der Ausbildung befinden. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die geringfügig beschäftigten Männer. Sie konzentrieren sich in den alten Bundesländern eher auf die unteren Altersgruppen. Dabei handelt es sich vermutlich größtenteils um Studenten, die dadurch ihr Studium mitfinanzieren.

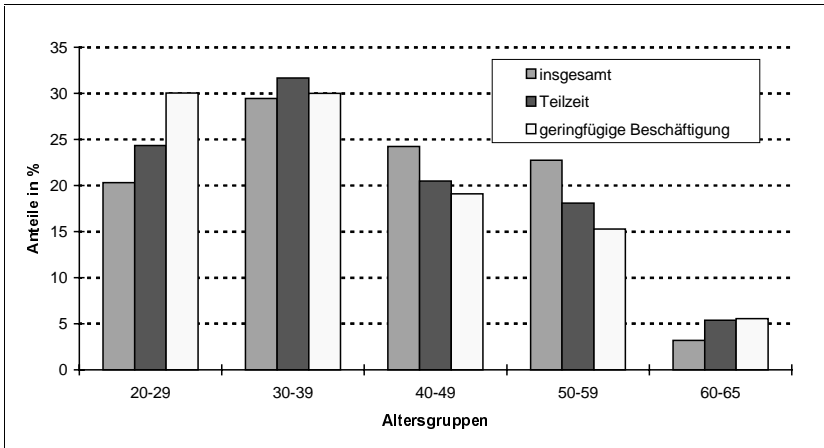
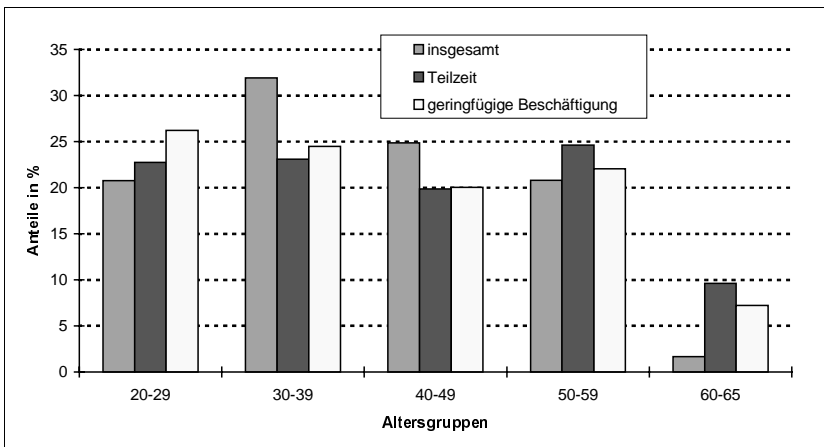
Abbildung 3: Altersstruktur der erwerbstätigen Männer in Westdeutschland**Abbildung 4: Altersstruktur der erwerbstätigen Männer in Ostdeutschland**

Abbildung 5: Altersstruktur der erwerbstätigen Frauen in Westdeutschland

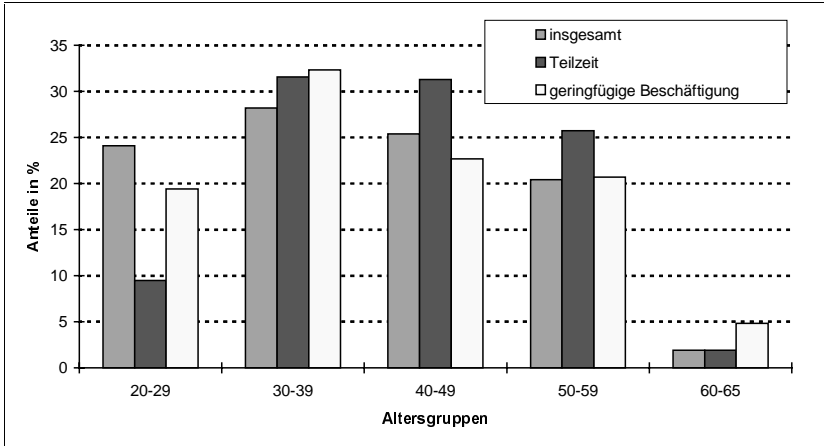
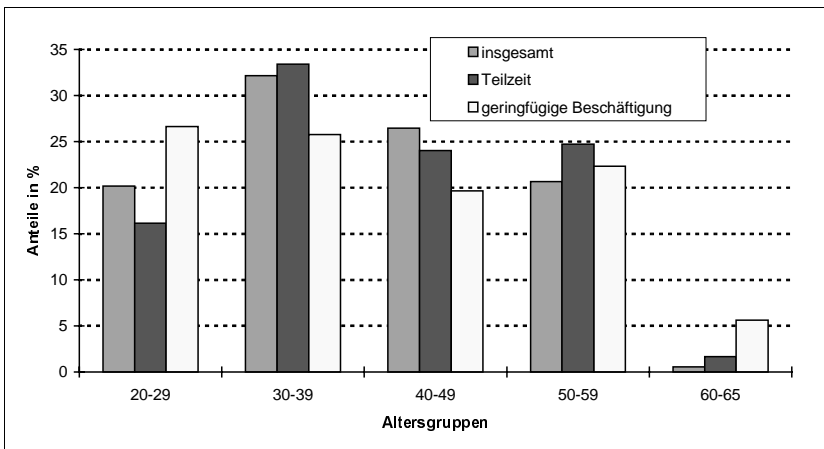


Abbildung 6: Altersstruktur der erwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland



Quelle: Eigene Auswertungen auf Basis des Mikrozensus 1995; 70%-Stichprobe des ZEW (hochgerechnet auf die Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 Jahren).

Wie erwartet, liegt auch die Teilzeitquote der Männer zwischen 60 und 65 Jahren deutlich über dem Durchschnitt. In den neuen Bundesländern zählten im Jahr 1995 fast 10 Prozent der Teilzeitbeschäftigten zu dieser Altersgruppe, was vermutlich in erster Linie auf arbeitsmarktpolitische Programme, wie beispielsweise das Altersübergangsgeld⁶ oder Kurzarbeit zurückzuführen ist.⁷ Insgesamt ist diese Gruppe allerdings nicht sehr bedeutend, da die Erwerbsquote der Männer zwischen 60 und 65 Jahren in den neuen Bundesländern im Jahr 1995 nur 15,7 Prozent betragen hat (Statistisches Bundesamt, 1996). Ebenso wie die Teilzeitarbeit ist auch die geringfügige Beschäftigung eine vergleichsweise häufige Beschäftigungsart dieser Personengruppe.

Die altersspezifische Arbeitszeitstruktur der Frauen weist eine deutlich andere Struktur auf. Beschäftigungsverhältnisse mit reduzierter Stundenzahl werden selten von Frauen unter 30 Jahren in Anspruch genommen. Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der Teilzeitarbeit. In den neuen Bundesländern konzentriert sich die Teilzeitarbeit der Frauen insbesondere auf die Altersgruppe zwischen 30 und 39 Jahren. Dies weist darauf hin, daß Teilzeitarbeit bei Frauen in erster Linie dazu genutzt wird, die Kindererziehung mit einer Erwerbstätigkeit zu vereinbaren. Vergleicht man diese Ergebnisse mit dem Jahr 1991, so zeigt sich, daß der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen bis 39 Jahren in den neuen Bundesländern sehr stark gestiegen ist. Diese Entwicklung steht vermutlich im Zusammenhang mit dem Rückgang des Angebots an öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Bundesländern.

3.1.3 Gründe für die Teilzeitarbeit

Die großen Unterschiede hinsichtlich der Bedeutung von Teilzeitarbeit zwischen den verschiedenen Personengruppen lassen vermuten, daß auch die Gründe für Teilzeitarbeit sehr vielfältig und unterschiedlich sind. Daher werden in diesem Abschnitt die Ursachen der Teilzeitarbeit genauer untersucht. Im Mikrozensus werden die Personen nicht nur nach ihrer Arbeitszeit, sondern auch nach ihren persönlichen Gründen für Teilzeitarbeit gefragt. Die befragten Teilzeitbeschäftigten können zwischen folgenden fünf Antwortalternativen wählen:

⁶ Das Altersübergangsgeld wird älteren Arbeitnehmern der neuen Bundesländer gewährt, sofern sie keine Beschäftigung mit mehr als 18 Stunden pro Woche ausüben und arbeitslos gemeldet sind. Es beträgt 65 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts der letzten drei Monate. Diese Regelung könnte dazu führen, daß einige Erwerbstätige ihre Arbeitszeit auf höchstens 18 Stunden reduzieren, um somit in den Genuß des Altersübergangsgeldes zu gelangen.

⁷ Dies betrifft ebenfalls die Altersgruppe zwischen 50 und 59 Jahren. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei den ostdeutschen Frauen.

Teilzeit weil / wegen:

1. Schulausbildung oder sonstige Aus- und Fortbildung;
2. Krankheit oder Unfallfolgen;
3. Vollzeit nicht verfügbar;
4. Vollzeit nicht gewünscht;
5. sonstigen Gründen.

Der Anteil der Personen, die aus sonstigen Gründen Teilzeit arbeiten, wird hier nicht weiter untersucht, da er sich als Restgröße ergibt und nicht weiter interpretiert werden kann. Auch auf die Teilzeitarbeit wegen Krankheit oder Unfall wird nicht näher eingegangen, da sie in erster Linie durch andere Umstände beeinflusst wird. Tabelle 2 zeigt die quantitative Bedeutung der verbleibenden drei Gründe. Die ausgewiesenen Prozentangaben beschreiben jeweils den Anteil der Teilzeitbeschäftigten einer bestimmten Antwortalternative an allen Teilzeitbeschäftigten. Um die Fallzahlen der einzelnen Kategorien zu erhöhen, wird hier nicht mehr zwischen traditioneller Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung unterschieden. Da es bei den Männern kaum Unterschiede hinsichtlich der Gründe für Teilzeitarbeit zwischen den beiden Bundesgebieten gibt und die Fallzahlen der Teilzeitbeschäftigten insgesamt geringer sind, wird in dem Fall auch nicht zwischen den Regionen unterschieden.

Die drei Gründe der Teilzeitarbeit können danach unterschieden werden, ob sie Ausdruck der Arbeitszeitpräferenzen der Individuen sind oder ob sie auf Restriktionen am Arbeitsmarkt zurückzuführen sind. Die Antworten „Teilzeitarbeit wegen Weiterbildung“ und „Vollzeitarbeit nicht gewünscht“ sind der ersten Kategorie zuzuordnen, die Antwort „Vollzeitarbeit nicht zu finden“ weist eindeutig auf Restriktionen am Arbeitsmarkt hin.

Zunächst wenden wir uns den Gründen zu, die auf den Präferenzen der Teilzeitbeschäftigten basieren. Männer ohne beruflichen Bildungsabschluß, die vergleichsweise oft Teilzeit arbeiten, wählen diese Arbeitszeitform am häufigsten aufgrund von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Dies läßt vermuten, daß Teilzeitarbeit für sie nur ein vorübergehender Erwerbsstatus ist. Berücksichtigt man allerdings, daß der Anteil der Personen, die an einer beruflichen Weiterbildung teilnehmen, bei den Hochschulabsolventen weitaus höher ist als bei den Erwerbstätigen ohne Ausbildung, so ist dieses Ergebnis etwas überraschend (Steiner et al., 1998). Dieser Befund wirft die Frage auf, ob bei Geringqualifizierten die Teilnahme an einer beruflichen Weiterbildung häufiger dazu führt, daß sie eine Teilzeittätigkeit aufnehmen oder ihre Arbeitszeit auf 30 oder weniger Stunden reduzieren als bei Universitätsabsolventen. Anhand des Anteils der Weiterbildungsteilnehmer, die während

der Qualifizierungsmaßnahme im Jahr 1995 Teilzeit arbeiteten⁸, zeigt sich, daß Weiterbildungsteilnehmer ohne Berufsausbildung viel häufiger auf eine Teilzeitstelle wechseln als Teilnehmer mit Universitätsabschluß. In Westdeutschland arbeiten über 23 Prozent der Weiterbildungsteilnehmer ohne Berufsausbildung Teilzeit, bei den Teilnehmern mit Universitätsabschluß sind es nur 10 Prozent. In den neuen Bundesländer ist Weiterbildung noch seltener mit einer reduzierten Arbeitszeit verbunden. Der Anteil der Hochschulabsolventen in dieser Gruppe liegt unter 5 Prozent, bei den Ungelernten beträgt er allerdings knapp 20 Prozent. Diese Unterschiede deuten eventuell darauf hin, daß Weiterbildungsmaßnahmen bei den Ungelernten im Durchschnitt umfangreicher sind (z.B. Umschulungsmaßnahmen), so daß sie nicht mit einer Vollzeittätigkeit vereinbar sind. Die damit verbundenen Einkommensausfälle könnten wiederum ein Grund für die geringe Weiterbildungsaktivität der unteren Bildungsschicht sein.

Tabelle 2: Gründe für Teilzeitarbeit in West- und Ostdeutschland (in Prozent)

	Weiterbildung		VZ ^a nicht gewünscht		VZ ^a nicht zu finden	
	1991	1995	1991	1995	1991	1995
<i>Männer (Ost und West)</i>						
ohne berufliche Ausbildung	23,4	23,6	24,6	25,4	8,2	14,8
Lehr-/Anlernausbildung	34,6	41,5	23,3	19,9	7,4	12,9
Meister/Techniker	16,2	17,1	26,1	27,3	8,1	18,3
FH/Uni	8,7	7,2	29,8	32,6	8,0	11,2
	18,7	19,8	24,9	26,7	12,5	13,5
<i>Frauen (West)</i>						
ohne berufliche Ausbildung	5,0	6,7	72,8	71,4	4,2	5,3
Lehr-/Anlernausbildung	5,7	8,3	69,4	66,6	5,6	7,7
Meister/Techniker	3,9	5,7	77,2	75,0	3,4	4,4
FH/Uni	3,6	7,0	73,9	72,6	3,7	3,5
	5,6	8,3	68,3	66,1	6,7	6,2
<i>Frauen (Ost)</i>						
ohne berufliche Ausbildung	4,3	7,0	49,8	27,3	11,1	38,9
Lehr-/Anlernausbildung	4,3	15,6	41,6	17,8	17,0	39,2
Meister/Techniker	4,3	5,8	51,0	27,9	10,9	41,8
FH/Uni	2,3	5,6	48,0	31,7	13,5	35,5
	4,0	9,4	49,7	27,0	5,6	22,4

Anmerkungen: ^a Vollzeittätigkeit; die Anteile addieren sich nicht zu 100 %, da zwei der fünf möglichen Gründe nicht aufgeführt sind. Personen, die keine Angaben zu ihrer Berufsausbildung gemacht haben, sind aus der Analyse ausgeschlossen.

Quelle: Eigene Auswertungen auf Basis der Mikrozensen 1991 und 1995; 70%-Stichprobe des ZEW (hochgerechnet auf die Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 Jahren).

⁸ Die Information über die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme basiert auf folgenden beiden Fragen: (1) „Haben Sie seit 1993 an einer beruflichen Fortbildung teilgenommen?“; (2) „Wie lange dauerte diese Fortbildung oder dauert sie derzeit noch an?“.

Weiterbildung als Grund der Teilzeitarbeit von unqualifizierten Männern hat in den Jahren seit 1991 außerdem sehr an Bedeutung gewonnen. Diese Entwicklung hängt vermutlich auch mit der zunehmenden Bedeutung beruflicher Weiterbildung für Personen ohne Berufsbildungsabschluß zusammen (Steiner et al., 1998). Obwohl die Weiterbildungsquote der Frauen⁹ nur geringfügig geringer ist als jene der Männer¹⁰, spielt Weiterbildung als Grund für Teilzeitarbeit bei den Frauen eine weitaus geringere Rolle. Von den teilzeitbeschäftigten Frauen in Westdeutschland geben im Jahr 1995 nur knapp 7 Prozent dieses Motiv an. Dies gilt ebenfalls für die neuen Bundesländer, wobei der Anteil der weiterbildungsbedingten Teilzeitarbeit bei Frauen ohne Berufsausbildung ungefähr doppelt so hoch ist. Im Vergleich zu den Männern ist dieses Motiv aber dennoch sekundär.

Auch anhand der Kategorie „Vollzeittätigkeit nicht gewünscht“ kann untersucht werden, inwieweit der Anstieg der Teilzeitarbeit auf den Wandel der Präferenzen zurückzuführen ist. Die Bedeutung dieses Motivs hat im Vergleich zu den anderen Gründen eher an Bedeutung verloren. Bei den Männern stieg der Anteil der gewünschten Teilzeitarbeit zwar von 24,7 auf 25,8 Prozent, jedoch sank bei den Frauen, insbesondere in Ostdeutschland, der Anteil der Teilzeitbeschäftigten, die mit ihrer Arbeitszeit zufrieden waren.

Schließlich wird die Bedeutung der Arbeitsmarktrestriktionen für die Wahl der Teilzeiterwerbstätigkeit diskutiert. Personengruppen, die häufig aus diesem Grund Teilzeit arbeiten, sind vermutlich auch mit stärkeren Problemen am Arbeitsmarkt konfrontiert. Insgesamt zeigt sich, daß nahezu für alle Personen die Arbeitsmarktrestriktionen zwischen 1991 und 1995 stark zugenommen haben. Bei den Männern ohne Berufsausbildung stieg beispielsweise der Anteil der Teilzeitbeschäftigten, die keine Vollzeittätigkeit finden konnten, von 7,4 Prozent auf 12,9 Prozent. Allerdings ist nicht nur die untere Bildungsschicht von diesen Restriktionen betroffen. Besonders gravierend ist der Zuwachs bei den Männern mit Lehr- oder Anlernausbildung. Daraus folgt, daß ein Großteil des Anstiegs der Teilzeitarbeit bei dieser Bildungsschicht auf die zunehmenden Arbeitsmarktprobleme für Facharbeiter zurückzuführen ist.

Die einzige Personengruppe, die scheinbar nicht davon betroffen ist, sind die westdeutschen Frauen mit Hochschulabschluß sowie jene mit Meister- oder Techniker Ausbildung. Besonders dramatisch war allerdings der Anstieg der arbeitsmarktbedingten Teilzeitarbeit

9 Die Weiterbildungsquote der Frauen ist definiert als Anteil der weiblichen Weiterbildungsteilnehmer an der weiblichen Erwerbsbevölkerung innerhalb eines bestimmten Zeitraums.

10 Im Zeitraum von Mai 1993 bis April 1995 war die Teilnehmerquote der Frauen in den neuen Bundesländern sogar höher als die der Männer. Während dieser zwei Jahre haben über 27 Prozent der weiblichen Erwerbsbevölkerung der neuen Bundesländer an einer beruflichen Qualifizierungsmaßnahme teilgenommen. Bei den ostdeutschen Männern waren es hingegen nur 21 Prozent (STEINER ET AL., 1998).

bei den ostdeutschen Frauen. Knapp 40 Prozent dieser Frauen würden lieber Vollzeit arbeiten. Nur die ostdeutschen Hochschulabsolventinnen sind relativ selten unzufrieden mit ihrer Teilzeitbeschäftigung. Demnach ist der Anstieg der Teilzeitquote der Frauen in den neuen Bundesländern (vgl. Abbildung 1) zu einem großen Teil auf den Mangel an Vollzeitarbeitsplätzen zurückzuführen.

3.2 Die Häufigkeit und das Ausmaß an Überstunden

Eine relativ einfache Art der Arbeitszeitflexibilisierung sind Überstunden. Durch Mehrarbeit können konjunkturelle Nachfrageschwankungen ausgeglichen werden, ohne daß hohe Transaktionskosten (z.B. für Neueinstellungen oder gegebenenfalls für Abfindungen) verursacht werden. Daher ist zu vermuten, daß diese Form der Arbeitszeitflexibilisierung im Zuge des zunehmenden internationalen Wettbewerbsdrucks an Bedeutung gewinnt.

Das Ausmaß der Überstunden wird oftmals dahingehend diskutiert, inwieweit durch den Abbau der Überstunden zusätzlich dauerhafte Beschäftigung geschaffen werden kann. Zur Berechnung des beschäftigungsschaffenden Potentials wird in der Regel die Summe der Überstunden innerhalb eines bestimmten Zeitraums durch die entsprechenden Arbeitsstunden eines Vollzeiterwerbstätigen dividiert. Dieses Ergebnis wird dann als Arbeitsplatzäquivalent der Überstunden interpretiert. Die geschätzten Potentiale weisen jedoch große Unterschiede auf. Sie schwanken zwischen 120.000 (Kohler/Spitznagel, 1996) und 1,1 Millionen (Schilling et al., 1996) zusätzlichen Arbeitsplätzen, je nach dem, wie streng die Umwandlungskriterien angesetzt werden. Grundsätzlich kann nur regelmäßige Mehrarbeit in dauerhafte Beschäftigung umgewandelt werden. Außerdem muß gesichert sein, daß die zusätzliche Arbeitsnachfrage gedeckt werden kann. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik dürfte es zwar keinen quantitativen Engpaß bei der Rekrutierung neuer Mitarbeiter geben, allerdings ist nicht unbedingt gesichert, daß die Arbeitslosen die qualifikatorischen Voraussetzungen für die zusätzliche Arbeitsnachfrage in einer bestimmten Region besitzen. Zur Beantwortung dieser Frage ist es wichtig zu wissen, welche Personengruppen besonders häufig und viele Überstunden leisten.

Allerdings muß berücksichtigt werden, daß es für die Unternehmen nicht in jedem Fall vorteilhaft ist, Überstunden abzubauen, auch wenn die zusätzliche Arbeitsnachfrage befriedigt werden könnte. Kölling (1997) zeigt anhand von theoretischen Überlegungen, daß es unter der Annahme fixer Kosten der Personalanpassung sinnvoll sein kann, den Arbeitseinsatz langfristig durch Überstunden zu erhöhen. Ob Überstunden in der Bundesrepublik auch zur dauerhaften Anpassung der Arbeitsnachfrage eingesetzt werden, wurde auf Basis des IAB-Betriebspanels überprüft. Die Ergebnisse zeigen, daß in Westdeutschland Überstunden nicht nur zum Ausgleich von kurzfristigen Nachfrageschwankungen

oder während eines Übergangs zu einem neuen Gleichgewicht geleistet werden, sondern auch zur dauerhaften Befriedigung der Arbeitsnachfrage eingesetzt werden (Kölling, 1997).

Im Rahmen dieser Studie wenden wir uns jedoch der Frage zu, wie sich die Überstunden in West- und Ostdeutschland auf die verschiedenen Qualifikationsgruppen aufteilen. Daher sind in Tabelle 3 die Anteile der Beschäftigten mit Überstunden (Inzidenz von Überstunden), differenziert nach dem Qualifikationsniveau, dargestellt. Zudem ist die durchschnittliche Anzahl der Überstunden ausgewiesen. In Westdeutschland leisteten 1995 etwa 8 Prozent der erwerbstätigen Männer und 4 Prozent der erwerbstätigen Frauen Überstunden. Vergleicht man die verschiedenen Qualifikationsgruppen, wird deutlich, daß Überstunden um so häufiger auftreten, je höher das Bildungsniveau der Beschäftigten ist. Besonders gravierend sind diese Unterschiede in den neuen Bundesländern. Hier ist der Anteil der Beschäftigten mit Überstunden unter den Hochschulabsolventen mehr als drei mal so hoch wie bei den Ungelernten. Während der Berichtswoche im April 1995 leistete fast jeder fünfte Hochschulabsolvent in den neuen Bundesländern Mehrarbeit. Die durchschnittliche Überstundenzahl betrug 12,8 Stunden pro Woche. Angesichts des hohen Ausmaßes an Mehrarbeit in den neuen Bundesländern liegt die Vermutung nahe, daß die Unternehmen entweder große Probleme bei der Rekrutierung qualifizierter Mitarbeiter haben oder daß Mehrarbeit trotz eventueller Überstundenzuschläge im Vergleich zu Neueinstellungen billiger ist (vgl. Kölling, 1997). Anhand eines intertemporalen Vergleichs wird deutlich, daß in Ostdeutschland die Bedeutung von Überstunden seit 1991 stark zugenommen hat. Sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern hat sich die Inzidenz der Überstunden in etwa verdoppelt und übersteigt deutlich das Niveau in den alten Bundesländern. Der tatsächliche Unterschied der durchschnittlichen Arbeitszeit zwischen den beiden Bundesgebieten übersteigt somit noch die Differenz, die bereits durch die tariflich vereinbarten Arbeitszeiten besteht. In den alten Bundesländern ist der Unterschied hingegen nahezu konstant geblieben, wobei Männer im Durchschnitt doppelt so häufig Mehrarbeit leisten wie Frauen.

Auch hinsichtlich der Anzahl der in der Berichtswoche durchschnittlich geleisteten Überstunden gibt es Unterschiede zwischen den Qualifikationen, den Geschlechtern und den beiden Regionen. In der Regel verstärken sie die soeben erörterten Befunde. Höherqualifizierte leisten nicht nur häufiger Überstunden, sie arbeiten in diesem Fall auch mehr Überstunden als Männer und Frauen mit einer geringeren Qualifikation. Zudem bestehen geschlechtsspezifische Unterschiede bei der durchschnittlichen Überstundenzahl, wobei sie geringer ausfallen als bei der Häufigkeit der Überstunden. Auf Basis des Mikrozensus aus dem Jahr 1995 arbeiteten die betroffenen Männer im Durchschnitt 9,4 Überstunden

pro Woche und die Frauen 7,7 Stunden.¹¹ Interessant ist, daß in beiden Regionen die Überstunden pro Kopf nahezu konstant geblieben sind. Der Anstieg der Mehrarbeit in den neuen Bundesländern schlägt sich somit nur in einer höheren Inzidenz nieder. Diese Entwicklung ist vermutlich auf Regulierungen des Tarifrechts zurückzuführen. In den meisten Tarifbereichen ist die Arbeitszeit auf eine tägliche oder wöchentliche Höchst Arbeitszeit begrenzt (vgl. Bispinck, 1996). Unterstellt man, daß die regelmäßige Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten in den neuen Bundesländern im Jahr 1995 ungefähr 40 Stunden betrug und rechnet man die durchschnittlichen Überstunden von 12,8 Stunden hinzu, ergibt sich eine tatsächliche Wochenarbeitszeit von 52,8 Stunden, die bereits über den Höchstgrenzen mancher Tarifverträge liegt. Als tarifrechtlich legale Ausweitung der Mehrarbeit kommt demnach nur die Erhöhung der Häufigkeit von Überstunden in Frage.

Tabelle 3: Anteil der Beschäftigten mit Überstunden und durchschnittliche Anzahl der Überstunden nach Qualifikation

	West				Ost			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	1991	1995	1991	1995	1991	1995	1991	1995
<i>Anteil Beschäftigte mit Überstunden^a</i>	7,9	8,4	3,5	4,0	7,3	14,4	3,8	6,6
ohne berufl. Ausbildung	5,2	5,0	1,7	2,2	3,4	5,9	1,8	3,6
Lehr-/Anlernausbildung	7,3	7,8	3,5	3,9	6,6	13,8	3,5	6,0
Meister/Techniker	10,3	10,2	4,9	5,2	8,8	15,4	4,1	6,1
FH/Uni	12,0	12,6	6,3	7,2	10,7	18,6	7,5	11,5
<i>Durchschnittliche Überstundenanzahl</i>	9,2	9,4	7,5	7,7	12,0	11,8	9,1	9,2
ohne berufl. Ausbildung	8,7	8,6	7,9	7,5	8,2	9,7	9,7	7,0
Lehr-/Anlernausbildung	8,9	9,2	7,2	7,3	11,8	11,3	8,7	9,2
Meister/Techniker	9,5	9,9	8,0	8,0	13,6	13,2	9,4	8,8
FH/Uni	9,9	10,1	8,3	9,1	12,1	12,8	10,1	9,6

Anmerkung: ^a Bezugsgruppe sind jeweils alle erwerbstätigen Männer und Frauen pro Region und Bildungsniveau. Personen, die keine Angaben zu ihrer Berufsausbildung gemacht haben, sind aus der Analyse ausgeschlossen.

Quelle: Mikrozensus 1991, 1995; 70%-Stichprobe des ZEW (hochgerechnet auf die Bevölkerung zwischen 20 und 65 Jahren).

¹¹ KÖLLING (1997) schätzt die durchschnittliche Überstundenzahl in Westdeutschland im ersten Halbjahr 1995 auf etwa 10 Stunden. Aufgrund des hohen Antwortausfalls bei der Frage der bezahlten Überstunden im IAB-Betriebspanel ist dieses Ergebnis allerdings nicht unbedingt repräsentativ.

Berücksichtigt man, daß die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern während der Beobachtungsperiode stark zugenommen hat¹², wird deutlich, daß in Ostdeutschland eine starke Konzentration der Arbeit stattgefunden hat. Zum einen steigt die Zahl der Arbeitslosen, zum anderen leisten immer mehr Beschäftigte Überstunden. Diese Entwicklung weist auf den zunehmenden Mangel an qualifizierten Mitarbeitern hin. Auf Basis der Unternehmensbefragungen des DIW¹³ zeigt sich, daß im Winter 1993/1994 knapp 13 Prozent der Industrieunternehmen mit mehr als einem Mitarbeiter große Probleme bei der Rekrutierung von qualifizierten Mitarbeitern haben. Bis zum Frühjahr 1995 ist dieser Anteil bereits auf 27 Prozent gestiegen (Steiner et al., 1998). In dieser Situation erscheint es plausibel, daß die Unternehmen den bestehenden Personalmangel durch den Einsatz von Überstunden auszugleichen versuchen. Fraglich ist allerdings, warum die Unternehmen trotz der steigenden Zahl der Arbeitssuchenden zunehmend Probleme bei der Personalbeschaffung haben. Ein Grund dafür könnte sein, daß die Erhebungen des Mikrozensus und der DIW-Unternehmensbefragung im Jahr 1995 gerade in den Beginn einer Aufschwungphase gefallen sind, in der es üblich ist, Personalanpassungen vorübergehend durch Überstunden auszugleichen.

3.3 Wochenendarbeit

Auch die Wochenendarbeit ist eine Form der Arbeitszeitflexibilisierung, die zunehmend an Bedeutung gewinnt. Wochenendarbeit ist eines der wichtigsten Instrumente zur Ausweitung der Betriebszeiten, die aufgrund der steigenden Kapitalintensität der Produktionsprozesse und des technologischen Wandels einen immer wichtigeren Wettbewerbsfaktor darstellen, da Unterbrechungen der Produktion immer höhere Kosten verursachen. Somit stieg auch das Interesse zahlreicher Unternehmen an der Einführung der Wochenendarbeit. Im Zuge der Erneuerung des Arbeitszeitgesetzes im Jahr 1994 wurde den produzierenden Betrieben unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit der Sonntagsarbeit eingeräumt (§ 13 Abs. 5 ArbZG). Bis Januar 1997 haben allerdings erst 273 Unternehmen mit insgesamt 20.000 Beschäftigten diese Ausnahmeregelung erhalten (Klenner et al., 1997).¹⁴ Bedeutender für die Zunahme dieser Arbeitszeitform dürfte jedoch die Ausweitung des Dienstleistungssektors sein. Ausgehend von dieser Entwicklung

¹² Im April 1991 betrug die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern 9,5 Prozent, zum Zeitpunkt der Mikrozensushebung im April 1995 bereits 14,8 Prozent (Bundesanstalt für Arbeit, 1996).

¹³ Unternehmensbefragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Lage und Perspektive der Industrie in Ostdeutschland.

¹⁴ Die Genehmigung der Sonntagsarbeit nach § 13 Abs. 5 ArbZG hängt davon ab, inwieweit die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens aufgrund der längeren Betriebszeiten im Ausland beeinträchtigt ist, ob die bisherige Höchstgrenze der Betriebszeit von 144 Stunden pro Woche bereits genutzt wird und ob durch die Einführung der Sonntagsarbeit Beschäftigung gesichert wird (Klenner et al., 1997).

liegt die Vermutung nahe, daß die verschiedenen Qualifikationsniveaus in unterschiedlichem Ausmaß vom Anstieg der Wochenendarbeit betroffen sind. Bisherige Untersuchungen zeigen zwar die Bedeutung der Wochenendarbeit insgesamt (vgl. Schilling et al., 1996), eine differenzierte Darstellung der Unterschiede zwischen verschiedenen Berufsbildungsabschlüssen existiert jedoch meines Wissens noch nicht.

In Tabelle 4 sind die Anteile der Beschäftigten, die ständig oder regelmäßig samstags oder sonntags arbeiten, für die verschiedenen Qualifikationsgruppen dargestellt. Auf der Basis der dem ZEW zur Verfügung stehenden Daten kann leider nur ein Vergleich der Jahre 1993 und 1995 durchgeführt werden.

Zunächst zeigt sich, daß Frauen in West- und Ostdeutschland im Durchschnitt häufiger am Wochenende arbeiten als Männer. In den alten Bundesländern arbeitet fast jede vierte erwerbstätige Frau und etwa jeder fünfte erwerbstätige Mann regelmäßig samstags und/oder sonntags. In den neuen Bundesländern liegen die Häufigkeiten etwas darunter.

Tabelle 4: Wochenendarbeit verschiedener Qualifikationsgruppen in West- und Ostdeutschland (in Prozent) ^a

	West				Ost			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	1993	1995	1993	1995	1993	1995	1993	1995
ohne berufl. Ausbildung	19,8	21,2	25,2	25,2	15,8	14,1	22,5	21,1
Lehr-/Anlernausbildung	20,8	22,3	25,0	25,4	18,9	18,8	23,9	25,5
Meister/Techniker	27,4	28,4	26,8	26,7	26,3	29,2	29,6	26,8
FH/Uni	20,3	20,2	16,8	15,6	18,3	20,7	11,5	12,8
Insgesamt	21,5	22,6	24,2	24,3	19,5	20,1	22,4	23,7

Anmerkung: ^a Anteil der Beschäftigten, die ständig oder regelmäßig samstags oder sonntags arbeiten, an allen Beschäftigten des jeweiligen Qualifikationsniveaus und der Region. Personen, die keine Angaben zu ihrer Berufsausbildung gemacht haben, sind aus der Analyse ausgeschlossen.

Quelle: Eigene Auswertungen auf Basis der Mikrozensus 1993 und 1995; 70%-Stichprobe des ZEW (hochgerechnet auf die Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 Jahren).

Differenziert man die Analyse jedoch nach dem Qualifikationsniveau, dann zeigt sich, daß dies in der Regel nur für die Beschäftigten ohne Berufsausbildung und für jene mit einer Lehr- oder Anlernausbildung gilt. Unter den Universitätsabsolventen liegt der Anteil der Wochenendarbeit bei Frauen deutlich unter dem der Männer. In Westdeutschland ist die Bedeutung der Wochenendarbeit von Hochschulabsolventinnen sogar noch gesunken. Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede sind vermutlich darauf zurückzuführen, daß ein Großteil der geringqualifizierten Frauen im Dienstleistungssektor tätig ist, in dem Wochenendarbeit besonders stark verbreitet ist.

Die am häufigsten von regelmäßiger Wochenendarbeit betroffenen Personengruppen sind jedoch die Meister und Techniker. Im Jahr 1995 waren im Bundesdurchschnitt etwa 15 Prozent dieser Gruppe im Lehrbereich tätig. Da es sich hierbei vermutlich vorrangig um Unterricht im Rahmen des dualen Berufsbildungssystems handelt, der oftmals samstags stattfindet, ist der Anteil der Wochenendarbeit in diesem Bereich überdurchschnittlich hoch (fast 33 Prozent). Ein weiterer Grund für die häufige Wochenendarbeit der Meister und Techniker könnte sein, daß sie gewisse Führungsaufgaben im Produktionsbereich wahrnehmen und deshalb häufiger am Wochenende arbeiten müssen als die anderen Arbeiter.

In den neuen Bundesländern wird im Durchschnitt weniger am Wochenende gearbeitet als in Westdeutschland. Allerdings hat die Bedeutung der Wochenendarbeit bei den Hochschulabsolventen und bei den männlichen Meistern und Technikern deutlich zugenommen. Im Gegensatz zu den alten Bundesländern fällt auf, daß die Männer und Frauen ohne Berufsausbildung immer seltener regelmäßig am Wochenende arbeiten.

4. Die Shift-share Analyse

Aufgrund der bedeutenden Veränderungen in der Struktur der Arbeitszeitformen stellt sich die Frage, inwieweit diese durch den wirtschaftlichen Strukturwandel (Struktureffekt) oder durch den Wandel der Arbeitszeitgestaltung seitens der Unternehmen und Individuen verursacht wurden (Diffusionseffekt). Die Bedeutung dieser beiden Komponenten kann mit Hilfe der Shift-share Analyse bestimmt werden. Diese Methode wird hier kurz am Beispiel der Teilzeitarbeit erläutert und kann analog auf andere Arbeitszeitformen übertragen werden. Die gesamtwirtschaftliche Teilzeitquote kann folgendermaßen dargestellt werden:

$$TZQ = \sum_{k=1}^i a_k \cdot b_k, \quad (1)$$

wobei a_k die Teilzeitquote im Sektor k beschreibt und b_k den Anteil des Sektors k an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung darstellt. Die Teilzeitquote ergibt sich somit aus der Summe der gewichteten sektorspezifischen Teilzeitquoten. Eine Veränderung der Teilzeitquote stellt sich wie folgt dar:

$$\Delta TZQ = \sum_{k=1}^i a_k \cdot \Delta b_k + \sum_{k=1}^i b_k \cdot \Delta a_k + \sum_{k=1}^i \Delta a_k \cdot \Delta b_k \quad (2).$$

Zunächst wird unterstellt, daß die Teilzeitquote (oder der Anteil einer anderen Arbeitszeitform) innerhalb bestimmter Wirtschaftsbereiche oder Tätigkeitsfelder über die Zeit konstant geblieben ist, die Anteile der einzelnen Sektoren an der Gesamtwirtschaft aber

sehr wohl über die Zeit variieren können. Die daraus resultierende Veränderung der Arbeitszeiten beschreibt den Struktureffekt

$$\left[\sum_{k=1}^i a_k \cdot \Delta b_k \right].$$

In der Literatur wird dieser Effekt auch als „*between-effect*“ bezeichnet, da er sich aus der Veränderung zwischen den Sektoren ergibt. In einem zweiten Schritt wird angenommen, daß die Wirtschaftsstruktur konstant geblieben ist, und nur die Teilzeitquote (oder der Anteil einer anderen Arbeitszeitform) innerhalb der definierten Wirtschaftsbereiche über die Zeit variiert. Die Abweichung dieser hypothetischen Arbeitszeitstruktur von der ursprünglichen Situation mißt den sogenannten Diffusionseffekt:

$$\left[\sum_{k=1}^i b_k \cdot \Delta a_k \right].$$

Die zunehmende Verbreitung bestimmter Arbeitszeitformen innerhalb der definierten Wirtschaftsbereiche, d.h. der „*within-effect*“, kann beispielsweise durch Präferenzveränderungen der Arbeitnehmer, Deregulierungen der Arbeitszeiten oder durch die Umgestaltung des Produktionsprozesses innerhalb der Unternehmen verursacht werden. Der Struktur- und Diffusionseffekt erklären zusammen nahezu das gesamte Ausmaß der Veränderung der Arbeitszeitstruktur. Die Restgröße wird als Interaktionseffekt bezeichnet, der sich aus der Verknüpfung der beiden Haupteffekte ergibt:

$$\left[\sum_{k=1}^i \Delta b_k \cdot \Delta a_k \right].$$

Üblicherweise wird die Shift-share Analyse auf Grundlage der Wirtschaftszweige berechnet, d.h. b_k stellt die Sektoranteile dar. Fraglich ist allerdings, ob ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige und den Arbeitszeitveränderungen besteht, da die Arbeitszeit in der Regel weniger durch die Zugehörigkeit zu einem Wirtschaftszweig, als vielmehr durch die Art der Tätigkeit bestimmt wird. So sind beispielsweise Verwaltungstätigkeiten oder Tätigkeiten im Verkauf, unabhängig davon in welcher Branche sie auftreten, häufiger in Form von Teilzeitarbeit oder auch geringfügiger Beschäftigung organisiert als Führungs- oder Forschungsaufgaben. Alternativ zu den Wirtschaftssektoren könnte daher auch die Veränderung der Berufsstruktur verwendet werden. Bei der Berechnung der Veränderung der Berufsstruktur zwischen 1991 und 1995 auf Basis des Mikrozensus tritt jedoch das Problem auf, daß sich die Klas-

sifikation der Berufe zwischen diesen beiden Beobachtungspunkten derart verändert hat, daß ein intertemporaler Vergleich der Berufsstruktur nicht uneingeschränkt möglich ist.¹⁵ In dieser Analyse beschreiben wir den strukturellen Wandel der west- und ostdeutschen Wirtschaft deshalb anhand der Veränderung der überwiegend ausgeübten Tätigkeit (Abschnitt 4.1). Inwiefern ein Zusammenhang zwischen der Tätigkeit und der Verbreitung der ausgewählten Arbeitszeitformen besteht, wird in Abschnitt 4.2 dargestellt. Anschließend wird mit Hilfe der Shift-share Analyse berechnet, welche Rolle der Tätigkeitswandel für die Veränderung der Teilzeitquote, der Häufigkeit von Überstunden und der Wochenendarbeit spielt (Abschnitt 4.3).

4.1 Die Tätigkeitsstruktur der Beschäftigten in West- und Ostdeutschland

Der Mikrozensus enthält relativ detaillierte Angaben über die Art der überwiegend ausgeübten Tätigkeit der Erwerbstätigen. Die Art der Tätigkeit wird mit Hilfe der folgenden Kategorien beschrieben:

1. Maschinen einrichten/einstellen: Technische Anlagen steuern, bedienen, einrichten oder warten (auch DV-/NC-/CNC-Anlagen);
2. Gewinnen/Herstellen: Anbauen, Züchten, Hegen, Gewinnen, Abbauen, Kochen, Bauen, Ausbauen, Installieren, Montieren;
3. Reparieren: Ausbessern, Restaurieren;
4. Handeln: Kaufen/Verkaufen, Kassieren, Vermitteln, Beraten, Werben;
5. Verwaltungsarbeiten: Schreibarbeiten, Kalkulieren, Buchen, Programmieren;
6. Technisches Büro: Analysieren, Messen, Erproben, Forschen, Planen, Konstruieren, Zeichnen;
7. Kontrollieren: Disponieren, Koordinieren, Organisieren, Führen, Leiten, Management;
8. Bewirten, Herbergen, Bügeln, Reinigen/Abfall beseitigen, Packen, Transportieren, Sortieren, Ablegen, Fahrzeuge steuern;
9. Sichern, Bewachen (Arbeitssicherheit, Werkschutz, Verkehrsregelung), Gesetze/Vorschriften anwenden/auslegen, Beurkunden;
10. Lehren/Ausbilden: Beratend Helfen, Pflegen, Medizinisch/Kosmetisch Behandeln, Publizieren, Unterhalten, Vortragen, Informieren.

Diese Klassifizierung bezieht sich ausschließlich auf die dominierende Aktivität des Erwerbstätigen und läßt Unterschiede in der betrieblichen Hierarchie oder der Branche völlig unberücksichtigt. In Tabelle 5 sind die Anteile der verschiedenen Tätigkeiten in den Jahren 1991, 1993 und 1995 dargestellt. Insbesondere in Ostdeutschland ist der Anteil der

¹⁵ Das Statistische Bundesamt hat einen Umsteigeschlüssel der Berufe 1992 zu der Klassifikation 1975/70 erarbeitet. Eine vollständige Vergleichbarkeit ist allerdings auch mit dieser Umrechnungstabelle nicht gewährleistet (STATISTISCHES BUNDESAMT, 1992).

Erwerbstätigen, die Maschinen einrichten oder einstellen, stark gesunken. In den alten Bundesländern sank außerdem die Bedeutung der Tätigkeiten „Gewinnen/Herstellen“. Dies zeigt, daß produzierende Tätigkeiten im Zeitablauf abgenommen haben. In den neuen Bundesländern ist jedoch eine Zunahme der Kategorie „Gewinnen/Herstellen“ festzustellen, was vermutlich in erster Linie auf den im Jahr 1995 noch boomenden ostdeutschen Bausektor zurückzuführen ist. Eindeutig zugenommen haben in beiden Regionen Tätigkeiten im Bereich Kauf und Verkauf sowie die Schreibearbeiten. Auch Tätigkeiten wie Erziehen, Lehren und Ausbilden haben in West- und Ostdeutschland an Bedeutung gewonnen. Diese Entwicklung steht vermutlich in Zusammenhang mit dem steigenden Qualifikationsniveau und der zunehmenden beruflichen Weiterbildungsaktivität der deutschen Erwerbspersonen (Steiner et al., 1998). Auffallend ist allerdings der Rückgang von Führungstätigkeiten sowie den Tätigkeiten „Analysieren, Messen, Prüfen“ in den neuen Bundesländern. Dies könnte eventuell auf den Abbau des aufgeblähten Führungsapparats in den ehemaligen ostdeutschen Kombinatn zurückgeführt werden. Insgesamt zeigt sich, daß die zunehmende Tertiärisierung der Wirtschaft sehr gut anhand der Veränderung der Tätigkeitsstruktur nachgezeichnet werden kann.

Tabelle 5: Struktur der überwiegend ausgeübten Tätigkeiten in West- und Ostdeutschland (in Prozent)

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1991	1993	1995	1991	1993	1995
Maschinen einrichten/einstellen	8,2	7,7	7,7	8,3	6,3	5,7
Gewinnen/Herstellen	18,3	17,6	16,2	18,4	18,5	19,4
Reparieren	6,1	6,0	6,0	8,9	8,9	8,8
Kaufen/Verkaufen, Verhandeln	10,7	10,7	11,2	8,9	10,6	11,2
Schreibearbeiten	18,0	18,3	18,4	14,3	15,1	14,8
Analysieren, Messen, Prüfen	5,2	5,2	5,3	4,8	3,9	3,6
Führen, Leiten, Organisieren	6,5	6,7	6,6	7,7	6,9	6,4
Bewirten, Beherbergen	11,7	11,6	11,7	12,0	11,9	11,6
Sichern, Bewachen	3,4	3,2	3,1	2,8	3,0	3,4
Erziehen, Lehren, Ausbilden	12,0	13,0	13,9	14,0	15,0	15,1
Erwerbstätige (in Tsd.)	27.505	27.827	27.456	7.152	6.120	6.349

Quelle: Eigene Auswertungen der Mikrozensus 1991 und 1995; 70%-Stichprobe des ZEW (hochgerechnet auf die Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 Jahren).

4.2 Der Zusammenhang zwischen den ausgewählten Arbeitszeitformen und den Tätigkeiten

Ausgehend von den beobachteten Veränderungen der überwiegend ausgeübten Tätigkeiten kann nun untersucht werden, wie dadurch die Arbeitszeitstruktur beeinflusst wird. So

gewinnen beispielsweise aufgrund des beobachtbaren Strukturwandels gerade jene Arbeitszeitformen an Bedeutung, die im Kauf und Verkauf, bei Schreibtätigkeiten oder im Lehrbereich besonders verbreitet sind. Um einen ersten Eindruck von der Bedeutung des Strukturwandels für die Veränderung der Arbeitszeiten zu vermitteln, sind in Tabelle 6 die Teilzeitquoten im Jahr 1991 differenziert nach den verschiedenen Tätigkeitsfeldern aufgezeigt. Auch für die anderen Arbeitszeiten sind entsprechende Quoten zu Beginn der Beobachtungsperiode ausgewiesen.

Tabelle 6: Teilzeitarbeit, Wochenendarbeit und Überstunden nach Tätigkeitsmerkmalen (in Prozent)

	Teilzeitarbeit 1991		Wochenendarbeit 1993		Überstunden 1991	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Maschinen einrichten/einstellen	2,5	0,8	13,8	23,4	5,9	3,7
Gewinnen/Herstellen	6,9	2,2	22,4	13,6	4,9	4,3
Reparieren	3,4	1,4	13,8	9,5	6,2	4,4
Kaufen/Verkaufen, Verhandeln	23,2	10,0	45,5	46,8	5,5	7,4
Schreibarbeiten	21,2	5,7	6,4	5,0	5,1	4,7
Analysieren, Messen, Prüfen	7,0	4,2	8,9	6,6	9,1	4,7
Führen, Leiten, Organisieren	3,1	1,2	19,0	19,2	14,6	10,8
Bewirten, Beherbergen	25,0	7,2	31,4	30,9	5,2	9,1
Sichern, Bewachen	4,1	2,1	30,0	42,2	5,4	4,9
Erziehen, Lehren, Ausbilden	22,5	7,1	33,9	25,3	5,4	4,1
<i>Anteil insgesamt</i>	14,3	4,5	22,6	20,8	6,1	5,7
<i>Erwerbstätige in der jeweiligen Arbeitszeitform (in Tsd.)</i>	3.931	322	6.286	1.276	1.683	405

Quelle: Eigene Auswertungen der Mikrozensus 1991 und 1995; 70%-Stichprobe des ZEW (hochgerechnet auf die Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 Jahren).

Die höchste Teilzeitquote zeigt sich bei Tätigkeiten, bei denen man überwiegend kauft und verkauft, Kunden berät und mit Werbeaufgaben beschäftigt ist. Da diese Tätigkeiten auch gesamtwirtschaftlich an Bedeutung gewonnen haben (vgl. Tabelle 5), führt dies ceteris paribus zu einer gesamtwirtschaftlichen Ausweitung der Teilzeitarbeit. Dies gilt ebenso für die Schreibtätigkeiten und den Bildungsbereich, die ebenfalls überdurchschnittlich hohe Teilzeitquoten aufweisen. Bewirten und Beherbergen sind zwar Tätigkeiten, die besonders häufig als Teilzeitarbeit organisiert sind, allerdings ist ihre gesamtwirtschaftliche Bedeutung nicht gestiegen.

Die Verbreitung von Überstunden schwankt in Westdeutschland bei den meisten Tätigkeiten zwischen 5 und 6 Prozent. In den neuen Bundesländern liegt sie etwas niedriger. Wie zu erwarten, sind Führungskräfte deutlich häufiger von Überstunden betroffen. In

den neuen Bundesländern gilt dies ebenfalls für die Tätigkeiten „Bewirten, Beherbergen“. Da die relative Bedeutung dieser Tätigkeiten gesunken ist, deutet dies eher auf einen negativen Struktureffekt hin, d.h. unter der Annahme konstanter Inzidenz innerhalb der Tätigkeitsfelder wäre die gesamtwirtschaftliche Verbreitung von Überstunden in Ostdeutschland *ceteris paribus* gesunken. Im Gegensatz dazu wirkt sich die Ausweitung der Kauf- und Verkaufstätigkeiten auch hinsichtlich der Bedeutung der Überstunden positiv aus. Diese groben Befunde weisen darauf hin, daß der Struktureffekt kaum eine Bedeutung für die Veränderung der Inzidenz der Überstunden hat.

Wochenendarbeit tritt am häufigsten bei Beschäftigten auf, die im Verkauf und Einkauf tätig sind. Auch die typischen Dienstleistungstätigkeiten „Bewirten, Beherbergen“, „Sichern und Bewachen“ sowie die Lehrtätigkeiten sind in West- und Ostdeutschland überdurchschnittlich oft mit Wochenendarbeit verbunden. Da diese Tätigkeiten im Zuge der zunehmenden Tertiärisierung eher an Bedeutung gewonnen haben, ist zu vermuten, daß der Struktureffekt bei der Ausweitung der Wochenendarbeit größer ausfällt als bei den anderen Arbeitszeitformen.

Die hohe Varianz der tätigkeitsbezogenen Teilzeitquoten weist darauf hin, daß eine hohe Korrelation zwischen der Art der Tätigkeit und der damit verbundenen Arbeitszeit besteht und die Tätigkeitsstruktur somit eine sinnvolle Basis für die Shift-share Analyse der Teilzeitquote darstellt. Dies gilt ebenfalls für die Wochenendarbeit. Die Verbreitung der Überstunden schwankt zwar weniger zwischen den verschiedenen Tätigkeiten, es existieren aber dennoch einige deutlich Unterschiede.

4.3 Die Shift-share Analyse der ausgewählten Arbeitszeitformen

Abschließend werden nun die Anteile des Struktur- und Diffusionseffekts der Veränderungen der Teilzeitquote und Verbreitung von Überstunden sowie der Wochenendarbeit berechnet. In den ersten beiden Spalten von Tabelle 7 sind die Anteile der Erwerbstätigen mit einer bestimmten Arbeitszeitform an allen Erwerbstätigen am Anfang der jeweiligen Beobachtungsperiode und im Jahr 1995 dargestellt. Die Differenzen (in Prozentpunkten) werden dann aufgeteilt, in die Veränderungen, die durch den Struktureffekt, den Diffusionseffekt und den Interaktionsterm verursacht werden.

Tabelle 7: Komponenten der Arbeitszeitdynamik

	Anteil im Basisjahr ^a	Anteil 1995	Differenz	Struktur-effekt	Diffusions-effekt	Interaktions-term
<i>Teilzeitarbeit</i>						
West	14,29	16,52	2,23	0,49	1,68	0,06
Ost	4,50	5,59	1,09	0,26	0,81	0,02
<i>Überstunden</i>						
West	6,12	6,54	0,42	0,01	0,41	0
Ost	5,67	10,88	5,21	-0,12	5,33	0
<i>Wochenendarbeit</i>						
West	22,59	23,28	0,67	0,22	0,49	-0,03
Ost	20,84	21,73	0,89	0,26	0,63	0

Anmerkung: ^a Bei der Teilzeitarbeit und den Überstunden ist das Basisjahr 1991 und bei der Wochenendarbeit 1993.

Quelle: Eigene Auswertungen auf Basis der Mikrozensus 1991, 1993, 1995; 70%-Stichprobe des ZEW.

In Westdeutschland ist die Teilzeitquote zwischen 1991 und 1995 um 2,2 Prozentpunkte gestiegen, in den neuen Bundesländern nur um 1,1 Prozentpunkte. In beiden Regionen kann der Tätigkeits- bzw. Strukturwandel nur knapp ein Viertel der Dynamik der Teilzeitarbeit erklären. Wäre die Bedeutung von Teilzeitarbeit innerhalb der zehn Tätigkeitsfelder zwischen 1991 und 1995 konstant geblieben, hätte sich die Teilzeitquote in Westdeutschland um 0,5 Prozentpunkte und in den neuen Bundesländern sogar nur um 0,26 Prozentpunkte erhöht. Der überwiegende Teil der Veränderung resultiert aus der zunehmenden Verbreitung der Teilzeitarbeit innerhalb der verschiedenen Tätigkeitsfelder. Diese Entwicklung kann beispielsweise durch den Wunsch nach mehr Zeitsouveränität der Individuen und/oder das zunehmende Angebot an Teilzeitstellen seitens der Unternehmen ausgelöst werden. Auch die Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit spielt in diesem Zusammenhang vermutlich eine wichtige Rolle.

Dieses Ergebnis entspricht in etwa dem Befund von Walwei und Werner (1995). Sie untersuchten die Bedeutung des Strukturwandels für die Entwicklung der Teilzeitquote zwischen 1983 und 1992 auf Basis der Europäischen Arbeitskräftestichprobe. Allerdings verwenden die Autoren ein sehr grobes Maß für die strukturellen Veränderungen, da sie im Rahmen ihrer Shift-share Analyse den Strukturwandel nur anhand der sektoralen Verschiebung zwischen der Landwirtschaft, dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor messen. Diese Vereinfachung könnte ein Grund dafür sein, daß der Struktureffekt bei Walwei und Werner (1995) etwas geringer ausfällt als bei der Shift-share Analyse auf Basis der Tätigkeitsstruktur.

Der Anteil der Erwerbstätigen, die in der Berichtswoche Überstunden gearbeitet haben, ist in den alten Bundesländern zwischen 1991 und 1995 nur geringfügig gestiegen. In den

neuen Bundesländern hat sich ihr Anteil jedoch verdoppelt. Dabei wird die Erhöhung der Inzidenz von Überstunden vollkommen durch die zunehmende Verbreitung der Mehrarbeit innerhalb der verschiedenen Tätigkeitsfelder verursacht. Wenn die Sektorstruktur in den neuen Bundesländern während des Untersuchungszeitraumes konstant geblieben wäre, hätte sich der Anteil der Personen, die regelmäßig Überstunden arbeiten, sogar um 5,3 Prozentpunkte erhöht. Der zunehmende Tertiärisierung bewirkte hingegen, daß die allgemeine Ausweitung der Überstunden etwas gebremst wurde.

Auch hinsichtlich der Wochenendarbeit besteht in den neuen Bundesländern eine stärkere Dynamik als in Westdeutschland. Im Vergleich zu den anderen Arbeitszeitformen sind die Veränderungen aber relativ gering. Die Veränderungen liegen sowohl in den alten, als auch in den neuen Bundesländern unter einem Prozentpunkt. Ebenso wie bei der Teilzeitarbeit und den Überstunden dominiert auch hier der Diffusionseffekt. Allerdings hat der Tätigkeitswandel einen größeren Einfluß auf die Wochenendarbeit als auf die anderen Arbeitszeitformen. Er verursacht zumindest fast ein Drittel der gesamten Veränderung. Dieser Befund ist darauf zurückzuführen, daß der Handel und die sonstigen Dienstleistungssektoren, die im Zuge der Tertiärisierung an Bedeutung gewonnen haben, von häufiger Wochenendarbeit geprägt sind.

5. Schlußfolgerungen

Ziel dieser Analyse war es zum einen, die neuere Entwicklung der Arbeitszeitflexibilisierung nachzuzeichnen. Daher wurden auf Basis der Mikrozensen aus den Jahren 1991, 1993 und 1995 die Verbreitung der Teilzeitarbeit, der Überstunden und der Wochenendarbeit, dargestellt. Da die individuelle Arbeitszeit neben anderen Faktoren auch vom Niveau der Berufsbildung beeinflusst wird, unterscheiden wir in unseren Analysen zusätzlich nach der beruflichen Qualifikation. Zudem betrachten wir getrennt die Entwicklung in West- und Ostdeutschland und unterscheiden zwischen Männern und Frauen.

Ebenso wie in anderen Studien zeigt sich, daß die Verbreitung der drei ausgewählten Arbeitszeitformen zwischen 1991 und 1995 insgesamt zugenommen hat. Dabei bestehen große Unterschiede in der Bedeutung bestimmter Arbeitszeitmodelle zwischen den alten und neuen Bundesländern und den Geschlechtern. Auch das Qualifikationsniveau steht in einem engen Zusammenhang mit der Bedeutung und Entwicklung bestimmter Arbeitszeiten.

Zum zweiten wird in dieser Studie der Frage nachgegangen, inwieweit die zunehmende Tertiärisierung der Wirtschaft den Wandel der Arbeitszeiten beeinflusst hat. Hierzu wird die gesamtwirtschaftliche Veränderung der Teilzeitquote, die Verbreitung von Überstunden und Wochenendarbeit mit Hilfe der Shift-share Analyse in verschiedene Komponen-

ten zerlegt. Insgesamt wird deutlich, daß nur etwa ein Viertel der Ausweitung der Teilzeitarbeit und ein Drittel der Zunahme der Wochenendarbeit auf den Strukturwandel zurückgeführt werden kann. Die restliche Veränderung basiert auf dem Wandel der Produktionsprozesse, der Deregulierung der Arbeitszeiten und den Präferenzänderungen der Individuen. Der starke Anstieg der ostdeutschen Beschäftigten, die regelmäßig Überstunden leisten, ist nahezu vollkommen auf diesen Diffusionseffekt zurückzuführen.

Korrespondenzadresse

Elke Wolf
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW)
Postfach 10 34 43
68034 Mannheim
wolf@zew.de

Literatur

- Bispinck, R., 1996: Immer kürzer und immer flexibler. Tarifliche Regelungen zur Arbeitszeit und ihrer Gestaltung, Informationen zur Tarifpolitik Nr. 23. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI). Düsseldorf.
- Klenner, C./Ochs, C./Seifert, H., 1997: Deregulierung im Arbeitsrecht: Lockerung des Sonntagsarbeitsverbots. WSI-Mitteilungen, Heft 8: 582-594.
- Kölling, A., 1997: Überstunden als dauerhafte Anpassung der Arbeitsnachfrage. Theoretische Überlegungen und empirische Überprüfungen anhand von Daten aus dem IAB-Betriebspanel. S. 205-226 in: Jürgen Kühl et al. (Hrsg.): Die Nachfrage des Arbeitsmarktes. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 204. Nürnberg.
- Kohler, H./Spitznagel, E., 1996: Überstunden in Deutschland. IAB-Werkstattbericht 4/96.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1997: Wachstum, Beschäftigung, Währungsunion – Orientierung für die Zukunft. Jahresgutachten 1997/98. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Schilling, G./Bauer, F./Groß, H., 1996: Arbeitszeiten, Arbeitswünsche und Zeitverwendung in Deutschland. WSI-Mitteilungen: 432-441.
- Statistisches Bundesamt, 1992: Klassifikation der Berufe – Systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Statistisches Bundesamt, 1996: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Fachserie 1, Reihe 4.1.1. Stuttgart: Metzler-Poeschel.

Steiner, V./Wolf, E./Egeln, J./Almus, M./Schrumpf, H./Feldotto, P., 1998: Strukturanalyse der Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländer. ZEW-Wirtschaftsanalysen, Bd. 30. Baden-Baden.

Van Bastelaer, A./Lemaitre, G./Marianna, P., 1997: The Definition of Part-Time Work For The Purpose of International Comparisons. Labour Market And Social Policy Occasional Papers, No. 22, OECD. Paris.

Walwei, U./Werner, H., 1995: Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung im internationalen Vergleich. Ursachen, Arbeitsmarkteffekte und Konsequenzen. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 3: 365-382.

TEIL II: HAUSHALTE UND FAMILIEN

FAMILIENLEBENSZYKLUS UND ERWERBSBETEILIGUNG DER EHEPARTNER IN EHEN MIT KINDERN IN WEST- UND OSTDEUTSCHLAND¹

DIETMAR DATHE

Das Verständnis der Beziehungen zwischen Familienzyklus und Arbeitsangebot ist aus einer Reihe von theoretischen und praktischen Gründen heraus von Bedeutung. Von Ökonomen und Demographen sind unterschiedliche Modelle des Zusammenhangs von Familie und Arbeitsmarkt entwickelt worden. Dieser Beitrag konzentriert sich auf ein Familienphasenkonzept, wie es von der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg entwickelt wurde, operationalisiert auf der Basis des Mikrozensus 1995.

Die Resultate verdeutlichen die Bedeutung einer hohen Beschäftigungsquote von Frauen. Insbesondere in Ostdeutschland (mit einer hohen Beschäftigungsquote) zeigt sich, daß der negative Effekt von Kindern auf die Familieneinkommen deutlich geringer ist. Demgegenüber ist in Westdeutschland die Beschäftigungsquote verheirateter Frauen niedriger und der Anteil von Haushalten mit einem männlichen Alleinverdiener höher.

An understanding of the relationship between family life cycle and labor supply is important for a number of theoretical and practical reasons. Economists and demographers have developed a variety of models linking the family and the labor market. This paper focuses on the family life cycle concept developed by the Familienwissenschaftliche

¹ Der Beitrag entstand im Rahmen des DFG-Projektes „Individuum, Familie und Gesellschaft“ am Lehrstuhl Mikrosoziologie der Humboldt-Universität zu Berlin (Projektleiter: Prof. Dr. Hans Bertram).

Forschungsstelle (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg), it is operationalized for the 1995 German microcensus.

The results show the importance of a high female employment rate. Especially in East-Germany (with a high female employment rate) the negativ effect of children on the family income is quite small. West-Germany has a relatively low employment rate of married women and a relatively high share of traditional male-breadwinner households.

Vorbemerkung

Die folgende Analyse stützt sich auf das von der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg entwickelte Familienphasenkonzept (siehe Eggen im vorliegenden Band). Im Unterschied zu dem Beitrag von Eggen, wird in diesem Beitrag die Veränderung der Erwerbsbeteiligung der Ehepartner in Ehen mit Kindern im Verlauf des Familienphasenzyklus in einem West-Ost-Vergleich untersucht. Im Mittelpunkt steht das Verhältnis von Allein-Versorger- und Doppel-Verdiener-Modell sowie Voll- und Teilzeittätigkeit. Darüber hinaus wird auf die Frage eingegangen, welchen Einfluß die Nachfrageseite auf die Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen, besitzt und welchen Stellenwert geringfügige Beschäftigungsverhältnisse für die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf haben.

1. Die „Abbildung“ einer Familienbiographie mit Hilfe eines Phasenmodells

Die kontroverse Debatte um den Zehnten Kinder- und Jugendbericht (Deutscher Bundestag 1998) hat noch einmal die wirtschaftlich-soziale Lage von Familien mit Kindern, zugespitzt auf das Problem der Armut von Kindern, in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Neben Alleinerziehenden sehen sich auch Ehepaare mit Kindern ökonomisch schwierigen Lebenssituationen gegenüber. Bei der alleinigen Differenzierung nach Anzahl der Kinder besteht die Gefahr, das soziale Gefälle, wie es aus der phasenabhängigen Differenzierung der Erwerbsbeteiligung verheirateter Mütter resultiert, gerade mit Blick auf junge Ehepaare zu unterzeichnen und somit auch für ältere Ehepaare zu überzeichnen. Die durchaus differenzierte Lebenssituation in Abhängigkeit von der jeweiligen Familienphase „verschwindet“ gewissermaßen hinter einem Durchschnittswert (auch in bezug auf Paare ohne Kinder).

In diesem Zusammenhang sind verschiedene Ansätze entwickelt worden, die wirtschaftlich-soziale Situation von Familien mit Kindern anhand von Familienzyklen bzw. -phasen genauer abzubilden.² Als ein „Basiskonzept“ kann das von der WHO entwickelte 6-Phasen-Modell des Familienzyklus betrachtet werden (vgl. Stutzer u.a. 1992). Die Kritik an diesem Modell richtet sich vor allem darauf, daß die Abgrenzungskriterien zwischen den einzelnen Phasen selbst relativ undifferenziert definiert sind. Deshalb ist das Familienzyklusmodell durch weitere Phasen untersetzt bzw. erweitert worden. Als Nachteil einer Reihe dieser Modelle ist hervorzuheben: „Die Phasenabgrenzungen werden meist nur aufgrund theoretischer Ableitungen oder Plausibilitätsüberlegungen gewählt, nicht jedoch auch auf ihre empirische Trennschärfe untersucht“ (Galler/Ott 1993: 138f.).

Die Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg hat ein Phasenmodell entwickelt, worin die Kriterien der Phasenabgrenzung auch hinsichtlich ihrer empirischen Relevanz, das heißt, der tatsächlichen Zuordbarkeit von Haushalten/Familien, überprüft wurde. Dieses Modell, welches im folgenden auch herangezogen wird, stützt sich hinsichtlich seiner Operationalisierung auf Mikrozensus-Daten.³

Im Unterschied zu dem Beitrag von Eggen im vorliegenden Band, erfolgt eine Einschränkung in der Weise, daß nur Ehepaare in die Untersuchung aufgenommen wurden, deren *Familienbezugsperson* (zum Zeitpunkt der Befragung) Angestellter oder Arbeiter als Stellung im Beruf angaben und *Familienbezugspersonen*, die vor Unterbrechung bzw. Beendigung ihrer Erwerbstätigkeit eine entsprechende berufliche Stellung innehatten. Diese Eingrenzung war deshalb notwendig, weil sich vor allem bei der Gruppe der Selbständigen zeigt, daß zwischen der Selbsteinstufung als Voll- oder Teilzeitbeschäftigter und der üblicherweise bzw. tatsächlich geleisteten Wochenarbeitszeit eine sehr große Inkongruenz besteht. Auf die Darstellung dieser Forschungsergebnisse wird hier aus Platzgründen verzichtet.

Basis der Auswertung bildet die Bevölkerung am Familienwohnsitz, unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Familienbezugsperson.

Der Anteil der Ehepaare mit Kindern, auf die die erläuterte Eingrenzung zutrifft, liegt in den alten Bundesländern bei 74 Prozent und in den neuen Ländern bei 87 Prozent.

² Ein Überblick über die verschiedenen Ansätze findet sich bei Galler/Ott (1993).

³ Für eine ausführliche Darstellung des Familienphasenkonzepts der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg vgl. Eggen 1998; Stutzer u.a. 1992.

2. Erwerbsbeteiligung der Ehepartner in den einzelnen Familienphasen

Ehepaare mit Kindern nach Familienphasen

Von den Ehepaaren, deren Bezugsperson derzeit oder ehemals abhängige Beschäftigte (ohne Beamte) sind, wurden nur jene in die Untersuchung aufgenommen, in deren Haushalt (neben den Kindern) keine weiteren verwandten oder nichtverwandten Personen lebten (Ehepaare im engeren Sinne). Von diesen Ehepaaren im engeren Sinne konnten wiederum nur jene Gegenstand der Analyse sein, über die Informationen zur Höhe der Familiennettoeinkommen und Informationen über das Eheschließungsjahr vorlagen.⁴

Tabelle 1: Ausgewählte Strukturangaben für Ehepaare mit Kindern (Familienbezugsperson: derzeit oder ehemals abhängig Beschäftigte, ohne Beamte; Bevölkerung am Familienwohnsitz)

	Alte Länder		Neue Länder	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Ehepaare mit Kindern¹⁾				
Insgesamt	6.228	100	1.654	100
davon:				
im engeren Sinne	6.054	97,2	1.622	98,1
mit Einkommensangaben	5.597	89,9	1.533	92,7
mit Eheschließungsjahr	5.254	84,4	1.488	90,0
Ehepaare	5.254	100	1.488	100
Darunter in Familienphasen	4.693	89,3	1.301	87,4
davon:				
Gründungsphase		3,4		1,1
Aufbauphase		24,9		18,7
Stabilisierungsphase		24,6		31,7
Konsolidierungsphase		29,6		34,3
Umorientierungsphase		17,5		14,2
Insgesamt		100		100

1) Ledige Kinder ohne Altersbegrenzung. Datenbasis für diese und folgende Tabellen und Abbildungen: Mikrozensus 1995.

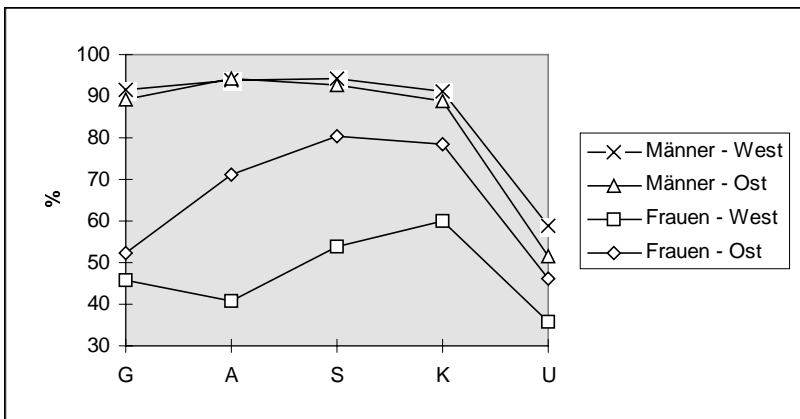
⁴ Erstere Einschränkung resultiert daraus, daß entweder keine Angaben zum Einkommen gemacht wurden oder die Ehefrau bzw. Kinder (Kind) in ihrer Haupttätigkeit selbständige Landwirte oder mithelfende Familienangehörige sind, für diese Haushalte entfiel die Einkommensangabe. Die zweite Einschränkung resultiert daraus, daß die Auskunft über das Eheschließungsjahr freiwillig erfolgt.

Die Konstruktion der einzelnen Familienphasen anhand dem Alter der Ehefrau, Eheschließungsjahr, Alter des ältesten bzw. jüngsten Kindes (vgl. Eggen im vorliegenden Band) führt zu einer weiteren Reduzierung der Auswertungsfälle. Die in Tabelle 1 ausgewiesenen *Ehepaare in Familienphasen* bilden die Grundlage aller weiteren im Text dargestellten Auswertungen.

Erwerbstätigkeit der Ehepartner im Verlauf der Familienbiographie⁵

Die Erwerbsbeteiligung der männlichen Ehepartner unterscheidet sich zwischen West- und Ostdeutschland kaum, oder anders ausgedrückt: das Alter der Kinder hat auf das Arbeitsangebot der männlichen Ehepartner in beiden Landesteilen keinen Einfluß. Der Rückgang der Erwerbsbeteiligung in der *Umorientierungsphase* hat (wie bei den Ehefrauen) vor allem altersbedingte Ursachen (Abbildung 1).

Abbildung 1: Erwerbstätigenquoten der Ehepartner in Ehen mit Kindern nach Familienphasen (in Prozent)



Demgegenüber fallen die Unterschiede bei Ehefrauen mit Kindern zwischen West- und Ostdeutschland sehr deutlich aus. Während die Erwerbstätigenquoten in der *Gründungsphase* (das älteste Kind ist jünger als drei Jahre) sich nur relativ geringfügig unterscheiden (West:

⁵ Entsprechend dem sogenannten Labour-Force-Konzept gilt jede Person im Alter von 15 und mehr Jahren als erwerbstätig, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet hat.

45,6 Prozent; Ost: 52,2 Prozent), verläuft die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung in der *Aufbauphase* (das älteste Kind hat das Schulalter erreicht) gegensätzlich: die Quote sinkt in Westdeutschland auf 40,9 Prozent und steigt in Ostdeutschland auf 71,0 Prozent. Erst beginnend mit der *Stabilisierungsphase* (die Kinder sind dem Vorschulalter entwachsen) nimmt die Erwerbsbeteiligung westdeutscher verheirateter Mütter wieder zu. Jede zweite Ehefrau übt in dieser Phase eine Berufstätigkeit aus, die deutliche Diskrepanz zum Erwerbsverhalten ostdeutscher verheirateter Mütter (vier Fünftel sind erwerbstätig) bleibt aber auch in dieser Phase bestehen. In der *Konsolidierungsphase* (die ersten Kinder haben das Elternhaus bereits verlassen) stabilisiert sich die Erwerbstätigenquote ostdeutscher Ehefrauen, in Westdeutschland steigt sie noch einmal auf dann 60,1 Prozent an. In der abschließenden *Umorientierungsphase* (das Durchschnittsalter der Ehefrau beträgt 55 Jahre) sinkt der Anteil erwerbstätiger verheirateter Mütter auch in Ostdeutschland, liegt aber mit dann noch 46 Prozent um zehn Prozentpunkte höher als in Westdeutschland.

Voll- und Teilzeittätigkeit sowie geringfügige Beschäftigungsverhältnisse erwerbstätiger verheirateter Mütter

Abbildung 2 zeigt die Veränderung der Erwerbstätigenquoten insgesamt und die Anteile voll- und teilzeitbeschäftigter (Selbsteinstufung) verheirateter Mütter in West und Ost. Mit Ausnahme der *Gründungsphase* überwiegt in den alten Ländern in allen Familienphasen eine Teilzeitbeschäftigung. Demgegenüber ist der Anteil erwerbstätiger ostdeutscher Mütter nicht nur höher, sondern diese Erwerbstätigkeit wird gleichzeitig überwiegend als eine Vollzeitätigkeit ausgeübt.

Teilzeitbeschäftigung spielt bei verheirateten Vätern in West und Ost nur eine marginale Rolle. Insgesamt liegt die Teilzeitquote verheirateter Väter bei rund einem Prozent. Auch in der *Gründungsphase* weisen junge Väter mit 1,8 Prozent (alte) und 2,2 Prozent (neue Bundesländer) nur eine geringfügig höhere Teilzeitquote aus. Gleichzeitig arbeiten ostdeutsche teilzeitbeschäftigte Mütter deutlich länger (Abbildung 3). Untersucht man die von den teilzeitbeschäftigten (Selbsteinstufung) Frauen angegebene normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit, geben in der *Aufbau-* und *Stabilisierungsphase* rund 15 Prozent der Frauen an, normalerweise mehr als 30 Wochenstunden zu arbeiten. In den darauffolgenden Familienphasen steigt dieser Anteil nochmals auf rund 18 bzw. 19 Prozent an. Bei westdeutschen teilzeitbeschäftigten Müttern betraf dies lediglich ein bis zwei Prozent, nur in der *Gründungsphase* arbeiteten etwas über 5 Prozent mehr als 30 Stunden pro Woche.

Abbildung 2: Erwerbstätigenquoten verheirateter Mütter nach Familienphasen: Vollzeit-, Teilzeitbeschäftigung und insgesamt (in Prozent)

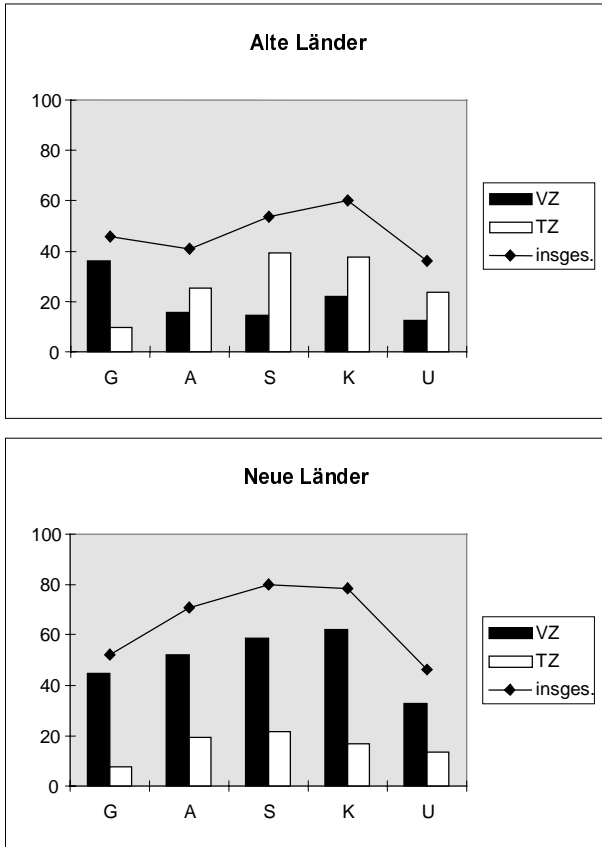
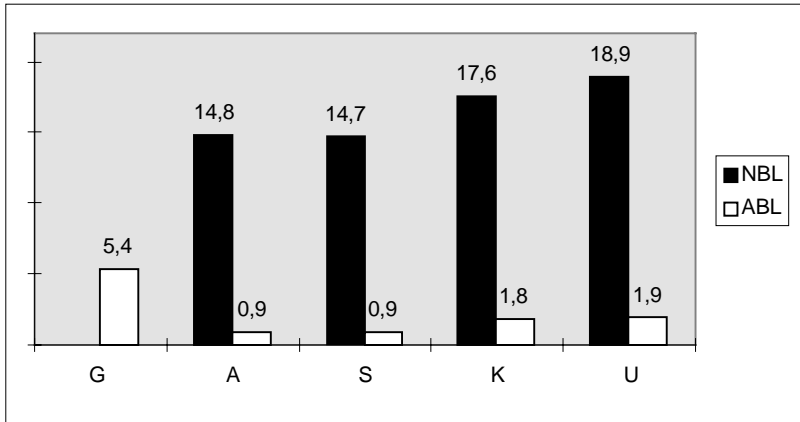


Abbildung 3: Anteil der teilzeitbeschäftigten verheirateten Mütter mit einer normalerweise geleisteten Wochenarbeitszeit von mehr als 30 Stunden (nach Familienphasen; in Prozent)¹



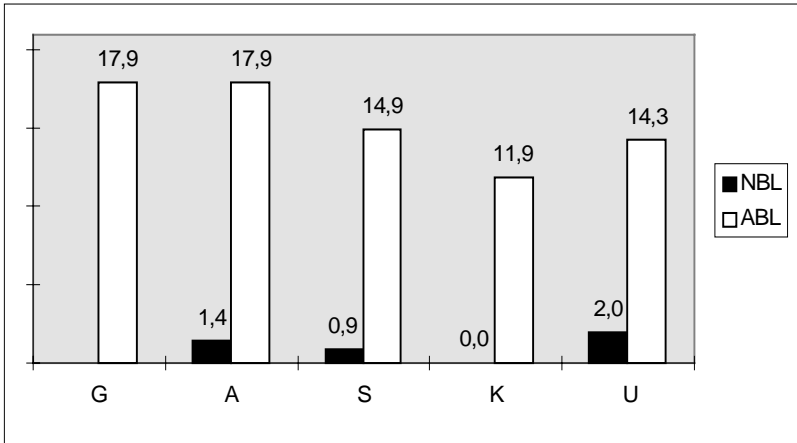
1) Die hochgerechnete Fallzahl der teilzeitbeschäftigten verheirateten Mütter aus den Neuen Bundesländern liegt in der *Gründungsphase* unter 5.000.

Unterschiede hinsichtlich der Teilzeitbeschäftigung verheirateter Mütter in West- und Ostdeutschland sind aber nicht nur auf die unterschiedlichen Teilzeitquoten und zeitlichen Umfang der Teilzeitarbeit beschränkt. Auch der Umstand, daß nur für 37 Prozent der teilzeitbeschäftigten Mütter (insgesamt) in den alten Bundesländern Erwerbstätigkeit die überwiegende Quelle des Lebensunterhaltes darstellt (gegenüber 96 Prozent in den neuen Bundesländern), verweist auf den „Zuverdienst“-Charakter weiblicher Erwerbstätigkeit in den alten Ländern. Diese Einschätzung wird auch durch Abbildung 4 unterstützt.

Rund 18 Prozent aller teilzeitbeschäftigten westdeutscher Mütter gaben in der *Gründungs-* bzw. *Aufbauphase* an, daß sie in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis arbeiten.⁶ Offensichtlich kommt geringfügiger Beschäftigung für die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf, insbesondere mit kleinen Kindern, eine wichtige Bedeutung zu. Darauf deutet auch das Sinken der Quote mit wachsendem Alter der Kinder hin. Erst in der letzten Phase steigt die Quote wieder leicht an.

⁶ Eine geringfügige Beschäftigung besteht dann, wenn die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit weniger als 15 Stunden beträgt bzw. eine Verdienstgrenze von 580/470 DM im Monat (Stand: 1995) nicht überschritten wird.

Abbildung 4: Anteil der teilzeitbeschäftigten verheirateten Mütter in geringfügiger Beschäftigung (nach Familienphasen; in Prozent)¹

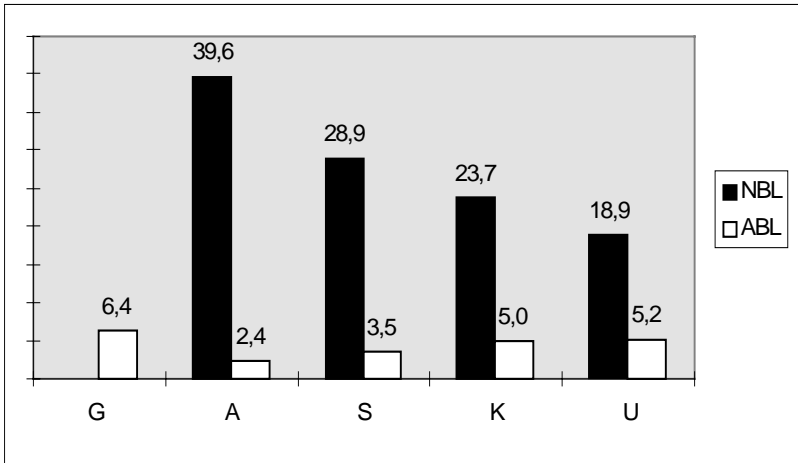


1) Die hochberechnete Fallzahl der teilzeitbeschäftigten verheirateten Mütter aus den Neuen Bundesländern liegt in der Gründungsphase unter 5.000.

In Ostdeutschland sind dagegen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse nur von untergeordneter Bedeutung (bei vollzeitbeschäftigten verheirateten Müttern sind sie generell von geringer Relevanz). Inwieweit diese Diskrepanz zwischen west- und ostdeutschen Müttern der Angebotsseite geschuldet ist (ostdeutsche Mütter wollen oder können keine geringfügige Beschäftigung akzeptieren) oder der Nachfrageseite (der Bedarf seitens der Unternehmen und von privaten Haushalten an derartigen Beschäftigungsverhältnissen ist in Ostdeutschland geringer), kann anhand der Anteilswerte nicht beurteilt werden.

Bedeutsam sind auch die Unterschiede hinsichtlich der Gründe für eine Teilzeittätigkeit. In Abbildung 5 ist derjenige Anteil der teilzeitbeschäftigten verheirateten Mütter abgebildet, die als Grund eine vergebliche Suche nach einer Vollzeitstelle angaben.

Abbildung 5: Anteil der teilzeitbeschäftigten verheirateten Mütter, die als Grund die vergebliche Suche nach einer Vollzeittätigkeit angeben (nach Familienphasen; in Prozent)¹



1) Die hochgerechnete Fallzahl der teilzeitbeschäftigten verheirateten Mütter aus den Neuen Bundesländern liegt in der Gründungsphase unter 5.000.

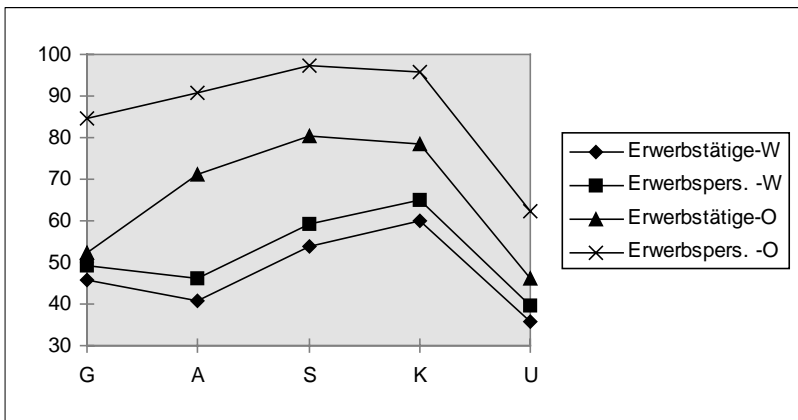
Die Werte zeigen sehr deutlich, daß Teilzeitarbeit von ostdeutschen verheirateten Müttern weit weniger als Modell der Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf Akzeptanz findet. Die Akzeptanz nimmt mit steigendem Alter der Kinder bzw. der Mütter in den neuen Ländern zwar etwas zu und gleichermaßen sinkt die Akzeptanz bei westdeutschen Müttern im Verlauf der Familienbiographie, trotzdem bleiben die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland in allen Familienphasen erheblich. Nur junge westdeutsche Mütter mit Kindern unter drei Jahren weichen hiervon etwas ab.

Gewünschte Erwerbsbeteiligung verheirateter Mütter

Die Frage bleibt zu beantworten, inwieweit der bisher dargestellte Zusammenhang zwischen Familienphasen und Arbeitsangebot der Ehefrauen auch dann noch gilt, wenn die *gewünschte* Erwerbsbeteiligung betrachtet wird. Für die Ermittlung der gewünschten Erwerbsbeteiligung erlaubt der Mikrozensus jene Gruppe von Frauen in die Analyse einzubeziehen, die jegliche Tätigkeit gegen Entgelt verneinen und gleichzeitig die Frage nach einer

derzeitigen Erwerbssuche bejahen (Erwerbslose).⁷ Für die Zuordnung als erwerbslos ist allein das Kriterium arbeitssuchend entscheidend, nicht aber das Kriterium arbeitslos (im Sinne einer Registrierung auf dem Arbeitsamt).⁸ Erwerbstätige und Erwerbslose bilden zusammen die Gruppe der Erwerbspersonen, davon zu unterscheiden sind die Nichterwerbspersonen, die keinerlei auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben und suchen. Die Differenz zwischen Erwerbstätigen- und Erwerbspersonenquote kann somit Auskunft über die tatsächliche und die gewünschte Erwerbsbeteiligung geben (Abbildung 6).

Abbildung 6: Erwerbstätigen- und Erwerbsquoten verheirateter Mütter (nach Familienphasen; in Prozent)



Für westdeutsche verheiratete Mütter würde sich der familienphasenabhängige Verlauf der Erwerbsbeteiligung, auch unter Berücksichtigung der gewünschten Erwerbsbeteiligung, nur geringfügig modifizieren. Dagegen weicht die gewünschte Erwerbsbeteiligung ostdeutscher verheirateter Mütter von der tatsächlichen Erwerbsbeteiligung deutlich ab. In der *Stabilisierungs-* und *Konsolidierungsphase* würden fast alle Frauen, wenn es denn ginge, einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Die Bereitschaft für eine freiwillige Aufgabe bzw. Unterbrechung der eigenen Berufstätigkeit ist für Ostdeutschland spätestens dann nicht mehr gegeben, wenn die Kinder das Schulalter erreicht haben. Aber auch in

⁷ Das Zutreffen des Kriteriums „Verfügbarkeit für eine neue Arbeitsstelle“ (aktive Schritte der Arbeitssuche innerhalb der letzten vier Wochen und Möglichkeit der Arbeitsaufnahme innerhalb von zwei Wochen) wurde nicht gesondert untersucht.

⁸ Diejenigen arbeitssuchenden Erwerbslosen, die nicht arbeitslos gemeldet sind, bilden die sogenannte aktive Stille Reserve (vgl. Fuchs 1998).

den davor liegenden Familienphasen ist es nur eine Minderheit der nichtwerbstätigen Frauen, die keine Arbeit aufzunehmen wünscht. Die gegebene Erwerbsbeteiligung von ostdeutschen Frauen wird demnach in allen Familienphasen weit stärker von der Nachfrageseite her beeinflusst als im Vergleich zur Erwerbsbeteiligung westdeutscher Mütter.

Eine solche Betrachtungsweise ist auch für die Fragestellung von Interesse, inwieweit sich das bisher gezeigte Beharrungsvermögens der Doppel-Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Ehepaare mit Kindern im Transformationsprozeß nur als temporärer „Sonderweg“ erweisen wird (siehe hierzu: Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998: 326ff.). Mit Blick auf die *Gründungsphase* wurde zum einen deutlich, daß sich die Erwerbsbeteiligung junger Mütter in West- und Ostdeutschland kaum noch unterscheidet. Die Differenz zwischen gegebener und gewünschter Erwerbsbeteiligung zeigt zum anderen: Könnten alle jungen Mütter in dieser Phase ihre Erwerbswünsche realisieren, läge die Erwerbstätigenquote in den neuen Ländern bei rund 85 Prozent und in den alten Ländern bei rund 50 Prozent. Das bedeutet aber auch, daß die Angleichung des Erwerbsverhaltens junger ostdeutscher Mütter an westdeutsche Muster, wie es die Erwerbstätigenquote nahelegt, vor allem durch die jetzt gleichen Arbeitsmarktbarrieren „erzwungen“ wird und nicht den tatsächlichen Erwerbswünschen ostdeutscher Frauen geschuldet ist.

3. Versorger- und Doppel-Verdiener-Modell

Erwerbskonstellationen von Ehepaaren mit Kindern im Familienphasenzyklus

Für die Typisierungen wohlfahrtsstaatlicher Regime ist gerade seitens der feministischen Wohlfahrtsstaatsforschung vorgeschlagen worden, hierzu die Verbreitung der *männlichen Versorgerehe* („male bread-winner-model“) zu nutzen. „Mit dem Modell der ‘Versorger-Ehe’ werden zwei Dimensionen der gesellschaftlichen Integration der Frauen zusammengefaßt: Zum einen der Grad der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der Bewertung häuslicher Reproduktionsarbeit und zum anderen die Art der sozialen Absicherung von Frauen während der Kinderphase“ (Bothfeld 1997: 5).

Im internationalen Vergleich gehört Westdeutschland zu der Gruppe der „strong bread-winner welfare states“ (so bei Fagan/Rubery 1996). Zwar sei das deutsche Versorgermodell nicht mehr mit einer lebenslangen Rolle der Mutter als Hausfrau (wie beispielsweise in Irland) gleichzusetzen, es impliziert aber die alleinige Betreuung der Kinder seitens der Mutter zumindest im Vorschulalter und die anschließende Integration auf dem Arbeitsmarkt vollzieht sich primär über Teilzeitarbeit. Das heißt, die Dominanz des männlichen Versorgers wird nicht in Frage gestellt. Diese Form privater Lebensführung wird auch unter dem Stichwort *modernisiertes Hausfrauenmodell* (Zukunftskommission der Fried-

rich-Ebert-Stiftung 1998: 322) diskutiert, was aber „nur eine Modifikation des bisherigen Modells darstellt“ (Bertram 1998: 30).

In Tabelle 2 sind die verschiedenen Erwerbskonstellationen von Ehepaaren mit Kindern in Ost- und Westdeutschland nach Familienphasen, hinsichtlich ihrer Anteilswerte, aufgeführt.

Tabelle 2: Erwerbsbeteiligung der Ehepartner in Ehen mit Kindern nach Familienphasen (Erwerbstätige nach Labour-Force-Konzept; in Prozent)

	Familienphasen:				
	G	A	S	K	U
<u>Alte Länder</u>					
beide erwerbstätig	42,2	38,5	51,1	56,0	26,6
davon					
- beide Vollzeit	32,9	13,6	12,8	19,7	8,7
- Frau Teilzeit	9,3	24,9	38,3	36,3	17,9
nur Ehemann	47,6	54,4	42,6	34,7	32,0
nur Ehefrau	3,0	2,1	2,4	3,9	9,1
beide nicht	7,2	5,0	3,9	5,4	32,3
insgesamt	100	100	100	100	100
<u>Neue Länder</u>					
beide erwerbstätig	48,9	67,1	75,8	71,3	33,7
davon					
- beide Vollzeit	40,2	51,7	54,2	55,3	23,2
- Frau Teilzeit	(8,7)	15,4	21,6	16,0	10,5
nur Ehemann	40,2	26,2	16,7	16,9	17,8
nur Ehefrau	(3,3)	3,8	4,4	7,1	12,3
beide nicht	(7,6)	2,9	3,1	4,7	36,2
insgesamt	100	100	100	100	100

(x): Hochgerechnete Fallzahl liegt unter 5.000.

Die Erwerbstätigenquoten werden unter Einschluß auch derjenigen Personen ermittelt, die in der Berichtswoche (24. bis 30. April) ihre Erwerbstätigkeit nicht ausüben, beispielsweise infolge Krankheit oder Urlaub. In der Mehrzahl der Fälle hat diese Differenzierung nur geringen Einfluß. Deutliche Unterschiede hinsichtlich der „tatsächlichen“ Erwerbstätigkeit in der Berichtswoche existieren aber gerade bei Müttern mit Kindern im Vorschulalter, vor allem hervorgerufen durch die Wahrnehmung des Mutterschafts- und Er-

ziehungsurlaubes.⁹ Lag die, wenn man so will, „nominelle“ Erwerbstätigenquote verheirateter westdeutscher Mütter in der *Gründungsphase* bei 45,2 Prozent, waren „tatsächlich“ nur 15,2 Prozent in der Berichtswoche erwerbstätig. Noch etwas geringer lag die Quote ostdeutscher verheirateter Mütter mit 14,1 Prozent. In der darauffolgenden *Aufbauphase* steigt in beiden Landesteilen der Anteil der in der Berichtswoche tatsächlich erwerbstätigen Mütter an: auf 30,3 Prozent in Westdeutschland, aber auf 64,4 Prozent in Ostdeutschland. Das heißt, die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit seitens verheirateter Mütter fällt in Ostdeutschland deutlich kürzer als in Westdeutschland aus.

Legt man die tatsächliche Erwerbsbeteiligung der verheirateten Mütter zugrunde, ergibt sich für die ersten beiden Familienphasen folgendes Bild (Tabelle 3).

Tabelle 3: Erwerbsbeteiligung der Ehepartner mit Kindern unter Berücksichtigung der „tatsächlichen“ Erwerbstätigkeit der Ehefrauen in der Gründungs- und Aufbauphase (in Prozent)

	Gründung		Aufbau	
	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder
beide erwerbstätig	13,3	(14,1)	28,4	60,8
davon				
- beide Vollzeit	6,1	(9,8)	6,7	43,3
- Frau Teilzeit	7,2	(4,3)	21,7	17,5
nur Ehemann	76,5	75,0	64,5	32,5
nur Ehefrau	(2,3)	0,0	(0,2)	3,4
beide nicht	7,9	(10,9)	6,9	3,3
insgesamt	100	100	100	100

(x): Hochgerechnete Fallzahl liegt unter 5.000.

Sieht man von der letzten Familienphase einmal ab, die vor allem durch das altersbedingte Ausscheiden aus dem Erwerbsleben geprägt wird, ist für Westdeutschland das Modell der modernisierten Hausfrauenehe bestimmend. Solange sich noch die Kinder im Vorschulalter befinden (*Gründungs-* und *Aufbauphase*), stellt die Ausübung einer Erwerbstätigkeit seitens der Frauen (unter Zugrundelegung der tatsächlichen Ausübung einer Erwerbstätigkeit in der Berichtswoche; vgl. Tabelle 3) eine Ausnahme dar. In der *Stabilisierungs-* und *Konsolidierungsphase* bilden Doppel-Verdiener-Ehen jeweils die

⁹ Eine genaue Bestimmung derjenigen Mütter, die sich im Erziehungsurlaub befinden, ist anhand des Mikrozensus 1995 nicht möglich. Von den Müttern in der *Gründungsphase*, die in der Berichtswoche nicht erwerbstätig waren, befanden sich 72,6 Prozent der westdeutschen und 88,6 Prozent der ostdeutschen Frauen im Mutterschaftsurlaub.

größte Gruppe. Innerhalb dieser Doppel-Verdiener-Ehen dominieren die Ehepaare, in denen der Mann vollzeit- und die Frau teilzeitbeschäftigt ist. In der *Stabilisierungsphase* entfielen drei Viertel aller Doppel-Verdiener-Ehen auf diese Erwerbskonstellation. Beginnen die ersten Kinder das Elternhaus zu verlassen (*Konsolidierungsphase*), geht der Anteil der modernisierten Hausfrauenehen an Doppel-Verdiener-Ehen auf rund 65 Prozent zurück.

Für Ehepaare mit Kindern in den neuen Bundesländern ist festzuhalten, daß der Rückzug aus dem Erwerbsleben oder die Zurückstellung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, nur in der ersten Familienphase das Erwerbsverhalten der verheirateten Mütter bestimmt (vgl. Tabelle 3). Danach dominiert das Doppel-Verdiener-Modell (mit Ausnahme der *Umorientierungsphase*). Sind beide Ehepartner erwerbstätig, dann üben im überwiegenden Maße beide Partner eine Vollzeittätigkeit aus: dies trifft für rund 70 Prozent der Doppel-Verdiener Paare in der *Aufbau-* und *Stabilisierungsphase* zu und in der *Konsolidierungsphase* für rund 80 Prozent. Aber auch dort, wo der Mann vollzeit- und die Frau teilzeitbeschäftigt ist, kann nur (darauf wurde schon hingewiesen) sehr eingeschränkt von der „klassischen“ Halbtagsarbeit gesprochen werden. Ebenso ist die Akzeptanz von Teilzeitarbeit deutlich geringer.

Man wird abwarten müssen, inwieweit es verheirateten Müttern, deren Ehen sich jetzt in der *Gründungsphase* befinden, gelingen wird, an ostdeutsche Erwerbsmuster später wieder anzuknüpfen. Die andere mögliche Perspektive besteht darin, daß die jetzt schon hohe Übereinstimmung im Erwerbsverhalten junger Ehefrauen gewissermaßen den Ausgangspunkt für die schrittweise Angleichung ostdeutscher Familienbiographien an westdeutsche Muster darstellt.

Erwerbskonstellationen von Ehepaaren mit Kindern im Familienphasenzyklus und Armutsrisiko

Die Diskussion um die wirtschaftlich-soziale Benachteiligung von Ehepaaren mit Kindern ist in jüngster Zeit vor allem anhand der Armut bzw. der Armutsbemessung geführt worden. Bei der Armutsbemessung selbst hat sich weitgehend eine Bestimmung der Armutsquote anhand einer 50 Prozent - Grenze eines statistischen (und bedarfsgewichteten) Mittelwertes der west- bzw. ostdeutschen Einkommensverteilung durchgesetzt. Die Diskussion zielt dabei weniger auf die 50 Prozent - Grenze, sondern auf eine Gleichsetzung dieses Verteilungsmaßes mit *sozialer* Armut. Hauser/Neumann definieren soziale Armut als einen Mangel an Mitteln zur Sicherung „des *Lebensbedarfs* auf dem historisch geltenden, sozialen und kulturellen, typischen Standard einer jeweiligen Gesellschaft“ (Hau-

ser/Neumann 1992: 246); wobei das Unterschreiten dieses Standards an der 50 Prozent Grenze festgemacht wird (relative Einkommensarmut).¹⁰

Nicht zuletzt werden Umfang und Struktur der Armutspopulation von der Wahl der Äquivalenzziffernskala „vorgegeben“. Die relativ niedrige Gewichtung von Kindern in der sogenannten „älteren“ OECD-Skala (vgl. OECD 1982), beispielsweise im Vergleich zur BSHG-Skala (vgl. Eggen im vorliegenden Band)¹¹ bedingt gravierende Abweichungen hinsichtlich der Altersstruktur der Armutspopulation (vgl. Kaiser 1997). Eine vom Lebensalter der Kinder unabhängige Gewichtung kann auch dazu führen, daß der mit zunehmenden Alter anwachsende Einkommens“bedarf“ in seiner Konsequenz für die wirtschaftlich-soziale Lage von Ehepaaren mit Kindern unterschätzt wird (vgl. Klein 1991). Auch die Verwendung getrennter Armutsschwellen für West- und Ostdeutschland kann als problematisch angesehen werden. Die Verwendung einer gemeinsamen Armutsschwelle würde die Armutsbetroffenheit in Westdeutschland sinken und in Ostdeutschland steigen lassen.

Insgesamt betrug die Armutsquote für Ehepaare mit Kindern in Westdeutschland 8,2 Prozent (ohne Kinder: 5,6 Prozent) und in den neuen Ländern 5,4 Prozent (ohne Kinder: 1,9 Prozent).¹²

Tabelle 4 zeigt die Armutsquoten in den einzelnen Familienphasen in Abhängigkeit von der Erwerbsbeteiligung der Ehepartner.¹³ Bei der Bewertung der Armutsquoten in den ersten beiden Familienphasen gilt es zu berücksichtigen, daß der ausgewiesene Erwerbsstatus der Ehefrauen nicht mit der tatsächlichen Ausübung einer Erwerbstätigkeit (infolge der

¹⁰ Sicher spricht der Umstand, daß das Ressourcenkonzept (wie es *sozialer* Armut zugrunde liegt) mittels der relativen Einkommensarmut nur unzureichend abgebildet werden kann, für eine eher vorsichtige Interpretation der 50 Prozent - Grenze als *Armutsschwelle*. Bei einer Ersetzung des Begriffes Armut durch Niedrigeinkommen (vgl. Eggen im vorliegenden Band) ist meines Erachtens aber zu bedenken, daß die sicher zu Recht vorgebrachten methodisch-methodologischen Einwände gegen relative Einkommensarmut (vgl. Krämer 1997) auch für die Bestimmung von Niedrigeinkommen und Niedrigeinkommensschwellen gelten. Außerdem haben die Untersuchungen von Hübinger (1996) gezeigt, daß den (in einer mehrfaktoriellen Analyse) Einkommen ein herausragender Einfluß für die Differenzierung von Lebenslagen zukommt.

¹¹ Die Berücksichtigung der Wohnungskostendegression in der Sozialhilfeskala führt aber zu Resultaten, die der Gewichtung laut älterer OECD-Skala sehr nahe kommen (vgl. Faik 1997).

¹² Unterschiede zu den entsprechen Quoten bei Eggen sind, neben der Verwendung unterschiedlicher Äquivalenzziffernskalen, vor allem auf die hier erfolgte Eingrenzung der Untersuchungspopulation zurückzuführen

¹³ Die Art und Weise der Erhebung von Einkommensdaten im Mikrozensus wirft eine Reihe von Problemen auf (vgl. Hoffmeyer-Zlotnik/Warner 1998; Schimpl-Neimanns 1998), die die Ermittlung von Armutsquoten ebenfalls tangieren.

Wahrnehmung etwa des Mutterschaftsurlaubes bzw. des Erziehungsjahres) zusammenfallen muß. Trotzdem kann die Aussage getroffen werden, daß allein das Doppel-Verdiener-Modell sich als im starken Maße *armutsresistent* erweist. Deutlich höher liegt in allen Familienphasen die Armutsbetroffenheit der männlichen Versorgerehe, insbesondere wenn mehr als ein Kind im Familienhaushalt lebt. Noch größer ist die Armutsbetroffenheit in Familienhaushalten, in denen die Ehepartnerin allein erwerbstätig ist, bedingt durch die geringere Höhe der Einkommen aus Erwerbstätigkeit von Frauen. Die deutliche Abnahme der Armutsquote ab der *Konsolidierungsphase* resultiert aus der Bedeutungszunahme (männlicher) Rentenbezüge für den Lebensunterhalt der betreffenden Familienhaushalte.

Im Vergleich zwischen alten und neuen Ländern fällt auf, daß der Anteil der ostdeutschen Versorgerehen, denen nur ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle zur Verfügung steht, gegenüber westdeutschen Ehepaaren (in der *Stabilisierungsphase* deutlich) niedriger liegt.

Diese Differenz resultiert aus der Tatsache, daß ein deutlich größerer Anteil ostdeutscher Ehefrauen auch in (männlichen) Versorgerehen Lohnersatzleistungen beziehen bzw. Rentenansprüche erworben haben (Tabelle 5).

Für über 90 Prozent der verheirateten Mütter in Westdeutschland, die in Versorgerehen leben, stellt der „Unterhalt durch Eltern, Ehegatten und andere Angehörige“ die Hauptquelle des Lebensunterhaltes dar. In der Mehrzahl der Fälle dürfte dies bedeuten, daß das Erwerbseinkommen des Ehemannes gleichzeitig das *Familieneinkommen* ist. Im deutlichen Unterschied dazu, haben verheiratete Mütter in ostdeutschen Versorgerehen in weit stärkerem Maße Einkommensansprüche aus einer früheren Erwerbstätigkeit erworben.

Insgesamt verweist die unterschiedliche Armutsbetroffenheit von Ehepaaren mit Kindern in beiden Landesteilen auf die große Bedeutung (derzeitiger bzw. zurückliegender) weiblicher Erwerbstätigkeit seitens der Frauen für die Wohlfahrtslage der hier betrachteten Familienhaushalte. Dies wird nicht zuletzt im Vergleich der Situation in der letzten Familienphase deutlich (siehe Tabelle 4). Fast jede zweite westdeutsche Ehefrau verfügte in dieser Phase über kein „eigenes“ Erwerbs- oder Transfereinkommen, was in Ostdeutschland auf lediglich 5,5 Prozent der Frauen zutraf.

Tabelle 4: Armutsquoten* von Ehepaaren mit Kindern (Anteil der betroffenen Ehepaare in Prozent), nach Familienphasen und Erwerbskonstellationen (Labour-Force-Konzept; in Prozent)

Alte Länder	Familienphasen:				
	G	A	S	K	U
beide erwerbstätig	1,9	1,2	2,9	0,5	0,3
davon					
- beide Vollzeit	0,6	1,6	0,6	0,1	0,0
- Frau Teilzeit	5,6	0,6	3,2	0,7	0,2
nur Ehemann	9,6	14,5	18,7	4,8	2,1
nur Ehefrau	36,7	35,7	31,7	10,7	4,6
beide nicht	80,0	83,8	81,1	38,2	10,9
insgesamt	11,0	13,1	13,2	4,3	4,8
Neue Länder	G	A	S	K	U
beide erwerbstätig	7,9	3,2	2,2	1,1	0,0
davon					
- beide Vollzeit	6,7	3,0	1,4	0,6	0,0
- Frau Teilzeit	-	3,8	3,5	2,9	0,0
nur Ehemann	8,1	13,9	11,9	5,0	0,0
nur Ehefrau	-	24,7	23,6	5,6	0,0
beide nicht	-	-	59,9	26,1	2,5
insgesamt	8,0	8,0	6,4	3,2	0,4

(-) Die hochgerechnete Fallzahl liegt unter 5.000.

*) 50 Prozent-Grenze (West: 964 DM/Ost: 758 DM) des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens aller Privathaushalte (Median). Gewichtung: Bezugsperson 1,0; Haushaltsmitglieder unter 15 Jahre 0,5; ab 15 Jahre 0,7.

Während in den neuen Bundesländern Armut in dieser Phase fast verschwunden ist, befindet sich mehr als jeder zehnte westdeutsche Haushalt ohne erwerbstätige Ehepartner in einer wirtschaftlich schwierigen Lebenssituation. Damit korrespondiert, daß für drei Viertel der Ehefrauen in diesen Haushalten, der „Unterhalt durch Eltern, Ehegatten und andere Angehörige“ die wichtigste Quelle ihres Lebensunterhaltes darstellte (Ostdeutschland: 7 Prozent). Umgekehrt stellen Renten nur für jede fünfte westdeutsche Ehefrau in diesen Haushalten, die wichtigste Quelle des Lebensunterhaltes dar (Ostdeutschland: 62 Prozent).

Tabelle 5: Quellen des überwiegenden Lebensunterhaltes von verheirateten Müttern in (männlichen) Versorgerehen (nach Familienphasen; in Prozent)

Alte Länder	Familienphasen:				
	G	A	S	K	U
Überwiegender Lebensunterhalt					
Alg/Ahi	1,3	2,0	2,1	3,4	3,4
Rente	(0,2)	0,2	0,5	1,5	4,3
Sozialhilfe	(0,6)	0,4	(0,1)	0,2	0,0
Unterhalt ¹	97,9	97,4	97,3	94,9	92,3
insgesamt	100	100	100	100	100
Neue Länder	G	A	S	K	U
Überwiegender Lebensunterhalt					
Alg/Ahi	(24,3)	46,5	65,8	61,6	40,5
Rente	0,0	(0,9)	(3,1)	9,4	27,6
Sozialhilfe	(2,7)	(0,5)	(0,3)	(0,2)	0,0
Unterhalt ¹	(73,0)	52,1	30,8	28,8	31,9
insgesamt	100	100	100	100	100

(-) Die hochgerechnete Fallzahl liegt unter 5.000.

1) Unterhalt durch Eltern, Ehegatten und andere Angehörige (einschließlich sonstige Unterstützungen).

Die Entwicklung der Armutsbetroffenheit im Verlauf der Familienbiographie macht letztlich auch deutlich, und hier insbesondere in Westdeutschland, daß die Armutsbetroffenheit erst dann in einem nennenswerten Umfang sinkt, wenn die ersten Kinder beginnen, den Elternhaushalt zu verlassen. Diese Tendenz kann durchaus auch als ein Indikator für die Wirksamkeit staatlicher familialer Unterstützungsleistungen gewertet werden.

4. Schlußbemerkung

Eine familienphasenbezogene Betrachtung von Ehepaaren mit Kindern macht die differenzierte Situation, in Abhängigkeit von der Erwerbsbeteiligung der Frauen und dem Alter der Kinder, innerhalb dieses Familientyps sichtbar. Es wurde deutlich, daß das Familienphasenmodell vor allem auf dem Erwerbsverhalten der Ehepartnerinnen „beruht“. Die Erwerbsbeteiligung der männlichen Ehepartner ist dagegen kaum Schwankungen unterworfen, bis auf das altersbedingte Ausscheiden in der letzten Familienphase. Letzteres gilt gleichermaßen für West- wie für Ostdeutschland. Gerade westdeutsche Familienbiographien scheinen stärker auf der traditionellen geschlechtspezifischen Ar-

beitsteilung zu basieren, in der das weibliche Arbeitsangebot vor allem vom altersbedingten Betreuungsaufwand der im Haushalt lebenden Kinder bestimmt wird.

In diesem Punkt wird auch der gravierendste Unterschied zu den neuen Bundesländern deutlich. Dieser Unterschied ist zwar in der *Gründungsphase* schon weitgehend verschwunden, dem liegt aber mehr die Arbeitsmarktsituation als ein gewandeltes Arbeitsangebotsverhalten zugrunde. Eine Ursache für die höhere Erwerbsbeteiligung von ostdeutschen verheirateten Müttern ist sicher in der immer noch vorhandenen Diskrepanz hinsichtlich der Einkommen der verheirateten Väter zwischen Ost- und Westdeutschland zu suchen: das individuelle Nettoeinkommen (Median) verheirateter Väter in Ostdeutschland erreicht nur rd. zwei Drittel des entsprechenden westdeutschen Niveaus.

Darüber hinaus kann aber auch davon ausgegangen werden, daß die nach wie vor gegebenen Einstellungsunterschiede zwischen west- und ostdeutschen Frauen eine Rolle spielen, wie bezüglich der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft, eigener Berufstätigkeit und beruflicher Karriere des Ehepartners sowie der Akzeptanz des Mannes als alleinigen Familien"ernährer" (siehe hierzu: Statistisches Bundesamt 1997: 452ff.). Diese Diskrepanz in den Einstellungen ist zum einen aber nicht uneingeschränkt als eine Infragestellung (Stichwort: Doppelbelastung) der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in Ostdeutschland zu werten. Zum anderen folgt die „Akzeptanz“ des Ernährermodells oft nicht aus einer rationalen Nutzensabwägung, sondern ist vielmehr Ausdruck mangelnder Alternativen.

Die „Brüchigkeit“ des (männlichen) Ernährermodells wird nicht zuletzt daran sichtbar, daß dieses mit einem überdurchschnittlichen Verarmungsrisiko einhergeht bzw., wie es gerade Ostdeutschland beweist, die „zusätzliche“ Erwerbstätigkeit der Ehefrau, die wirksamste Barriere gegen Prekarisierungstendenzen darstellt: „stellt das Modell der Zweiverdienerfamilie die ökonomisch sicherste Basis für die zukünftige familiale Entwicklung dar“ (Bertram 1998: 34).

Unter der Prämisse, daß die Alternative (gerade unter dem Aspekt der mit dem Vorhandensein von Kindern veränderten Zeitbedürfnisse) nicht in einer Verallgemeinerung der sogenannten Normalarbeitsverhältnisse bestehen kann, sind notwendigerweise institutionelle Arrangements zu begründen, die die Übergänge (von Männern und Frauen) zwischen variablen Beschäftigungsverhältnissen auf Dauer anlegen, regeln und begünstigen (vgl. Bertram 1997; Schmid 1998).

Korrespondenzadresse

Dr. Dietmar Dathe
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
dathe@medea.wz-berlin.de

Literatur

Bertram, H., 1997: Familien leben. Neue Wege zur flexiblen Gestaltung von Lebenszeit, Arbeitszeit und Familienzeit. Gütersloh: Bertelsmann.

Bertram, H., 1998: Familie, Ökonomie und Fürsorge. Aus Politik und Zeitgeschichte (B 53): 27-37.

Bothfeld, S., 1997: Teilzeitarbeit für alle? Eine Untersuchung von Teilzeitpräferenzen in Deutschland und Großbritannien unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten. Discussion Paper FS I 97-205. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Deutscher Bundestag, 1998: Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland - Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Drucksache 13/11368. Bonn: Deutscher Bundestag.

Eggen, B., 1998: Privathaushalte mit Niedrigeinkommen. Baden-Baden: Nomos.

Fagan, C./Rubery, J., 1996: Transitions between Family Formation and Paid Employment S. 348-378 in: G. Schmid/J. O'Reilly/K. Schömann (Hrsg.), International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation. Cheltenham: Edward Elgar.

Faik, J., 1997: Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen - Eine Modifizierung der Sozialhilfeskala. S. 14-42 in: I. Becker/R. Hauser (Hrsg.), Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft? Frankfurt: Campus.

Fuchs, J., 1998: Das IAB-Erwerbspersonenpotential. S. 111-131 in: Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie/Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung/Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen (Hrsg.), Erwerbsarbeit und Erwerbsbevölkerung im Wandel. Anpassungsprobleme einer alternden Gesellschaft. Veröffentlichungen aus dem Verbund „Arbeits- und Innovationspotentiale im Wandel“. Frankfurt: Campus.

Galler, H.P./Notburga, O., 1993: Empirische Haushaltsforschung. Erhebungskonzepte und Analyseansätze angesichts neuer Lebensformen. Frankfurt: Campus.

Hauser, R./Neumann, U., 1992: Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Die sozialwissenschaftliche Thematisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. S. 237-271 in: S. Leibfried/W. Voges (Hrsg.), Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 32. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Hoffmeyer-Zlotnik, J.H.P./Warner, U., 1998 : Die Messung von Einkommen im nationalen und internationalen Vergleich. ZUMA-Nachrichten 42: 30-65.

Hübinger, W., 1996: Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg: Lambertus.

Kaiser, J., 1997: Wirtschaftliche und soziale Lage von Niedrigeinkommensbezieher. *Wirtschaft und Statistik* (9): 653-662.

Klein, T., 1991: Zur ökonomischen Situation von Familien in Abhängigkeit von der Ehe-dauer. *Zeitschrift für Familienforschung* 3: 5-20.

Krämer, W., 1997: Statistische Probleme bei der Armutsbemessung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Band 94. Baden-Baden: Nomos.

Organisation For Economic Co-Operation And Development, 1982: OECD List of Social Indicators. Paris: Organisation For Economic Co-Operation And Development.

Schimpl-Neimanns, B., 1998: Analyse-möglichkeiten des Mikrozensus. ZUMA-Nachrichten 42: 91-119.

Schmid, G., 1998: Transitional Labour Markets: A New European Employment Strategy. Discussion Paper FS I 98-206. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Statistisches Bundesamt, 1997: Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. München: Bonn Aktuell.

Stutzer, E./Schwartz, W./Wingen, M., 1992: Ein Familienphasenkonzept auf der Basis der amtlichen Statistik. *Allgemeines Statistisches Archiv* 76: 152-174.

Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, 1998: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele - ein Weg. Bonn: Dietz.

EINKOMMENSLAGEN UND WIRTSCHAFTLICH SCHWIERIGE SITUATIONEN VON EhePAAREN OHNE KINDER UND MIT KINDERN IN OST- UND WESTDEUTSCHLAND

BERND EGGEN

Wer Kinder erzieht, hat nicht nur zusätzliche Kosten, sondern auch seine Einkommensmöglichkeiten sind in der Regel eingeschränkt. Mit der Folge, daß Haushalte mit Kindern teilweise über deutlich weniger Einkommen verfügen als Haushalte ohne Kinder. Der vorliegende Beitrag belegt diese Einkommensungleichheiten anhand der Pro-Kopf-Einkommen von kinderlosen Ehepaaren und Ehepaaren mit Kindern. Dabei zeigt sich, daß die Einkommensunterschiede zwischen Ehepaaren ohne und mit Kindern nicht in den jungen Ehejahren, sondern in späteren Ehejahren am größten sind. Verglichen mit dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen aller Privathaushalte ("relative Wohlstandsposition") haben kinderlose Ehepaare ein überdurchschnittlich hohes Einkommen und Familien besonders mit minderjährigen Kindern ein unterdurchschnittliches Einkommen. Darüber hinaus sind Ehepaare mit Kindern einem doppelt so hohen Risiko ausgesetzt, in wirtschaftlich schwierige Verhältnisse zu geraten, wie kinderlose Ehepaare.

The bringing up of children costs money but also reduces possibilities of achieving income. Therefore households with children have in some cases distinctly less income than households with no children. This social inequalities of income are shown by comparing income per capita of married couples with no children and married couples with children, separate calculated for East Germany and West Germany 1994. It will be shown inequalities of income don't reach the largest distances between young childless married couples and young parents but in later years of marriage. Compared with the average per capita of all private households („relative welfare position“) average income of married couples with no kids is above average and average income of married couple especially with kids under 18 years is below average. Beyond it the risk of getting in bad financial situation is double high for married couple with children than for married couples with no children.

1. Einleitung

Die Bedeutung, die der ökonomischen Lage von Familien beigemessen wird, ist hoch. Sie widerspricht aber weitgehend den tatsächlich vorfindbaren ökonomischen Verhältnissen, in denen Familien im Vergleich zu kinderlosen Haushalten leben. Mit der Erziehung von Kindern gehen ökonomische Ungleichheiten und ein erhöhtes Risiko für finanzielle Probleme in Familien einher. Auf vier Fragen gilt es hier besonders einzugehen: 1.) Welche Einkommensungleichheiten bestehen zwischen kinderlosen Ehepaaren und Ehepaaren mit Kindern? 2.) Ob und in welchem Ausmaße verändern sich diese Ungleichheiten im Laufe der Familienentwicklung? Sind die Unterschiede besonders groß zwischen jungen Ehen ohne Kinder und jungen Ehen mit Kindern, oder verstärken sich die Unterschiede gar noch in späteren Jahren? 3.) Welche Stellung nehmen die beiden Lebensformen im Einkommensgefüge aller Privathaushalte ein? Also welche relativen Wohlstandspositionen können beobachtet werden? 4.) Wie viele Ehepaare ohne Kinder und Ehepaare mit Kindern befinden sich in wirtschaftlich schwierigen Lagen?¹

Der Beitrag wird keine Aussagen über die gesamte wirtschaftliche Situation von Familien und über Armut treffen. Denn als Datengrundlage dient der Mikrozensus 1994, der als Mehrzweckstichprobe zu diesem Thema keine ausreichenden Daten liefert. Die folgenden Ergebnisse stützen sich auf *einen* Aspekt der ökonomischen Lage von verschiedenen strukturierten Haushalten, und zwar auf deren Einkommenslage. Zweifellos ist das verfügbare Einkommen ein wesentlicher Indikator für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von Haushalten, und diese wiederum ist ein wichtiger Aspekt, um Haushalte als arm bezeichnen zu können. Die Analyse berücksichtigt aber keine weiteren ökonomischen Indikatoren, die nötig wären, um eine wirtschaftliche Situation angemessen zu beschreiben, wie beispielsweise, die Art der Einkommensquellen, die Art der Einkommensverwendung sowie Art und Umfang der Vermögensbildung und -auflösung. Außerdem gehört zur Armut mehr als nur eine spezifische wirtschaftliche Situation. Aufgrund der sachlichen, zeitlichen und sozialen Multidimensionalität heutiger Lebensverhältnisse bedarf es zur Bestimmung von Armut weiterer Indikatoren, welche die vorliegende Untersuchung kaum oder gar nicht berücksichtigt. Hierzu gehören andere stratifikatorische Merkmale wie beispielsweise Bildung und Positionen im Erwerbsleben oder auch segmentäre Disparitäten entlang von Gesundheit, Wohnen, Kohorten, sozialen Netzwerken und Regionen. Neben diesen sachlichen Aspekten bedarf es Informationen über die Verzeitlichung von Lebenslagen und über Zeitverwendungspräferenzen von Individuen und Familien etwa

¹ Die hier vorgestellten Ergebnisse stellen Eckzahlen einer Untersuchung über Privathaushalte mit Niedrigeinkommen dar, siehe Eggen, 1998.

hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Darüber hinaus benötigt eine Analyse der Armut Informationen über Selbsteinschätzungen als Ausdruck von Lebensqualität und Zufriedenheit mit der jeweiligen Lebenslage und -phase.

Übersicht 1: Abgrenzungskriterien von Familienphasen für Ehepaare ohne Kinder und für Ehepaare mit Kindern

Familienphasen	Abgrenzungskriterien für Ehepaare	
	Ohne Kinder	mit Kindern
<i>Gründungsphase</i>	Ehedauer unter 3 Jahren und Alter der Ehefrau unter 35 Jahren	Ehedauer unter 3 Jahren und ältestes Kind unter 3 Jahren
<i>Aufbauphase</i>	Ehedauer von 3 bis unter 10 Jahren und Alter der Ehefrau unter 40 Jahren	Ehedauer von 3 bis unter 10 Jahren und ältestes Kind unter 10 Jahren
<i>Stabilisierungsphase</i>	Ehedauer von 10 bis unter 18 Jahren und Alter der Ehefrau unter 50 Jahren	Ehedauer von 10 bis unter 18 Jahren und ältestes Kind von 3 bis unter 18 Jahren
<i>Konsolidierte Phase</i>	Ehedauer von 18 bis unter 28 Jahren und Alter der Ehefrau unter 55 Jahren	Ehedauer von 18 bis unter 28 Jahren und jüngstes Kind 6 Jahre und älter
<i>Umorientierungsphase</i>	Ehedauer von 28 Jahren und mehr und Alter der Ehefrau unter 65 Jahren	Ehedauer von 28 Jahren und mehr und jüngstes Kind 15 Jahre und älter
<i>Ältere Ehepaare</i>	Ehefrau 65 Jahre und älter	-----

Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

2. Familienphasen

Bei der Betrachtung der Einkommenslage von Ehepaaren mit und ohne Kinder ist zu beachten, daß im Laufe eines Familienzyklus Familienkonstellationen, familiäre Aufgaben sowie wirtschaftliche Situationen sich verändern: Es werden Kinder geboren, und die Haushaltsgröße nimmt zu. In einem gewissen Alter verlassen die Kinder das Elternhaus, und der Haushalt wird kleiner. Die Bedürfnisse der Kinder nehmen mit ihrem Alter zu - und damit die Kosten, die dem Haushalt entstehen. Gleichzeitig nimmt jedoch der Erziehungs- und Betreuungsaufwand ab, die Kinder werden selbständiger. So können womöglich beide Elternteile von älteren Schulkindern eine Erwerbstätigkeit ausüben, während bei Familien mit kleineren Kindern vergleichsweise oft auf nur ein Erwerbseinkommen

zurückgegriffen werden kann.² Um diesen phasenspezifischen Unterschieden Rechnung zu tragen, werden Familien bei der vorliegenden Analyse zeitlich differenziert betrachtet (*Übersicht 1*). Die Familienphasen lassen sich bei Ehepaaren mit Kindern nach Ehedauer und Alter der Kinder abgrenzen, korrespondierende Phasen bei Ehepaaren ohne Kinder nach Ehedauer sowie Alter der Ehefrau. In die so gebildeten Phasen läßt sich die Mehrzahl der Ehepaare mit und ohne Kinder (ca.75 Prozent) einordnen.

3. Durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen³

Die Privathaushalte im *früheren Bundesgebiet* verfügten 1994 durchschnittlich über ein monatliches Nettoeinkommen von rund 3 000 DM (Tabelle 1); bei Ehepaaren ohne Kinder betrug es durchschnittlich 3 444 DM. Die Einkommenslage der Ehepaare ohne Kinder ist jedoch phasenspezifisch sehr unterschiedlich.⁴ In den ersten vier Phasen lag das Einkommen zum Teil deutlich über 4000 DM. Der durchschnittliche Einkommensrückgang

² Der Mikrozensus erlaubt, die Familien nach Zahl der Einkommensbezieher zu differenzieren. Siehe hierzu die ausführlichen Ergebnisse in Eggen, 1998, S. 181 - 186.

³ Zum Nettoeinkommen zählen alle Einkommensarten der Familienmitglieder ohne Lohnsteuer, Kirchensteuer, Sozialversicherungsbeiträge u. ä. Zu den wichtigsten Einkommensarten gehören: Lohn oder Gehalt, Gratifikationen, Unternehmereinkommen, Arbeitslosengeld/-hilfe, Sozialhilfe, Rente, Pension, Kindergeld, Wohngeld, Erziehungsgeld, eigenes Vermögen, Einkommen aus Verpachtung und Vermietung, Zinsen, Altenteil, BAföG, Stipendien, Alimentationszahlungen, private Unterstützungen, Sachbezüge, außerdem Zuschüsse zum vermögenswirksamen Sparen, Vorschüsse und ggf. der vom Arbeitgeber getragene Anteil einer Werkswohnungsmiete u.ä.

⁴ Wenngleich dieser Beitrag nicht ausführlich auf die Theorie und Methode des Familienphasenkonzeptes eingehen kann, soll dennoch an dieser Stelle ein methodischer Sachverhalt kurz herausgegriffen werden. Die Anwendung des Konzeptes auf die Daten des Mikrozensus stößt auf Schwierigkeiten. Beim Mikrozensus liegen keine Längsschnittdaten, sondern nur Querschnittdaten vor. Ehepaare ohne Kinder in der konsolidierten Phase oder in der Umorientierungsphase können zeitlebens kinderlose Ehepaare sein oder auch Ehepaare, deren Kinder bereits den Elternhaushalt verlassen haben. Es kann hier nicht mit Sicherheit überprüft werden, inwieweit der Rückgang der (gewichteten Pro-Kopf-)Einkommen bei kinderlosen Ehepaaren ab der konsolidierten Phase durch diese methodische Beschränkung verursacht wird. Dennoch scheint die Überlegung plausibel zu sein, daß die (Pro-Kopf-)Einkommen zeitlebens kinderloser Ehepaare in den letzten Familienphasen deutlich über den hier ausgewiesenen Einkommen liegen dürften, während die Einkommen von Ehepaaren, deren Kinder bereits das Elternhaus verlassen haben, nach unten zu korrigieren wären. Wie sich die Entscheidung für Kinder auf die lebenslange Entwicklung der Einkommen auswirkt, kann deshalb mit den zugrundeliegenden Daten nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Um diese Frage befriedigend klären zu können, würde eine zusätzliche Frage im Mikrozensus nach den jemals geborenen Kindern genügen. Diese methodische Einschränkung gilt es bei der Interpretation auch der folgenden Ergebnisse immer wieder zu berücksichtigen. Eine ausführliche theoretische, methodische und empirische Begründung des Konzepts der Familienphasen findet sich in: Hilzenbecher/Schwartz/Stutzer, 1990 sowie Wingen/Schwartz/Stutzer, 1992.

ab der konsolidierten Phase dürfte vor allem dadurch bedingt sein, daß ein Ehepartner - wohl zumeist die Ehefrau - die Erwerbstätigkeit zunehmend einschränkt. Bereits in der Umorientierungsphase ist mit einem deutlich höheren Anteil von Ehepaaren zu rechnen, bei denen beide Ehegatten nicht mehr erwerbstätig sind. Das durchschnittliche Nettoeinkommen der Ehepaare mit Kindern lag bei 4 313 DM und damit um rund 900 DM über dem der Ehepaare ohne Kinder. Die phasenspezifische Einkommensverteilung zeigt allerdings erhebliche Abweichungen. Das Einkommen war in der Gründungs- und Aufbauphase mit weniger als 4 000 DM am niedrigsten und stieg bis zur konsolidierten Phase auf über 5 000 DM an. Wie erst die phasenspezifische Betrachtung offenlegt, hatten Familien mit Kindern nicht in allen Phasen ein höheres Nettoeinkommen als kinderlose Paare. Ehepaare mit Kindern verfügten in den ersten drei Familienphasen über weniger Einkommen als kinderlose Ehegatten. Besonders groß war der Unterschied mit bis zu 1 100 DM in der Gründungs- und Aufbauphase, also in Phasen, in denen der Betreuungsaufwand für die Eltern besonders hoch ist und die Einkommensmöglichkeiten, aber auch die Ausstattung etwa mit Wohnraum und Gebrauchsgegenständen noch vergleichsweise gering sind. Etwas kleiner war dagegen die Abweichung mit 800 DM in der Stabilisierungsphase. Ab der konsolidierten Phase wiesen Ehepaare mit Kindern ein höheres Einkommen auf als kinderlose Ehepaare.

In den *neuen Ländern* einschließlich *Berlin-Ost* waren 1994 die monatlichen Nettoeinkommen durchweg niedriger. Sie betragen teilweise weniger als 80 Prozent der Nettoeinkommen im früheren Bundesgebiet. Das Einkommen aller Privathaushalte belief sich im Mittel auf rund 2 500 DM, das der Ehepaare ohne Kinder auf 2 666 DM. Ähnlich wie im früheren Bundesgebiet konnten allerdings die kinderlosen Ehegatten in den ersten vier Phasen auf deutlich mehr Einkommen zurückgreifen als durchschnittlich alle Ehepaare ohne Kinder. Erst in der Umorientierungsphase und bei den älteren Ehepaaren lag das Einkommen sichtbar unter 3 000 DM. Ehepaare mit Kindern erzielten im Durchschnitt 3 744 DM und somit ein um rund 1 000 DM höheres Familiennettoeinkommen als kinderlose Ehepaare. Die phasenspezifischen Unterschiede ähnelten dabei denen im früheren Bundesgebiet. Auf einem insgesamt tieferen Einkommensniveau war das Einkommen der Familien in der Gründungsphase am niedrigsten und stieg erst im Laufe der späteren Phasen bis auf über 4 000 DM. Das Einkommensgefälle zwischen kinderlosen Ehepaaren und Ehepaaren mit Kindern in den ersten drei Phasen scheint in Ostdeutschland bei weitem nicht so steil zu sein wie in Westdeutschland. Zwar war auch in der Gründungsphase das monatliche Einkommen von Ehepaaren mit Kindern um 600 DM niedriger als bei kinderlosen Ehepaaren, aber bereits in der Aufbauphase glichen sich die Einkommen an, und ab der Stabilisierungsphase lag das Einkommen der Ehepaare mit Kindern sichtbar über dem der Ehepaare ohne Kinder.

Tabelle 1: Durchschnittliches monatliches Haushalts- und Familiennettoeinkommen (Median) in DM

Haushalte und Familien	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Privathaushalte	3.015	2.504
darunter		
Ehepaare ohne Kinder*)	3.444	2.666
darunter in Familienphasen		
Gründungsphase	4.279	3.347
Aufbauphase	4.641	3.325
Stabilisierungsphase	4.791	3.160
Konsolidierte Phase	4.435	3.278
Umorientierungsphase	3.259	2.664
Ältere Ehepaare	2.912	2.464
Ehepaare mit Kindern*)	4.313	3.744
darunter in Familienphasen		
Gründungsphase	3.277	2.750
Aufbauphase	3.576	3.323
Stabilisierungsphase	4.082	3.656
Konsolidierte Phase	5.227	4.278
Umorientierungsphase	5.061	4.090

*) Ehepaare ohne und mit Kindern im engeren Sinne ohne weitere verwandte und nichtverwandte Personen im Haushalt.

Quelle: Mikrozensus 1994; STATIS-BUND. Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

4. Äquivalenzeinkommen

Das monatliche Nettoeinkommen ist nur bedingt geeignet, Haushalte und Familien mit verschiedenen Strukturen zu vergleichen. Erst das Äquivalenzeinkommen als bedarfsgeichtetes Pro-Kopf-Einkommen berücksichtigt die unterschiedliche Struktur der Haushalte, also Anzahl und Alter der Haushaltsmitglieder sowie deren unterschiedlichen Bedarf (Tabelle 2).⁵ Im früheren Bundesgebiet hatten Ehepaare ohne Kinder im Schnitt ein deutlich

⁵ Die Anlehnung der Äquivalenzskala an den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe gilt als problematisch. Kritisiert werden die hohen Bedarfsgewichte, die Vernachlässigung der Unterkunftskosten sowie die Generalisierung der Verbrauchsgewohnheiten unterer Einkommensgruppen. Die Anwendung der Regelsatzproportionen scheint dennoch angebracht zu sein, und zwar wegen erstens der Vergleichbarkeit mit bisherigen Studien, zweitens der Wohlstandsgleichheit, die mißachtet werden würde, wenn beispielsweise bei Berücksichtigung von Unterkunftskosten konzeptionell

höheres nach dem Bedarf der Haushaltsmitglieder gewichtetes durchschnittliches monatliches Pro-Kopf-Einkommen als Ehepaare mit Kindern. Auf jeden kinderlosen Ehegatten kamen rund 1 900 DM. Demgegenüber hatte jedes Mitglied einer Familie mit Kindern monatlich rund 400 DM weniger zur Verfügung. Bei Ehepaaren ohne Kinder stieg das Pro-Kopf-Einkommen von der Gründungs- bis zur Stabilisierungsphase um 12 Prozent. Im Gegensatz dazu blieb das Pro-Kopf-Einkommen bei Ehepaaren mit Kindern in dieser Zeitspanne nahezu konstant. In der Stabilisierungsphase gilt die Familienerweiterung weitgehend als abgeschlossen. Der weitaus überwiegende Teil der Familien hat seine endgültige Familiengröße erreicht, auch wenn in dieser Phase noch vereinzelt dritte und weitere Kinder geboren werden können. Gleichzeitig dürften in dieser Familienphase die Kinder das Elternhaus noch nicht verlassen haben, weshalb hier mit den im Durchschnitt höchsten Kinderzahlen zu rechnen ist. Ebenso ist die ökonomische Absicherung der Familie im allgemeinen vorangeschritten. Einerseits ist der alleinverdienende Elternteil in seiner Erwerbskarriere fortgeschritten, und andererseits dürften nicht wenige Frauen zumindest als Teilzeitbeschäftigte wieder in das Erwerbsleben zurückgekehrt sein. Gleichwohl zeigt die phasenspezifische Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen der Ehepaare mit Kindern, daß die grundsätzlich steigenden Einnahmen nicht mit dem wachsenden Bedarf der Familien standhalten.

In der Gründungsphase verfügten kinderlose Ehegatten über fast 1 000 DM mehr pro Kopf im Monat als Eltern und ihre Kinder. Diese Einkommensungleichheit wuchs bis auf 1 300 DM in der Stabilisierungsphase an. In dieser Phase ist das Pro-Kopf-Einkommen von Ehepaaren ohne Kinder nahezu doppelt so hoch wie das von Ehepaaren mit Kindern. Die Einkommensungleichheit zwischen Paaren ohne Kinder und Paaren mit Kindern ist demnach nicht in den jungen Ehejahren am größten, sondern erst in späteren Ehejahren. Erst wenn die Kinder in der Umorientierungsphase das Elternhaus verlassen, nähern sich die Einkommen wieder an. Die älteren Ehepaare verfügten mit 1 618 DM über das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen.

Wie zu erwarten, war das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den *neuen Ländern* durchweg niedriger als im früheren Bundesgebiet. Es betrug je nach Haushalt und Familientyp 75 Prozent (Privathaushalte) bis 88 Prozent (Ehepaare mit Kindern) des jeweiligen westdeutschen Pro-Kopf-Einkommens. Auch im Osten kamen kinderlose Ehepaare auf ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als Ehepaare mit Kindern. Das Pro-Kopf-Einkommen der kinderlosen Ehepaare betrug durchschnittlich 1 500 DM und war damit um fast 200 DM höher als das von Ehepaaren mit Kindern. Allerdings lagen im

keine Annahmen zum angemessenen Wohnbedarf unterschiedlicher Haushaltstypen vorlägen, und drittens der Grundsatznorm familiengerechter Hilfe nach §7 BSHG.

Osten Ehepaare ohne Kinder und solche mit Kindern beim Pro-Kopf-Einkommen nicht nur absolut, sondern auch relativ deutlich näher beieinander als im Westen. Hatten in Westdeutschland Ehepaare mit Kindern 77 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens von kinderlosen Ehepaaren, waren es in Ostdeutschland 87 Prozent. Auch in den neuen Ländern fallen zwischen kinderlosen Ehepaaren und Ehepaaren mit Kindern phasenspezifisch Schwankungen auf, die jedoch nicht so ausgeprägt sind wie im früheren Bundesgebiet. Das Einkommensgefälle zwischen Ehepaaren ohne Kinder und Ehepaaren mit Kindern bestand ebenfalls in den neuen Ländern bereits in jungen Ehejahren. Während aber im Westen die Einkommensungleichheit in den späteren Familienphasen noch größer wurde, war sie im Osten in der Gründungsphase am stärksten und nahm im Laufe der weiteren Phasen zwar leicht, aber stetig ab. Im Vergleich zu Westdeutschland war in Ostdeutschland in allen Familienphasen das Einkommensgefälle damit erheblich flacher.

Tabelle 2: Durchschnittliches Äquivalenzeinkommen *) (Median) in DM

Haushalte und Familien	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Privathaushalte	1.808	1.349
darunter		
Ehepaare ohne Kinder	1.913	1.498
darunter in Familienphasen		
Gründungsphase	2.380	1.846
Aufbauphase	2.578	1.873
Stabilisierungsphase	2.664	1.789
Konsolidierte Phase	2.463	1.807
Umorientierungsphase	1.810	1.498
Ältere Ehepaare	1.618	1.391
Ehepaare mit Kindern	1.481	1.300
darunter in Familienphasen		
Gründungsphase	1.421	1.192
Aufbauphase	1.333	1.273
Stabilisierungsphase	1.342	1.221
Konsolidierte Phase	1.655	1.416
Umorientierungsphase	1.823	1.529

*) Äquivalenzeinkommen: Pro-Kopf-Einkommen gewichtet nach den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe (BSHG): Bezugsperson: 1,0; Kinder unter 6 Jahren: 0,5 (bei Alleinerziehenden: 0,55); Kinder von 6 bis unter 15 Jahren: 0,65; Kinder von 15 bis unter 18 Jahren: 0,9; Kinder und andere Personen 18 Jahre und älter: 0,8.

Quelle: Mikrozensus 1994; STATIS-BUND. Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Mögliche Gründe für die Ost-West-Unterschiede liegen darin, daß auch vier Jahre nach der Vereinigung die familialen Strukturen und Prozesse in Ostdeutschland andere waren als in Westdeutschland. Für die insgesamt geringere Einkommensungleichheit zwischen kinderlosen Paaren und Paaren mit Kindern dürfte im Osten das vorherrschende beruflichen Selbstverständnis der Mütter, aber ebenso die institutionell leichtere Vereinbarkeit von Beruf und Familie maßgeblich sein, die Müttern auch von Kindern unter drei Jahren eher die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ermöglicht.⁶ Die vergleichsweise geringe Differenz in der Stabilisierungsphase könnte zudem damit zusammenhängen, daß im Osten, verglichen mit dem Westen, nicht nur früher geheiratet worden ist, sondern auch die Geburt des letzten Kindes schon in früheren Ehejahren gefallen ist, so daß in dieser Phase der Anteil älterer Kinder und mithin möglicher weiterer Einkommensbezieher im Osten größer ist als im Westen.

5. Relative Wohlstandspositionen

Die Wohlstandsposition beschreibt die Abweichung der Einkommen einzelner Haushaltstypen vom durchschnittlichen Einkommen aller Privathaushalte. Dabei wird das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Privathaushalte (Median) gleich 100 Prozent gesetzt. Ein Vergleich der relativen Wohlstandspositionen von Ehepaaren ohne Kinder und Ehepaaren mit Kindern ergibt folgendes Bild für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder (Tabelle 3): Im *früheren Bundesgebiet* nahmen Ehepaare ohne Kinder bis auf die älteren Ehepaare in allen Familienphasen eine deutlich höhere Wohlstandsposition ein als Ehepaare mit Kindern. Und zwar auf einem Niveau, das zumeist auch erheblich über dem aller Privathaushalte lag. Im Schnitt hatten Ehepaare ohne Kinder eine Wohlstandsposition von 106 Prozent; Ehepaare mit Kindern dagegen 82 Prozent. Besonders Familien mit minderjährigen Kindern befanden sich 1994 im früheren Bundesgebiet auf einem deutlich unterdurchschnittlichen Wohlstandsniveau. Vergleichsweise groß waren die Unterschiede in der Stabilisierungsphase. Hier war die Wohlstandsposition der kinderlosen Paare doppelt so hoch wie die der Paare mit Kindern. Erst in der Umorientierungsphase, also wenn die Kinder das Haus verlassen, konnten die Ehepaare mit Kindern aufholen, und die Wohlstandspositionen beider Lebensformen näherten sich an.

In den *neuen Ländern* war die Streuung der Wohlstandspositionen zum Teil erheblich geringer als im früheren Bundesgebiet. Die kinderlosen Ehepaare hatten insgesamt mit

⁶ In einigen neuen Ländern besteht schon seit Beginn der 90er Jahre ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Krippe: in Sachsen seit 1993, Brandenburg seit 1992, Sachsen-Anhalt seit 1991; siehe Eggen, 1995.

111 Prozent eine leicht überdurchschnittliche Wohlstandsposition, die der Ehepaare mit Kindern lag mit 96 Prozent knapp unter dem Durchschnitt. Ehepaare ohne Kinder behaupteten in der Gründungsphase mit 137 Prozent bis zur konsolidierten Phase mit 134 Prozent eine weitgehend gleiche Wohlstandsposition. Im Gegensatz dazu lag das Niveau der Ehepaare mit Kindern in der Gründungsphase noch knapp unter 90 Prozent, stieg in den beiden nachfolgenden Phasen auf über 90 Prozent und betrug in der konsolidierten Phase, in der Kinder das Elternhaus bereits verlassen, 105 Prozent.

Tabelle 3: Relative Wohlstandspositionen *)

Haushalte und Familien	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
	in Prozent	
Privathaushalte	100	100
darunter		
Ehepaare ohne Kinder	106	111
darunter in Familienphasen		
Gründungsphase	132	137
Aufbauphase	143	139
Stabilisierungsphase	147	133
Konsolidierte Phase	136	134
Umorientierungsphase	100	111
Ältere Ehepaare	89	103
Ehepaare mit Kindern	82	96
darunter in Familienphasen		
Gründungsphase	79	88
Aufbauphase	74	94
Stabilisierungsphase	74	91
Konsolidierte Phase	92	105
Umorientierungsphase	101	113

*) Relative Wohlstandsposition = relative Abweichung der durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen der Familientypen (Median) vom durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen der Privathaushalte (Median).

Quelle: Mikrozensus 1194; STATIS-BUND. Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg

Obwohl auch in Ostdeutschland die Wohlstandspositionen der kinderlosen Ehegatten in den ersten vier Familienphasen deutlich höher als die der Ehepaare mit Kindern waren, lagen sie trotzdem näher beieinander als in Westdeutschland. Im Westen war der Abstand der Wohlstandspositionen zwischen kinderlosen Paaren und Paaren mit Kindern in der

Stabilisierungsphase mit über 70 Prozentpunkten am größten, im Osten dagegen in den jungen Ehejahren der Gründungsphase. Er betrug knapp 50 Prozentpunkte und war damit sichtbar geringer als der im Westen. Ein weiterer augenfälliger Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland ist hervorzuheben. Ältere Ehepaare in Westdeutschland nahmen eine unterdurchschnittliche Wohlstandsposition ein. Sie betrug 89 Prozent. Ganz anders stellte sich die Einkommenssituation der älteren Ehepaare im Osten dar. Ihr Wohlstandsniveau lag um 3 Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller Privathaushalte im Osten. Hier dürften zwei Entwicklungen ausschlaggebend gewesen sein: Die Einführung des westdeutschen Rentensystems in den neuen Ländern mit seinen laufenden Anpassungen, und dies verbunden mit der zumeist durchgängigen Erwerbstätigkeit beider Ehepartner, also auch der Frauen.

6. Lebenslagen mit Niedrigeinkommen

Haushalte verfügen in der vorliegenden Analyse nur über ein Niedrigeinkommen, sofern ihr Einkommen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens aller Privathaushalte beträgt. Im *früheren Bundesgebiet* hatte 1994 ein Privathaushalt im Durchschnitt ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von rund 1 800 DM (*Tabelle 1*). Daraus ergibt sich ein Schwellenwert von etwa 900 DM. Dies bedeutet anders formuliert: Die wirtschaftliche Lage von Haushalten, deren Mitgliedern ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 900 DM zur Verfügung stand, kann als schwierig angesehen werden. Welchen Familiennettoeinkommen entspricht dieser Schwellenwert (*Übersicht 2*)? Für das frühere Bundesgebiet läßt sich die Frage folgendermaßen beantworten: Kinderlose Ehepaare leben in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen, wenn sie über ein monatliches Familiennettoeinkommen von weniger als 1 627 DM verfügen. Bei Ehepaaren mit Kindern variiert das monatliche Familiennettoeinkommen, bei dem eine wirtschaftliche Situation als schwierig bezeichnet werden kann, mit Anzahl und Alter der Kinder. Zum Beispiel ist bei Ehepaaren mit einem Kind unter 6 Jahren bei einem monatlichen Familiennettoeinkommen von weniger als 2 079 DM von einer wirtschaftlich problematischen Lage auszugehen, bei Ehepaaren mit zwei Kindern zwischen 6 und unter 15 Jahren bei einem Einkommen von weniger als 2 802 DM und bei Ehepaaren mit drei Kindern, davon eins unter 6 Jahren und zwei zwischen 6 und unter 15 Jahren, bei einem Einkommen von weniger als 3 254 DM.

Da sich jedoch mit Hilfe des Familiennettoeinkommens die ökonomischen Lagen unterschiedlich strukturierter Haushalte nur bedingt vergleichen lassen, soll weiterhin das gewichtete Pro-Kopf-Einkommen betrachtet werden (*Tabelle 4*): In Westdeutschland verfügten 1994 rund 12,1 Prozent der Privathaushalte über ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen als 900 DM. Nimmt man einen solchen Anteil als Risiko für einen bestimmten

Familientyp, in eine ökonomisch schwierige Lage zu geraten, so war dieses Risiko für ein kinderloses Ehepaar mit 5,3 Prozent weniger als halb so hoch wie das für die Gesamtheit der Privathaushalte. Für Ehepaare mit Kindern lag das Risiko mit 12,2 Prozent eher im Durchschnitt.

Übersicht 2: Monatliche Familiennettoeinkommen (in DM) ausgewählter Familientypen als Schwellenwerte zur Bestimmung wirtschaftlich schwieriger Lagen *)

Familientypen	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Ehepaar ohne Kinder	1.627	1.214
Ehepaar mit 1 Kind unter 6 Jahren	2.079	1.551
Ehepaar mit 2 Kindern von 6 bis unter 15 Jahren	2.802	2.091
Ehepaar mit 3 Kindern, davon 1 Kind unter 6 Jahren und 2 Kinder von 6 Jahren bis unter 15 Jahren	3.254	2.428

*) Produkt aus der Multiplikation des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens bei der BSHG-Skala in Höhe von 904 DM (früheres Bundesgebiet) bzw. 674,50 DM (neue Länder), die Schwellenwerte für Niedrigeinkommen darstellen, mit der Summe der Bedarfsgewichte der Haushaltsmitglieder analog den Regelsätzen der Sozialhilfe: 1,0 für den Haushaltsvorstand; 0,8 für weitere Personen ab 18 Jahren; 0,9 für Kinder von 15 bis unter 18 Jahren; 0,65 für Kinder von 6 bis unter 15 Jahren und 0,5 für Kinder unter 6 Jahren (bei Alleinerziehenden 0,55). Das Familiennettoeinkommen von Ehepaaren ohne Kinder bspw. ergibt sich folglich aus der Multiplikation von 904 DM bzw. 674,50 DM mit dem Faktor 1,8; das für Ehepaare mit einem Kind unter 6 Jahren durch Multiplikation mit dem Faktor 2,3.

Quelle: Mikrozensus 1994; STATIS-BUND. Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Diese allgemeine Betrachtung verdeckt allerdings die Dynamik der ökonomischen Situation im Ablauf der Phasen. Betrachtet man den Anteil von Haushalten in wirtschaftlich schwierigen Lagen - soweit das die Datenlage zuläßt - für jede einzelne Familienphase, so zeigt sich folgendes: Unter den kinderlosen Paaren lebten in den jungen Ehejahren der Gründungsphase 3,5 Prozent in ökonomisch schwierigen Verhältnissen. Dieser Anteil sank in den folgenden Phasen bis auf 1,7 Prozent in der konsolidierten Phase. Erst ab der Umorientierungsphase stieg der Anteil wieder. Bemerkenswert ist auch der mit 7,4 Prozent relativ hohe Anteil bei den älteren Ehepaaren. Umgekehrt entwickelte sich der Anteil mit Niedrigeinkommen bei den Ehepaaren mit Kindern. Schon in der Gründungsphase lag er bei 12,4 Prozent und war damit mehr als dreimal so hoch wie bei den kinderlosen Paaren. In der Stabilisierungsphase betrug der Anteil sogar 17,1 Prozent. Erst in den späteren Familienphasen ging der Anteil von Ehepaaren mit Kindern mit Niedrigeinkommen deutlich zurück.

Bevor nun die Situation in den neuen Ländern betrachtet wird, bedarf der folgende offensichtliche Widerspruch im früheren Bundesgebiet einer Erklärung. Bei Ehepaaren mit Kindern in der Gründungs- bis zur Stabilisierungsphase sind Pro-Kopf-Einkommen und Wohlstandspositionen nur leicht gesunken - jedoch stieg der Anteil von Familien mit Niedrigeinkommen relativ stark.

Tabelle 4: Haushalte und Familien mit Niedrigeinkommen^{*)}

Haushalte und Familien	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
	Anteil mit Niedrigeinkommen in Prozent	
Privathaushalte	12,1	4,8
darunter		
Ehepaare ohne Kinder	5,3	1,5
darunter in Familienphasen		
Gründungsphase	3,5	
Aufbauphase	2,5	2,2
Stabilisierungsphase		
Konsolidierte Phase	1,7	
Umorientierungsphase	5,2	1,6
Ältere Ehepaare	7,4	/
Ehepaare mit Kindern	12,2	5,1
darunter in Familienphasen		
Gründungsphase	12,4	5,3
Aufbauphase	13,2	
Stabilisierungsphase	17,1	6,4
Konsolidierte Phase	7,4	2,0
Umorientierungsphase	4,4	

*) Niedrigeinkommen = unter 50% vom durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen der Privathaushalte (Median). Schwellenwerte in DM für früheres Bundesgebiet/neue Länder und Berlin-Ost 904,0/647,5.

Wegen geringer Fallzahlen wurden Phasen zusammengefasst, so z.B. 2,2% der Ehepaare ohne Kinder in der Gründungs- bis zur Stabilisierungsphase (in den neuen Ländern).

Quelle: Mikrozensus 1994; STATIS-BUND. Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg

In die Stabilisierungsphase fallen die letzten Geburten, die Familien haben ihre maximale Größe erreicht. Die Familienstrukturen sind deshalb in dieser Phase auch besonders unterschiedlich. In den meisten Familien leben zwei Kinder, aber es gibt auch Familien mit nur einem Kind und Familien mit drei und mehr Kindern. In dieser Phase leben minderjährige Kinder aller Altersgruppen in den Familien, wobei es sich hauptsächlich um Schulkinder

zwischen 6 und unter 15 Jahren handelt. Daneben gibt es auch Familien mit noch nicht schulpflichtigen Kindern oder mit Kindern zwischen 15 und 18 Jahren, die zum Teil in Ausbildung sein dürften und damit zum Familieneinkommen beitragen. Der Betreuungsaufwand ist je nach Alter und Anzahl der Kinder sehr unterschiedlich und damit ebenso die Möglichkeit, daß die Ehefrau zumindest eine Teilzeitbeschäftigung aufnimmt. Mit den verschiedenen Familienstrukturen dürften sich auch der Bedarf und die Einkommensmöglichkeiten der Familien erheblich unterscheiden, so daß vermutlich die Pro-Kopf-Einkommen unter den Familien in dieser Phase deutlich voneinander abweichen. Familien mit vergleichsweise hohen Pro-Kopf-Einkommen stehen Familien mit vergleichsweise niedrigen Pro-Kopf-Einkommen gegenüber. Diese breite Streuung wird jedoch weder im durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen noch in der relativen Wohlstandsposition erkennbar; sie erklärt aber den hohen Anteil von Familien, die sich in dieser Phase in einer wirtschaftlich schwierigen Lage befinden.

In den *neuen Ländern* lag 1994 das Einkommensniveau deutlich unter dem im früheren Bundesgebiet. Das gewichtete Pro-Kopf-Einkommen der Privathaushalte betrug im Schnitt rund 1 350 DM und somit 75 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens der westdeutschen Privathaushalte (Tabelle 1). Der Schwellenwert zur Abgrenzung von Haushalten und Familien mit Niedrigeinkommen war im Osten dementsprechend auch geringer; er lag bei rund 675 DM. Multipliziert man nun den Schwellenwert mit dem unterschiedlichen Pro-Kopf-Bedarf der Haushalte und Familien, ergibt dies für ausgewählte Familientypen das Familiennettoeinkommen, unterhalb dessen eine wirtschaftliche Lage als schwierig angesehen werden kann (Übersicht 2). Eine ökonomisch schwierige Lage beginnt bei Ehepaaren ohne Kinder bei einem Familiennettoeinkommen von weniger als 1 214 DM und bei Ehepaaren mit Kindern, je nach Anzahl und Alter der Kinder, bei einem Einkommen von weniger als 1 551 DM bis 2 428 DM.

Auf der Grundlage dieses vergleichsweise niedrigen Schwellenwertes von 675 DM war in den neuen Ländern der Anteil von Haushalten und Familien mit Niedrigeinkommen zum Teil um ein vielfaches kleiner als im früheren Bundesgebiet.⁷ Darüber hinaus gab es bei einzelnen Familientypen in Ostdeutschland wiederholt interessante Abweichungen gegenüber dem jeweiligen Typ in Westdeutschland (Tabelle 4). In den neuen Ländern befanden sich rund 4,8 Prozent der Privathaushalte in einer wirtschaftlich schwierigen Situation. Ehepaare ohne Kinder wiesen auch in den neuen Ländern in den meisten Familienphasen ein weitaus geringeres Risiko auf, in eine wirtschaftlich prekäre Lage zu gera-

⁷ Die geringeren Anteile von Haushalten und Familien mit Niedrigeinkommen im Osten können auch darauf zurückzuführen sein, daß dort die Einkommensungleichheit in der ersten Hälfte der 90er Jahre noch deutlich geringer war als in Westdeutschland.

ten, als Ehepaare mit Kindern. Nimmt man den jeweiligen Anteil als Risiko, so lag das Risiko vor allem in den späteren Phasen unter 2 Prozent. Das Risiko der Ehepaare mit Kindern lag in der Gründungs- und Aufbauphase bei 5,3 Prozent sowie in der Stabilisierungsphase bei 6,4 Prozent und war damit deutlich geringer als im Westen. Freilich darf dies nicht den Sachverhalt verdecken, daß ebenso in den neuen Ländern Ehepaare mit Kindern in den ersten drei Familienphasen sich durchweg häufiger in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen befanden als alle Privathaushalte und besonders die kinderlosen Paare. Erst in der konsolidierten Phase und in der Umorientierungsphase glichen sich die Anteile zwischen Ehepaaren ohne und mit Kindern an. Abschließend soll noch ein Blick auf die älteren Paare mit Niedrigeinkommen geworfen werden. Anders als im früheren Bundesgebiet war in den neuen Ländern ihr Anteil mit unter einem Prozent verschwindend gering.

7. Problemgruppen

Die wirtschaftliche Situation *kinderreicher* Familien war unverhältnismäßig oft defizitär, und dies galt vor allem für das *frühere Bundesgebiet*: Bei jedem dritten Ehepaar mit drei und mehr Kindern konnte die ökonomische Lage als kritisch bezeichnet werden. In den *neuen Ländern* traf dies auf jedes fünfte Ehepaar mit drei und mehr Kindern zu. Überproportional häufig verfügten auch *ausländische* Familien nur über ein Niedrigeinkommen. Im *früheren Bundesgebiet* betrugen die Anteile mit Niedrigeinkommen bei Ehepaaren mit Kindern aus EU-Staaten 18 Prozent und aus Nicht-EU-Staaten sogar 40 Prozent. Auch in den *neuen Ländern* lagen die Anteile von Familien aus Nicht-EU-Staaten erheblich über dem Durchschnitt. Die Anteile mit Niedrigeinkommen waren überdurchschnittlich hoch, wenn der Lebensunterhalt der Bezugsperson der Familie überwiegend durch *staatliche Transferleistungen* wie Arbeitslosengeld und Sozialhilfe gesichert werden mußte. Im *früheren Bundesgebiet* befanden sich von den Ehepaaren mit ausschließlich minderjährigen Kindern und staatlichen Transferzahlungen als überwiegenden Lebensunterhalt rund 67 Prozent in einer solchen wirtschaftlich schwierigen Situation. Zwar waren auch in den *neuen Ländern* die Anteile mit Niedrigeinkommen besonders hoch, wenn sich die wichtigste Einkommensquelle der Bezugsperson auf eine staatliche Transferleistung stützte, aber sie lagen deutlich unter den entsprechenden Anteilen des früheren Bundesgebietes. Ähnliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland konnten auch bei Familien beobachtet werden, die *Wohngeld* empfangen. Anders als in den neuen Ländern lebten im früheren Bundesgebiet die meisten Familien, die Wohngeld bezogen, weiterhin in einer wirtschaftlich schwierigen Lage.

8. Schlußfolgerungen

Der Vergleich der Einkommenslagen zwischen Ehepaaren ohne und mit Kindern entlang spezifischer Familienphasen belegt aufs neue: Wer die Verantwortung für die Erziehung von Kindern übernimmt, muß in der Regel mit teilweise erheblichen finanziellen Einschränkungen rechnen und setzt sich einem viel höheren Risiko aus, in eine wirtschaftlich schwierige Situation zu geraten, als kinderlose Paare. Damit haben sich trotz aller wirtschaftlichen Veränderungen und durch alle Reformbemühungen der letzten Jahrzehnte hindurch die ökonomischen Ungleichheitsrelationen zwischen Familien mit Kindern und kinderlosen Lebensgemeinschaften kaum gewandelt. Und betrachtet man die jüngste Steuerpolitik, so dürfte sich auch künftig das Einkommensgefälle zwischen kinderlosen Lebensformen und Familien nicht wesentlich zugunsten der Familien verändern.

Die hier in der gebotenen Kürze nicht ausführlicher darstellbaren Ergebnisse zeigen allerdings auch: Wenn beide Partner erwerbstätig sind, liegt das Risiko einer ökonomisch schwierigen Lage weit unter dem Durchschnitt (siehe Eggen, 1998, S. 210-213). Dies gilt besonders für junge Familien mit Kindern im Vorschulalter. Und dies trifft gleichermaßen auf West- und Ostdeutschland zu, jedoch mit einem Unterschied. Die Erwerbsbeteiligung vor allem der Mütter mit jüngeren Kindern ist in den neuen Ländern weitaus höher als im früheren Bundesgebiet. Dies dürfte ein wesentlicher Grund sein, warum in Ostdeutschland der Anteil ökonomisch schwieriger Lagen, vornehmlich bei Ehepaaren mit Kindern, durchweg niedriger ist als in Westdeutschland. Einer Familienpolitik legen die Ergebnisse deshalb nahe, engagierter als bisher beispielsweise über das Steuer- und Abgabensystem Anreize zu schaffen, die beiden Eltern die Ausübung einer Erwerbstätigkeit erleichtern, mit der sowohl eine eigenständige Altersvorsorge als auch eine durch die Eltern mitfinanzierte und den Bedürfnissen der Familie angemessenere außerhäusliche Kinderbetreuung ermöglicht werden könnte. Gleichzeitig gilt es politische Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß es nicht der Politik, sondern ausschließlich den Eltern vorbehalten bleibt, zu entscheiden, wie sie ihre Kinder erziehen, ob sie dabei beide ihren Beruf ausüben oder einer von ihnen die Erwerbstätigkeit wegen der Elternschaft unterbricht. Eine einseitige Förderung der Familien etwa durch Bundesländer, die nur auf Landeserziehungsgeld oder Krippenangebot setzen, erschwert hingegen einem Teil der Eltern diese Wahl.

Korrespondenzadresse

*Dr. Bernd Eggen
Statistisches Landesamt Baden Württemberg
Familienwissenschaftliche Forschungsstelle
Postfach 10 60 33
70049 Stuttgart*

Literatur

Eggen, B., 1995: Familienpolitische Leistungen der Länder Deutschlands für Familien mit Kindern unter drei Jahren. Sozialer Fortschritt, Heft10: 247 - 250.

Eggen, B., 1998: Privathaushalte mit Niedrigeinkommen. Hrsg. vom Bundesminister für Gesundheit. Baden-Baden.

Hilzenbecher, M./Schwartz, W./Stutzer, E., 1990: Grundzüge einer phasenorientierten Familienstrukturbeobachtung auf der Basis der amtlichen Statistik. Materialien und Berichte der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. Stuttgart.

Wingen, M./Schwartz, W./Stutzer, E., 1992: Ein Familienphasenkonzept auf der Basis der amtlichen Statistik. Allgemeines Statistisches Archiv, Heft 2: 152 - 174.

WANDEL FAMILIALER UND ÖKONOMISCHER LEBENSLAGEN JUNGER ERWACHSENER

BERND EGGEN

Die Lebensformen, Ausbildungs-, Erwerbs- und Einkommensstrukturen der 18- bis 30jährigen haben sich zwischen 1972 und 1996 erheblich verändert. Junge Erwachsene wohnen länger bei ihren Eltern und wohnen aber auch öfter allein. Partnerschaft und erst recht Ehe und eigene Kinder haben in dieser Lebensphase zum Teil erheblich an Bedeutung verloren. Dagegen ist die Bereitschaft zu einer längeren und höheren Ausbildung gestiegen. Gleichzeitig verzögert sich der Eintritt in das Erwerbsleben, kommen Erwerbslosigkeit und Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung häufiger vor.

Forms of live, education, employment and financial situation of 18 to 30 years young adults have changed considerably between 1972 and 1996. Young adults live longer at their parents and live also more frequently alone. Partnership and more than ever marriage and own children have lost importance in this phase of live. At the same time the beginning of employment is delayed, unemployment and dependence of public relief occure more frequently among young adults.

1. Einleitung

Die vergleichsweise kurze Zeit zwischen dem 18. und 30. Lebensjahr ist der Beginn für vieles. In kaum einer anderen Lebensphase wie in der der „Post-Adoleszenz“ müssen so viele für das künftige Leben grundlegende Entscheidungen hinsichtlich Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Partnerschaft und Familie getroffen werden, und diese zumeist gleichzeitig und nicht selten im Gegensatz zueinander. Anders als noch vor zwanzig oder dreißig Jahren prägen heute in hohem Maße Unübersichtlichkeit und Unsicherheit die Bedingungen, unter denen die jungen Erwachsenen diese Entscheidungen fällen müssen. Traditionale Rollenverteilungen zwischen den Geschlechtern haben ihre Selbstverständlichkeit weitgehend eingebüßt und ermöglichen vielfältige nichtfamiliale und familiale Lebensformen. Lange Ausbildungszeiten und höhere Ausbildungsabschlüsse sind für immer mehr junge Erwachsene selbstverständlich geworden, garantieren aber seltener denn je eine adäquate Beschäftigung; denn nicht Vollbeschäftigung, sondern ein relativ hoher Anteil Arbeitsloser sowie rechtlich, finanziell und zeitlich oftmals prekäre Unterbe-

schäftigungen bestimmen weitgehend den Arbeitsmarkt und verzögern, erschweren, ja verhindern den stetigen und dauerhaften Übergang von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit. Zudem werden diese Veränderungen begleitet von einer widersprüchlichen Entwicklung. Einerseits wird dem einzelnen in immer früheren Lebensjahren eine eigenständige Entscheidungskompetenz in biographisch wichtigen Situationen zugestanden und auch abverlangt, andererseits verschiebt sich für immer mehr junge Erwachsene infolge langer Ausbildungszeiten und der Schwierigkeiten des Arbeitsmarktes eine wirtschaftliche Selbständigkeit in spätere Lebensjahre.¹ Insgesamt ist der Möglichkeitshorizont weiter gefaßt. Gleichzeitig aber sind statt Übergängen und Kontinuität nun eher Brüche und Diskontinuität bestimmende Normalität während der Partnerschafts- und Erwerbsverläufe junger Erwachsener.

Das Folgende beschreibt Aspekte des Wandels von Lebensformen, Ausbildungs-, Erwerbs- und Einkommensstrukturen junger Erwachsener. Verglichen werden die Jahre 1972 und 1996. Datenquelle ist der Mikrozensus. Der relativ kleine Merkmalskatalog des Mikrozensus von 1972 läßt aber Vergleiche nur anhand weniger Merkmale zu.

2. Wandel der Strukturen

Erheblich weniger Ehen, deutlich seltener Elternschaft

„Der Tauschein bleibt für junge Menschen attraktiv“ oder „Am Beginn eines Zusammenlebens steht überwiegend der Gang zum Standesamt.“ Immer wieder tauchen in den Medien solche politischen Einschätzungen auf, meistens verbunden mit der Einsicht, ja vielleicht auch mit der Hoffnung, das mit dem Wandel von Ehe und Familie sei gar nicht so gravierend, wie vielfach behauptet. Solche Einsichten ergeben sich vornehmlich aus dem Jetzt und der Gesamtheit der Lebensformen; sie verschließen sich allzugern dem, was war, und dem, was kommen könnte, das seine Wurzeln gleichwohl längstens geschlagen hat.

In Baden-Württemberg lebten 1996 rund 1,8 Millionen junge Erwachsene im Alter zwischen 18 und 30 Jahren; 1972 waren es 1,6 Millionen. In beiden Jahren lag ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung bei etwa 17 Prozent.

Innerhalb von nur knapp 25 Jahren sank unter den jungen Erwachsenen der Anteil der Verheirateten von 50 Prozent auf 28 Prozent (Schaubild 1). Noch stärker verlor die Ehe quantitativ an Bedeutung bei den 28- bis 30jährigen. Hier fiel der Anteil Verheirateter von einst 77 Prozent auf jetzt 49 Prozent. Verheiratet mit Kindern traf 1972 auf jeden dritten

1 Siehe Vaskovics, 1989.

jungen Erwachsenen zu, 1996 nur noch auf jeden fünften. Bei den 28- bis 30jährigen war 1972 das verheiratet Zusammenleben mit Kindern die mit Abstand häufigste Lebensform. Ihr Anteil betrug 60 Prozent. Auch 1996 war die Ehe mit Kindern die häufigste Lebensform unter den 28- bis 30jährigen, aber ihr Anteil belief sich nur noch auf 36 Prozent.

Noch gravierender ist der Wandel unter den deutschen jungen Erwachsenen: Von 1972 bis 1996 hat sich der Anteil Verheirateter mehr als halbiert, und zwar von 49 Prozent auf 23 Prozent, der mit Kindern sogar von 35 Prozent auf 15 Prozent (Schaubild 2). Im Gegensatz dazu war der Rückgang der Ehe bei den nicht-deutschen jungen Erwachsenen verhalten: 1972 waren 56 Prozent von ihnen verheiratet, 1996 mithin 46 Prozent. Trotz dieser Entwicklung lebten nicht-deutsche junge Erwachsene 1996 eher verheiratet und mit Kindern als 1972.

Andere und neue Lebensformen haben in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren an Bedeutung gewonnen. Am häufigsten lebten 1996 die jungen Erwachsenen bei ihren Eltern, und zwar 33 Prozent bei verheiratet zusammenlebenden Eltern und 6 Prozent bei alleinerziehenden Eltern. Damit lebten junge Frauen und Männer 1996 etwas öfter noch bei ihren Eltern als 1972. Damals wohnten 29 Prozent von ihnen bei ihren verheiratetzusammenlebenden Eltern und 6 Prozent bei ihren alleinerziehenden Eltern. Die jungen Erwachsenen verlassen also heute später ihr Elternhaus, obwohl sie anders als noch 1972 bereits mit 18 Jahren volljährig sind: 84 Prozent der 18- bis 20jährigen wohnten 1996 bei ihren Eltern, jeder zweite der 21- bis 24jährigen und jeder vierte von den 25- bis 27jährigen und immerhin noch jeder achte von den 28- bis 30jährigen. Besonders von den älteren der jungen Erwachsenen lebten 1996 deutlich mehr als 1972 bei ihren Eltern. Und es waren vor allem die Männer, weniger die Frauen, die das Elternhaus noch nicht verlassen hatten (Schaubild 3).

Einerseits ziehen mehr junge Erwachsene verzögert aus dem elterlichen Zuhause aus, andererseits wohnen mehr von ihnen allein: 1972 wohnte jeder achte allein, 1996 jeder fünfte. Deutlicher ist dieser Wandel bei den 28- bis 30jährigen: 1972 wohnte von ihnen jeder zehnte allein, 1996 schon fast jeder vierte.

Erstaunlich selten sind unter den jungen Erwachsenen Alleinerziehende anzutreffen. Ihr Anteil betrug 1996 gerade 2 Prozent und war damit genauso niedrig wie 1972. Ebenso unverändert ungewöhnlich sind andere Lebensformen, wie etwa Wohngemeinschaften, bei den 18- bis 30jährigen.

Innerhalb historisch äußerst kurzer Zeit hat sich bei den jungen Erwachsenen eine einst rechts- und sittenwidrige und kaum sichtbare Lebensform zu einer gesellschaftlich weitgehend anerkannten und häufig praktizierten Lebensform durchgesetzt: die nichteheliche

Lebensgemeinschaft. Im Jahr 1972 war diese Lebensform bei den 18- bis 30jährigen so gut wie gar nicht vorhanden. Ein knappes Vierteljahrhundert später lebte jeder zehnte nichtehelich mit einem Partner zusammen.² Der überwiegende Teil von ihnen war kinderlos.

Einerseits ist man in der Gesellschaft toleranter gegenüber Sexualität und vorehelichem Zusammenleben geworden. Andererseits leben heute mehr junge Erwachsene länger bei ihren Eltern, wohnen mehr junge Erwachsene allein und seltener mit einem Partner. Für die meisten jungen Erwachsenen spielt in ihrem Alter der Trauschein keine Rolle. Und wenn junge Frauen und Männer mit einem Partner oder einer Partnerin zusammenleben, dürfte am Beginn des Zusammenlebens seltener denn je das Standesamt stehen. Vor rund 25 Jahren waren von den 28- bis 30jährigen, die mit einem Partner zusammenlebten, so gut wie jeder verheiratet; heute kommen auf acht Ehen zwei nichteheliche Lebensgemeinschaften. Partnerschaft in diesem Alter bedeutet heute ferner erheblich seltener als noch zu Beginn der siebziger Jahre ein Zusammenleben mit Kindern.

Gewiß, die wenigsten nichtehelichen Lebensgemeinschaften dürften sich als Alternative in bewußtem Kontrast zur Ehe verstehen. Die meisten jungen Erwachsenen sehen wohl in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft eine temporäre Form vorehelichen Zusammenlebens.³ Trotzdem dürfte der Wandel familialer Strukturen durch nachgeholte Heirat und Familiengründung im vierten Lebensjahrzehnt kaum noch aufgehalten, allenfalls in seiner Geschwindigkeit gebremst werden. Auszug aus dem Elternhaus, Zusammenleben mit Partner, Heirat und dann Kinder: eine solche lineare Entwicklung ist heute unwahrscheinlicher geworden.⁴ Bislang ist der Wandel familialer Strukturen auch verdeckt worden durch das eher traditionale Verhalten der nicht-deutschen Bevölkerung. Denn es sind die nicht-deutschen Erwachsenen, die bereits in jungen Jahren noch am ehesten heiraten und Kinder bekommen. Im Jahr 1996 besaß fast jeder fünfte junge Erwachsene eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit.

2 Im Gegensatz zu 1996 wurde 1972 im Mikrozensus nicht direkt nach nichtehelichen Lebensgemeinschaften gefragt. Die Anzahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mußte daher anhand anderer Variablen geschätzt werden. Als nichteheliche Lebensgemeinschaft gilt ein Privathaushalt, der aus einem Mann und einer Frau im Alter von jeweils mindestens 18 Jahren besteht, die weder miteinander verheiratet noch verwandt oder verschwägert sind. Zusätzlich können in diesem Haushalt noch ledige minderjährige Kinder eines oder beider Partner leben, das heißt Kinder von nicht-verheirateten Eltern, die mit einem neuen Partner zusammen wohnen, sowie gemeinsame Kinder der nichtehelichen Partner (siehe Niemeyer, 1994).

3 Siehe Glatzer, 1997.

4 Der Auszug aus dem Elternhaus hängt nach Auffassung von Härtel (1996) heute nicht mehr mit typischen biographischen Ereignissen wie Eheschließung oder dem Eintritt ins Berufsleben zusammen, sondern wird als eigenständiges Ereignis vorgenommen.

Größere Bereitschaft zu einer längeren und höheren Ausbildung

Im Zuge der Bildungsexpansion und Bildungsreformen besonders zwischen 1960 und 1980 haben sich die Ausbildungs- und Bildungsanstrengungen bei den jungen Erwachsenen in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren erheblich vermehrt.⁵ Mitte der neunziger Jahre standen nicht nur mehr junge Erwachsene in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung als Anfang der siebziger Jahre. Gleichzeitig ist in dieser Zeit die Bereitschaft drastisch gestiegen, für eine längere Ausbildung auch eine längere ökonomische Abhängigkeit von den Eltern in Kauf zu nehmen.⁶ Im Jahr 1972 besuchte rund jeder zehnte junge Erwachsene eine allgemeinbildende oder berufliche Schule, 1996 war es gut jeder vierte (Schaubild 4). Anfang der siebziger Jahre galt es eher als selbstverständlich, daß Frauen und Männer im Alter zwischen 25- und 30 Jahren ihre Ausbildung abgeschlossen hatten; nicht so 1996: Bei jedem fünften der 25- bis 27jährigen und immerhin bei jedem zehnten der 28- bis 30jährigen dauerte die Ausbildung noch an. Dabei ist zu beachten, daß Anfang der siebziger Jahre wesentlich seltener junge Erwachsene eine höhere und qualifiziertere Ausbildung anstrebten als 1996. Im Jahr 1972 war für 10 Prozent der 21- bis 24jährigen die Ausbildung deshalb noch nicht abgeschlossen, weil sie eine Fachhochschule oder Universität besuchten; 1996 traf dies auf 20 Prozent zu.

Nicht nur junge Männer, sondern vor allem junge Frauen verhalten sich heute gegenüber Ausbildung und Bildung völlig anders. Vor rund 25 Jahren war es eher selten, daß junge Frauen noch in Ausbildung standen, und nur wenige strebten einen Hochschulabschluß an. Mitte der neunziger Jahre hatte dagegen jede vierte junge Frau ihre Ausbildung noch nicht beendet, und jede zehnte bemühte sich um einen Abschluß auf einer Fachhochschule oder Universität. Damit beabsichtigen heute junge Frauen ähnlich häufig wie gleichaltrige Männer, durch eine längere Ausbildung einen qualifizierteren Ausbildungsabschluß zu erzielen.

Die meisten jungen Erwachsenen, die in Ausbildung stehen, wohnen bei ihren Eltern (Tabelle 1). Das war 1972 kaum anders als 1996. Gleichwohl lebten 1996 junge Erwachsene, die mitten in ihrer Ausbildung steckten, eher noch bei ihren Eltern als 1972. Dafür wohnten sie 1996 seltener allein. Ausbildung und das Zusammenleben mit einem Partner kam unter den jungen Erwachsenen 1972 und auch 1996 vergleichsweise selten vor, jedoch, wenn es zutraf, dann mit dem Unterschied, daß 1972 dieses Zusammenleben fast ausschließlich ehelich war und 1996 überwiegend nichtehelich. Nur wenige junge Erwachsene, die sich in Ausbildung befinden, leben mit eigenen Kindern oder mit Kindern

5 Siehe auch Bertram, 1987.

6 Außerdem verweilen die Studenten heute länger an den Hochschulen, und sie sind älter, wenn sie ihr Examen ablegen, als die Studenten vor 10 bis 15 Jahren (siehe hierzu Wörner, 1998).

des Partners zusammen. Im Jahr 1996 waren diese jungen Erwachsenen überwiegend verheiratet; Alleinerziehende oder nichtehelich mit Partner zusammenlebende junge Erwachsene mit Kindern bildeten die Ausnahme.

Tabelle 1: Junge Erwachsene in Baden-Württemberg 1972 und 1996 nach Lebensformen und gegenwärtigem Schulbesuch insgesamt und auf (Fach-)Hochschulen (in Prozent)

Lebensformen	In Ausbildung		Darunter (Fach)Hochschule	
	1972	1996	1972	1996
Bei Eltern	56	68	33	53
Allein	32	21	51	33
Ehe ohne Kinder	7	2	(10)	(3)
Ehe mit Kindern	(.)	(1)	(.)	(.)
Alleinerziehend ohne Partner im Haushalt	(.)	(.)	(.)	(.)
Nichteheliche Lebensgemeinschaft ohne Kinder	(.)	5	(.)	6
Nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kindern	(.)	(.)	(.)	(.)
Mit sonstigen Personen *)	(.)	2	(.)	(2)
Insgesamt	100	100	100	100

*) Überwiegend ledige junge Erwachsene mit verwandten, verschwägerten oder familienfremden Personen; z.B. Bruder mit verheirateter Schwester, die Kinder hat, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften.

Quelle: Mikrozensus, Statis-Bund; 1972: Wohnbevölkerung; 1996: Bevölkerung am Wohnsitz der Lebensgemeinschaft. Fehlende Anteile auf 100% wegen kleiner und deshalb unsicherer Fallzahlen bei einzelnen Lebensformen. Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Junge Erwachsene in Ausbildung leben heute nicht nur häufiger, sondern auch länger bei ihren Eltern. Jeder zweite von ihnen, der 1972 einen Hochschulabschluß anstrebte, wohnte allein und jeder dritte bei seinen Eltern. Ein Vierteljahrhundert später hat sich dies gerade umgekehrt: Nun lebt die Mehrheit bei ihren Eltern und nur noch jeder dritte allein.

Spätere Erwerbsbeteiligung, höhere Erwerbslosigkeit

Gut zwei Drittel der jungen Erwachsenen war 1996 erwerbstätig gegenüber gut drei Viertel im Jahr 1972. Der Rückgang der Erwerbstätigenquote belegt den in den letzten Jahren zu beobachtenden verzögerten Übergang in das Berufsleben bei den jungen Erwachsenen. Deutlich niedriger lag 1996, verglichen mit 1972, die Erwerbstätigenquote bei den 18- bis 20jährigen (Schaubild 5). Sie nahm zwar mit dem Alter der jungen Erwachsenen zu, war

aber erst bei den 28- bis 30jährigen ähnlich hoch wie 1972 bei allen jungen Erwachsenen ungeachtet ihres Alters. Vornehmlich bei den jungen Männern ging die Erwerbstätigenquote zurück. Bei den Frauen blieb sie nahezu unverändert (Schaubild 6).

Der Rückgang der Erwerbstätigenquote hat vor allem zwei Gründe. Zum einen stecken immer mehr junge Erwachsene noch mitten in ihrer Ausbildung. Im Vergleich zu 1972 waren 1996 deutlich mehr junge Erwachsene nichterwerbstätig. Besonders gestiegen ist der Anteil der Nichterwerbstätigen bei den 18- bis 24jährigen und im allgemeinen bei den Männern. Demgegenüber blieb der Anteil nichterwerbstätiger junger Frauen zwischen diesen beiden Zeitpunkten nahezu unverändert. Zum anderen waren die Aussichten für junge Erwachsene auf dem Arbeitsmarkt 1996 düsterer als 1972. Anfang der siebziger Jahre war bei den jungen Frauen und Männern Erwerbslosigkeit kaum verbreitet; anders 1996: rund 5 Prozent der jungen Erwachsenen waren ungeachtet ihres Alters und Geschlechtes erwerbslos. Das heißt, sie standen in keinem Arbeitsverhältnis und bemühten sich um eine Arbeitsstelle, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet waren oder nicht. Werden die Erwerbslosen nur auf die Erwerbspersonen bezogen, also auf die Summe von Erwerbstätigen und Erwerbslosen unter den jungen Erwachsenen, liegt der Anteil der erwerbslosen jungen Erwachsenen selbstverständlich höher: 1996 betrug er im Durchschnitt 7 Prozent, bei den 18- bis 20jährigen sogar 9 Prozent (Schaubild 7).

Mitte der neunziger Jahre wohnte die Hälfte der nichterwerbstätigen jungen Erwachsenen bei ihren Eltern, und gut ein Viertel hatte das Elternhaus verlassen und war verheiratet (Tabelle 2). Anfang der siebziger Jahre war es gerade umgekehrt: Von den Nichterwerbstätigen hatte nur jeder vierte das Elternhaus noch nicht verlassen und jeder zweite war verheiratet. Für diese Entwicklung dürfte vor allem das veränderte Verhalten der jungen Frauen maßgeblich sein. War 1972 für die meisten jungen Frauen Nichterwerbstätigkeit noch gleichbedeutend mit Ehe und Familiengründung, stand 1996 hinter der Nichterwerbstätigkeit in der Mehrheit eine noch nicht abgeschlossene Ausbildung.

Wenn junge Erwachsene erwerbstätig sind, führt das nicht unbedingt dazu, daß sie dann aus dem Elternhaus ausziehen. Gut ein Drittel bleibt nach Aufnahme einer Erwerbstätigkeit weiterhin bei den Eltern. Das galt 1996 ähnlich häufig wie 1972. Allerdings hat sich das Verhalten der erwerbstätigen jungen Erwachsenen gegenüber den anderen Lebens- und Familienformen erheblich gewandelt. Verglichen mit 1972 lebten 1996 erwerbstätige junge Männer und Frauen deutlich seltener mit einem Partner zusammen und hatten deutlich seltener bereits eigene Kinder. Wer von ihnen einen Partner hatte, war 1972 natürlich verheiratet; 1996 waren es dagegen nur zwei Drittel, ein Drittel lebte nichtehelich mit dem Partner zusammen. Neben den nichtehelichen Lebensgemeinschaften haben seit 1972 auch die Alleinwohnenden unter den erwerbstätigen jungen Männern und Frauen

deutlich zugenommen. Sichtbarer als in der Gesamtheit der jungen Erwachsenen zeigt sich hier der gravierende Wandel der Familienformen in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten. Die jungen Erwachsenen, die aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit grundsätzlich ökonomisch selbständig sein dürften, gründen seltener denn je eine Familie.

Tabelle 2: Junge Erwachsene in Baden-Württemberg 1972 und 1996 nach Lebensformen und Stellung im Erwerbsleben (in Prozent)

Lebensformen	Stellung im Erwerbsleben					
	erwerbstätig		erwerbslos		nichterwerbstätig	
	1972	1996	1972	1996	1972	1996
Bei Eltern	38	35	(.)	39	26	51
Allein	12	22	(.)	23	14	15
Ehe ohne Kinder	18	11	(.)	(6)	7	3
Ehe mit Kindern	29	17	(.)	18	52	25
Alleinerziehend ohne Partner im Haushalt	1	1	(.)	(.)	(.)	(2)
Nichteheliche Lebensgemeinschaft ohne Kinder	(1)	11	(.)	(7)	(.)	(2)
Nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kindern	(.)	1	(.)	(.)	(.)	(1)
Mit sonstigen Personen*)	2	2	(.)	(.)	(.)	(2)
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

*) Überwiegend ledige junge Erwachsene mit verwandten, verschwägerten oder familienfremden Personen; z.B. Bruder mit verheirateter Schwester, die Kinder hat, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften.

Quelle: Mikrozensus, Statis-Bund; 1972: Wohnbevölkerung; 1996: Bevölkerung am Wohnsitz der Lebensgemeinschaft. Fehlende Anteile auf 100% wegen kleiner und deshalb unsicherer Fallzahlen bei einzelnen Lebensformen. Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Was die erwerbslosen jungen Erwachsenen angeht, zeigt sich, daß das Fehlen einer Arbeitsstelle den Auszug aus dem Elternhaus wohl verzögert: 39 Prozent der erwerbslosen jungen Erwachsenen lebte 1996 bei den Eltern. Weitere 23 Prozent wohnten allein. Allerdings waren auch 18 Prozent der erwerbslosen jungen Erwachsenen verheiratet und hatten bereits eigene Kinder. Mit anderen Worten: Die Mehrheit der erwerbslosen jungen Erwachsenen wohnte nicht bei den Eltern.

Spätere finanzielle Selbständigkeit, häufigere Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung

Auch Mitte der neunziger Jahre war für die meisten jungen Erwachsenen das eigene Erwerbseinkommen die wichtigste Einkommensquelle, allerdings nicht mehr mit der Selbstverständlichkeit wie noch zu Beginn der siebziger Jahre. Vor rund 25 Jahren ermöglichte bei 73 Prozent der jungen Erwachsenen das eigene Erwerbseinkommen den überwiegenden Lebensunterhalt, 1996 betrug dieser Anteil lediglich 64 Prozent. Junge Erwachsene sind heute erst wesentlich später finanziell weitgehend selbständig (Schaubild 8). Deutlich seltener verfügten 1996 die 18- bis 27jährigen über ein Erwerbseinkommen, mit dem sie den Lebensunterhalt gewährleisten konnten. Erst unter den 28- bis 30jährigen gab es 1996 ähnlich viele wie 1972, die überwiegend mit ihrem Erwerbseinkommen den Lebensunterhalt bestritten.

Nicht wenige junge Erwachsene ermöglichen ihren Lebensunterhalt überwiegend mit einem eigenen Erwerbseinkommen und wohnen dennoch bei ihren Eltern (Tabelle 3). Auf immerhin jeden dritten von ihnen traf dies sowohl 1972 als auch 1996 zu. Die meisten jungen Erwachsenen mit eigenem Erwerbseinkommen sind jedoch aus dem Elternhaus ausgezogen. Weitgehende finanzielle Selbständigkeit bedeutete 1996 aber auch: Man lebte eher allein und seltener mit einem Partner und noch seltener verheiratet und mit eigenen Kindern.

Im Gegenzug zur rückläufigen finanziellen Selbständigkeit dauert heute die ökonomische Abhängigkeit der jungen Erwachsenen von ihren Eltern länger. So waren von den 18- bis 20jährigen 1972 etwa 29 Prozent und 1996 rund 47 Prozent auf den Unterhalt vor allem wohl ihrer Eltern angewiesen. Denn mehr als die Hälfte der jungen Erwachsenen, die 1996 auf den privaten Unterhalt anderer angewiesen waren, lebte bei den Eltern; 1972 waren es lediglich 30 Prozent. Gleichzeitig scheint aber die ökonomische Abhängigkeit der Frauen von einem (Ehe-)Mann in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten gesunken zu sein. Zu diesem Schluß kann man kommen, weil 1996 zum einen die 28- bis 30jährigen jungen Erwachsenen und zum anderen die Frauen im Gegensatz zu den Männern seltener auf den Unterhalt anderer angewiesen waren als 1972 (Schaubild 9). Zudem hat der Unterhalt durch Angehörige und damit wohl zumeist des Ehemannes als wesentlichste Einkommensquelle für den Lebensunterhalt der jungen Erwachsenen an Bedeutung verloren (Tabelle 3).

Nahezu unbekannt war 1972, daß junge Erwachsene nur mit Hilfe staatlicher Transfers ihren Lebensunterhalt maßgeblich sichern konnten. Anders 1996: Bei fast jedem zehnten jungen Erwachsenen trugen Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe oder Bafög⁷ überwiegend zum Lebensunterhalt bei. Wer Arbeitslosenunterstützung für seinen überwiegenden

7 Das Bafög-Gesetz wurde zum ersten Mal im August 1971 verabschiedet.

Lebensunterhalt bezog, wohnte vornehmlich noch bei seinen Eltern oder allein. Bemerkenswert ist allerdings auch, daß 16 Prozent der jungen Erwachsenen, die wesentlich auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen waren, verheiratet waren und bereits eigene Kinder hatten. Wer entscheidend von der Sozialhilfe abhing, lebte 1972 vor allem allein. Rund 25 Jahre später waren von der Sozialhilfe abhängige junge Erwachsene vornehmlich Alleinerziehende (32 Prozent).

Tabelle 3: Junge Erwachsene in Baden-Württemberg 1972 und 1996 nach Lebensformen und überwiegendem Lebensunterhalt (in Prozent)

Lebensformen	Erwerbstätigkeit		Arbeitslos.geld/-hilfe		Unterhalt ²⁾		Sozialhilfe		Bafög ³⁾		Sonstige ⁴⁾	
	1972	1996	1972	1996	1972	1996	1972	1996	1972	1996	1972	1996
Bei Eltern	37	35	(.)	35	30	55	(.)	(14)	X	27	(.)	(.)
Allein	12	22	(.)	29	10	11	(54)	(20)	X	38	(.)	(.)
Ehe ohne Kinder	18	11	(.)	(.)	6	4	(.)	(.)	X	(.)	(.)	(.)
Ehe mit Kindern	28	16	(.)	(16)	53	25	(.)	32	X	13	(.)	(.)
Alleinerziehend ohne Partner im Haushalt	1	1	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)	21	X	(.)	(.)	(.)
Nichteheliche Lebensgemeinschaft ohne Kinder	1	12	(.)	(.)	(.)	(1)	(.)	(.)	X	(.)	(.)	(.)
Nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kindern	(.)	1	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)	(.)	X	(.)	(.)	(.)
Mit sonstigen Personen ¹⁾	2	2	(.)	(.)	(.)	(1)	(.)	(.)	X	(.)	(.)	(.)
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	X	100	100	100

1) Überwiegend ledige junge Erwachsene mit verwandten, verschwägerten oder familienfremden Personen; z. B. Bruder mit verheirateter Schwester, die Kinder hat, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften. 2) Unterhalt durch Eltern, Ehemann/Ehefrau oder andere Angehörige. 3) Nur 1996: Sonstige Unterstützungsleistungen (z.B. Bafög, Stipendium). 4) Eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil, Rente, Pension, 1996 auch Leistungen aus der Pflegeversicherung.

Quelle: Mikrozensus, Statis-Bund; 1972: Wohnbevölkerung; 1996: Bevölkerung am Wohnsitz der Lebensgemeinschaft. Fehlende Anteile auf 100% wegen kleiner und deshalb unsicherer Fallzahlen bei einzelnen Lebensformen. Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Erwerbseinkommen seltener ausreichend für den Lebensunterhalt

Wer erwerbstätig ist, der begleicht in der Regel mit dem Erwerbseinkommen überwiegend den eigenen Lebensunterhalt und den der Familie. Dies gilt auch für die meisten erwerbstäti-

gen jungen Erwachsenen. Allerdings gewährleistete 1996 das Erwerbseinkommen und damit auch die Ausübung einer Erwerbstätigkeit wohl nicht mehr in dem Maße den überwiegenden Lebensunterhalt der jungen Erwachsenen wie noch 1972. Anfang der siebziger Jahre bestritten 96 Prozent der jungen Erwachsenen mit dem aus ihrer Erwerbstätigkeit erzielten Einkommen überwiegend den Lebensunterhalt; 1996 waren es 93 Prozent der erwerbstätigen jungen Erwachsenen (Schaubild 10). Besonders verlor in dieser Zeit das Erwerbseinkommen seine Bedeutung für den Lebensunterhalt bei den 18- bis 20jährigen und den Frauen. Darüber hinaus fällt vor allem die verringerte Bedeutung des Erwerbseinkommens für den Lebensunterhalt bei den Alleinerziehenden und den Ehepaaren mit Kindern auf.

Tabelle 4: Erwerbstätige junge Erwachsene in Baden-Württemberg 1972 und 1996 nach Lebensformen und finanzieller Selbständigkeit (in Prozent)

Lebensformen	Finanzielle Selbständigkeit	
	1972	1996
Bei Eltern	94	91
Allein	99	95
Ehe ohne Kinder	99	96
Ehe mit Kindern	93	89
Alleinerziehend ohne Partner im Haushalt	100	73
Nichteheliche Lebensgemeinschaft ohne Kinder	100	(98)
Nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kindern	100	(.)
Mit sonstigen Personen*)	99	94
Insgesamt	96	93

*) Überwiegend ledige junge Erwachsene mit verwandten, verschwägerten oder familienfremden Personen; z.B. Bruder mit verheirateter Schwester, die Kinder hat, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften.

Quelle: Mikrozensus, Statis-Bund; 1972: Wohnbevölkerung; 1996: Bevölkerung am Wohnsitz der Lebensgemeinschaft.

Diese Entwicklung hat vermutlich folgende Gründe: Etwa ein Drittel der 18- bis 20jährigen besuchte 1996 noch eine berufliche Schule, und die im Rahmen des dualen Ausbildungssystems erzielten Erwerbseinkommen dürften eher selten zur überwiegenden Sicherung des Lebensunterhaltes ausgereicht haben. Der verringerten Bedeutung des Erwerbseinkommens für den Lebensunterhalt bei den erwerbstätigen Frauen dürften verschiedene Bedingungen zugrunde liegen, die eng mit der jeweiligen Familienform zusammenhängen (Tabelle 4). Zunehmend tragen verheiratete junge Mütter mit einem eigenen Erwerbseinkommen zum Lebensunterhalt der Familie bei. Gleichwohl ist es zumeist geringer als das des Partners. Dies

nicht zuletzt aufgrund einer Teilzeitbeschäftigung, die unter den erwerbstätigen Müttern in den letzten Jahren zugenommen hat.⁸ Auch die erwerbstätigen alleinerziehenden Mütter dürften Mitte der neunziger Jahre eher Teilzeit arbeiten als noch zu Beginn der siebziger Jahre. Anstelle des einzigen Erwerbseinkommens sichert nun jedoch die Sozialhilfe überwiegend den Lebensunterhalt der Familie.⁹

3. Schlußbemerkungen

Die Vielfalt der Lebensformen junger Erwachsener kann durch den Mikrozensus nur eingeschränkt beschrieben werden. Ausschlaggebend dafür sind zwei Gründe: Als Querschnitterhebung liefert der Mikrozensus kaum etwas über den biographischen Pluralismus der Lebensformen, das heißt „den Wechsel zwischen Familien gemischt mit und unterbrochen durch andere Formen des Zusammenleben- oder Alleinlebens im Lebenslauf des einzelnen“.¹⁰ Durch die Konzentration auf den Haushalt als Erhebungseinheit bleiben Lebensformen mit getrennten Haushalten wie das „Living-apart-together“, die besonders bei jungen Erwachsenen eine Rolle spielen dürften, unbeachtet.¹¹ Berücksichtigt man diese Sachverhalte bei der Interpretation der Daten, erlaubt der Mikrozensus dennoch repräsentative Aussagen über den Wandel familialer und ökonomischer Lebenslagen junger Erwachsener. Dabei bildeten bislang die jungen Erwachsenen den Ausgangspunkt für die Betrachtung. In aller Kürze soll nun der Blick gewendet werden auf deren Lebensformen mit ihren ökonomischen Auffälligkeiten.

- Junge Erwachsene leben länger zu Hause. Von den jungen Männern und Frauen, die bei ihren Eltern wohnten, waren 1972 rund 15 Prozent und 1996 etwa 27 Prozent zwischen 25 und 30 Jahre alt. Ein wesentlicher Grund für den verzögerten Auszug aus dem Elternhaus ist sicherlich eine noch nicht abgeschlossene Ausbildung. In anderen Fällen dürfte das eigene Einkommen nicht ausreichen oder die berufliche Situation zu unsicher sein, um sich eine eigene Wohnung leisten zu können. Aber es gibt noch andere Gründe: Das Verhältnis zwischen jungen Erwachsenen und ihren Eltern ist toleranter geworden. In den größeren Wohnungen der Eltern verfügen die jungen Erwachsenen häufiger über ein eigenes Zimmer. Geborgenheit, vielleicht auch Bequemlichkeit werden dabei ebenso geschätzt wie die

⁸ Siehe mit entsprechenden Literaturhinweisen Schmidt/Stutzer, 1996.

⁹ Vgl. auch die entsprechenden Anteile des angerechneten Einkommens am Bruttobedarf der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt bei alleinerziehenden Frauen bei Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1997.

¹⁰ Zur zunehmenden Bedeutung einer biographischen Pluralisierung familialer und nichtfamilialer Lebensformen siehe Beck (1986: 181 - 189).

¹¹ In rund 70 Prozent aller Partnerschaften mit getrennten Haushalten in den alten Bundesländern leben Personen zwischen 18 und unter 30 Jahren (siehe Schneider, 1996).

geringen Kosten im „Hotel Mama“. Denn nur jeder zweite, der bei seinen Eltern wohnt, hat die Ausbildung noch nicht beendet. Einige von ihnen sind zudem erwerbstätig: Rund 62 Prozent der jungen Erwachsenen, die bei ihren Eltern wohnen, gehen einer Erwerbstätigkeit nach, und 56 Prozent finanzieren ihren Lebensunterhalt überwiegend durch ihr eigenes Erwerbseinkommen. Die Eltern sichern nur bei 38 Prozent der zu Hause lebenden jungen Erwachsenen maßgeblich deren Lebensunterhalt; weitere 6 Prozent sind wesentlich auf staatliche Unterstützung angewiesen.

- Wer von den jungen Erwachsenen das Elternhaus verlassen hat, lebt heute häufiger allein und seltener mit einem Partner als zu Beginn der siebziger Jahre. Nicht jeder, der allein lebt, ist finanziell auch weitgehend selbständig: 72 Prozent verfügen über ein Erwerbseinkommen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt überwiegend bestreiten können. Demgegenüber stehen rund 29 Prozent noch in Ausbildung, 15 Prozent sind auf den Unterhalt der Eltern oder anderer Angehöriger wesentlich angewiesen und weitere 12 Prozent auf staatliche Unterstützung, davon die eine Hälfte auf Bafög und die andere Hälfte auf Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe.
- Ehe und Elternschaft verlieren, andere Lebensformen wie die nichteheliche Lebensgemeinschaft gewinnen in der Lebensphase der 18- bis 30jährigen an Bedeutung. Wer kinderlos mit einem Partner lebt, befindet sich vergleichsweise häufig noch in Ausbildung: 8 Prozent der Verheirateten und 15 Prozent der Nichtverheirateten. Gleichwohl sichern sie ihren überwiegenden Lebensunterhalt entweder über eine eigene Erwerbstätigkeit oder durch den Unterhalt des Partners beziehungsweise der eigenen Eltern. Staatliche Transfers spielen bei kinderlosen Paaren kaum eine Rolle. Etwas anders ist die finanzielle Situation in Familien mit Kindern: Deutlich häufiger hängen sie von staatlichen Zahlungen ab - jeder zehnte junge Erwachsene in einer Ehe mit Kindern und sogar etwa jeder fünfte in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft mit Kindern. Bei den verheirateten jungen Eltern ist hier vor allem die Sozialhilfe zu nennen, bei den nichtehelichen Eltern neben der Sozialhilfe auch das Bafög.
- Alleinerziehende sind heute wie schon zu Beginn der siebziger Jahre eher die Ausnahme. Die ökonomische Situation der vornehmlich weiblichen Alleinerziehenden unterscheidet sich noch einmal deutlich von der junger Eltern, die mit einem Partner zusammenleben. Obwohl über 90 Prozent der Alleinerziehenden nicht mehr in Ausbildung stehen, ist nur jede(r) zweite erwerbstätig. Und sogar nur 38 Prozent können ihren Lebensunterhalt hauptsächlich durch ein eigenes Erwerbseinkommen sichern. Aber jede(r) zweite Alleinerziehende ist zur überwiegenden Sicherung des Lebensunterhaltes der Familie auf die finanzielle Unterstützung des Staates, und hier vor allem auf die Sozialhilfe, angewiesen

Abschließend sei noch folgende Bemerkung erlaubt: Die Bedingungen für diesen Wandel der Familienformen, Ausbildungs-, Erwerbs- und Einkommensstrukturen können darin gesehen

werden, was gemeinhin als Individualisierung bezeichnet wird, also als zunehmende Hervorhebung des einzelnen sowohl durch den einzelnen selbst als auch durch die Gesellschaft. Individualisierung hat damit zwei Seiten: eine persönliche und eine gesellschaftliche. Zum einen hat sich die Teilhabe des einzelnen an der Gesellschaft grundlegend geändert. Der einzelne steht heute eher distanzierter und kritischer gesellschaftlichen Anforderungen und Erwartungen gegenüber. Persönliche Entwicklungen außerhalb einer Partnerschaft, wie etwa in Ausbildung und Beruf, rücken dabei zunehmend in den Vordergrund. Es besteht grundsätzlich eine höhere Skepsis gegenüber einer dauerhaften Partnerschaft. Zum anderen haben sich gerade diese gesellschaftlichen Anforderungen und Erwartungen etwa hinsichtlich Zusammenleben, Bildung und Erwerbstätigkeit gewandelt. Partnerschaft fordert vom einzelnen engagierte „Beziehungsarbeit“, die Erziehung von Kindern eine „verantwortete Elternschaft“ von Müttern und Vätern. Von Frauen und Männern gleichsam wird immer häufiger eine qualifizierte und damit längere schulische und berufliche Ausbildung gefordert. Und schließlich fordert der Arbeitsmarkt laufend höhere Flexibilität bei Arbeitsort, Arbeitszeit und Arbeitsrecht. Das Verhalten der jungen Erwachsenen nun aufgrund dieser persönlichen und gesellschaftlichen Erwartungen und Anforderungen gegebenenfalls mit Egoismus gleichzusetzen, wäre daher einseitig und völlig unangemessen.

Literatur

- Beck, U., 1986: Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main.
- Bertram, H., 1987: Jugend heute. München.
- Glatzer, W., 1997: Nichtehele Lebensgemeinschaften. Wiesbaden.
- Härtel, M., 1996: Auszug aus dem Elternhaus - 'Nesthocker' und 'Nestflüchter'. S. 82 - 88 in: Bien, N. (Hrsg.), Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Opladen.
- Niemeyer, F., 1994: Nichtehele Lebensgemeinschaften und Ehepaare - Formen der Partnerschaft gestern und heute. Wirtschaft und Statistik, Heft 7. S. 504 - 517.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) 1997: Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 1995. Sozialpolitische Umschau, Nr. 424.
- Schmidt, H./Stutzer, E. 1996: Zur Erwerbsbeteiligung von Müttern in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2. S. 69 - 77.
- Schneider, N., 1996: Partnerschaften mit getrennten Haushalten in den neuen und alten Bundesländern. S. 88 - 97 in: Bien, N. (Hrsg.), Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Opladen.
- Vaskovics, L. A., 1989: Familienabhängigkeit junger Erwachsener und Familienzyklus. S. 373 - 390 in: Bertram, H./Borrmann-Müller, R./Hübner-Funk, S./Weidacher, A. (Hrsg.), Blickpunkt Jugend und Familie. Weinheim.
- Wörner, M., 1998: Studiendauer und Alter der Hochschulabsolventen 1996. Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7. S. 304 - 307.

Anhang

Schaubild 1: Junge Erwachsene in Baden-Württemberg 1972 und 1996 nach Lebensformen und Alter

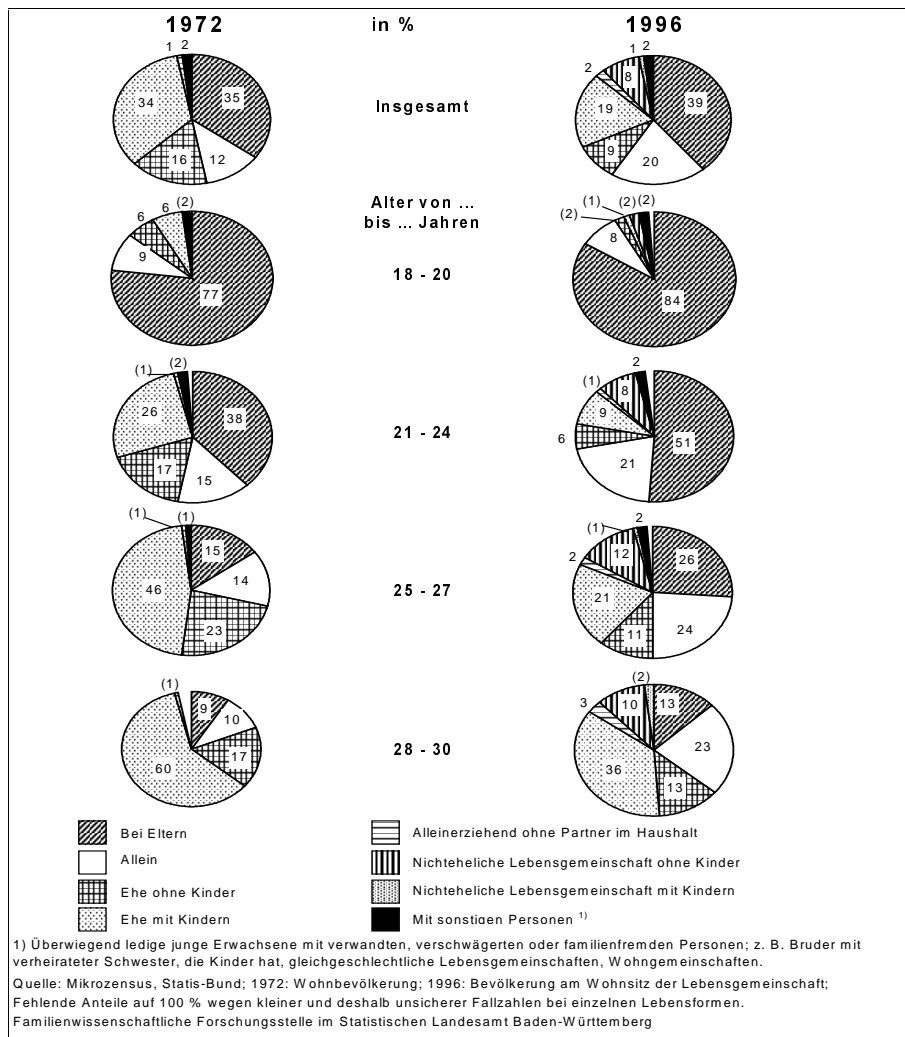


Schaubild 2: Junge Erwachsene in Baden-Württemberg 1972 und 1996 nach Lebensformen und Staatsangehörigkeit

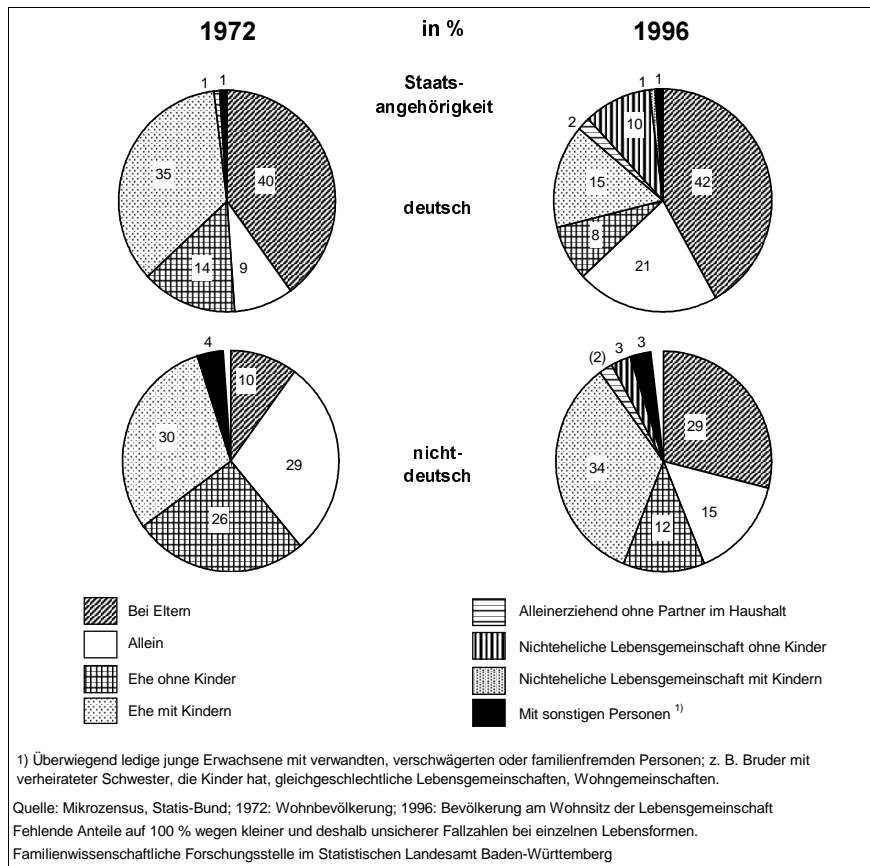


Schaubild 3: Junge Erwachsene in Baden-Württemberg 1972 und 1996 nach Lebensformen und Geschlecht

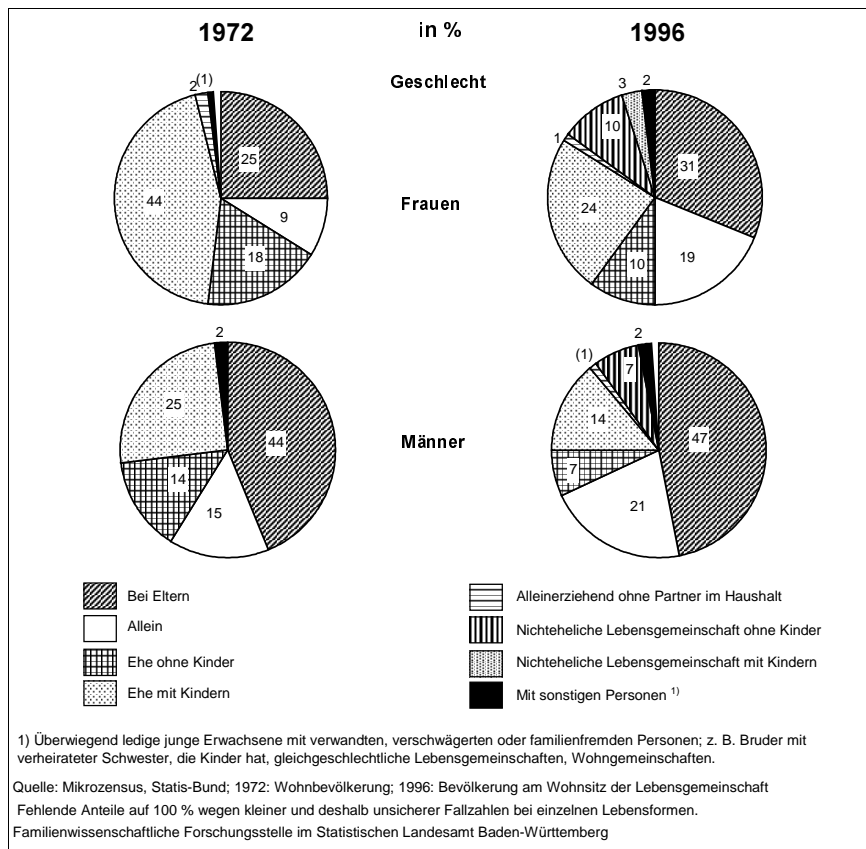


Schaubild 4: Junge Erwachsene in Baden-Württemberg 1972 und 1996 nach Alter, Geschlecht und Schulbesuch

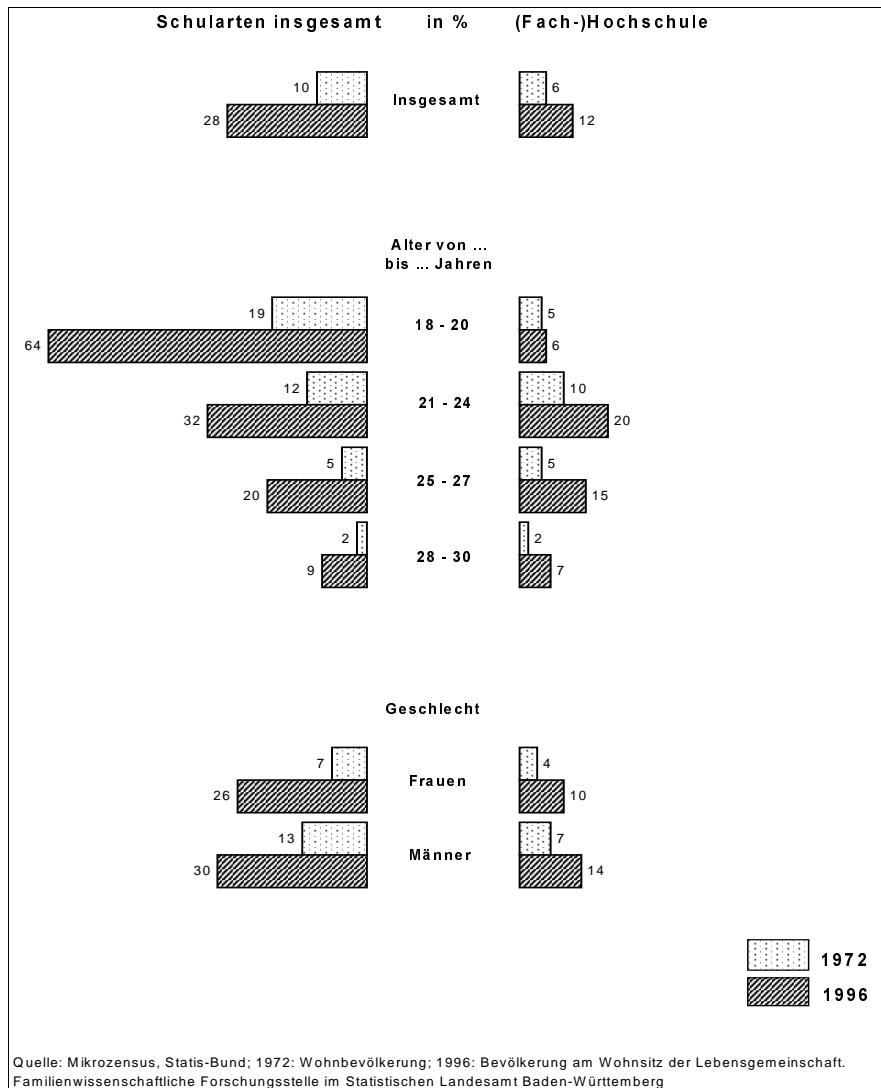


Schaubild 5: Junge Erwachsene in Baden-Württemberg 1972 und 1996 nach Alter und Stellung im Erwerbsleben

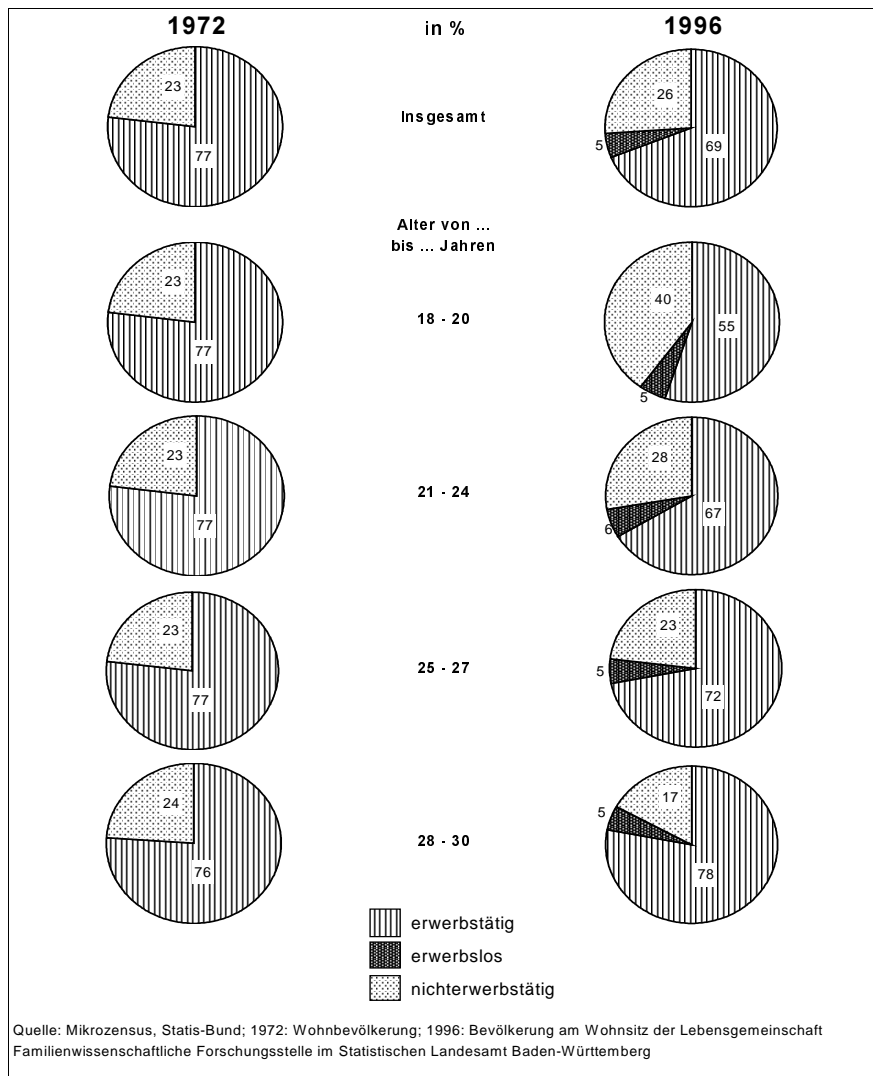


Schaubild 6: Junge Erwachsene in Baden-Württemberg 1972 und 1996 nach Geschlecht und Stellung im Erwerbsleben

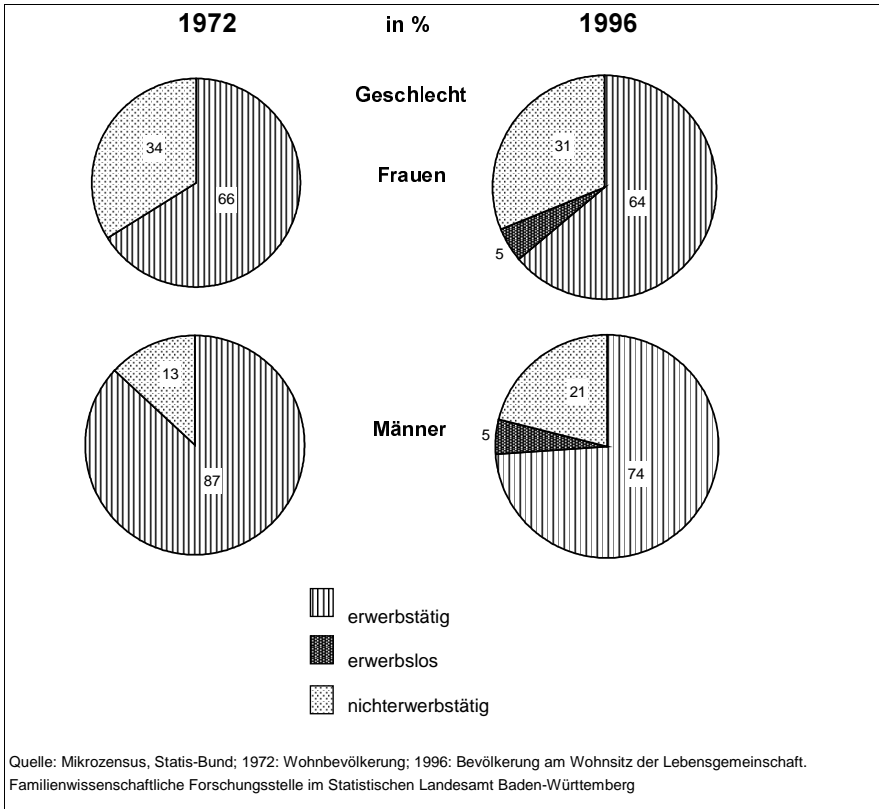
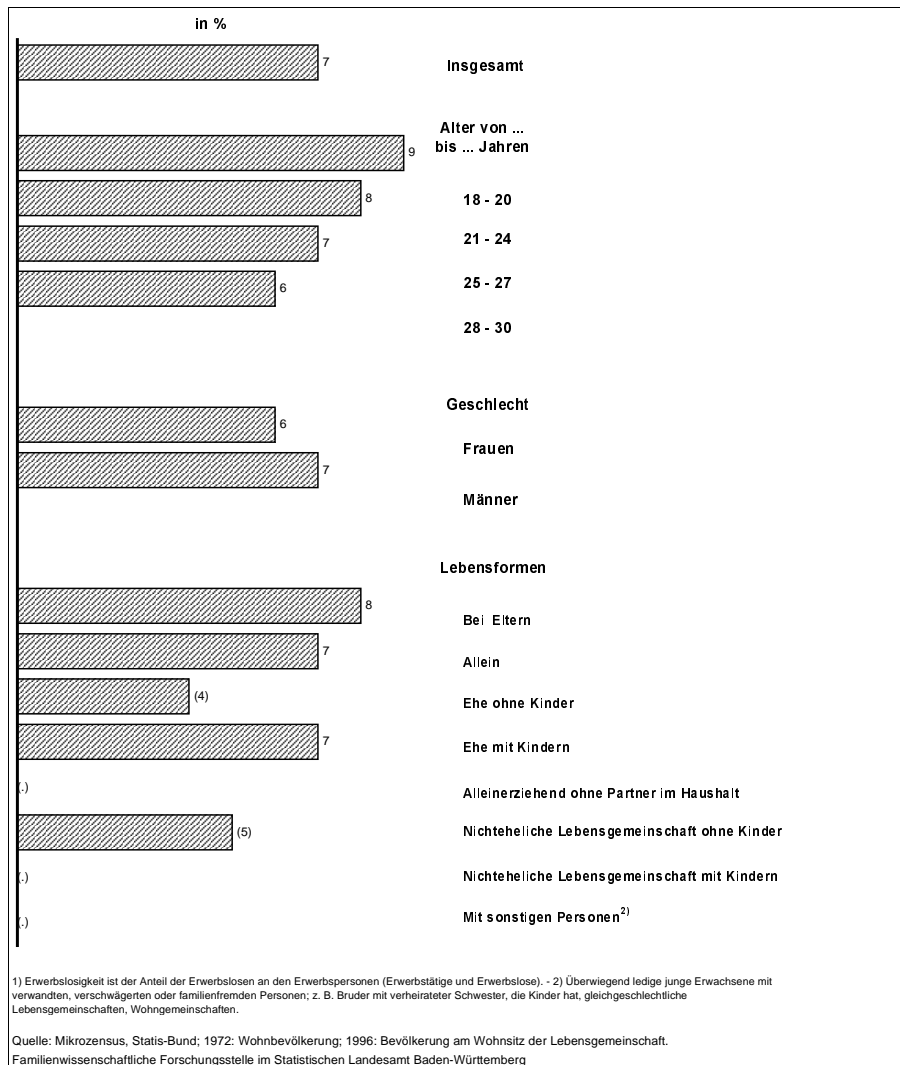


Schaubild 7: Erwerbslosigkeit¹⁾ junger Erwachsener in Baden-Württemberg 1996 nach Alter, Geschlecht und Lebensformen



1) Erwerbslosigkeit ist der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose). - 2) Überwiegend ledige junge Erwachsene mit verwandten, verschwägerten oder familienfremden Personen; z. B. Bruder mit verheirateter Schwester, die Kinder hat, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften.

Schaubild 8: Junge Erwachsene in Baden-Württemberg 1972 und 1996 nach Alter und überwiegendem Lebensunterhalt

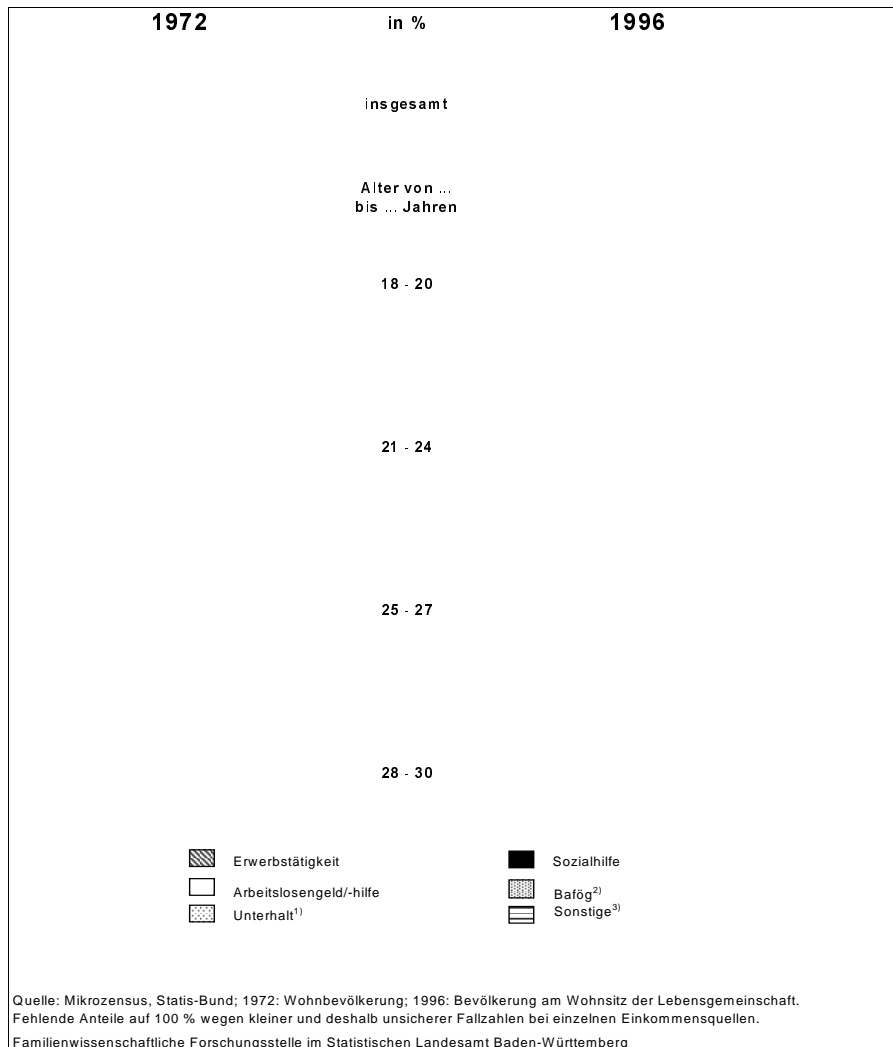


Schaubild 9: Junge Erwachsene in Baden-Württemberg 1972 und 1996 nach Geschlecht und überwiegender Lebensunterhalt

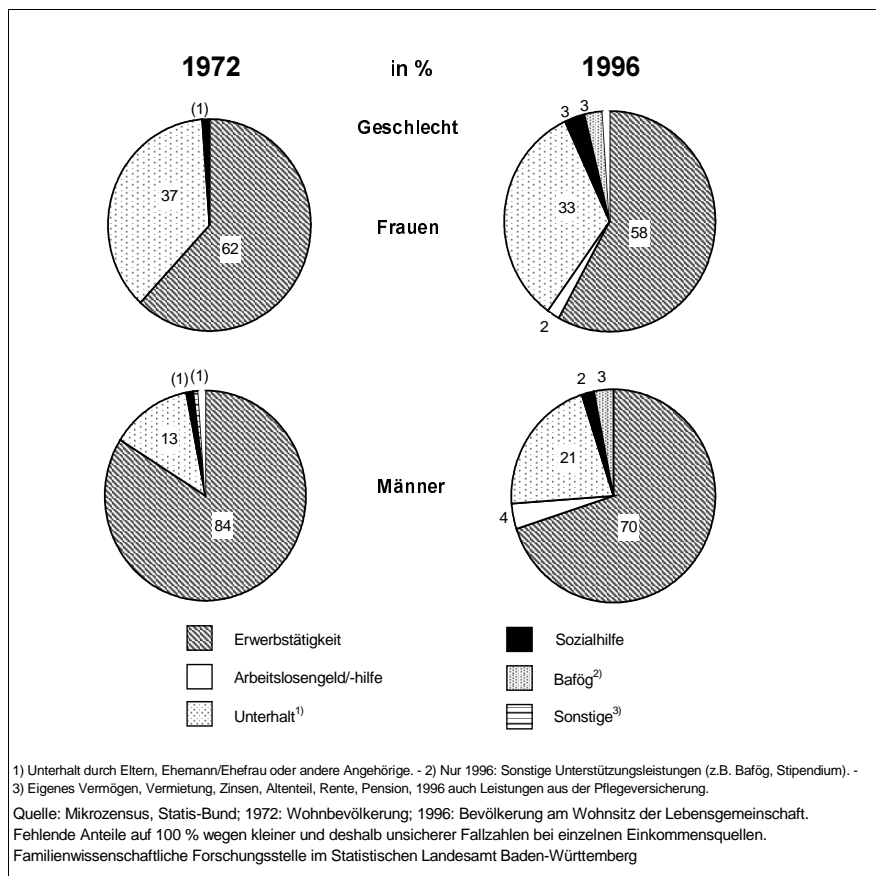
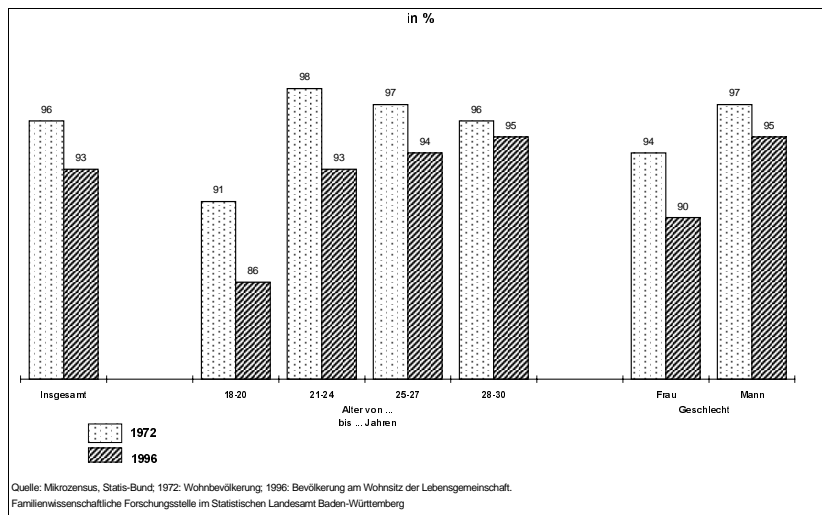


Schaubild 10: Finanzielle Selbständigkeit erwerbstätiger junger Erwachsener in Baden-Württemberg 1972 und 1996 nach Alter und Geschlecht



METHODISCHE UND EMPIRISCHE ERGEBNISSE ZUR ABBILDUNG VON FAMILIENPHASEN MIT MIKROZENSUS-DATEN

ERICH STUTZER

Familien sehen sich im Laufe ihres Familienlebens unterschiedlichen gesellschaftlichen Erwartungen, Bedürfnissen ihrer Mitglieder, Aufgaben, Belastungen und Problemlagen ausgesetzt. Eine Familienpolitik, die phasenspezifisch und damit zugleich adressatenspezifisch zur Sicherung der familialen Funktionsfähigkeit beitragen will, bedarf exakter und abgesicherter Informationen über die Lebenslagen von Familien in unterschiedlichen Abschnitten ihres Familienlebens. In dieser Abhandlung wird ein Familienphasenkonzept vorgestellt, das möglichst umfassend lebens- und familienphasenspezifische Problemlagen berücksichtigt. Die Operationalisierung des Konzepts erfolgt auf der Basis von Daten des Mikrozensus. Schließlich werden empirische Ergebnisse über demographische Strukturen von Familien in unterschiedlichen Familienphasen präsentiert.

Families are facing during their family-career different social expectations, needs of their members, tasks, burdens and difficulties. Family policy which is meant to contribute to ensure efficiency of family affairs, services and performances has to consider varying situations of families. For this purpose family policy needs exact informations on families in different phases of their family-careers. This essay presents a family-phases-concept that considers, as far as possible, specific problems in different family and life courses. Microcensus data are used for the concept's operationalization. Finally some empirical data on families in different family phases are presented.

1. Die Bedeutung einer familienphasenspezifischen Betrachtung

Familien sind keine statischen Gebilde, sondern unterliegen einer Dynamik. Im Laufe des Familienzyklus ändern sich Familienkonstellationen, familiäre Aufgaben sowie wirtschaftliche Situationen: Es werden Kinder geboren, und die Haushaltsgröße nimmt zu. In einem gewissen Alter verlassen die Kinder das Elternhaus, und der Haushalt wird wieder kleiner. Die Bedürfnisse der Kinder nehmen mit ihrem Alter zu - und damit die Kosten, die dem Haushalt entstehen. Gleichzeitig nimmt jedoch der Erziehungs- und Betreuungs-

aufwand ab, die Kinder werden selbständiger. So können womöglich beide Elternteile von älteren Schulkindern eine Erwerbstätigkeit ausüben, während bei Familien mit kleineren Kindern in der Regel nur auf ein Erwerbseinkommen zurückgegriffen werden kann. Auch bei kinderreichen Familien steht meist nur ein Erwerbseinkommen zur Verfügung. Familien sind also hinsichtlich ihrer Lebenssituation, ihrer Probleme und Bedürfnisse keine homogene gesellschaftliche Gruppe.

Je nachdem, in welcher Familienphase sich eine Familie befindet, das heißt, ob es sich um eine Familie mit Kleinkindern, mit Schulkindern oder mit größeren Kindern handelt, stehen Familien hinsichtlich des Wohnungsbedarfs, des materiellen Bedarfs, der Einkommensverhältnisse, der Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder bezüglich des Bedarfs an institutioneller Hilfe vor unterschiedlichen Problemen, Ansprüchen und Anforderungen.

Um diesen Unterschieden Rechnung zu tragen, sind Familien phasenspezifisch differenziert zu betrachten. Der Vorteil bei dieser Vorgehensweise liegt insbesondere darin, Problemlagen von Familien unter Berücksichtigung lebenszeitlich wechselnder familialer Aufgabenfelder besser berücksichtigen zu können als unter Zuhilfenahme nur von Variablen wie etwa Alter oder der Familiengröße. So werden z.B. Wohnungsversorgung und -bedarf, Einkommensverhältnisse oder die Erwerbsbeteiligung (von Frauen) stärker von der jeweiligen Familienphase als von anderen Determinanten bestimmt. Deshalb bietet sich zur Analyse familienpezifischer Belastungssituationen eine familienphasenorientierte Verortung der Familien an.¹

2. Ein Konzept zur Abbildung von Familienphasen

Mit den „Grundstrukturen eines Familienphasenkonzepts“ (Abbildung 1) ist es möglich, unterschiedlichste Lebensverläufe nachzuvollziehen. In Abbildung 1 werden die phasenspezifischen Stationen im Lebensverlauf von Familien durch Rechtecke und die charakteristischen Ereignisse, die zu neuen Stationen führen, durch Rauten gekennzeichnet. Die durchgezogenen bzw. gestrichelten Linien geben die Richtung des Übergangs an, wobei gestrichelte Linien zwar theoretisch denkbare, in der Praxis aber eher unwahrscheinliche Übergänge bezeichnen. Das doppelt umrandete Quadrat bildet inhaltlich den Ausgangspunkt der Abbildung; von hier aus können alle denkbaren ehe- und/oder familienbezogenen Karrieren eines kinderlos Alleinlebenden nachvollzogen werden.

¹ Zu dieser Thematik siehe z.B. Priest 1981; Schneewind 1987; United Nations 1969; WHO-Report 1976.

Abbildung 1: Grundstrukturen eines Familienphasenkonzeptes

Idealtypisch sind nun drei charakteristische Ereignisse zu unterscheiden, die eine familial bedeutsame Entwicklung eröffnen: Die alleinlebende Person kann eine Ehe schließen, sie kann mit einem Partner zusammenziehen und eine nichteheliche Lebensgemeinschaft gründen oder sie wird durch die Geburt eines Kindes zu einem alleinerziehenden Elternteil. Damit haben sich bereits drei grundlegende familiäre Entwicklungsmuster erschlossen:

- Das nichteheliche Zusammenleben mit einem Partner
- Das eheliche Zusammenleben
- Das Zusammenleben mit einem Kind, aber ohne Partner

Diese drei unterschiedlichen Familientypen sind in Abbildung 1 optisch durch die drei waagerechten Blöcke unterschieden. Der obere Block zeigt Familienphasen nichtehelicher Lebensgemeinschaften, der mittlere die von Ehepaaren und der untere die von Alleinerziehenden.

Neben diesen waagerechten Blöcken fallen drei weitere, senkrechte Blöcke auf. Mit diesen Blöcken lassen sich zunächst drei große Phasen unterscheiden:

- Die vorfamiliäre Phase
- Die aktive Familienphase
- Die nachfamiliäre Phase

Der links liegende Block repräsentiert die vorfamiliäre Phase. Für alle drei Familientypen endet diese Phase durch die Geburt eines Kindes. Es schließt sich der zweite senkrechte Block an, der die aktive Familienphase umschreibt. Auch diese Phase endet für alle drei Familientypen durch das gleiche charakteristische Ereignis: den Auszug des letzten Kindes aus dem Elternhaus. Dem Auszug des letzten Kindes aus dem Elternhaus folgt schließlich die „nachelterliche Phase“.

Die Grundstrukturen dieses Familienphasenkonzepts ermöglichen damit einerseits eine Unterscheidung von drei Familientypen, andererseits eine Unterscheidung verschiedener Familienphasen, die noch stärker differenziert betrachtet werden können. Im Mittelpunkt des Interesses steht natürlich die aktive Familienphase. Die Familie wird mit der Geburt des ersten Kindes gegründet. Familien, deren erstes Kind noch unter drei Jahren ist, haben Kleinkinder. Familien, deren erstes Kind zwischen drei und sechs Jahren ist, sind Familien mit Vorschulkindern.² Ist das erste Kind noch unter 15 Jahren, läßt sich von Familien

² Solche Familien können natürlich auch noch Kinder unter drei Jahren haben. Aus analytischen Gründen wird hier jedoch auf das Alter des ältesten Kindes abgehoben. Entsprechendes gilt auch für die Abgrenzung der im Text folgenden Familien.

mit Schulkindern sprechen. Sobald das erste Kind eine Ausbildung beginnt, haben diese Familien Kinder in Ausbildung. Beendet das erste Kind die Ausbildung, sind schließlich Familien mit erwerbsfähigen (und meist erwerbstätigen) Kindern vorzufinden. In der nachelterlichen Phase, die an die mit dem Auszug des letzten Kindes aus dem Elternhaus endende aktive Familienphase anschließt, werden zwei weitere Stationen unterschieden, die sich durch die Beendigung der Erwerbstätigkeit des zuletzt erwerbstätigen Ehepartners voneinander trennen lassen.

Das hier vorgestellte Familienphasenkonzept ermöglicht es im übrigen auch, Übergänge zwischen den einzelnen Familientypen und -phasen nachzuvollziehen. Es berücksichtigt damit die Komplexität und Differenziertheit moderner Lebensläufe, ohne der Gefahr einer Einzelfalldarstellung zu erliegen, und es läßt erkennen, welche statistischen Bestands- und Prozessdaten notwendig sind, um sowohl die Stationen in der Familienentwicklung als auch die dahinter stehenden Übergänge statistisch abbilden zu können. Es wird deutlich, daß Familienkarrieren nur dann statistisch nachvollziehbar sind, wenn die erforderlichen Daten jeweils Art und Zeitpunkt des Beginns und Endes einer Phase bzw. eines Ereignisses umfassen. Nur dann lassen sich z.B. Erst-Ehen von Zweit-Ehen unterscheiden, nur dann kann z.B. für Alleinerziehende differenziert dargestellt werden, ob diese zeitlebens alleinerziehend waren oder ob sie zuvor in einer Ehe oder nichtehelichen Lebensgemeinschaft gelebt haben.

Die Operationalisierung dieses umfassenden Konzepts mit den Daten des Mikrozensus zeigt ein beträchtliches Mißverhältnis zwischen erforderlichem Datenmaterial und den von der amtlichen Statistik bereitgestellten Daten. Das Mißverhältnis zwischen vorhandener und erforderlicher Datenlage zeigt sich z.B. in der Abgrenzung der Familienphasen. Vor- und nachelterliche Phase, in denen jeweils keine Kinder mehr in der Familie leben, können nicht mit Sicherheit unterschieden werden, da im Mikrozensus die Angabe der jemals geborenen Kinder fehlt. Eine Unterscheidung zeitlebens kinderloser Paare von Paaren in der nachelterlichen Phase ist damit nicht möglich. Im Mikrozensus werden nur im Haushalt bzw. in der Familie lebende Kinder erfaßt. Kinder, die bereits den elterlichen Haushalt verlassen haben, können nicht mehr dem Elternhaus zugeordnet werden.

Der Mangel an Prozeßdaten im Mikrozensus verhindert schließlich das Aufzeichnen der Übergänge zwischen den Stationen. Art, Zeitpunkt und Dauer früherer Ereignisse werden nicht erfaßt. Die mit dem Begriff der biographischen Pluralisierung familialer Lebensweisen umrissene Ausdifferenzierung von bzw. Durchlässigkeit zwischen Familientypen und Familienphasen, die mit dem Familienkonzept theoretisch nachvollziehbar sind, können in der Realität durch die Einschränkungen des Datenmaterials nicht nachvollzogen werden. Zwar wird der Familienstand erhoben, was eine erste, grobe familientypische Veror-

tung möglich macht, jedoch wird nichts über den Lebensweg bekannt, da retrospektive Fragen, mit deren Hilfe sich Lebensverläufe rekonstruieren ließen, im Mikrozensus fehlen.

Gleichwohl hat der Mikrozensus entscheidende Vorteile, die es auch für eine phasenorientierte Familienstrukturbeobachtung zu nutzen gilt. Diese Vorteile liegen einerseits in der Beständigkeit und Vergleichbarkeit bestimmter Daten über lange Zeiträume, andererseits in der Größe der Stichprobe. Eine Auswertung des Mikrozensus kann vor allem durch die konsequente, systematische und problembezogene Kombination der (verfügbaren) Merkmale Familienstand, Heiratsalter und Lebensalter der Ehefrau sowie Anzahl und Alter der Kinder in der Familie zur Entwicklung einer Familientypologie führen, die indirekt auch Familienphasen bzw. -karrieren in die Betrachtung mit einbezieht. Somit wäre ein Modell zu entwickeln, das unter der Bedingung des zur Verfügung stehenden Datenmaterials des Mikrozensus das Familienphasenkonzept möglichst gut nachzeichnet und damit phasen- und adressatenspezifische Ergebnisse liefert. Hierzu wird im folgenden zunächst eine Familientypisierung, danach eine Familienphasenbildung auf der Grundlage des Mikrozensus vorgeschlagen.

3. Operationalisierung: Familientypisierung und Familienphasen

Es erscheint zunächst sinnvoll, drei Typen von Familien zu unterscheiden, wie sie auch in den Grundstrukturen eines Familienphasenkonzepts auftreten:

- Zusammenlebende Ehepaare mit Kindern in der Familie
- Alleinerziehende Mütter und Väter
- Nichteheleiche Lebensgemeinschaften mit Kindern

Im Sinne eines Phasenkonzepts erscheint es darüber hinaus sinnvoll, auch zusammenlebende Ehepaare ohne Kinder und nichteheleiche Lebensgemeinschaften ohne Kinder zu berücksichtigen. Damit wäre die Tatsache beachtet, daß Paare ohne Kinder einer vor- oder nachelterlichen Phase angehören können. Gleichzeitig wäre damit ein Vergleich zwischen kinderlosen Paaren und Paaren mit Kindern möglich.

Zur Abgrenzung von Familienphasen müssen sodann aus methodischer Sicht die einzelnen Phasen so abgegrenzt werden, daß sie möglichst gut die Dynamik einer „Familienkarriere“ mit ihren zeitlich unterschiedlichen Aufgaben und Anforderungen repräsentieren. Aus familienpolitischer Perspektive sind zur Abgrenzung von Familienphasen sowohl demographische wie auch phasenspezifische ökonomische, soziologische und sozialpsychologische Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Deshalb wird für verheiratet zusammenlebende Ehepaare in der aktiven Familienphase eine Phaseinteilung gesucht, die sowohl

demographische wie auch wirtschaftliche, sozialpsychologische und soziale Rahmenbedingungen so verknüpft, daß sich möglichst homogene Gruppen unterscheiden lassen.

Sämtliche Ereignisse, die auf die Familienkarriere einwirken oder durch diese beeinflusst werden, stehen in einem mehr oder weniger direkten Zusammenhang zum Zeitablauf. Zur Analyse familialer Entwicklungen bietet sich deshalb die Ehedauer als Zeitachse an, entlang welcher sich sowohl demographische Prozesse als auch sozioökonomische und sozialpsychologische Veränderungen vollziehen. In demographischer Hinsicht ist - wie ein Blick auf Tabelle 1 bestätigt - der Zusammenhang zwischen Ehedauer und Geburtenfolge offensichtlich. Spalte 1 zeigt die Aufteilung aller ehelichen Geburten im Jahre 1996 nach der Ehedauer. Der Anteil an allen Geburten liegt im ersten Ehejahr bei 9 Prozent, steigt im zweiten Ehejahr auf knapp 15 Prozent und sinkt danach kontinuierlich ab.

In den ersten drei Ehejahren werden 36 Prozent aller Kinder geboren, in den folgenden sieben Ehejahren 53 Prozent. Nach mehr als zehn Ehejahren werden nur noch ca. 11 Prozent aller Kinder geboren. Eine Differenzierung nach Ehedauer und Lebendgeburtenfolge ergibt ein detaillierteres Bild. Im statistischen Durchschnitt wird das erste Kind nach zweieinhalb Ehejahren, das zweite Kind nach fünfeinhalb Jahren, das dritte Kind nach achteinhalb Jahren und weitere Kinder nach über zehn Ehejahren geboren. Von den ersten Kindern werden gut zwei Drittel in den ersten drei Ehejahren, über 95 Prozent in den ersten zehn Ehejahren geboren. Die Geburt zweiter Kinder erfolgt seltener in den ersten drei Ehejahren. Der zeitliche Schwerpunkt der Geburt zweiter Kinder liegt bei einer Ehedauer von drei bis sechs Jahren. Zwischen dem dritten und zehnten Ehejahr werden mehr als drei Viertel der zweiten Kinder geboren. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich für die Geburt dritter Kinder. Gut zwei Drittel der dritten Kinder werden nach einer Ehedauer von drei bis zehn Jahren, knapp ein Drittel nach zehn bis achtzehn Jahren geboren. Vierte oder weitere Kinder werden zu 38 Prozent nach drei bis zehn Ehejahren, zu 52 Prozent nach zehn bis achtzehn Ehejahren geboren, 9 Prozent schließlich noch später.

Dieser klare und naheliegende Zusammenhang zwischen zeitlicher Entwicklung der Ehe und Lebendgeburtenfolge liefert erste Anhaltspunkte für eine Phasenabgrenzung aus demographischer Sicht:

- Zwei Drittel der ersten Kinder (etwas mehr als ein Drittel aller ehelichen Geburten) werden in den ersten drei Ehejahren geboren.
- Ein Drittel der ersten Kinder, drei Viertel der zweiten Kinder und zwei Drittel der dritten Kinder (insgesamt 53 Prozent aller ehelichen Geburten) werden nach drei bis zehn Ehejahren geboren.
- Mehr als ein Viertel der dritten Kinder und die Hälfte der vierten oder weiterer Kinder (damit 10 Prozent aller ehelichen Geburten) nach zehn bis achtzehn Ehejahren.

- Nach mehr als achtzehn Ehejahren erfolgen nur noch 1 Prozent aller ehelichen Geburten.

Tabelle 1: Ehelich Lebendgeborene in Baden-Württemberg 1996 nach Lebendgeburtenfolge und Ehedauer der Mutter

Ehedauer von ... bis unter ... Jahren	Ehelich lebendgeborene ... Kinder in der bestehenden Ehe				
	Insgesamt	1.	2.	3.	4. und weitere
	Anzahl				
0 - 1	9.554	8.903	585	60	6
1 - 2	14.770	13.272	1.346	121	31
2 - 3	12.059	8.207	3.574	243	35
unter 3	36.383	30.382	5.505	424	72
%	36	67	15	3	1
3 - 4	11.936	5.223	6.166	486	61
4 - 5	11.053	3.317	6.687	936	113
5 - 6	9.229	2.102	5.611	1.342	174
6 - 7	7.698	1.433	4.315	1.640	310
7 - 8	5.955	870	3.075	1.590	420
8 - 9	4.842	613	2.220	1.548	461
9 - 10	3.542	412	1.377	1.292	461
3 - 10	54.255	13.970	29.451	8.834	2.000
%	53	31	78	67	38
10 - 12	4.735	495	1.540	1.717	983
12 - 14	2.656	228	688	982	758
14 - 16	1.616	110	345	571	590
16 - 18	989	62	179	337	411
10 - 18	9.996	895	2.752	3.607	2.742
%	10	2	7	28	52
18 und mehr	842	46	121	230	445
%	1	0	0	2	8
Insgesamt	101.476	45.293	37.829	13.095	5.259

Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Auch in sozioökonomischer und sozialpsychologischer Hinsicht erweist sich die Ehedauer als geeigneter Indikator familienphasenspezifischer Veränderungen. Es leuchtet unmittelbar ein, daß sich mit zunehmender Ehedauer und steigendem Alter der Ehepartner das familiäre Alltagsmanagement, die finanziellen Ressourcen oder auch die materielle Ausstattung der Familien ändern und tendenziell verbessern. So wird das

Alltagsmanagement bei jungen Ehen, etwa nach der Geburt des ersten Kindes, andere Probleme aufwerfen als bei den schon länger bestehenden Ehen, bei denen vielleicht gerade das letzte Kind im Begriff ist, das Elternhaus zu verlassen. Und auch Fragen der materiellen Ausstattung der Familien bzw. der finanziellen Ressourcen werden am Beginn einer „Familienkarriere“ eine größere, zumindest eine andere Bedeutung haben als nach 10 oder 15 Ehejahren. Geht man nun davon aus, daß es unter vielerlei Aspekten eine gewisse Gleichartigkeit der Lebenslagen und auch der Problemlagen von Familien während ihrer Gründungsphase oder zu unterschiedlichen Stadien ihrer Entwicklung gibt, dann bildet die Zeitachse dieser Entwicklung - die Ehedauer - tatsächlich eines der wesentlichen Gliederungskriterien, um typische Familienphasen auf der Basis des Mikrozensus abzugrenzen.

Für eine erste Phasenabgrenzung über die Ehedauer, die das Zusammenspiel von demographischen Gesichtspunkten, ökonomischen und soziologischen Rahmenbedingungen sowie sozialpsychologischen Entwicklungen in der Familie berücksichtigt, werden in dem hier vorgestellten Konzept zunächst fünf Ehedauergruppen unterschieden:

- Ehedauer 0 bis unter 3 Jahre,
- Ehedauer 3 bis unter 10 Jahre,
- Ehedauer 10 bis unter 18 Jahre,
- Ehedauer 18 bis unter 28 Jahre und
- Ehedauer 28 und mehr Jahre.

Die erste Phase mit einer Ehedauer bis zu drei Jahren beschreibt die Lebenssituation der durch Eheschließung und die Geburt eines Kindes neu gegründeten Familie und soll deshalb auch als **Gründungsphase** bezeichnet werden. Besondere Problemlagen können in dieser Phase durch die erstmalige Übernahme der Elternrolle, aber auch durch finanzielle, partnerschaftliche oder arbeitsorganisatorische Umstellungen auftreten. Finanzielle Probleme erwachsen hier insbesondere aus dem häufig anzutreffenden Ausscheiden der Frau aus der Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes. Ebenso sind Belastungen aufgrund der veränderten Wohnbedürfnisse, die mit der Familienvergrößerung häufig einhergehen, vorstellbar.

In die zweite Phase, die **Aufbauphase**, die mit einer Ehedauer von drei bis unter zehn Jahren abgegrenzt wird, fällt im Durchschnitt die Geburt des zweiten und möglicherweise eines dritten Kindes. Seltener wird in dieser Phase das erste Kind geboren. In dieser Phase werden von vielen Eltern Entscheidungen im Bereich des generativen Verhaltens getroffen, die sich auf den gesamten Lebensentwurf auswirken können. Die wirtschaftlichen Perspektiven sind durch den Aufbau der materiellen Familienexistenz gekennzeichnet, die soziologischen und sozialpsychologischen Aspekte betreffen vor allem den Aufbau neuer

Rollenkonfigurationen und Beziehungsgeflechte innerhalb und außerhalb der Familien. Unter familienpolitischen Gesichtspunkten ist es in dieser Phase von besonderem Interesse, wie sich Elternschaft und außerhäusliche Erwerbstätigkeit, gerade auch für Familien mit mehreren Kindern, verbinden lassen, bzw. wie sich Aufgabe oder Reduzierung einer Erwerbstätigkeit auf das Familieneinkommen auswirken. Mit der Geburt weiterer Kinder können wiederum Belastungssituationen im Wohnbereich entstehen.

Die Aufbauphase kann unterschieden werden von einer weiteren achtjährigen Phase, die als **Stabilisierungsphase** bezeichnet wird. Die Familienerweiterung ist weitgehend abgeschlossen, d.h. der weitaus überwiegende Teil der Familien hat seine endgültige Familiengröße erreicht, auch wenn in dieser Phase noch vereinzelt dritte und weitere Kinder geboren werden können. Gleichzeitig steht für diese Familienphase zu erwarten, daß die Kinder das Elternhaus noch nicht verlassen haben, weshalb hier mit den im Durchschnitt höchsten Kinderzahlen zu rechnen ist. Die Rollenkonfigurationen und sozialen Beziehungsgeflechte dürften sich stabilisiert haben. Die finanzielle Lage wird zwar meist besser als in der Aufbauphase sein, weil einerseits der alleinverdienende Elternteil in seiner Erwerbskarriere weiter fortgeschritten ist und andererseits viele Frauen bereits zumindest als Teilzeitbeschäftigte wieder in das Erwerbsleben zurückgekehrt sein werden. Andererseits dürfte sich der Vorsprung kinderloser Paare, bei denen beide Partner erwerbstätig sind, vergrößert haben. Auch die Wohnsituation dürfte sich, zumindest wenn keine weiteren Geburten erfolgten, stabilisiert haben.

Die vierte Phase mit einer Ehedauer von achtzehn bis unter achtundzwanzig Jahren soll als **konsolidierte Phase** bezeichnet werden. Es werden bis auf wenige Ausnahmen keine weiteren Kinder mehr geboren. Die durchschnittliche Kinderzahl dürfte im Vergleich zur Stabilisierungsphase leicht gesunken sein, da die ersten Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben. Auch die jüngsten Kinder haben bereits ein gewisses Alter erreicht, so daß die typischen Probleme für Familien mit Kleinkindern (unter 3 Jahren) für diese Phase nicht mehr zutreffen. Die Einkommenslage dürfte in dieser Familienphase im Durchschnitt günstig sein, da einerseits häufig wieder zwei Einkommensbezieher anzutreffen sind, und andererseits diese in ihrer Erwerbskarriere eine relativ hohe Einkommensposition erreicht haben dürften. Gleichzeitig ist jedoch auch mit höheren Aufwendungen für die Kinder, insbesondere für solche in Ausbildung, zu rechnen. Im Wohnbereich sind, zumindest im Durchschnitt, keine Veränderungen zu erwarten. Somit ist im Hinblick auf familienphasenspezifische ökonomische und soziale Rahmenbedingungen eine Konsolidierung eingetreten, auch wenn in dieser Phase neuartige Probleme zwischen den Ehepartnern, im Verhältnis zu den Kindern oder auch zur familialen Umwelt auftreten können.

In der letzten Phase, die mit einer Ehedauer von mehr als achtundzwanzig Jahren abgegrenzt wird, erfolgt eine **Umorientierung** in den Familien: Die letzten Kinder verlassen das Elternhaus, der Übergang in den Ruhestand steht bevor, die nachelterliche Phase kündigt sich an. Die Phase stellt Umorientierungserfordernisse im Hinblick auf neue alters- und familienspezifische Probleme und Herausforderungen.

Die empirische Überprüfung der so abgegrenzten Familienphasen anhand von baden-württembergischen Mikrozensusdaten zeigt jedoch, daß eine Abgrenzung allein über die Ehedauer nicht genügt, um möglichst homogene Familien mit familienphasenspezifisch ähnlich gelagerten Konstellationen zu definieren. Nach den bisherigen Überlegungen sind Ehedauer und Alter des ältesten Kindes korrelativ verknüpft. Eine empirische Kombination dieser beiden Merkmale zeigt allerdings Unstimmigkeiten. In Tabelle 2 erfolgt eine Differenzierung von Ehepaarfamilien mit Kindern nach der Ehedauer und dem Alter des ältesten Kindes. Betrachtet man zunächst die Aufteilung nach der Ehedauer (Spalten 1 und 2), so ergibt sich folgendes Bild: Von den 13 785 Familien, die in der Mikrozensusstichprobe konkret befragt wurden (und somit rund 1,38 Millionen Familien in Baden-Württemberg repräsentieren), machten 9 Prozent keine Angabe zum Eheschließungsjahr.

Tabelle 2: Häufigkeitsverteilung von Ehepaaren mit Kindern nach der Ehedauer und dem Alter des ältesten Kindes

Ehedauer von... bis unter... Jahren	Insgesamt		Alter des ältesten Kindes von ...bis unter Jahren					
			unter 3	3 - 6	6 - 10	10 - 15	15 - 18	18 und älter
	in 100	in %	in %					
0 - 3	538	4	72	/	/	/	/	/
3 - 10	2 405	19	30	36	27	(3)	(2)	(2)
10 - 18	2 914	23	/	6	30	47	13	(3)
18 - 28	4 073	33	/	/	(2)	8	22	68
28 und mehr	2 553	21	-	/	/	/	(4)	94
Zusammen	12 438	100						
Mit Angabe	12 438	91						
Ohne Angabe	1 302	9						
Insgesamt	13 785	100						

Ergebnisse des Mikrozensus Baden-Württemberg. Bevölkerung am Familienwohnsitz.
Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Von den restlichen 12 483 Familien (91 Prozent) hatten 4 Prozent eine Ehedauer von unter drei Jahren angegeben, bei 19 Prozent betrug die Ehedauer drei bis zehn Jahre, bei 23 Prozent zehn bis achtzehn Jahre, bei 33 Prozent achtzehn bis achtundzwanzig Jahre und bei 21 Prozent mehr als achtundzwanzig Jahre. Schon die weitergehende Aufteilung der Familien nach dem Alter des ältesten Kindes zeigt dann allerdings die erhebliche Inhomogenität der Phasenabgrenzung nur über das Merkmal der Ehedauer. In der mit **Gründungsphase** bezeichneten Ehedauergruppe befinden sich in der Stichprobe 538 Familien, davon 72 Prozent mit einem ältesten Kind von unter drei Jahren, aber auch 28 Prozent, deren ältestes Kind über drei Jahre ist. Dies widerspricht der Definition einer Familie in der Gründungsphase. Familien mit einer Ehedauer von unter drei Jahren, deren ältestes Kind aber älter als drei Jahre alt ist, können Stieffamilien (Wiederverheiratung nach einer Scheidung) sein, es können auch ehemals nichteheliche Paare mit Kinder oder Alleinerziehende sein, die später geheiratet haben. Eine eindeutige Unterscheidung ist nicht möglich, wie auch grundsätzlich die spezielle Situation von Stieffamilien mit dem Erhebungsprogramm des gegenwärtigen Mikrozensus nicht exakt ermittelt werden kann. Für alle diese Familien gilt jedoch, daß sie sich in sozialer, ökonomischer, demographischer und sozialpsychologischer Hinsicht in einer anderen Lage befinden als die tatsächlich am Anfang der Familienkarriere stehenden jungen Familien. Zwar existiert durch die gleiche Dauer des zeitlichen Zusammenlebens mit einem Partner in gewisser Hinsicht eine ähnliche Situation. Andererseits dürfte jedoch schon aufgrund der unterschiedlichen Altersstrukturen ein ganz anderer persönlicher Hintergrund zu vermuten sein.

In der zweiten Ehedauergruppe, der **Aufbauphase**, ist eine ähnliche Problematik zu beobachten: Die Masse der Familien hat zwar entsprechend der Ehedauerabgrenzung Kinder in den passenden Altersgruppen (ältestes Kind unter zehn Jahre alt), ein kleinerer Prozentsatz (etwa 7 Prozent) hat jedoch bereits ältere Kinder. Auch hier stellt sich die Frage, ob solche Familien noch sinnvoll einer Aufbauphase zugeordnet werden können.

Die **Stabilisierungsphase** mit einer Ehedauer von zehn bis unter achtzehn Ehejahren zeichnet sich in familialer Hinsicht dadurch aus, daß hier bereits weitgehend eingeübte Verhaltensweisen z.B. im Zusammenleben mit Kindern vorliegen. Dies bedeutet, daß ein Mindestalter für das älteste Kind anzunehmen ist. Darüber hinaus läßt eine Ehedauer von über zehn Jahren im allgemeinen weiter stabilisierte ökonomische Rahmenbedingungen erwarten. Beides, die familiale und auch die materielle Stabilisierung, dürfte aber dann nicht gegeben sein, wenn zwar die Ehedauer über 10 Jahre beträgt, das Alter des ältesten Kindes (und damit die tatsächliche „Familiendauer“) aber beispielsweise unter 3 Jahren liegt. Eine zu große Diskrepanz zwischen der Ehedauer und dem Alter des ältesten Kindes weist insofern eher auf Inhomogenität hin. Dies gilt übrigens auch dann, wenn die Kinder in der Familie älter sind als die bestehende Ehe. Konkret gesprochen lassen sich also

Familien mit einer Ehedauer von zehn bis unter achtzehn Jahren, deren ältestes Kind unter drei oder aber über achtzehn Jahre alt ist, nicht sinnvoll der Stabilisierungsphase zuordnen. Die Masse der Familien in dieser Ehedauergruppe hat allerdings Kinder in einem Alter, die in den vorgegebenen Rahmen (ältestes Kind drei bis unter achtzehn Jahre) passen. Zusammengefaßt ergeben sich für die ersten drei Familienphasen demnach die in Abbildung 2 noch einmal im Überblick aufgelisteten Abgrenzungskriterien.

Abbildung 2: Abgrenzungskriterien für die ersten drei Familienphasen

Familienphase	Abgrenzungskriterien
Gründungsphase	Ehedauer unter 3 Jahren und ältestes Kind unter 3 Jahren
Aufbauphase	Ehedauer von 3 bis unter 10 Jahren und ältestes Kind unter 10 Jahren
Stabilisierungsphase	Ehedauer von 10 bis unter 18 Jahren und ältestes Kind von 3 bis unter 18 Jahren

In der **konsolidierten Phase** verliert das Merkmal „ältestes Kind“ an Bedeutung. Für die Abgrenzung dieser Phase der Familienkarriere ist es vor allem wichtig zu wissen, ob tatsächlich eine gewisse Konsolidierung der familialen Lebenssituation in demographischer, aber auch in sozioökonomischer und sozialpsychologischer Hinsicht plausibel vermutet werden kann oder ob noch mit familialen Problemkonstellationen zu rechnen ist, wie sie für vorhergehende Phasen der Familienentwicklung eher typisch sind. Dies betrifft z.B. die Fragestellung der Erwerbstätigkeit von Müttern, wenn noch Kleinkinder in der Familie sind. Für Familien in der konsolidierten Phase wären solche Problemstellungen definitionsgemäß nicht mehr zu erwarten. Ob sie dennoch auftreten, kann über das Kriterium des ältesten Kindes nicht beantwortet werden. Deshalb muß sich hier die Blickrichtung auf die jüngsten Kinder richten.

In Tabelle 3 wird nach dem Alter des jüngsten Kindes differenziert. In der konsolidierten Phase mit einer Ehedauer von zehn bis unter achtzehn Jahren sind noch Familien mit Kleinkindern oder Kindern im Vorschulalter zu finden, auch wenn die meisten Familien gemäß der theoretischen Vorüberlegungen Kinder im Alter von über sechs Jahren haben. Um von Familien in einer konsolidierten Phase sprechen zu können, ist es deshalb sinnvoll, nur auf Familien mit Kindern mindestens im Schulalter abzuheben, d.h. ein Alter des jüngsten Kindes von mindestens sechs Jahren als für die konsolidierte Phase konstitutiv zu wählen.

Die **Umorientierungsphase** zeichnet sich demographisch dadurch aus, daß die Kinder das Elternhaus verlassen, daß sich die Eltern auf neue Aufgaben und Probleme „umorientieren“. Für Familien, die noch Kinder unter fünfzehn Jahren haben, trifft dies jedoch

weniger zu. Deshalb bietet es sich in dieser Phase an, bei einem Alter des jüngsten Kindes von unter fünfzehn Jahren eine Zuordnung zur Umorientierungsphase zu unterlassen. Wiederum trifft zu, daß die Masse der Familien plausibel der Familienphase zugeordnet werden kann. Der Blick auf Abbildung 3 zeigt auch hier noch einmal die für die letzten beiden Familienphasen bestimmenden Abgrenzungskriterien im Überblick.

Tabelle 3: Häufigkeitsverteilung von Ehepaaren mit Kindern nach der Ehedauer und dem Alter des jüngsten Kindes

Ehedauer von ... bis	Insgesamt		Alter des jüngsten Kindes von ... bis unter ...Jahren					
			unter 3	3 - 6	6 - 10	10 - 15	15 - 18	18 und älter
unter ... Jahren	in 100	in %	in %					
0 - 3	538	4	80	/	/	/	/	/
3 - 10	2 405	19	60	28	8	/	/	/
10 - 18	2 914	23	15	23	34	24	(3)	/
18 - 28	4 073	33	(2)	3	9	26	24	37
28 und mehr	2 553	21	-	/	/	5	9	85
Zusammen	12 384	100						
Mit Angabe	12 384	91						
Ohne Angabe	1 302	9						
Insgesamt	13 785	100						

Ergebnisse des Mikrozensus Baden-Württemberg. Bevölkerung am Familienwohnsitz. .
Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Mit diesen Ergebnissen liegt eine Rekonstruktion der idealtypischen Familienphasenabfolge vor, wobei die meisten der in Frage kommenden Familien sich tatsächlich diesen Phasen zuordnen lassen. Von den Ehepaarfamilien mit Kindern in der Mikrozensusstichprobe in Baden-Württemberg mit Angabe zum Eheschließungsjahr können etwa 90 Prozent plausibel einer Familienphase zugeordnet werden. Die Verteilung der Familien, die keine Angabe zum Eheschließungsjahr gemacht haben, nach dem Alter des jüngsten bzw. ältesten Kindes (wie auch nach anderen Merkmalen, die hier nicht explizit dargestellt werden) läßt keine Klumpung erkennen, so daß der Verzicht auf diese 10 Prozent die Repräsentativität der Ergebnisse schwerlich beeinträchtigen dürfte.

Die Familienphasenabfolge, wie sie hier entwickelt und operationalisiert wurde, zielt auf eine Strukturbeobachtung phasenspezifisch weitgehend homogener Familien mit Kindern. Die vorgesehene Differenzierung bietet somit die Möglichkeit, die jeweiligen phasenbedingten Unterschiede (z.B. in der Erwerbsbeteiligung oder in der wirtschaftlichen Lage) von Familien zu untersuchen, in denen kein Kind, ein Kind oder mehrere Kinder leben. Auch die wichtige, sich an der Betreuungsbedürftigkeit von Kindern sowie den verschie-

denen schulischen und beruflichen Ausbildungsstadien orientierende Altersgliederung der Kinder ist mit den vorgesehenen Differenzierungsmöglichkeiten berücksichtigt.

Abbildung 3: Abgrenzungskriterien für die letzten beiden Familienphasen

Familienphase	Abgrenzungskriterien
Konsolidierte Phase	Ehedauer von 18 Jahren bis unter 28 Jahren und jüngstes Kind 6 Jahre und älter
Umorientierungsphase	Ehedauer von 28 Jahren und mehr und jüngstes Kind 15 Jahre und älter

Zu dieser Strukturbeobachtung zählt auch eine Analyse der Lebenslage von kinderlosen Ehepaaren in vergleichbaren Familienphasen. Für die Einbeziehung kinderloser Paare spricht, daß auch diese eine „Familienkarriere“ durchlaufen. Diese ist demographisch nicht durch die Geburt von Kindern determiniert, in soziologischer und ökonomischer Perspektive sind allerdings Parallelen zu den Familienphasen von Ehepaaren mit Kindern zu erwarten. Ein Einbezug kinderloser Ehepaare dient darüber hinaus dem Zweck, phasenspezifische Unterschiede und Gemeinsamkeiten von kinderlosen Ehepaaren und solchen mit Kindern herauszustellen.

Für die Abgrenzung von „Familienphasen“ kinderloser Ehepaare bietet sich analog zur Vorgehensweise bei Ehepaaren mit Kindern eine Abgrenzung über die Ehedauer an. Für die kinderlosen Ehepaare fehlt das die Familiendynamik mitprägende Element der Kinder. Hier bietet sich als Ersatzkriterium für das Alter der Kinder eine Berücksichtigung des Alters der Ehefrau an. Zeitabhängige phasenspezifische Problemkonstellationen wären damit über zwei Zeitachsen, Ehedauer und Alter, soweit kontrolliert, daß eine Vergleichbarkeit von Ehepaaren mit und solchen ohne Kinder in unterschiedlichen Familienphasen ermöglicht wird.

Bei der Betrachtung der Altersstrukturen von kinderlosen Ehefrauen in den über die Ehedauer abgegrenzten „Familienphasen“ zeigt sich, daß über die Ehedauer zwar altersbestimmte Untergrenzen gefunden sind (die mit denen der Mütter korrespondieren), altersbestimmte Obergrenzen jedoch nicht. Um eine möglichst gute Vergleichbarkeit mit Ehepaaren mit Kindern herzustellen, wurden deshalb deren Altersstrukturen für die altersbezogene Zuordnung zu bestimmten Familienphasen für kinderlose Ehepaare genutzt. Im Ergebnis wurde als Obergrenze für das Alter der Ehefrau für kinderlose Ehepaare in der Gründungsphase ein Alter von unter 35 Jahren, in der Aufbauphase von unter 40 Jahren, in der Stabilisierungsphase von unter 50 Jahren, in der konsolidierten Phase ein Alter von

55 Jahren und in der Umorientierungsphase von 65 Jahren angesetzt. Trotz dieser Ausgrenzung bestimmter Altersgruppen gelingt es zwischen 90 Prozent und 60 Prozent der kinderlosen Ehepaare in den jeweiligen Ehedauergruppen zu erfassen. Die Abgrenzungskriterien für kinderlose Ehepaare sind zusammenfassend in Abbildung 4 dargestellt.

Abbildung 4: Abgrenzungskriterien für vergleichbare Familienphasen von Ehepaaren ohne Kinder

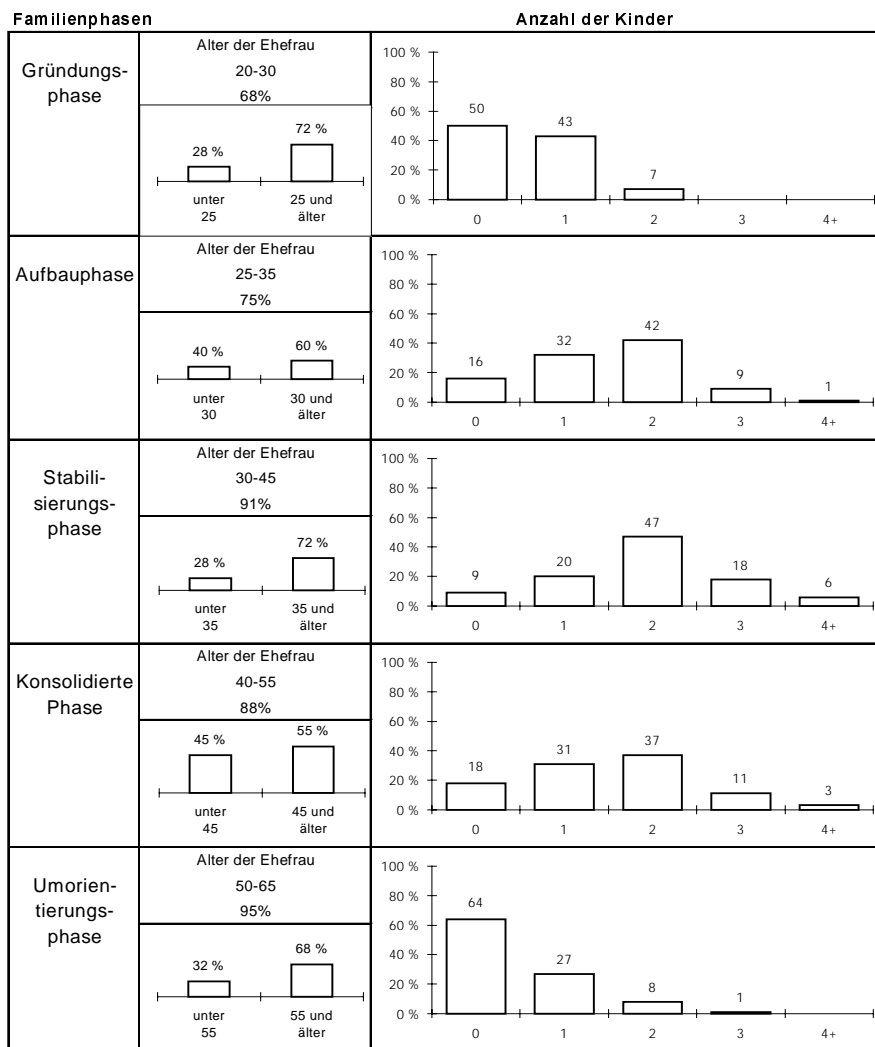
Vergleichbare Familienphase	Abgrenzungskriterien
Gründungsphase	Ehedauer unter 3 Jahren und Alter der Ehefrau unter 35 Jahren
Aufbauphase	Ehedauer von 3 bis unter 10 Jahren und Alter der Ehefrau unter 40 Jahren
Stabilisierungsphase	Ehedauer von 10 bis unter 18 Jahren und Alter der Ehefrau unter 50 Jahren
Konsolidierte Phase	Ehedauer von 18 bis unter 28 Jahren und Alter der Ehefrau unter 55 Jahren
Umorientierungsphase	Ehedauer von 28 Jahren und mehr und Alter der Ehefrau unter 65 Jahren

4. Empirische Ergebnisse: Phasenspezifische Familienstrukturen

Die Anwendung des Konzepts auf empirische Daten aus Baden-Württemberg zeigt deutlich, wie sich die Familienstrukturen, die Altersstrukturen der Ehepartner, die Anzahl der Kinder und deren Altersstrukturen in charakteristischer Weise mit der Phasenabfolge verändern. Im einzelnen ergibt sich ein demographisches Strukturbild von (Ehepaar-)Familien in verschiedenen Familienphasen, das sehr deutlich die Vielschichtigkeit familialen Lebens und die Unterschiede, Bedürfnisse und Problemlagen von Familien im Ablauf ihres Familienlebens erkennen läßt. Die phasenspezifischen Familienstrukturen verheirateter Ehepaare sind in Abbildung 5 zusammenfassend dargelegt.³ Betrachtet man zunächst die Altersstrukturen der Ehefrauen, so zeigt sich, daß in jeder Familienphase die große Mehrheit auf eine 10- bis 15jährige Altersgruppe konzentriert ist. Dieser „Schwerpunkt“ in der Altersgliederung verschiebt sich analog der Familienphasenabfolge nach oben, wobei jeweils ein etwa 5jähriger Überschneidungsbereich gesehen werden kann.

³ Es ist hier nochmals darauf zu verweisen, daß es sich bei dieser Beschreibung der Familienstrukturen nicht um einen Längsschnitt handelt, sondern daß hier familiäre Entwicklungsverläufe mit Querschnittsdaten nachvollzogen werden.

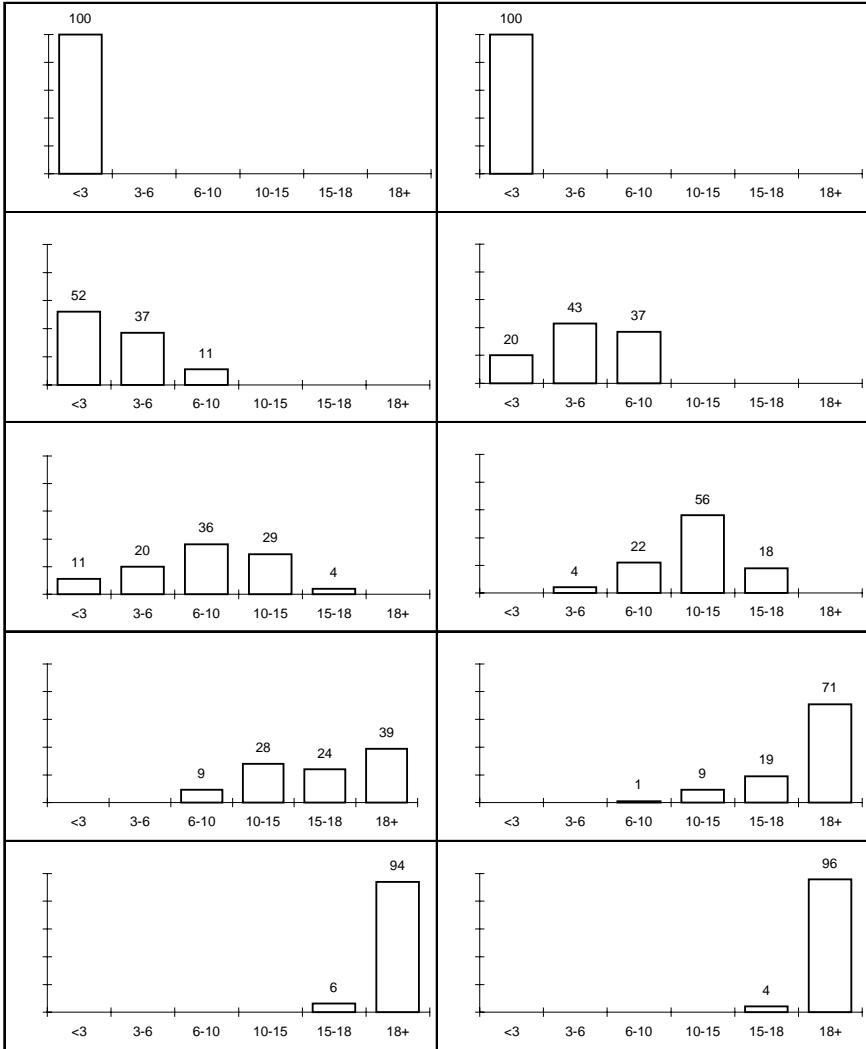
Abbildung 5: Familien in Baden-Württemberg nach Familienphasen 1995



Ergebnisse des Mikrozensus; STATIS-BUND.
 Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Alter des jüngsten Kindes

Alter des ältesten Kindes



In der Aufbauphase ist z.B. eine Häufung in der Altersgruppe der 25- bis 35jährigen zu beobachten, in der vorangehenden Gründungsphase eine bei den 20- bis 30jährigen Frauen, in der nachfolgenden Stabilisierungsphase eine bei den 30- bis 45jährigen Frauen. Auch die Entwicklung der Kinderzahlen und des Alters der Kinder variiert in prägnanter Weise mit der Familienphasenabfolge.

Zwei Drittel der Ehefrauen in der **Gründungsphase** sind zwischen 20 und 30 Jahren alt; 28 Prozent sind noch unter 25 Jahren, 72 Prozent sind bereits älter als 25 Jahre.⁴ Die Hälfte der Familien hat (noch) keine Kinder, 43 Prozent ein erstes Kind und eine kleine Minderheit (7 Prozent) bereits zwei Kinder. Die Kinder sind ausschließlich Kleinkinder (unter 3 Jahren). Familienpolitische Hilfestellungen in dieser Phase wären also in erster Linie auf jüngere Erwachsene und auf die besonderen Problemkonstellationen, die mit Kleinkindern verbunden sind bzw. mit der Umstellung von Paarbeziehungen zu Elternbeziehungen, auszurichten. Es steht z.B. zu erwarten, daß für diejenigen, die bereits Kinder haben oder bei denen die Entscheidung für ein Kind ansteht, ein Einkommen durch die Aufgabe oder Reduzierung der Erwerbstätigkeit eines Ehepartners wegfällt und damit finanzielle Engpässe entstehen können.

Daß sich in dieser Lebensphase viele Ehepaare für ein Kind entscheiden, zeigt sich darin, daß sich der Anteil kinderloser Ehepaare in der **Aufbauphase** drastisch auf 16 Prozent reduziert hat. 32 Prozent haben ein, 42 Prozent zwei Kind(er), 9 Prozent bereits drei Kinder, während 4 und mehr Kinder bei etwa einem Prozent der Ehepaare in dieser Familienphase leben. Die Mehrheit der Frauen ist jetzt zwischen 25 und 35 Jahren alt (75 Prozent), 40 Prozent sind noch unter 30 Jahren, 60 Prozent bereits älter als 30 Jahre. In dieser Lebensphase des familialen und wirtschaftlichen Aufbaus haben sehr viele Familien mit Kindern für Kleinkinder Sorge zu tragen (52 Prozent haben ein jüngstes Kind von unter 3 Jahren), was bedeutet, daß zwar eine familiale Aufbauleistung erfolgt, eine wirtschaftliche Aufbauleistung unter diesen Bedingungen jedoch eher erschwert zu sein scheint. Die Breite dieser familialen Phase zeigt sich darin, daß zwar die Mehrheit Kleinkinder hat, in 37 Prozent der Familien jedoch das älteste Kind bereits das Schulalter erreicht hat. Deshalb sind in dieser Phase familienpolitische Unterstützungsleistungen vorstellbar, die neben dem Ausgleich finanzieller Lasten auch Hilfestellungen im Bereich der Harmonisierung von Familie und Arbeitswelt, in der Unterstützung der Erziehungsleistung oder beim Alltagsmanagement in den Familien geben.

⁴ Die Spannweite in der Altersstruktur eröffnet die Möglichkeit, zwischen Eheschließungen und Familiengründungen jüngerer sowie bereits etwas älterer Erwachsenen zu unterscheiden und mögliche Unterschiede dieser beiden Gruppen bei der Familiengründung und in späteren Familienphasen zu untersuchen.

In die **Stabilisierungsphase** fallen die letzten Geburten, die Familien haben ihre maximale Größe erreicht. Die Mütter und Ehefrauen sind nun im überwiegenden Maße (91 Prozent) zwischen 30 und 45 Jahren alt (28 Prozent noch unter 35 Jahren, 72 Prozent bereits älter als 35 Jahre). In den meisten Familien leben zwei Kinder (47 Prozent), bei 20 Prozent der Familien ein Kind, bei 18 Prozent drei Kinder und bei 6 Prozent vier oder mehr Kinder. 9 Prozent der Familien haben keine Kinder. In dieser Phase leben minderjährige Kinder aller Altersgruppen in den Familien, wobei es sich hauptsächlich um Schulkinder (zwischen 6 und 15 Jahren) handelt. In 8 Prozent der Familien gibt es älteste Kinder, die zwischen 15 und 18 Jahre alt sind, z.T. bereits in Ausbildung sein dürften und damit zum Familieneinkommen beitragen können. In 31 Prozent der Familien leben jüngste Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind. Selbst Kleinkinder (unter 3 Jahren) sind noch in über 10 Prozent der Familien zu finden. Bezogen auf die Altersstrukturen der Kinder und der Eltern sind familienentwicklungsspezifische Probleme vor allem dort zu vermuten, wo Schulkinder oder ältere Kinder leben. Bei Familien mit jüngeren Kindern in dieser Phase besteht zwar noch Betreuungsaufwand für Kleinkinder, der allerdings durch die Erfahrungen dieser Eltern und das vorhandene Problemlösungspotential für spezifische Probleme mit Kleinkindern anders geartet sein dürfte als bei Familien in früheren Familienphasen. Auch sind, wenn noch Kleinkinder vorhanden sind, kaum Veränderungen in den Rollenkonfigurationen zu erwarten.

Anders sieht die Lage aus, wenn ausschließlich Schulkinder oder ältere Kinder in diesen Familien leben. Überlegungen zur Rückkehr in das Erwerbsleben dürften bei vielen Frauen, die aufgrund einer Kinderbetreuung ihre Erwerbsbiographie unterbrochen haben, zu erwarten sein. Dies impliziert für viele Familien bzw. Mütter zunächst Hilfestellungen bei dem Wiedereintritt in das Erwerbsleben und, wenn dies gelungen ist, zwar eine bessere finanzielle Situation, gleichzeitig jedoch auch Umstellungsprobleme in den Familien und häufig eine Doppelbelastung der Mutter. Zusätzliche Belastungen insbesondere für Frauen in dieser Phase resultieren aus etwaigen Pflegeleistungen für die eigenen Eltern. Hier scheint der Begriff der Sandwich-Generation, die sowohl für die nachwachsende als auch für die vorangehende Generation Sorge trägt, besonders zuzutreffen. Insgesamt zeigen diese Konstellationen, daß für die überwiegende Zahl der Familien eine lebens- und familienzyklische Stabilisierung erreicht sein dürfte, ohne ausschließen zu können, daß neue Anforderungen auftreten.

In der **konsolidierten Phase** haben 83 Prozent der Frauen ein Alter von 40 bis unter 55 Jahren erreicht; 45 Prozent sind noch unter 45 Jahre, 55 Prozent bereits 45 Jahre oder älter. Die ersten Kinder haben das Elternhaus verlassen. Der Anteil der (wieder) Kinderlosen ist leicht auf 18 Prozent gestiegen. Noch immer hat die Mehrheit (37 Prozent) zwei Kinder, 31 Prozent haben ein Kind, 11 Prozent drei Kinder und 3 Prozent vier oder mehr

Kinder. In der Mehrheit der Familien wachsen die Kinder allmählich aus der Schulpflicht heraus, so daß der Betreuungsaufwand der Eltern für ihre Kinder deutlich geringer sein dürfte als in den vorhergehenden Phasen. Familien mit Kinder unter 6 Jahren sind in dieser Familienphase nicht mehr anzutreffen.

Aufgrund dieser Konstellationen ist in dieser Phase mit einem weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit von Müttern zu rechnen. Wenn man bedenkt, daß in dieser Phase auch schon viele Kinder einen Beitrag zum Familieneinkommen leisten, steht zu erwarten, daß die wirtschaftliche Lage der Familien in dieser Phase günstiger sein dürfte. Somit ist zu vermuten, daß sowohl aus familiensoziologischer als auch aus ökonomischer Perspektive eine Konsolidierung eingetreten ist.

Die **Umorientierungsphase** bezeichnet einen Lebensabschnitt, in dem Kinder ihr Elternhaus verlassen bzw. schon verlassen haben. Hier beginnt für Familien im Grunde ein neuer Lebensabschnitt. Dies zeigt sich auch in dem sich abzeichnenden oder bereits vollzogenen Übergang in den Ruhestand. 95 Prozent der Frauen sind zwischen 50 und 65 Jahren alt; 32 Prozent sind noch unter 55 Jahren, die Mehrheit von 68 Prozent jedoch schon 55 Jahre oder älter.

Der starke Anstieg der kinderlosen Ehepaare auf 64 Prozent in der Umorientierungsphase zeigt, daß bereits viele Kinder das Elternhaus verlassen haben. In knapp einem Drittel der Familien lebt noch ein Kind. 8 Prozent der Familien haben zwei Kinder, nur noch 1 Prozent drei oder mehr Kinder. In der Umorientierungsphase leben vorwiegend erwachsene Kinder in den Familien.

5. Fazit

Ziel dieser Darstellung war es, ein auf der Basis der amtlichen Statistik entwickeltes Familienphasenkonzept vorzustellen, das repräsentative phasenspezifische Entwicklungen aufzeigt und dem an der weiterführenden Analyse familialer Lebenszusammenhänge wie auch dem familienpolitisch Interessierten gesicherte Informationen über Familien in verschiedenen Abschnitten ihrer Familienkarriere an die Hand zu geben vermag.

Die empirischen Ergebnisse zeigen eine familienphasenspezifisch plausible Abfolge sowohl in den Altersstrukturen der Eltern wie auch in den Altersstrukturen der Kinder und in den Kinderzahlen. Diese Ergebnisse zeigen auch, daß von „der Familie“ nicht gesprochen werden kann. Je nach Familienphase sind Familien mit unterschiedlichen Ansprüchen und Problemlagen konfrontiert, je nach Phase müssen sie unterschiedliche Leistungen erbringen. Einer Familienpolitik, die Rahmenbedingungen schaffen will, damit Familien ihre Aufgaben adäquat erfüllen können, wäre nach diesen Ergebnissen zu

empfehlen, ihre Maßnahmen adressatenspezifisch, aber auch phasenspezifisch auszurichten. Eine rein adressatenspezifische Lösung erscheint hier nicht hinreichend. Wenn die Ausrichtung und Ausgestaltung adressatenspezifisch erfolgen soll, d.h. die spezifischen Problemkonstellationen von Familien mit Kleinkindern, kinderreichen Familien oder Alleinerziehenden im Blickfeld haben soll, so genügt es hierzu aus statistischer Sicht prinzipiell, die Lebensumstände dieser Familien gesondert abzubilden.

Darüber hinaus kann jedoch eine feinere Differenzierung (und damit eine höhere Treffsicherheit politischer Maßnahmen) erreicht werden, wenn zusätzlich phasenspezifische Konstellationen Beachtung finden. Alle Alleinerziehenden, alle kinderreichen Familien, alle Familien mit Kleinkindern sind bezüglich ihrer phasenspezifischen Entwicklung zu inhomogen, als daß eine Maßnahme unterschiedliche phasenbestimmte Problemlagen treffen könnte. Das Beispiel von Familien mit Kleinkindern als Adressat familienpolitischer Leistungen verdeutlicht dies. Diese sind sowohl in der Gründungs- wie in der Aufbau- und in der Stabilisierungsphase zu finden. Eine familienpolitische Maßnahme zur Unterstützung dieser Familien mit Kleinkindern kann deshalb nicht ausreichen, zielsicher die Problemlagen all dieser Familien zu treffen. Familien mit Kleinkindern in der Gründungsphase bedürfen vielleicht viel stärker psychologischer, erziehungsberaterischer oder finanzieller Hilfen als Familien mit Kleinkindern in der Stabilisierungsphase, bei denen das Kleinkind wahrscheinlich bereits das letzte Kind ist und weitreichende Erfahrungen in der Erziehung von Kindern und ein eingespieltes Alltagsmanagement vorliegen sowie andere finanzielle Voraussetzungen zu vermuten sind. Für diese Familien wären vielmehr Hilfestellungen vorstellbar, die z.B. Müttern (im Anschluß an eine Zeit ausschließlicher Familientätigkeit) einen erneuten Berufseinstieg leichter ermöglichen.

Aus den hier ermittelten Ergebnissen zu den phasenspezifischen Familienstrukturen lassen sich somit bereits Hinweise ableiten, wie Familienpolitik zielgenauer phasenspezifische Leistungen von Familien unterstützen kann und wo familienpolitische Maßnahmen bei Problemen von und Anforderungen an Familien besonders ansetzen könnten. Die Verknüpfung von phasen- und adressatenspezifischen Blickwinkeln gewährleistet eine „Homogenisierung“ familialer Gruppen hinsichtlich ökonomischer, soziologischer und sozialpsychologischer Rahmenbedingungen. Einer Berücksichtigung phasenspezifischer Denkansätze zur Analyse familialer Strukturen und auch familienpolitischer Maßnahmen sollte deshalb zukünftig mehr Bedeutung beigemessen werden.

In der Operationalisierung des Familienkonzepts gelingt es durch die Verknüpfung der Merkmale Ehedauer und Alter des ältesten bzw. jüngsten Kindes, phasenspezifisch weitgehend homogene Familien abzubilden. Gleichzeitig werden durch die Verbindung dieser Merkmale „untypische“ Familienkarrieren unberücksichtigt gelassen. Mit dem Merkmal

Ehedauer, d.h. mit der Einbeziehung der Zeitdauer von Familienkarrieren, werden in erster Linie ökonomische und soziologische Rahmenbedingungen berücksichtigt, darüber hinaus natürlich auch zeitabhängige demographische und sozialpsychologische Entwicklungen. Mit den Merkmalen Alter des ältesten und Alter des jüngsten Kindes finden in erster Linie sozialpsychologische und demographische Entwicklungen, durch den korrelativen Charakter dieser Merkmale mit der Ehedauer schließlich auch ökonomische und soziologische Aspekte Beachtung. Gleichzeitig werden untypische Familienverläufe ausgeblendet.

Abschließend seien zu den Möglichkeiten, familienphasenorientierte Aussagen mit den Daten des Mikrozensus anzustellen, nochmals zwei wesentliche Unzulänglichkeiten des Datenmaterials in Erinnerung gerufen und Möglichkeiten zur verbesserten Analyse benannt. Schon zwei zusätzliche Fragen könnten phasen- und familientypische Betrachtungen wesentlich verbessern: (1) Zur Abgrenzung der nacherlerlichen Phase von der vorelterlichen Phase bzw. von zeitlebens kinderlosen Ehepaaren wäre die Frage nach den jemals geborenen Kindern zu stellen. (2) Schließlich sollte eine Frage zur Biographie der Befragten gestellt werden, die es ermöglicht, die zunehmende Anzahl von Stieffamilien und deren besondere Problemlagen gesondert ausweisen zu können.

Korrespondenzadresse

*Erich Stutzer
Statistisches Landesamt Baden Württemberg
Familienwissenschaftliche Forschungsstelle
Postfach 10 60 33
70049 Stuttgart*

Literatur

Priest, G.E. 1981: Operationalizing the Family Lifecycle Concept within the Concept of United Nations Recommendations for the 1980 Census. Paper presented at the WHO-Seminar „Final Meeting on Family Lifecycle Methodology“ Wiesbaden, 6.-10.07.1981.

Schneewind, K. A. 1987: Familienentwicklung, S. 971-1014 in: Oerter, R./L. Montada (Hrsg.), Entwicklungspsychologie. München/Weinheim.

United Nations 1969: European Recommendations for the 1970 Population Census. In: Statistical Standards and Studies, Nr. 31, New York.

WHO-Report 1976: Statistical Indices of Family Health. Report of a WHO Study Group. Technical Report Series 587. Genf.

TEIL III: SOZIALE UNGLEICHHEIT

SELF-EMPLOYMENT AS AN INDICATOR OF ASSIMILATION? EVIDENCE FROM FOREIGN ENTREPRENEURS IN GERMANY

CARSTEN BAUMANN

The rising rate of unemployment in Germany has led to an increased interest in self-employment as a possible solution to the problem. At the same time, the rising presence of foreigners, who tend to be harder hit by unemployment than natives, has intensified the interest shown by researchers, politicians, and the public in their plight. The usual calls for intensified efforts to get foreigners to assimilate, which accompany times of economic hardship, can again be heard. This paper explores whether efforts to ease unemployment and to increase assimilation can be one and the same. In other words, we try to establish if self-employment among foreigners in Germany can be seen as an indicator of assimilation. There are three major thrusts to arrive at an answer. The first looks at the heterogeneous nature of immigrants' labor market experience. We isolate cultural factors which increase the likelihood of becoming self-employed. This nationality-group specific decision model intensifies (or in some cases, reduces) the effect of socioeconomic variables on the choice of becoming self-employed. The second path looks at the quality of immigrants' self-employment experience. We find extremely different branch choices between nationality groups. Further, in examining measures of success such as income and number of employees, we do not come to any clear-cut answers. We find, instead, that foreign self-employment may, in fact, be very high quality or it may be lower than that of Germans. Self-employment does seem to represent an improvement over wage employment. Finally, we look at the effect of assimilation, in the form of the second generation or years-since-migration, on participation in the market for entrepreneurship. We find that nationalities with low self-employment rates will increase their participation with assimilation. Nationality differences remain preserved.

Those who dream by night in the dusty recesses of their minds wake in the day to find that all was vanity; but the dreamers of the day are dangerous people, for they may act their dream with open eyes, and make it possible. (T. E. Lawrence)

1. Introduction

This paper focuses on two relatively less-developed areas of research in economics and sociology. It combines the recent empirical interest in self-employment research with the still young area of immigrant research. Specifically, the self-employment experience of immigrants in Germany as a distinct group influenced by socioeconomic factors is examined in some detail. While aspects of the immigrant experience have been treated in contrast to that of the native population, this study goes a step further by shedding light on the heterogeneous nature of the immigrant experience as evidenced by self-employment. Foreigners stand in the center of this investigation, not just their impact on Germans' labor market prospects, as in other studies.

Why examine self-employment, and why among foreigners? Ever since the work by Birch (1979), self-employment has been seen as the solution to unemployment problems by politicians and some economists. Entrepreneurs provide jobs for themselves and potentially for others. Small, young firms are viewed as both flexible, that is, able to maintain jobs by adjusting to changing economic conditions, and innovative, by applying new technologies. Foreigners are of interest since their number has increased and continues to rise despite Germany's lack of an immigration policy. In addition, immigrants in Germany tend to be impacted by unemployment more severely than Germans. Alleviation of unemployment through self-employment may therefore be more important for immigrants than for Germans. Due in part to the rising share of foreigners in Germany, questions of their assimilation usually stand at the head of any debate about the benefits of immigration. Integration of former guest workers along with restrictions to further immigration serve as the only guiding principles to Germany's policy towards foreign residents. Therefore, assimilation issues are of a major concern for political as well as economic policy.

1.1 Purpose of the Study

Various measures of immigrant integration have been proposed. These include subjective measures from a "sense of identification" with a group to perceived language fluency, and objective measures from wage and education equality with natives to employment patterns. Cornelsen (1990: 90) argues that the foreign self-employed are of particular interest, not because of the size of the group, but rather, from the standpoint of the integration of foreigners. He reasons that the increase in immigrants' share of the total self-employed as well as the rising self-employment rate among foreigners are evidence of increasing integration.

The foreign share of all self-employed rose from under 2% (or 38 thousand) in 1970 to just above 5% (124 thousand) in 1988. Can the proportion of immigrants in self-employment be considered a sign of assimilation? Can self-employment rates be used as a measure of integration? Numerous other questions about self-employment would need to be answered before we can reply. This study's purpose is to begin answering some of these questions.

The predominant focus in this paper is whether self-employment among foreigners provides an indicator of assimilation. There are three broad questions which will be used to arrive at the answer: 1) Do immigrants apply different decision structures to self-employment than natives? 2) To what extent is the self-employment of immigrants comparable to the self-employment of Germans? And, 3) Does assimilation, in the form of being part of the second generation or in terms of years-since-migration, increase the likelihood that immigrants are self-employed?

1.2 Definitions: Foreigners and Self-employment

The two legal categories of citizenship status are adjusted for the purpose of this study. One's birth place can be used to define both nationality and one's citizenship, the principle of *ius soli*. Alternatively, citizenship can be defined by the *ius sanjuinis* principle, or blood heritage. Due to German citizenship laws, applying *ius sanjuinis*, even persons born in Germany are not automatically German citizens. Many foreigners have long-term intentions of staying in Germany, consider Germany their home, and are not in the immigrating generation. These facts make a large proportion of "foreigners" German in every way except their passports. In the ethnically mixed Kreuzberg district of Berlin, for example, foreigners have complained about Germans moving into the area. Some of the non-Germans have been in the country for generations, while the Germans at issue are newly arrived ethnic Germans from the former Communist countries. In this study, the legal definition of foreigners is divided into the first generation and second generation (so called *Bildungsinländer*, that is, foreigners educated in Germany). The second generation includes those that have spent 75% of their lives in Germany. These two groups are compared to natives. It must be emphasized, that the category of natives also contains the foreign-born that chose German citizenship as well as foreign-born ethnic Germans, who automatically receive German citizenship.

Self-employment is defined for purposes of this study as work for profit or fees in one's own business, profession, or trade. Categorization into this employment type occurs

through self-definition in the Mikrozensus survey.¹ The legal form of the business is irrelevant for purposes of this study; it may be either a sole proprietorship, partnership, or corporation. If incorporated, the owner technically draws a salary but is still self-employed.² For detailed examinations of self-employment incomes this distinction would make a substantial difference, as would the access to capital for studies of wealth effects on self-employment.

The sample used for the analysis, restricted to persons living in the western German states between the ages of 18 and 65 with available information about their position at work, contains 194,762 observations (representing 31.653 million people of which 3.215 are non-Germans). All of the figures quoted in this study have been calculated from ZEW 70% sample of the 1995 wave of the Mikrozensus survey, unless otherwise noted. In most cases, either percentages or representative numbers are reported, rather than number of observations. This allows comparisons with numbers reported elsewhere.

1.3 Organization of the Study

Section 2 presents some background material and theory of which this study makes use. Propositions about the self-employment experience of foreigners are made and testable hypotheses developed. We briefly examine the data situation and then move on to a model of the self-employment decision.

Sections 3 through 5 correspond to the three components of immigrants' entrepreneurial experience: comparisons of the self-employment decision, the self-employment quality, and the generation effects on the decision. Section 3 provides a view of the current stand of foreigners in Germany, acting as a type of inventory. Some of the factors influencing the self-employment choice will be compared across ethnic groups. The section then probes the question if there truly are differences in self-employment rates across nationalities, or whether these are just a reflection of the differences in socioeconomic variables that are reported. The self-employment decision will be modeled, with Germans used as the reference group, and then for each ethnic group individually.

1 Two questions allow definition as self-employed: position at work (management, clerical, trainee, etc. or self-employed) and job type (civil service, white-collar employee, blue-collar worker, trainee, etc. or self-employed). Each question further distinguishes between self-employment with and without employees.

2 Germany does distinguish between corporate owner-managers in the self-employment statistics or in employment permitting. However, other countries, including Australia, Canada, France, Japan, the Netherlands, New Zealand, Norway, and the United States, categorize owner-managers of corporations as employees, making cross-country comparisons difficult.

Next, we ask ourselves if self-employment of Germans and immigrants is comparable. The goal is to arrive at some indication of qualitative differences in work alternatives across nationalities. The questions of what branches are chosen for self-employment and whether they are different from Germans' choices form the core of Section 4. Self-employment may not be a measure of assimilation if the job quality is completely different.

Section 5 examines assimilation effects on self-employment. Two procedures are applied: contrasting first- and second-generation immigrants and comparing the effects of time spent in Germany. It is assumed that the second generation is more assimilated than the first. Similarly, we suppose that assimilation increases with years since migration. A comparison, holding socioeconomic factors constant, allows us to see if assimilation of foreigners in Germany leads to higher or lower self-employment rates.

What variables drive immigrants' probability of becoming self-employed and to what extent? Does ethnicity play a role in the decision to be or the likelihood of becoming an entrepreneur? Do foreigners enter self-employment because of discrimination and poor alternatives in the wage and salary sector? In which direction does assimilation impact the self-employment decision? Conclusions to these questions are reported in Section 6. This also takes stock of weaknesses in the methods applied here and suggests options for future investigations. By examining these questions, we can better answer the main one, whether self-employment results from assimilation or discrimination.

2. An Assimilation Theory of Self-employment

The sociological literature distinguishes between assimilation and integration. Assimilation can be defined as a process that leads to the adoption of a host culture by foreigners. Integration is much more superficial. It involves a blending of two cultures. The immigrant can function in the new society, that is, he is not restricted to particular areas (physically, as in immigrant camps, or psychologically, not daring to visit a store or office). Integration of new immigrants can occur without assimilation if an ethnic colony exists. The popular terms to describe the concepts of assimilation versus integration provide a helpful illustration and have even made inroads into the serious sociological discussions. Assimilation has often been conceptualized as the Melting Pot. Cultures living in the same society become like each other and the smaller group undergoes the largest adjustment, becoming like the majority. The Salad Bowl forms the metaphor for integration. The cultures are placed together, but keep their own flavors and identities. Emphasis needs to be given to the fact that integration requires that the cultures are placed together, not into separate vessels, so that mixing can occur.

Personal, cultural, and environmental factors may directly affect the choice to assimilate (Esser 1980) and the choice to become (self-) employed. These factors may also indirectly impact one choice through the other. For example, an immigrant that has decided to assimilate based on personal factors will probably make different employment choices than a person who has chosen to remain segregated. The degree of assimilation has implications for the immigrant's labor market prospects, specifically self-employment. At the same time, access to the labor market will affect assimilation.

2.1 The Utility Maximization Model Defined

The starting point for the econometric model is the utility maximization function of a labor force participant. The utility function presented in the study by Börsch-Supan and Pfeiffer (1992) is adapted to the current investigation.³ The individual participating in the labor market faces two choices: self-employment (*SE*) or wage / salary employment (*WSE*). These two alternatives provide the individual with an hypothetical utility u_i , $i = SE, WSE$. The utilities depend on characteristics of the worker, including level of risk aversion, management ability, age, etc., and on the expected income in each alternative choice. The explanatory variables are aggregated in matrix x , with x_k representing the manifestation of the k^{th} variable. Unfortunately, the Mikrozensus does not contain variables from which the numerous psychological and sociological factors impacting the self-employment decision can be derived. The unobserved factors influencing the decision i are aggregated in a cumulative normal error term, e_i . The utility values, u_i , are also random variables. For the sake of simplicity, an additive function is assumed:

$$(1) \quad u_i = v_i(x, b) + e_i = \sum x_k b_{ik} + e_i$$

The deterministic part of the utility function, $v_i(x, b)$, depends on the parameters b_{ik} , which describe the impact of the k^{th} variable, x_k , on the employment choice, i . For the decision between the employment options, the relative utility differences are decisive. According to the utility maximization hypothesis, the following will be true:

$$(2a) \quad \text{a labor force participant is self-employed if} \quad u_{SE} - u_{WSE} > 0$$

$$(2b) \quad \text{a labor force participant is an employee if} \quad u_{WSE} - u_{SE} > 0$$

In the most general terms, ability and risk tolerance are seen as the main factors which lead to self-employment. Certain common socioeconomic variables are expected to influence the self-employment decision, since these are partly related to ability and risk toler-

3 For alternative models, see Friedhelm Pfeiffer (1994).

ance. Increases in some variables or the applicability of a category may increase the probability of a person being self-employed. In other words, the likelihood of:

Self-employment is a function of age, education, gender, marital status, household size, community size, location, *nationality*, *years-since-migration*, *immigrant generation*.

The variables in italics are of special interest in this study. These variables include the immigrant effect and the nationality effect. The other variables have been included in most empirical studies on self-employment. They are important determinants and must be considered, or better yet, controlled for when trying to discover if there are immigrant and nationality effects.

2.2 Values Influence the Utility Function which Drives the Employment Decision

The positive self-employment decision is explained by the higher net utility a rational person derives from self-employed work relative to wage and salary employment. What we observe is not the utility function itself, but the outcome, that is, the probability of an individual being self-employed given certain factors. Lower expectations from self-employment (requiring a smaller utility difference between self-employment and wage and salary employment), keeping skills the same, may increase the likelihood of self-employment.

Besides the utility function, another factor that we do not observe directly is the degree of assimilation. Instead, assimilation will affect components and weights in the utility function. To provide a concrete example, an assimilated foreigner may have better German-language skills (than an unassimilated person) which enters the utility function. This component may be more rewarding, in terms of utility, in one employment type or the other. German values held by an assimilated immigrant may change weights assigned to components of the utility function. If the “typical” German values leisure over independence in a job, then the assimilated foreigner will apply a similar ranking even if his source culture has the opposite preference. In other words, keeping the relative benefits of self-employment and wage and salary employment constant, the choice may change through assimilation.

Our only suspect to explain the difference in rates of entrepreneurship is the utility function. Income is certainly a component of utility. However, there are many others as well. Work environment, flexibility, and intrinsic value of the work represent further components of the utility function. These features may be found to varying degrees in both self-employment and paid employment. Other characteristics may be more common to one form of employment or the other. Independence and prestige of being an owner apply only to self-employment. On the other hand, wage and salary employment may provide the benefit of limited responsibility.

How these different features are weighed are a personal decision. However, collective components, such as cultural identity, will also have an influence. More concretely, some cultures give independence a higher ranking than income potential when asked to identify the most important features of potential employment. Other cultures may place limited responsibility or income at the top of the list of features desired in a job. Goldberg (1996) reports the diverse responses to questions of desirable job qualities and the reasons for becoming self-employed. Hofstede (1989) provides several indices of characteristics which affect socialization at the workplace. The differences of these measures across nationalities can also be related to self-employment. As such, it is not only possible, but probable that different people and diverse cultures rank self-employment higher than wage employment, given the same earnings potential.

Blanchflower and Oswald (1990) theorize that the indifference locus for the marginal entrepreneur takes a concave form based on the relationship between the marginal level of utility from independence and the marginal level of entrepreneurial ability. In other words, persons with a high level of entrepreneurial ability will need only a low desire for independence to enter self-employment, while low-ability persons will need to have a strong desire. This implies that those with a strong enough desire for independence will not be discouraged by their lack of ability. If foreigners have a higher desire for independence than Germans do, then given the same levels of ability, they should have higher rates of self-employment. If the spirit of independence remains the same across ethnic groups, then skills may explain differences in self-employment rates.

The different utility functions explain why foreigners may enter self-employment when natives do not see it as profitable. By extension, it also explains why immigrants stay in business in areas or branches that natives have abandoned. For an immigrant, the non-pecuniary rewards of self-employment may offset the low income, while the German has no such trade-off. What may be seen as a failure by one group, may be seen as an opportunity for another. This could explain a higher self-employment rate among immigrants. A lower rate can be similarly explained; the benefits of self-employment are discounted in the utility function. One should note, however, that the utility of self-employment may be reduced due to implicit branch restrictions for immigrants. These are caused by foreign training often not being accredited in Germany and by the fact that certain trades require a German trade-master's degree. The utility bonus ascribed to self-employment may only be present for the more desirable branches of economic activity.

Different utility functions imply different beliefs and values. Ergo, assimilation requires similar utility functions, revealed in similar self-employment outcomes. The same self-employment rate can be expected for natives and immigrants (if we control for socioeco-

conomic differences). The market equilibrium rate is approximated by the self-employment rate of natives. As the largest group, with the least restrictions, they probably come closest to representing the equilibrium for the entrepreneurship market. High self-employment foreigners may, therefore, experience declining self-employment rates as they assimilate, while low self-employment immigrants, increasing self-employment rates. Again, the closer the rate of foreigners is to the German (equilibrium) rate, the more assimilated the group may be.

Sociologists may protest and say that social networks were ignored in the model. This is only in interest of simplicity, to make the complex issues of markets and utility functions easier to explain. Social networks may enter the model if we also take costs into account. Self-employment will only be chosen if the utility minus the costs (which create a negative utility) from self-employment is greater than the utility from paid employment. Social networks play a role in reducing costs, providing information, physical assistance, and even capital. We can now formulate our first proposition.

Proposition 1: Nationality is an important factor affecting the self-employment choice. The effects of socioeconomic variables on self-employment probabilities will vary by nationality. Even if socioeconomic determinants of self-employment did not vary across ethnic groups, nationality would still remain an influential factor of self-employment likelihood. The nationality variable, in other words, helps explain differences in self-employment rates not just between natives and foreigners, but across nationalities. To verify the proposition, the following hypotheses will be tested:

Hypothesis 1a: Socioeconomic determinants of self-employment will take on different weights for different nationalities.

Hypothesis 1b: Differences in socioeconomic variables only account for a portion of self-employment rate differences. Cultural factors, represented by nationality, influence a further part of the self-employment propensity.

2.3 Self-employment as an Assimilation Measure: Job Quality as the Key

How do we control for differences in job quality? After all, one job is not the same as another job, and the differences may be even more extreme in self-employment. Job quality can be approximated by income. Surely, there are other factors that affect the work environment, but these are difficult to measure and do not appear in a database in which we can compare different nationalities. One additional factor that we have available to measure success is business size. We can assume that a higher number of employees are an indicator of self-employment quality. Perhaps having employees allows delegation of the less pleasant aspects of the work.

Blanchflower and Oswald (1990) consider the effects of income at the market equilibrium (for entrepreneurs). With free entry into self-employment possible, equilibrium would require that, at the margin, the utility from wage work would equal the utility from self-employment (including income and non-pecuniary utility). If wages are low, then the utility gains from entrepreneurship will be high, providing an incentive to move out of wage and salary employment to self-employment. The opposite also holds true; high wages reduce the incentive of moving into self-employment. For the study of foreigners, this implies that segregation into lower paying wage and salary jobs could increase the returns of being self-employed, driving up the incentives of entrepreneurial activity. If foreigners are concentrated into few jobs or industries as workers, and these provide little chance of mobility (into better jobs or higher pay), then immigrants would have much to gain through self-employment.

Diagram 2.1: Self-employment Rates and Quality

		<i>SELF-EMPLOYMENT QUALITY</i>		
		<i>different</i>		<i>same</i>
		<i>Higher</i>	<i>lower</i>	
SELF- EMPLOYMENT RATE (relative to natives)	<i>higher</i>	may be assimilated	not assimilated	not assimilated
	<i>lower</i>	not assimilated	may be assimilated	
	<i>same</i>	not assimilated		assimilated

What does the self-employment rate tell us if we also keep in mind the quality of self-employment? If immigrants are employed in lower quality jobs, this may again be an indicator of less assimilation, depending on the self-employment rate. If the quality is the same, the rate should also be the same. Higher or lower rates, given the same quality, may indicate the opposite of assimilation. Diagram 2.1 summarizes the interaction between assimilation, self-employment quality, and self-employment rates. This leads to Proposition 2.

Proposition 2: Self-employment for foreigners is not only different, but qualitatively worse, than Germans' self-employment. As such, high self-employment provides evidence of segregation, rather than assimilation. The following hypotheses will be examined to test the proposition:

Hypothesis 2a: Foreigners are segregated from natives in branches of self-employment.

Hypothesis 2b: Immigrants may be restricted to the less profitable forms of self-employment. A higher concentration in the lower quartile of incomes may be found for foreigners. The move into self-employment may not bring an income improvement but rather an income reduction.

Hypothesis 2c: Foreigners predominantly run the smallest of businesses. They will mostly be self-employed without employees and almost never with the largest employee category (five or more).

2.4 Assimilation Effects

According to our theory, we may expect higher self-employment rates for the more assimilated immigrants. Members of the second generation can serve as proxy for assimilation. The second generation has significant advantages in assimilation. Competing cultural ties are missing, or at least weakened. An undivided socialization (in the host country) removes friction and allows for an almost effortless assimilation, according to Esser (1980: 231). Their better integration into and understanding of the local economy and labor market should lead to higher self-employment, according to the human capital model. An overview of the bureaucracy and established social and business networks also increase the ability to set up an independent business.

Another economic theory predicts just the opposite effect of integration on self-employment rates. Velling (1995), citing Wolfgang Seifert, argues that, as a rule, the second generation has good German language skills and tends to be culturally more integrated than the first generation. Greater skill match (language ability,⁴ recognized degrees) could mitigate the effect of increased integration, if push factors are predominant in influencing the choice to become self-employed. That is, if the quality of self-employed work is low, then more assimilated immigrants will not choose self-employment despite better ability to do so. They will forego the less desirable opportunities just as natives do. In other words, if foreigners possess the necessary communication skills and accepted degrees, then they will not need to turn to self-employment to receive the pay and recognition they feel they deserve. If discrimination and segregation lead to self-employment, then a reduction in discrimination and an increase in integration will lead to less self-employment.

According to our theory, we expect the self-employment rates of assimilated immigrants to converge at the German (“equilibrium”) level if job quality is the same. By extension, we would also anticipate lower self-employment probabilities for assimilated foreigners if

⁴ Improvements in language ability with increased lengths of stay have been tested empirically. See Velling (1995) for references to such studies for the US and Germany.

the job quality were lower. However, equal or better opportunities would allow the rate to come relatively close to the Germans' rate in the aggregate.

The first generation of immigrants faces higher hurdles in moving into self-employment than the second generation. Information costs may be higher (limited language ability, unfamiliarity with the "system", want of networks) and capital may be lacking (assets absorbed by immigration, lack of access to credit). However, in order for self-employment to be chosen by an immigrant, the advantages of self-employment (the expected utility from self-employment minus the expected utility from wage and salary employment) must exceed the hurdles (the costs of a transition into self-employment).

For the second generation, the costs of transition to self-employment probably declines. The increased integration into the host country may lower hurdles faced by the first generation. However, this increased integration also may have reduced the differential between self-employment and wage and salary employment. The skills of the first generation may be discounted by employers (that is, certain skills may not have been demanded or degrees may not have been recognized) and, therefore, lead to lower than expected pay. Self-employment is seen as a way to more fully exploit those skills and to receive compensation for them. Since the skills of the second generation more closely match what the labor market demands (and the skills others, including natives, may supply), the pay they receive may also come closer to their own expectations. In other words, the second-generation faces lower costs in moving into self-employment but may only make that choice at a lower rate than the first generation since the advantages of self-employment (relative to wage and salary employment) have also been reduced. This leads us to formulate Proposition 3:

Proposition 3: Self-employment rates in the second generation will be closer to native rates than in the first. Assimilation (language ability, schooling, familiarity with the "system") will increase the chances for successful self-employment. Self-employed parents or friends as role models or the opportunity of inheriting a business may also be factors. Immigrant groups with higher rates in the first generation will see a decline in entrepreneurial activity. Nationality will again account for differences in self-employment rates of the second generation. The effect of years-since-migration will be similar to the generation effect. We will test the following hypotheses to verify the proposition.

Hypothesis 3a: Second-generation (and later) foreigners will have higher self-employment rates than the first generation if self-employment is positive and if the rate was lower than for Germans. Nationalities will become more similar.

Hypothesis 3b: The self-employment rate will fall in the second generation if self-employment is a negative and / or the rate was higher in the first generation than for natives. Nationality differences will decrease.

Hypothesis 3c: Years-since-migration will increase self-employment rates if the selection is positive. Differences in nationalities will continue, however.

2.5 Other Studies

What explains differences in self-employment rates? Meyer (1990), in a study of black versus white entrepreneurship in the United States, examines the roles of liquidity constraints and consumer discrimination in explaining differences in self-employment rates. Through his empirical investigation he finds that neither of the two theories can account for the differences in the self-employment rates. Instead, he concludes that cultural differences may explain the dichotomy. While the studies by Meyer (1990) and Blau and Graham (1990) do find dramatic differences in the size of blacks' and whites' assets, they do not impact self-employment. Evans and Jovanovic (1989) and Evans and Leighton (1989), however, emphasized the role of an individual's assets in the self-employment decision. Blanchflower and Oswald (1998) find that increasing capital, through gifts or inheritance, raises the probability of self-employment. They control for personal, family, and geographic characteristics and separate inherited businesses from the sample. In a study of reasons for becoming self-employed in Britain, Taylor (1996) also finds wealth (measured by housing equity) to be a significant factor positively affecting the self-employment decision. However, it should be noted that it provides only a secondary explanation (in terms of significance and size of the coefficient) relative to earnings and independence measures, especially if the amount of housing equity is too low. Only when housing equity exceeds 100,000 Pounds Sterling, does the positive impact of wealth exceed that of the income differential and the desire for independence.

Along the same lines, limited access to credit has also been cited as an explanation for lower self-employment rates among minorities.⁵ However, the role of credit from formal institutions has been downplayed in the studies by Light (1972) and Sowell (1981). They conclude that people do not generally borrow to establish a business, and if they do, friends and relatives are the source. Blanchflower and Oswald (1998) calculate that of the 243 "recently self-employed,"⁶ included in the 1987 British National Survey of the Self-

⁵ See Ando (1988), for example; although the evidence is weak because of the limited and unrepresentative nature of her sample.

⁶ This category included only adults who had become self-employed in the previous four years, remained self-employed, and with fewer than six employees.

employed, 42% reported the main source of finance used to set up the business was their own savings, 15% borrowed from family or friends, and 17% took out a bank loan. Balkin (1989), in analyzing U.S. Bureau of the Census data for 1982, finds that between one quarter to one third of the business owners started with “no capital”, and 60% to 70% started with \$5,000 or less.

Consumer discrimination has been proposed by some as an explanation for lower self-employment rates among minorities. Other economists, including Moore (1983) and Borjas and Bronars (1988), see consumer discrimination as a secondary explanation. The gist of the consumer discrimination model is that whites prefer to do business with whites. Only if they could pay less would whites patronize a minority business. The wage impact of discrimination can be applied more easily to the self-employed than to employees. Wage and salary workers can move into jobs with less consumer contact to reduce the discrimination effect. However, the same option is not available for a sole proprietor, who must interact with his customers.

Borjas and Bronars (1988) argue that positive selection in an earnings equation for the white self-employed and negative selection for the black self-employed is a test of consumer discrimination. In other words, they claim that consumer discrimination will lead more-able whites and less-able blacks to become self-employed. Meyer (1990) comments that this merely proves positive and negative self-employment selection for whites and blacks, respectively, but cannot be taken as evidence of consumer discrimination. Light (1972), Sowell (1981), and Moore (1983) argue that the labor market pushes those discriminated against into self-employment, where the rewards more closely depend on an individual's ability.

Macroeconomic factors, namely unemployment and regional differences, have been cited as significant influences in the self-employment decision in some studies and dismissed as insignificant in others. Justification for including unemployment in the explanation for self-employment relies either on the unemployment push theory or on the prosperity pull theory. According to the former, a person faced with unemployment chooses self-employment rather than engaging in an unfruitful prolonged employment search. The extreme form of the theory states that longer spells of unemployment and higher overall unemployment in the economy will lead to increases in self-employment. The empirical works of Acs, Audretsch, and Evans (1994) and Evans and Leighton (1989) provide evidence of the unemployment push theory. According to the prosperity pull theory, unemployment impacts self-employment negatively. Persons are more willing to attempt self-employment if unemployment is low because if the venture fails, it will be easier to find a job than during periods of high unemployment. This theory receives support from

the studies by Taylor (1996) and Blanchflower and Oswald (1991). The OECD (1992) also supports this dichotomy of motives for self-employment by looking at the growth rates within certain economic branches in relation to the changes in the unemployment rate. In the case of the United Kingdom, the high-skill sector had higher growth in the second half of the 1980s, when unemployment was falling in the UK, while the generally lower-skill branches had higher growth in the first half, along with rising unemployment, according to the OECD (1992: 172). Of course, self-employment still has to provide a higher utility than wage and salary employment, otherwise it would not have been chosen by a rational person.

2.6 Cultural Factors

While numerous factors influence the likelihood of self-employment, being a foreigner adds a few additional ones. In fact, it may be precisely these immigrant factors that account for the differences in self-employment rates. This is reflected in our model and in the summary of some of the empirical work.

The existence of cultural factors implies that assimilation has not occurred, or only to a certain degree. Through the adoption of German values, we would expect to see German behavior. That is, Germans and immigrants would describe and take advantage of self-employment opportunities equally, since they would have similar utility functions. The lower quality opportunities would be foregone by both groups.

We would expect assimilation to lead to a convergence of values. These values are applied in the personal utility functions which influences the self-employment choice. It is also possible to change directions. We observe the action (self-employment choice) and the alternatives, from which we can make inferences about the values or beliefs. By applying this process to both foreigners and natives, we can draw conclusions about assimilation.

3. Differences in Being Different: Self-employment Inventory

Since assimilation involves adopting beliefs and behaviors similar to members of the host culture, one can conclude that any deviation from the patterns of natives may show lack of or limited assimilation. In other words, assimilated foreigners are expected to show similar self-employment rates as Germans, *ceteris paribus*.

What impacts the self-employment rate? Whole lists of socioeconomic variables, including age, gender, marital status, household size, education, work and unemployment experience, location, wealth, and years-since-immigration, have been tested for their influence on self-employment probabilities. Empirical studies have shown that the likelihood of being self-

employed increases with age. Since foreigners have a younger age profile relative to Germans, this may explain or be the reason for the relatively small number of self-employed foreigners. An obvious first step to answering if self-employment could be seen as a sign of integration would be to set these socioeconomic factors equal for natives and foreigners and then seeing if and how far apart self-employment rates are. One may expect similar behavior and values and, therefore, similar self-employment rates if assimilation of the immigrants has occurred. Along these lines, we could see if these socioeconomic factors explain (or contribute to) self-employment to the same degree and in similar proportions for all ethnic groupings. For assimilated groups we may again expect coefficients similar to the German model. If they are different, we could examine what the impact would be if one group assumed the socioeconomic variables of another group, but kept its self-employment decision structure. These steps allow us to answer the question if the decision models are different across ethnic groups and to point out which parts of the decision structure vary.

Table 3.1: Comparison of Self-employment Rates by Nationality

	<i>number of self-employed in Germany</i>	<i>Self-employment rate in Germany</i>	<i>self-employment rate in home country</i>
Greek	28,724	12.7	35.4
Italian	37,162	11.1	25.6
FYR	20,593	3.6	–
Austrian	16,841	14.9	10.2
Turkish	35,762	3.6	27.6
W European	40,579	10.7	14.5
E European	7,101	3.4	18.1
African	3,795	4.8	–
American	9,450	12.2	8.5
Middle Eastern	11,751	11.7	–
Asian	6,354	6.5	26.8
all foreigners	220,471	6.9	20.8
German	2,647,287	9.1	n.a.

Sources: own calculations using the 70% sample of the Mikrozensus; home country self-employment rates from *Statistisches Jahrbuch für das Ausland, 1995*. Notes: FYR = Former Yugoslav Republic; American = North, Central, and South American; German = natives and ethnic German immigrants; samples of nationalities too small for individual analysis were combined into groups with some cultural similarity, so that Western European, for example, includes all W. Europeans except the individually listed nationalities (Greek, Italian, Austrian).

In examining community and branch choice, education, and age, we discover that there is no average foreigner. Rather, there are significant differences between foreigners and that these differences in turn vary with the variable being examined. By some measures, certain nationalities even appear to be quite similar to Germans. Putting variations across these vari-

ables aside, Greeks, Italians, Western Europeans, and (North, Central, and South) Americans fairly consistently show high self-employment rates, often higher than those of Germans, as shown in Table 3.1. Just as dependable are the low rates shown by immigrants from the Former Yugoslav Republic (FYR), Turkey, Eastern Europe, and Africa.⁷

To examine the extent to which differences in socioeconomic variables resulted in variations in the self-employment rate, we will briefly turn to some basic regression analysis.⁸ Using the tool of econometric analysis, we can control for differences in socioeconomic variables. In other words, we can measure the extent to which these differences account for the contrasting likelihood of being self-employed. We will first examine a model that was estimated for all nationalities, using dummies to control for nationality differences. The results of the estimation tells us that Greeks (6.2%), Italians (3.8%), Austrians (2.5%), and Western Europeans (2.1%) all have higher probabilities (shown in parentheses) of being self-employed than Germans, *ceteris paribus*. For immigrants from Eastern Europe (-4.4%), the FYR (-4.2%), Turkey (-3.3%), and Africa (-2.8%), the probabilities are all lower than Germans'.⁹ In other words, just based on nationality, we will see differences in self-employment rates.

Table 3.2 shows the actual self-employment rates in column 2 compared to the predicted rates in the following columns. Column 3 acts as an accuracy check, reporting the predicted rates from each separate nationality model. In column 4, we bestow German socioeconomic characteristics on each nationality group, but keep their distinct decision structure. We can clearly see that merely assuming German characteristics (age, education, etc.) would allow foreigners to attain higher self-employment rates. The exceptions, although the results were not significant, were Austrians, Americans, and Middle Easterners. The low concentration of people in the youngest age categories and high education rates among these groups may explain why there is not a significant increase in self-employment rates through the assumption of German characteristics.

Column 5 of Table 3.2 provides a different perspective. Here we predict what the foreign self-employment rate would be, based on the German decision structure, but keeping each nationality's own characteristics. Immigrants from the FYR, Turkey, Eastern Europe, Africa, and Asia all would have higher self-employment rates given their characteristics if they assumed the German decision model. The results tell us that these nationalities have lower propensities towards entrepreneurship which explain the lower self-employment

⁷ For an explanation of nationality categories see the notes to Table 3.1.

⁸ Results (coefficient and t-statistics) of the various models estimated using Stata (1997) *dprobit* are included in Tables 5.3 - 5.5.

⁹ All results significant at the 1% level, except Austrians and Africans significant at the 5% level. Results for foreigners from the Americas, the Middle East, and Asia were not significant. See Table 5.4.

rates. On the other hand, the remaining nationalities, who have higher self-employment rates than Germans, actually would decrease their entrepreneurial activities if they used the German decision structure. These nationalities have high propensities to become self-employed, in other words.

Table 3.2: Predicted Self-employment Rates by Nationality

<i>(percent)</i>	<i>actual rate</i>	<i>predicted rate</i>		
		<i>Fi model: Fi var.</i>	<i>Fi model: G var.</i>	<i>G model: Fi var.</i>
Greek	12.7	12.6	19.2	7.4
Italian	11.1	10.9	18.0	7.6
FYR	3.6	3.5	5.8	7.8
Austrian	14.9	–	–	11.4
Turkish	3.6	3.5	8.3	6.6
W European	10.7	10.8	11.1	8.8
E European	3.4	–	–	8.1
African	4.8	–	–	8.3
NS&C American	12.2	11.3*	12.1*	9.9
Middle Eastern	11.7	11.8*	11.4*	9.9
Asian	6.5	–	–	7.5
all foreigners	6.9			7.8
German	9.1			9.3

Source: own calculations using the 70% sample of the Mikrozensus and the Stata (1997) probit regression model and transformation calculation. Notes: *Fi* = each foreign nationality; *G* = German; *var.* = variable; **bold** highlights increase in rates; * = results based on weak model; – = results uncertain because of limited observations; see also Table 5.3 for nationality models.

We find some extreme differences across nationalities in the socioeconomic variables that affect self-employment. Individual nationalities have distinct patterns of where they live, what economic branches they work in, how much human capital they have, and how old they are. There are also very different self-employment rates. When we combine all nationalities into a group of aggregated foreigners, some of these distinctions are lost.

Some of the variation in self-employment rates across nationalities can be explained by these socioeconomic factors. However, when we hold these factors constant, the differences remain. Cultural factors seem to have a great influence on the self-employment propensity. Mere membership in a particular ethnic group may be enough to raise or lower the likelihood of being self-employed. Through the differences in socioeconomic characteristics across nationalities, these attitudes only become more pronounced and lead to even more dramatic differences in self-employment rates.

4. Comparing Kiosks and Consultancies: Self-employment Quality

A key to deciding whether self-employment can be used as a signal of assimilation is the evaluation of job quality. We proceed in three ways. The branch distribution of self-employed foreigners is examined relative to natives. The descriptive nature of such an exercise limits its measurement of quality. In other words, only dissimilarities become evident and subjective measures would be needed to evaluate quality. The second attempt to compare quality involves income measures. These may be applied to income distributions by branch or by nationality. The drawback of this approach is the distorted nature of self-employment incomes. The third attempt at employment quality uses another measure of success, business size (measured by number of employees). The problem with this measure is that newly established firms tend to be small. Years of operation and access to capital will have an impact on business size for which we cannot control using the available data.

4.1 Branch Distribution

As mentioned in the previous section, looking at the aggregate sample of foreign workers may mask some of the differences that occur within the group. This is especially pronounced when looking at branch distribution. (Compare Table 4.1 for aggregates.) Using a dissimilarity index, we can get a concise overview of the true differences across the 13 nationality groups and 11 (or more) economic branches (a total of 143 sub-categories).¹⁰ The higher the index value, the greater the dissimilarity to the base-group. An index value equal to 100 would imply that the nationality group is never employed in the same branches as natives. Table 4.2 summarizes the results of three comparisons. Columns 2 and 3 compare the branch distribution of foreigners against the branch distribution of Germans for wage and salary employment and self-employment, respectively. In other words, the value of the index shows how different each nationality is from the German base-group when all branches are considered. In column 4, the dissimilarity within each nationality group is examined by comparing the distribution of self-employment to that of wage and salary employment.

Several conclusions can be drawn from these results. The nationality groups most similar to Germans are Western Europeans, Austrians, and Eastern Europeans. The groups may have a more similar human capital structure to the Germans when compared with other groups, leading to branch distributions similar to Germans'. The high education rates of the Europeans and Austrians combined with cultural factors which guide branch choice may be re-

¹⁰ The dissimilarity index equals one half the absolute value of differences between branch (i) distributions for foreigners (F) and Germans (G) summed across all branches. $D = \frac{1}{2} \sum [(F_i/F) * 100 - (G_i/G) * 100]$

flected in the results. Greeks and Italians were the most different from the Germans. The opposite explanation of similarities may apply; there may be greater cultural or human capital differences. If one examines the most dissimilar groups to German wage employment, then it becomes clear that these are the former guest worker countries (with the exception of Asia). Here the implication is that a form of segregation took place, recruiting guest workers for branches and jobs that natives did not want (at the prevailing wages).

Table 4.1: Branch Distribution of the Self-employed

	<i>branch distribution (percent of total)</i>			<i>share (percent of branch)</i>	
	<i>foreigners</i>	<i>natives</i>	<i>all</i>	<i>Foreigners</i>	<i>natives</i>
agriculture	1.9	12.2	11.4	1.3	98.7
mining, utilities	0.2	0.2	0.2	7.5	92.5
manufacturing	10.1	12.6	12.4	6.3	93.7
construction	7.6	8.8	8.7	6.7	93.3
trade	20.9	20.3	20.3	7.9	92.1
transportation	4.3	3.8	3.8	8.6	91.4
finance, insurance	1.2	3.3	3.1	2.9	97.1
services	21.7	25.1	24.8	6.7	93.3
hospitality	29.1	5.5	7.3	30.5	69.5
health	2.8	8.0	7.6	2.9	97.1
organizations	0.2	0.3	0.3	5.5	94.5
Total	100.0	100.0	100.0	7.7	92.3

Source: own calculations using the 70% sample of the Mikrozensus.

The dissimilarity is even greater when comparing branch distribution in self-employment.¹¹ However, an average of about 10 index points could be subtracted by excluding agriculture (a branch in which Germans have a relatively high share of self-employment). Nevertheless, it is especially striking how much higher the index values of individual nationality groups are relative to the value for “all foreigners.” Whereas the index for “all foreigners” stands below 25 points, most nationality groups exceed this value by more than 50%. The reason for the difference justifies the need to examine disaggregated nationality groups. In the comparison of the self-employed, the dissimilarity index shows very different values for each guest-worker nationality. This difference across immigrants from former recruitment countries is not evident in paid employment. The particularly low self-employment rates of persons from the FYR and Turkey may be the cause. Africans need some further explaining since they show up among the more similar in paid

¹¹ The sum of the nationalities index values for self-employment is more than double the sum for wage and salary employment.

employment and the least similar in self-employment. Their small numbers, especially in self-employment, may explain some of the distortion.

Table 4.2: Dissimilarity Indices

(index; 0-100)	relative to Germans in		relative to w&s employment
	w&s employment	self-employment	
Greek	33.7	55.0	50.9
Italian	29.8	47.4	47.1
FYR	24.2	37.9	44.3
Austrian	15.2	23.9	29.7
Turkish	26.7	36.0	44.8
W European	11.7	13.6	29.2
E European	15.3	33.9	44.4
African	15.4	43.9	57.8
American	15.8	39.7	41.9
Middle Eastern	19.6	46.4	43.0
Asian	25.7	34.1	39.5
all foreigners	20.7	24.7	40.9
German	–	–	32.3

Source: own calculations using the 70% sample of the Mikrozensus. Notes: calculation based on 11 SIC categories¹²; lower values = **most similar**; higher values = *least similar*.

The last column of Table 4.2 hints at the possibility of branch switching when moving from wage employment into self-employment. We assume that most immigrants were wage workers in Germany before attempting self-employment. If persons opened businesses in branches in which they were previously employed, then the employment distribution may appear similar in these two sectors. Austrians, Western Europeans, and Germans appear to be the most conservative, choosing branches for self-employment in which they may have worked. Africans, Greeks, and Italians, at the opposite extreme, break into new branches by switching into self-employment, suggested by their high index values. This seems to counter Goldberg (1996: 73), who states that “Italians, Yugoslavs, and Greeks...generally have an education in the branch in which they establish a business, that is, they only make an attempt [to start a business] in areas in which they have knowledge.” Further, Goldberg (1996) finds that Turks are less bound to previous experience, while our results show only about average dissimilarity. The difference between the observations may be partly explained on the grounds that one focused on education of individuals prior to becoming self-employed and

¹² Calculations using more detailed categories increased the index values. However, country rankings remained essentially unchanged. For a discussion about the effects of using more or less detailed information as well as alternative dissimilarity indices, see OECD (1988b).

the other compared wage and salary employment versus self-employment, with no information on what experience or education each person had prior to self-employment.

4.2 Income Measures

Measurement and reporting errors make income comparisons across employment type somewhat tentative. Furthermore, the direction of causality is not clear. Do the self-employed receive a higher income because they are self-employed, or are higher income persons more likely to be self-employed? Services, hospitality, and, to a slightly lesser degree, trade show a concentration of persons in the lower half of the income distribution. Two of the branches identified by the greatest number of people in the top income category, services and trade, also had concentrations in the lower income category. Health is another branch in the top category. It follows that branch choice may indeed be a factor in income. Or interpreted for our purposes, some branches may represent lower quality self-employment, using income as a measure.

In Table 4.3, we take a different approach and examine the percentage of each population in the lowest as well as highest income quartiles. For wage employment, about one third of “all foreigners” earns less than 1400 D-Marks per month. For some nationalities only about a quarter of the persons are in that category, while for others it exceeds one third. Less than 2% of “all foreigners” reach the top quartile, 5500 D-Marks or more per month.

Turning our attention to the distribution of the self-employed, Table 4.3 shows that for all nationalities (except Africans and Americans), the percentage in the lowest income quartile declines. What is even more striking is the share of people in the top quartile. One quarter of all self-employed Germans falls into the top quartile, while one sixth of all foreigners also does. Of course there are significant differences across nationalities, but even nationalities, such as the FYR and Turkey, that only had a fraction of a percent in the top quartile for wage employment, have almost 10% in the quartile when looking at self-employment. Again, the direction of causality is not established.

Borjas and Bronars (1988) explain income differences with consumer discrimination. Consumer discrimination and the resulting reduction in self-employment opportunities (smaller range of self-employment income) would most likely explain self-employment rate differences between natives and foreigners, however, not necessarily between different nationalities. Consumer discrimination would only be a factor if natives and foreigners shared the same preferences (discriminated in the same way).

Table 4.3: Distribution of Monthly Personal Income by Nationality

<i>(percent of nationality)</i>	<i>w & s employment</i>		<i>self-employment</i>	
	<i>< 1400 DM</i>	<i>≥ 5500 DM</i>	<i>< 1400 DM</i>	<i>≥ 5500 DM</i>
Greek	26.8	0.5	18.4	9.6
Italian	27.9	1.1	12.5	15.8
FYR	29.9	0.3	22.0	10.1
Austrian	25.9	9.5	8.5	30.4
Turkish	31.8	0.2	17.1	9.4
W European	23.0	6.4	19.6	22.1
E European	44.4	0.8	14.7	8.8
African	35.0	0.8	41.2	6.1
American	28.3	6.8	28.0	23.0
Middle Eastern	40.2	2.5	25.1	12.5
Asian	42.1	4.7	13.9	19.8
all foreigners	31.1	1.8	18.0	15.5
German	23.8	4.7	14.0	24.7

Source: own calculations using the 70% sample of the Mikrozensus. Note: **bold** highlights shares higher than Germans'.

From the data we can conclude that self-employment may provide both high and low quality employment opportunities for foreigners. Even at the lower end of the income distribution, it may be an improvement to wage employment. However, relative to Germans, there is a stronger concentration in the lower-income section of self-employment. This may be due to branch choice or socioeconomic factors which would also result in lower paid employment. In addition, the effects of the younger age structure of immigrants may be hidden in our results. High quality or high earnings possibilities in self-employment also exist for foreigners, not just Germans. In fact, these opportunities may only exist in self-employment, and not in wage employment.

4.3 Number of Employees

Turning to income distribution by number of employees, we find, as expected, that the self-employed without employees are concentrated at the lower half of the income distribution. This also occurs, but to a lesser degree for the category of 1-4 employees. Furthermore, the data clearly show that there is a relative concentration (left-skewed distribution) of foreigners at the lower half of the income distribution. This is especially pronounced for the self-employed foreigners with no employees and those with one to four employees. Germans have a much more even distribution across income categories. While the group with no employees also tends to appear in the lower half of the income distribution, the concentration is not nearly as pronounced as it is for foreigners. One additional point should be made about the distribution. Natives and foreigners both make

a strong showing in the top income category, especially if they have one to four employees. About 7.5 thousand foreigners are in this combination of categories, and about 161 thousand Germans.

Table 4.4 provides an overview of business size for most of our nationality groups. According to the percentage distribution of the three size categories, immigrants from the Americas, Austria, and Eastern Europe most often work alone. Only the Greeks and Italians have a proportionately smaller share of self-employed with no employees than the Germans. Self-employed Italians reach the largest category, five or more employees, proportionately more often than all other immigrants and even more often than Germans. Immigrants from Eastern Europe, Turkey, and the Americas have very small proportions of their respective self-employed in the largest category.

Table 4.4: Business Size Distribution by Number of Employees

	<i>percent distribution by number of employees</i>			<i>total number</i>
	<i>none</i>	<i>1 to 4</i>	<i>5 or more</i>	
Greek	40.1	53.7	6.2	28,724
Italian	36.0	49.5	14.5	37,162
FYR	46.8	47.5	5.7	20,593
Austrian	63.3	28.6	8.1	16,841
Turkish	52.2	44.5	3.2	35,762
W European	54.3	36.8	8.9	40,579
E European	65.9	34.1	0.0	7,101
American	67.6	27.6	4.8	9,450
all foreigners	50.3	41.7	7.9	220,471
German	42.1	44.1	13.8	2,647,287

Source: own calculations using the 70% sample of the Mikrozensus. Note: **bold** highlights rates above Germans'.

4.4 Total Quality Assessment

Based on size, income, and branch, we find a common theme about the nature of immigrant self-employment. It is as heterogeneous as the immigrant population itself. There is some evidence that self-employment taken by foreigners is worse than that of natives. However, there is also information that it is comparable. Much depends on what measurement is used.

The data also makes apparent that the rift between good quality and poor quality does not correspond to the division of nationalities. Rather, within each nationality group, we can find concentrations at both poles. Furthermore, a nationality that appears to be concentrated in the lower-quality category according to one measure, may surface as highly concentrated in the

top category according to a different measure. However, it cannot be overemphasized that foreign self-employment is also composed of high-quality work.

Is self-employment quality lower or higher for foreigners? The answer is “both.” It can be at either extreme or in the neutral territory. This fits our assimilation hypothesis. We expect to find both highly assimilated immigrants and others that are just beginning the process in Germany. As a result, we can assume that both the assimilated and the unassimilated have an opportunity to become self-employed based on the quality differences. The assimilated will select themselves into the higher quality opportunities, while the less assimilated move into the lower quality jobs. Without the presence of the less assimilated, these opportunities for self-employment may go unexploited.

5. Approaching Similarity: Effects of Assimilation

In which direction does assimilation drive self-employment rates? One would expect differences across ethnic groups; those with self-employment rates above Germans should be lower (closer to the German rate) in the second generation and those with rates below, should move higher. We also look at the influence of years-since-migration. Does this variable affect every nationality equally? Here we can expect differences based on ethnic propensities and the legal framework.

In creating a sub-sample to examine arrival years, only observations which provide immigration information are retained. This reduces the number of foreigners observed from 15,303 to 14,165 (representing 2.982 million, see Table 5.1). The sub-sample introduces some downward bias to the self-employment rate of foreigners: the rate falls from 7.0% for the full sample to 6.7% for those that provide immigration information. A descriptive analysis shows that the second generation of immigrants reaches higher education levels than the first, confirming our suspicion of greater assimilation.

Having examined which characteristics, including nationality, impact the self-employment choice and the qualitative nature of this choice, we can now focus on assimilation. We proceed by testing the effect that being in the second generation, as a variable, has on the self-employment choice. As we have seen, the differences in socioeconomic variables play a role in causing different self-employment rates across nationalities. We can expect the same effects between generations. We can control for differences in these socioeconomic variables by performing maximum likelihood regressions. Here, we add a variable that identifies the second generation to the model estimated for the discussion in Section 3.

Table 5.1: Generations by Nationality

	<i>1st generation</i>		<i>2nd generation</i>		<i>percent in 2nd generation</i>
	<i>w & s emp</i>	<i>self-emp</i>	<i>w & s emp</i>	<i>Self-emp</i>	
Greek	143,051	20,211	41,735	6,150	29.3
Italian	206,156	27,711	70,898	5,620	32.7
FYR	456,230	18,074	70,327	1,247	15.1
Austrian	67,634	11,564	15,197	2,244	22.0
Turkish	666,924	26,309	231,254	7,309	34.4
W European	242,099	28,377	64,887	6,626	26.4
E European	180,542	6,683	5,444	208	3.0
African	63,251	3,255	5,536	339	8.8
American	55,087	7,211	5,807	908	10.8
Middle Eastern	80,021	10,737	3,058	214	3.6
Asian	82,182	5,119	2,947	217	3.6
all foreigners	2,263,040	166,372	520,684	31,672	22.7
German	25,791,067	2,647,287	n.a.	n.a.	n.a.

Source: own calculations using the 70% sample of the Mikrozensus.

After controlling for age, education, gender, state, and nationality, we find that merely being a second-generation foreigner increases the likelihood of being self-employed by 1.3%.¹³ Nationality differences also remain. Immigrants from Greece (9.9%), Italy (7.1%), Austria (4.7%), Western Europe (4.0%), the Americas (3.1%), and the Middle East (4.1%) all have higher self-employment probabilities (shown in parentheses) when compared to Turks. Only foreigners from the FYR (-1.2%) and Eastern Europe (-2.2%) have lower probabilities.

We can also look at the combined effects of being in the second generation and belonging to a specific nationality. This increases the second generation effect; membership in the second-generation raises the self-employment probability by 2.6%. The nationality effect increases in some cases but decreases in others. However, the most interesting result is that the interacted terms (second generation and nationality) may confirm our hypothesis of self-employment rate convergence.¹⁴ Second-generation terms for nationalities that had rates (in the first generation) above Germans, were negative. The terms were positive for nationalities that had self-employment rates lower than Germans. Immigrants from the FYR and the Americas were the only exceptions.

¹³ Marital status, household and community size are not significant in the model.

¹⁴ However, due to the limited number of observations the results were statistically insignificant and a corresponding table was not included. As the size of the second-generation sample increases, it may be possible to obtain significant results to confirm our theory.

We can also repeat the exercise in Section 3 of predicting self-employment rates. This time we concentrate on the generation differences rather than nationality differences. The results summarized in Table 5.2 indicate a higher self-employment propensity in the second generation, confirming higher self-employment rates by age group found in the descriptive analysis. If the second generation used the decision model of the first, they would have an even lower self-employment rate. However, if the second generation had the socioeconomic characteristics of the first, they would almost double their self-employment rate.

Table 5.2: Predicted Self-employment Rates by Generation

<i>(percent)</i>	<i>1st generation model</i>	<i>2nd generation model</i>	<i>actual</i>
1 st generation characteristics	6.9	11.2	6.9
2 nd generation characteristics	5.2	5.9	5.7
combined characteristics	6.2	10.2	6.7

Source: own calculations using the 70% sample of the Mikrozensus and the Stata (1997) probit regression model and transformation calculation.

It is worth noting that in the second-generation model, all the nationality terms (with the exception of Greeks) become insignificant. This again implies that assimilation leads to more similarity between foreigners. Assimilation may have reduced, if not erased, the ethnic capital.

5.1 Years-Since-Migration

We should review the importance of the years-since-migration (YSM) variable. A longer presence implies more familiarity with the “system”, better language ability, and broader social / business networks, all of which can lead to higher self-employment rates. The intention to stay is critical to the self-employment decision. Judging from the results found by Steiner and Velling (1994), YSM may be a partial proxy for “intention to stay” since those with a long presence also plan to stay longer. What needs to be kept in mind is that the intention to stay is not a one-time decision.

Looking at YSM, we find a positive correlation with the self-employment rate. Each additional decade spent in Germany increases the probability of self-employment by 1.6%. After controlling for YSM, we can compare the predicted rates for the first and second generations. We discover that the predicted rates are much closer, only half a percentage point difference, than if we do not control for YSM (the results in Table 5.2). In other words, even the first generation behaves in ways similar to the second generation after a enough years in Germany. This shows the assimilation effects that accompany

YSM. Two caveats apply. The coefficients for the nationality dummies are smaller when we control for the second generation (looking at both the first and second) than if we control for YSM (looking at only the first generation). Further, it must be noted that significant and sizable differences across nationalities exists, even after controlling for YSM. For example, being Greek implies an 11.1% higher likelihood¹⁵ of being self-employed than if one is Turkish, *ceteris paribus*.

5.2 The Same, Yet Still Different

We find that some convergence of self-employment rates does indeed take place with assimilation. Both in using the second generation as a proxy and using years-since-migration as measure, we discover a decrease in size of the nationality factor in determining the likelihood of self-employment. Furthermore, if we only look at the second generation of immigrants,¹⁶ the regression analysis tells us that nationality is no longer a significant factor in self-employment probabilities, *ceteris paribus*.

Of course, all else is not equal, as we see in a descriptive analysis. Based on socioeconomic differences, we can still expect to find differences in self-employment rates even if nationalities are assimilated.

6. Self-employment as an Indicator of Assimilation?

The interactions between self-employment and assimilation are clear. The decision to engage in the assimilation process and the choice to engage in entrepreneurial activity share similar motivating factors. In other words, factors which ease assimilation may also promote self-employment. Barriers can equally block or slow assimilation and entrepreneurship. Furthermore, assimilation can directly drive self-employment and vice versa.

Germany's complex web of legislation that governs the life of foreigners in the country has a limited direct impact on their self-employment opportunities, especially of longer-term immigrants. However, due to the severe restrictions that apply to some groups during the early immigration stages, there may be an indirect effect on self-employment. The motivation to assimilate and to become self-employed may be molded in these early stages, requiring time to change later. Some groups may react to the restrictions by deciding that self-employment is much too difficult to realize in Germany, due to their limited assimilation. Others may find a way to limit assimilation through self-employment, especially if ethnic colonies exist.

¹⁵ See regression results (YSM model) in Table 5.4.

¹⁶ See regression results in Table 5.5.

Table 5.3: Nationality Models (d probit)

	German model			Greek model			Italian model			FYR model		
age	0.0090	18.80	*	0.0327	4.46	*	0.0184	3.65	*	0.0090	4.26	*
age2	-0.0001	-13.04	*	-0.0004	-4.15	*	-0.0002	-3.43	*	-0.0001	-4.02	*
male	0.0447	32.92	*	0.0406	1.99	**	0.0488	2.93	**	0.0153	2.57	*
married	-0.0043	-2.49	**	-0.0510	-1.91	**						
hh size	0.0042	7.06	*									
(career education dummies; base: no education)												
trade	0.0054	2.59	*	0.0938	4.02	*	0.0722	4.32	*	0.0101	1.55	
master	0.1246	34.22	*	0.0390	0.45		0.2096	3.59	*	0.0452	2.34	**
uni	0.0674	22.81	*	0.2150	3.68	*	0.2267	4.36	*	0.0666	3.49	*
(community size dummies; base: mid-sized; state dummies used: yes/no)												
city	0.0140	5.59	*									
town	0.0122	7.85	*									
state dum		yes			no			yes			yes	
# obs.		169767			997			1507			2537	
r2		0.076			0.079			0.094			0.105	
	Turkish model			W Euro model			American model			Mid East model		
age	0.0084	4.84	*	0.0089	1.88		0.0079	0.70		0.0012	0.11	
age2	-0.0001	-4.66	*	-0.0001	-1.52		-0.00002	-0.21		0.0001	0.45	
male	0.0068	1.23		0.0531	3.73	*	-0.0456	-1.42		0.0792	2.45	*
married							-0.0559	-1.51		0.0527	1.67	
hh size	-0.0052	-3.08	*				0.0314	2.60	*			
(career education dummies; base: no education)												
trade	0.0156	2.68	*	0.0542	2.72	*	-0.0622	-1.60		0.0351	0.95	
master	0.3004	7.01	*	0.1599	3.74	*	0.3077	2.74	*	-0.0569	-0.89	
uni	0.0472	2.22	**	0.1745	6.55	*	0.0518	1.33		0.1004	2.33	
(community size dummies; base: mid-sized; state dummies used: yes/no)												
city												
town												
state dum		no			no			no			no	
# obs.		4180			1728			365			414	
r2		0.073			0.069			0.146			0.143	

Notes: coefficients in first column of each model are percent changes for one unit increase in independent variable or for dummy moving from 0 to 1, see Stata dprobit model; second columns show t-statistics; * significant at the 1% level; ** significant at the 5% level.

Table 5.4: Combined Models (d probit)

	All nationality model			All generation model			YSM model (1st gen)		
age	0.0087	19.40	*	0.0105	7.95	*	0.0093	6.24	*
age2	-0.0001	-13.62	*	-0.0001	-7.25	*	-0.0001	-6.04	*
male	0.0432	33.53	*	0.0241	6.22	*	0.0250	6.01	*
married	-0.0036	-2.24	**						
hh size	0.0035	6.31	*						
	(nationality dummies; base: German for All nat., Turkish for others)								
greek	0.0616	6.51	*	0.0991	9.42	*	0.1079	9.21	*
italian	0.0378	5.10	*	0.0707	8.25	*	0.0781	8.20	*
fyr	-0.0422	-8.00	*	-0.0120	-1.92	**	-0.0084	-1.22	
austrian	0.0250	2.29	**	0.0468	3.97	*	0.0499	3.87	*
turkish	-0.0328	-7.22	*						
weur	0.0208	3.18	*	0.0396	5.14	*	0.0458	5.26	*
eur	-0.0440	-5.18	*	-0.0220	-2.74	*	-0.0140	-1.48	
african	-0.0276	-1.93	**	-0.0011	-0.08		0.0053	0.37	
americas	0.0112	0.84		0.0310	2.40	*	0.0452	3.12	*
mid-east	0.0189	1.45		0.0409	3.31	*	0.0524	3.83	*
asian	-0.0096	-0.70		0.0075	0.61		0.0168	1.23	
	(career education dummies; base: no education)								
trade	0.0097	5.04	*	0.0290	6.41	*	0.0313	6.42	*
master	0.1303	37.20	*	0.1230	8.81	*	0.1374	9.06	*
uni	0.0733	26.04	*	0.1011	11.07	*	0.1148	11.45	*
	(share75: 2 nd generation dummy; ysm: years-since-migration)								
share75				0.0130	2.19	**			
ysm							0.0016	2.24	*
ysm2							-0.00001	-0.81	*
	(community size dummies; base: mid-sized; state dummies used: yes/no)								
city	0.0124	5.41							
town	0.0120	8.11							
state dum		yes			yes			yes	
# obs.		183787			13291			12010	
r2		0.0775			0.103			0.103	

Notes: coefficients in first column of each model are percent changes for one unit increase in independent variable or for dummy moving from 0 to 1, see Stata dprobit model; second columns show t-statistics; * significant at the 1% level; ** significant at the 5% level.

Table 5.5: Generation Models (d probit)

	1st generation model		2nd generation model		
age	0.0091	5.6	0.0101	3.98	*
age2	-0.0001	-5.2	-0.0001	-3.16	*
male	0.0206	4.54	0.0342	4.61	*
married			0.0126	1.61	
(nationality dummies; base: Turkish)					
greek	0.0990	7.99	0.0670	4.12	*
italian	0.0824	8.04	0.0184	1.53	
fyr	-0.0121	-1.70	-0.0141	-1.07	
austrian	0.0546	3.99	0.0224	1.11	
weur	0.0436	4.73	0.0118	0.97	
eeur	-0.0226	-2.53	-0.0159	-0.51	
african	0.0005	0.03	0.0033	0.08	
americas	0.0309	2.12	0.0462	1.41	
mid east	0.0514	3.71	0.0052	0.11	
asian	0.0074	0.55	0.0274	0.47	
(career education dummies; base: no education)					
trade	0.0354	6.59	0.0110	1.41	
master	0.1465	8.87	0.0478	2.08	**
uni	0.1173	11.32	0.0463	2.31	**
(state dummies used: yes / no)					
state	no		no		
# obs.	10806		2485		
r2	0.0918		0.154		

Notes: coefficients in first column of each model are percent changes for one unit increase in independent variable or for dummy moving from 0 to 1, see Stata dprobit model; second columns show t-statistics; * significant at the 1% level; ** significant at the 5% level.

A whole list of socioeconomic factors affects the self-employment propensity. This is no exception for foreigners. However, the extent to which these individual factors influence the likelihood of being self-employed varies considerably. In addition to the standard variables of age, gender, marital status, household size, education, and location, foreigners also have nationality and immigration variables. Years-since-migration or immigrant generation have significant positive effects on self-employment probabilities. Ethnic preferences, values, and beliefs are reflected in the nationality variable, also with significant effects. However, the size and direction of the effect, whether positive or negative, depends on the nationality.

Beyond the socioeconomic factors, the decision to become self-employed is indirectly based on beliefs and values. These values control how much utility is assigned to specific components of employment. Two people with the same values facing the same decision

are expected to make the same choice. If two people choose differently, it is either because they face different alternatives or they have different values. Because we examine aggregated nationality groups, we eliminate some of the minute variations in values that may occur on the individual level. Germans as natives and as the largest group, represent the values that must be assimilated. Therefore, we expect those groups of foreigners who are assimilated to show similar self-employment propensities to the Germans.

Immigrants from Greece, Italy, and Austria and, to a lesser extent, Western Europe, the Americas, and the Middle East, show stronger propensities towards self-employment than the Germans. Only their less beneficial socioeconomic characteristics keep their self-employment rates from being even further above the Germans'. Other nationalities have lower self-employment rates not just because of the socioeconomic characteristics but also because of a lower inclination to become self-employed. The most striking examples are immigrants from the Former Yugoslav Republic and from Turkey. Nationality clearly plays a role in the likelihood of being self-employed.

There is evidence of segregation by branches. Natives and foreigners are rarely self-employed in the same branches. An explanation may be lower barriers to entry for the branches chosen by immigrants. In addition, concentrations may be due to social networks. If a nationality group is predominant in certain economic sectors, then social networks reinforce the concentration when contact to other nationalities is limited.

Is the self-employment of foreigners comparable in quality to that of natives? The answer from our examination is not completely clear. There is some evidence of lower-quality self-employment, in terms of income and business size. However, there is an equal amount of evidence that speaks to similar quality, with high income potential and one or more employees. In addition, we can see that wage and salary employment for many foreigners may actually be of a lower quality (lower, smaller income range). This would increase the benefits of exploring entrepreneurial activities for foreigners. The two poles of entrepreneurial quality may correspond to the extremes of completely unassimilated to fully assimilated immigrants in Germany.

In which direction does assimilation impact the choice to become self-employed? It appears that the propensity generally increases with assimilation. This preserves differences in rates across nationalities. However, the effects of the nationality factor are less pronounced in the second generation and in some models are no longer significant. Years-since-migration has a similar effect, only slightly decreasing nationality differences while increasing the likelihood of self-employment overall. In the aggregate, increasing self-employment with assimilation may, in part, reflect the assimilation effects of low-self-employment nationalities, which also make up the largest foreign populations in Germany.

We find that foreigners' socioeconomic characteristics, especially the younger age profile, should cause self-employment rates for foreigners to be lower than for Germans. It appears that the cultural factor offsets these socioeconomic effects for certain nationalities, leading to self-employment rates above the Germans. For other immigrant nationalities, these cultural factors cause even lower self-employment propensities than are explained by socioeconomic differences alone.

It appears that self-employment can be a positive contributor to and indicator of assimilation. With this in mind, the German government could further its stated goals of integrating foreigners by promoting high-quality self-employment.

6.1 Points for Future Study

While the paper did rule out that foreign self-employment is always inferior to German self-employment, a few questions remain unanswered. Are self-employment rates high despite the existence of low-quality jobs because immigrants, in general, have not assimilated? In other words, it is possible that self-employment rates may be higher because unassimilated foreigners are willing to exploit even low-quality entrepreneurial opportunities. The correlation between job quality and assimilation is not completely clear because assimilation is manifest to varying degrees. In a future study it would be necessary to examine the nationality and immigration characteristics of those at the two quality poles. A two-step model of self-employment selection and income may be possible.

Branch choice is another issue which should be explored in more detail in future studies. Specifically, it would be useful to see more evidence of the branch choices, including quality measurements, made by the second generation. Unfortunately, our data contain too few observations on the second-generation to be able to produce reliable descriptions of the details. Additional survey evidence or over-sampling of the second generation could fill the data gap.

Finally, it would be useful to have information about survival rates of the self-employed. Are foreigners' businesses more likely to fail than Germans'? It would also be helpful to find out if nationality and immigrant factors play a greater role in business failures than the more universal factors. Beyond survival information, exploring the longer-term effects of the self-employment experience in improving labor market prospects would be of interest. Low-quality self-employment may just be the entry point, leading to high-quality self-employment later. Alternatively, self-employment may just be temporary, developing skills and experience which may improve the prospects in the wage and salary sector. This type of analysis would point to evidence that quality is a dynamic variable. A detailed time series would be necessary to explore these questions.

The empirical analysis combined with the theoretical perspective provided by this study would be beneficial to any further examinations of self-employment and assimilation in Germany.

Korrespondenzadresse

*Carsten Baumann, Researcher
OMNI Research and Training, Inc.
OMNI Institute
104 Broadway, Suite 500
Denver, CO 80203-3972; USA
cbaumann@omni.org*

References

- Acs, Z. J./Audretsch, D. B./Evans, D. S., 1994: Why does the self-employment rate vary across countries and over time? Centre for Economic Policy Research, Discussion Paper No. 871. London: CEPR.
- Ando, F., 1988: Capital issues and the minority owned business. Review of Black Political Economy, Fall: 77-109.
- Balkin, S., 1989: Self-employment for low-income people. New York: Praeger.
- Baumann, C., 1998: Entrepreneurship among foreigners in Germany: Evidence of assimilation? Master's Thesis. Universität Mannheim.
- Birch, D., 1979: The job generation process: Massachusetts Institute of Technology study on neighborhood and regional change. Cambridge, MA: MIT Press.
- Blanchflower, D./Oswald, A., 1990: What makes a young entrepreneur? National Bureau of Economic Research, Working Paper 3252. Cambridge, MA: NBER.
- Blanchflower, D./Oswald, A., 1991: Self-employment and Mrs. Thatcher's enterprise culture. Centre for Economic Performance, Discussion Paper No. 30. London: CEP.
- Blanchflower, D./Oswald, A., 1998: What makes an entrepreneur? Journal of Labor Economics, 16(1): 26-60.
- Borjas, G., 1986: The self-employment experience of immigrants. National Bureau of Economic Research, Working Paper 1942. Cambridge, MA: NBER.
- Borjas, G., 1991: Ethnic capital and intergenerational mobility. National Bureau of Economic Research, Working Paper 3788. Cambridge, MA: NBER.
- Borjas, G./Bronars, S., 1988: Consumer discrimination and self-employment. National Bureau of Economic Research, Working Paper 2627. Cambridge, MA: NBER.

- Börsch-Supan, A./Pfeiffer, F., 1992: Determinanten der Selbständigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Pp. 257-287 in: R. Hujer, H. Schneider/W. Zapf (Eds.), Herausforderungen an den Wohlfahrtsstaat im strukturellen Wandel. Frankfurt/M.: Campus.
- Carrington, W. J./McCue, K./Pierce, B., 1996: The role of employer/employee interactions in labor market cycles: Evidence from the self-employed. *Journal of Labor Economics*, 14(4): 571-603.
- Cornelsen, C., 1990: Erwerbstätigkeit von Ausländern 1988. *Wirtschaft und Statistik*, 2: 85-94.
- Esser, H., 1980: Aspekte der Wanderungssoziologie: Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse. Darmstadt: Luchterhand.
- Esser, H., 1989: Gastarbeiter. Pp. 327-361 in: W. Benz (Ed.), *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Band 2: Wirtschaft. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch.
- Esser, H./Gaugler, E./Neumann, K.-H., 1979: *Arbeitsmigration und Integration: Sozialwissenschaftliche Grundlagen*. Königstein/Ts.: P. Hanstein.
- Esser, H./Grohmann, H./Müller, W./Schäffer, K. A., 1989: *Mikrozensus im Wandel: Untersuchungen und Empfehlungen zur inhaltlichen und methodischen Gestaltung*. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Evans, D. S./Jovanovic, B., 1989: An estimated model of entrepreneurial choice under liquidity constraints. *Journal of Political Economy*, 97: 808-827.
- Evans, D. S./Leighton, L. S., 1989: Some empirical aspects of entrepreneurship. *American Economic Review*, 79: 519-535.
- Goldberg, A., 1996: Unternehmensgründungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland. Pp. 47-80 in: F. Sen/A. Goldberg (Eds.), *Türken als Unternehmer: Eine Gesamtdarstellung und Ergebnisse neuerer Untersuchungen*. Opladen: Leske & Budrich.
- Heckmann, F., 1981: *Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Heckmann, F., 1995: Is there a migration policy in Germany? Pp. 157-172 in: F. Heckmann/W. Bosswick (Eds.), *Migration policies: A comparative perspective*. Stuttgart: Enke.
- Hofstede, G., 1989: Sozialisation am Arbeitsplatz aus kulturvergleichender Sicht. Pp. 156-174 in: G. Trommsdorff (Ed.), *Sozialisation im Kulturvergleich*. Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Meyer, B. D., 1990: *Why are there so few black entrepreneurs?* National Bureau of Economic Research, Working Paper 3537. Cambridge, MA: NBER.
- Organization for Economic Cooperation and Development, 1988a: *Women's activity, employment and earnings: A review of recent developments*. OECD Employment Outlook: 129-172.

Organization for Economic Cooperation and Development, 1988b: Technical Annex Note B: Measures of dissimilarity in employment patterns by sex. OECD Employment Outlook: 208-211.

Organization for Economic Cooperation and Development, 1992: Recent developments in self-employment. OECD Employment Outlook: 155-194.

Stata Statistical Software: Release 5.0, 1997. College Station, TX: Stata Corporation.

Pfeiffer, F., 1994: Selbständige und abhängige Erwerbstätigkeit. Arbeitsmarkt- und industrieökonomische Perspektiven. Frankfurt/Main: Campus.

Statistisches Bundesamt, 1995: Statistisches Jahrbuch für das Ausland, 1995. Stuttgart: Metzler-Poeschel.

Steiner, V./Velling, J., 1994: Re-migration behavior and expected duration of stay of guest workers in Germany. Pp. 101-119 in: G. Steinmann/R. E. Ulrich (Eds.), The economic consequences of immigration to Germany. Heidelberg: Physica.

Taylor, M. P., 1996: Earnings, independence or unemployment: Why become self-employed? Oxford Bulletin of Economics and Statistics, 58(2): 235-265.

Ulrich, R. E., 1994: Foreigners and the social insurance system in Germany. Pp. 61-79 in: G. Steinmann/R. E. Ulrich (Eds.), The economic consequences of immigration to Germany. Heidelberg: Physica.

Velling, J., 1995: Immigration und Arbeitsmarkt: Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden: Nomos.

BILDUNGSCHANCEN VON JUGENDLICHEN IN OST- UND WESTDEUTSCHLAND

SUSANNE VON BELOW

Im Rahmen dieser Untersuchung wird der Fragestellung nachgegangen, inwieweit die in den 60er Jahren festgestellten Merkmale für ungleiche Chancen im Bildungssystem (Vaterberuf, Geschlecht, Region) noch heute Gültigkeit haben. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern gelegt, da diese die seit den 60er Jahren (bzw. in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung) erfolgten Bildungsreformen in unterschiedlicher Weise umgesetzt haben. Indikator für die Bildungschancen ist die Bildungsdichte der 16- bis 19jährigen, also der Anteil von Schülern und Studierenden an dieser Altersgruppe.

Folgende Ergebnisse werden festgestellt: Insgesamt hat die Bildungsdichte stark zugenommen; Mädchen haben die Jungen überholt und weisen eine durchgehend höhere Bildungsdichte auf, insbesondere in den neuen Bundesländern. Kinder von Arbeitern und gering Qualifizierten sowie wenig Gebildeten sind auch heute noch deutlich unterrepräsentiert. Diese Benachteiligung betrifft insbesondere Jungen und diese besonders stark in Bundesländern mit konservativer Bildungspolitik. Für Nicht-Arbeiterkinder und Jugendliche mit höher gebildeten Haushaltsbezugspersonen spielt die Bildungspolitik des jeweiligen Bundeslandes eine geringere Rolle. Seit den 60er Jahren haben sich also viele Veränderungen ergeben; dennoch bestehen deutliche Unterschiede zwischen Jugendlichen verschiedener sozialer und regionaler Herkunft.

Analyses in this paper concentrate on how strongly aspects that were found to be influential for participation in the educational system in the sixties (parents' occupational status, gender, region) are still effective today. Special attention is given to the differences between the Laender as these have a certain sovereignty over their educational system and have implemented educational reforms very differently since the sixties (or rather since unification in the New Laender). Chances of youths within the educational system are measured by the „educational density“ in a certain region, i.e. the percentage of 16-19 year-olds who attend schools or universities among all 16-19 year-olds.

The findings are the following: All in all, educational density has risen strongly; girls have overtaken boys and have a higher participation in the educational system, which is especially the case in the New Laender. Children of blue-collar workers and of lower qualified and less educated persons are still greatly underrepresented today. This disadvantage is especially true for boys, and for them especially in Laender with conservative educational policies. For children of persons with other occupational status than blue-collar-worker and for youths with better educated heads of households, the educational policies of the respective Land do not have such a strong influence. Thus, since the sixties, many changes have taken place; yet there still are considerable differences between youths of different social and regional backgrounds.

1. Einführung

Im allgemeinen werden materieller Wohlstand, Macht, Prestige und Bildung als Hauptdimensionen sozialer Ungleichheit angesehen; insbesondere Bildung spielt eine herausragende Rolle: "Über umfassendere oder geringere Bildung zu verfügen, hat heute im Hinblick auf nahezu alle angestrebten 'Werte' und Zielvorstellungen (...) kaum zu überschätzende Auswirkungen" (Hradil 1999: 27). Das Bildungssystem als Instanz der Wissensvermittlung und der Messung und Zertifizierung von Leistungen hat also einen entscheidenden Einfluß auf die soziale Platzierung seiner Absolventen - je höher der erreichte Abschluß, desto größer die Chancen bezüglich des erwünschten Ausbildungs- oder Studienplatzes und damit im allgemeinen auch bezüglich der späteren beruflichen Position; nach wie vor ist also das Bildungswesen eine Institution sozialer Selektion (vgl. Müller/Mayer 1976).

Das in der DDR geltende, für alle Kinder und Jugendlichen und in allen Regionen einheitliche Bildungssystem wurde nach der deutschen Einheit durch je nach Bundesland unterschiedliche Systeme mit verschiedenen Schularten abgelöst. Während das DDR-Bildungssystem die Einbeziehung aller Jugendlichen bis zum Ende der 10. Klasse angestrebt und den Zugang zur weiterführenden Bildung danach stark eingeschränkt hatte, findet derzeit in den neuen Bundesländern eine deutliche Aufteilung von Jugendlichen auf verschiedene Ebenen des Bildungssystems statt (vgl. v. Below 1997). Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die je nach Bundesland unterschiedliche Bildungspolitik (vgl. v. Below 1999). Auch in den alten Bundesländern gibt es z.T. verschiedene Angebote und Schulformen im allgemeinbildenden Bildungssystem, die überwiegend auf jeweils unterschiedliche Bildungspolitik zurückzuführen sind. Hier hat es jedoch in den vergangenen Jahrzehnten eine Reihe verschiedenster Maßnahmen gegeben, die z.T. auch wieder zurückgenommen oder modifiziert wurden (vgl. Anweiler

u.a. 1992). Die Entstehung und Begründung von Unterschieden ist also nicht so kurzfristig und einfach zu erklären, wie dies in den neuen Bundesländern der Fall ist.

In dem folgenden Beitrag soll anhand von Berechnungen mit dem Mikrozensus 1995 aufgezeigt werden, wie sich die regionalen Ungleichheiten der Bildungschancen von Jugendlichen in den neuen und alten Bundesländern heute darstellen. Dabei wird insbesondere der von Peisert 1967 eingeführte Indikator der Bildungsdichte verwendet, der den Anteil der Schüler oder Studierenden an einer Altersgruppe in einer bestimmten Region bezeichnet. Außerdem ist es anhand des Mikrozensus möglich, auf der Individualebene Aussagen über im Bildungssystem verbleibende Schüler und/oder Studierende zu treffen.

Folgenden Fragen soll dabei nachgegangen werden:

- Wie unterscheidet sich die Bildungsdichte der 16- bis 19jährigen in den neuen und alten Bundesländern insgesamt und nach Geschlecht?
- Welche Merkmale treten bei den im Bildungssystem verbleibenden Schülern und Studierenden auf (schulische und berufliche Bildung der Eltern, Geschlecht und Bundesland)?
- Ist der Einfluß der sozialen Herkunft auf die Bildungsbeteiligung in einigen der Bundesländer stärker als in anderen?
- Welche Schlußfolgerungen lassen sich daraus für die Bildungschancen von Jugendlichen in den einzelnen Bundesländern ziehen?

1.1 „Das katholische Arbeitermädchel vom Lande“ - Zur Diskussion über Bildungschancen

Die Ungleichheit der Bildung und der Bildungschancen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen ist seit den 60er Jahren eines der am meisten untersuchten Gebiete in der Ungleichheitsforschung. Damals wurde mit der Diskussion um die internationale Konkurrenzfähigkeit, die sich an den Schlagworten „Ausschöpfung der Begabungsressourcen“ (Halsey 1961) und „deutsche Bildungskatastrophe“ (Picht 1964) festmachen läßt, die Thematisierung der ungleichen Bildungschancen verschiedener Bevölkerungsgruppen - „Bildung als Bürgerrecht“ (Dahrendorf 1966) - eingeleitet. Bei einer sehr kleinräumig differenzierten Auswertung der Volkszählung 1961 kam Peisert zu folgendem Schluß: „(1.) katholische (2.) Mädchen haben in den (3.) bayerischen (4.) Landkreisen mit (5.) überwiegend katholischem Bevölkerungsanteil vergleichsweise besonders geringe Chancen für eine weiterführende Ausbildung“ (1967: 99). Das berühmte „katholische Arbeitermädchel vom Lande“ als populärer Inbegriff des besonders benachteiligten Kindes wurde daraus abgeleitet. Die daraufhin eingeleiteten Bildungsreformen in Deutschland haben zu einer insgesamt deutlichen Ausweitung der Bildungsbeteiligung Jugendlicher aus allen sozialen Schichten geführt. Insbesondere Mädchen haben den Rückstand gegenüber den

Jungen aufgeholt. In neueren Untersuchungen wird jedoch kontrovers diskutiert, ob die herkunftsspezifischen Unterschiede der Bildungschancen von Jugendlichen weiter bestehen, sich verringert oder sogar vertieft haben (vgl. z.B. Blossfeld 1993, Müller/Haun 1994). Diese Aussagen beziehen sich jedoch aufgrund der im allgemeinen verfügbaren Fallzahlen nur auf die Ebene der alten oder neuen Bundesländer, es können also keine Aussagen für einzelne Bundesländer getroffen werden. Diese Analyse auf der Länderebene ist jedoch von besonderer Bedeutung, da die Bildungspolitik unter die Kulturhoheit der Länder fällt. Im Rahmen des Mikrozensus stehen so viele Fälle zur Verfügung, daß die Bildungschancen von Jugendlichen nach Geschlecht und sozialer Herkunft durchaus auf der Ebene der einzelnen Bundesländer untersucht werden können. Es können also, wie im folgenden gezeigt werden soll, auch regionale Unterschiede innerhalb der neuen und alten Bundesländer festgestellt werden.

1.2 Verwendete Indikatoren und empirische Vorgehensweise

Zur Untersuchung der Fragestellung soll, wie oben erwähnt, der Indikator der "Bildungsdichte" herangezogen werden, der erstmals von Peisert (1967) verwendet wurde. Peisert bezeichnete damit den Anteil der 16- bis 19jährigen Jugendlichen, die sich noch im Bildungssystem befinden, an allen Jugendlichen dieser Altersgruppe. Diese Altersgruppe hat die Pflichtschulzeit hinter sich, der Verbleib im Bildungssystem als Schüler oder Studierende beruht im allgemeinen auf einer freiwilligen Entscheidung der Eltern und/oder der Jugendlichen selbst¹. In diesen Indikator fließen alle Schüler und Schülerinnen bzw. Studierende dieser Altersgruppe ein, unabhängig davon, ob sie sich an einer allgemeinbildenden Schule oder z.B. an Schulen des Gesundheitswesens o.ä. befinden. Außerdem wird dadurch nur festgestellt, ob sich jemand noch im Bildungssystem befindet; eine Aussage über das Niveau der Bildung wird damit nicht getroffen (so wird z.B. jemand, der im Alter von 18 Jahren studiert, genauso berücksichtigt wie jemand, der mit 18 Jahren die 9. Klasse der Hauptschule besucht). Die Bildungsdichte ist also nur mit gewissen Einschränkungen zum Vergleich von „Chancen“ von Jugendlichen zu verwenden.

Bei der Analyse werden die folgenden Variablen aus dem Mikrozensus verwendet²:

1 Die Freiwilligkeit bezieht sich in diesem Fall natürlich nur auf das Nichtvorhandensein staatlicher Vorschriften und sagt nichts aus über die finanziellen oder anderen Zwänge, die bei einer solchen Entscheidung mit Sicherheit eine Rolle spielen.

2 Hierzu sind folgende Besonderheiten anzumerken: Familien- und Haushaltsbezugspersonen müssen nicht identisch sein - in einem Haushalt kann es mehrere Familien geben. Außerdem ist die Haushaltsbezugsperson die von den Befragten als solche genannte (die wohl überwiegend männlich ist, aber auch, je nach Einschätzung der Befragten, weiblich sein kann); die Familienbezugsperson wird durch das Statistische Bundesamt definiert und ist nur dann eine Frau, wenn es in der Familie keinen Mann gibt. Die Angaben zur allgemeinen und beruflichen Bildung sind freiwillig. Bei den

- die Angabe, um welchen Personentyp es sich handelt - relevant ist hier die Angabe "Schüler und Studenten, 15 Jahre und älter, ohne Erwerbstätigkeit",
- die Stellung im Beruf der Familienbezugsperson,
- der höchste allgemeinbildende Schulabschluß sowie
- der letzte berufliche Ausbildungsabschluß der Haushaltsbezugsperson.

Die Daten werden ungewichtet und nicht auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet dargestellt. Aussagen beziehen sich also nur auf die in der repräsentativen Auswahl enthaltenen Personen. Angaben zur Nationalität der befragten Personen wurden bei dieser Untersuchung aufgrund der geringen Anteile von Befragten nicht-deutscher Nationalität in den neuen Bundesländern vernachlässigt. Es sind also Deutsche und Ausländer in der Grundgesamtheit enthalten³.

Nach der Darstellung der Bildungsdichte von Jugendlichen in den einzelnen Bundesländern folgt eine Analyse der Odds Ratios verschiedener Herkunftsgruppen. „Odds“ bezeichnet das Verhältnis der Jugendlichen, die sich noch im Schulsystem befinden, zu den Jugendlichen, die nicht mehr Schüler oder Studierende sind; „Odds Ratios“ sind die Odds der jeweils anderen Gruppen im Verhältnis zu den Odds einer Referenzgruppe. Hier wurde als Referenzgruppe die jeweils niedrigste Gruppe gewählt. Wenn sich also beispielsweise von 100 Mädchen und 100 Jungen 60 Mädchen und 50 Jungen noch im Bildungssystem befinden, sind die Odds der Mädchen 60:40, also 1,5, die der Jungen 50:50, also 1. Die Odds Ratio der Mädchen im Vergleich zu den Jungen ist 1,5/1. Mädchen haben in diesem Beispiel anderthalb mal so große Chancen, sich im Bildungssystem zu befinden, wie Jungen. Die Werte werden logarithmiert dargestellt.

1.3 Die Schulsysteme der Bundesländer - ein Überblick

Die Schulsysteme in den einzelnen Bundesländern im einzelnen darzustellen oder gar die verschiedenen Entwicklungen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten aufzuführen, würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Deshalb soll im folgenden nur kursorisch

Haushalten der 16- bis 19jährigen gab es Ausfälle, die zusammen mit den Angaben „trifft nicht zu“ fehlende Werte im Westen von 6,6% und 9,9% (letzter beruflicher und höchster allgemeinbildender Ausbildungsabschluß) und 4,1% im Osten (beide) ergaben. Bei den Angaben zur Stellung im Beruf, deren Beantwortung Pflicht ist, traten fehlende Angaben oder „trifft nicht zu“ im Westen von 7,8% und im Osten von 4,7 % auf. Die Angaben wurden ohne Gewichtung verwertet.

3 Für die neuen Bundesländer sind die empirischen Ergebnisse für deutsche Befragte wegen der geringen Ausländeranteile praktisch wie hier für deutsche und ausländische Befragte dargestellt. Für die alten Bundesländer ist die Bildungsdichte der deutschen Bevölkerung höher als unter Miteinbeziehung ausländischer Befragter, da Kinder von Ausländern nicht so lange im Bildungssystem bleiben wie deutsche (vgl. den Betrag von Dinkel/Luy/Lebok in diesem Band).

auf die Grundzüge der Bildungssysteme eingegangen werden. Für weitere Einzelheiten und Details sei auf Mitter (1990) verwiesen.

In den alten Bundesländern galt in den 50er und 60er Jahren das dreigliedrige allgemeinbildende Sekundarschulwesen mit den Zweigen Hauptschule (auf eine praktische Berufsausbildung im „dualen System“ ausgerichtet), Realschule (zum ausgebauten und spezialisierten Fachschulbereich hin) und Gymnasium (auf die Universität vorbereitend), auf das die Kinder nach einer einheitlichen vierjährigen Grundschule aufgeteilt wurden (nur in West-Berlin gab es eine sechsjährige Grundschule). Im Verlauf der o.g. Bildungsreformen wurden in einigen Ländern Gesamtschulen eingerichtet, in denen entweder die getrennten Schulformen als „Züge“ unter einem Dach vereint sind (additive oder kooperative Gesamtschulen) oder als „integrierte Gesamtschulen“, in denen die Schüler prinzipiell zwischen Kursen der verschiedenen Niveaus wechseln können. Außerdem wurde in den meisten Ländern für die Schüler der Jahrgangsstufen 5 und 6 die Orientierungsstufe eingeführt, um den Übergang zwischen Grund- und Sekundarschule fließender zu gestalten. Die praktische Umsetzung der verschiedenen Reformmaßnahmen ist jedoch in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich; so lassen sich die alten Bundesländer in drei Gruppen aufteilen: Da sind einmal diejenigen mit höchstens zwei Gesamtschulen (in Bayern gibt es inzwischen gar keine mehr) und ohne generelle Orientierungsstufe und damit die Länder mit *klassischem Bildungssystem* (Bayern und Baden-Württemberg). Daneben gibt es die Länder, in denen Gesamtschulen die gesetzliche Position von Regelschulen erlangt haben (Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie seit 1985 Saarland) und die, die eine schulartunabhängige Orientierungsstufe eingeführt haben (Bremen, Niedersachsen und Teile Hessens) und damit als die Länder mit *progressivem Bildungssystem* bezeichnet werden können, und schließlich die Länder, die dazwischen liegen und Mischformen aufweisen (Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein)⁴. Gesamtschulen werden jedoch auch in den „progressiven“ Ländern nur von vergleichsweise wenigen Schülern besucht; Gymnasien und Realschulen erfreuen sich großer Beliebtheit, was die Hauptschule in vielen Regionen zur „Restschule“ werden läßt⁵.

In den neuen Bundesländern, in denen die Schulzeit bis zum Erreichen des Abiturs wie in der DDR zwölf Jahre beträgt, hat sich Mecklenburg-Vorpommern für das *klassische Bildungssystem* entschieden (das allerdings derzeit im Zuge der neuen rot-roten Regierungspolitik verändert wird), sowie Brandenburg für eine stark an Berlin angelehnte *progres-*

⁴ Auf Einzelheiten in den verschiedenen Bundesländern, z.B. inwieweit der Elternwille oder die Empfehlung der Schule relevant ist, soll bei dieser kurzen Darstellung verzichtet werden.

⁵ Hierüber gibt es in den Ländern Diskussionen und verschiedene Lösungsversuche: So wird im Saarland die Hauptschule abgeschafft, während sie in Bayern aufgewertet werden soll.

sive *Bildungspolitik* (dort sind 13 Jahre bis zum Abitur erforderlich, es gibt jedoch keine Hauptschulen mehr); Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben neue, aus Haupt- und Realschule zusammengesetzte Schularten gegründet („Mittel-“, „Sekundar-“ oder „Regelschule“ genannt). In Sachsen-Anhalt gibt es jedoch überwiegend Haupt- und Realschulen und nur wenige Sekundarschulen (seit 1997 gibt es dort die Orientierungsstufe für die Klassen 5 und 6), während es in Sachsen nur Mittelschulen und Gymnasien gibt. In Thüringen ist die Regelschule neben dem Gymnasium die überwiegende Schulform, es gibt jedoch eine Haupt- und vier Gesamtschulen⁶. Die Bildungssysteme dieser drei Länder sollen als Mischformen betrachtet werden.

2. Empirische Befunde

2.1 Die Bildungsbeteiligung der Jugendlichen in den neuen und alten Bundesländern

Die Bildungsdichte - also der Anteil der Jugendlichen einer Altersgruppe, die sich noch im Bildungssystem befinden, an den gleichaltrigen Jugendlichen - der 16- bis 19jährigen in den einzelnen Bundesländern stellt sich folgendermaßen dar (vgl. Tabelle 1).

Die Bildungsdichte der 16- bis 19jährigen Jugendlichen in den alten Bundesländern liegt mit 60% etwas über dem Gesamtdurchschnitt (59%), aber deutlich über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer (55%)⁷. Dies liegt mit Sicherheit daran, daß die Schulzeit bis zum Erreichen des Abiturs in den neuen Bundesländern (außer in Brandenburg) bei 12 Jahren liegt, während im Westen durchgehend 13 Jahre erforderlich sind. Auffallend sind jedoch die deutlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern, in den alten wie den neuen Bundesländern. So ist die Bildungsdichte in den Stadtstaaten überwiegend höher als in den Flächenstaaten. Allein in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern liegt der Anteil der 16- bis 19jährigen Jugendlichen, die sich noch im Bildungssystem befinden, unter 50%. Beides sind diejenigen Bundesländer, die sich durch die traditionellste Bildungspolitik auszeichnen (in beiden gibt es das traditionelle dreigliedrige Schulsystem im Anschluß an die vierte Klasse, es sind praktisch keine Gesamtschulen vorhanden). Dagegen ist die Bildungsbeteiligung in den Ländern mit der „progressiven“ Bildungspolitik, also Nordrhein-Westfalen im Westen und Brandenburg im Osten, besonders hoch. Die Spannweite ist in den alten Bundesländern jedoch mit 27%-Punkten deutlich höher als in den neuen (allerdings war zu DDR-Zeiten die

⁶ Nähere Angaben zu den Bildungssystemen der neuen Bundesländer in Hörner 1995 und Weisshaupt/Zedler 1994.

⁷ Berlin wird nur im Gesamtdurchschnitt berücksichtigt, jedoch weder zu den alten noch den neuen Bundesländern gezählt.

Bildungsdichte auf einem niedrigeren Niveau praktisch in allen neuen Bundesländern gleich hoch und die Unterschiede haben sich in kurzer Zeit relativ deutlich herausgebildet, so daß eine weitere Spreizung in der Zukunft eher wahrscheinlich ist, vgl. v. Below 1997, 1999).

Tabelle 1: Die Bildungsdichte der 16- bis 19jährigen in der Bundesrepublik Deutschland, in den alten und neuen Bundesländern und den einzelnen Bundesländern

Region	16-19 Jahre gesamt	männlich	weiblich	Differenz weib- lich-männlich
Bundesrepublik gesamt	58,9	55,2	62,8	+7,6
Alte Bundesländer gesamt	59,6	56,6	62,8	+6,2
Schleswig-Holstein	57,1	52,4	62,2	+9,8
Hamburg	66,6	63,9	69,4	+5,5
Niedersachsen	65,1	61,4	69,1	+7,7
Bremen	72,2	72,2	72,3	+0,1
Nordrhein-Westfalen	66,6	63,3	70,1	+6,8
Hessen	62,9	61,7	64,2	+2,5
Rheinland-Pfalz	55,8	50,4	61,5	+11,1
Baden-Württemberg	59,7	57,8	61,9	+4,1
Bayern	45,2	42,1	48,5	+6,4
Saarland	59,9	56,9	63,9	+7,0
Neue Bundesländer gesamt	55,3	49,5	61,7	+12,2
Brandenburg	63,7	60,5	67,7	+7,2
Mecklenburg-Vorpommern	46,7	40,9	52,8	+11,9
Sachsen	54,3	47,9	61,6	+13,7
Sachsen-Anhalt	52,9	47,9	57,6	+9,7
Thüringen	57,9	48,8	67,2	+18,4

Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

Zur Überprüfung, welche Bevölkerungsgruppen heute besonders benachteiligt sind - sind dies noch die Arbeitermädels vom Lande? - wird im folgenden die Bildungsdichte nach verschiedenen Merkmalen untersucht.

Die Differenzierung der Bildungsdichte der 16- bis 19jährigen nach Geschlecht (s.o.) zeigt, daß die Mädchen in allen westlichen Bundesländern außer in Bremen (dort ist die Bildungsbeteiligung von Jungen und Mädchen praktisch gleich) die Jungen überholt haben. Besonders deutlich ist der Vorsprung der Mädchen vor den Jungen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, aber auch in Niedersachsen, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen.

Zu berücksichtigen ist hier jedoch auch, daß in den Indikator der Bildungsdichte alle Schülerinnen und Schüler und Studierenden eingehen, nicht nur diejenigen, die sich an allgemeinbildenden Schulen befinden. Es werden auch Schüler an Fachschulen z.B. des Gesundheitswesens miteinbezogen, die zu größeren Teilen Mädchen sind. Der Anteil der Mädchen wird hier also wahrscheinlich ein wenig überschätzt.

In den neuen Bundesländern und Berlin sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern noch deutlicher als in den alten Bundesländern, Mädchen haben insbesondere in Thüringen und Sachsen einen deutlichen Vorsprung. Dies liegt zum einen sicherlich an der Tradition der DDR, in der die Mädchen zu deutlich höheren Anteilen länger Schulen (auch DDR-Fachschulen) besuchten, außerdem wirkt sich hier wohl auch die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation⁸ aus, in der es sich für Mädchen anbietet, Wartezeiten zur Weiterqualifikation zu nutzen.

2.2 Einfluß von Faktoren sozialer Herkunft

Angeht die deutlich unterschiedlichen Bildungsdichte der 16- bis 19jährigen Jugendlichen in den verschiedenen Bundesländern stellt sich die Frage, ob die in den 60er Jahren festgestellten Merkmale der sozialen Herkunft weiterhin einen Zusammenhang mit den unterschiedlichen Bildungschancen aufweisen. Dies soll anhand des Berufs der Familienbezugsperson, der schulischen Bildung sowie der beruflichen Bildung der Haushaltsbezugsperson untersucht werden.

Bei einer Aufgliederung der Bildungsdichte der Jugendlichen nach der *beruflichen Stellung der Familienbezugsperson*⁹ (vgl. Tabelle 2) ergibt sich, daß in praktisch allen alten Bundesländern die Arbeiterkinder den geringsten Anteil der im Bildungssystem Verbliebenen aufweisen.

Die Bildungsdichte der Arbeiterkinder liegt zwischen 33% in Bayern und 66% in Bremen, die Spannweite beträgt also mehr als 30%-Punkte, während die Bildungsdichte der

⁸ Der Frauenanteil an den Auszubildenden lag in der DDR bei 42%, betrug 1989 41% und ging über 38% im Jahr 1990 bis 1993 auf 30% zurück (vgl. Schiersmann 1994: 225 und Mersmann 1995: 21). Die Arbeitslosenquote von Frauen lag in den neuen Bundesländern von 1992 bis 1995, dem Zeitpunkt der Datenerhebung des hier zugrundeliegenden Mikrozensus, im Jahresdurchschnitt etwa doppelt so hoch wie die von Männern, nämlich zwischen 19,3% (1995; Männer: 10,7%) und 21,5% (1994; Männer: 10,9%) (vgl. Bundesanstalt für Arbeit 1999).

⁹ Wegen des Rückgriffs auf die in den 60er Jahren im Zusammenhang mit unterschiedlichen Bildungschancen festgestellten Merkmale und zur besseren Vergleichbarkeit werden auch hier die einfachen Kategorien der beruflichen Stellung (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige) verwendet, obwohl sie in der aktuellen soziologischen Diskussion in dieser Form als zu wenig aussagekräftig gelten.

Beamtenkinder zwischen 63% und 83% schwankt. Außer in Bremen und Hamburg weisen in allen westlichen Bundesländern die Kinder von Beamten die höchste Bildungsdichte auf. Die Angestelltenkinder liegen jeweils dazwischen. Selbständigenkinder sind je nach Bundesland in verschiedenen Rangpositionen, was einerseits an der in den Stadtstaaten geringeren Fallzahlen, andererseits aber an der Heterogenität der Kategorie „Selbständige“ liegen dürfte¹⁰.

Tabelle 2: Die Bildungsdichte der 16- bis 19jährigen 1995 in den alten und neuen Bundesländern nach beruflicher Stellung der Familienbezugsperson in Prozent

Region	Arbeiter	Selbständige	Angestellte	Beamte
Alte Bundesländer gesamt	49,7	63,7	67,7	77,3
Bayern	33,4	47,5	55,9	64,9
Rheinland-Pfalz	45,7	62,7	63,6	77,3
Baden-Württemberg	45,9	67,4	70,8	80,5
Hessen	51,6	60,2	70,0	83,0
Schleswig-Holstein	52,9	67,9	61,3	62,9
Hamburg	53,0	87,3	72,1	(87,1)
Saarland	53,7	(77,8)	62,1	(83,3)
Niedersachsen	57,1	67,7	69,7	82,4
Nordrhein-Westfalen	59,1	72,0	73,4	82,8
Bremen	66,1	(93,8)	(76,3)	(64,7)
Neue Bundesländer gesamt	50,3	60,9	62,6	
Mecklenburg-Vorpommern	39,1	(59,2)	56,1	
Sachsen-Anhalt	48,1	(52,9)	61,0	
Sachsen	48,8	57,3	62,5	
Thüringen	56,6	63,0	60,9	
Brandenburg	58,0	72,0	71,5	

Anmerkung: Für die neuen Bundesländer sind die Fallzahlen bei den Beamten zu gering; () Zellenbesetzung kleiner 30.

Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

In allen neuen Bundesländern ergibt sich wie in den alten ein deutlich höherer Anteil der Angestelltenkinder als Arbeiterkinder, die sich noch im Bildungssystem befinden. Insgesamt sind die Abstände zwischen den Gruppen und auch innerhalb der Gruppen in den einzelnen Bundesländern nicht so hoch wie im Westen. Auffallend ist jedoch der

¹⁰ Eine weitere Ausdifferenzierung der Kategorie erschien aus Fallzahlgründen nicht sinnvoll.

deutliche Unterschied zwischen Arbeiter- und Angestelltenkindern in Mecklenburg-Vorpommern (17%-Punkte) und der sehr niedrige in Thüringen (4%-Punkte). In den anderen drei Bundesländern liegen die Unterschiede sehr ähnlich, nämlich bei ca. 14%-Punkten. Die insgesamt höhere Bildungsdichte der Jugendlichen in Brandenburg liegt - wie bei allen vorhergehenden Angaben - sicherlich auch an der im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern längeren Dauer bis zum Erreichen der Hochschulreife. Nach wie vor sind also die Unterschiede zwischen Arbeiter- und Angestellten-, sowie im Westen insbesondere auch Beamtenkindern, sehr deutlich.

Auch bei einer Betrachtung der unterschiedlichen Bildungsdichte von Jugendlichen nach *höchstem allgemeinbildenden Schulabschluß der Haushaltsbezugsperson* ergeben sich deutliche Unterschiede, sowohl zwischen den verschiedenen Herkunftsgruppen als auch zwischen den einzelnen Bundesländern.

Tabelle 3: Die Bildungsdichte der 16- bis 19jährigen 1995 in den alten und neuen Bundesländern nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluß der Haushaltsbezugsperson in Prozent

Region	Hauptschule Volksschule	Realschule POS	Fachschulreife Hochschulreife
Alte Bundesländer gesamt	50,2	64,3	84,3
Bayern	34,8	51,8	81,0
Schleswig-Holstein	46,2	58,4	80,8
Rheinland-Pfalz	47,0	58,9	89,4
Baden-Württemberg	48,9	68,8	85,7
Hessen	50,5	64,9	87,3
Saarland	52,4	73,3	75,0
Niedersachsen	55,3	72,0	84,2
Hamburg	57,4	61,0	86,5
Nordrhein-Westfalen	60,7	68,7	84,8
Bremen	(71,2)	(77,8)	(73,1)
Neue Bundesländer gesamt	42,4	53,7	72,5
Mecklenburg-Vorpommern	32,2	46,9	64,0
Sachsen-Anhalt	38,8	51,7	72,7
Sachsen	41,5	50,3	75,3
Thüringen	44,2	59,3	66,9
Brandenburg	55,1	61,3	81,1

Anmerkung: () geringe Fallzahlen.

Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

In den alten Bundesländern reicht die Spannbreite der Bildungsdichte von Haushaltsbezugspersonen mit Haupt- oder Volksschulabschluß von einem guten Drittel in Bayern bis gut 60% in Nordrhein-Westfalen (vgl. Tabelle 3). Die Kinder, deren Haushaltsbezugsperson über die (Fach-)Hochschulreife verfügen, sind im Alter von 16- bis 19 Jahren (außer im Saarland und in Bremen) noch zu über 80% im Bildungssystem vertreten. Für diese Gruppe sind die Unterschiede nach Bundesländern nicht so relevant wie für die Kinder von weniger gebildeten Haushaltsbezugspersonen.

Auch in den neuen Bundesländern unterscheidet sich die Bildungsdichte von Kindern, deren Haushaltsbezugsperson den Haupt- oder Volksschulabschluß hat, deutlich von derjenigen der höher gebildeten Herkunftsgruppen. Die Spannbreite ist hier etwas niedriger als in den alten Bundesländern, während die Anteile der Kinder aus den am höchsten gebildeten Herkunftsgruppen stärker variieren als dies in den alten Bundesländern der Fall ist. Hier spielt es also für Jugendliche aus allen Herkunfts-Bildungsgruppen eine große Rolle, in welchem Bundesland sie aufwachsen. Hervorzuheben ist hier, daß in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt die Unterschiede der Bildungsdichte vor allem zwischen den Kindern von Haushaltsbezugspersonen mit (Fach-)Abitur und den anderen beiden Gruppen bestehen (20 bis 25%-Punkte), während in Mecklenburg-Vorpommern die Abstände zwischen diesen drei Gruppen ungefähr gleich sind; allein in Thüringen ist der Abstand zwischen den unteren beiden Gruppen deutlich größer, die oberen beiden (POS-Abschluß, (Fach-)Abitur) liegen näher aneinander.

Auch hinsichtlich des *letzten beruflichen Ausbildungsabschlusses der Haushaltsbezugsperson* gibt es große Unterschiede der Bildungsbeteiligung von Jugendlichen, sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch zwischen den jeweiligen Bundesländern, bei deutlich mit der Qualifikation der Haushaltsbezugsperson ansteigenden Bildungschancen der Kinder.

So variiert in den alten Bundesländern (vgl. Tabelle 4) die Bildungsdichte der Kinder von Haushaltsbezugspersonen ohne beruflichen Ausbildungsabschluß zwischen einem guten Viertel in Bayern und mehr als der Hälfte der 16- bis 19jährigen in Niedersachsen. Auch die Kinder von Angelernten und Absolventen von Lehren sind je nach Bundesland zu deutlich unterschiedlichen Anteilen noch Schüler oder Studierende. Am geringsten ist die Abweichung der Bildungsdichte der Kinder von (Fach-)Hochschulabsolventen in den einzelnen westlichen Bundesländern, sie liegt zwischen 81% und 92%. Auch hier sind also die Unterschiede zwischen den Bundesländern, die ansonsten sehr selektiv sind, nicht mehr so bedeutsam. Wie beim allgemeinbildenden Schulabschluß spielt für die Kinder aus höhergebildeten Schichten in den alten Bundesländern das Bundesland, in dem sie aufwachsen, keine so große Rolle wie bei den Kindern aus weniger gebildeten Herkunftsfamilien.

Tabelle 4: Die Bildungsdichte der 16- bis 19jährigen 1995 in den alten Bundesländern nach letztem beruflichen Ausbildungsabschluß der Haushaltsbezugsperson in Prozent

Region	kein berufl. Ausbildungsabschluß	Lehr-/Anlernausbildg.	Meister/Techniker/Fachschule DDR	(Fach-) Hochschule
Alte Bundesländer gesamt	46,7	55,4	64,9	86,0
Bayern	28,2	40,1	51,1	81,1
Schleswig Holstein	39,6	52,9	72,5	82,7
Baden Württemberg	42,9	55,8	67,1	86,8
Hamburg	44,8	63,0	(66,7)	92,3
Rheinland-Pfalz	47,2	48,3	63,9	91,2
Hessen	51,8	56,8	69,2	87,2
Nordrhein-Westfalen	54,3	64,7	72,7	87,3
Niedersachsen	55,4	59,6	64,4	88,2
Bremen	(62,1)	75,0	(92,3)	(68,2)
Saarland	(62,8)	56,3	(68,8)	(74,2)
Neue Bundesländer gesamt	33,9	49,6	60,3	73,9
Mecklenburg-Vorpommern	(25,6)	41,9	50,8	66,7
Sachsen	(31,1)	46,8	57,7	78,0
Thüringen	(32,4)	54,7	58,6	71,9
Sachsen-Anhalt	(36,1)	47,9	57,7	70,5
Brandenburg	(43,1)	57,6	74,4	78,3

Anmerkung: () Zellenbesetzung kleiner 30.

Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

Auch in den neuen Bundesländern gibt es einen deutlichen positiven Zusammenhang zwischen beruflichem Ausbildungsabschluß und Bildungsdichte der 16- bis 19jährigen. Die Bildungsdichte der Kinder von (Fach-)Hochschulabsolventen liegt jedoch unter der in den alten Bundesländern. Die einzelnen Bundesländer unterscheiden sich für alle beruflichen Bildungsgruppen nicht so stark wie im Westen. Auffallend ist, daß in den neuen Bundesländern die Kinder von Haushaltsbezugspersonen ohne Ausbildungsabschluß eine besonders niedrige Bildungsdichte aufweisen; angesichts des niedrigen Anteils von Haushaltsbezugspersonen 16- bis 19jähriger ohne beruflichen Ausbildungsabschluß (5,2%; im Westen sind es 20,5%) zeigt sich hier, daß die Jugendlichen, deren Eltern im Rahmen der DDR-Bildungspolitik - die das Ziel einer breiten Grundbildung für alle mit Nachdruck und auch (an der niedrigen Rate ablesbar) Erfolg verfolgte - keinen beruflichen Ausbildungsabschluß erworben haben, im heutigen Bildungssystem besonders schlechte Chancen haben.

2.3 Zwischenfazit: Neue und alte Ungleichheiten

Zusammenfassend läßt sich nach dieser überblicksartigen Darstellung der Bildungsdichte von Jugendlichen nach Beruf sowie allgemeinbildender und beruflicher Bildung der Familien- bzw. Haushaltsbezugsperson folgendes feststellen:

- Es gibt in den neuen und den alten Bundesländern deutliche Unterschiede in der Bildungsdichte zwischen den Kindern aus verschiedenen Herkunftsgruppen. Die soziale Herkunft wirkt sich also unverkennbar auf die Bildungschancen von Jugendlichen aus, und zwar in allen Bundesländern.
- Die Bildungsdichte von Jugendlichen differiert stark zwischen den einzelnen Bundesländern. Die Reihenfolge der Bundesländer ist nicht für alle drei gewählten Indikatoren exakt die gleiche. Es lassen sich jedoch folgende Gruppen von Bundesländern unterscheiden:

- In den alten Bundesländern:

Bayern (weist immer die niedrigste Bildungsdichte auf), *Rheinland-Pfalz* und *Baden-Württemberg*, die für die jeweils „niedrigste“ Herkunftsgruppe die geringste Bildungsdichte aufweisen.

Nordrhein-Westfalen und *Niedersachsen*, die eine vergleichsweise hohe Bildungsdichte für die jeweils niedrigste Herkunftsgruppe aufweisen.

Hessen, das für die genannten Merkmale eher in der Mitte liegt.

- In den neuen Bundesländern:

In *Mecklenburg-Vorpommern* ist die Bildungsdichte von Arbeiterkindern und von Jugendlichen aus geringer qualifizierten Haushalten immer am niedrigsten.

Brandenburg weist insgesamt durchgehend das höchste Niveau der Bildungsdichte auf (auch aufgrund der längeren Schulzeit bis zum Abitur), jedoch auch deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Herkunftsgruppen.

In *Thüringen* sind die Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen am geringsten.

Diese Ergebnisse bestätigen mit Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern, daß eine traditionelle Bildungspolitik, in der relativ früh die Wahl des Schulzweigs erfolgt, die Bildungsbeteiligung insgesamt reduziert und die Chancen von Jugendlichen aus weniger bildungsnahen Herkunftsfamilien relativ gering sind, während andererseits die progressive Bildungspolitik Nordrhein-Westfalens, die verhältnismäßig lange die Möglichkeit eines Wechsels zwischen den verschiedenen Schulzweigen offen läßt, die Chancen benachteiligter Gruppen deutlich erhöht. Hessen und Brandenburg sind Beispiele dafür, daß eine insgesamt höhere Bildungsdichte, die sicherlich auch durch bildungspolitische Maßnahmen erzielt wurde, nicht automatisch einhergeht mit höheren Chancen für traditionell benachteiligte Gruppen. In Niedersachsen und insbe-

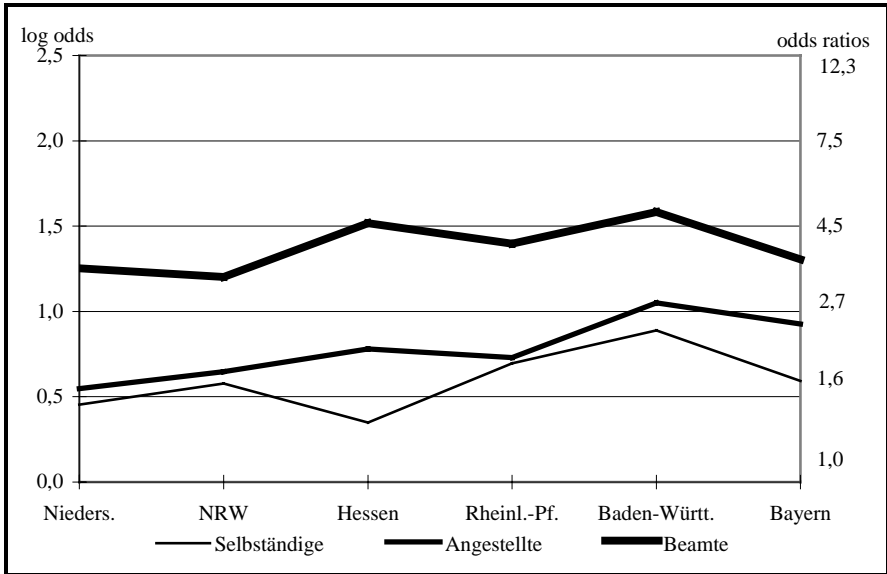
sondere in Thüringen läßt sich die relativ geringe Ungleichheit nicht in dem Maße mit bildungspolitischen Maßnahmen erklären (so unterscheiden sich z.B. die Bildungssysteme in Thüringen und Sachsen - außer dem früheren Beginn der Oberstufe in Thüringen - nicht grundlegend). Hier kommen sicherlich - wie in allen anderen Bundesländern auch - spezifische regionale Gegebenheiten zum Tragen, die nicht in direktem Zusammenhang mit der Bildungspolitik stehen.

In den alten Bundesländern läßt sich dabei für die Jugendlichen aus den „höheren“ Herkunftsgruppen eine geringere Streubreite feststellen als für die aus „niedrigeren“ Berufs- bzw. Bildungsgruppen. Für Kinder aus Familien bzw. Haushalten mit höherer beruflicher Stellung bzw. höherer allgemeiner und beruflicher Bildung spielt die Ungleichheit zwischen den einzelnen Bundesländern eine geringere Rolle. Die Ungleichheit zwischen den alten Bundesländern wirkt sich also insbesondere für die Arbeiterkinder und bildungsfernere Herkunftsgruppen aus. Dies ist in den neuen Bundesländern nicht im selben Maß der Fall.

2.4 Die Bildungsbeteiligung in Abhängigkeit von Geschlecht und sozialer Herkunft

Nach der Darstellung der Unterschiede der Bildungsdichte von 16- bis 19jährigen Jugendlichen in den einzelnen Bundesländern soll im folgenden auf die unterschiedlichen Chancen innerhalb der einzelnen Bundesländer, auch unter Einbeziehung des Geschlechts, eingegangen werden. Mit dem Verfahren der Odds Ratios (s.o.) soll dargestellt werden, wie sich die Chancen von Jugendlichen aus den verschiedenen Herkunftsgruppen, jeweils in bezug auf die niedrigste Gruppe, unterscheiden. Je geringer die Unterschiede (und je niedriger die Werte in einer Graphik), desto ähnlicher sind die Chancen von Jugendlichen aus unterschiedlichen Herkunftsgruppen; dabei lassen sich die unterschiedlichen Chancen auch quantifizieren, der Wert 1 (logarithmiert: 0) bedeutet, daß die Chancen gleich groß sind, also keine Unterschiede bestehen, der Wert 2 (logarithmiert: 0,7), daß die Chancen doppelt so hoch sind wie bei der Referenzgruppe. Auch hier wird erst auf die unterschiedlichen Chancen nach beruflicher Stellung der Familienbezugsperson, daran anschließend nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluß sowie nach letztem beruflichen Ausbildungsabschluß eingegangen. Diese Analysen werden jedoch nur für diejenigen Bundesländer durchgeführt, die im Mikrozensus genügend hohe Fallzahlen aufweisen; diese sind Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern sowie die fünf neuen Länder.

Diagramm 1: Odds Ratios von 16- bis 19jährigen Schülern/Nichtschülern 1995 in den alten Bundesländern nach beruflicher Stellung der Familienbezugsperson



Bezugsgröße sind die Odds der Arbeiterkinder (log odds = 0).

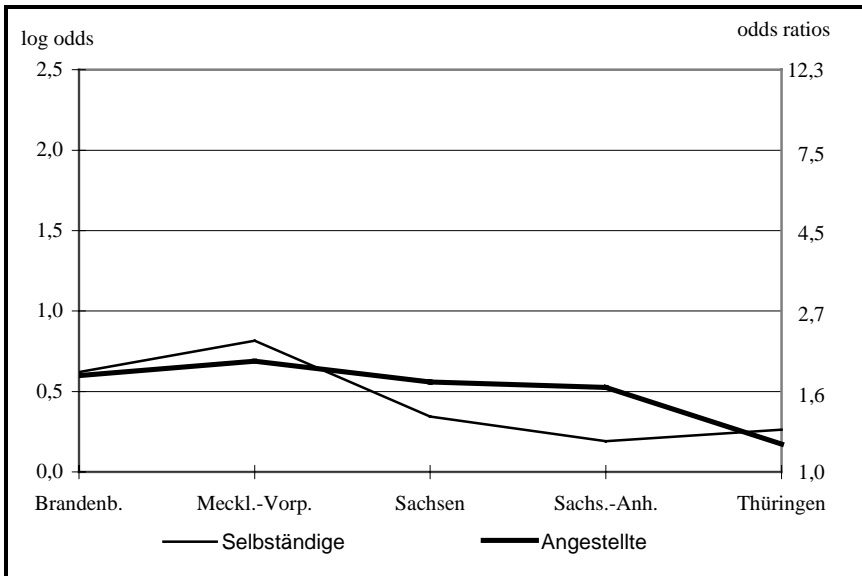
Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

Unter Berücksichtigung der *beruflichen Stellung der Familienbezugsperson* ergeben sich für die untersuchten alten Bundesländer insgesamt steigende Odds Ratios für die Bildungsdichte von Kindern von Selbständigen über Kinder von Angestellten bis zu Beamtenkindern (vgl. Diagramm 1). In Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind die Unterschiede zwischen Selbständigen- und Angestelltenkindern nicht sehr stark. Unter Vernachlässigung des Ausgangsniveaus (siehe hierzu 2.2) ergeben sich also deutliche Unterschiede zwischen Jugendlichen, deren Familienbezugsperson verschiedene berufliche Stellungen innehaben. Am stärksten ist der Abstand zwischen Arbeiter- und Beamtenkindern in Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz.

In den neuen Bundesländern, für die wegen der geringen Fallzahlen die Beamten nicht einbezogen werden können, ergibt sich folgendes Bild (vgl. Diagramm 2). Die Kurven verlaufen deutlich flacher als in den alten Bundesländern, insbesondere für die Kinder von Angestellten liegen die Odds Ratios sehr nahe beieinander (log odds etwas über 0,5 - außer

in Thüringen). Am höchsten sind die Odds Ratios der Angestellten- im Vergleich zu den Arbeiterkindern in Mecklenburg-Vorpommern, am niedrigsten in Thüringen; hier haben Arbeiterkinder eine sehr hohe Bildungsdichte, die berufliche Stellung der Familienbezugsperson hat fast keinen Einfluß¹¹.

Diagramm 2: Odds Ratios von 16- bis 19jährigen Schülern/Nichtschülern 1995 in den neuen Bundesländern nach beruflicher Stellung der Familienbezugsperson



Bezugsgröße sind die Odds der Arbeiterkinder (log odds = 0).

Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

Eine nach *Geschlecht* differenzierte Analyse ergibt folgendes Bild (vgl. Tabelle 5): In allen alten Bundesländern weisen die Töchter von Beamten höhere Odds Ratios im Vergleich zu Arbeitertöchtern auf als ihre männlichen Altersgenossen zu Arbeitersöhnen. Dabei sind die Unterschiede z.T. sehr gering, wie z.B. in Bayern, oder sehr deutlich, wie in Nordrhein-Westfalen.

¹¹ Die Angaben zu den Kindern von Selbständigen sollten zurückhaltend interpretiert werden, da die Fallzahlen nicht sehr hoch sind.

Demgegenüber sind die Odds Ratios von Angestelltenöhnen durchgehend höher als die von Angestelltentöchtern. Hier sind die Unterschiede in Hessen besonders gering, während sie in den anderen Bundesländern höher sind (insbesondere in Baden-Württemberg). Die Odds Ratios von Söhnen und Töchtern von Selbständigen im Vergleich zu denen von Arbeitern sind nicht regelmäßig höher oder niedriger; in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern sind die der Jungen höher als die der Mädchen. Wieder sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern in Hessen besonders gering, in Baden-Württemberg besonders hoch.

Tabelle 5: Odds Ratios von 16- bis 19jährigen Schülern/Nichtschülern 1995 in den alten Bundesländern nach beruflicher Stellung der Familienbezugsperson und Geschlecht

Bundesland	Geschlecht	Selbständig	Angestellte	Beamte
Niedersachsen	männlich	0,56	0,67	1,23
	weiblich	0,32	0,39	1,39
NRW	männlich	0,49	0,77	1,17
	weiblich	0,73	0,50	1,23
Hessen	männlich	0,32	0,80	1,25
	weiblich	0,39	0,75	1,88
Rheinland-Pfalz	männlich	0,60	0,86	1,39
	weiblich	0,76	0,58	1,44
Baden-Württemberg	männlich	1,02	1,21	1,58
	weiblich	0,79	0,90	1,70
Bayern	männlich	0,76	1,00	1,30
	weiblich	0,43	0,87	1,32
Brandenburg	männlich		0,49	
	weiblich		0,76	
Mecklenburg-Vorp.	männlich		0,84	
	weiblich		0,58	
Sachsen	männlich		0,54	
	weiblich		0,58	
Sachsen-Anhalt	männlich		0,21	
	weiblich		0,83	
Thüringen	männlich		0,28	
	weiblich		0,05	

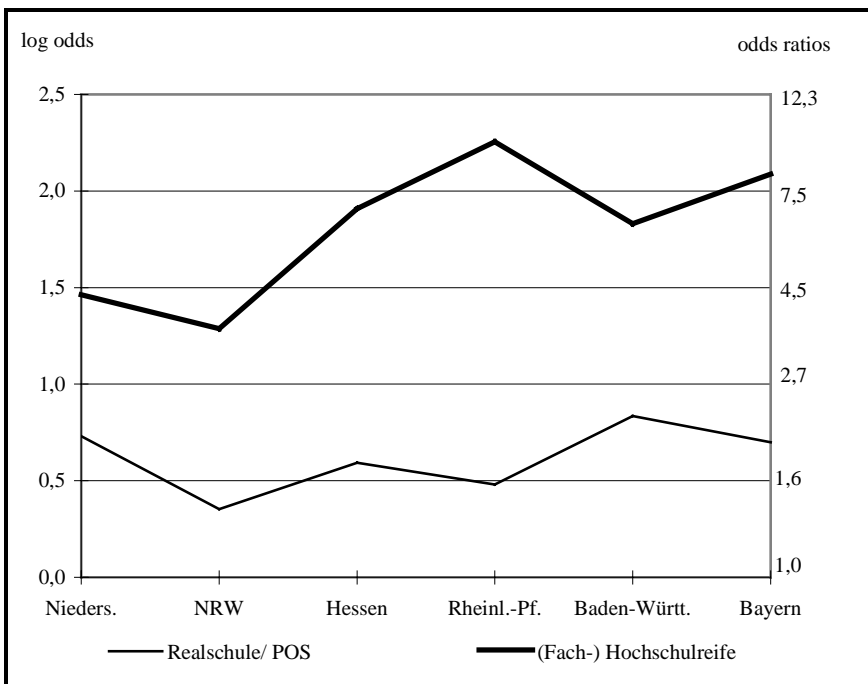
Logarithmierte Odds Ratios. Bezugsgröße sind die Odds der Arbeiterkinder (log odds = 0).

Anmerkung: Der jeweils niedrigere Wert ist kursiv dargestellt.

Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

Die Töchter von Beamten, deren Kinder ja insgesamt die größten Bildungschancen haben, haben also durchgängig höhere Chancen, im Alter von 16- bis 19 Jahren Schülerinnen oder Studierende zu sein, als deren Söhne. Bei den Angestelltenkindern gilt, daß die Söhne den Nachteil, den sie im Vergleich zu Beamtenkindern haben, im Vergleich zu den Angestelltenöchtern ein wenig kompensieren können. Dies trifft insbesondere für Bayern und Baden-Württemberg zu.

Diagramm 3: Odds Ratios von 16- bis 19jährigen Schülern/Nichtschülern 1995 in den alten Bundesländern nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluß der Haushaltsbezugsperson



Bezugsgröße sind die Odds der Kinder von Haushaltsbezugspersonen mit Haupt-/oder Volksschulabschluß (log odds = 0).

Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

In den neuen Bundesländern sind die Odds Ratios der Töchter von Angestellten im Vergleich zu den Arbeitertöchtern in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt höher als die ihrer männlichen Altersgenossen. In Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen auf

deutlich niedrigerem Niveau ist die Odds Ratio der Angestellten-Söhne deutlich höher als die der Töchter; hier können die Jungen durch die soziale Herkunft den im Vergleich zu den Mädchen niedrigeren Ausgangswert ein wenig wettmachen; für die Jungen spielt in Mecklenburg-Vorpommern die soziale Herkunft eine größere Rolle als für die Mädchen. Bei der Betrachtung des extrem niedrigen Wertes der Angestellentöchter in Thüringen sei an die hohe Bildungsdichte von Arbeitertöchtern in diesem Bundesland erinnert; für die Mädchen unterscheiden sich dort die Bildungschancen nach Beruf der Familienbezugsperson praktisch nicht.

Bei der Betrachtung der Odds Ratios in Abhängigkeit vom *höchsten allgemeinbildenden Schulabschluß* ergeben sich nun die folgenden Bilder. In den alten Bundesländern gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Odds Ratios in den einzelnen Bundesländern (vgl. Diagramm 3).

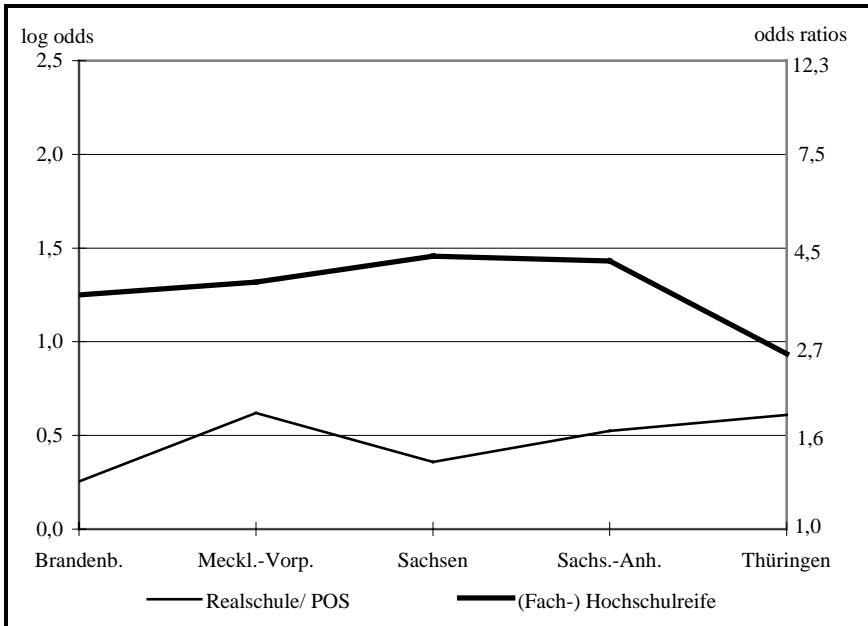
Am niedrigsten sind die Werte in Nordrhein-Westfalen; dort sind also die Chancen der Kinder von Haushaltsbezugspersonen mit verschiedenen allgemeinbildenden Schulabschlüssen relativ am ähnlichsten (wobei auch hier die Bildungsdichte der Kinder mit steigendem Abschluß des Haushaltsvorstands zunimmt). Am weitesten auseinander liegen die Werte, d.h. am ungleichsten ist die Verteilung nach Schulabschluß der Haushaltsbezugsperson, in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen - bemerkenswert ist, daß außerdem in Bayern, wo die Chancen von Jugendlichen aus Haushalten mit einer Bezugsperson, die als höchsten Abschluß den Haupt-/oder Volksschulabschluß hat, am geringsten sind, die Ungleichheit sehr hoch ist.

Für die neuen Bundesländer ergeben sich - wie oben auch schon - insgesamt deutlich flachere Verläufe als für die alten, wobei auch hier sichtbare Unterschiede zwischen den Gruppen bestehen (vgl. Diagramm 4). Insbesondere in Thüringen liegen die Werte relativ nahe beieinander, wenn auch weiter voneinander entfernt als beim vorherigen Diagramm.

Nach *Geschlecht* ergeben sich in den alten und neuen Bundesländern folgende Unterschiede (vgl. Tabelle 6): Insgesamt liegen die Werte in den alten Bundesländern stärker auseinander als in allen vorangegangenen Darstellungen von Odds Ratios. Außer in Nordrhein-Westfalen bei Haushaltsbezugspersonen mit (Fach-)Abitur liegen alle Odds Ratios von Jungen über denen der Mädchen. Die Unterschiede sind in Hessen und Bayern nicht sehr groß, aber besonders auffallend in Rheinland-Pfalz und annähernd auch in Baden-Württemberg, wo die Söhne von Haushaltsvorständen mit Realschulabschluß und Abitur im Vergleich zu denen mit Hauptschulabschluß deutlich über denjenigen ihrer Altersgenossinnen liegen. Aus dieser Tabelle kann man schließen, daß die Jungen (außer die Abiturientensöhne in Nordrhein-Westfalen) ihre im Vergleich zu den Mädchen insgesamt schlechteren Chancen durch eine

höhere soziale Herkunft (in diesem Fall den höheren Bildungsabschluß der Haushaltsbezugsperson) zumindest teilweise kompensieren können.

Diagramm 4: Odds Ratios von 16-19jährigen Schülern/Nichtschülern 1995 in den neuen Bundesländern nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluß der Haushaltsbezugsperson



Bezugsgröße sind die Odds der Kinder von Haushaltsbezugspersonen mit Haupt-/oder Volksschulabschluß (log odds = 0).

Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

In den neuen Bundesländern sind die Unterschiede etwas größer als ohne die Berücksichtigung des Geschlechts. Die Odds Ratios für die Jungen sind höher in Mecklenburg-Vorpommern (deutlich!), in Sachsen und in Thüringen. Auch hier können die Söhne der POS-Absolventen und Abiturienten ihre im Vergleich zu den Mädchen schlechteren Chancen durch im Vergleich zur niedrigeren Referenzgruppe höhere Chancen kompensieren. In Brandenburg ist dies nicht der Fall. Dort wird die insgesamt höhere Bildungsdichte der Mädchen durch Herkunftseffekte noch verstärkt. Dies ist in den alten Bundesländern nur in Rheinland-Pfalz zugunsten der männlichen Jugendlichen der Fall.

Tabelle 6: Odds Ratios von 16- bis 19jährigen Schülern/Nichtschülern 1995 in den alten Bundesländern nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluß der Haushaltsbezugsperson und Geschlecht

Bundesland	Geschlecht	Realschule/POS	(Fach-) Hochschulreife
Niedersachsen	männlich	1,03	1,59
	weiblich	<i>0,40</i>	<i>1,33</i>
NRW	männlich	0,43	1,23
	weiblich	<i>0,25</i>	1,40
Hessen	männlich	0,79	1,91
	weiblich	<i>0,37</i>	<i>1,89</i>
Rheinland-Pfalz	männlich	0,76	2,68
	weiblich	<i>0,16</i>	<i>1,83</i>
Baden-Württemberg	männlich	1,00	2,07
	weiblich	<i>0,68</i>	<i>1,58</i>
Bayern	männlich	1,02	2,15
	weiblich	<i>0,40</i>	<i>2,07</i>
Brandenburg	männlich	<i>0,17</i>	<i>0,99</i>
	weiblich	0,38	1,62
Mecklenburg-Vorp.	männlich	0,88	1,66
	weiblich	<i>0,36</i>	<i>0,97</i>
Sachsen	männlich	0,58	1,53
	weiblich	<i>0,10</i>	<i>1,44</i>
Sachsen-Anhalt	männlich	0,65	1,20
	weiblich	<i>0,46</i>	1,84
Thüringen	männlich	0,63	1,14
	weiblich	<i>0,55</i>	<i>0,67</i>

Logarithmierte Odds Ratios. Bezugsgröße sind die Odds der Kinder von Haushaltsbezugspersonen mit Haupt-/oder Volksschulabschluß (log odds = 0).

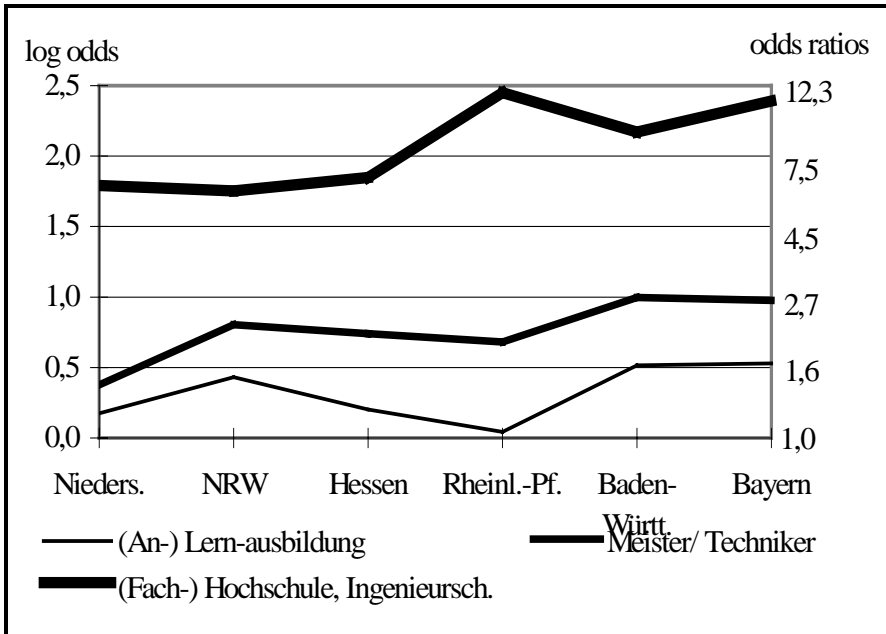
Anmerkung: Der jeweils niedrigere Wert ist kursiv dargestellt.

Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

Schließlich soll auf die Unterschiede der Bildungsdichte der Jugendlichen in den einzelnen Bundesländern in Abhängigkeit von der *beruflichen Ausbildung der Haushaltsbezugsperson* im Verhältnis zur jeweils niedrigsten Gruppe eingegangen werden. Wie Diagramm 5 zeigt, bleiben die Kurven von (An-)Lernausbildung und Meister/Techniker vergleichsweise flach (insbesondere in Niedersachsen sind die Bildungschancen von Jugendlichen aus Haushalten von (An-)Gelernten und Meistern/Technikern relativ ähnlich und auch nicht so viel höher im Verhältnis zu den Ungelernten); die Kurve des Abschlusses

(Fach-)Hochschule der Haushaltsbezugsperson liegt deutlich höher, höher als für alle anderen untersuchten Herkunftsmerkmale.

Diagramm 5: Odds Ratios von 16- bis 19jährigen Schülern/Nichtschülern 1995 in den alten Bundesländern nach letztem beruflichen Ausbildungsabschluß der Haushaltsbezugsperson



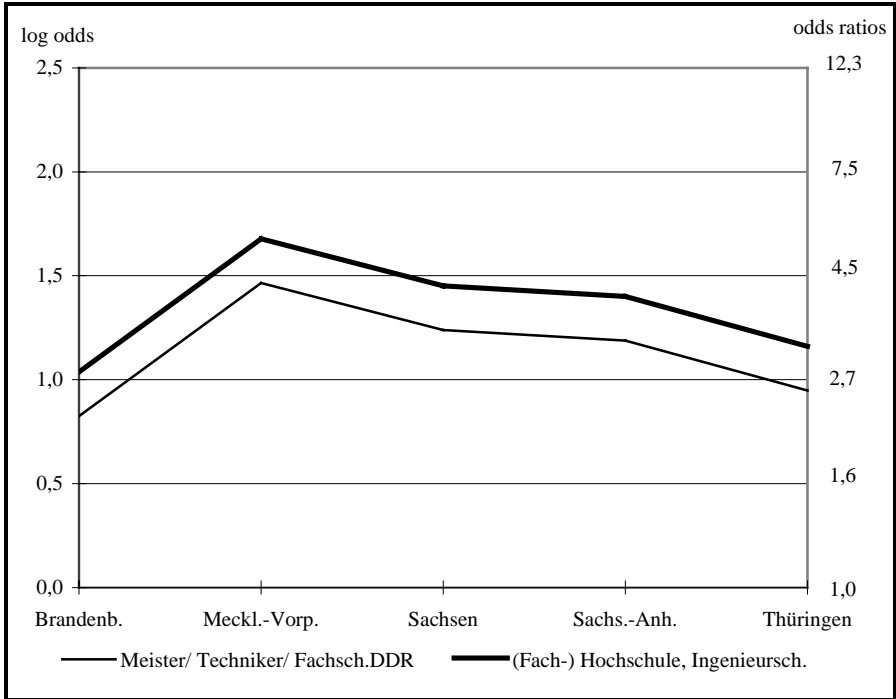
Bezugsgröße sind die Odds der Kinder von Haushaltsbezugspersonen ohne beruflichen Ausbildungsabschluß (log odds = 0).

Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

Bei den Odds Ratios der Kinder von (Fach-)Hochschulabsolventen im Verhältnis zu den Kindern von Ungelernten zeigen sich relativ deutlich die Unterschiede zwischen zwei Gruppen von Bundesländern: In Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die ja insgesamt die niedrigste Bildungsdichte - auch für die jeweiligen unteren Herkunftsgruppen - aufweisen, haben die Kinder der Haushaltsbezugspersonen mit dem höchsten beruflichen Ausbildungsabschluß deutlich höhere (elfmal so hohe!) Chancen, während in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die Odds Ratios der höchsten Gruppe etwas niedriger

sind. Hier sind die Unterschiede, bei insgesamt höherer Bildungsbeteiligung von Jugendlichen, zwischen Gruppen verschiedener sozialer Herkunft geringer.

Diagramm 6: Odds Ratios von 16- bis 19jährigen Schülern/Nichtschülern 1995 in den neuen Bundesländern nach letztem beruflichen Ausbildungsabschluß der Haushaltsbezugsperson



Bezugsgröße sind die Odds der Kinder von Haushaltsbezugspersonen ohne beruflichen Ausbildungsabschluß (log odds = 0).

Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

In den neuen Bundesländern, für die wegen der geringen Fallzahlen die Ungelernten mit den (An-)Gelernten zusammengefaßt wurden, ergeben sich zwei parallele, nah aneinanderliegende Kurven, die jedoch ziemlich hoch ansetzen (vgl. Diagramm 6). Hier sind die Unterschiede zwischen Kindern von Meistern/Technikern/Absolventen von Fachschulen und Kindern von Un-, An- und Gelernten größer als zwischen Kindern von (Fach-)Hochschulabsolventen und Meistern/Technikern/Fachschulabsolventen. Deutlich sichtbar sind

hier auch die Unterschiede zwischen den einzelnen neuen Bundesländern: Mecklenburg-Vorpommern weist bei weitem die höchsten Werte auf, während Brandenburg die geringsten Ausprägungen hat, leicht darüber liegen die von Thüringen - was angesichts der dort sonst so besonders niedrigen Odds Ratios erstaunlich ist. In bezug auf die berufliche Ausbildung der Haushaltsbezugsperson sind die Ungleichheiten nach sozialer Herkunft also auch in Thüringen sichtbar vorhanden.

Tabelle 7: Odds Ratios von 16- bis 19jährigen Schülern/Nichtschülern 1995 in den alten Bundesländern nach letztem beruflichen Ausbildungsabschluß der Haushaltsbezugsperson und Geschlecht

Bundesland	Geschlecht	(An-) Lernausbildung	Meister/Techniker/Fachschule DDR	(Fach-) Hochschule, Ingenieurschule
Niedersachsen	männlich	<i>0,09</i>	<i>0,31</i>	<i>1,75</i>
	weiblich	0,32	0,52	1,87
NRW	männlich	<i>0,41</i>	<i>0,64</i>	<i>1,62</i>
	weiblich	0,46	1,09	1,97
Hessen	männlich	<i>0,16</i>	0,89	<i>1,66</i>
	weiblich	0,27	<i>0,58</i>	2,09
Rheinland-Pfalz	männlich	<i>0,04</i>	<i>0,61</i>	<i>2,59</i>
	weiblich	0,08	0,84	<i>2,30</i>
Baden-Württemberg	männlich	0,67	1,10	2,43
	weiblich	<i>0,41</i>	<i>0,95</i>	<i>1,94</i>
Bayern	männlich	0,55	1,20	2,44
	weiblich	<i>0,53</i>	<i>0,77</i>	<i>2,42</i>
Brandenburg	männlich		0,84	<i>0,67</i>
	weiblich		0,84	1,81
Mecklenburg-Vorp.	männlich		1,53	<i>1,37</i>
	weiblich		<i>1,44</i>	2,41
Sachsen	männlich		1,34	<i>1,18</i>
	weiblich		<i>1,16</i>	2,13
Sachsen-Anhalt	männlich		<i>1,20</i>	<i>1,03</i>
	weiblich		1,26	2,22
Thüringen	männlich		1,13	<i>0,97</i>
	weiblich		<i>0,79</i>	1,76

Logarithmierte Odds Ratios. Bezugsgröße sind die Odds der Kinder von Haushaltsbezugspersonen ohne beruflichen Ausbildungsabschluß (log odds = 0).

Anmerkung: Der jeweils niedrigere Wert ist kursiv dargestellt.

Quelle: Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen.

Die Unterschiede nach Geschlecht in den alten Bundesländern (vgl. Tabelle 7) sind in bezug auf diesen Indikator nicht herausragend. Bemerkenswert ist jedoch, daß Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sowie überwiegend Hessen (hier ist lediglich die Odds Ratio für Meistersöhne höher) höhere Werte für Mädchen aufweisen. Die dort vergleichsweise höhere Bildungsdichte von Mädchen sowie von Kindern Ungelernter steht also nicht hohen Odds Ratios von Töchtern der (Fach-)Hochschulabsolventen entgegen, die Chancen steigen auch hier mit höherer Qualifikation der Haushaltsbezugsperson.

In allen neuen Bundesländern weisen die Töchter von (Fach-)Hochschulabsolventen höhere Odds Ratios auf als deren Söhne. Dagegen sind die Odds Ratios der Söhne von Meistern/Technikern/Fachschulabsolventen nur in Sachsen-Anhalt (und hier nur geringfügig) niedriger als die der Töchter. Söhne von Meistern und Technikern können also den geringeren Anteil von Jungen im Bildungssystem durch höhere Chancen im Vergleich zu den Söhnen von Un-/An- und Gelernten ein wenig wettmachen.

2.5 Zwischenfazit: Kumulationen und Kompensationen

Nach der Analyse der Odds Ratios lassen sich folgende Ergebnisse zusammenfassen: In den alten Bundesländern können Mädchen ihren fast überall vorhandenen Vorsprung ausbauen, sofern sie Beamentöchter sind. Angestelltensöhne können ihre für Jungen gegenüber den Mädchen bestehende Unterrepräsentierung im Bildungssystem durch ihre soziale Herkunft im Vergleich zu den Arbeitersöhnen kompensieren.

In den alten Bundesländern spielt für die Söhne von Haushaltsbezugspersonen mit höherem allgemeinbildenden Schulabschluß die soziale Herkunft eine größere Rolle als bei den Mädchen. Dies gilt nicht für Nordrhein-Westfalen. Der berufliche Ausbildungsabschluß der Haushaltsbezugsperson verstärkt deutlich die zwischen den alten Bundesländern bestehenden Unterschiede der Bildungsbeteiligung: In Bayern, Baden-Württemberg und insbesondere Rheinland-Pfalz sind die Odds Ratios der höchsten Herkunftsgruppe deutlich höher (hier kumulieren die sozialen Ungleichheiten und die Ungleichheiten zwischen den einzelnen Bundesländern), die der Jungen liegt über derjenigen der Mädchen (hier können die Jungen mit ansteigender sozialer Herkunft die Nachteile gegenüber den Mädchen kompensieren). In den Ländern, die insgesamt eine höhere Bildungsdichte aufweisen (Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen), haben auch die Töchter von (Fach-)Hochschulabsolventen höhere Odds Ratios als die Söhne.

In Thüringen gibt es für die Mädchen praktisch keine Ungleichheit nach Vaterberuf. In den anderen neuen Bundesländern haben die Mädchen zusätzlich zu ihrem insgesamt bestehenden Vorsprung außerdem im Verhältnis zu den Arbeitertöchtern höhere Bil-

dungschancen als Angestelltensöhne im Verhältnis zu Arbeitersöhnen. Die allgemeine Schulbildung ihrer Haushaltsbezugsperson spielt für die Jungen eine größere Rolle als für die Mädchen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen. Auch für die Söhne von Meistern/Technikern und Fachschulabsolventen sind die Odds Ratios höher als die der Töchter. Für die (Fach-)Hochschulabsolventen-Töchter sind dagegen die Odds Ratios höher als für deren männliche Kollegen. Diese Unterschiede treten auch in Thüringen auf.

3. Zusammenfassung: Vom „katholischen Arbeitermädel vom Lande“ zum „Unqualifiziertenbub im Süden“?

Aufgrund der hier dargestellten Berechnungen lassen sich folgende Ergebnisse zusammenfassen. Die in den 60er Jahren vorhandene Benachteiligung von *Mädchen* läßt sich Mitte der 90er Jahre nicht mehr feststellen. *Arbeiterkinder* sind jedoch in allen Bundesländern nach der Pflichtschulzeit deutlich geringer im Bildungssystem vertreten als Kinder von Familienvorständen mit anderen beruflichen Stellungen.

Die Unterschiede der Bildungsdichte von 16- bis 19jährigen Jugendlichen *zwischen den einzelnen Bundesländern* sind beträchtlich. In den Ländern mit traditionellem Bildungssystem liegt die Bildungsdichte deutlich niedriger als in Bundesländern mit progressivem oder gemischtem Bildungssystem.

Insgesamt ist die soziale Ungleichheit bei der Bildungsdichte *innerhalb der einzelnen Bundesländer* nach wie vor gravierend. Insbesondere gilt dies für die Bundesländer mit klassischem Bildungssystem; hier sind Arbeiterkinder sowie Kinder von geringer beruflich oder schulisch qualifizierten Haushaltsvorständen besonders deutlich gegenüber Kindern von Höhergebildeten benachteiligt. Die Bildungsdichte von „privilegierten“ Kindern liegt in allen alten Bundesländern - fast unabhängig von deren durchschnittlicher Bildungsdichte und damit auch von deren Bildungspolitik - relativ hoch, während sich dort die Bildungspolitik besonders auf die benachteiligten Gruppen auswirkt. Aber auch bei Bundesländern mit progressiver Bildungspolitik und hoher Bildungsdichte ergeben sich teilweise deutliche Unterschiede nach sozialer Herkunft, wie dies in Hessen und Brandenburg der Fall ist.

In allen Bundesländern sind Arbeitersöhne benachteiligt. Von einer generellen Benachteiligung von Jungen kann in den alten Bundesländern nicht gesprochen werden, weil für sie die Bildungsdichte mit steigender sozialer Herkunft zunimmt. Insbesondere in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, also im Süden, sind daher die Arbeitersöhne besonders benachteiligt, während für die Mädchen die Unterschiede nach sozialer Herkunft nicht so bedeutsam sind. Für Beamtentöchter in allen alten Bundesländern und für Töchter

von (Fach-)Hochschulabsolventen in Ländern mit progressiver Bildungspolitik gilt dies jedoch nicht; deren männliche Kollegen sind gegenüber den Mädchen benachteiligt.

Mädchen haben also besonders von den Bildungsreformen und Einstellungsänderungen in der Bevölkerung profitiert und sind auch nicht in so hohem Ausmaß von der Bildungspolitik des jeweiligen Bundeslandes betroffen wie Jungen. Söhne von Arbeitern und gering Qualifizierten werden von der Bildungsexpansion nicht so erreicht, insbesondere nicht in Bundesländern mit klassischen Bildungssystemen. In den neuen Bundesländern weisen Mädchen insgesamt eine deutlich höhere Bildungsdichte auf als ihre männlichen Altersgenossen. Jungen sind nur bei höher beruflich gebildeten sowie bei besser schulisch gebildeten Haushaltsbezugspersonen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen nicht benachteiligt. Die Töchter von (Fach-)Hochschulabsolventen sind in allen neuen Bundesländern gegenüber den Söhnen deutlich im Vorteil.

Insgesamt ergibt sich also ein sehr differenziertes Bild. Der Slogan vom benachteiligten „Arbeitermädel vom Lande“ gilt heute so nicht mehr. Es haben sich im Vergleich zu den 60er Jahren durchaus Änderungen ergeben. Viele Ungleichheiten bestehen jedoch auch heute fort (oder entwickeln sich in den neuen Bundesländern neu); diese betreffen insbesondere die Kinder - vor allem Söhne - von Arbeitern und gering Qualifizierten oder wenig Gebildeten. Falls also wirklich eine Chancengleichheit von Jugendlichen aus allen sozialen Gruppen angestrebt wird, bleibt noch einiges zu tun, was - an der geringeren Ungleichheit in den Ländern mit progressiver Bildungspolitik ablesbar - durchaus im Rahmen des Machbaren liegt.

Korrespondenzadresse

*Susanne von Below
Universität Frankfurt
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse
Postfach 11 19 32
60054 Frankfurt
below@soz.uni-frankfurt.de*

Literatur

Anweiler, O./Fuchs, H.-J./Dorner, M./Petermann, E. (Hrsg.), 1992: Bildungspolitik in Deutschland 1945-1990. Ein historisch vergleichender Quellenband. (Schriftenreihe Studien zur Geschichte und Politik, Band 311) Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Below, S. von, 1997: Bildung und soziale Ungleichheit in Ostdeutschland. S. 135-171 in: R. Hauser/Th. Olk (Hrsg.), Soziale Sicherheit für alle? Opladen: Leske+Budrich.

Below, S. von, 1999: Regionale Ungleichheiten der Bildungschancen in den neuen Bundesländern. In: H. Bertram/B. Nauck/T. Klein (Hrsg.), Solidarität, Lebensformen und regionale Entwicklung. Opladen: Leske+Budrich.

Blossfeld, H.-P., 1993: Changes in Educational Opportunities in the Federal Republic of Germany. A Longitudinal Study of Cohorts Born Between 1916 and 1965. S. 51-74 in: Y. Shavit/H.-P. Blossfeld (Hrsg.): Persistent Inequalities: Changing Educational Stratification in Thirteen Countries. Boulder, Co.: Westview Press.

Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), 1999: Referat IIIa4. Arbeitsmarktstatistik - Jahreszahlen. Arbeitslose und Arbeitslosenquoten. Bundesgebiet Ost. Stand: Dezember 1998. Erhältlich im Internet (www.arbeitsamt.de).

Dahrendorf, R., 1966: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Hamburg: Nannen.

Halsey, A. H., (Hrsg.), 1961: Ability and Educational Opportunity. Paris: OECD-Publications.

Hradil, S., 1999: Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Mersmann, R., 1995: „Die Hälfte der Zukunft“ - Weichenstellungen für junge Frauen in der Bildung. Sozialreport III/1995: 20-23.

Mitter, W., 1990: Allgemeinbildendes Schulwesen - Grundfragen und Überblick. S. 171 - 200 in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

Müller, W./Haun, D., 1994: Bildungsungleichheit im sozialen Wandel. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46: 1-42.

Müller, W./Mayer, K. U., 1976: Chancengleichheit durch Bildung? Untersuchung zum Zusammenhang von Ausbildungsabschlüssen und Berufsstatus. Stuttgart: Enke.

Peisert, H., 1967: Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland. München: Piper.

Picht, G., 1964: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Olten und Freiburg: Walter.

Schiersmann, C., 1994: Frauenbildung im Umbruch. S. 223-234 in: H. Röhrs/A. Pehnke (Hrsg.), Die Reform des Bildungswesens im Ost-West-Dialog: Geschichte, Aufgaben, Probleme. Frankfurt am Main: Lang.

ALTERSVORSORGE IM WANDEL

THOMAS BULMAHN

Auf die gesetzliche Rentenversicherung kommen in den nächsten Jahrzehnten enorme Belastungen zu. Immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr Rentempfänger sorgen. Mit dem „Rentenreformgesetz 1999“ wurden deshalb einschneidende Leistungskürzungen beschlossen. Es ist jedoch noch offen, welche Vorhaben verwirklicht werden. Ebenfalls ungewiß ist, ob diese Maßnahmen ausreichen oder ob nicht weitere Einschnitte notwendig sein werden. Sicher ist nur, daß sich das Beitrags-Leistungs-Verhältnis der gesetzlichen Rentenversicherung künftig verschlechtern wird. Die meisten Bundesbürger befürchten, den gewohnten Lebensstandard im Alter nicht mehr aufrechterhalten zu können und wollen deshalb zusätzlich privat vorsorgen.

Private Lebensversicherungen gehören gegenwärtig zu den wichtigsten Formen der privaten Altersvorsorge. Eigene Analysen auf der Basis des Mikrozensus 1995 haben ergeben, daß die Mehrheit der Bundesbürger keine private Lebensversicherung hat und daß Lebensversicherungen in den einzelnen Alters-, Berufs- und Einkommensgruppen in ganz unterschiedlichem Ausmaß verbreitet sind. Den größten Einfluß auf das Vorhandensein einer privaten Lebensversicherung hat die Höhe des Einkommens. Je kleiner das Einkommen ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, eine private Lebensversicherung zu besitzen. Doch vor allem die Bezieher kleinerer Einkommen müßten zusätzlich privat vorsorgen, weil ihre Ansprüche gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung relativ gering ausfallen und sie vergleichsweise selten über eine betriebliche Altersvorsorge verfügen.

In the coming decades, the social security system in the Federal Republic of Germany is expected to come under enormous strain. With ever fewer contributors having to support ever more pensioners. Social security reform prompted by this prospect is due to go into effect in 1999, but it is questionable whether this legislation will suffice. What is certain, however, is that the ratio between contributions and benefits of statutory annuities will worsen. Most German citizens fear that they will be unable to maintain their accustomed standard of living when they grow old, so they are providing for themselves privately as well.

Private life insurance is currently one of the most important ways of providing for old age on a private basis. My own analyses based on the Germany's 1995 microcensus show that the distribution of private life insurance is quite uneven in the individual income, pro-

fession, and age brackets, with level of income being the major determinant of whether a person has arranged for private life insurance. The less the income, the less likely a person is to have private life insurance. But contributors in the lower income brackets are precisely the people who need additional private insurance most, for their claims to statutory annuities are relatively small, and they have few basic social security benefits.

1. Einleitung

In den nächsten Jahrzehnten kommen auf die gesetzliche Rentenversicherung enorme Belastungen zu. Einer abnehmenden Zahl von Beitragszahlern steht eine wachsende Zahl von Rentenempfängern gegenüber. Inzwischen befürchten die meisten Bundesbürger, daß künftig die gesetzlichen Renten zum Leben nicht mehr ausreichen werden und sie im Alter Abstriche vom gewohnten Lebensstandard machen müssen. Die Mehrheit der Bürger hält es deshalb für notwendig, zusätzlich privat vorzusorgen, und viele tun dies bereits heute (vgl. u.a. Föste/Janßen 1997). Die Geschäftsberichte der Banken und Versicherungen dokumentieren, daß die private Altersvorsorge in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen hat (vgl. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft 1998). Angesichts der zusätzlichen Kosten ist es jedoch fraglich, ob alle, die eine zusätzliche private Altersvorsorge aufbauen wollen, auch die finanziellen Möglichkeiten hierzu haben.

Private Lebensversicherungen sind gegenwärtig neben dem Erwerb von Immobilien die übliche Form der zusätzlichen privaten Altersvorsorge. Bisher vorliegende Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß die Mehrheit der Haushalte in der Bundesrepublik eine oder mehrere private Lebensversicherungen besitzt und daß es zwischen den sozialen Schichten keine größeren Unterschiede gibt. Auf eine „Große Anfrage“ von Abgeordneten der SPD-Fraktion zur „Entwicklung der Vermögen und ihrer Verteilung“, konkret zur Verbreitung von Lebensversicherungen, antwortete die Bundesregierung im Februar 1996: „Die Verteilung der Lebensversicherungen ist verhältnismäßig gleichmäßig. Viele private Haushalte haben Lebensversicherungen, und die Kapitalansammlung bei Lebensversicherungen hat überdurchschnittliches Gewicht in den Schichten mit niedrigem und mittlerem Nettogesamtvermögen“ (Bundesregierung 1996: 25).

Diese Aussagen basieren auf Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und beziehen sich nicht auf Personen, sondern auf Haushalte. Angesichts der sich vollziehenden Abkehr von der traditionellen Versorgung und der wachsenden Instabilität Partnerschaftlicher Beziehungen ist die Absicherung des Alters jedoch immer mehr eine Frage der individuellen Vorsorge. Mit den Daten des Mikrozensus 1995 steht nun erstmals empirisches Material zur Verfügung, mit dem sich die Verteilung von privaten Lebensversicherungen auf der Ebene von Personen im Detail untersuchen läßt. Die Analyse dieser

Daten führt zu überraschenden Befunden: die Mehrheit der Bundesbürger hat keine eigene Lebensversicherung, und zwischen den sozialen Schichten gibt es große Diskrepanzen. Doch zu den empirischen Ergebnissen und den Schlußfolgerungen, die sich aus ihnen ableiten lassen, kommen wir später. Wenden wir uns zunächst den Problemen der gesetzlichen Rentenversicherung zu.

2. Gesetzliche Rentenversicherung unter Reformdruck

Die gesetzliche Rentenversicherung steht seit Mitte der 70er Jahre unter erheblichem Reformdruck. Die Wachstums- und Beschäftigungskrise von 1974/75 hatte zu Beitragsausfällen geführt, die die Rentenkassen an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit geraten ließen. Das Zeitalter der unbeschwerten Verteilung immer neuer Zuwächse schien beendet zu sein. Das Wort von der „Krise des Sozialstaates“ machte die Runde. Dennoch wurden bis 1977 die Renten jedes Jahr um etwa zehn Prozent angehoben. Viel zu spät und mit unzureichenden Einzelmaßnahmen wurde von nun an versucht, die gesetzliche Rentenversicherung zu stabilisieren: Mehrfach wurde die Anpassung der Renten an die Entwicklung der Erwerbseinkommen verschoben und die Berechnungsformel zur Ermittlung der Höhe der Rentenanpassung zugunsten der Rentenversicherung verändert; beitragsfreie Zeiten wurden abgewertet und neuartige Beitragspflichten eingeführt; schließlich wurde die zum Ausgleich wechselhafter Konjunkturverläufe von den Rentenversicherungsträgern vorzuhaltende Schwankungsreserve auf den Minimalbetrag von einer Monatsausgabe reduziert. In all den Jahren wurde keine umfassende Reform zur Anpassung der gesetzlichen Rentenversicherung an die aus der Beschäftigungskrise resultierenden Finanzierungsprobleme durchgeführt. Allzu lange träumten die Sozialpolitiker den Traum von der Wiederkehr der Vollbeschäftigung (Lampert 1997: 63ff.; vgl. Frerich/Frey 1993).

Doch dieser Traum ist bis heute nicht in Erfüllung gegangen. Immer noch steht die gesetzliche Rentenversicherung vor derselben Misere: Abnehmende Beschäftigtenzahlen lassen das Beitragsaufkommen sinken, und die hohe Arbeitslosigkeit verursacht zusätzliche Kosten. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat errechnet, daß der Rentenversicherung je Arbeitslosen im Jahr 1996 Mehrausgaben von 4850 DM und Mindereinnahmen von 3450 DM entstanden sind. Bei durchschnittlich vier Millionen Arbeitslosen gehen der Rentenversicherung pro Jahr mehr als 33 Mrd. DM verloren (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, in: Globus Kartendienst, Blatt Kb-4509). Die konjunkturelle Erholung der letzten Monate hat nur zu einer leichten Entspannung auf dem Arbeitsmarkt geführt. Die Hoffnungen auf eine deutliche Verminderung der Arbeitslosenzahlen haben sich nicht erfüllt. Die Verlängerung der Ausbildungszeiten, die Ausbreitung der

geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und die Zunahme der Scheinselbständigkeit führen zu weiteren Einnahmeverlusten bei der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Massenarbeitslosigkeit ist gegenwärtig das größte Problem der gesetzlichen Rentenversicherung. Die zweite große Herausforderung besteht in der enormen Zunahme der Zahl zu versorgender Rentner. Die Hauptursache hierfür ist der Anstieg der Lebenserwartung. Innerhalb der letzten drei Jahrzehnte hat sich die fernere Lebenserwartung 60jähriger Frauen um etwa viereinhalb Jahre auf 22,8 Jahre erhöht. Die Lebenserwartung 60jähriger Männer hat um etwa drei Jahre zugenommen und beträgt inzwischen 18,3 Jahre (Institut der deutschen Wirtschaft Köln 1997: Tabelle 10). Doch die Menschen werden nicht nur immer älter und bleiben deshalb immer länger in Rente, sie gehen auch immer früher in den Ruhestand. Viele wollen nicht mehr bis zum Erreichen des Rentenalters arbeiten, und diejenigen, die es wollen, können es wegen der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt oftmals nicht. Beide Entwicklungen - Anstieg der Lebenserwartung und früherer Ausstieg aus dem Erwerbsleben - führen zur Verlängerung der durchschnittlichen Rentenbezugsdauer. Inzwischen sind Frauen 18 Jahre in Rente - das sind verglichen mit 1965 etwa sechs Jahre mehr. Männer beziehen heute 14 Jahre lang Rente - das sind vier Jahre mehr (Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, in: Globus Kartendienst, Blatt Nc-3778, Blatt Nb-5063).

Immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr Rentempfänger sorgen. Im Jahr 1995 kamen auf 100 abhängig Beschäftigte 41 Alte (65 Jahre und älter). Durch die demographische Alterung der Gesellschaft wird dieser Alten-/Beschäftigtenquotient stark ansteigen: Im Jahr 2020 wird er je nach zugrunde liegendem Szenario zwischen 56 und 63 liegen, und für das Jahr 2040 wird ein Wert zwischen 77 und 88 prognostiziert (Verband Deutscher Rentenversicherungsträger 1998a: 75).

In den letzten Jahren hatten vor allem die Beitragszahler den Hauptteil der wachsenden Versorgungslast zu tragen. Da laufende Renten nicht gekürzt werden dürfen und neue Rentner nicht willkürlich schlechter gestellt werden können, mußte immer wieder der Beitragssatz angehoben werden. Weitere Steigerungen des Beitragssatzes sind den Bürgern kaum noch zu vermitteln und nur noch gegen Widerstände durchzusetzen. Die Arbeitnehmer beklagen sich über die wachsenden Abzüge; die Arbeitgeber protestieren gegen die wachsenden Lohnnebenkosten. Drei Viertel aller Bundesbürger sind der Meinung, daß die Beiträge zur Sozialversicherung zu hoch sind, und neun von zehn Befragten stimmen der Aussage zu, daß die Belastung der Arbeitnehmer und Unternehmen durch Sozialversicherungsbeiträge nicht weiter zunehmen darf (vgl. Föste/Janßen 1997: A9, A13).

3. Reformgesetze und Reformversprechen

Bei wachsender Zahl der Rentempfänger und gleichzeitig sinkender Zahl der Beitragszahler kann der Beitragssatz nur stabil gehalten werden, wenn andere Finanzierungsquellen erschlossen werden und - weil diese Quellen nicht grenzenlos sprudeln - die Leistungen der Rentenversicherer gekürzt werden. Mit dem „Rentenreformgesetz 1992“ wurde der Versuch unternommen, aus dieser Einsicht die Konsequenzen zu ziehen. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehörten die Koppelung der Höhe des Bundeszuschusses an die Entwicklung des Beitragssatzes, die schrittweise Anhebung der Altersgrenze für den Rentenbezug in einem Zeitraum von 2001 bis 2017, die schlechtere Bewertung beitragsfreier Zeiten, die Umstellung der Rentenanpassung von der Brutto- auf die Nettolohnentwicklung und die Einführung einer Teilrente für den Übergang in die Altersrente (vgl. Lampert 1997: 65).

Doch selbst mit diesen umfangreichen Leistungskürzungen und Zuschußerhöhungen würde jüngsten Prognosen zufolge der Beitragssatz weiter steigen, im ungünstigsten Fall von 21,6 Prozent im Jahr 2010 bis auf 27,4 Prozent im Jahr 2040 (Verband Deutscher Rentenversicherungsträger 1998a: K-7). Mit dem „Rentenreformgesetz 1999“ wurde deshalb beschlossen, die im „Rentenreformgesetz 1992“ geplanten Maßnahmen früher als bisher vorgesehen und zeitlich gestrafft umzusetzen. Zudem sind weitere Leistungskürzungen und ein zusätzlicher Bundeszuschuß vorgesehen. Im einzelnen wurden zur Begrenzung der Beitragssatzentwicklung die folgenden sechs Punkte ausgearbeitet:

1. Die Formel zur Rentenanpassung wird um einen demographischen Faktor erweitert, der dafür sorgt, daß mit steigender Lebenserwartung die Renten langsamer wachsen als die Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten. Demzufolge wird sich der Abstand zwischen den Renten und den Arbeitseinkommen in Zukunft vergrößern. Eine Sicherungsklausel soll jedoch verhindern, daß das Nettorentenniveau von momentan 70 Prozent unter die Marke von 64 Prozent absinkt. Zudem soll ausgeschlossen werden, daß es zu Negativanpassungen, also zu Kürzungen bestehender Rentenverhältnisse kommt (vgl. Verband Deutscher Rentenversicherungsträger 1998b; vgl. auch Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1998b: 57ff.).

2. Ab dem Jahr 2000 wird es Renten wegen Berufsunfähigkeit nicht mehr geben. Statt dessen werden abgestufte Erwerbsminderungsrenten eingeführt. Wer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, egal in welchem Beruf, noch mindestens 6 Stunden täglich erwerbstätig sein kann, erhält keine Erwerbsminderungsrente, wer noch zwischen 3 und 6 Stunden arbeiten kann, bekommt eine halbe Rente, und nur wer keine 3 Stunden pro Tag mehr tätig sein kann, erhält eine volle Erwerbsminderungsrente. Wer eine Erwerbsminderungsrente vor dem 63. Lebensjahr beziehen will, muß Kürzungen in Kauf nehmen.

3. Ab dem Jahr 2000 wird die Altersgrenze für die Altersrente von Schwerbehinderten vom 60. auf das 63. Lebensjahr angehoben.
4. Ebenfalls ab dem Jahr 2000 wird die Altersgrenze von 60 Jahren für Frauen schrittweise auf das vollendete 65. Lebensjahr angehoben. Eine vorfristige Inanspruchnahme ist zunächst noch möglich, die damit verbundenen Kürzungen sind jedoch erheblich. Beispiel: Geht eine Frau, Geburtsjahrgang 1945, bereits mit vollendetem 60. Lebensjahr in Rente, wird die Rente für die gesamte Laufzeit um 18 Prozent gekürzt. Ab dem Jahr 2012 wird es keine gesonderte Altersrenten für Frauen mehr geben.
5. Ab 2002 werden die Altersgrenzen für die Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit auf das 65. Lebensjahr erhöht. Auch hier ist zunächst noch eine vorfristige Inanspruchnahme, verbunden mit Leistungskürzungen, möglich. Ab 2012 wird es diese Renten wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit ebenfalls nicht mehr geben.
6. Der Bund zahlt zur Finanzierung nicht beitragsgedeckter Leistungen einen zusätzlichen Bundeszuschuß: Für 1998 sind etwa 10 Mrd. DM und für das Jahr 1999 sind 15 Mrd. DM vorgesehen. Ab dem Jahr 2000 wird die Höhe dieses Zuschusses an die Entwicklung der Mehrwertsteuereinnahmen angepaßt (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1998b: 58).

Die Rentenreformgesetze 1992 und 1999 beinhalten drastische Leistungseinschränkungen, von denen insbesondere die nach 1940 geborenen Frauen betroffen sein werden. Angesichts der Misere auf dem Arbeitsmarkt ist nicht zu erwarten, daß Frauen zukünftig bis zum 65. Lebensjahr erwerbstätig sein werden. Viele Frauen werden ihre Rente vorfristig in Anspruch nehmen müssen. Finanzielle Einbußen, die zu ernsthaften Versorgungslücken führen können, sind damit bereits vorprogrammiert. Von Leistungskürzungen werden aber auch andere Versichertengruppen betroffen sein: Arbeitslose, Beschäftigte in Altersteilzeit und Versicherte, die ihren bisherigen Beruf nicht mehr ausüben können und die im Alter keine neue Erwerbstätigkeit aufnehmen können oder wollen. Die Absenkung des Nettorentenniveaus auf 64 Prozent wird schließlich alle in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherten betreffen (zur Kritik vgl. Schmähl 1998: 169ff.).

Ein vom Verband der Deutschen Rentenversicherungsträger (VDR) in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß mit diesen Maßnahmen unter günstigen Umständen der Beitragssatz langfristig unter der 25-Prozent-Marke gehalten werden kann: Für das Jahr 2010 wird ein Beitragssatz von 19,4 Prozent vorhergesehen, für das Jahr 2040 werden 24,3 Prozent prognostiziert (vgl. Verband Deutscher Rentenversicherungsträger 1998a: K-8; vgl. auch Breyer 1998). Anfangs, so die Gutachter, würden die beitragsenkenden Effekte des Bundeszuschusses überwiegen, langfristig würden die Einführung des demographischen Faktors, die Anhebung der Altersgrenzen und der Wegfall der Berufsunfähigkeitsrenten den entscheidenden Einfluß auf die Stabilisierung des Beitrags-

satzes haben. Der VDR wähnt sich in seiner Auffassung bestätigt, daß die auf die gesetzliche Rentenversicherung zukommenden „demographischen Probleme im System der lohn- und beitragsbezogenen Rente lösbar“ seien - der eingeschlagene „Weg der Reformen im System sei richtig“ (Verband Deutscher Rentenversicherungsträger 1998c; vgl. hierzu auch Bäcker 1998).

Doch es gibt keine Garantie dafür, daß die aktuellen Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung und die zukünftigen Herausforderungen mit den Maßnahmen des „Rentenreformgesetzes 1999“ bewältigt werden können. Diese Garantie kann es auch nicht geben, denn die Prognosen stehen und fallen mit den zugrundeliegenden Annahmen über die zukünftigen demographischen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Nach der Verabschiedung des „Rentenreformgesetzes 1992“ gab es ähnlich günstige Prognosen, und die Reformen wurden für ausreichend gehalten. Nur fünf Jahre später mußten diese Maßnahmen verschärft und ergänzt werden.

Meinungsumfragen zufolge ist die Mehrheit der Bundesbürger davon überzeugt, daß die gesetzliche Rentenversicherung reformiert werden muß. Die meisten wollen aber, daß das bestehende System der lohn- und beitragsbezogenen Rente erhalten bleibt. Eine Bürger- oder Grundrente, wie sie von einigen Wissenschaftlern und Politikern immer wieder gefordert wird (vgl. Miegel/Wahl 1985; Biedenkopf 1985; Biedenkopf 1998), lehnt die Mehrzahl als ungerecht und unzureichend ab (vgl. DIE ZEIT, Nr. 28, 1998: 18; Krupp/Weeber 1997). Die zweite Alternative - ein radikaler Umbau des Systems hin zu einem Kapitaldeckungsverfahren - wird von den meisten Rentenexperten und von vielen Ökonomen kritisch betrachtet (vgl. Rolf/Wagner 1996). Der Aufbau eines Kapitalstocks würde einige Jahrzehnte in Anspruch nehmen - Zeit, die angesichts der drängenden Probleme nicht mehr zur Verfügung steht. Diese Reform würde hohe Umstellungskosten verursachen, von denen vor allem die jetzigen Beitragszahler betroffen wären. Zudem würden sich die Herausforderungen der demographischen Veränderungen im Rahmen eines Kapitaldeckungsverfahrens nicht besser bewältigen lassen als im Rahmen des bestehenden Systems. Im Gegenteil: Das Kapitaldeckungsverfahren scheint unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten enorme Risiken in sich zu bergen. Beide Reformvorhaben werden bereits seit einigen Jahren äußerst kontrovers diskutiert. Alles spricht dafür, daß sie auch in absehbarer Zeit nicht zu realisieren sind.

Die neue Regierungskoalition hat einige Maßnahmen der „Rentenreform 1999“ vorläufig ausgesetzt. Zunächst soll es keinen demographischen Faktor und damit auch keine Absenkung des Rentenniveaus geben. Die Einschnitte bei den Invalidenrenten werden ebenfalls noch nicht in Kraft treten. Das bestehende System der lohn- und beitragsbezogenen Rente wird erhalten bleiben, wie es zukünftig finanziert werden kann, soll im Rahmen

einer neuen Rentenreform bis Ende 2000 festgelegt werden. Ob dann der demographische Faktor wieder eingeführt wird oder nicht, ob es zu weiteren Kürzungen kommt oder nicht - all das sind offene Fragen.

4. Der Trend zur zusätzlichen privaten Altersvorsorge

Das Vertrauen in die gesetzliche Altersvorsorge ist nicht erst nach den jüngsten Gesetzesänderungen geschwunden. Bereits vor einigen Jahren hat sich in der Bevölkerung die Auffassung durchgesetzt, daß die Rentenversicherung in einer schweren Krise steckt und die Renten nicht mehr sicher sind. Bei einer Umfrage des Forschungsinstituts für Ordnungspolitik (FiO) im Jahr 1996 haben drei Viertel aller Befragten die Meinung vertreten, daß die Höhe der gesetzlichen Rente in Zukunft zum Leben nicht mehr ausreichen wird. Erstaunlich ist, daß diese Ansicht in allen Alters-, Einkommens- und Berufsgruppen mehrheitlich vertreten wurde. Selbst die Beamten, die aufgrund ihrer guten Altersvorsorge optimistisch hätten sein können, waren überwiegend skeptisch (vgl. Föste/Janßen 1997: A30). Diese Ergebnisse belegen, wie sehr sich das Mißtrauen gegenüber der gesetzlichen Altersvorsorge ausgebreitet hat.

Die Alterssicherung ist inzwischen ein Thema, das den meisten Bundesbürgern Sorgen bereitet. Viele befürchten eine Verringerung des gewohnten Lebensstandards im Alter und denken deshalb über Möglichkeiten der zusätzlichen privaten Vorsorge nach. Bei der bereits erwähnten FiO-Umfrage hielten nur 20 Prozent der Befragten die Altersvorsorge im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung für ausreichend. Die große Mehrheit (78 Prozent) meinte dagegen, daß Eigenvorsorge nötig sei (vgl. Föste/Janßen 1997: A32). Auch hier waren die Unterschiede zwischen den einzelnen Alters-, Einkommens- und Berufsgruppen überraschend gering. Die Notwendigkeit einer privaten Altersvorsorge wurde von Arbeitern (77 Prozent), Angestellten (84 Prozent), Selbständigen (90 Prozent) und selbst von Beamten (82 Prozent) erkannt. Sowohl in der untersten Einkommensgruppe als auch in der obersten Einkommensgruppe wurde eine private Altersvorsorge mehrheitlich (74 bzw. 85 Prozent) für notwendig erachtet (vgl. Föste/Janßen 1997: A32, A33).

Bei einer aktuellen Umfrage sagten etwa 60 Prozent der Befragten (im Alter von 15 bis 64 Jahre), daß es ihnen lieber wäre, wenn ihnen das Geld, das sie für die Rentenversicherung abführen müssen, ausgezahlt würde und sie sich damit eine eigene Altersversorgung aufbauen könnten. Die meisten wüßten auch schon, wie sie ihr Geld anlegen würden: in Aktien, Wertpapieren und Rentenfonds, in Lebensversicherungen und Immobilien (vgl. DIE ZEIT, Nr. 23, 1998: 18).

Inzwischen gibt es viele unterschiedliche Möglichkeiten der privaten Altersvorsorge. Einfache Sparverträge bieten eine relativ hohe Sicherheit, doch die Erträge fallen wegen der niedrigen Zinsen gering aus. Attraktiver als das klassische Sparbuch sind private Rentenversicherungen. Dem Versicherungsnehmer wird vom vereinbarten Zeitpunkt an bis zu seinem Tod eine monatliche Rente ausgezahlt. Lebensversicherungen sind Kombinationen aus einem Sparvertrag und einer Versicherung. Bei Vertragsende wird dem Versicherten die vereinbarte Summe entweder als einmaliger Betrag oder als monatliche Rente ausgezahlt. Im Fall des vorzeitigen Todes erhalten die Hinterbliebenen die Versicherungssumme ausgezahlt. Die Kapitalerträge von Lebensversicherungen sind in der Regel vergleichsweise gering.

Höhere Renditen sind mit Kapitalanlagen zu erzielen. Mit den Gewinnen nehmen jedoch erfahrungsgemäß auch die Risiken zu. Kombination aus Aktien-, Renten- und Immobilien-Anlagen sollen die Kursrisiken beherrschbar machen. Derartige „Pension Funds“ werden seit 1998 unter dem Namen „Altersvorsorge-Sondervermögen“ angeboten.

Lebensversicherungen sind gegenwärtig neben dem Erwerb von Immobilien die bedeutendste Form der zusätzlichen privaten Altersvorsorge. Die Unsicherheit über die Zukunft der Renten belebt das Geschäft der Banken und Versicherungen. Allein im Jahr 1997 wurden mehr als sieben Mio. neue Verträge über eine private Lebensversicherung abgeschlossen. Die Summe der eingezahlten Beiträge erhöhte sich gegenüber 1996 um fast fünf Prozent, und die ausgezahlten Leistungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent (vgl. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft 1998: 7). Ein besonders starkes Wachstum wird bei den Direktversicherungen verzeichnet. Immer mehr Arbeitnehmer lassen sich Teile ihres Gehalts nicht auszahlen, sondern vom Arbeitgeber direkt auf eine Lebensversicherung überweisen. Diese Variante der zusätzlichen Altersvorsorge ist wegen der steuerlichen Vorteile vor allem für Bezieher höherer Einkommen attraktiv. Statt mit dem jeweiligen Einkommensteuersatz werden die Beiträge zur Direktversicherung pauschal mit einem Steuersatz in Höhe von 20 Prozent versteuert. Werden Sonderzahlungen - Urlaubs- oder Weihnachtsgeld - als Versicherungsbeiträge verwendet, dann entfallen hierfür auch die Sozialabgaben. Diese Vorteile haben mit dazu beigetragen, daß sich die Versicherungssumme bei Direktversicherungen seit 1990 mehr als verdoppelt hat. Im Jahr 1997 hatten die Versicherten 5,3 Mio. Verträge über eine Direktversicherung im Bestand, die Gesamtversicherungssumme erreichte ein Volumen von 240 Mrd. DM (Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft 1998: 21).

Der Anteil der Lebensversicherungen am gesamten Versorgungsvolumen nimmt seit einigen Jahren kontinuierlich zu. Die ausgezahlten Leistungen der Lebensversicherungen, im Jahr 1997 waren es 71,6 Mrd. DM, entsprechen inzwischen 22,8 Prozent der Renten-

ausgaben der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung. Zum Vergleich: Im Jahr 1980 waren es lediglich 10,3 Prozent (vgl. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft 1998: 22). Vieles spricht dafür, daß dieser Trend der Privatisierung der Altersvorsorge in den nächsten Jahren weiter anhalten wird (vgl. Schmähl 1997: 1010ff.).

5. Soziale Ungleichheit durch die Privatisierung der Altersvorsorge

Eine zusätzliche private Altersvorsorge bietet eine Reihe von Vorzügen: Sie kann nach den persönlichen Bedürfnissen gestaltet werden, die Möglichkeiten der Eigenvorsorge können umfassender als bisher ausgeschöpft werden, und je nach Lebenssituation kann der Mix aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge optimiert werden. Die zusätzliche private Altersvorsorge kann dazu beitragen, bestehende Versorgungslücken zu schließen und drohende Unterversorgung im Alter zu vermeiden. Doch dieses Mehr an Autonomie, Flexibilität, Rentabilität, die bessere Versorgung im Alter und die Gewißheit, später einmal angemessen versorgt zu sein - all dies hat seinen Preis. Wer diesen Preis nicht zahlen kann, dem bleibt nur das von weiteren Kürzungen bedrohte Angebot der gesetzlichen Rentenversicherung. Die zusätzliche private Vorsorge setzt aber nicht nur entsprechende finanzielle Ressourcen voraus. Diese Mittel müssen auch in Vorsorgemaßnahmen umgesetzt werden. Die vielen Varianten der privaten Altersvorsorge müssen gesichtet, die Angebote der Gesellschaften eingeholt und Verträge abgeschlossen werden. Die Qualität der privaten Zusatzversorgung ist deshalb nicht allein vom Geldbeutel, sondern auch von individuellen Kompetenzen abhängig (vgl. Kaufmann 1994: 370ff.).

Nicht alle Bürger verfügen über die finanziellen Mittel, um eine private Altersvorsorge aufzubauen, nicht alle können privat vorsorgen, und einige wollen dies auch nicht. Die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen und die unterschiedliche Fähigkeit und Bereitschaft zur privaten Vorsorge wird zu einer ungleichen Verteilung der Vorsorgeaktivitäten führen. Einige Bevölkerungsschichten werden keine zusätzliche private Altersvorsorge aufbauen können und deshalb von den Einschnitten bei den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung besonders hart betroffen sein. Es besteht die Gefahr, daß damit auch die Altersarmut, die in den letzten Jahren erfolgreich bekämpft werden konnte, wieder zunimmt.

Wie ungleich die Chancen verteilt sind, eine zusätzliche private Altersvorsorge aufzubauen, läßt sich anhand der Verteilung privater Lebensversicherungen untersuchen. Dabei sollten zwei Probleme berücksichtigt werden. Erstens: Nicht alle Lebensversicherungen werden zum Zwecke der zusätzlichen privaten Altersvorsorge abgeschlossen. Ein großer Teil der Policen dient der Absicherung der Hinterbliebenen im Todesfall. Bei der Vergabe

von größeren Krediten wird in aller Regel ebenfalls eine derartige Absicherung verlangt. Doch wenn eine private Lebensversicherung erst einmal besteht, dann kann sie auch zur zusätzlichen Altersvorsorge verwendet werden. Zweitens gilt es zu bedenken, daß es neben der privaten Lebensversicherung noch weitere Möglichkeiten der privaten Altersvorsorge gibt. Lebensversicherungen zählen gegenwärtig jedoch zu den wichtigsten Möglichkeiten der zusätzlichen Altersvorsorge.

Für das Jahr 1995 wiesen die deutschen Lebensversicherer einen Bestand von 81,1 Millionen Verträgen aus (Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft 1997: 7). Damit hätte rein rechnerisch fast jeder Bundesbürger eine eigene Lebensversicherung besitzen können. Eigene Analysen auf der Basis des Mikrozensus 1995 zeigen jedoch, daß dies nicht zutrifft. Sieben von zehn Bundesbürgern haben keine eigene Lebensversicherung. Von den 15- bis 64jährigen haben mehr als 60 Prozent keine eigene Lebensversicherung (vgl. Tabelle 1). Nur 27 Prozent haben eine private Lebensversicherung unter 50 TDM, und lediglich 12 Prozent besitzen eine Lebensversicherung, die mit einer Versicherungssumme von 50 TDM und mehr überhaupt als Element einer zusätzlichen Altersvorsorge in Betracht zu ziehen ist.

Der Vergleich einzelner Bevölkerungsgruppen zeigt, wie ungleich private Lebensversicherungen verbreitet sind. Zwischen den Geschlechtern scheinen die Unterschiede auf den ersten Blick nicht besonders groß zu sein: 33 Prozent der Frauen und 46 Prozent der Männer haben eine eigene private Lebensversicherung. Doch mit der Höhe der Versicherungssumme nimmt die Ungleichheit zu: Acht Prozent der Frauen haben eine Police mit einer Versicherungssumme von 50 TDM und mehr; bei den Männern ist dieser Anteil mit über 16 Prozent mehr als doppelt so groß. Die Verteilung nach dem Alter zeigt, daß Lebensversicherungen vor allem in den mittleren Altersgruppen vorhanden sind. Von den 30- bis 49jährigen hat etwa jeder zweite eine Lebensversicherung; jeder fünfte hat eine Police über 50 TDM und mehr. Bei den 20- bis 29jährigen und bei den 50- bis 59jährigen hat dagegen nur jeder zehnte eine Lebensversicherung in dieser Größenordnung.

Zwischen den einzelnen Berufsgruppen bestehen ganz erhebliche Unterschiede. Von denjenigen, die nie erwerbstätig waren, haben lediglich neun Prozent eine Lebensversicherung, bei den Arbeitern sind es 38 Prozent, bei den Angestellten 45 Prozent und bei den Beamten etwa 54 Prozent. Die Mehrheit der Selbständigen besitzt eine eigene Lebensversicherung; bei den Freiberuflern sind es 50 Prozent und bei den Selbständigen mit Beschäftigten sind es 64 Prozent. In diesen beiden Gruppen ist der Anteil derjenigen, die über eine Lebensversicherung von mindestens 50 TDM verfügen, mit 28 Prozent bzw. 46 Prozent besonders groß.

Tabelle 1: Private Lebensversicherung nach Geschlecht, Alter, Beruf und Einkommen (in Prozent)

	Keine Lebens- versicherung (LV)	LV unter 50 TDM	LV 50 bis unter 100 TDM	LV 100 TDM und mehr
Insgesamt¹⁾	60,4	27,3	7,0	5,3
Geschlecht				
Frauen	66,6	25,3	4,9	3,2
Männer	54,3	29,2	9,0	7,4
Altersgruppen				
15-20 Jahre	88,1	10,4	1,0	0,5
20-29 Jahre	67,4	23,0	6,0	3,6
30-39 Jahre	52,6	28,8	10,3	8,2
40-49 Jahre	50,4	31,6	9,7	8,3
50-59 Jahre	57,3	33,0	5,7	4,0
60-64 Jahre	73,0	22,9	2,2	1,9
Stellung im Beruf²⁾				
Selbständige mit Beschäftigten	35,6	18,6	14,7	31,0
Selbständige ohne Beschäftigte	50,0	21,6	11,6	16,8
Mithelfende Familienangehörige	66,2	22,0	6,5	5,3
Beamte	46,4	32,9	12,8	7,9
Angestellte	54,7	30,3	8,7	6,2
Arbeiter	61,8	30,9	5,3	2,0
Auszubildende	80,2	17,1	2,0	0,8
Nie erwerbstätig gewesen	90,6	7,8	0,9	0,6
Einkommensgruppen³⁾				
6000 DM und mehr	24,7	16,2	17,5	41,5
3000 bis unter 6000 DM	37,9	32,4	16,2	13,5
1000 bis unter 3000 DM	57,8	33,0	6,2	3,1
unter 1000 DM	77,6	18,0	2,8	1,6

¹ Personen im Alter von 15 bis 64 Jahre. Die Frage nach einer Lebensversicherung (ohne Sterbegeldversicherung) wurde nur 0,25 Prozent aller Haushalte in der Bundesrepublik vorgelegt. Die Beantwortung war freigestellt. Die Daten wurden gewichtet.

² Für Erwerbstätige: Gegenwärtig ausgeübter Beruf. Für Nichterwerbstätige: Letzte Tätigkeit.

³ Monatliches Nettoeinkommen der Personen (Alle Einkommen, z.B. Lohn oder Gehalt, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Kindergeld, Wohngeld, Unternehmereinkommen, öffentliche Unterstützungen etc., abzüglich Lohnsteuer, Kirchensteuer und Sozialversicherungsbeiträge. Datenbasis: Mikrozensus 1995. Eigene Berechnungen.

Zwischen den Einkommensgruppen gibt es sehr große Differenzen. Von den Geringverdienern (unter 1000 DM) haben nur 22 Prozent eine private Lebensversicherung, in der nächsthöheren Einkommensgruppe sind es 42 Prozent und in der nächsten Gruppe bereits 62 Prozent. In der obersten Einkommensgruppe (6000 DM und mehr) verfügen mehr als 75 Prozent über eine Lebensversicherung, mehr als 40 Prozent haben sogar eine Police

mit einer Versicherungssumme von 100 TDM und mehr. Diese Kategorie ist in den beiden untersten Einkommensgruppen fast nicht vorhanden (vgl. Tabelle 1).

6. Vorsorgebedarf und Vorsorgemöglichkeiten

Über die Größe der Effekte der einzelnen Faktoren auf das Vorhandensein einer eigenen Lebensversicherung lassen sich auf der Basis der Verteilungsinformationen keine Aussagen treffen. Mit dem Geschlecht, dem Alter und der Stellung im Beruf variiert das Einkommen, das Geschlecht steht wiederum in engem Zusammenhang mit der Stellung im Beruf etc. Die Frage, ob die Stellung im Beruf für das Vorhandensein einer privaten Lebensversicherung ausschlaggebend ist oder ob nicht vielmehr das mit dem Beruf variierende Erwerbseinkommen dafür verantwortlich ist, kann noch nicht beantwortet werden. Wenn die Ursachen für die beschriebenen Unterschiede aufgedeckt werden sollen, dann müssen alle vier Faktoren - Geschlecht, Alter, Stellung im Beruf und Einkommen - in einem multivariaten Modell simultan untersucht werden.

Im Rahmen eines multivariaten Analysemodells wurden die Wahrscheinlichkeiten des Vorhandenseins einer privaten Lebensversicherung über 50 TDM in Abhängigkeit von Geschlecht, Alter, Stellung im Beruf und persönlichem Nettoeinkommen geschätzt. Das Ergebnis der logistischen Regression läßt den Schluß zu, daß das Einkommen den größten Einfluß auf das Vorhandensein einer privaten Lebensversicherung hat. Etwas schwächer sind die Effekte der Faktoren „Stellung im Beruf“, „Alter“ und „Geschlecht“ (vgl. Tabelle 2). Einen Eindruck vom Zusammenspiel der vier Faktoren geben die Abbildungen 1 und 2.

Die Darstellung der geschätzten Wahrscheinlichkeiten, eine private Lebensversicherung mit einer Versicherungssumme von mindestens 50 TDM zu besitzen, macht vier Befunde sehr deutlich: Erstens, das Einkommen hat den größten Einfluß auf das Bestehen einer privaten Lebensversicherung; zweitens, der Einkommenseffekt ist nicht linear; drittens, der Einfluß des Faktors „Stellung im Beruf“ variiert mit der Höhe des Einkommens; viertens, die Effekte von Geschlecht und Alter sind im Vergleich hierzu eher gering.

1. Das Einkommen ist der wichtigste Einflußfaktor

Von den betrachteten vier Faktoren hat das Einkommen den größten Effekt auf das Bestehen einer privaten Lebensversicherung. Bei einem Monatseinkommen von unter 1000 DM liegt die Wahrscheinlichkeit einer privaten Lebensversicherung mit einer Versicherungssumme von mindestens 50 TDM nahe Null. Mit anderen Worten: eine Police in dieser Größenordnung ist im unteren Einkommensbereich sehr unwahrscheinlich. Die drei anderen Faktoren, Stellung im Beruf, Alter und Geschlecht, haben hier fast keine Bedeutung. Mit steigendem Einkommen wächst die Wahrscheinlichkeit, eine private Lebensver-

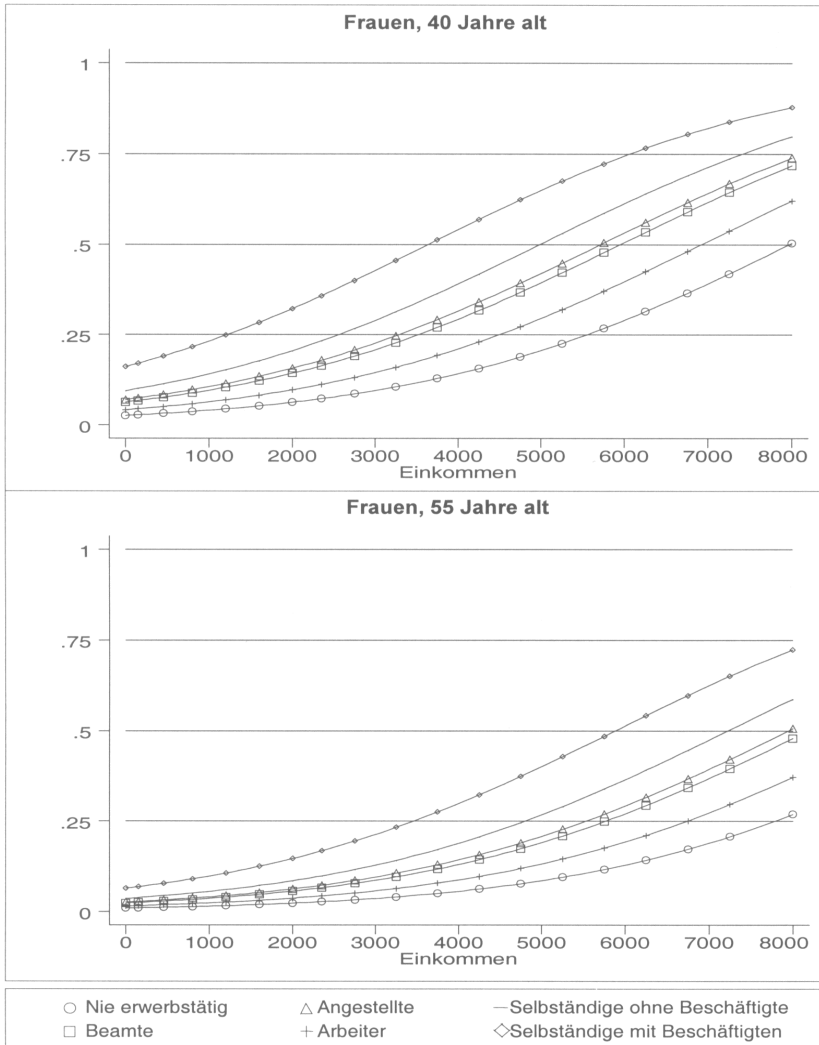
sicherung zu besitzen, deutlich an. Bei einem Einkommen von 8000 DM liegt sie, abhängig vor allem von der Stellung im Beruf und vom Alter, in einem Bereich von etwa 0.5 bis 0.9 (für 40jährige) bzw. von 0.25 bis 0.75 (für 55jährige). Dieses Ergebnis zeigt, daß für das Bestehen einer privaten Lebensversicherung in erster Linie die verfügbaren finanziellen Mittel ausschlaggebend sind.

Tabelle 2: Ergebnisse der logistischen Regression

Logit Estimates						Number of obs = 68924	
						chi2(11) = 9812.64	
Log Likelihood = -21098.162						Prob > chi2 = 0.0000	
						Pseudo R2 = 0.1887	
LV=>50TDM	OddsRatio	Std.Err.	z	P> z	[95%Conf.Interval]		
Geschlecht	1.2386	.0375	7.052	0.000	1.1671	1.3145	
Alter	1.2248	.0110	22.489	0.000	1.2034	1.2467	
AlterXAlter ¹⁾	.9971	.0001	-26.017	0.000	.9969	.9973	
Einkommen	1.0004	.0000	48.927	0.000	1.0004	1.0004	
*Beamte	2.6416	.3008	8.531	0.000	2.1132	3.3022	
*Angestellte	2.9282	.3074	10.233	0.000	2.3836	3.5973	
*Arbeiter	1.7652	.1859	5.393	0.000	1.4358	2.1701	
*Azubi	1.2852	.2202	1.465	0.143	.9186	1.7982	
*Mithelf.Familienang.	6.3471	2.1467	5.464	0.000	3.2711	12.3159	
*Selbst.ohne Beschäft.	6.0803	.7259	15.119	0.000	4.8117	7.6833	
*Selbst. mit Beschäft.	8.2308	.9607	18.058	0.000	6.5476	10.3467	
Logit Estimates						Number of obs = 68924	
						chi2(11) = 9812.64	
Log Likelihood = -21098.162						Prob > chi2 = 0.0000	
						Pseudo R2 = 0.1887	
LV=>50TDM	Coef. -	Std.Err.	z	P> z	[95%Conf.Interval]		
Geschlecht	.2140	.0303	7.052	0.000	.1545	.2734	
Alter	.2028	.0090	22.489	0.000	.1851	.2205	
AlterXAlter ¹⁾	-.0028	.0001	-26.017	0.000	-.0030	-.0026	
Einkommen	.0004	.0000	48.927	0.000	.0004	.0004	
*Beamte	.9714	.1138	8.531	0.000	.7482	1.1946	
*Angestellte	1.0744	.1049	10.233	0.000	.8686	1.2801	
*Arbeiter	.5682	.1053	5.393	0.000	.3617	.7747	
*Azubi	.2509	.1713	1.465	0.143	-.0848	.5868	
*Mithelf.Familienang.	1.8480	.3382	5.464	0.000	1.1851	2.5108	
*Selbst.ohne Beschäft.	1.8050	.1193	15.119	0.000	1.5710	2.0390	
*Selbst. mit Beschäft.	2.1078	.1167	18.058	0.000	1.8791	2.3366	
cons	-7.2762	.1800	-40.409	0.000	-7.6292	-6.9233	

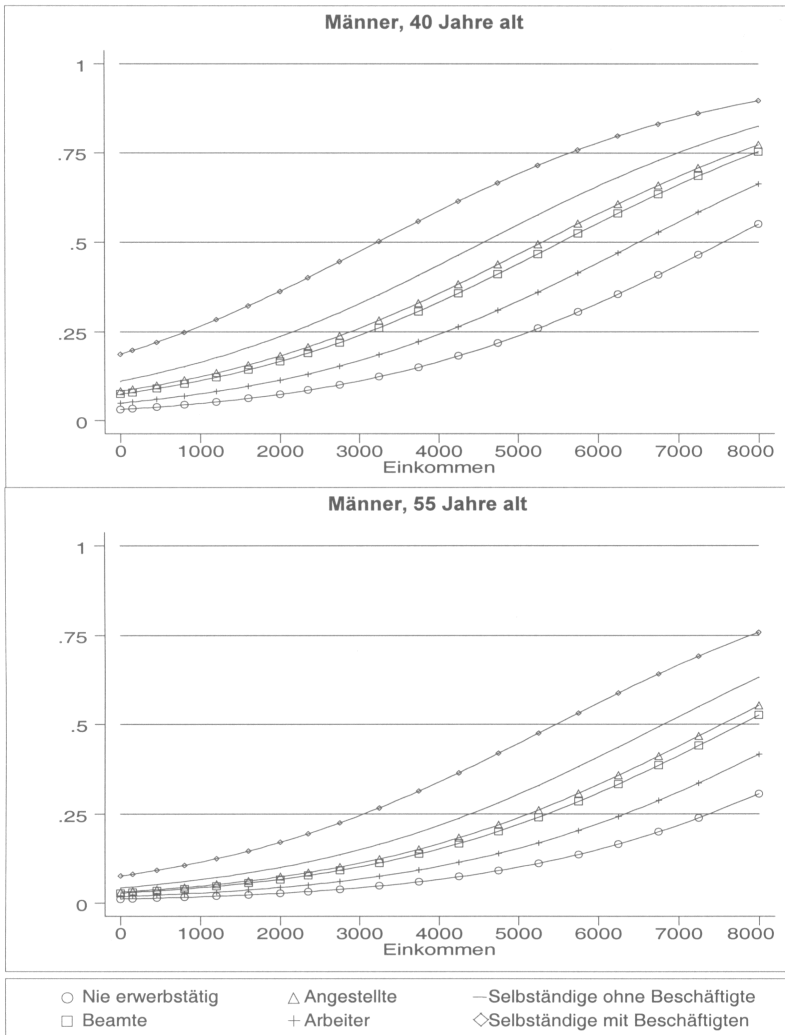
* Die mit * gekennzeichneten Variablen sind Dummies - Referenzkategorie sind diejenigen, die nie erwerbstätig waren.¹⁾ Die Resultate der Tabelle 1 legen die Vermutung nahe, daß der Effekt des Alters nicht-linear ist. Deshalb wurde die nicht-lineare Variable Alter² (AlterXAlter) gebildet und in das Modell aufgenommen. Datenbasis: Mikrozensus 1995. Eigene Berechnungen.

Abbildung 1: Wahrscheinlichkeit einer privaten Lebensversicherung mit einer Versicherungssumme von mindestens 50 TDM nach Einkommen, Stellung im Beruf und Alter- Frauen



Datenbasis: Mikrozensus 1995. Eigene Berechnungen.

Abbildung 2: Wahrscheinlichkeit einer privaten Lebensversicherung mit einer Versicherungssumme von mindestens 50 TDM nach Einkommen, Stellung im Beruf und Alter - Männer



Datenbasis: Mikrozensus 1995. Eigene Berechnungen.

2. Der Einkommenseffekt ist nicht linear

Generell erhöht sich mit steigendem Einkommen die Wahrscheinlichkeit einer privaten Lebensversicherung. Dieser Anstieg verläuft jedoch nicht linear. Im unteren Einkommensbereich ist er wesentlich geringer als im mittleren Einkommenssektor. Erst ab einem Nettoeinkommen von etwa 3000 DM steigen die Kurven steil an. Bis zu dieser Einkommenshöhe reichen die finanziellen Mittel offenbar nicht aus, um eine Lebensversicherung mit einer Versicherungssumme von 50 TDM und mehr zu finanzieren.

3. Der Einfluß des Faktors „Stellung im Beruf“ variiert mit der Einkommenshöhe

Der Einfluß der Variablen „Stellung im Beruf“ ist ebenfalls beachtlich. Unabhängig von der Höhe des Einkommens ist die Wahrscheinlichkeit einer privaten Lebensversicherung bei denjenigen, die nie erwerbstätig waren, am geringsten und bei Selbständigen mit Beschäftigten am höchsten. Da die meisten Selbständigen keine eigenen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zahlen, ist der Vorsorgebedarf in dieser Berufsgruppe jedoch auch entsprechend groß. Angesichts dieses größeren Vorsorgebedarfs erscheinen die Vorsorgemaßnahmen bei einigen Gruppen von Selbständigen eher unzureichend. Vor allem Selbständige ohne Beschäftigte, Freiberufler und Mithelfende Familienangehörige verfügen selten über eine eigene Lebensversicherung (vgl. auch Tabelle 1). Bei Angestellten und Beamten fallen die Wahrscheinlichkeiten ebenfalls gering aus. Deutlich kleiner sind sie bei den Arbeitern. Bemerkenswert ist, daß der Effekt der Stellung im Beruf mit der Höhe des Einkommens variiert. Im unteren Einkommenssektor ist er eher gering, im oberen Einkommensbereich ist die Spanne zwischen den Berufsgruppen am größten. Es wurde schon erwähnt, daß offenbar erst ab einem bestimmten Einkommensniveau die Möglichkeit besteht, eine private Lebensversicherung in dieser Größenordnung abzuschließen.

4. Die Effekte von Geschlecht und Alter sind vergleichsweise gering.

Verglichen mit dem Einkommen und der Stellung im Beruf haben die beiden anderen Faktoren, Alter und Geschlecht, einen geringen Einfluß. Generell gilt, daß Männer mit größerer Wahrscheinlichkeit eine private Lebensversicherung besitzen als Frauen. Der Einfluß des Geschlechts ist zwar eher gering, er sollte aber nicht unterschätzt werden. Die Gruppe derjenigen, die nie erwerbstätig waren, besteht überwiegend aus Frauen, die Gruppe der Selbständigen mit Beschäftigten überwiegend aus Männern. Zwischen den Geschlechtern und der Höhe der Einkommen bestehen ebenfalls signifikante Zusammenhänge. Der Einfluß des Lebensalters ist nicht-linear (vgl. Tabelle 1). Bis etwa zum 40. Lebensjahr steigt die Wahrscheinlichkeit, eine private Lebensversicherung zu besitzen, deutlich an, von da an fällt sie wieder.

Die Möglichkeiten, eine eigene zusätzliche Altersvorsorge aufzubauen, sind in erster Linie von der Höhe des eigenen Einkommens und der Stellung im Beruf abhängig. Beide Größen sind jedoch auch für die Vorsorgechancen im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung und der betrieblichen Altersvorsorge von Bedeutung. Es ist deshalb nicht zu erwarten, daß die zusätzliche private Vorsorge ausgleichende Effekte haben wird. Im Gegenteil: es besteht die Gefahr, daß es zur Kumulation von Benachteiligungen kommt (vgl. Tabelle 3).

Die Mehrzahl der Un- und Angelernten und die meisten einfachen und qualifizierten Angestellten haben keine private Lebensversicherung. Policen mit einer Versicherungssumme von 50 TDM sind sehr selten. Doch vor allem die geringqualifizierten Arbeitnehmer müßten zusätzlich privat vorsorgen. Weil sie nur geringe Erwerbseinkommen beziehen und in der Regel unstete, lückenhafte Erwerbsverläufe haben, fallen ihre Rentenansprüche im bestehenden System der lohn- und beitragsbezogenen Rente eher gering aus. Zudem zählen un- und angelernte Arbeiter und einfache Angestellte zur Randbelegschaft. Sie verfügen deshalb auch eher selten über eine betriebliche Altersvorsorge (vgl. Tabelle 3).

Mit der Höhe der beruflichen Position steigt die Häufigkeit von privaten Lebensversicherungen deutlich an. Je höher die Stellung im Betrieb ist, d.h. in aller Regel, je höher Qualifikation und Einkommen sind, desto häufiger ist der Besitz einer Versicherungspolice von 50 TDM und mehr (vgl. Tabelle 3). Beschäftigte mit einem hohen Qualifikations- und Tätigkeitsniveau sind jedoch bereits durch die betriebliche Altersvorsorge und die gesetzliche Rentenversicherung verhältnismäßig gut abgesichert. Im Ruhestand beziehen sie häufiger als Beschäftigte mit einem niedrigen Qualifikations- und Tätigkeitsniveau Leistungen aus einer betrieblichen Altersvorsorge, die zudem in der Regel höher ausfallen. Sie beziehen im Vergleich auch deutlich höhere Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1998: 123ff.).

Es scheint nur gerecht zu sein, daß besserverdienende Beitragszahler im Alter höhere Renten von der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten, zahlen sie doch in der Regel auch mehr in die Rentenkassen ein. Doch wird hier übersehen, daß die Rentenhöhe nur zum Teil von den tatsächlich geleisteten Beiträgen abhängig ist. Aufgrund der Beitragsbemessungsgrenze werden Besserverdienende in aller Regel auch bessergestellt. Es wird vergessen, daß „die Beitragsfinanzierung in der Sozialversicherung im Vergleich zur Einkommenssteuer das eindeutig 'asozialere' Finanzierungsinstrument ist: Es gibt keinen Freibetrag für niedrige Einkommen, keinen progressiven Verlauf - obendrein gibt es an der Einkommensspitze sogar einen Luxusfreibetrag für hohe Einkommen“ (Borchert 1996: 327). Die gesetzliche Rentenversicherung trägt wesentlich zur Umverteilung von unten nach oben bei - und dies um so mehr, je stärker das Versicherungsprinzip ausgebaut und Mechanismen des sozialen Ausgleichs abgebaut werden (ebenda).

Tabelle 3: Private Lebensversicherung, Einkommen und betriebliche Altersvorsorge (in Prozent)

	Netto-Einkommen 3000 DM und mehr im Monat ¹	LV 50 bis unter 100 TDM vor- handen ²	LV 100 TDM und mehr vorhanden ²	Betriebliche Altersvorsorge vorhanden ²
Öffentlicher Dienst				
Angestellte	22,8	8,6	4,4	44,9
Direktoren, Amtsleiter	65,4	15,3	8,1	47,0
Abteilungsleiter	72,1	15,2	8,5	56,9
Sachgebietsleiter	60,3	13,2	9,7	48,6
Herausgehobene, qualifizierte Fachkräfte	39,7	9,6	7,0	39,8
Sachbearbeiter, Schichtführer	19,0	9,3	3,9	52,8
Bearbeiter, Fachkräfte	9,3	7,5	2,3	44,0
Bürokräfte, Schreibkräfte, Angelernte	7,1	5,7	2,5	39,4
Arbeiter	11,1	5,9	2,6	46,0
Meister, Poliere, Schachtmeister	27,1	11,3	7,5	40,8
Vorarbeiter, Kolonnenführer	27,6	9,8	2,3	60,5
Facharbeiter, Gesellen	16,4	7,8	3,8	53,1
Un- und angelernte Arbeiter	6,1	4,2	1,8	40,6
Privatwirtschaft				
Angestellte	32,8	10,9	8,7	29,6
Geschäftsführer, Betriebsleiter	79,3	17,2	30,5	43,3
Abteilungsleiter, Prokuristen	78,9	17,4	21,8	48,5
Handlungsbevollmächtigte	74,3	17,6	19,2	52,7
Herausgehobene, qualifizierte Fachkräfte	60,8	14,5	13,9	38,1
Sachbearbeiter, Schichtführer	31,2	11,4	7,1	37,0
Bearbeiter, Fachkräfte	13,3	8,1	4,0	18,0
Bürokräfte, Schreibkräfte, Angelernte	9,5	6,9	3,7	17,9
Arbeiter	13,9	7,2	2,8	20,0
Meister, Poliere, Schachtmeister	40,9	11,7	6,7	23,8
Vorarbeiter, Kolonnenführer	33,5	11,0	5,9	29,2
Facharbeiter, Gesellen	15,8	8,6	3,3	20,9
Un- und angelernte Arbeiter	8,4	5,1	1,8	17,9

¹ Monatliches Nettoeinkommen der Person (Alle Einkommen, z.B. Lohn oder Gehalt, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Kindergeld, Wohngeld, Unternehmereinkommen, öffentliche Unterstützungen etc., abzüglich Lohnsteuer, Kirchensteuer und Sozialversicherungsbeiträge.

² Die Frage nach einer Lebensversicherung (ohne Sterbegeldversicherung) und die Frage nach der betrieblichen Altersvorsorge wurden nur 0,25 Prozent aller Haushalte in der Bundesrepublik vorgelegt. Die Beantwortung war freigestellt. Die Daten wurden gewichtet.

Datenbasis: Mikrozensus 1995. Eigene Berechnungen.

Die beiden nicht-privaten Alterssicherungssysteme, die gesetzliche Rentenversicherung und die betriebliche Altersvorsorge, bewirken bereits, daß die gegenwärtige Ungleichheit der Erwerbseinkommen in eine zukünftige Ungleichheit der Alterseinkommen transferiert und damit verstetigt wird. Die Privatisierung der Altersvorsorge wird diesen Effekt nicht kompensieren können, sondern im Gegenteil noch verstärken.

7. Fazit

Die Misere auf dem Arbeitsmarkt und die Alterung der Gesellschaft haben das System der gesetzlichen Rentenversicherung an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit geraten lassen. Die fortwährenden Eingriffe und Reparaturen am System haben die Bürger verunsichert; die meisten haben kein Vertrauen mehr in die Zukunft der Renten. Mit den Rentenreformgesetzen 1992 und 1999 wurden zudem eine Reihe von einschneidenden Leistungskürzungen beschlossen. Ob diese Maßnahmen ausreichen werden, die Entwicklung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung zu begrenzen, ist jedoch von der Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen abhängig - und deshalb ungewiß. Sicher ist dagegen, daß sich das Beitrags-Leistungs-Verhältnis der gesetzlichen Rentenversicherung zukünftig verschlechtern wird: Einem steigenden Beitragssatz stehen abnehmende Leistungen gegenüber. Die meisten Bundesbürger befürchten, den gewohnten Lebensstandard im Alter nicht mehr aufrechterhalten zu können und wollen deshalb zusätzlich privat vorsorgen.

In den letzten Jahren hat die private Altersvorsorge bereits an Bedeutung gewonnen. Private Lebensversicherungen gehören gegenwärtig zu den wichtigsten Formen der privaten Altersvorsorge. Analysen auf der Basis des Mikrozensus 1995 haben ergeben, daß private Lebensversicherungen in den einzelnen Einkommens-, Berufs- und Altersschichten in ganz unterschiedlichem Ausmaß verbreitet sind. Den größten Einfluß auf das Vorhandensein einer privaten Lebensversicherung hat die Höhe des Einkommens. Je höher das Einkommen ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, eine entsprechende Versicherungspolice zu besitzen. Un- und angelernte Arbeiter bzw. einfache Angestellte haben mit ihren kleinen Einkommen kaum die Möglichkeit, eine private Lebensversicherung zur Altersvorsorge abzuschließen. Doch vor allem sie müßten zusätzlich privat vorsorgen, weil ihre Ansprüche gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung relativ gering ausfallen und sie vergleichsweise selten über eine betriebliche Altersvorsorge verfügen.

Die Privatisierung der Altersvorsorge nach dem Motto „Rette sich, wer kann“ verschärft die soziale Ungleichheit; sie läßt die Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft anwachsen und trägt zur weiteren Entsolidarisierung bei. Eine aktive Sozialpolitik, die wieder stärker an den Bedürfnissen der sozial Schwächeren ausgerichtet ist, sollte dem entgegenwirken.

Im Zentrum einer solchen Politik müßten Maßnahmen stehen, die gezielt die unteren Einkommensgruppen entlasten und ihnen die Gelegenheit bieten, eine zusätzliche private Altersvorsorge aufzubauen. Hierfür gibt es eine Reihe von konkreten Ansatzpunkten:

1. Bei den notwendigen Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung sind Leistungskürzungen nicht zu vermeiden. Doch müssen die sozialen Folgen dieser Maßnahmen stärker als bisher berücksichtigt werden. Die finanziellen Lasten, die auf das System der gesetzlichen Rentenversicherung zukommen, sollten nicht nur zwischen den Generationen, sondern auch innerhalb der Generationen gerecht verteilt werden. Die unteren Einkommensgruppen sollten von den Kürzungen nicht übermäßig betroffen werden. Die Bezieher höherer Einkommen sollten stärker als bisher zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung herangezogen werden.
2. Die Möglichkeiten der zusätzlichen privaten Altersvorsorge sollten für alle Bürger, vor allem jedoch für die unteren Einkommensgruppen, verbessert werden. Das Instrument der staatlichen Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer könnte hierfür umgestaltet bzw. ergänzt werden. Im Rahmen einer solchen Reform sollte die Arbeitnehmer-Sparzulage in eine wirksamere „Altersvorsorge-Sparzulage“ umgewandelt werden.
3. Die private Altersvorsorge sollte auch für Geringverdiener steuerlich begünstigt werden. Gegenwärtig kommt die Pauschalsteuer für Beiträge zur Direktversicherung vor allem den Beziehern höherer Einkommen zugute. Der Steuersatz für Beiträge zur privaten Altersvorsorge sollte deutlich vermindert werden.

Viele Bürger sind bereit, zusätzlich privat vorzusorgen. Denen, die hierzu aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sind, sollte im Rahmen des Möglichen geholfen werden.

Korrespondenzadresse

*Thomas Bulmahn
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
Abt. Sozialstruktur und Sozialberichterstattung
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
bulmahn@medea.wz-berlin.de*

Literatur

Bäcker, G., 1998: Die Zukunft der Alterssicherung. Wahlkampf um das richtige Renten-Konzept. Soziale Sicherheit, 47. Jahrgang, Heft 6: 201-212.

Biedenkopf, K. H., 1985: Die neue Sicht der Dinge. Plädoyer für eine freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung. München.

Biedenkopf, K. H., 1998: Von der Arbeitnehmerrente zur Bürgerrente. Das Konzept der Grundsicherung im Alter für alle Bürgerinnen und Bürger. Manuskript.

Borchert, J., 1996: Sozialstaat unter Druck. Universitas: Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, 51. Jahrgang, Nr. 598: 318-330.

Breyer, F., 1998: Individuelle und kollektive Sicherungsversprechen im demographischen Wandel. S. 48-76 in: B. Seel (Hrsg.), Sicherungssysteme in einer alternden Gesellschaft. Perspektiven sozialer Sicherung zwischen Selbstverantwortung und Solidarität. Frankfurt am Main, New York.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) 1998a: Alterssicherungsbericht 1997. Bonn.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) 1998b: Sozialbericht 1997. Bonn.

Bundesregierung 1996: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Gerd Andres, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD „Entwicklung der Vermögen und ihrer Verteilung“. In: Drucksache 13/3885, vervielf. Manuskript.

Föste, W./Janßen P., 1997: Finanzierungs- und Belastungsgrenzen des Sozialstaates im Urteil der Bevölkerung. Schriftenreihe zur Ordnungspolitik 3. Bonn.

Frerich, J./Frey M., 1993: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Band 3: Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Herstellung der Deutschen Einheit. München, Wien.

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (Hg.) 1997: Die deutsche Lebensversicherung in Zahlen. Geschäftsentwicklung 1996. Berlin.

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (Hg.) 1998: Die deutsche Lebensversicherung in Zahlen. Geschäftsentwicklung 1997. Berlin.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hg.) 1997: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Köln.

Kaufmann, F.-X., 1994: Staat und Wohlfahrtsproduktion. In: H.-U. Derlien/U. Gerhardt/F. W. Scharpf (Hrsg.), Systemrationalität und Partialinteresse, Festschrift für Renate Mayntz. Baden-Baden.

Krupp, H.-J./Weeber J., 1997: Pro und Kontra Grundrente. Eine Analyse aus volkswirtschaftlicher Sicht. Deutsche Rentenversicherung, Heft 3/4 205-219.

Lampert, H., 1997: Krise und Reform des Sozialstaates, Finanzwissenschaftliche Schriften Nr. 82.

Miegel, M./Wahl S., 1985: Gesetzliche Grundsicherung, private Vorsorge - der Weg aus der Rentenkrise. Stuttgart.

Rolf, G./Wagner G., 1996: Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Stand und Perspektiven. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ B 35: 23-32.

Schmähl, W., 1997: Alterssicherung zwischen Vorsorge und Versorgung. Konzeptionen, Entwicklungstendenzen und eine Entwicklungsstrategie für die deutsche Alterssicherung. S. 1006-1020 in: S. Hradil (Hrsg.), Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main.

Schmähl, W., 1998: Perspektiven der Alterssicherung - Anmerkungen zu Konzeptionen und Instrumenten. S. 154-177 in: B. Seel (Hrsg.), Sicherungssysteme in einer alternden Gesellschaft. Perspektiven sozialer Sicherung zwischen Selbstverantwortung und Solidarität. Frankfurt am Main, New York.

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.) 1998a: PROGNOSE-Gutachten 1998. Auswirkungen veränderter ökonomischer und rechtlicher Rahmenbedingungen auf die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland. DRV-Schriften Band 9, Frankfurt am Main.

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.) 1998b: Die Rentenreform 1999 im Überblick. Sonderausgabe zur Rentenreform 1999. Frankfurt am Main.

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.) 1998c: VDR aktuell - Informationen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Frankfurt am Main, 20. Mai 1998.

DIE FOLGEN PREKÄRER ARBEITSVERHÄLTNISSE FÜR DAS AUSMAß SOZIALER UNGLEICHHEIT: EINKOMMENSBENACHTEILIGUNG BEFRISTETER ARBEITSVERTRÄGE

MARTIN GROß

Diese Studie untersucht anhand des „Mikrozensus 1995“ einerseits die Auswirkung der Befristung von Arbeitsverträgen auf das monatliche Nettoeinkommen von Arbeitnehmern und geht andererseits der Frage nach, welche sozialstrukturellen Merkmale die Wahrscheinlichkeit, einen befristeten Arbeitsvertrag zu erhalten, beeinflussen. Es zeigt sich, daß die Befristung von Arbeitsverträgen durchschnittlich zu „Einkommensverlusten“ führt. Darüber hinaus wird aber deutlich, daß sich die Befristung von Verträgen je nach sozialer Position unterschiedlich auswirkt. Während die Einkommensverluste der Befristung vor allem in unteren beruflichen Stellungen festzustellen sind, liegen die Verdienste hochqualifizierter Arbeitskräfte und von Personen in höheren Leitungspositionen teilweise sogar über denen der Arbeitnehmer in vergleichbaren Positionen mit unbefristeten Verträgen. Insgesamt deuten diese Ergebnisse darauf hin, daß die Befristung von Arbeitsverträgen das Ausmaß sozialer Ungleichheit vergrößert. Diese Schlußfolgerung wird durch das Muster der Allokation auf Positionen mit befristeten Verträgen unterstrichen: Einerseits sind es Personen mit Hochschulabschluß, die vornehmlich befristete Arbeitsverträge erhalten, andererseits aber gerade die typischerweise am Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen: Jüngere Personen, Frauen und Gastarbeiter. Diesen Gruppen droht durch die Befristung von Verträgen eine Kumulation der Benachteiligungen.

Using data of the „Mikrozensus 1995“, this paper investigates the impact of temporary employment on wages on the one hand and the influence of social structure on entering temporary employment on the other hand. It turns out that temporary employment bears lower wages. But the effect of temporary employment on wages varies according to the social position of the employee: while people in lower and medium occupational positions

earn less money, the income of highly qualified people in managerial positions tends to be higher. Thus, temporary contracts seem to enlarge social inequality. This conclusion is underlined by the pattern of allocation to temporary employment: people having a university degree as well as typically disadvantaged groups like younger people, women and foreign workers have a higher risk of getting temporary contracts. The disadvantages of these groups seem to be enhanced by temporary employment.

1. Einleitung

„Globalisierung“ und „Deregulierung“ sind die Schlagworte, die immer häufiger in der Diskussion um Arbeitsmärkte und soziale Ungleichheit auftauchen (vgl. zum Beispiel Lecher 1987; Emerson 1988; Hurrell/Woods 1995). Zunehmender Konkurrenzdruck im weltweiten Wettbewerb, so die weit verbreitete Befürchtung, führe zur rasanten Deregulierung von Arbeitsverhältnissen, die wiederum eine eklatante Zunahme sozialer Ungleichheit nach sich ziehe (vgl. Adamy 1988; Möller 1988 oder Wittich 1996).

Doch weder der tatsächliche Umfang von Deregulierungsmaßnahmen noch deren Folgen für die soziale Ungleichheit sind bislang hinreichend empirisch dokumentiert. In welchem Ausmaß lassen sich Deregulierungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt beobachten? Welche Bevölkerungsgruppen sind von solchen Maßnahmen besonders betroffen? Läßt sich die These stützen, daß Deregulierungsmaßnahmen das Ausmaß sozialer Ungleichheit vergrößern?

Der Mikrozensus 1995 bietet die Möglichkeit, den drei genannten Problembereichen etwas näher auf den Grund zu gehen. Dabei konzentriert sich die Studie auf Verteilung und Auswirkung der *Befristung von Arbeitsverträgen*. Die faktische Aufhebung des Kündigungsschutzes in befristeten Arbeitsverhältnissen setzt die Arbeitnehmer verstärkt der Marktkonkurrenz aus, vor der sie in sicheren Arbeitspositionen weitgehend geschützt sind. Damit ist die Befristung von Arbeitsverträgen eine Deregulierungsmaßnahme par excellence, wenn man unter Deregulierung „eine Änderung in den institutionellen Steuerungsarrangements zur Abwicklung von Transaktionen in der Weise ... , daß nichtmarktliche Steuerungsinstitutionen durch den Markt ersetzt werden“ (Traxler 1994: 4), versteht. Untersucht wird, ob und in welchem Ausmaß die Befristung von Arbeitsstellen sich auf die Einkommensverteilung – fraglos einer der wichtigsten Dimensionen sozialer Ungleichheit – auswirkt, und welche sozialen Gruppen primär von der Befristung betroffen sind.

Im nächsten Abschnitt werden zunächst einige ökonomische und soziologische Theorien vorgestellt, die sich zumindest indirekt mit den Auswirkungen der Befristung von Arbeitsverträgen auf die individuellen Arbeitseinkommen befassen. Dabei wird der „Theorie

der geschlossenen Positionen“ (Sørensen 1983) ein besonderes Gewicht zukommen, da sie die fundamentale Bedeutung der Öffnung von Positionen, wie sie durch die Befristung vollzogen wird, für die Generierung sozialer Ungleichheit hervorhebt. Die aus den unterschiedlichen Theorien abgeleiteten Hypothesen werden im zweiten Abschnitt des empirischen Teils mit den Daten des Mikrozensus 1995 geprüft, indem der Effekt der Befristung auf individuelle Nettoeinkommen mittels multivariater Regressionsmodelle untersucht wird. Der erste Abschnitt des empirischen Teils geht der für sich schon interessanten Frage nach, welche soziale Gruppen besonders vom Risiko der Befristung betroffen sind.

2. Befristung von Arbeitsverträgen und soziale Ungleichheit: Einige theoretische Ansätze

Es gibt keine Theorien, die sich direkt mit der Auswirkung der Befristung von Arbeitsverhältnissen auf individuelle Arbeitseinkommen, oder gar allgemeiner, auf das Ausmaß sozialer Ungleichheit befassen. Doch lassen sich aus den gängigen ökonomischen Theorien einerseits und der Theorie der geschlossenen Positionen andererseits diesbezüglich Hypothesen ableiten.

Die Klassische Arbeitsmarkttheorie

Die (neo-) klassische Arbeitsmarkttheorie (Pfriem 1978; Kalleberg/Sørensen 1979; Lang/Dickens 1994) kennt den Unterschied zwischen befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen nicht. Insoweit sie voraussetzt, daß die Bedingungen des „freien Marktes“ erfüllt sind, können Terminierungen des Arbeitsverhältnisses jederzeit von Seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer vorgenommen werden. Doch weisen einige Andeutungen von Adam Smith darauf hin, daß die Neoklassik ein *Kompensationsargument* impliziert (vgl. Schömann/Kruppe 1993: 3f.): Da Beschäftigte in unsicheren Positionen auch für Zeiten der Nichtbeschäftigung Vorsorge treffen müssen, akzeptieren sie befristete Arbeitsstellen nur, wenn der Lohn ihre Subsistenz auch in beschäftigungslosen Zeiten sichert. Mithin sind in befristeten Stellen höhere Löhne zu erwarten als bei einer vergleichbaren unbefristeten Beschäftigung.

Arbeitskosten und Dispositionsmacht der Arbeitgeber

Eine ähnliche Vorhersage ergibt sich unter der Annahme, daß die langfristige Verfügungsgewalt der Arbeitgeber über ihre Arbeitnehmer die Arbeitskosten senkt. Langfristige Arbeitsverhältnisse ermöglichen Arbeitgebern die reibungslose Anpassung der Arbeitsprozesse an Umweltveränderungen zum Beispiel durch Versetzung oder Weiterqualifizierung der Arbeitnehmer, ohne bei solchen Änderungen des Arbeitseinsatzes ständig Neuverhandlungen über Entlohnungen fürchten zu müssen. Auch müssen langfristig zu er-

wartende Produktivitätssteigerungen nicht an die Arbeitnehmer weitergegeben werden (vgl. Schömann/Rogowski/Kruppe 1995: 12f.). Zumindest in Sektoren mit hochqualifizierter Arbeitnehmerschaft und steigender Produktivität ist daher zu erwarten, daß Löhne in befristeten Arbeitsverhältnissen eher höher ausfallen.

Die Humankapitaltheorie

Auch die Humankapitaltheorie (Becker 1964) befaßt sich nicht explizit mit der Auswirkung von Befristungen auf die Einkommenshöhe. Sie behandelt im Wesentlichen die Effekte der schulischen und beruflichen Ausbildung auf das Einkommen, die sich als hauptsächliche Formen des Humankapitals produktivitäts- und damit einkommenssteigernd auswirken. Allerdings läßt sich aus der Humankapitaltheorie ableiten, daß befristete Arbeitsverhältnisse die Neigung der Arbeitnehmer reduzieren, Humankapitalinvestitionen zu tätigen. Arbeitnehmer investieren nur dann in ihr Humankapital, wenn sich diese Investition durch zukünftig erhöhte Einkommen amortisieren. Die Zeiten, in denen Investitionen Renditen erbringen können, werden durch die Befristung aber tendenziell reduziert. Zumindest indirekt lassen sich daher auf der Basis der Humankapitaltheorie niedrigere Einkommen in befristete Arbeitsverhältnisse prognostizieren.

Der Effizienzlohnansatz

Ebenso wie die Humankapitaltheorie ist der Effizienzlohnansatz (Katz 1986) eine Variante der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie, die die Existenz permanenter, nach Maßgaben des freien Marktes nicht zu erwartender Lohndifferentiale erklären sollte. Der Effizienzlohnansatz befaßt sich mit dem Befund, daß in manchen Arbeitsmarktsektoren Lohnniveaus über dem marktklärenden Lohnniveau liegen. Er erklärt diese Übermarktlöhne mit dem Versuch der Arbeitgeber, Arbeitnehmer durch höhere Löhne von produktivitätssenkenden Maßnahmen wie Sabotage oder Leistungszurückhaltung abzuhalten. Die größere Unsicherheit der Arbeitssituation, die durch Befristung für die Arbeitnehmer entsteht, kann nun ebenfalls als Versuch gewertet werden, Arbeitnehmer vom „shirking“ abzuhalten: Der verschärfte Konkurrenzdruck allein dient als Leistungsanreiz, höhere Löhne sind zu diesem Zweck nicht nötig. Auch nach dem Effizienzlohnansatz wären damit niedrigere Löhne von Arbeitnehmern in befristeten Arbeitsstellen zu erwarten.

Segmentationsansätze

Segmentationsansätze (Doeringer/Piore 1985; Althausen/Kalleberg 1981; Althausen 1989; Stinchcombe 1979; Sengenberger 1987) gehen davon aus, daß der Arbeitsmarkt in verschiedene voneinander abgeschottete Bereiche zerfällt, innerhalb deren unterschiedliche Allokations- und Verteilungsmechanismen zu finden sind, die durchaus nicht mit dem Marktprinzip konform gehen müssen. Zumindest in einigen Segmenten setzen institutio-

nalisierte Allokations- und Verteilungsregeln den Marktmechanismus außer Kraft.¹ Im „primären“ Marktsegment (in dem der Marktmechanismus nicht gilt) finden sich die Arbeitsstellen mit positiven Eigenschaften: Sie stellen hohe Qualifikationsanforderungen, bieten gute Aufstiegschancen, sind hoch entlohnt usw. Die schlechten Arbeitsstellen des sekundären Arbeitsmarktsegments zeichnen sich neben geringer Entlohnung, niedrigen Qualifikationsanforderungen und schlechten Aufstiegschancen vor allem auch durch die Unstetigkeit des Beschäftigungsverhältnisses aus.² Anders ausgedrückt: Befristete Arbeitsstellen gehören zu den inferioren Arbeitsgelegenheiten des sekundären Arbeitsmarktes und werden daher niedriger entlohnt als unbefristete Stellen.

Anders als die verschiedenen Varianten der neoklassischen Arbeitsmarkttheorien versuchen die Segmentationsansätze, Regulierungen des Arbeitsmarktes explizit zu erfassen und eignen sich damit auch besser zur begrifflichen Klärung von Deregulierungstendenzen. Sie haben allerdings den Nachteil, daß sie Befristung nur als ein Merkmal sekundärer Arbeitsmärkte neben vielen anderen betrachten und damit den Stellenwert der Befristung eher unterschätzen. Sie sind auch eher deskriptiv ausgerichtet; eine Erklärung, *warum* Befristung und Einkommensminderung Hand in Hand gehen sollten, liefern sie nicht. Zudem implizieren Segmentationsansätze, daß Befristungen auf bestimmte Arbeitsmarktsegmente beschränkt sind. Nur in diesen sollten dann auch andere negative Arbeitsstelleneigenschaften, darunter geringe Einkommen, zu finden sein.

Die Theorie der geschlossenen Positionen

Im Vergleich zu den ökonomischen Theorien des Arbeitsmarktes spielt die Befristung in den gängigen soziologischen Theorien sozialer Ungleichheit eine noch geringere Rolle; sie ist auch hier allenfalls ein Merkmal inferiorer sozialer Positionen unter vielen. Anders verhält es sich mit Sørensens Theorie „geschlossener Positionen“ (Sørensen 1983; Sørensen/Kalleberg 1981): Sie weist der Befristung eine Schlüsselrolle im Prozeß der Entstehung sozialer Ungleichheit zu.

Geschlossen sind Positionen nach Sørensen dann, wenn sie nur verfügbar sind, wenn der frühere Positionsinhaber die Position geräumt hat: „Positions will be referred to as closed when they are available only when vacated by the previous incumbent. ... In contrast,

1 Oder in Traxlers (1994) Worten: Es lassen sich regulierte und deregulierte Marktsegmente unterscheiden.

2 Die Unterscheidung zwischen primärem und sekundärem Arbeitsmarkt ist nur eine Variante der Segmentationsansätze, die je nach Abgrenzungskriterien nach Zahl und Eigenschaft zu sehr unterschiedlichen Arbeitsmarkt Bereichen führen. Die hier gewählte größte Unterscheidung zwischen nur zwei Segmenten genügt für die nachfolgenden Erörterungen und schränkt die Allgemeinheit der Schlußfolgerungen nicht ein.

incumbents of positions in open position systems can be replaced at any moment in time...“ (Sørensen 1983: 206). Geschlossene Positionen weisen eine zeitliche Stabilität auf, die offene Positionen nicht kennen. Das bedeutet für den Arbeitsmarkt, daß offene Berufspositionen je nach Bedarf des Betriebes geschaffen oder durch Entlassen des Arbeitnehmers wieder abgeschafft werden können. Ist eine geschlossene Position hingegen erst mal eingerichtet, kann sie nicht ohne weiteres wieder entfernt werden. Es ist diese zeitliche Permanenz, die geschlossenen Positionen eine *personenunabhängige Existenz* ermöglicht.

In der BRD sind unbefristete Arbeitsverträge zusammen mit einem umfassenden gesetzlichen Kündigungsschutz, Tarifverträgen und starker gewerkschaftlicher Präsenz als mächtige Mittel der Schließung von Positionen zu verstehen. Deregulierungsmaßnahmen wie der Abbau des Kündigungsschutzes, vor allem aber die Befristung von Arbeitsverträgen, können als Versuch gewertet werden, Positionen zu öffnen. Nur kurze Zeit liegt die Verfügungsgewalt über die Terminierung von Besetzungen bei den Arbeitnehmern; nach dem Ablauf der Frist obliegt es dem Arbeitgeber, die Frist zu verlängern, die Stelle mit einem anderen Arbeitnehmer zu besetzen³ oder die Stelle ganz abzuschaffen.

Die Unterscheidung zwischen offenen und geschlossenen Positionen⁴ hat eine enorme Bedeutung für die Prozesse der Generierung sozialer Ungleichheit, da nur Systeme geschlossener Positionen „Struktur haben“ in dem Sinne, daß von Positionen gesprochen werden kann, die unabhängig von Individuen existieren und die untereinander in bestimmten Relationen stehen. In internen Arbeitsmärkten zum Beispiel bilden personenunabhängig definierte Arbeitsstellen eine Karriereleiter. In Systemen offener Positionen sind Positionen und Individuen nicht zu unterscheiden: Positionen entstehen, wenn Individuen eingestellt werden, und verschwinden wieder, wenn diese Individuen aus dem Betrieb ausscheiden.

Ein wesentliches Merkmal von Systemen geschlossener Positionen ist es, daß Löhne an die Arbeitsstelle gebunden sind, und nicht unmittelbar an die Performanz der Arbeitnehmer. In Systemen offener Positionen hingegen gelten die Bedingungen des freien Marktes und erfüllen damit die Annahmen neoklassischer Arbeitsmarkttheorien. Hier entscheiden individuelle Motivation, Qualifikation und Leistungsbereitschaft über Einstellung, Aufstieg (oder Abstieg und gegebenenfalls Entlassung) und Entlohnung. In Systemen ge-

³ Allerdings wird der Entscheidungsspielraum der Arbeitgeber durch gesetzliche Maßnahmen und Tarifverträge eingeschränkt, vgl. Schömann/Rogowski/Kruppe (1995: 34-39).

⁴ Realiter befinden sich Arbeitsstellen zwischen den Polen „offen“ und „geschlossen“; völlig offene oder völlig geschlossene Positionen werden kaum existieren. Die nachfolgenden Ausführungen sind daher als überzeichnende Diskussion extremer Fälle zu verstehen, die grundlegende Tendenzen verdeutlichen sollen.

geschlossener Positionen ist genau dies nicht möglich. Das hat aber wichtige Konsequenzen für Allokations- und Verteilungsmechanismen in solchen Systemen.

Mobilitätsregimes in Systemen geschlossener Positionen

Im Gegensatz zu der sonst üblichen Auffassung sozialer Mobilität als Bewegung von Personen zwischen Positionen sind es in Systemen geschlossener Positionen sozusagen die Positionen selbst, die sich bewegen: Soziale Mobilität ist hier darstellbar als eine Kette von Vakanz. Wenn etwa an der Spitze eines hierarchisch geordneten Systems geschlossener Positionen – zum Beispiel in einem internen Arbeitsmarkt – ein Arbeitnehmer seine Position verläßt, entsteht eine Vakanz, die mit einem Arbeitnehmer der nächst tieferen Hierarchieebene gefüllt wird. Damit entsteht auf der unteren Ebene erneut eine Vakanz, die mit einem Bewerber von einer Stufe noch weiter unten besetzt wird usw. Die Vakanz „verschwindet“, wenn auf der untersten Hierarchiestufe ein Kandidat außerhalb des Systems rekrutiert wird. Der Bewegung von Personen von der tiefsten Hierarchieebene zur höchsten entspricht eine Bewegung von Vakanz in umgekehrter Richtung. Dieser Mechanismus ist in mehrfacher Weise für den Prozeß sozialer Mobilität von Bedeutung:

Erstens sind nicht persönliche Merkmale und Verhaltensweisen der Individuen für das Ausmaß sozialer Mobilität entscheidend, sondern *Strukturmerkmale des Systems* geschlossener Positionen wie die Rate der Entstehung von Vakanz, die Form der Hierarchie usw. (vgl. Preisendörfer 1987; Brüderl/Preisendörfer/Ziegler 1991; DiPrete 1993).

Zweitens erhalten die Merkmale von Individuen, sofern sie überhaupt für den Mobilitätsprozeß relevant sind, in Systemen geschlossener Positionen eine andere Bedeutung als in Systemen offener Positionen. Individuelle Eigenschaften sind nur insoweit wichtig, als daß sie festlegen, welcher Kandidat in der Warteschlange potentieller Bewerber für die Besetzung einer Vakanz ausgewählt wird. Die höhere Ausbildung zum Beispiel bringt eine Person in der Warteschlange nach vorne. Damit erhalten aber persönliche Merkmale eine ganz andere Bedeutung für den Mobilitätsprozeß als es die neoklassische Arbeitstheorie vermuten läßt, wie sich gerade am Beispiel der Bildung deutlich zeigt. Die Humankapitaltheorie schreibt der Bildung kardinale Eigenschaften zu: Höhere Bildung ist gleichzusetzen mit höherer Produktivität, die wiederum unmittelbar mit höherem Status beziehungsweise Einkommen belohnt wird. Bildungsunterschiede – etwa gemessen in der zur Erreichung bestimmter Qualifikationen nötigen Zeit – entsprechen unmittelbar bestimmten Einkommensunterschieden. Unter den Annahmen der Theorie der geschlossenen Positionen hingegen hat die Bildung nur einen ordinalen Charakter: Sie verändert lediglich die Rangordnung innerhalb einer Reihe von Kandidaten. Derselbe Bildungsunterschied kann je nach der Gelegenheitsstruktur des Systems zu unterschiedlichen Effekten führen: Ohne Vakanz ist selbst der größte Bildungsvorteil nicht in höheren Status

umzusetzen, bei vielen Vakanzen können selbst geringe Vorteile zu großen Karrieresprüngen verhelfen.

Drittens ist das Mobilitätsregime in Systemen geschlossener Positionen für die Frage relevant, *welche* individuellen Merkmale für den Allokationsprozeß wichtig werden. Äußere, „harte“ und Gruppenzugehörigkeiten indizierende Merkmale kommen stärker als mobilitätsdeterminierende Faktoren zur Geltung als solche, die individuelle, subjektive Eigenschaften signalisieren. Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit oder Bildungstitel sind wichtiger als individuelle Motivation, Fertigkeiten oder nichtzertifizierte Qualifikationen. Das gründet darin, daß Arbeitgeber auf leicht und kostengünstig zu erhebende Indikatoren *zukünftiger* Produktivität angewiesen sind. Da sie einen Arbeitnehmer nach vollzogener Einstellung so schnell nicht wieder los werden können, müssen sie schon bei der Einstellungsentscheidung abschätzen können, wie die Produktivität des Arbeitnehmers sich langfristig entwickeln wird. „Harte“, zeitlich konstante Merkmale, für die eine bestimmte, konstante Korrelation mit der Produktivität angenommen wird, eignen sich als Indikatoren zukünftiger Produktivität. Neben Geschlecht und ethnischer Zugehörigkeit werden vor allem Bildungszertifikaten solche Eigenschaften zugeschrieben: Sie messen die Qualifikation von Arbeitnehmern sehr gut und sind leicht zu erhebende Indikatoren.

Es sei dahingestellt, ob die Vermutungen über die Korrelation von solchen Merkmalen mit der Produktivität zutreffen oder nicht, sie scheinen jedenfalls weit verbreitet zu sein.⁵ Entscheidend ist, daß solche Merkmale ausschließlich in Systemen geschlossener Positionen als Allokationsdeterminanten zu Tage treten können; nur hier sind Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der ethnischen Zugehörigkeit und credentialistische Allokationsregimes denkbar. Der in Systemen offener Positionen geltende Marktmechanismus sichert die Korrespondenz von subjektiver Produktivität und Entlohnung. Hier ist die jeweils aktuelle Performanz der Arbeitnehmer der beste Indikator ihrer Produktivität, und Allokationsentscheidungen können unmittelbar auf diese Performanz reagieren. Nur weil dies in Systemen geschlossener Positionen gerade nicht möglich ist, gewinnen „harte“ Merkmale an Bedeutung.

Mechanismen der Einkommensgenerierung in Systemen geschlossener Positionen

Das Mobilitätsregime in Systemen geschlossener Positionen wirkt sich wiederum in zweierlei Weise auf den Mechanismus der Einkommensgenerierung aus.

⁵ Die Assoziation zwischen bestimmten Merkmalen und Qualifikationen kann auch mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen variieren. Die Signalqualitäten von Bildungstiteln in einer Gesellschaft zum Beispiel hängen stark vom jeweiligen Bildungssystem ab (vgl. Groß 1998).

Erstens sind nur in Systemen geschlossener Positionen „*positionale Renditen*“ (vgl. Sørensen 1991, 1996) denkbar. Da einerseits der Lohn fest an eine bestimmte Arbeitsstelle gebunden ist, andererseits Arbeitgeber unproduktive Arbeitnehmer nicht entlassen können, ist es möglich, daß die Produktivität unter das Lohnniveau sinkt – und nicht der Lohn automatisch der Produktivität entspricht, wie es die neoklassischen Arbeitsmarkttheorien annehmen. In diesem Sinne sind „Renditen“ für Arbeitnehmer in geschlossenen Positionen denkbar, die sich aus Sicht der Arbeitgeber als Effizienzdefizite darstellen.

Zweitens sind die Einkommen stärker strukturiert insoweit äußere, „harte“ Merkmale für die Besetzung der fest entlohnten Stellen ausschlaggebend sind, das heißt Geschlecht, Ethnie, Bildungstitel und andere sozialstrukturelle Merkmale determinieren die Einkommen in stärkerem Maße als in Systemen offener Positionen. Dort sind Einkommen direkter an persönliche Qualifikationen und Leistungen gebunden. Da das Risiko der Entlassung als Leistungsanreiz dient und Einkommen schneller an (Arbeits-) Marktgegebenheiten angepaßt werden können, ist es gut möglich, daß zum Beispiel gleiche Bildungstitel zu sehr unterschiedlichen Löhnen führen können. Mithin sollte eine größere Streuung der Einkommen in gegebenen sozialstrukturellen Kategorien zu erwarten sein.

Die weitgehende Unabhängigkeit der Löhne von aktuellen Performanzen in Systemen geschlossener Positionen nötigt zur Einführung gesonderter Anreizsysteme, zum Beispiel die Einrichtung von Karriereleitern oder die Zahlung von Übermarktlöhnen.⁶ Alternativ kann man versuchen, Positionen zu öffnen. Darin eben liegt der Sinn von Deregulierungsmaßnahmen.

Die Auswirkung der Befristung von Arbeitsstellen auf das Einkommen nach der Theorie der geschlossenen Positionen

Anders als die ökonomischen Theorien läßt die Theorie der geschlossenen Positionen keine unmittelbare Prognose für den *durchschnittlichen* Unterschied der Einkommen in befristeten versus unbefristeten Positionen zu. Insoweit das Einkommen in offenen Positionen stärker von individuellen Qualifikationen und Leistungen abhängt, kann es *ceteris paribus* sowohl höher als auch niedriger sein als in vergleichbaren geschlossenen Positionen – eben ganz nach Performanz des Positionsinhabers.

Da aber geschlossene Positionen positionale Renditen erbringen können und darüber hinaus eine wichtige Ausgangsbasis für kollektives Handeln sind (vgl. Groß 1998), womit sie auch eine Basis für kollektive Lohnverhandlungen bieten, sind in unbefristeten Stellen eher höhere Löhne zu erwarten.

6 Auf diesem Gedanken beruht der oben erwähnte Effizienzlohnanatz.

Darüber hinaus läßt die Theorie der geschlossenen Positionen Vorhersagen über die *Auswirkung sozialstruktureller Merkmale* auf das Einkommen zu.

So ist zu erwarten, daß der *berufliche Status* das Einkommen in Systemen geschlossener Positionen stärker determiniert, weil Löhne hier direkt an die Arbeitsstelle gekoppelt sind, während in Systemen offener Positionen die Gehälter stärker von individuellen Leistungen abhängen, was zu größeren Einkommensstreuungen in gegebenen beruflichen Positionen führen sollte. Mithin ist zu erwarten, daß in geschlossenen Positionen Statusgewinne in stärkerem Maße Einkommensgewinne nach sich ziehen.

Aus diesem Grunde ist auch zu erwarten, daß *Bildungstitel* in geschlossenen Positionen höhere „Erträge“ erbringen. Wenn Bildungstitel den Zugang zu Positionen regeln und diese fest entlohnt werden, ist auch ein enger Zusammenhang zwischen Bildungserwerb und Einkommen zu erwarten, während in offenen Positionen persönliche Eigenschaften wichtiger sein sollten als erworbene Zertifikate.

3. Hypothesen

Die Prognosen, die sich aus den verschiedenen Theorieansätzen ergeben, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Kompensationsargument und *Dispositionsansatz* sagen durchschnittlich höhere Löhne in befristeten Arbeitsstellen voraus. Umgekehrt prognostiziert der *Effizienzlohnansatz* niedrigere Einkommen in befristeten Arbeitsstellen.

Das gleiche gilt für die *Humankapitaltheorie*. Da Investitionsanreize für das Humankapital in befristeten Stellen geringer sind, müßte die Befristung einen negativen Effekt auf das Arbeitseinkommen haben. Da dieser Effekt aber nur indirekt durch verminderte Humankapitalinvestitionen zustande kommt, sollte er verschwinden, wenn die Humankapitalvariablen – Bildung und Berufserfahrung – kontrolliert werden.

Segmentationsansätze sagen ebenfalls geringere Einkommen in befristeten Stellen voraus. Auch hier gilt, daß die negativen Einkommenseffekte verschwinden müßten, wenn nach Arbeitsmarktsegmenten kontrolliert wird. Da Befristung zusammen mit anderen Merkmalen die inferioren Arbeitsplätze des sekundären Arbeitsmarktes kennzeichnen, sollte die Abgrenzung des Arbeitsmarktes in Sektoren zur Beschreibung der Einkommensverteilung genügen. Darüber hinaus gibt es keine eigenständigen Effekte der Befristung auf das Arbeitseinkommen.

Die *Theorie der geschlossenen Positionen* sagt durchschnittlich geringere Einkommen in befristeten Arbeitsstellen voraus. Diese negativen Einkommenseffekte befristeter Positio-

nen sollten stabil sein, das heißt nach Kontrolle der Humankapitalvariablen wie von Arbeitsmarktsegmenten bestehen bleiben. Darüber hinaus lassen sich Interaktionseffekte postulieren: Statusgewinne wie Bildungserträge sollten in befristeten Arbeitsstellen geringer ausfallen als in unbefristeten.⁷

4. Daten

Die folgenden Analysen beruhen auf dem Mikrozensus 1995. In die Berechnungen werden nur Erwerbstätige einbezogen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus der Erwerbstätigkeit beziehen. Selbständige und mithelfende Familienangehörige werden ebenso wie Auszubildende nicht berücksichtigt, da die Befristung von Arbeitsstellen nur abhängig Beschäftigte betrifft. Personen, die über die Befristung ihrer Verträge keine Angaben machten, wurden ebenfalls nicht in die Berechnungen einbezogen, um falsche Zuordnungen zu vermeiden. Da die Ausbildung der Befragten sowohl für die Einkommensgenerierung wie für die Zuordnung zu befristeten Arbeitsstellen eine bedeutende Rolle spielt, wurden auch solche Personen, die keine validen Angaben über ihre allgemeine oder ihre Berufsbildung gemacht haben, von vornherein von den Analysen ausgeschlossen.⁸ Damit verbleiben 136497 Befragte aus den alten Bundesländern und 32065 Befragte aus den neuen Bundesländern in der Stichprobe. Davon haben in Westdeutschland 5.2%, in Ostdeutschland 11.6% eine befristete Stelle inne.

⁷ Die Theorie der geschlossenen Positionen widerspricht damit allen Varianten der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie. Sie ist zumindest partiell kompatibel zum Effizienzlohnansatz. Man könnte sagen, daß Übermarktlöhne ein wichtiges Anreizargument gerade in Systemen geschlossener Positionen sind und in unbefristeten Stellen daher höhere Löhne zu erwarten sind. Allerdings lassen sich, wie gezeigt, aus der Theorie der geschlossenen Positionen differenziertere Hypothesen über die Auswirkung sozialstruktureller Determinanten auf das Einkommen ableiten. Mit den Segmentationsansätzen ist sie ebenfalls kompatibel (für das Verhältnis der Theorie der geschlossenen Positionen zu verschiedenen Varianten der Segmentationsansätze vgl. Groß 1998: 119ff.). Anders als diese aber sieht die Theorie der geschlossenen Positionen in der Befristung von Arbeitsstellen eine Ursache der Einkommensgenerierung und setzt ihre Bedeutung daher weitaus höher an. Zudem geht sie nicht davon aus, daß die Befristung von Arbeitspositionen auf bestimmte Regionen des Arbeitsmarktes begrenzt ist: Befristete Stellen können prinzipiell in allen Arbeitsmarktsektoren gefunden werden. Auch hier gilt daher, daß Einkommensbenachteiligungen auch nach Kontrolle von Segmentationsvariablen bestehen bleiben.

⁸ Außerdem wurden einige Personen, die offenbar inkonsistente Angaben gemacht haben, von der Analyse ausgeschlossen, nämlich solche, die einerseits behaupteten, eine leitende Stellung im Betrieb innezuhaben („Sachgebietsleiter“, „Referent“, „Abteilungsleiter“, „Prokurist“, „Direktor“, „Amtsleiter“ oder „Geschäftsführer“), andererseits aber angaben, Arbeiter zu sein.

5. Variablen

Die *Befristung* von Arbeitsverträgen wird im Mikrozensus 1995 direkt erfragt, so daß sich die sonst übliche indirekte Abschätzung des Anteils befristeter Stellen erübrigt. Die Befristung wird in einer Dummyvariable erfaßt, wobei Personen mit unbefristeten Verträgen die Referenzkategorie bilden.

Die *Einkommensvariable* liegt im Mikrozensus nur in kategorisierter Form vor. Um sie in den folgenden Regressionsanalysen als metrische Variable behandeln zu können, wurden den einzelnen Ausprägungen die entsprechenden Kategorienmittelwerte zugeordnet. Der letzten Kategorie („7500 DM und mehr“) wurde der Wert 10000 zugewiesen.⁹

Das *Alter* der Befragten wurde in Jahren gemessen. Die *Geschlechtsvariable* wurde so gebildet, daß Frauen die Referenzkategorie bilden. Eine weitere Dummyvariable unterscheidet die *Gastarbeiter* von den deutschen Arbeitnehmern (Gastarbeiter = 1). Alle *alleinstehenden* Personen (ledige, verwitwete, geschiedene) wurden zusammengefaßt und den Verheirateten gegenübergestellt (Alleinstehende = 1).

Die Ausbildung der Befragten wird in zwei verschiedenen Operationalisierungen verwendet. Eine *metrische Bildungsvariable* ordnet den einzelnen Bildungsabschlüssen die (geschätzte) Zeit zu, die zur Erreichung der einzelnen Abschlüsse nötig ist. Jeweils die höchsten Ausbildungsabschlüsse wurden berücksichtigt. Allgemeine Bildung, berufliche Bildung und Fortbildungen oder Umschulungen wurden aufaddiert. Für Fortbildungen und Umschulungen liegen die Ausbildungsdauern explizit vor. Die gewählten Zuordnungen von Ausbildungszeiten und allgemeinen wie beruflichen Bildungsabschlüssen sind in Tabelle 1 aufgeführt. Diese metrische Bildungsvariable wird als unabhängige Variable in den Einkommensregressionen verwendet. Da der Zusammenhang zwischen beruflicher Ausbildung und Befristung eindeutig nichtlinear verläuft (siehe unten), werden in den nachfolgenden logistischen Regressionen, die der Frage nachgehen, welche sozialen Gruppen in besonderem Maße eine Befristung riskieren, die beruflichen Ausbildungsabschlüsse als Dummyvariablen in die Berechnungen aufgenommen („Lehre“= 1: Lehr- oder Anlernausbildung, „Praktikum“= 1: berufliches Praktikum, „Meister“= 1: Meister oder Techniker, „FachDDR“=1: Fachschule der DDR, „FH“= 1: Fachhochschule, Ingenieurschule, „Uni“= 1: Hochschule; kein beruflicher Ausbildungsabschluß ist Referenzkategorie).

⁹ Von einer Logarithmierung des Einkommens zwecks Ausgleichs der Schiefe der Einkommensverteilung wird hier abgesehen. Entsprechende Berechnungen ergaben, daß dadurch die Ergebnisse sowohl hinsichtlich der Größenrelation der Parameter als auch ihrer Signifikanzniveaus nicht nennenswert berührt werden. Andererseits sind die Parameter anschaulicher zu interpretieren, wenn die ursprüngliche Einkommenskala beibehalten wird.

Tabelle 1: Zuordnung von Ausbildungszeiten zu Bildungsabschlüssen

Allgemeine Bildung	
Haupt- oder Volksschulabschluß	9
Realschulabschluß (mittlere reife)	10
polytechnische Oberschule der DDR	10
Fachhochschulreife	12
Hochschulreife (Abitur)	13
Berufliche Bildung	
berufliches Praktikum	0,5
Lehr- oder Anlernausbildung	2
Meister oder Techniker	3
Fachschule der DDR	3
Fachhochschule, Ingenieurschule	4
Hochschule	5

Die berufliche Stellung wird im Mikrozensus in zweierlei Weise erfaßt. Zum einen unterscheidet die Variable „Stellung im Beruf“ Beamte (Richter, Polizei, BGS, Soldaten), Angestellte und Arbeiter (inklusive „Heimarbeiter“). Zum anderen differenziert die Variable „Stellung im Betrieb“ sieben nach Qualifikation und Befugnissen hierarchisch geordnete Stellungskategorien: „Bürokräft, angeleitete Arbeiter“, „Verkäufer, Facharbeiter“, „Sachbearbeiter, Vorarbeiter“, „herausgehobene qualifizierte Fachkraft“, „Sachgebietsleiter, Referent“, „Abteilungsleiter, Prokurist“, „Direktor, Amtsleiter, Geschäftsführer“. Diese beiden Variablen wurden kreuztabelliert, so daß sich die drei Stellungshauptgruppen jeweils intern hierarchisch differenzieren lassen. Die Kombinationen „Arbeiter“ und die drei höchsten Hierarchieebenen nach der Variable „Stellung im Betrieb“ wurden als inkonsistent erscheinende Angaben von der Analyse ausgeschlossen. Insgesamt ergab sich damit eine achtzehnstufige Stellungsvariable, deren Kategorien mit „Angestellte 1“ – „Angestellte 7“, „Beamte 1“ – „Beamte 7“ und „Arbeiter 1“ – „Arbeiter 4“ (wobei 1 die niedrigste Hierarchieebene der Variable „Stellung im Betrieb“ bedeutet) bezeichnet wurden.

Um Effekte der Wirtschaftssektoren möglichst genau kontrollieren zu können, wurden die Wirtschaftszweige der Betriebe, in denen die Befragten arbeiten, als Dummyvariablen in die Regressionen aufgenommen. Dabei wurde die recht differenzierte „Klassifikation der Wirtschaftszweige“ so wenig als möglich aggregiert. Insgesamt wurden 37 Kategorien unterschieden.¹⁰

¹⁰ Da die Branchenvariable im Wesentlichen nur als Kontrollvariable Interesse findet und die einzelnen Unterschiede zwischen den Branchen für die vorliegende Fragestellung nur eine untergeordnete Rolle

Die Arbeitszeit wird in zweierlei Weise kontrolliert. Zum einen wird die normalerweise geleistete *Arbeitszeit je Woche* in Stunden berücksichtigt, zum anderen kontrolliert zusätzlich eine Dummyvariable, ob der Befragte eine *Vollzeitstelle* (Vollzeit=1) innehat. Zudem wird geprüft, ob jüngere intragenerationale Mobilität einen Effekt auf Einkommen oder Befristung hat: Die Dummyvariablen „Betriebswechsel“ und „Berufswechsel“ erhalten den Wert „1“, wenn in den letzten zwei Jahren entsprechende Ereignisse eingetreten sind.

6. Ergebnisse

Die Analysen gliedern sich in zwei Abschnitte. Bevor Regressionen vorgestellt werden, die die Auswirkung der Befristung auf die individuellen Arbeitseinkommen unter Kontrolle einer Reihe von Kovariaten untersuchen, wird zunächst geprüft, welche soziale Gruppen am stärksten dem Risiko einer befristeten Arbeitsstelle ausgesetzt sind. Alle Analysen werden für Ost- und Westdeutschland getrennt durchgeführt.

Das Muster der Allokation auf befristete Arbeitsstellen

Das Befristungsrisiko ist keineswegs für alle sozialstrukturellen Gruppen gleich. Die Wahrscheinlichkeit, eine befristete Stelle zu erhalten, schwankt mit individuellen Merkmalen ebenso wie mit Charakteristiken des Arbeitsmarktes. Im Folgenden werden einige multivariate logistische Regressionen vorgestellt, mit deren Hilfe sich der Einfluß der verschiedenen Merkmale auf die Wahrscheinlichkeit, eine befristete Stelle zu erhalten, unter Kontrolle aller anderen Variablen berechnen läßt.

In Tabelle 2 und 3 sind die Ergebnisse von sechs solchen logistischen Regressionen für West- und Ostdeutschland getrennt aufgeführt. Das erste Modell prüft jeweils den Einfluß der „persönlichen“ Merkmale Alter, Geschlecht, Familienstand und Staatsangehörigkeit.

spielen, werden die Koeffizienten der 36 Dummyvariablen in den Ergebnistabellen nicht gezeigt, um die Übersichtlichkeit der Darstellung zu wahren. Die vollständige Tabelle ist auf Anfrage erhältlich.

Tabelle 2: Allokation auf befristete Stellen in Westdeutschland

Modell	1	2	3
Alter	0.95 (-32.57)	0.95 (-34.71)	0.94 (-39.04)
Mann	0.89 (-4.38)	1.18 (6.19)	1.12 (4.18)
Gastarbeiter alleinstehend	2.02 (17.81)	2.06 (18.14)	1.73 (13.15)
Volle Stelle	1.76 (20.58)	1.96 (24.13)	1.86 (21.93)
<i>Bildung^b</i>			
Lehre			0.43 (-23.24)
Praktikum			0.58 (-4.21)
Meister			0.47 (-11.44)
Fachschule der DDR			0.81 (-1.38)
Fachhochschule			0.72 (-5.11)
Hochschule			2.17 (19.07)
pseudo-R ²	0.055	0.069	0.108
χ^2	3072.00	3854.86	6078.51
df	4	5	11
N	136497		
Modell	4	5^a	6^a
Alter	0.94 (-37.56)	0.94 (-38.92)	0.95 (-31.10)
Mann	1.16 (5.28)	1.31 (8.81)	1.23 (6.78)
Gastarbeiter alleinstehend	1.55 (10.22)	1.62 (11.03)	1.56 (9.95)
Volle Stelle	1.81 (20.97)	1.71 (18.62)	1.66 (17.22)
	0.46 (-21.74)	0.54 (-16.59)	0.55 (-15.92)
<i>Bildung^b</i>			
Lehre	0.55 (-15.29)	0.58 (-13.71)	0.55 (-14.62)
Praktikum	0.71 (-2.56)	0.69 (-2.79)	0.67 (-2.98)
Meister	0.64 (-6.19)	0.68 (-5.37)	0.61 (-6.87)
Fachschule der DDR	1.01 (0.09)	0.90 (-0.68)	0.80 (-1.42)
Fachhochschule	1.07 (0.98)	1.10 (1.39)	0.97 (-0.39)
Hochschule	3.43 (22.73)	2.74 (17.77)	2.43 (15.34)
<i>berufliche Stellung^c</i>			
<u>Angestellte</u>			
Ebene 1	1.36 (6.95)	1.07 (1.55)	1.11 (2.27)
Ebene 2	0.64 (-9.15)	0.53 (-12.39)	0.60 (-9.69)
Ebene 3	0.49 (-13.03)	0.41 (-15.61)	0.47 (-13.05)
Ebene 4	0.73 (-5.63)	0.52 (-11.19)	0.60 (-8.54)
Ebene 5	0.42 (-8.17)	0.35 (-9.64)	0.40 (-8.33)
Ebene 6	0.31 (-9.60)	0.30 (-9.80)	0.34 (-8.51)
Ebene 7	1.05 (0.56)	0.97 (-0.28)	1.10 (0.90)
<u>Beamte</u>			
Ebene 1	0.89 (-0.66)	0.55 (-3.60)	0.69 (-2.20)
Ebene 2	0.73 (-2.08)	0.47 (-4.87)	0.56 (-3.62)
Ebene 3	0.33 (-8.86)	0.18 (-13.23)	0.24 (-10.98)
Ebene 4	0.26 (-14.71)	0.15 (-19.20)	0.18 (-16.83)
Ebene 5	0.18 (-6.15)	0.09 (-8.40)	0.12 (-7.46)
Ebene 6	0.33 (-3.43)	0.16 (-5.66)	0.19 (-5.09)
Ebene 7	0.53 (-3.06)	0.25 (-6.41)	0.29 (-5.71)

<u>Arbeiter</u>			
Ebene 2	0.50 (-13.36)	0.54 (-11.92)	0.63 (-8.79)
Ebene 3	0.35 (-6.47)	0.36 (-6.27)	0.43 (-5.05)
Ebene 4	0.55 (-3.41)	0.53 (-3.55)	0.62 (-2.65)
Betriebswechsel			3.28 (31.26)
Berufswechsel			1.70 (11.53)
pseudo-R ²	0.125	0.157	0.198
χ^2	7035.39	8788.44	11071.93
df	28	64	66
N			

a) Unter Kontrolle der Branche. b) Referenzkategorie: kein beruflicher Bildungsabschluß. c) Referenzkategorie: Arbeiter der Ebene 1.

Tabelle 3: Allokation auf befristete Stellen in Ostdeutschland

Modell	1	2	3
Alter	1.00 (3.20)	1.00 (2.83)	1.00 (2.69)
Mann	0.67 (-11.31)	0.87 (-3.34)	0.85 (-3.93)
Gastarbeiter	2.64 (4.46)	2.47 (4.08)	2.23 (3.55)
alleinstehend	1.58 (11.66)	1.70 (13.26)	1.64 (12.35)
Volle Stelle		0.32 (-23.46)	0.34 (-22.52)
<i>Bildung^b</i>			
Lehre			0.42 (-10.81)
Praktikum			0.35 (-4.59)
Meister			0.31 (-10.73)
Fachschule der DDR			0.29 (-12.54)
Fachhochschule			0.36 (-8.15)
Hochschule			0.46 (-8.03)
pseudo-R ²	0.011	0.033	0.041
χ^2	266.24	774.85	948.29
df	4	5	11
N	32065		
Modell	4	5 ^a	6 ^a
Alter	1.00 (1.49)	0.99 (-1.50)	1.00 (2.46)
Mann	0.82 (-4.58)	0.91 (-1.83)	0.87 (-2.65)
Gastarbeiter	1.91 (2.81)	1.96 (2.85)	1.83 (2.41)
alleinstehend	1.58 (11.23)	1.55 (10.38)	1.53 (9.50)
Volle Stelle	0.39 (-19.00)	0.38 (-18.31)	0.42 (-15.15)
<i>Bildung^b</i>			
Lehre	0.72 (-3.93)	0.76 (-3.16)	0.65 (-4.64)
Praktikum	0.68 (-1.61)	0.72 (-1.38)	0.63 (-1.83)
Meister	0.72 (-2.79)	0.72 (-2.78)	0.59 (-4.20)
Fachschule der DDR	0.75 (-2.74)	0.71 (-3.09)	0.59 (-4.50)
Fachhochschule	1.04 (0.34)	1.02 (0.14)	0.73 (-2.14)
Hochschule	1.43 (3.21)	1.26 (2.04)	0.95 (-0.34)

<i>berufliche Stellung^c</i>			
<u>Angestellte</u>			
Ebene 1	0.64 (-6.72)	0.60 (-7.20)	0.76 (-3.47)
Ebene 2	0.23 (-22.53)	0.26 (-19.17)	0.38 (-12.85)
Ebene 3	0.23 (-18.00)	0.21 (-17.98)	0.33 (-12.07)
Ebene 4	0.22 (-17.56)	0.21 (-16.92)	0.35 (-10.73)
Ebene 5	0.15 (-10.65)	0.13 (-11.18)	0.22 (-8.12)
Ebene 6	0.13 (-9.60)	0.13 (-9.28)	0.24 (-6.37)
Ebene 7	0.16 (-8.70)	0.15 (-8.60)	0.25 (-6.09)
<u>Beamte</u>			
Ebene 1	0.42 (-1.36)	0.22 (-2.37)	0.46 (-1.21)
Ebene 2	0.04 (-3.06)	0.02 (-3.64)	0.03 (-3.23)
Ebene 3	0.06 (-5.30)	0.03 (-6.34)	0.07 (-5.05)
Ebene 4	0.30 (-4.62)	0.18 (-6.50)	0.36 (-3.73)
Ebene 5	0.06 (-3.74)	0.03 (-4.45)	0.08 (-3.36)
Ebene 6	0.12 (-1.98)	0.07 (-2.46)	0.16 (-1.70)
Ebene 7	0.61 (-1.11)	0.38 (-2.14)	0.78 (-0.53)
<u>Arbeiter</u>			
Ebene 2	0.29 (-22.97)	0.32 (-20.16)	0.45 (-13.02)
Ebene 3	0.36 (-6.79)	0.38 (-6.28)	0.57 (-3.49)
Ebene 4	0.29 (-5.18)	0.32 (-4.68)	0.49 (-2.86)
Betriebswechsel			3.43 (22.00)
Berufswechsel			2.52 (15.46)
pseudo-R ²	0.083	0.130	0.218
χ^2	1916.78	3020.54	5048.68
df	28	64	66
N			

a Unter Kontrolle der Branche. b Referenzkategorie: kein beruflicher Bildungsabschluß. c Referenzkategorie: Arbeiter der Ebene 1.

Dann werden sukzessive die restlichen Variablen in das Modell aufgenommen. Die Veränderung des pseudo-R² bei Aufnahme weiterer Variablen erlaubt Rückschlüsse auf die relative Bedeutung der einzelnen Variablen beziehungsweise Variablengruppen. Die Veränderung der Koeffizienten gibt Hinweise auf mögliche Effekte der Interkorrelation der unabhängigen Variablen. Die Tabelle enthält Effektkoeffizienten, die den *multiplikativen* Einfluß der unabhängigen Variablen auf die Wahrscheinlichkeit, eine befristete Stelle zu erhalten, messen.

So ist aus Tabelle 2 ersichtlich, daß in Westdeutschland das Risiko der *Gastarbeiter*, eine befristete Stelle zu erhalten, ziemlich genau doppelt so hoch ist (2.02) wie das der deutschen Arbeitnehmer. *Männer* haben ein etwa 10% geringeres Risiko als Frauen (mit der 0.89-fachen Wahrscheinlichkeit der Frauen erhalten sie eine befristete Stelle). *Alleinstehende* tragen ein deutlich höheres Befristungsrisiko als Verheiratete. Pro *Altersjahr*

sinkt die Wahrscheinlichkeit, eine befristete Stelle zu erhalten, mit dem Faktor 0.95, was auf ein enorm hohes Befristungsrisiko für Berufseinsteiger hinweist.

Modell 2 zeigt, daß vor allem *Teilzeitstellen* befristet sind. Mit dem Erhalt einer vollen Stelle sinkt die Wahrscheinlichkeit einer Befristung beträchtlich. Gleichzeitig wird deutlich, daß Frauen vor allem deshalb überproportional befristete Stellen innehaben, weil sie vornehmlich Teilzeitstellen besetzen. Nach Kontrolle der Arbeitszeit zeigen Männer sogar ein etwas erhöhtes Befristungsrisiko.

Modell 3 untersucht den Effekt der *beruflichen Bildung* auf das Befristungsrisiko. Die Koeffizienten zeigen klar, daß die Assoziation zwischen beruflicher Bildung und Befristung nicht linear verläuft. Mittlere Berufsbildung senkt die Wahrscheinlichkeit, eine befristete Stelle zu erhalten, deutlich. Insbesondere der Lehrabschluß bietet eine Option auf unbefristete Beschäftigung: Das Risiko, eine befristete Stelle zu erhalten, ist für Personen mit Lehrabschlüssen nur etwa halb so groß wie für Personen ohne Berufsausbildung (0.44). Der Vorteil der anderen Bildungsgruppen ist nicht ganz so stark ausgeprägt, aber auch die anderen mittleren Bildungsabschlüsse bieten einen deutlichen Schutz vor Befristung. Nur die Personen mit einem „Fachschulabschluß der DDR“ unterscheiden sich in Westdeutschland hinsichtlich des Befristungsrisikos nicht von Personen ohne beruflichen Bildungsabschluß.¹¹ Ganz anders sieht es für Personen mit Hochschulabschlüssen aus: Sie tragen das höchste Befristungsrisiko. Die Wahrscheinlichkeit, eine befristete Stelle zu erhalten, ist sogar mehr als doppelt so hoch wie die der Personen ohne Berufsbildungsabschluß (und damit etwa viermal so hoch wie für Personen mit Lehrabschluß). Damit zeichnet sich ein *polarisierender Effekt* beruflicher Bildung auf die Wahrscheinlichkeit, eine befristete Stelle zu erhalten, ab: Gering Qualifizierte einerseits, hoch Qualifizierte andererseits tragen ein erhöhtes Befristungsrisiko, während mittlere berufliche Bildung vor Befristung schützt.

Diese Form der Assoziation zwischen Bildung und Befristung widerspricht zumindest partiell den Annahmen der Humankapitaltheorie. Dieser Theorie zufolge vermindert die Befristung von Arbeitsstellen die Neigung, in Humankapital zu investieren; dann müßten aber gerade die Hochqualifizierten überproportional in unbefristeten Stellen zu finden sein. Das gleiche gilt für den Dispositionsansatz, der gerade in den höheren Bildungsgruppen ständige Neuverhandlungen über Entlohnungen befürchten müßte und daher für diese Kreise eher unbefristete Stellen voraussagen sollte. Auch Segmentationsansätze

¹¹ Der Effekt des Fachhochschulabschlusses ist nach Kontrolle der beruflichen Stellung nicht mehr signifikant, vgl. Modelle 5 und 6.

würden eher für höher Gebildete unbefristete Stellen erwarten, da Befristung zusammen mit geringer Bildung Merkmale sekundärer Arbeitsmärkte sind.¹²

Auch hinsichtlich der beruflichen Stellung läßt sich ein polarisierendes Muster erkennen. Vor allem die untersten Ebenen der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben das höchste Befristungsrisiko, die untersten Angestellten etwas mehr, die untersten Beamten etwas weniger als die einfachen Arbeiter.¹³ Mit dem Anstieg der Hierarchiestufe nimmt das Befristungsrisiko kontinuierlich ab, bis auf zwei Ausnahmen:

- a) Die vierte Ebene der Angestellten („herausragende qualifizierte Fachkraft“) paßt nicht ganz in das Kontinuum, insofern sie ein etwas erhöhtes Befristungsrisiko aufweist.
- b) Die jeweils höchste Hierarchiestufe (Ebene 7) zeigt zur Vorhergehenden wieder ein etwas höheres Befristungsrisiko. Dieser Anstieg ist bei den Angestellten sogar so stark, daß die Arbeitnehmer der siebten Angestelltenebene sich in ihrem Befristungsrisiko nicht mehr signifikant von den einfachen Arbeitern unterscheiden.¹⁴

Modell 5 nimmt Unterschiede zwischen den *Branchen* in das Modell auf. Einfache Dienstleistungsbranchen einerseits, vor allem aber Bereiche mit hohen Qualifikationsanforderungen wie Forschung und Entwicklung, Gesundheit und Soziales und der Bildungsbereich andererseits weisen überproportional befristete Stellen auf. Das eigentlich interessante Ergebnis ist aber, daß die Effekte der bisher betrachteten Variablen im Großen und Ganzen stabil bleiben. „Befristung“ ist damit kaum als Merkmal spezifischer Arbeitsmarktsegmente zu betrachten. Sie findet sich zwar stärker in einigen Sektoren, aber die Auswirkungen von individuellen Merkmalen, Bildung und beruflicher Stellung auf das Befristungsrisiko sind über alle Sektoren hinweg zu identifizieren. Modell 6 schließlich prüft die Auswirkung der Mobilitätserfahrung auf das Befristungsrisiko. Sowohl Betriebswechsel als auch Berufswechsel erhöhen unabhängig voneinander das Risiko, eine befristete Stelle zu erhalten, beträchtlich, wobei der Effekt eines Betriebswechsels fast doppelt so stark ist wie der eines Berufswechsels.

¹² Das Kompensationsargument und die Theorie der geschlossenen Positionen treffen keinerlei Aussagen über die Verteilung von befristeten Arbeitsstellen. Die Ursachen der Befristung sind für diese Ansätze extern; sie lassen lediglich Hypothesen darüber zu, wie sich die Befristung auf soziale Ungleichheit auswirkt.

¹³ Die einfachen Beamten unterscheiden sich in diesem Modell nur geringfügig und nicht signifikant von den einfachen Arbeitern. Der Abstand vergrößert sich aber – und wird signifikant – unter Kontrolle der Branchenunterschiede in Modell 5 und 6. Der Unterschied zwischen einfachen Angestellten und einfachen Arbeitern verschwindet unter Kontrolle der Branchen in Modell 5, erscheint aber wieder nach Kontrolle der Mobilitätserfahrung in Modell 6.

¹⁴ Dieser Anstieg fällt bei Arbeitern und Beamten deutlich geringer aus, setzt bei den Beamten aber schon auf der sechsten Ebene ein.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß in Westdeutschland die Allokation auf befristete Arbeitsstellen gewissermaßen ein duales Muster aufweist. Zum einen sind es die ohnehin benachteiligten Gruppen, die mit erhöhter Wahrscheinlichkeit eine befristete Stelle erhalten: Frauen, Gastarbeiter, und gering Qualifizierte. Für den eher benachteiligenden Charakter der Befristung spricht auch, daß vor allem Teilzeitstellen befristet sind und besonders in unteren beruflichen Stellungen befristete Stellen gefunden werden können. Auf der anderen Seite aber erhalten auch gerade Personen mit Hochschulabschluß in besonders qualifizierten Positionen beziehungsweise auf der höchsten Leitungsebene befristete Stellen.

Festzuhalten bleibt auch, daß vor allem Jüngere und Stellungswechsler von der Befristung betroffen sind. Allerdings sind es nach den Anpassungsmaßen zu urteilen vor allem die berufliche Bildung und die Mobilitäts-erfahrung, die das Risiko der Befristung stark beeinflussen. Die Bildung erhöht das pseudo- R^2 von 0.069 auf 0.108, die beiden Mobilitätsvariablen von 0,157 auf 0.198. Mit einer Steigerung von etwa 2 beziehungsweise 3 Prozentpunkten zeigen auch die berufliche Stellung und die Branche einen beträchtlichen Einfluß. Allerdings ist zu bedenken, daß diese beiden Variablen wesentlich mehr Freiheitsgrade benötigen, was den Anstieg des pseudo- R^2 doch stark relativiert. Das Muster des Einflusses der sozialstrukturellen Variablen auf das Befristungsrisiko in Ostdeutschland unterscheidet sich von dem Westdeutschlands in einigen wichtigen Punkten.

1. Es gibt kaum Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Zwar ist der Alterseffekt in den meisten Modellen signifikant, aber kaum substantiell: Die Effekte sind nur unwesentlich von 1 verschieden.
2. Frauen tragen ein deutlich höheres Befristungsrisiko als Männer, auch nach Kontrolle der anderen Variablen.
3. Personen mit Hochschulabschlüssen tragen gegenüber Personen ohne Berufsbildungsabschluß kein erhöhtes Befristungsrisiko.¹⁵ Gleichwohl ist das Risiko für diese Gruppe immer noch höher als für die mittleren Bildungsgruppen.
4. Einfache Angestellte tragen ein deutlich geringeres Risiko der Befristung als einfache Arbeiter. Gleiches deutet sich für einfache Beamte an, allerdings ist dieser Koeffizient nur in Modell 5 signifikant. Darüber hinaus ist kein kontinuierliches Sinken des Befristungsrisikos mit der Hierarchieebene festzustellen; vielmehr bildet sich ein Kontrast zwischen der untersten Hierarchieebene zu allen anderen heraus. Lediglich das Risiko der vierten Beamtenebene („herausragend qualifizierte Fachkraft“) und der höchsten Beamtenebene scheint etwas höher zu sein.
5. Berufswechsel sind stärker als in Westdeutschland mit Befristung verbunden (2.52), während sich Betriebswechsel in etwa gleicher Weise auswirken (3.43).

¹⁵ Dieser Effekt wird zwar nach Kontrolle der beruflichen Stellung signifikant (Modell 4), verschwindet aber wieder nach Kontrolle der Mobilitäts-erfahrung (Modell 6). Hochschulabschlüsse scheinen in Ostdeutschland in höheren Berufspositionen nach einem Stellenwechsel verstärkt zu Befristung zu führen.

Dem dualen Muster der Allokation auf Befristung tun diese Unterschiede aber keinen Abbruch: Auch in Ostdeutschland sind zum einen benachteiligte Gruppen einem erhöhten Befristungsrisiko ausgesetzt, zum anderen gerade auch die Hochqualifizierten.

Einkommenseffekte der Befristung

Wie wirkt sich die Befristung von Arbeitsstellen auf die individuellen Arbeitseinkommen aus? Zur Beantwortung dieser Frage wurde der Effekt der bisher betrachteten Variablen auf das monatliche Nettoeinkommen mit Hilfe einer Serie linearer Regressionen geprüft (vgl. Tabelle 4 und 5), wiederum für Ost- und Westdeutschland getrennt berechnet.

Das erste Modell enthält die typischen „Humankapitalvariablen“: Bildung (hier die üblicherweise verwendete „metrische Variante“), Alter, das als Proxi für Berufserfahrung interpretiert werden kann, und das quadrierte Alter, um die bekannte Nichtlinearität der Alter – Einkommensassoziation auszugleichen. Zusätzlich wurde die Arbeitszeit in zweierlei Weise kontrolliert: Die normalerweise geleistete Arbeitszeit in Stunden wurde in das Modell aufgenommen, sowie eine Dummyvariable, die Vollzeitstellen mit den Teilzeitstellen kontrastiert. Die Ergebnisse in Westdeutschland weisen erwartungsgemäß hohe Bildungs- und Berufserfahrungs – „Erträge“ aus. Trotz Kontrolle der Arbeitszeit sind beträchtliche Unterschiede zwischen Vollzeit- und Teilzeitjobs zu finden: Der Unterschied beträgt über 800 DM.

Modell 2 kontrolliert zusätzliche, eher als persönliche Merkmale zu interpretierende, Merkmale: Geschlecht, Familienstand und Staatsangehörigkeit. Nach wie vor werden Männer deutlich besser bezahlt als Frauen (ca. 700 DM Differenz), ein Effekt, der auch nach Kontrolle von Qualifikation, Branche und beruflicher Stellung stabil bleibt. Alleinstehende verdienen netto etwa 300 DM weniger, Gastarbeiter erhalten im Durchschnitt etwa 200 DM weniger als deutsche Staatsangehörige.¹⁶ Der Unterschied zwischen Voll- und Teilzeitstellen verringert sich deutlich, was darauf zurückzuführen ist, daß die zusätzlichen Variablen mit der Arbeitszeit korrelieren: Vor allem Frauen und Alleinstehende werden teilzeitbeschäftigt.

Das nächste Modell nimmt den Effekt der Befristung von Arbeitsstellen in die Gleichung mit auf. Der Einkommensverlust durch die Befristung beträgt durchschnittlich etwa 500 DM. Dieser Effekt ist hochsignifikant. Er widerspricht klar dem Kompensationsargument und dem Dispositionsansatz, die höhere Einkommen in befristeten Stellen vorhersagen. Aber auch die Humankapitaltheorie muß zurückgewiesen werden: Der Befristungseffekt ist offensichtlich

¹⁶ Dies ist aber weniger auf schlechtere Bezahlung bei gleicher Arbeit als auf schlechtere berufliche Chancen zurückzuführen: Der Effekt verschwindet nach Kontrolle der beruflichen Stellung und der Branche (Modell 4 und 5).

trotz Kontrolle der Humankapitalvariablen stark ausgeprägt und hochsignifikant. Der Minderverdienst in befristeten Stellen kann damit nicht durch geringere Humankapitalinvestitionen erklärt werden.¹⁷

Ein Teil des Unterschieds zwischen befristeten und unbefristeten Stellen ist durch ihre unterschiedliche Verteilung über die Berufsgruppen hinweg zu erklären. Modell 4 zeigt, daß nach Kontrolle der beruflichen Stellung der Abstand noch etwas über 400 DM beträgt.¹⁸

Die Einbeziehung der Branchenvariablen (Modell 5) und der Mobilitätserfahrung (Modell 6) reduzieren den Unterschied ebenfalls etwas, bis auf etwa 350 DM. Diese Differenz bleibt aber hochsignifikant. Damit kann auch die Segmentationsansatz als Erklärungsschema für die Einkommensverluste befristeter Stellen zurückgewiesen werden. Es reicht nicht aus, befristete Stellen als Merkmale von Arbeitsplätzen sekundärer Arbeitsmärkte zu betrachten, die neben der Befristung geringe Qualifikationsanforderung, niedrige Einkommen etc. aufweisen. Wäre Befristung nur als Teil eines solchen „Bündels“ nachteiliger Merkmale zu begreifen, könnten nach Kontrolle der Qualifikation, Stellung und der Branchen nicht solche markanten Unterschiede zu beobachten sein. Die Robustheit des Befristungsnachteils zeigt deutlich, daß dieser als eigenständiger Effekt aufzufassen ist, der über sektorenspezifische Eigenheiten hinausreicht.

Die Mobilitätserfahrung hat – unabhängig von dem Befristungsrisiko, das sie mit sich führt – nur einen geringen Einfluß auf das Einkommen. Berufswechsel führen zu Einkommensverschlechterung (ca. 150 DM), Betriebswechsel zeigen keinen signifikanten Effekt. Damit lassen sich die Mobilitätserfahrungen der Befragten in den beiden letzten Jahren allerdings kaum als Aufstiege begreifen.

Soweit widersprechen die Ergebnisse dem Kompensationsargument, dem Dispositionsansatz, der Humankapitaltheorie und den Segmentationsansätzen. Der klare und robuste Einkommensnachteil in befristeten Positionen entsprechen den Erwartungen des Effizienzlohnansatzes und der Theorie der geschlossenen Positionen. Letztere läßt aber noch differenziertere Hypothesen über den Einkommenseffekt befristeter Stellen zu: Positionsunterschiede müßten in befristeten Stellen weniger klar ausfallen und Bildungsrenditen geringer sein als in unbefristeten Arbeitsstellen.

17 Umgekehrt scheint die Befristung ein wichtiger Mechanismus der Benachteiligung von Gastarbeitern zu sein: Die Einkommensdifferenz zu den deutschen Staatsangehörigen sinkt nach Kontrolle der Befristungsvariable deutlich (vgl. Modell 2 versus Modell 3).

18 Die Effekte der beruflichen Stellung bestätigen die Interpretation der sieben beziehungsweise vier Ebenen innerhalb der drei Hauptgruppen als hierarchisch abgestuft: Von Ebene 1 bis Ebene 7 beziehungsweise 4 steigen die Einkommen der Stellungskategorien kontinuierlich an.

Tabelle 4: Determinanten des Einkommens in Westdeutschland

Modell	1	2	3	4
Bildung (metrisch)	211.43 (166.43)	208.71 (171.83)	213.97 (175.56)	96.43 (68.49)
Alter	140.03 (61.89)	97.77 (43.46)	90.63 (40.29)	77.29 (37.94)
Alter ²	-1.23 (-44.38)	-0.82 (-30.26)	-0.75 (-27.53)	-0.69 (-28.16)
Arbeitszeit	41.58 (68.37)	38.29 (66.20)	38.40 (66.70)	24.53 (46.45)
Volle Stelle	848.09 (56.80)	466.96 (31.64)	435.51 (29.59)	545.83 (40.74)
Mann		788.20 (105.95)	793.44 (107.11)	786.97 (109.82)
Gastarbeiter		-216.72 (-16.11)	-187.97 (-14.01)	-25.32 (-2.05)
alleinstehend		-314.02 (-41.11)	-300.64 (-39.48)	-236.66 (-34.39)
Befristung			-513.95 (-34.48)	-419.04 (-30.99)
<i>berufliche Stellung^b</i>				
<u>Angestellte</u>				
Ebene 1				255.96 (20.17)
Ebene 2				302.70 (28.02)
Ebene 3				601.41 (52.83)
Ebene 4				1023.34 (78.24)
Ebene 5				1694.20 (76.91)
Ebene 6				2310.76 (111.68)
Ebene 7				3046.65 (115.23)
<u>Beamte</u>				
Ebene 1				469.63 (10.59)
Ebene 2				350.01 (10.60)
Ebene 3				696.47 (33.17)
Ebene 4				1380.96 (71.45)
Ebene 5				1684.97 (41.60)
Ebene 6				2220.56 (39.23)
Ebene 7				2695.66 (58.58)
<u>Arbeiter</u>				
Ebene 2				96.73 (9.27)
Ebene 3				340.90 (14.75)
Ebene 4				414.65 (12.90)
adj. R ²	0.378	0.438	0.443	0.548
N	130813			
Modell	5^a	6^a	7^a	8^a
Bildung (metrisch)	93.56 (65.69)	94.25 (66.13)	95.49 (66.94)	102.79 (69.55)
Alter	73.98 (36.80)	73.16 (36.38)	72.90 (36.27)	74.58 (37.13)
Alter ²	-0.65 (-26.78)	-0.64 (-26.57)	-0.64 (-26.53)	-0.66 (-27.26)
Arbeitszeit	28.39 (53.80)	28.48 (53.99)	28.51 (54.12)	28.56 (54.24)
Volle Stelle	421.75 (31.46)	418.52 (31.23)	417.62 (31.21)	413.10 (30.88)
Mann	709.03 (95.66)	712.17 (96.08)	711.41 (95.98)	711.01 (96.09)
Gastarbeiter	-22.89 (-1.87)	-20.81 (-1.70)	-24.48 (-2.00)	-21.86 (-1.79)
alleinstehend	-220.54 (-32.49)	-219.47 (-32.34)	-217.71 (-32.13)	-217.77 (-32.14)
Befristung	-380.47 (-28.27)	-354.65 (-25.96)	-135.72 (-4.80)	717.28 (13.78)

<i>berufliche Stellung^b</i>				
<u>Angestellte</u>				
Ebene 1	300.89 (23.71)	298.03 (23.49)	320.86 (24.31)	293.37 (23.16)
Ebene 2	377.87 (34.15)	369.42 (33.34)	376.42 (33.28)	366.95 (33.17)
Ebene 3	594.67 (51.52)	585.81 (50.68)	595.72 (50.73)	581.19 (50.36)
Ebene 4	1034.01 (79.15)	1023.18 (78.17)	1048.53 (78.65)	1021.36 (78.17)
Ebene 5	1686.85 (77.24)	1677.60 (76.82)	1696.43 (76.33)	1663.94 (76.29)
Ebene 6	2308.04 (112.29)	2297.80 (111.76)	2299.30 (110.70)	2279.80 (110.98)
Ebene 7	3080.91 (117.82)	3072.45 (117.52)	3011.02 (111.80)	3060.72 (117.25)
<u>Beamte</u>				
Ebene 1	652.65 (14.65)	639.91 (14.37)	686.31 (14.80)	635.69 (14.30)
Ebene 2	544.26 (16.06)	532.17 (15.71)	555.60 (16.02)	536.94 (15.87)
Ebene 3	877.50 (39.52)	863.99 (38.88)	881.20 (39.27)	855.12 (38.54)
Ebene 4	1586.63 (75.00)	1573.74 (74.34)	1617.49 (75.35)	1546.98 (73.08)
Ebene 5	1878.24 (46.33)	1864.87 (46.01)	1887.23 (46.23)	1833.39 (45.28)
Ebene 6	2411.42 (42.93)	2398.49 (42.72)	2420.23 (42.54)	2366.00 (42.20)
Ebene 7	2898.29 (63.10)	2886.27 (62.86)	2817.22 (60.04)	2846.80 (62.06)
<u>Arbeiter</u>				
Ebene 2	88.86 (8.57)	79.45 (7.65)	89.78 (8.48)	82.34 (7.94)
Ebene 3	312.64 (13.71)	303.87 (13.33)	317.08 (13.80)	308.47 (13.56)
Ebene 4	421.83 (13.31)	412.05 (13.00)	433.25 (13.49)	411.22 (13.00)
Betriebswechsel		-20.90 (-1.73)	-22.08 (-1.83)	-22.84 (-1.89)
Berufswechsel		-148.22 (-9.14)	-156.62 (-9.65)	-158.35 (-9.77)
Interaktionen: Befristung mit				
<i>Beruflicher Stellung</i>				
<u>Angestellte</u>				
Ebene 1				
Ebene 2			-339.82 (-7.88)	
Ebene 3			-146.15 (-3.26)	
Ebene 4			-211.75 (-4.18)	
Ebene 5			-445.53 (-10.52)	
Ebene 6			-461.90 (-4.68)	
Ebene 7			123.86 (1.02)	
<u>Beamte</u>				
Ebene 1			803.02 (8.21)	
Ebene 2			-630.93 (-4.00)	
Ebene 3			-407.54 (-2.75)	
Ebene 4			-477.88 (-3.86)	
Ebene 5			-1192.10 (-14.56)	
Ebene 6			-1103.72 (-3.78)	
Ebene 7			-758.17 (-2.37)	
<u>Arbeiter</u>				
Ebene 2			1307.84 (6.33)	
Ebene 3			-125.60 (-2.53)	
Ebene 4			-200.68 (-1.18)	
			-520.87 (-2.89)	
Bildung (metrisch)				-77.88 (-21.35)
adj. R ²	0.562	0.562	0.564	0.564

a Unter Kontrolle der Branche b Referenzkategorie: Arbeiter der Ebene 1.

Tabelle 5: Determinanten des Einkommens in Ostdeutschland

Modell	1	2	3	4
Bildung (metrisch)	137.70 (78.48)	139.56 (81.15)	140.66 (82.84)	62.94 (32.23)
Alter	48.78 (15.98)	44.81 (14.07)	39.12 (12.42)	44.54 (15.31)
Alter ²	-0.46 (-12.14)	-0.43 (-11.01)	-0.35 (-9.23)	-0.48 (-13.56)
Arbeitszeit	17.74 (16.29)	15.01 (14.05)	15.44 (14.64)	11.88 (12.19)
Volle Stelle	495.75 (24.92)	383.79 (19.43)	321.85 (16.41)	321.35 (17.72)
Mann		314.15 (36.05)	309.12 (35.93)	354.58 (40.09)
Gastarbeiter alleinstehend		-24.68 (-0.37)	16.79 (0.25)	78.98 (1.32)
Befristung		-71.68 (-6.97)	-56.66 (-5.57)	-32.37 (-3.45)
<i>berufliche Stellung^b</i>				
<u>Angestellte</u>				
Ebene 1				177.02 (10.08)
Ebene 2				234.09 (16.52)
Ebene 3				454.44 (27.38)
Ebene 4				772.04 (45.17)
Ebene 5				787.91 (27.18)
Ebene 6				1204.05 (37.28)
Ebene 7				1611.02 (46.69)
<u>Beamte</u>				
Ebene 1				602.05 (4.56)
Ebene 2				672.81 (8.58)
Ebene 3				896.55 (17.49)
Ebene 4				1143.79 (21.78)
Ebene 5				1490.96 (19.08)
Ebene 6				2248.70 (14.84)
Ebene 7				2716.30 (23.15)
<u>Arbeiter</u>				
Ebene 2				86.60 (6.88)
Ebene 3				346.43 (11.84)
Ebene 4				410.76 (9.95)
adj. R ²	0.259	0.290	0.308	0.414
N	31022			
Modell	5^a	6^a	7^a	8^a
Bildung (metrisch)	58.65 (30.06)	60.42 (30.97)	60.76 (31.15)	67.02 (32.62)
Alter	43.27 (15.14)	42.95 (15.07)	42.42 (14.89)	42.99 (15.10)
Alter ²	-0.47 (-13.47)	-0.47 (-13.51)	-0.46 (13.37)	-0.47 (-13.59)
Arbeitszeit	14.04 (14.60)	14.09 (14.69)	14.03 (14.64)	14.07 (14.69)
Volle Stelle	273.73 (15.25)	268.34 (14.99)	269.37 (15.06)	271.21 (15.17)
Mann	312.92 (33.27)	315.07 (33.57)	317.70 (33.80)	315.10 (33.63)
Gastarbeiter alleinstehend	85.75 (1.46)	90.57 (1.54)	98.03 (1.67)	104.49 (1.79)
Befristung	-36.35 (-3.95)	-35.90 (-3.91)	-35.92 (-3.92)	-36.21 (-3.95)
	-276.47 (-22.87)	-227.40 (-17.99)	-144.74 (-6.24)	357.02 (6.02)

<i>berufliche Stellung^b</i>				
<u>Angestellte</u>				
Ebene 1	129.01 (7.37)	115.44 (6.60)	155.45 (7.89)	123.39 (7.05)
Ebene 2	237.02(16.39)	215.78 (14.84)	238.01 (15.14)	223.35 (15.37)
Ebene 3	382.55 (22.86)	358.40 (21.31)	376.35 (20.88)	364.28 (21.69)
Ebene 4	703.42 (40.66)	675.15 (38.77)	700.52 (38.05)	678.78 (39.03)
Ebene 5	742.46 (25.93)	716.67(25.03)	745.73 (25.04)	713.80 (24.97)
Ebene 6	1191.84 (37.46)	1160.12 (36.44)	1173.02 (35.70)	1156.40 (36.38)
Ebene 7	1600.07 (47.10)	1572.39 (46.30)	1557.40 (44.31)	1571.49 (46.35)
<u>Beamte</u>				
Ebene 1	512.27 (3.94)	475.23 (3.66)	619.00 (4.48)	483.76 (3.73)
Ebene 2	590.47 (7.60)	569.27 (7.35)	597.96 (7.66)	575.34 (7.44)
Ebene 3	814.39 (15.81)	782.11 (15.21)	817.16 (15.66)	787.82 (15.34)
Ebene 4	1075.37 (20.50)	1038.60 (19.82)	1128.26 (20.34)	1048.05 (20.03)
Ebene 5	1428.50 (18.46)	1392.59 (18.03)	1469.35 (18.75)	1390.78 (18.04)
Ebene 6	2151.27 (14.45)	2112.76 (14.23)	2061.97 (13.53)	2100.38 (14.17)
Ebene 7	2659.16 (23.06)	2620.33 (22.77)	2652.77 (20.84)	2637.40 (22.96)
<u>Arbeiter</u>				
Ebene 2	78.42 (6.29)	58.69 (4.67)	79.11 (5.74)	67.40 (5.36)
Ebene 3	304.10 (10.57)	280.75 (9.76)	314.43 (10.33)	288.85 (10.06)
Ebene 4	395.07 (9.76)	370.48 (9.16)	396.86 (9.42)	376.91 (9.34)
Betriebswechsel		-64.93 (-5.23)	-64.86 (-5.23)	-64.58 (-5.21)
Berufswechsel		-95.12 (-6.37)	-99.15 (-6.62)	-100.00 (-6.71)
Interaktionen: Befristung mit				
<i>Beruflicher Stellung</i>				
<u>Angestellte</u>			-171.80 (-4.26)	
Ebene 1			-100.71 (-2.61)	
Ebene 2			-32.89 (-0.69)	
Ebene 3			-151.52 (-3.56)	
Ebene 4			-222.72 (-2.07)	
Ebene 5			49.03 (0.38)	
Ebene 6			506.34 (3.84)	
<u>Beamte</u>			-1091.88 (-2.76)	
Ebene 1			-493.48 (-0.76)	
Ebene 2			-604.07 (-1.85)	
Ebene 3			-713.77 (-4.40)	
Ebene 4			-2063.10 (-4.47)	
Ebene 5			1292.54 (1.95)	
Ebene 6			-144.86 (-0.49)	
Ebene 7				
<u>Arbeiter</u>			-82.13 (-2.46)	
Ebene 2			-224.02 (-2.37)	
Ebene 3			.168.27 (1.11)	
Ebene 4				-44.38 (10.09)
Bildung (metrisch)				
adj. R ²	0.438	0.440	0.442	0.442

a Unter Kontrolle der Branche b Referenzkategorie: Arbeiter der Ebene 1.

Zwei weitere Regressionen wurden berechnet, um diese These testen zu können. Modell 7 nimmt Interaktionseffekte zwischen Befristung und beruflicher Stellung und Modell 8 zwischen Befristung und Bildung auf. Es zeigen sich zwei interessante Effekte:

1. Die Interaktionen zwischen Befristung und beruflicher Stellung sind überwiegend negativ. Mit anderen Worten: *Die Differenzierung des Einkommens zwischen den hierarchischen Ebenen der beruflichen Stellung ist kleiner als in unbefristeten Stellen.* Dies gilt aber nicht für die Ebene 6 und 7 der Angestellten und der 7. Ebene der Beamten. Hier sind die Interaktionseffekte entweder nicht signifikant (Angestellte Ebene 7) oder sogar positiv (Angestellte und Beamte Ebene 7), was auf höhere Einkommen von Personen in befristeten Stellen dieser Ebene im Vergleich zu den unbefristeten hindeutet.

Daß Positionsgewinne auf den unteren und mittleren Ebenen der Angestellten, Beamten und Arbeiter in befristeten Stellen geringer ausfallen als in den unbefristeten, entspricht den Erwartungen der Theorie der geschlossenen Positionen. Diese impliziert einen engeren Zusammenhang zwischen Position und Einkommen, mithin eine stärkere Differenzierung der Einkommen nach beruflicher Stellung, in den unbefristeten Stellen.

Auf den ersten Blick scheinen die positiven Interaktionseffekte der höheren Angestellten- und Beamtenebene mit der Befristung nicht kompatibel zu der Theorie der geschlossenen Positionen zu sein. Hier scheint das Kompensationsargument beziehungsweise der Dispositionsansatz zuzutreffen. Geht man allerdings davon aus, daß nur persönlich sehr befähigte Personen in die höchste Leitungsebene vorstoßen, kann der Mehrverdienst als Hinweis dafür gewertet werden, daß sich in der Tat in offenen Positionen individuelle Leistungen besser in Einkommen umsetzen lassen als in unbefristeten. Anders ausgedrückt: Geschlossene Positionen schützen auf unteren und mittleren sozialen Positionen vor Einkommensverlusten, sie begrenzen aber eher die Einkommensmöglichkeiten in höheren Positionen.¹⁹

2. Auch der Interaktionseffekt der Bildung mit der Befristung stützt eindeutig die Theorie der geschlossenen Positionen: er ist negativ und von beachtlichem Betrag. Mit anderen Worten: Die Bildungsreturns fallen in befristeten Arbeitsstellen deutlich ge-

¹⁹ Dieser Effekt widerspricht im übrigen dem Effizienzlohnansatz. Dieser findet Lohnanreize vor allem für qualifizierte Arbeitsstellen wichtig, wo direkte Kontrollen der Arbeitsproduktivität nur schwer vorgenommen werden können. Gerade in den höheren Positionen sollten sich Befristungen daher besonders bemerkbar machen und eher zu geringeren Löhnen führen, während die Unterschiede in den unteren beruflichen Stellungen geringer ausfallen sollten.

ringer aus als in unbefristeten. Bildungstitel bringen in offenen Positionen keine oder nur geringe Renditen mit sich.

Das Muster der Einkommensgenerierung Ostdeutschlands ist mit dem Westdeutschlands nahezu identisch.²⁰ Gravierende Unterschiede bestehen allerdings in den Beträgen der Koeffizienten: Sie sind zum Teil bedeutend kleiner als in Westdeutschland, was darauf hinweist, daß Einkommensniveau wie Einkommensspreizung deutlich geringer ausfallen als in Westdeutschland. Unabhängig davon aber finden wir die gleichen Relationen zwischen den Koeffizienten, so daß alle Schlußfolgerungen uneingeschränkt auch hier zutreffen.

7. Zusammenfassung

Fassen wir die Ergebnisse zusammen, so läßt sich vor allem eines feststellen: Befristung und Ungleichheit scheinen keine lineare, sondern eine kurvilineare Assoziation aufzuweisen, sowohl was die Effekte der Befristung auf die Arbeitseinkommen als auch die Muster der Allokation auf befristete Arbeitsstellen betrifft.

Die Effekte der Befristung auf das Ausmaß sozialer Ungleichheit hängt von der Position der befristeten Stelle in der Hierarchie sozialer Ungleichheit ab. In unteren und mittleren sozialen Lagen geht die Befristung von Arbeitsstellen durchweg mit Einkommensverlusten einher: Die Bildungsreturns sind in befristeten Positionen geringer als in unbefristeten, bei gleicher beruflichen Stellung sind die Einkommen in befristeten Arbeitsstellen niedriger. In den höheren professionellen und Managementpositionen aber kann die Befristung von Positionen sogar mit höheren Einkommen verbunden sein.

Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, daß die Einkommenschancen in Systemen geschlossener Positionen eher von strukturellen, äußeren Bedingungen abhängen und weniger von individueller Motivation, Qualifikation und Leistung. In unteren und mittleren sozialen Lagen resultiert dieser Mechanismus in einer Art Schutzfunktion für die Arbeitnehmer: Die unbefristete Stellung sichert ein durchschnittlich hohes Einkommen, bei Wegfall dieser Sicherung ist mit Einkommensbenachteiligungen zu rechnen. In den höheren Positionen aber wirken geschlossene Positionen eher als Korsett: Den Erwartungen des Kompensationsarguments und des Dispositionsansatzes entsprechend wird der Spielraum für Einkommensverhandlungen eher eingeengt.

Dieser Relation zwischen Befristung und Einkommen entspricht das Muster der Allokation von Individuen auf befristete Positionen: Zum einen erhalten vor allem solche soziale

²⁰ Der einzige Unterschied besteht darin, daß sich die Einkommen der Gastarbeiter von Anfang an nicht signifikant von denen der Deutschen unterscheiden.

Gruppen überwiegend befristete Positionen, die in der Regel zu den typisch Benachteiligten gerechnet werden: Frauen, Gastarbeiter und Personen ohne Berufsausbildung. Zum anderen sind aber gerade auch hochqualifizierte Arbeitnehmer überproportional in befristeten Positionen zu finden.

Mechanismen der Einkommensgenerierung und Muster der Allokation zusammen resultieren in einer *Polarisierung sozialer Ungleichheit im Zuge von Deregulierungsmaßnahmen*: Während für die typisch benachteiligten sozialen Gruppen das erhöhte Befristungsrisiko ein zusätzliches Risiko des Einkommensverlustes birgt und somit die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch die Kumulation von Benachteiligungen möglicherweise wirklich eine „Talfahrt in die Armut“ (Möller 1988) mit sich bringt, erhalten die Hochqualifizierten, die ebenfalls überproportional auf befristete Stellen allokiert werden, sogar Chancen auf Einkommensgewinne.

Es wäre interessant, die Entwicklung des Anteils befristeter Positionen nachzuzeichnen. Eine solche Untersuchung kann mit dem Mikrozensus 1995 allein nicht durchgeführt werden, aber drei der berichteten Resultate deuten auf eine Ausweitung der befristeten Beschäftigung: Die Tatsache, daß vor allem Jüngere sich in befristete Arbeitsstellen befinden, daß Stellenwechsler mit hoher Wahrscheinlichkeit nur noch eine befristete Stelle erhalten und daß die Transformation in Ostdeutschland in hohem Maße befristete Beschäftigung nach sich gezogen hat. Alle drei Phänomene deuten darauf hin, daß bei Neueinstellungen in hohem Maße von der Befristung Gebrauch gemacht wird.²¹ Mit der Ausweitung der befristeten Beschäftigung ist dann aber auch eine Zunahme der Einkommensungleichheit zu erwarten: Während die Einkommen in unteren und mittleren sozialen Lagen sinken, nehmen sie in den oberen Lagen tendenziell zu.

Korrespondenzadresse

*Martin Groß, M.A.
Humboldt-Universität Berlin
Institut für Sozialwissenschaften
Unter den Linden 6
10099 Berlin
martin.gross@rz.hu-berlin.de*

²¹ Diese Phänomene könnten allerdings auch nur auf bestimmte Karriereverläufe hinweisen: Befristete Stellen könnten als „entry-ports“ für interne Arbeitsmärkte dienen, die zu unbefristeten Stellen im weiteren Karriereverlauf führen.

Literatur

- Adamy, W., 1988: Deregulierung des Arbeitsmarktes. WSI-Mitteilungen 8: 475-482.
- Althausen, R. P./Kalleberg, A. L., 1981: Firms, Occupations, and the Structure of Labour Markets: A Conceptual Analysis. S. 119-149 in: I. Berg, (Hrsg.), *Sociological Perspectives On Labor Markets*,. New York: Academic Press.
- Althausen, R. P., 1989: Internal Labor Markets. *Annual Review of Sociology* 15: 143-161.
- Becker, G.S., 1964: *Human Capital*. New York: National Bureau of Economic Research.
- Brüderl, J./Preisendörfer, P./Ziegler, R., 1991: Innerbetriebliche Mobilitätsprozesse. *Zeitschrift für Soziologie* 20: 369-384.
- DiPrete, T. A., 1993: Industrial Restructuring and the Mobility Response of American Workers in the 1980s. *American Sociological Review* 58: 74-96.
- Doeringer, P.B./Piore, M. J., 1985 (1971): *Internal Labor Markets and Manpower Analysis*. London: M.E.Sharpe.
- Emerson, M., 1988: Regulation or Deregulation of the Labour Market. *European Economic Review* 32: 775-817.
- Groß, M., 1998: *Bildungssysteme und soziale Ungleichheit. Die Strukturierung sozialen Handelns im internationalen Vergleich*. Dissertation. Berlin: Humboldt-Universität.
- Hurrell, A./Woods, N., 1995: Globalisation and Inequality. *Millennium* 1995 24: 447-470.
- Kalleberg, A. L./Sørensen, A. B., 1979: The Sociology of Labour Markets. *Annual Review of Sociology* 5: 351-379.
- Katz, L. F., 1986: *Efficiency Wage Theories: A Partial Evaluation*. NBER Macroeconomics Annual 235-276. Cambridge: M.I.T. Press.
- Lang, K./Dickens, W. T., 1994: Neoclassical and Sociological Perspectives on Segmented Labor Markets. S. 65-88 in: G. Farkas/P. England (Hrsg.), *Industries, Firms and Jobs*. New York: Aldine de Gruyter.
- Lecher, W., 1987: Deregulierung der Arbeitsbeziehungen: Gesellschaftliche und gewerkschaftliche Entwicklungen in Grossbritannien, den USA, Japan und Frankreich. *Soziale Welt* 38: 148-165.
- Möller, C., 1988: Flexibilisierung - Eine Talfahrt in die Armut. Prekäre Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungssektor. WSI-Mitteilungen 8: 466-475.
- Pfriem, H., 1978: Die Grundstruktur der Neoklassischen Arbeitsmarkttheorie. S. 43-53 in: W. Sengenberger (Hrsg.), *Der gespaltene Arbeitsmarkt. Probleme der Arbeitsmarktsegmentation*. Frankfurt: Campus.

Preisendörfer, P., 1987: Organisationale Determinanten beruflicher Karrieremuster. *Soziale Welt* 38: 211-226.

Schömann, K./Kruppe, T., 1993: Fixed-Term Employment and Labour Market Flexibility - Theory and Longitudinal Evidence for East and West Germany. Discussion Paper FS I 93-204. Berlin: WZB.

Schömann, K./Rogowski, R./Kruppe, T., 1995: Fixed-Term Contracts and Labour Market Efficiency in the European Union. Discussion Paper FS I 95-207. Berlin: WZB.

Sengenberger, W., 1987: Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten. Frankfurt: Campus.

Sørensen, A. B./Kalleberg, A. L., 1981: An Outline of a Theory of the Matching of Persons to Jobs. S.49-74 in: I. Berg (Hrsg.), *Sociological Perspectives On Labor Markets*. New York: Academic Press.

Sørensen, A. B., 1991: Employment Relations and Class Structure. Unveröffentlichtes Manuskript.

Sørensen, A. B., 1996: Does a Change in Class Structure Explain the Increase in Inequality? Unveröffentlichtes Manuskript.

Sørensen, A. B., 1983: Processes of Allocation to Open and Closed Positions in Social Structure. *Zeitschrift für Soziologie* 12: 203-224.

Stinchcombe, A. L., 1979: Social Mobility in Industrial Labor Markets. *Acta Sociologica* 22: 217-245.

Traxler, F., 1994: Grenzen der Deregulierung und Defizite der Steuerungstheorien. *Osterreichische Zeitschrift für Soziologie* 19: 4-19.

Wittich, D., 1996: Zur Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. *BISS public* 6: 103-111.

DIE BILDUNGSBETEILIGUNG DEUTSCHER UND AUSLÄNDISCHER JUGENDLICHER IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND¹

REINER H. DINKEL, MARC LUY UND UWE LEBOK

Der Beitrag untersucht mit den Daten des Mikrozensus 1995 die Determinanten der Beteiligung deutscher und nicht-deutscher Jugendlicher an den Jahrgangsstufen 11-13 der Gymnasien. Dabei werden bei den Jugendlichen ohne deutsche Staatsangehörigkeit die numerisch größten Herkunftsgruppen (Türkei, ehemaliges Jugoslawien, EU und andere) unterschieden. Die wichtigsten Determinanten sind die Bildungsabschlüsse der Eltern, der Generationenabstand und das Haushaltsnettoeinkommen. Nach Kontrolle aller individueller Faktoren besitzt die Nationalität nach wie vor einen signifikanten Einfluß: Während Jugendliche aus EU-Staaten oder der Gruppe der anderen Länder keine unterschiedliche Beteiligung gegenüber deutschen Jugendlichen aufweisen, ist die Wahrscheinlichkeit eines Besuchs der Gymnasial-Oberstufe bei Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien am niedrigsten und auch bei türkischen Jugendlichen signifikant reduziert. Unter den ausländischen Jugendlichen ist der Bildungsabschluß der Haushaltsbezugsperson eine noch wichtigere Determinante als bei deutschen Jugendlichen. Die Anteile der Erwachsenen mit erfolgreichem Bildungsabschluß steigen allerdings bei allen Nationalitäten deutlich. Jüngere Erwachsene haben (außer bei Deutschen) im Durchschnitt zu einem wesentlich höheren Anteil einen Schulabschluß als Ältere.

Employing the German microcensus of 1995 determinants of the attendance of high school classes 11-13 are examined for German and non-German teenagers. Non-Germans are subdivided into the largest nationality groups (Turkey, former Yugoslavia, EU-countries and all other nationalities). The most important determinants are parental education, the age difference between parents and child, and the household income. After controlling for all individual variables nationality still has a significant influence: whereas

¹ Die in diesem Beitrag vorgestellten Auswertungen wurden im Rahmen des von der Europäischen Kommission geförderten Forschungsprojektes EFFNATIS (Project No. SOE2-CT97-3055: Effectiveness of integration strategies towards second generation migrant youth in a comparative European perspective) gewonnen.

teenagers from EU-countries and of all other nationalities show no difference to Germans the probability of school attendance in classes 11-13 is smallest for teenagers from former Yugoslavia, and is also significant reduced for Turkish nationals. For non-German teenagers parental education is even more important than for the Germans. The share of adults with at least one finished educational degree is rising for all nationalities. Except of Germans in average the share of persons with at least one finished educational degree is higher for younger than for older adults.

1. Einführung

Seit der verstärkten Zuwanderung nichtdeutscher Personen in die Bundesrepublik setzt sich die sozialwissenschaftliche Forschung in Deutschland verstärkt mit Fragen der Integration von Zuwanderern und ihren Nachkommen auseinander. Dabei sind wesentliche Merkmale für die Interpretation der Effizienz von Integrationsprozessen sogenannte „strukturelle Integrationsvariablen“, die neben der Erwerbsbeteiligung und den familialen Strukturen vor allem Bildung und Ausbildung beinhalten (vgl. Schöneberg 1981). Die bisherigen Erkenntnisse zu solchen Fragestellungen wurden allerdings fast ausschließlich aus kleineren Stichproben und Panels gewonnen (Esser 1990a; Szydlík 1990; Seifert 1992; Büchel/Wagner 1996). Durch den seit 1998 freien Zugang zum Mikrozensus steht aber der empirischen Sozialforschung nun ein Instrumentarium zur Verfügung, durch das sich mittels Datenanalyse zahlreiche Aspekte zur strukturellen Integration von Ausländern in der Bundesrepublik anhand einer repräsentativen und vom Umfang her kaum zu überbietenden Bevölkerungsstichprobe erklären lassen.

In der Literatur wurde vielfach auf die signifikanten Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Ausländern und Deutschen hingewiesen (Bach 1987; Thon 1987; Szydlík 1990; Werner 1993; Fassmann/Münz/Seifert 1997). Ausländer weisen über alle Nationalitäten, für jede Altersgruppe und für jedes Geschlecht höhere Arbeitslosenquoten auf als Deutsche. Darüber hinaus bestehen auch deutliche Unterschiede zwischen den in der Bundesrepublik lebenden Ausländergruppen (Baker/Lenhardt 1991; Bender/Seifert 1996; Szydlík 1996). Insbesondere von jungen türkischen Arbeitnehmern ist bekannt, daß sie auf dem fachspezifischen Arbeitsmarkt unter- und auf dem „unstrukturierten“ Arbeitsmarkt ohne besondere Bildungsvoraussetzungen überrepräsentiert sind (vgl. Seifert 1992; Bender/Karr, 1993; Bender/Seifert, 1996). In zahlreichen Veröffentlichungen wurde die ungünstigere Berufsposition von Ausländern als Folge von Bildungsbenachteiligung erklärt (Alba/Handl/Müller 1994; Seifert 1995). Da die zukünftige Erwerbsbeteiligung und die damit verbundene soziale Stellung von Ausländern - wie auch bei Deutschen - im wesentlichen von der schulischen Bildung abhängt, soll sich der vorliegende Beitrag aus-

schließlich auf die Analyse von Unterschieden zwischen Deutschen und Ausländern in der gegenwärtigen und bereits abgeschlossenen schulischen Ausbildung beschränken.

Daß Kinder von Ausländern im deutschen Schulsystem weniger erfolgreiche Resultate erzielen als ihre gleichaltrigen deutschen Mitschüler, wurde mehrfach empirisch belegt (Boos-Nünning 1983, 1994; Esser 1990; Köhler 1992; Seifert 1992). Gleichwohl ist aus vergangenen Untersuchungen bekannt, daß neben der herkunftsbezogenen Betrachtung (Nationalität bzw. ethnische Zugehörigkeit) auch der generationspezifische Kontext zu berücksichtigen ist, bevor auf eine Diskriminierung der ausländischen Kinder gegenüber gleichaltrigen Deutschen in Schule und Berufsausbildung geschlossen wird (vgl. Esser 1990b). In einer Veröffentlichung von Alba/Handl/Müller (1994) wurde explizit die *ethnische Ungleichheit im bundesdeutschen Bildungssystem* untersucht. In dieser Untersuchung, die auf Auswertungen des Mikrozensus aus dem Jahre 1989 basiert, konnte vor allem die Benachteiligung ausländischer Kinder im bundesdeutschen Schulsystem deutlich gemacht werden, die auch nach Kontrolle verschiedener Variablen der sozioökonomischen Herkunft und Generationenzugehörigkeit bestehen bleibt. Nach ihren Untersuchungsergebnissen besuchten Italiener, Türken und Jugoslawen gegenüber deutschen Kindern häufiger eine Hauptschule und verlassen häufiger des Bildungssystem ohne Lehrabschluß.

Im folgenden soll auf der Grundlage der anonymisierten 70%-Unterschichtprobe des Mikrozensus 1995 untersucht werden, ob die für 1989 festgestellten Unterschiede in der Bildungsbeteiligung zwischen Deutschen und den zahlenmäßig größten Ausländergruppen, den Staatsbürgern der Türkei, des ehem. Jugoslawien, Italiens, Griechenlands und der sonstigen EU-Mitgliedsländer, auch im Jahr 1995 noch Bestand hatten. Da sich die genannten Bevölkerungsgruppen auch im Jahr 1995 bis auf wenige Ausnahmen auf das Gebiet der alten Bundesländer und Berlin konzentrieren, bleiben in den folgenden Berechnungen die neuen Länder unberücksichtigt. Nach Einschränkung der Untersuchungsgesamtheit auf das Gebiet der alten Bundesländer und auf Privathaushalte reduziert sich der Stichprobenumfang auf 416.984 Fälle, wovon 7,5 Prozent eine nichtdeutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Eine gewisse „Trendaussage“ könnte aus den Querschnittsergebnissen des Mikrozensus 1995 dann gewonnen werden, wenn sich der Anteil der Personen mit Bildungsabschluß bzw. höheren Bildungsabschlüssen (insbesondere Abitur) für die jüngeren Altersgruppen gegenüber den älteren deutlich erhöht hätte. Deshalb werden im ersten Abschnitt der Untersuchung Unterschiede in den Bildungsabschlüssen von Ausländerinnen und Ausländern verschiedener Altersgruppen den entsprechenden Werten der deutschen Staatsbürger gegenübergestellt. Zumindest im Ansatz lassen sich dadurch kohortenspezifische Aussagen treffen.

Bei einer Verbesserung des Ausbildungsniveaus der jungen Erwachsenen nichtdeutscher Nationalität wäre für die Zukunft zu erwarten, daß auch ihre bereits oder in Zukunft geborenen Nachkommen bessere Bildungschancen besitzen. Ein besonderes Anliegen der vorliegenden Untersuchung ist folglich auch die Darstellung von Unterschieden in der aktuellen Bildungsbeteiligung von deutschen und ausländischen Jugendlichen (differenziert nach der nationalen Herkunft). Zudem wird in diesem Beitrag in gewisser Weise auch zu den von der Bundesregierung angeführten Gründen für die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft Stellung genommen, indem mit den Mikrozensusdaten analysiert wird, ob die Unterschiede in der Bildungsbeteiligung auch noch für „gemischt-nationale“ Kinder (= deutsche Kinder mit mindestens einer nichtdeutschen Haushaltsbezugs-person) Bestand haben. Die einzelnen deskriptiv gewonnenen Ergebnisse werden abschließend mittels multivariater Regressionsmodelle bei Kontrolle durch andere Faktoren der Situation in den jeweiligen Privathaushalten überprüft.

2. Unterschiede in den Bildungsabschlüssen von Deutschen und Ausländern - ein Kohorteneffekt?

Im Mikrozensus wird sowohl die aktuelle Bildungsbeteiligung als auch der letzte Schulabschluß abgefragt. Während es sich bei der Analyse der aktuellen Bildungsbeteiligung um Personen handelt, die sich im Augenblick im Ausbildungssystem befinden, kann mit der Frage nach dem letzten Bildungsabschluß geklärt werden, welches Bildungsniveau bei allen Erwachsenen bis zum Zeitpunkt der Befragung bereits erreicht wurde. Diese Angabe ist in der Mikrozensus-Erhebung 1995 freiwillig, was aus Gründen der sozialen Erwünschtheit zu einer selektiven Nichtbeantwortung dieser Items führen kann (Esser/Grohmann et al., 1989; Riede/Emmerling, 1994). Gleichwohl kann durch die altersspezifische Analyse der höchsten Bildungsabschlüsse gezeigt werden, welche zeitlichen Veränderungen zwischen einzelnen Personen- und Altersgruppen stattfanden. Eine solche Darstellung impliziert eine kohortenspezifische Interpretation der Ergebnisse. Es muß aber einschränkend angemerkt werden, daß eine jahrgangsbezogene Aussage auf der Grundlage altersspezifischer Schulabschlußquoten des Mikrozensus 1995 eigentlich nur dann zulässig ist, wenn auch in den entsprechenden Geburtsjahrgängen vorangegangener Mikrozensus-erhebungen vergleichbare Ergebnisse berechnet wurden. Hat sich beispielsweise eine Ausländerpopulation aufgrund selektiver Zu- und Abwanderung in der Struktur zwischen zwei Mikrozensen verändert, kann dies auf einzelnen Altersstufen zu deutlichen Verzerrungen in der relativen Zusammensetzung der Personen nach unterschiedlichen Schulabschlüssen führen.

In den Abbildungen 1a und 1b werden zunächst die Anteile deutscher Männer und Frauen mit mindestens einem Schulabschluß in den alten Ländern für jedes Einzelalter ab Alter 18 mit den entsprechenden Angaben der drei häufigsten Ausländergruppen verglichen. Im Mikrozensus kann nicht danach differenziert werden, ob es sich bei den Deutschen um in Deutschland geborene oder später in die Bundesrepublik zugezogene Aussiedler oder um eingebürgerte ehemalige Ausländer handelt. Auch wenn die Unterscheidung zwischen Aussiedlern und hier geborenen Deutschen für Fragen der Bildungsforschung aufschlußreich wäre, kann man hier durch den Mikrozensus keine Antworten finden. Die Ausländerpopulation wird in Abbildung 1 für beide Geschlechter nach der Personengruppe mit türkischer Staatsbürgerschaft (Türken und Kurden), mit einer Staatsbürgerschaft eines Mitgliedslandes der EU (ohne Deutschland) sowie mit einer Staatsbürgerschaft einer der Nachfolgerepubliken des ehemaligen Jugoslawiens (Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Makedonien, Bundesrepublik Jugoslawien) unterschieden. Die genannten drei Bevölkerungsgruppen bilden dabei das Gros der nichtdeutschen Bevölkerung in den alten Bundesländern (78,8 Prozent).

In Abbildungen 1a und 1b ist unschwer zu erkennen, daß nach wie vor bei den untersuchten Ausländergruppen ein deutlich höherer Prozentsatz an Männern und Frauen ohne Schulabschluß ins Erwerbsleben eintreten. Sowohl bei Deutschen als auch bei Ausländern nahm aber der Anteil der Personen ohne Schulabschluß mit den Geburtsjahren ab. Von den vor 1950 geborenen deutschen Männern lag der Anteil der Personen mit mindestens einem Schulabschluß bereits bei mehr als 95 Prozent. Bei deutschen Frauen ist dagegen eine deutlichere Verbesserung zu erkennen: Während von den befragten Frauen im Alter 60 und älter noch knapp zehn Prozent ohne Schulabschluß waren, reduzierte sich der Anteil bei den Frauen der Geburtsjahrgänge 1970 bis 1975 (die Altersgruppe 20 bis 25 im Jahre 1995) auf nur noch etwa fünf Prozent.

Für alle Ausländergruppen ging der Anteil der Personen ohne Schulabschluß mit dem Geburtsjahrgang ganz erheblich zurück. Im Mikrozensus 1995 handelt es sich bei den zahlenmäßig wenigen betagten Ausländern in erster Linie um die noch im Jahre 1995 im früheren Bundesgebiet lebende „erste Generation“ der früheren „Gastarbeiter“, die vor allem aus den südlichen EU-Ländern, dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei ins Land geholt wurden. Die 20- bis 30jährigen Ausländer stellen ein Mix aus Kindern der ersten und zweiten Ausländergeneration sowie jungen nach 1973 eingereisten Zuwanderern (u.a. vormalig im Herkunftsland lebende Kinder der Gastarbeiter, Asylbewerber) dar. Zwischen den Ausländerpopulationen bestanden und bestehen immer noch gravierende Unterschiede in den Anteilen der Personen mit Schulabschluß. Dabei weisen Männer und Frauen mit türkischer Staatsbürgerschaft über alle Altersstufen hinweg die niedrigste Schulabschlußquote auf. Zwar hatte sich der Anteil der Personen mit Schulabschluß auch bei den jungen türkischen

und kurdischen Männern deutlich gegenüber älteren Männern verbessert. Im Jahre 1995 besaßen aber immer noch rund 20 Prozent der 20- bis 25jährigen Männer und rund 25 Prozent der 20- bis 25jährigen Frauen türkischer Staatsbürgerschaft keinen Schulabschluß. Die verglichen mit den Männern relativ hohen Werte der Frauen resultieren u.a. auch aus dem relativ niedrigen Heiratsalter türkischer Frauen (vgl. Dinkel/Lebok/Luy 1999).

Kaum erkennbare Unterschiede in den Anteilen der Männer und Frauen mit Schulabschluß bestehen zwischen Staatsbürgern des ehemaligen Jugoslawien und Bürgern der EU-Mitgliedsstaaten. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen wurden für die meisten Altersstufen („Jahrgänge“) vergleichbare Abschlußquoten erreicht. Nur in der Altersgruppe der 20- bis 30jährigen weichen vor allem „jugoslawische“ Frauen deutlicher von den sonstigen EU-Bürgerinnen ab. Der niedrigere Anteil bei Frauen mit einer Staatsbürgerschaft aus einem der Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens könnte sich für diese Altersgruppe als Verzerrung interpretieren lassen, die aus der überhöhten Aufnahme von bosnischen und kroatischen Bürgerkriegsflüchtlingen im Zeitraum 1993 bis 1995 resultiert (vgl. Lederer 1997). Mit dem Mikrozensus kann diese Aussage nicht geklärt werden. Immerhin sind 34,9 Prozent aller im Mikrozensus 1995 erfaßten Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien erst in den Jahren 1992 und später in die Bundesrepublik eingereist. In dieser Bevölkerungsgruppe dürften sicherlich zu einem erheblichen Anteil Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge enthalten sein.

Die bisherigen Ergebnisse sind in den Tabellen 1a und 1b anschaulich zusammengefaßt. Entsprechend der bisherigen Erkenntnisse wurden die einzelnen Bevölkerungsgruppen in die Altersgruppen der 25- bis 34jährigen, der 35- bis 44jährigen sowie der 45- bis 55jährigen aufgespalten. Die Zusammenfassung in Altersgruppen erlaubt vor allem auch, durch Normalverteilungsapproximation Konfidenzintervalle anzugeben. In den nachfolgenden Tabellen werden die 95%-igen Konfidenzintervalle aus der Binomialverteilung errechnet, die für relativ viele der errechneten Werte anzeigen, daß die Fallzahlen in den einzelnen Untergruppen selbst im Mikrozensus derart klein werden können, daß statistisch signifikante Aussagen nicht mehr möglich sind.

Abbildung 1a: Anteil der Personen mit mindestens einem Schulabschluß in den alten Bundesländern, Männer

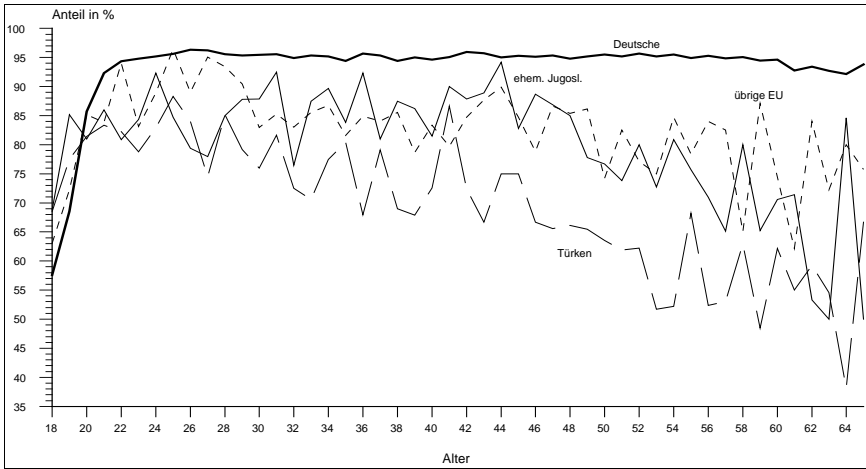


Abbildung 1b: Anteil der Personen mit mindestens einem Schulabschluß in den alten Bundesländern, Frauen

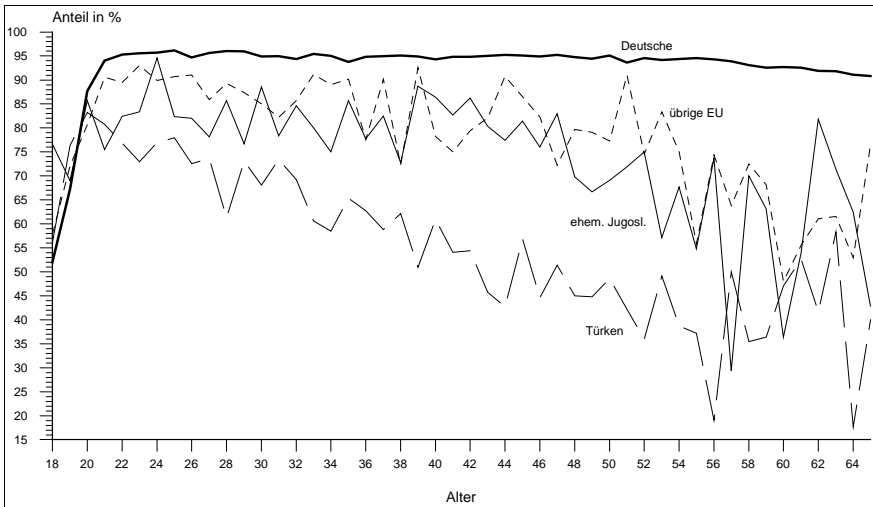


Tabelle 1a: Anteil der Personen mit Schulabschluß nach Nationalität und Altersgruppen, Männer

Nationalität	25-54		25-34		35-44		45-54	
	in %	95%-CI	in %	95%-CI	in %	95%-CI	in %	95%-CI
Deutsche	95,3	95,1-95,5	95,6	95,3-95,8	95,1	94,8-95,4	95,3	95,0-95,6
Türken	72,9	71,1-74,7	79,2	76,8-81,5	73,9	70,0-77,7	61,6	57,9-65,2
ehem. Jugoslaw.	84,1	82,1-86,1	84,0	80,5-87,5	88,6	85,2-91,9	81,1	77,8-84,5
Italiener	78,6	75,9-81,4	83,6	79,4-87,7	77,5	72,8-82,2	74,1	68,7-79,4
Griechen	84,9	81,7-88,2	87,5	83,0-92,0	85,6	79,6-91,6	80,6	74,0-87,1
übrige EU	90,8	89,0-92,5	93,9	91,5-96,4	89,5	86,1-92,8	88,6	85,3-91,9
Sonstige	83,5	81,8-85,2	84,4	81,9-86,9	84,1	81,2-86,9	80,5	76,5-84,5

Quelle: bei allen folgenden Tabellen und Grafiken: Mikrozensus 1995

Tabelle 1b: Anteil der Personen mit Schulabschluß nach Nationalität und Altersgruppen, Frauen

Nationalität	25-54		25-34		35-44		45-54	
	in %	95%-CI	in %	95%-CI	in %	95%-CI	in %	95%-CI
Deutsche	94,9	94,7-95,1	95,3	95,0-95,6	94,8	94,5-95,1	94,6	94,3-94,9
Türken	59,3	57,1-61,4	70,1	67,1-73,0	55,0	51,1-59,0	46,7	42,7-50,7
ehem. Jugoslaw.	79,0	76,7-81,2	81,6	77,6-85,5	82,2	78,8-85,6	73,0	68,8-77,3
Italiener	73,0	69,3-76,8	81,0	75,9-86,1	68,5	62,0-75,1	65,6	57,5-73,8
Griechen	81,6	77,9-85,3	88,2	83,4-93,0	82,8	75,8-89,7	72,3	64,9-79,8
übrige EU	90,5	88,8-92,3	92,0	89,2-94,7	89,6	86,5-92,8	89,9	86,7-93,1
Sonstige	81,8	80,0-83,6	81,6	78,9-84,2	81,6	78,6-84,7	82,7	78,6-86,8

Über alle Altersstufen hinweg haben rund 95 Prozent aller Deutschen im Mikrozensus 1995 mindestens einen Schulabschluß. Auch Staatsbürger der übrigen EU, die sich nach der gesonderten Betrachtung der Italiener und Griechen überwiegend aus Spaniern, Portugiesen und Österreichern zusammensetzen, haben zu über 90 Prozent einen Schulabschluß. Von den in Privathaushalten lebenden männlichen Staatsbürgern des ehemaligen Jugoslawiens und Griechenlands erwarben nach den Resultaten der Mikrozensushebung 1995 rund 85 Prozent mindestens einen Schulabschluß. Ungünstiger stellt sich die Situation für Männer aus den übrigen Staaten der Welt (einschließlich Staatenlose) sowie für männliche Staatsbürger Italiens und der Türkei dar. Den gegenüber allen anderen Bevölkerungsgruppen signifikant niedrigsten Anteil an Schulabschlüssen weisen Männer mit türkischer Staatsbürgerschaft auf, bei denen die Schulabschlußquote in der Altersgruppe 45 bis 54 nur bei rund 62 Prozent lag. Bei den 25- bis 34jährigen Männern türkischer Staatsbürgerschaft ist sie aber immerhin auf 79 Prozent angestiegen.

Auch für Frauen gilt ein ähnliches Ergebnis wie für Männer. Neben Deutschen und Bürgerinnen der restlichen EU, von denen mehr als 90 Prozent einen Schulabschluß erwar-

ben, unterscheiden sich vor allem Frauen mit türkischer Staatsbürgerschaft von allen anderen nationalen Gruppen. Weniger als 60 Prozent der im Jahre 1995 in der Bundesrepublik lebenden Türkinnen und Kurdinnen im Alter 25 bis 54 hatten einen Schulabschluß erworben. Auch die Differenz zwischen den Geschlechtern ist unter der türkischen Wohnbevölkerung in Deutschland weitaus größer als bei allen anderen Bevölkerungsgruppen.

Ähnliche Ergebnisse lassen sich auch erwarten, wenn der Anteil der Personen mit Abitur oder Fachabitur betrachtet wird. Analog zu Abbildungen 1a und 1b werden in den Abbildungen 2a und 2b die Anteile der Personen mit Abitur bei Männern und Frauen deutscher, ehemals jugoslawischer und türkischer Staatsbürgerschaft sowie bei Männern und Frauen der restlichen EU-Staaten ohne die Bundesrepublik verglichen. Deutsche weisen den mit Abstand höchsten Anteil an Personen mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife auf, wobei die noch in den 1970er Jahren bestehenden geschlechterspezifischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen inzwischen (vgl. Altersstufen 35 bis 54) verschwunden sind. In der Altersgruppe der 20- bis 25jährigen haben mehr als 35 Prozent der Deutschen das Abitur oder Fachabitur. Bei den hier lebenden „EU-Ausländern“ liegt zumindest bei den Frauen der Anteil mit Abitur in allen Altersstufen ähnlich hoch wie bei deutschen Frauen.

Sowohl bei ausländischen Männern als auch bei ausländischen Frauen nimmt mit zunehmendem Alter der Anteil der Personen mit einem Abitur als Schulabschluß deutlich ab. Wird von fallzahlbedingten Schwankungen abgesehen, folgen EU-Ausländer und Jugoslawen ungefähr der Entwicklung der deutschen Population, wenn auch von einem niedrigeren Ausgangsniveau aus. Die mit Abstand niedrigsten Anteile der Personen mit Abitur oder Fachabitur weisen dabei türkische Frauen auf. Ihr Anteil hat sich allerdings von Werten nahezu Null für die Kohorten 1950 und früher (Altersgruppen 45 und älter in Abbildung 2b) auf Werte um fünf Prozent in den Jahrgangsstufen 1965 bis 1975 erhöht. Dennoch haben auch für junge Erwachsene türkische Staatsbürgerinnen im Jahr 1995 immer noch deutlich seltener das Abitur abgelegt als türkische Männer (vgl. Abbildungen 2a und 2b).

Abbildung 2a: Anteil der Personen mit Abitur in den alten Bundesländern, Männer

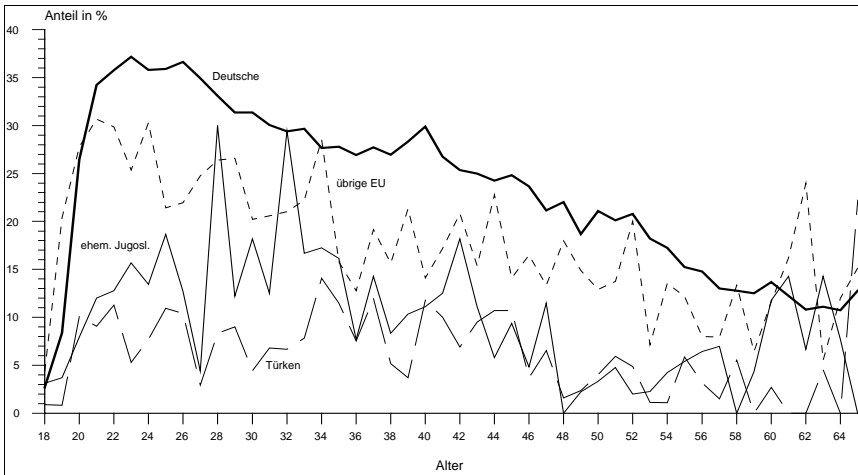
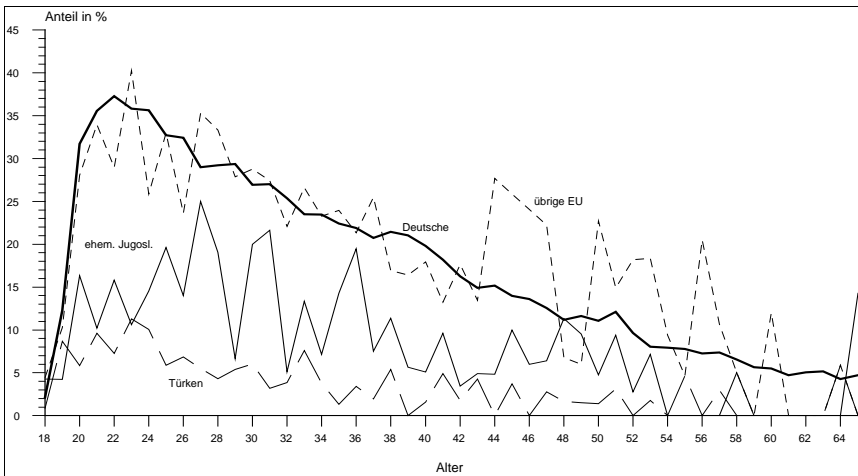


Abbildung 2b: Anteil der Personen mit Abitur in den alten Bundesländern, Frauen



Erneut fällt bei Jugoslawen und Jugoslawinnen in der Altersstufe 20 bis 30 auf, daß scheinbar eine Unterbrechung einer in den Altersstufen zuvor beobachtbaren Entwicklung zustande kam. Auch in diesem Fall ist der vergleichsweise niedrige Anteil der jugoslawischen Männer und Frauen mit Abitur oder Fachabitur auf die Vermischung der Population mit Bürgerkriegsflüchtlingen zurückzuführen. Wird nur die Bevölkerungsgruppe der Jugoslawen berücksichtigt, die nicht nach 1992 in die Bundesrepublik eingereist ist, kann zumindest näherungsweise bestimmt werden, wie hoch der Anteil an Abiturienten ohne Bürgerkriegsflüchtlinge ist. Tatsächlich errechnet sich für alle „Jugoslawen“ im Alter 25 bis 54, die bereits vor 1993 in der Bundesrepublik lebten, ein signifikant höherer Anteil der Personen mit Abitur (17,4 Prozent mit einem 95%-Konfidenzintervall (CI) zwischen 16,6 - 18,2). Von den Personen, die 1993 oder später aus dem früheren Jugoslawien in die alten Bundesländer zuzogen, hatten nur 11,1 Prozent (95%-CI: 8,9 - 13,3) die Schulbildung mit Abitur abgeschlossen.

Tabelle 2a: Anteil der Personen mit Abitur nach Nationalität und Altersgruppen, Frauen

Nationalität	25-54		25-34		35-44		45-54	
	in %	95%-CI	in %	95%-CI	in %	95%-CI	in %	95%-CI
Deutsche	15,7	15,4-16,0	23,5	23,0-24,0	14,9	14,4-15,4	8,2	7,8-8,6
Türken	2,6	1,9-3,4	3,8	2,3-5,3	2,2	1,0-3,3	1,6	0,4-2,8
ehem. Jugoslaw.	7,8	6,2-9,3	12,2	8,8-15,6	7,0	4,9-9,2	3,2	1,1-5,4
Italiener	9,0	6,4-11,5	12,0	7,6-16,4	5,6	2,0-9,2	8,0	2,9-13,0
Griechen	7,0	4,4-9,6	14,7	8,6-20,9	4,3	0,9-7,7	1,7	0,0-4,1
übrige EU	28,4	25,6-31,3	32,9	28,0-37,7	27,7	23,2-32,1	22,8	17,5-28,2
Sonstige	38,3	35,8-40,8	39,8	36,3-43,3	37,5	33,1-41,9	34,7	28,3-41,1

Auch bei Männern ergibt sich ein ähnliches Bild in den Anteilen der Personen mit Abitur nach der nationalen Zugehörigkeit. Die höchsten Anteile weisen Bürger der restlichen EU und alle Ausländer sonstiger Herkunft auf (vgl. Tabelle 2b). An zweiter Stelle folgen über alle Altersstufen (wie auch für jede einzelne Altersstufe) Männer mit deutscher Staatsbürgerschaft. Nach den Deutschen weisen Griechen und Bürger des ehemaligen Jugoslawiens die nächst höheren Anteile an Personen mit Abitur als Schulabschluß auf. Wie bei den Frauen schneiden auch bei den Männern die Türken am ungünstigsten ab. Auch hier ist aber bereits ein allmählicher Anstieg des Anteils der Personen mit Abitur hin zu den jüngeren Altersstufen zu beobachten.

Tabelle 2 differenziert analog zu Tabelle 1 die Anteile der Personen mit Abitur nach Geschlecht, Altersgruppen und erweitertem Nationalitätenschlüssel. Über alle Altersstufen der Altersgruppe 25 bis 54 weisen Frauen einen deutlich geringeren Anteil an Personen mit Abitur auf als Männer. Diese Aussage läßt sich für nahezu alle Nationalitäten-

gruppen gleichermaßen anwenden. Die geschlechterspezifischen Unterschiede gingen aber bei Deutschen, Griechen, Italienern und Türken mit den einzelnen Jahrganggruppen zurück. Höher als bei deutschen Frauen lag der Anteil der Personen mit Hochschulreife bei Bürgerinnen der restlichen EU sowie Bürgerinnen aller anderen Länder der Welt. Insbesondere für die letztgenannte Bevölkerungsgruppe darf angenommen werden, daß es sich schwerpunktmäßig um „Bildungsmigranten“ handelt. Bei Türkinnen hatte sich der Anteil an Frauen, welche die Schule mit Abitur abschlossen, kaum nennenswert erhöht. Auch 1995 lag in der Altersstufe 25 bis 34 der Anteil der Türkinnen mit Abitur weit hinter allen anderen in der Tabelle aufgeführten Bevölkerungsgruppen zurück.

Tabelle 2b: Anteil der Personen mit Abitur nach Nationalität und Altersgruppen, Männer

Nationalität	25-54		25-34		35-44		45-54	
	in %	95%-CI	in %	95%-CI	in %	95%-CI	in %	95%-CI
Deutsche	27,0	26,6-27,3	31,9	31,4-32,5	26,9	26,4-27,5	20,8	20,2-21,3
Türken	6,8	5,8-7,9	7,9	6,3-9,5	8,7	6,2-11,2	3,7	2,2-5,1
ehem. Jugoslaw.	10,1	8,4-11,7	16,0	12,5-19,5	10,9	7,7-14,1	4,7	2,8-6,5
Italiener	6,3	4,7-7,9	8,2	5,1-11,3	6,2	3,4-8,9	4,1	1,7-6,6
Griechen	13,8	10,7-17,0	18,8	13,4-24,1	13,6	7,7-19,5	6,9	2,7-11,1
übrige EU	31,5	28,6-34,3	38,9	33,9-43,9	29,4	24,5-34,4	25,6	21,0-30,1
Sonstige	39,7	37,4-41,9	39,2	35,9-42,6	40,8	37,0-44,6	38,7	33,8-43,6

3. Unterschiede der gegenwärtigen Bildungsbeteiligung bei deutschen und nichtdeutschen Bevölkerungsgruppen

Neben der Betrachtung des höchsten erreichten Bildungsabschlusses ermöglicht der Mikrozensus auch eine Analyse der aktuellen schulischen Ausbildungsverhältnisse. Im vorherigen Abschnitt zeigte sich, daß die Bildungsunterschiede zwischen Deutschen und Nichtdeutschen sukzessive geringer werden, je jünger die betrachteten Personengruppen sind. Da von jeder der in den befragten Haushalten lebenden Personen die Staatsangehörigkeit bekannt ist, können aus der Gruppe der Deutschen zusätzlich Personen ausdifferenziert werden, die mindestens ein nichtdeutsches Elternteil besitzen. Auf diese Weise erhält man die Bevölkerungsgruppe von Kindern aus Mischehen bzw. von Kindern nichtdeutscher Herkunft mit deutscher (oder doppelter) Staatsbürgerschaft. Die Betrachtung der Bevölkerungsgruppe „Deutsche mit nichtdeutscher Haushaltsbezugsperson“ ist allerdings nur im Schulalter möglich, da ihre Mitglieder nur über die im selben Haushalt lebenden Eltern bestimmt werden können. Das hat zur Folge, daß die Mitglieder dieser Teilpopulation in einem Alter, in dem die betreffenden Personen bereits einen eigenen Haushalt führen, nicht mehr als solche

zu identifizieren sind. Neben der Gruppe der Personen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft werden im weiteren zusätzlich jene Personen ausdifferenziert, die bereits in Deutschland geborenen wurden. In Anlehnung an Alba/Handl/Müller (1994) wird diese Gruppe noch ergänzt um die Personen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft, die vor Vollendung ihres fünften Lebensjahres nach Deutschland zugewandert sind.

Bei Betrachtung des gegenwärtigen Grundschulbesuchs zeigen sich zwischen den drei untersuchten Bevölkerungsgruppen - also den Deutschen mit nichtdeutscher Haushaltsbezugsperson, den in Deutschland geborenen und bis Alter vier zugewanderten Ausländern und den nach Alter vier zugewanderten Nichtdeutschen - keinerlei statistisch signifikante Unterschiede zur deutschen Referenzbevölkerung. Der Anteil der Grundschulbesucher liegt in der Altersgruppe 7-9 bei allen vier Bevölkerungsgruppen zwischen 94 und 98 Prozent, im Alter acht beträgt der Anteil bei allen Teilpopulationen 100 Prozent.

Für die Mittelstufe läßt der Mikrozensus 1995 keine differenzierte Untersuchung zu, da hier Hauptschule, Realschule und Gymnasium in einer Kategorie „Klassenstufe 5-10“ zusammengefaßt sind. Dagegen können gegenwärtige Besucher der „Klassenstufe 11-13“ nur Schüler der Gymnasial-Oberstufe sein. Das ermöglicht einen nach den vier Bevölkerungsgruppen getrennten Vergleich der Besucher dieser Klassenstufen mit allen übrigen Personen für die Altersgruppe 16 bis 20. Eine weitere Einengung der betrachteten Altersstufen ist an dieser Stelle aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht möglich. Aus den in Tabelle 3 dargestellten Ergebnissen geht hervor, daß bei Männern und Frauen der Anteil der Oberstufenschüler sowohl bei den in Deutschland geborenen und bis Alter 4 zugewanderten als auch den später zugewanderten Nichtdeutschen signifikant unter dem der deutschen Referenzbevölkerung liegt, wobei sich diese beiden Bevölkerungsgruppen selbst nicht statistisch signifikant unterscheiden. Die Bereiche der 95%-Konfidenzintervalle überlappen sich sowohl bei Frauen als auch bei Männern, liegen aber deutlich außerhalb des Konfidenzintervalls für die deutsche Bevölkerung. Dagegen besteht zwischen den Gruppen der Deutschen mit nichtdeutscher Haushaltsbezugsperson und den übrigen Deutschen kein statistisch signifikanter Unterschied.

Es ist allerdings fraglich, ob die hohe Oberstufenbeteiligung der Deutschen mit nichtdeutscher Haushaltsbezugsperson auf den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft zurückzuführen ist. Sie könnte auch auf das Vorhandensein eines deutschen Elternteils und die damit verbundene deutschsprachigen Erziehung zurückgehen. So führten u.a. Schöneberg (1981) oder Esser (1990b) aus, daß die Beherrschung der deutschen Sprache unter Umständen sogar die entscheidende Variable für Bildungsbeteiligung sein könnte. In bezug auf die augenblickliche politische Diskussion um das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht ist aber die Erkenntnis, daß Kinder mit mindestens einem nichtdeutschen Elternteil und

Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft im Vergleich zu Gleichaltrigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zu deutlich höheren Anteilen in der Oberstufe vertreten und damit wesentlich besser ins deutsche Schulsystem integriert sind, ein ausgesprochen interessantes Ergebnis. Allerdings darf dabei nicht vergessen werden, daß die Gruppe der Deutschen mit nichtdeutscher Haushaltsbezugsperson die einzige der vier untersuchten Personengruppen ist, bei der ausschließlich solche Personen eingeschlossen sind, die noch im elterlichen Haushalt leben. Das legt die Vermutung nahe, daß der tatsächliche Anteil von Oberstufenschülern geringer ausfallen dürfte, wenn bereits selbständig lebende Personen mit analysiert werden könnten.

Tabelle 3: Anteil der Oberstufenschüler im Alter 16-20 Jahren nach Deutschen und Nichtdeutschen

Personengruppe	Männer		Frauen	
	in %	95%-CI	in %	95%-CI
Deutsche	22,9	22,0 - 23,8	26,2	25,2 - 27,1
Deutsche mit nichtdeutscher HHBP	28,2	20,3 - 36,0	29,7	21,2 - 38,3
Nichtdeutsche, in D geb. oder Einreisealter < 5	13,6	8,9 - 18,2	12,8	8,2 - 17,5
Nichtdeutsche, Einreisealter >= 5	11,9	10,0 - 14,0	13,2	11,2 - 15,2

4. Nationalitätenspezifische Unterschiede im gegenwärtigen Besuch der Oberstufe

Für einen Vergleich des Oberstufenbesuchs der zahlenmäßig größten Nationalitätengruppen wird die betrachtete Personengruppe auf die für die Klassenstufen 11-13 relevantesten Altersstufen 17 bis 19 reduziert und die Variable „Besuch der Oberstufe“ für Deutsche, Türken, Staatsangehörige des ehemaligen Jugoslawien sowie aller EU-Mitgliedsstaaten (außer Deutschland) und die Gruppe aller sonstigen Staaten bzw. Staatenlose untersucht. Aus Tabelle 4 geht hervor, daß bei allen Nationalitätengruppen der Anteil der weiblichen Oberstufenschüler über dem der männlichen liegt. Bei den Staatsangehörigen des ehemaligen Jugoslawien setzt sich der bereits festgestellte Abfall der Anteile der jüngeren Personen mit Abitur bis zum gegenwärtigen Schulbesuch fort. Der Anteil der gegenwärtigen Oberstufenbesucher im Alter 17 bis 19 beträgt bei den Männern aus dem ehemaligen Jugoslawien nicht einmal acht Prozent. Auch bei den Frauen weist die Gruppe der Jugoslawen mit 9,1 Prozent den niedrigsten Anteil von Schülerinnen in den Klassenstufen 11-13 auf. Die Anteile der jugoslawischen Bevölkerungsgruppe liegen statistisch signifikant unter denen der übrigen Nationalitäten mit Ausnahme der türkischen Bevölkerung.

Tabelle 4: Anteil der Oberstufenschüler im Alter 17-19 Jahren nach Staatsangehörigkeit

Nationalität	Männer		Frauen	
	in %	95%-CI	in %	95%-CI
Deutsche	30,0	28,8 - 31,3	34,9	33,5 - 36,2
Türken	12,9	9,3 - 16,6	13,3	9,8-16,8
Ehemaliges Jugoslawien	7,7	3,6 - 11,8	9,1	4,7 - 13,5
EU-Mitgliedsstaaten (ohne Deutschland)	21,1	14,4 - 27,7	26,2	19,1 - 33,3
Sonstige	20,3	13,4 - 27,2	23,5	15,2 - 31,8

Im weiteren soll nun untersucht werden, ob die in Tabelle 4 festgestellten nationalitäten-spezifischen Unterschiede auch bei Kontrolle von anderen soziostrukturellen Faktoren bestehen bleiben, deren Einfluß auf die Bildungsbeteiligung der Kinder bereits bekannt ist (vgl. u.a. Baker/Lenhardt 1988; Esser 1989, 1990b; Büchel/Wagner 1996). Um beim Vergleich der 17- bis 19jährigen Oberstufenbesucher mit den übrigen Personen dieser Altersgruppe bei einigen Variablen eine Verzerrung verschiedener Variablen zu vermeiden, werden ausschließlich in elterlichen Haushalten lebende Jugendliche betrachtet. Bereits an Universitäten oder Fachhochschulen eingeschriebene Studenten gehen ebenfalls nicht in die Analyse ein. Um eine relativ einfache und verständnisvolle Interpretation der Ergebnisse zu ermöglichen, wurden die unabhängigen Variablen auf nur drei Variablen-Typen beschränkt (metrisch, dichotom, kategorial). Im einzelnen wurden im ersten Regressionsmodell folgende Variablen eingeschlossen, wobei bei den Kategorialvariablen die Ergebnisse in den beiden Regressionsmodellen jeweils auf die erste Merkmalsausprägung bezogen werden (kursiv geschrieben):

Abhängige Variable

- Oberstufenschüler
 - (0) nicht in Oberstufe
 - (1) in Oberstufe (Allgemeinbildende Schule: Klasse 11-13)

Unabhängige Variablen:

- Gemeindegröße (Kategorial)
 - (1) *über 100.000 Einwohner*
 - (2) 20.000 - 100.000 Einwohner
 - (3) unter 20.000 Einwohner
- Bildung der Haushaltsbezugsperson (Kategorial)
 - (1) *Abitur + Fachabitur*
 - (2) Mittlere Reife
 - (3) Hauptschule

- Familienstand der Haushalts-Bezugsperson (Kategorial)
 - (1) *verheiratet*
 - (2) *ledig*
 - (3) *verwitwet*
 - (4) *geschieden*
- Generationenabstand (Kategorial)
 - (1) *unter 25 Jahre*
 - (2) *25-29 Jahre*
 - (3) *30-34 Jahre*
 - (4) *über 34 Jahre*
- Monatliches Nettohaushaltseinkommen (Kategorial)
 - (1) *über 7.500,- DM*
 - (2) *5.000 - 7.500,- DM*
 - (3) *2.500 - 5.000,- DM*
 - (4) *unter 2.500,- DM*
- Haushaltsgröße (metrisch)
Anzahl der Kinder im Haushalt unter 18 Jahre
- Geschlecht (dichotom)
 - (0) *männlich*
 - (1) *weiblich*
- Herkunft (Kategorial)
 - (1) *Deutschland*
 - (2) *Türkei*
 - (3) *ehemaliges Jugoslawien*
 - (4) *übrige EU*
 - (5) *restliche Staaten und Staatenlose*

In einem ersten Schritt wird die definierte Gesamtpopulation (Mitglieder von Privathaushalten im Gebiet der alten Bundesländer) in die Berechnung einbezogen, in einem zweiten Modell werden ausschließlich Ausländer betrachtet. Die Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse sind in Tabelle 5 zusammengestellt. Damit zeigt sich auch in dieser Analyse ein in der Literatur häufig beschriebener Zusammenhang: Der eigene Bildungsabschluß korreliert stark mit dem höchsten erreichten Schulabschluß der Eltern. In diesem Modell beschränkt sich die Untersuchung auf den Bildungsabschluß der jeweiligen Haushaltsbezugsperson. Hierbei reduziert sich die Wahrscheinlichkeit eines Besuchs der Oberstufe bei Haushalts-Bezugspersonen mit Mittlerer Reife im Vergleich zu Haushaltsvorständen mit Abitur oder Fachabitur um 55 Prozent (Exp(B): 0,4496; 95%-CI: 0,3823-0,5288) und bei Haushaltsbezugspersonen mit Hauptschulabschluß gar um rund 83 Prozent (Exp(B): 0,168; 95%-CI: 0,145-0,194).

Einflußreich ist auch der Generationenabstand: Kinder mit jüngeren Eltern besitzen eine geringere Wahrscheinlichkeit, die Oberstufe eines Gymnasiums zu besuchen als Kinder

mit älteren Eltern, wobei hier die Altersdifferenz von Kind und Haushalts-Bezugsperson zugrundegelegt wurde. Zusätzlich erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, die Oberstufe zu besuchen, für Kinder aus Haushalten mit hohem Nettomonatseinkommen im Vergleich zu Haushalten mit niedrigerem Monatseinkommen. Für junge Frauen erhöht sich im Vergleich zu jungen Männern die Wahrscheinlichkeit die Oberstufe zu besuchen um etwa 43 Prozent (Exp(B): 1,432; 95%-CI: 1,287-1,592). Wie zu erwarten haben Kinder aus Mittel- und Kleinstädten sowie aus ländlichen Regionen (Gemeinden der Kategorien 20.000 - 100.000 bzw. unter 20.000 Einwohner) eine geringere Wahrscheinlichkeit die Schule mit Abitur abzuschließen als Kinder aus großstädtischen Regionen (Gemeinden mit über 100.000 Einwohnern). Im Vergleich zu den Großstädten verringert sich die Wahrscheinlichkeit bei der Kategorie Gemeinden mit 20.000 - 100.000 Einwohner um knapp 15 Prozent (Exp(B): 0,8561; 95%-CI: 0,7439-0,9851), bei den ländlichen Regionen um etwa 30 Prozent (Exp(B): 0,7164; 95%-CI: 0,6302-0,8144), was wohl in erster Linie auf regionale Unterschiede in der Bildungsinfrastruktur zurückzuführen ist. Von den vier Familienstandsausprägungen für die Haushalts-Bezugsperson hat lediglich der Status „geschieden“ (im Vergleich zum Status „verheiratet“) einen statistisch signifikanten Einfluß auf die untersuchte Variable. Darüber hinaus führt das Regressionsmodell zu dem Ergebnis, daß sich mit jedem zusätzlich im Haushalt lebenden Kind die Chance auf den höchsten schulischen Bildungsabschluß um 10,2 Prozent reduziert (Exp(B): 0,898; 95%-CI: 0,848-0,950).

Das wesentlichste Ergebnis dieser Regression ist aber, daß selbst bei Kontrolle aller genannten Variablen die Nationalität nach wie vor einen statistisch signifikanten Einfluß auf die schulische Bildungsbeteiligung hat. Bei Kindern mit jugoslawischer oder türkischer Staatsbürgerschaft reduziert sich die Wahrscheinlichkeit für den Besuch der Schulklassen 11-13 um 66,5 Prozent (Exp(B): 0,335; 95%-CI: 0,207-0,541) bzw. 42,6 Prozent (Exp(B): 0,574; 95%-CI: 0,412-0,800) im Vergleich zur deutschen Referenzbevölkerung. Bei den Staatsbürgern der übrigen EU-Mitgliedsstaaten sowie der Gruppe der Personen aller restlichen Nationen und Staatenloser zeigen sich dagegen auch nach Kontrolle aller anderen Variablen keine statistisch signifikanten Unterschiede zur Oberstufenbeteiligung der deutschen Jugendlichen. Damit decken sich die hier mit dem Mikrozensus 1995 ermittelten Ergebnisse weitestgehend mit Resultaten anderer Untersuchungen (Alba/Handl/Müller 1994; Büchel/Wagner 1996).

**Tabelle 5: Logistische Regressionanalyse Oberstufenschüler, 17-19 Jahre
n = 6805**

Variable	B	S.E.	Sig	Exp(B)	95%-CI für Exp(B)	
					unten	oben
Herkunft			,0000			
<i>Deutschland</i>	-	-	-	-	-	-
<i>Türkei</i>	-,5548	,1691	,0010	,5742	,4122	,7998
<i>chem. Jugoslawien</i>	-1,0939	,2249	,0000	,3349	,2072	,5412
<i>übrige EU</i>	-,0749	,1984	,7056	,9278	,6289	1,3687
<i>restliche Staaten und Staatenlose</i>	-,2395	,2463	,3310	,7871	,4856	1,2755
Gemeindegröße			,0000			
<i>über 100.000 Einwohner</i>	-	-	-	-	-	-
<i>20.000 - 100.000 EW</i>	-,1554	,0716	,0300	,8561	,7439	,9851
<i>unter 20.000 Einwohner</i>	-,3335	,0654	,0000	,7164	,6302	,8144
Bildung HHBP			,0000			
<i>Abitur+Fachabitur</i>	-	-	-	-	-	-
<i>Mittlere Reife</i>	-,7994	,0828	,0000	,4496	,3823	,5288
<i>Hauptschule</i>	-1,7855	,0744	,0000	,1677	,1450	,1940
Familienstand HHBP			,0187			
<i>verheiratet</i>	-	-	-	-	-	-
<i>ledig</i>	-,2214	,3063	,4699	,8014	,4397	1,468
<i>verwitwet</i>	-,1623	,1605	,3121	,8502	,6207	1,1646
<i>geschieden</i>	-,3196	,1050	,0023	,7264	,5913	,8924
Generationenabstand			,0000			
<i>unter 25 Jahre</i>	-	-	-	-	-	-
<i>25-29 Jahre</i>	,4500	,0797	,0000	1,5683	1,3415	1,8334
<i>30-34 Jahre</i>	,6550	,0864	,0000	1,9252	1,6253	2,2804
<i>über 34 Jahre</i>	,5632	,0906	,0000	1,7563	1,4706	2,0976
Haushaltseinkommen			,0000			
<i>über 7.500,- DM</i>	-	-	-	-	-	-
<i>5.000 - 7.500,- DM</i>	-,4248	,0831	,0000	,6539	,5556	,7696
<i>2.500 - 5.000,- DM</i>	-,2809	,0852	,0010	,7551	,6390	,8924
<i>unter 2.500,- DM</i>	-,2891	,1316	,0280	,7490	,5787	,9693
Haushaltsgröße						
<i>Kinder unter 18 Jahre</i>	-,1078	,0288	,0002	,8978	,8486	,9500
Geschlecht						
<i>weiblich</i>	,3588	,0542	,0000	1,4317	1,2873	1,5922
Konstante	-,3349	,1294	,0097	-	-	-

Analog zum ersten Modell wurde in einem zweiten Schritt untersucht, ob die für die Gesamtpopulation gültigen Ergebnisse auch für die Unterstichprobe der Ausländer Gültigkeit besitzen. Dabei wurden zusätzlich zu den bisher verwendeten Variablen das Einreisealter in Jahren und der Ausländeranteil des jeweiligen Bundeslandes dichotomisiert (0=über-, 1=unterdurchschnittlicher Anteil Nichtdeutscher) in die Analyse einbezogen.

Die Ausprägung der Variablen „Nationale Herkunft der Haushaltsbezugsperson“ wurde jeweils auf die Personengruppe der EU-Bürger bezogen. Die Ergebnisse der Berechnung sind in Tabelle 6 beschrieben.

Tabelle 6: Logistische Regressionsanalyse nicht-deutscher Oberstufenschüler, 17-19 Jahre, n = 553

Variable	B	S.E.	Sig	Exp(B)	95%-CI für	
					unten	oben
Herkunft			,0149			
<i>übrige EU</i>	-	-	-	-	-	-
<u>ehem. Jugoslawien</u>	-,7613	,3263	,0196	,4670	,2464	,8853
Türkei	-,2818	,2866	,3254	,7544	,4302	1,3229
restliche Staaten und Staatenlose	,3891	,3665	,2885	1,4756	,7195	3,0263
Gemeindegröße			,1786			
<i>über 100.000 Einwohner</i>	-	-	-	-	-	-
20.000 - 100.000 EW	-,3064	,2586	,2361	,7361	,4434	1,2220
unter 20.000 Einwohner	-,4907	,2856	,0858	,6122	,3498	1,0716
Bildung HHBP			,0000			
<i>Abitur+Fachabitur</i>	-	-	-	-	-	-
<u>Mittlere Reife</u>	-1,6855	,4826	,0005	,1853	,0720	,4772
<u>Hauptschule</u>	-2,0236	,3578	,0000	,1322	,0656	,2665
Familienstand HHBP			,1828			
<i>verheiratet</i>	-	-	-	-	-	-
verwitwet	-,2437	,5388	,6511	,7837	,2726	2,2534
geschieden	-1,0397	,5707	,0685	,3536	,1155	1,0820
Generationenabstand			,1721			
<i>unter 25 Jahre</i>	-	-	-	-	-	-
25-29 Jahre	-,3335	,3094	,2811	,7164	,3907	1,3138
30-34 Jahre	-,2861	,3182	,3685	,7512	,4027	1,4014
<u>über 34 Jahre</u>	-,7947	,3619	,0281	,4517	,2222	,9181
Haushaltseinkommen			,7283			
<i>über 7.500,- DM</i>	-	-	-	-	-	-
5.000 - 7.500,- DM	-,0447	,5686	,9374	,9563	,3138	2,9147
2.500 - 5.000,- DM	,2594	,5587	,2156	1,2962	,4336	3,8748
unter 2.500,- DM	,1909	,6107	,0977	1,2103	,3657	4,0059
Haushaltsgröße			,0181			
<u>Kinder unter 18 Jahre</u>	-,2334	,0988	,0181	,7918	,6525	,9609
Geschlecht			,3442			
weiblich	,1990	,2104	,3442	1,2202	,8078	1,8432
Ausländeranteil im Bundesland			,8441			
unterdurchschnittlich	,0629	,3197	,8441	1,0649	,5690	1,9928
Einreisealter			,0009			
<u>in Einzeljahren</u>	-,0779	,0235	,0009	,9251	,8834	,9687
Konstante	-,3893	,3405	,2529	-	-	-

Im Gegensatz zum ersten Modell ist der Großteil der gewählten Variablen bzw. Items hier infolge der wesentlich geringeren Fallzahlen nicht mehr statistisch signifikant. Für alle 17- bis 19jährigen Ausländer gilt dabei, daß der Bildungsabschluß der Haushaltsbezugsperson noch wichtiger ist als im Modell unter Einschluß der deutschen Jugendlichen. Der Einfluß des Einkommens der Eltern dreht sich gegenüber dem vollen Modell sogar um, ist allerdings nicht statistisch signifikant. Zudem reduziert die Zahl der weiteren im Haushalt lebenden Kinder die Ausbildungschancen von Ausländern weitaus stärker als im ersten Modell. Einen erwarteten wichtigen Einfluß auf die Bildungskarriere von Ausländern hat außerdem das Einreisealter. Je älter ein Kind bei der Einwanderung ist, desto geringer wird die Wahrscheinlichkeit, die Oberstufe eines Gymnasiums zu besuchen. Von den untersuchten nationalen Gruppen weisen dagegen allein die Staatsbürger aus dem ehemaligen Jugoslawien signifikant ungünstigere Werte auf als die Gruppe der EU-Bürger (ohne Deutsche). Türken weisen ebenfalls eine niedrigere Oberstufenbeteiligung auf. Allerdings ist das Ergebnis in diesem Modell nicht statistisch signifikant.

Korrespondenzadresse

*Dr. Uwe Lebok
Max-Planck-Institut für demografische Forschung
Doberaner Str. 115
18057 Rostock
Lebok@wiwi.uni-rostock.de*

Literatur

- Alba, R. D./Handl, J./Müller, W., 1994: Ethnische Ungleichheit im deutschen Bildungssystem. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 46, H. 2: 209-237.
- Bach, H.-U., 1987: Entwicklung und Struktur der Ausländerarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik seit 1960. S. 144-178 in: Hönekopp, E. (Hrsg), *Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland*. (= Beiträge zur Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Bd. 114). Nürnberg.
- Baker, D./Lenhardt, G., 1988: Ausländerintegration, Schule und Staat. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 40: 40-61.
- Baker, D./Lenhardt, G., 1991: Nationalismus und Arbeitsmarktintegration in der BRD (alt). *Zeitschrift für Soziologie* 20: 463-478.
- Bender, S./Karr, W., 1993: Arbeitslosigkeit von ausländischen Arbeitnehmern. Ein Versuch, nationalitätenspezifische Arbeitslosenquoten zu erklären. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*. Jg. 20, H. 2: 192-203.

- Bender, S./Seifert, W., 1996: Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt. Nationalitäten- und geschlechtsspezifische Unterschiede. *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 25, H. 6: 473-495.
- Boos-Nünning, U., 1983: Berufliche Orientierung und Berufswahlprozesse türkischer Jugendlicher. Darstellung und Analyse von zwei Fallbeispielen. S. 147-172 in: Hoberg, R., (Hrsg.), *Sprachprobleme ausländischer Jugendlicher: Aufgaben der beruflichen Bildung*. Frankfurt am Main.
- Boos-Nünning, U., 1994: Familie, Jugend, Bildungsarbeit. S. 43-48 in: Bade, K., (Hrsg.), *Das Manifest der 60*. München.
- Büchel, F./Wagner, G., 1996: Soziale Differenzen der Bildungschancen in Westdeutschland - Unter besonderer Berücksichtigung von Zuwandererkindern. S. 80-96 in: Zapf, W./Schupp, J./Habich R., (Hrsg.), *Lebenslagen im Wandel. Sozialberichterstattung im Längsschnitt. (= Sozio-ökonomische Daten und Analysen für die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 7)*. Frankfurt am Main, New York.
- Dinkel, R. H./Lebok, U./Luy, M., 1999: Gab es Fortschritte in der Integration von Ausländern? Altersspezifische Analysen zur Sozialstruktur von deutschen und nichtdeutschen Bevölkerungsgruppen, erscheint demnächst.
- Esser, H., 1989: Familienmigration, Schulsituation und interethnische Beziehungen. Prozesse der „Integration“ bei der zweiten Generation von Arbeitsmigranten. *Zeitschrift für Pädagogik*, Jg. 35, Nr. 3: 317-336.
- Esser, H., 1990a: Familienmigration und Schulkarriere ausländischer Kinder und Jugendlicher. S. 127-146 in: Esser, H./J. Friedrichs (Hrsg.), *Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Esser, H., 1990b: Nur eine Frage der Zeit? Zur Eingliederung von Migranten im Generationenzyklus und zu einer Möglichkeit, Unterschiede hierin zu erklären. S. 73-100 in: Esser, H./J. Friedrichs (Hrsg.), *Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie*. Opladen.
- Esser, H./Grohmann, H./Müller, W./K.-A. Schäffer, 1989: *Mikrozensus im Wandel. Untersuchungen und Empfehlungen zur inhaltlichen und methodischen Gestaltung*. Stuttgart.
- Fassmann, H./Münz, R./W. Seifert, 1997: Die Arbeitsmarktposition ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland (West) und Österreich. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 24, H. 4: 733-745.
- Köhler, H., 1992: *Bildungsbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. Zu Stabilität und Wandel der Ungleichheit von Bildungschancen*. Berlin.
- Lederer, H. W., 1997: *Migration und Integration in Zahlen. Ein Handbuch. (= efms Forum Migration 4)*. Bonn.
- Riede, T./Emmerling, D., 1994: Analysen zur Freiwilligkeit der Auskunftserteilung im Mikrozensus. Sind Stichprobenergebnisse bei freiwilliger Auskunftserteilung verzerrt? *Wirtschaft und Statistik* 9/1994: 733-742.

Santel, B., 1995: Die Lebenslage junger Migranten. Zur Problematik der „Dritten Generation“. S. 7-25 in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung (Hrsg.), *Die dritte Generation. Intergriert, angepaßt oder ausgegrenzt?* Bonn.

Schöneberg, U., 1981: Bestimmungsgründe der Integration und Assimilation ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz. S. 449-568 in: Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim/Karl-Otto Hondrich (Hrsg.), *Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz. Segregation und Intergration. Eine vergleichende Untersuchung.* Frankfurt am Main, New York.

Schultze, G., 1990: Die berufliche Situation ausländischer Arbeitnehmer/innen in der Bundesrepublik Deutschland - Ergebnisse der Repräsentativuntersuchung '85 der Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 123-131 in: Fijalkowski, J. (Hrsg.), *Transnationale Migranten in der Arbeitswelt. Studien zur Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik und zum internationalen Vergleich.* (= Beiträge zur Sozialökonomik der Arbeit, Bd. 22). Berlin: 123-131.

Seifert, W., 1992: Die zweite Ausländergeneration in der Bundesrepublik: Längsschnittbeobachtungen in der Berufseinstiegsphase. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 44: 677-696.

Seifert, W., 1995: Die Mobilität der Migranten. Die berufliche, ökonomische und soziale Stellung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Eine Längsschnittanalyse mit dem Sozio-Ökonomischen Panel. Berlin.

Seifert, W., 1996: Berufliche, ökonomische und soziale Mobilität von Arbeitsmigranten zwischen 1983 und 1994. S. 240-263 in: Zapf, W./Schupp, J./R. Habich (Hrsg.), *Lebenslagen im Wandel. Sozialberichterstattung im Längsschnitt.* (= Sozio-ökonomische Daten und Analysen für die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 7). Frankfurt am Main, New York.

Szydlík, M., 1990: Die Segmentierung des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Analyse mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels, 1984-1988. (= Beiträge zur Sozialökonomik der Arbeit, Bd. 24). Berlin.

Szydlík, M., 1996: Ethnische Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 48, H. 4: 658-676.

Thon, M., 1987: Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland - Bevölkerung und Erwerbsbeteiligung. S. 9-49 in: Hönekopp, E., (Hrsg), *Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.* (= Beiträge zur Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Bd. 114). Nürnberg: 9-49.

Werner, H., 1993: Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt. Vergleich von Frankreich, Deutschland, Niederlande und Schweden. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 20, H. 3: 348-361.

ARMUTSANALYSEN MIT DEM MIKROZENSUS?

WOLFGANG STRENGMANN-KUHN

Ausgehend von den grundsätzlichen Möglichkeiten, Armut in empirischen Analysen zu definieren, werden die Vor- und Nachteile des Mikrozensus im Vergleich zu anderen in Frage kommenden Datensätzen diskutiert. Der wesentliche Nachteil anderer Datensätze ist die vermeintliche Unterrepräsentierung armer Bevölkerungsgruppen. Der wesentliche Nachteil des Mikrozensus ist die ungenaue Messung des Einkommens. Unter anderem deswegen sind Armutsanalysen, die auf dem Mikrozensus beruhen, in der Armutsforschung (bisher) kaum zu finden. Es wird aber gezeigt, daß es trotz dieser eingeschränkten Information über das Einkommen möglich ist, annäherungsweise eine Armutsgrenze zu bestimmen und eine Armutspopulation mit dem Mikrozensus zu identifizieren. Die daraus resultierenden Ergebnisse in bezug auf Ausmaß und Zusammensetzung der Armut in Deutschland werden dann mit Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) verglichen. Dabei zeigt sich, daß die Armutsquote im Mikrozensus höher ist als im SOEP. Was die Zusammensetzung der Armutspopulation angeht, ergeben sich jedoch nur geringe Unterschiede. Aufgrund der ungenauen Armutsmessung sind Armutsanalysen mit dem Mikrozensus nur eingeschränkt möglich. Er kann jedoch genutzt werden, um Ergebnisse, die mit anderen Datenquellen erzielt wurden, auf deren Repräsentativität zu überprüfen. Darüber hinaus bietet der Mikrozensus aufgrund seiner Fallzahl die Möglichkeit von sehr differenzierten Analysen, die mit anderen Datensätzen so nicht machbar sind. Dies wird an dem Beispiel der regionalen Verteilung von Armut in Deutschland dargestellt.

At first based on the general possibilities of poverty measurement, the possibilities of poverty measurement with the German „Mikrozensus“ and the advantages and disadvantages comparing to other data sets will be discussed. The main disadvantage of other data sets is the presumed underestimating of poor households. On the other hand, the main disadvantage of the „Mikrozensus“ is the imprecise measurement of income. Nevertheless, it will be shown that an approximate estimation of poverty is possible. The results of this procedure will be compared with results - calculating with the same method - from the data set that is mostly used for poverty research in Germany, the German Socio Economic Panel (GSOEP). The comparison shows that indeed the poverty rate based on the „Mikrozensus“ is higher than the comparable rate based on the GSOEP. On the other

hand, the structure of the poverty population is only slightly different. Nevertheless, it must be said that poverty research with the „Mikrozensus“ is only possible in a restricted sense. However, it can, firstly, be used to check results based on other data sets, where one can have doubts about the representativeness. Secondly, because the large case number the „Mikrozensus“ can be used for analyses of smaller subpopulations, which are not possible with other data sets. This will be described with the example of regional distribution of poverty.

1. Einleitung

Der am häufigsten für repräsentative empirische Armutsanalysen verwendete Datensatz in Deutschland ist das Sozio-ökonomische Panel (SOEP). Allerdings werden dagegen des öfteren Einwände erhoben.

Der erste Einwand ergibt sich bereits aus der Panelstruktur des SOEP. Befragt werden mehr oder weniger jeweils die gleichen Personen und Haushalte. Das heißt, das SOEP ist im Grunde genommen nur repräsentativ für die Bevölkerung der ersten Panel-Welle, 1984, und deren Nachkommen. Die seitdem Zugewanderten würden nicht oder nur zum Teil erfaßt.¹ Damit wäre das SOEP nicht geeignet für repräsentative *Querschnittanalysen*. Insbesondere in bezug auf Armut kann argumentiert werden, daß die Zugewanderten ein besonders hohes Armutsrisiko haben. Dieses Argument trägt aber nicht mehr, seit 1994 eine Zuwandererstichprobe in das SOEP integriert wurde, die diesen Effekt ausgleichen soll (vgl. Schupp/Wagner 1995).²

Der zweite Einwand ist, „Arme“ würden weniger an Umfragen teilnehmen als andere. Zum Teil könnten sie es nicht, weil sie keinen festen Wohnsitz haben oder weil sie nicht über die kognitiven Fähigkeiten verfügen. Darüber hinaus wird vermutet, daß Arme häufiger bei den Wiederholungsbefragungen nicht mehr teilnehmen, so daß der Anteil der Personen mit hohem Armutsrisiko im Zeitverlauf noch abnehme. Beides Sorge dafür, daß zuwenig Arme im Panel vertreten seien. Armutsquoten auf Basis des SOEP würden dann die tatsächliche Armut unterschätzen. In empirischen Untersuchungen wurde zwar ein Zusammenhang zwischen dem niedrigem Einkommen und der Abbruchrate festgestellt.

1 Aufgrund der besonderen Verfolgungsstrategie des SOEP werden Zugewanderte zum Teil erfaßt. Trennt sich ein Befragungshaushalt, werden sämtliche Nachfolgehushalte weiterverfolgt, und zwar inklusive aller, auch der dann möglicherweise neuen Haushaltsmitglieder.

2 Außerdem gibt es ab dem Befragungsjahr 1998 eine Ergänzungsstichprobe, um u.a. die Repräsentativität des Panels für Querschnittanalysen zu erhöhen. Darüber hinaus dient diese Stichprobe dazu, Panel-Effekte zu analysieren und die Fallzahlen zu erhöhen (vgl. Projektgruppe Das Sozio-Ökonomische Panel 1998).

Dieser ist jedoch relativ gering (vgl. Rendtel 1995: 222ff.; Lipsmeier 1993). Rendtel/Wagner/Frick (1995) argumentieren darüber hinaus, daß dieser Effekt durch die Längsschnittgewichtung im SOEP weitgehend ausgeglichen wird (264 ff.).

Der dritte Einwand ergibt sich aus der Frage, ob die Armen im Panel repräsentativ für alle Armen sind. Wenn insbesondere die sehr schlecht Gebildeten und „wirklich Ausgegrenzten“ nicht vertreten sind, kann bei Armutsanalysen die Struktur der Armen verzerrt sein.

Der vierte Einwand ergibt sich aus der geringen Fallzahl von Armen im SOEP. Zwar werden etwa 6.500 Haushalte und circa 12.500 Personen befragt. Bei einer Armutsquote von circa 10% reduzieren sich die Zahlen schon auf einige hundert arme Haushalte. Wird dann weiter differenziert nach Ost und West, Geschlecht, Haushaltstypen etc., werden die Zellenbesetzungen teilweise sehr klein. Selbst wenn die globale Armutsquote Repräsentativitätskriterien entspräche, ist zu fragen, ob Ergebnisse von Analysen der Teilpopulation der Armen repräsentativ sind. Ganz abgesehen davon ist die Bearbeitung interessanter Fragestellungen z.B. über die regionale Verteilung von Armut oder über die Armut bestimmter Gruppen (z.B. Arbeitslose, Alleinerziehende, Sozialhilfeempfänger u.a.) aufgrund zu geringer Fallzahlen schlicht nicht möglich.

Bei fast allen anderen zur Verfügung stehenden Datensätzen ergeben sich ähnliche Probleme, meist sogar in stärkerem Maße als beim SOEP, weil die Fallzahlen noch geringer sind und/oder die Repräsentativität der Armen noch stärker angezweifelt werden kann. Einzige Ausnahme ist der Mikrozensus, bei dem sich diese Probleme nicht stellen. Bei dem Mikrozensus handelt es sich sowohl aufgrund der Größe der Stichprobe als auch aufgrund der Pflicht, an der Befragung teilzunehmen, um einen im hohen Maße repräsentativen Datensatz, bei dem sich das Fallzahlproblem auch bei sehr differenzierten Analysen nicht stellt.

Im folgenden soll nun untersucht werden, ob, und wenn ja, wie Armutsanalysen mit dem Mikrozensus möglich sind, und wie sich die Ergebnisse von denen des SOEP unterscheiden.³ Dazu werden zunächst die grundsätzlichen Möglichkeiten, Armut zu messen, beschrieben (Abschnitt 2). Da das Einkommen der einzige im Mikrozensus verfügbare Armutsindikator ist, der in diesem Beitrag verwendet wird, wird insbesondere die Messung von Einkommensarmut genau dargestellt, um im Anschluß daran zu überlegen, ob

3 Auf einen inferenzstatistischen Test, wie ihn z.B. Hartmann/Schimpl-Neimanns (1992) bei einem Vergleich zwischen Mikrozensus und ALLBUS verwenden, wird hier verzichtet. Zum einen ist die Verwendung eines solchen Tests nicht unumstritten (vgl. die Kontroverse zwischen Rendtel/Pötter (1993) und Hartmann/Schimpl-Neimanns (1993)). Zum anderen geht es hier weniger um die Frage, ob das SOEP repräsentativ ist, als vielmehr darum, ob bei Armutsanalysen mit dem Mikrozensus und dem SOEP - im weitesten Sinne - ähnliche Ergebnisse gefunden werden.

ein ähnliches Vorgehen auch beim Mikrozensus möglich ist. Außer dem Einkommen gibt es im Mikrozensus zum Thema Armut lediglich Informationen zum Sozialhilfebezug. Diese Angaben sind aber für Armutsanalysen problematisch. Erstens werden im Mikrozensus nicht alle Sozialhilfeempfänger erfaßt. Es gibt zwei Fragen, in denen nach dem Sozialhilfebezug gefragt wird. In der ersten Frage geht es darum, aus welcher Quelle der *überwiegende* Lebensunterhalt stammt. In der zweiten Frage geht es um die beiden wichtigsten sonstigen staatlichen oder privaten Transfers. Es mag sein, daß bei Bezug mehrerer Einkommensquellen Sozialhilfeempfänger nicht erfaßt werden. Zweitens ist der Sozialhilfebezug nur ein Indikator für die „bekämpfte“ Armut. Die verdeckte Armut bleibt unberücksichtigt. Schon allein deshalb ist der Sozialhilfebezug als Grundlage für Armutsuntersuchungen zweifelhaft.

Das Hauptproblem bei der Umsetzung mit dem Mikrozensus ist, daß es sich bei den Einkommensvariablen im Mikrozensus um klassierte Variablen handelt. Wie dennoch die Armutspopulation abgeschätzt werden kann, wird im Abschnitt 3 beschrieben. Im Abschnitt 4 wird dargestellt, welche Unterschiede sich dann zu Ergebnissen mit dem SOEP in Hinsicht auf die Höhe der gesamten Armutsquote, der Armutsquoten bestimmter Gruppen sowie die Zusammensetzung der Armutspopulation ergeben. Die Fragen lauten: Sind mit dem Mikrozensus höhere Armutsquoten zu beobachten? Unterscheiden sich die Risikogruppen? Wie setzt sich die Armutspopulation in den beiden Datensätzen zusammen? In Abschnitt 5 werden am Beispiel der regionalen Verteilung von Armut die Grenzen von Armutsanalysen mit dem SOEP und die Möglichkeiten des Mikrozensus aufgezeigt. Abschließend werden auf Grundlage der Ergebnisse aus den vorherigen Kapiteln die wesentlichen Vor- und Nachteile von Armutsanalysen mit dem Mikrozensus zusammengefaßt und diskutiert.

2. Armutsdefinitionen und Armutsmessung

Kriterien für Armut

In der Armutsforschung wird zwischen indirekter und direkter Armutsmessung unterschieden (vgl. Ringen 1988).⁴ Bei der *direkten* Armutsmessung wird versucht, den Lebensstandard anhand bestimmter Indikatoren (verfügbare Güter, soziale Kontakte u.ä.) direkt zu messen. Die *indirekte* Armutsmessung wird als Ressourcenansatz bezeichnet. In diesem Fall wird argumentiert, daß die Frage, ob jemand arm ist oder nicht, nicht unbedingt von dem beobachteten Lebensstandard, sondern von den verfügbaren Ressourcen

⁴ Zu einem empirischen Vergleich zwischen direkten und indirekten Armutsmaßen für die Bundesrepublik Deutschland siehe Andreeß et al. (1999).

abhängt (vgl. Hauser 1997a: 527). Da die zugrundeliegenden Ressourcen (Vermögen, Humankapital etc.) in der Regel nicht zu beobachten oder schwer zu messen sind, wird als Indikator für die Ressourcen in der Regel das Einkommen verwendet.

Messung von Einkommensarmut

Um Armut mit dem Indikator Einkommen zu messen, sind einige Fragen zu klären (vgl. Hauser 1997a: 526ff.). Erstens leuchtet für das Thema Armut ein, daß das Netto- und nicht das Bruttoeinkommen verwendet werden sollte. Neben dem Nettoeinkommen mögen aber auch noch nicht monetäre Einkommen eine Rolle spielen, dazu gehört üblicherweise der Mietwert selbst genutzten eigenen Wohnraums, also einer Eigentumswohnung oder eines Eigenheims. Andere nicht monetäre Einkommen, wie zum Beispiel Eigenerzeugung und Eigenverbrauch bei Landwirten, sind in der Regel schwer zu erfassen und werden üblicherweise nicht verwendet. Das Einkommen von Landwirten und Mithelfenden Familienangehörigen wird unter anderem aus diesem Grund im Mikrozensus nicht erfragt. Diese beiden Gruppen bleiben daher auch in dieser Untersuchung unberücksichtigt.

Die zweite zu klärende Frage ist, über welchen Zeitraum das Einkommen gemessen werden soll. Soll für die Bestimmung das aktuelle Monatseinkommen, das Jahreseinkommen oder sollen sogar längere Perioden verwendet werden? In der Armutsforschung wird üblicherweise das Monats- oder das Jahreseinkommen verwendet. Neben der Datenverfügbarkeit spricht für solche eher kurze Zeiträume auch, daß Betroffenheit von Armut auch dann vorliegt, wenn das Einkommen nur für kürzere Zeitspannen gering ist. Wird das Monatseinkommen verwendet, werden aber manchmal auch jährlich einmalige Leistungen wie Weihnachtsgeld etc. auf das Jahr umgelegt und zu dem aktuellen Monatseinkommen hinzugerechnet (z.B. Hauser 1997b).

Die dritte Frage ist, wessen Einkommen berücksichtigt werden soll, also die nach der Bezugseinheit. Die Möglichkeiten sind hier entweder das Individual-, Haushalts- oder das Familieneinkommen. In der Armutsforschung hat sich dabei das Haushaltseinkommen als Standard entwickelt, wobei unter Haushalt die Gemeinschaft aller Personen zu verstehen ist, die in einer Wohnung miteinander leben und gemeinsam wirtschaften. Dieses Konzept kann natürlich kritisiert werden. So mag es sein, daß das Einkommen innerhalb eines Haushalts ungleich verteilt ist (vgl. Jenkins 1991). Üblicherweise liegen aber über die Verteilung innerhalb der Haushalte kaum Kriterien vor, und die Alternative, das Einkommen anderer Haushaltsmitglieder nicht zu berücksichtigen, scheint noch kritikwürdiger. Eine weitere Frage ist, ob nicht auch Personen aus anderen Haushalten berücksichtigt werden sollten. So wäre es denkbar, daß Studierende, die am Studienort eine eigene Unterkunft haben, noch zu den Eltern gerechnet werden. Allerdings ist dann schwer zu entscheiden, ab wann Personen verschiedener Haushalte zusammengefaßt werden sollten.

Bei Berücksichtigung des Haushaltseinkommen stellt sich als nächstes die Frage der Vergleichbarkeit des Haushaltseinkommens verschiedener Haushaltstypen. Das Haushaltseinkommen an sich ist als Indikator für Armut nicht geeignet. Naheliegender wäre das Pro-Kopf-Einkommen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß erstens Personen unterschiedlichen Alters, insbesondere Kinder im Vergleich zu Erwachsenen, einen unterschiedlichen Bedarf haben können. Zweitens ergeben sich durch das Zusammenleben bestimmte Vorteile, sogenannte *economies of scale*, so daß z.B. ein Zweipersonenhaushalt weniger als das doppelte eines Einpersonenhaushalts benötigt. Die Lösung des Problems (vgl. Hauser 1996) liegt in der Verwendung eines bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens, auch Äquivalenzeinkommen oder Erwachsenenäquivalent genannt. Dabei wird das Haushaltseinkommen nicht durch die Anzahl der Personen, sondern durch die Summe sogenannter Bedarfsgewichte geteilt. Das Bedarfsgewicht für die erste erwachsene Person im Haushalt ist 1, für alle weiteren Personen üblicherweise kleiner als 1, und für Kinder kleiner als für Erwachsene. Nach solchen Bedarfsgewichten wird z.B. auch der Sozialhilfebedarf ermittelt.

Nachdem die Frage geklärt ist, welches Einkommen verwendet wird, stellt sich als nächstes die Frage nach der Einkommensgrenze, unterhalb derer von Armut gesprochen werden kann. Auch hier gibt es wieder mehrere Möglichkeiten. In der Regel wird die Grenze als ein Prozentanteil des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens angegeben, 40%, 50% oder 60%, wobei sich 50%, auch international, als Standard entwickelt hat.

Darüber hinaus ist denkbar, sowohl die Äquivalenzgewichte als auch die Armutsgrenze durch Befragungen zu ermitteln. Da eine solche Frage im Mikrozensus jedoch nicht gestellt wird, wird hierauf nicht näher eingegangen (vgl. jedoch Plug et al. 1997; Andreß et al. 1999).

3. Messung von Einkommensarmut mit dem Mikrozensus

Grundidee

Für die Identifikation von armen Haushalten im Mikrozensus steht nur eine Variable über das monatliche Haushaltsnettoeinkommen zur Verfügung.⁵ Informationen über weitere

⁵ Diese Variable basiert allerdings nicht auf einer Frage im Fragebogen, sondern wird auf Basis der Angaben der individuellen Nettoeinkommen, die ebenfalls nur klassiert abgefragt werden, generiert. Nach telefonischer Auskunft des Statistischen Bundesamtes ist das Verfahren dabei folgendes: Jeder Person wird auf Basis eines Zufallsprozesses ein spitzer Wert für das persönliche Nettoeinkommen zugeordnet, der innerhalb des angegebenen Intervalls liegt. Diese Werte werden aufaddiert und ergeben das Haushaltsnettoeinkommen, das dann wiederum einer Einkommensklasse zugeord-

Einkommensarten, wie z.B. einmalige Leistungen für Arbeitnehmer oder den Mietwert eigengenutzten Wohnraums, gibt es nicht. Es werden also beispielsweise Personen als arm klassifiziert, obwohl sie dadurch, daß sie keine Miete bezahlen müssen, eigentlich einen höheren Lebensstandard haben. Schon allein dadurch wird die Möglichkeit, den Mikrozensus für Armutsanalysen einzusetzen, eingeschränkt. In Abschnitt 4.1 wird gezeigt, daß sich das Ausmaß der Armut stark dadurch unterscheidet, welches Einkommen als Grundlage verwendet wird.

Ein zusätzliches Problem ist, daß das Haushaltseinkommen nur in Einkommensklassen angegeben ist. Es ist also lediglich bekannt, daß das Haushaltseinkommen innerhalb von zwei Grenzen liegt. Diese Haushaltseinkommensklassen könnten in Äquivalenzeinkommensklassen umgerechnet werden, indem die Ober- und Untergrenze jeweils durch die Summe der Bedarfsgewichte geteilt wird. Um den einzelnen Haushalten nun ein Äquivalenzeinkommen zuzuordnen, wären zwei Verfahren denkbar. Dazu ist allerdings jeweils eine Annahme über die Verteilung innerhalb der Klasse nötig. Erstens könnte den einzelnen Haushalten über einen Zufallsprozeß ein Einkommen gemäß dieser Verteilungsannahme zugeordnet werden. Eine Alternative wäre jedem Haushalt innerhalb der Klasse dasselbe Einkommen zuzuordnen, z.B. den Mittelwert, der sich aus der Verteilung ergebe. Unter der Annahme von Gleichverteilung wäre das die Klassenmitte.

Von Gleichverteilung innerhalb der Klassen auszugehen, ist aber nicht angebracht. So dürfte das Einkommen bei den unteren Einkommensklassen eher rechtsschief und bei höheren Einkommensklassen eher linksschief verteilt sein, so daß die Verwendung der Klassenmitte bei den unteren Klassen zu einer Unterschätzung und bei den oberen Klassen zu einer Überschätzung führen würde. Außerdem sind die Äquivalenzeinkommensklassen und -klassenbreiten für verschiedene Haushaltstypen unterschiedlich, was möglicherweise zu weiteren Problem führt. Die Ausführungen haben deutlich gemacht, daß eine Bestimmung der Äquivalenzeinkommen und damit auch des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens nur aufgrund von starken Annahmen über die Verteilung möglich wäre.

Aus diesen Gründen erscheint es daher zunächst so, daß Armutsanalysen mit dem Mikrozensus nicht so ohne weiteres möglich sind. Trotzdem soll hier ein Weg dargestellt werden, wie eine Armutspopulation im Mikrozensus ohne Annahmen über die Verteilung der Einkommen innerhalb der Einkommensklassen abgeschätzt werden kann.

net wird. Ab dem Mikrozensus 1996 wird übrigens das Haushaltsnettoeinkommen in einer eigenen Frage (klassiert) abgefragt.

Das Problem des durchschnittlichen Einkommens ließe sich umgehen, indem Ergebnisse aus anderen Datenquellen übernommen werden, z.B. dem SOEP. Dies scheint auch dann legitim, wenn vermutet wird, daß der untere Einkommensbereich möglicherweise in diesen Daten unterrepräsentiert ist.⁶ Dieser Weg wird auch hier gegangen. Den folgenden Analysen wird das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen des SOEP zugrunde gelegt.

Vor der Bestimmung des Äquivalenzeinkommens sind verschiedene Festlegungen zu treffen. Eine in der deutschen Armutsforschung verwendete Äquivalenzskala ist die BSHG-Skala, die auf den Bedarfsgewichten des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) beruht. Nach dem Bundessozialhilfegesetz hat der Haushaltsvorstand ein Bedarfsgewicht von 1, jede weitere Person über 18 ein Gewicht von 0,8, Jugendliche zwischen 15 und 18 ein Gewicht von 0,9, Kinder von 7 bis 14 Jahren ein Gewicht von 0,65 und Kinder unter 7 Jahren ein Gewicht von 0,5 bzw. 0,55, wenn sie in einem Alleinerziehenden-Haushalt leben. Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe von Mehrbedarfszuschlägen, insbesondere für ältere Personen, Alleinerziehende und Erwerbsunfähige, die in der Regel nicht in der Äquivalenzskala berücksichtigt werden. Allerdings sind die Gewichte der BSHG-Skala zu hoch, wenn sie auf das gesamte Haushaltseinkommen angewendet werden, weil die Miete von der Sozialhilfe immer voll übernommen wird. Eine Modifikation dieser Skala, die die pauschale Übernahme der Mietkosten berücksichtigt, ergibt ähnliche Gewichte wie die der alten OECD-Skala (vgl. Faik 1997). Diese weist jedem zusätzlichen Erwachsenen, genauer: jeder Person ab 15 Jahren, ein Gewicht von 0,7 und Kindern unter 15 Jahren ein Gewicht von 0,5 zu. Die neue OECD-Skala unterscheidet sich von der alten, indem sie zusätzliche Personen mit 0,5 und 0,3 gewichtet.

Auch die Berechnung des Durchschnitts ist nicht eindeutig. Bezüglich der Berechnung des Durchschnittseinkommens sind nämlich zwei Fragen zu klären. Erstens: wird zur Bestimmung des Durchschnitts der Median oder das arithmetische Mittel verwendet? Auch hier gibt es wieder diverse Argumente für das eine und das andere Vorgehen, auf die hier aber nicht näher eingegangen wird (vgl. Hagenaars 1986: 25ff.). In Deutschland, wie auch meist in Europa, wird in der Regel das arithmetische Mittel verwendet, in den USA eher der Median. Zweitens ergibt sich für Deutschland die Frage, ob ein gemeinsamer Durchschnitt für Ost und West verwendet werden sollte, oder ob die Landesteile getrennt zu betrachten sind (vgl. Hauser/Wagner 1997). Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Preisniveau im Osten nach wie vor niedriger ist als im Westen (vgl. Habich/Krause 1997: 512f.). Werden getrennte Durchschnitte verwendet, ist die Armut im Osten niedriger, stieg

⁶ Da insbesondere ganz hohe Einkommen (das höchste Monatseinkommen im SOEP beträgt lediglich 45.000 DM) fehlen, ist sogar eher damit zu rechnen, daß das Durchschnittseinkommen eher unter- als überschätzt wird.

aber seit der Vereinigung an. Wird ein gemeinsamer Durchschnitt verwendet, ist Armut im Osten häufiger, aber seit 1990 stark gesunken (vgl. Andreß et al. 1999, Hauser/Wagner 1997; Habich/Krause 1997). Die Erklärung für diesen vermeintlichen Widerspruch liegt auf der Hand. Einerseits ist die Ungleichheit im Osten nach wie vor geringer als im Westen, allerdings vergrößert sie sich. Andererseits ist das Einkommensniveau insgesamt, auch bei den einkommensschwachen Haushalten, gestiegen, es ist aber immer noch geringer als im Westen.

Es ist also zu sehen, daß die Frage, wo genau die Armutsgrenze liegt, nicht eindeutig zu beantworten ist, selbst wenn schon entschieden ist, daß sie 50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens betragen soll. Dies führt dann zu dem Gedanken, daß möglicherweise klassierte Einkommensvariablen für die Bestimmung oder zumindest für die ungefähre Abschätzung einer Armutspopulation durchaus ausreichend sein könnten.

Wie läßt sich nun das zweite Problem der Berechnung von Äquivalenzeinkommen lösen? Wie oben dargelegt, dient das Äquivalenzeinkommen dazu, die Einkommen von Haushalten mit unterschiedlicher Zusammensetzung vergleichbar zu machen. Die Konsequenz ist, daß es für jeden Haushaltstyp eine haushaltstypische Armutsgrenze gibt. Diese haushaltstypische Armutsgrenze ergibt sich durch Multiplikation der Summe der Bedarfsgewichte des Haushalts mit der in Äquivalenzeinkommen ausgedrückten Armutsgrenze. Bei einem Einpersonenhaushalt ist dies gerade die Hälfte des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens, da das Bedarfsgewicht einer Person im Haushalt eins beträgt. Wird für Mehrpersonenhaushalte z.B. die alte OECD-Skala als Äquivalenzskala verwendet, bei der ein zusätzlicher Erwachsener das Gewicht von 0,7 und ein Kind ein Gewicht von 0,5 hat, beträgt die Armutsgrenze eines Haushalts mit zwei Erwachsenen das 1,7-fache der Armutsgrenze für einen Alleinstehenden, für einen Haushalt mit einer erwachsenen Person und einem Kind das 1,5-fache usw. Auf diese Art und Weise läßt sich also für jede Haushaltskonstellation eine Armutsgrenze errechnen.

Unter der Annahme, daß es eine gewisse Bandbreite gibt, in der die „Armutsgrenze“ liegt, liegt es nahe, bei klassierten Einkommensvariablen abzuschätzen, bis zu welcher Klasse von Armut gesprochen werden kann und ab welcher Klasse nicht mehr. Dieser Weg wird bei den folgenden Untersuchungen eingeschlagen.

Tabelle 1: Armutsgrenzen im SOEP und im Mikrozensus

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	SOEP 50%		Mikro- zensus	SOEP 50%		Mikro- zensus
Haushaltstyp*	(1)	(2)		(1)	(2)	
1 Erwachsener	997	976	1000	794	865	1000
1 Erwachsener, 1 Kind	1496	1465	1400	1191	1297	1400
1 Erwachsener, 2 Kinder	1995	1953	2200	1588	1730	1800
1 Erwachsener, 3 Kinder	2494	2441	2500	1985	2162	2200
2 Erwachsene	1696	1660	1800	1349	1470	1400
2 Erwachsene, 1 Kind	2194	2148	2200	1746	1903	1800
2 Erwachsene, 2 Kinder	2693	2663	3000	2143	2335	2200
2 Erwachsene, 3 Kinder	3192	3125	3000	2540	2768	2500
2 Erwachsene, 4 Kinder	3690	3613	3500	2937	3200	3000
2 Erwachsene, 5 Kinder	4189	4101	4000	3334	3632	3500
3 Erwachsene	2394	2343	2500	1905	2076	2200
3 Erwachsene, 1 Kind	2893	2832	3000	2302	2508	2500
3 Erwachsene, 2 Kinder	3391	3320	3500	2699	2941	3000
3 Erwachsene, 3 Kinder	3890	3808	4000	3096	3373	3500
4 Erwachsene	3092	3027	3000	2461	2681	2500
4 Erwachsene, 1 Kind	3591	3515	3500	2858	3114	3000
4 Erwachsene, 2 Kinder	4089	4003	4000	3255	3564	3500
5 Erwachsene	3790	3710	4000	3017	3287	3500
5 Erwachsene, 1 Kind	4289	4199	4500	3413	3719	4000
6 Erwachsene	4488	4394	4500	3573	3892	4000

Quelle: SOEP 1995 (inkl. Zuwandererstichprobe), eigene Berechnungen (gewichtet).

Anmerkungen:

(1): 50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens, getrennte Durchschnitte für Ost- und Westdeutschland, alte OECD-Skala.

(2): Wie (1), aber es wird ein gemeinsamer Durchschnitt für Gesamtdeutschland berechnet, wobei die Einkommen in Ostdeutschland kaufkraftbereinigt werden. Dazu wird ein Index für alle Ostdeutschen Einkommen verwendet. Sie werden mit dem Faktor 1,129 multipliziert. Die so ermittelte Armutsgrenze wird dann für den Osten wieder durch 1,129 dividiert und damit in tatsächliches Einkommen zurückgerechnet.

*) Mit „Erwachsene“ sind hier Personen ab 15 Jahre gemeint, mit „Kind“ Personen unter 15 Jahre, entsprechend der Unterscheidung der OECD-Skala.

Umsetzung

Um das eben beschriebene Verfahren umzusetzen, werden also als erstes die Armutsgrenzen berechnet, die sich auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels ergeben. Die Armutsgrenze wird als 50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens berechnet, wobei als Durchschnitt das arithmetische Mittel verwendet wird. Für die Berechnung des durch-

schnittlichen Äquivalenzeinkommens wird die alte OECD-Skala verwendet. Die Summe der Bedarfsgewichte ist dann also abhängig von der Anzahl der Personen ab 15 Jahre und Anzahl der Personen unter 15 Jahre. Der zweite Schritt ist, daß nach diesen beiden Kriterien Haushaltstypen gebildet werden. Für die 20 häufigsten Haushaltstypen, die insgesamt 99% aller Haushalte im Mikrozensus umfassen, werden die „haushaltstypspezifischen“ Armutsgrenzen einmal unter Verwendung getrennter Durchschnitte für Ost und West und einmal unter Verwendung eines gemeinsamen Durchschnitts für Ost und West berechnet, wobei im letzten Fall die Einkommen in Ostdeutschland kaufkraftbereinigt werden.⁷ Drittens wird bestimmt, bis zu welcher Einkommensklasse aus dem Mikrozensus bei welchem Haushaltstyp annäherungsweise von Armut gesprochen werden kann.⁸

Das Ergebnis dieser Prozedur enthält Tabelle 1. Werden getrennte Durchschnitte für Ost- und Westdeutschland berechnet, so ergibt sich für die alten Bundesländer ein durchschnittliches Äquivalenzeinkommen von 1994,84 DM und für die neuen Bundesländer von 1587,64 DM. Wird ein gemeinsamer Durchschnitt errechnet, wobei die ostdeutschen Einkommen kaufkraftbereinigt werden, ergibt sich ein Durchschnitt von 1952,89 DM. Für Westdeutschland liegen die Armutsgrenzen für eine alleinstehende Person also bei 997,42 DM bzw. 976,44 DM. Es liegt dann nahe, im Mikrozensus eine alleinstehende Person als arm zu bezeichnen, wenn ihr Einkommen weniger als 1.000 DM beträgt. Für jede weitere Person ab 15 Jahre kämen dann ca. 700 DM bei der Armutsgrenze hinzu und für jedes Kind ca. 500 DM. Im Osten liegt die Armutsgrenze für eine alleinstehende Person bei 793,82 DM, falls getrennte Durchschnitte zugrunde gelegt werden, und 864,87 DM auf Basis des gemeinsamen Durchschnitts⁹. Die Armutsgrenzen sind also etwas geringer als im Westen. Entsprechend fallen auch die zusätzlichen Beträge für „Erwachsene“ und „Kinder“ etwas niedriger aus.

In den Spalten, die in Tabelle 1 mit „Mikrozensus“ bezeichnet sind, sind die Grenzen enthalten, die für die folgenden Analysen mit dem Mikrozensus als Armutsgrenzen verwendet werden. In Westdeutschland liegen sie dabei zum großen Teil sehr nah an den Armutsgrenzen im SOEP unter Verwendung des westdeutschen Durchschnitts. Für Ostdeutschland ist das nicht so eindeutig. Die Klassengrenzen liegen teilweise näher an den

⁷ Die ostdeutschen Einkommen werden dazu mit dem Faktor 1,129 multipliziert (vgl. Habich/Krause 1997: 512).

⁸ Im Mikrozensus gibt es für das Haushaltsnettoeinkommen folgende Einkommensklassen: „unter 300 DM“, „300 bis unter 600 DM“, „600 bis unter 1000 DM“, „1000 bis unter 1400 DM“, „1400 bis unter 1800 DM“, „1800 bis unter 2200 DM“, „2200 bis unter 2500 DM“, „2500 bis unter 3000 DM“ usw. in 500-DM-Schritten bis „7000 bis unter 7500 DM“ sowie „7500 DM und mehr“.

⁹ Die Armutsgrenze liegt auch bei Verwendung eines gemeinsamen Durchschnitts im Osten niedriger, weil die Preise im Osten niedriger sind, also die Kaufkraft höher ist. Der Wert ergibt sich durch Division von 976,44 DM durch 1,129.

Armuts Grenzen für den ostdeutschen und teilweise näher an den Armuts Grenzen für den gesamtdeutschen Durchschnitt.

Wie dicht an bzw. wie weit entfernt die für den Mikrozensus gewählten Armuts Grenzen von der entsprechenden 50%-Armuts Grenze auf Basis des SOEP sind, zeigt sich noch deutlicher, wenn die entsprechenden Werte in Prozent des Durchschnittseinkommens umgerechnet werden (siehe Tabelle 2). Für Westdeutschland zeigt sich, daß über alle Haushalte gesehen die Armuts Grenzen im Mikrozensus bei 51,6% des West-Durchschnittseinkommens und bei 52,7% des Gesamtdurchschnitts liegen. Auch für die meisten Haushaltstypen liegt die Grenze relativ dicht an der 50%-Grenze. Für Ostdeutschland liegen die Klassengrenzen zum Teil etwas weiter von der 50%-Grenze entfernt als im Westen. Die Armuts Grenzen „passen“ also nicht ganz so gut. Dabei liegen sie meist etwas höher als 50% des Ostdurchschnitts und etwas niedriger als 50% des Gesamtdurchschnitts, wobei der Abstand zur 50%-Armuts Grenze auf Basis des gemeinsamen Durchschnitts im Mittel etwas kleiner ist.

4. Ergebnisse

Ausmaß von Armut

Zunächst wird das Ausmaß der Armut untersucht. Drei Fragen stehen dabei im Mittelpunkt. Anfangs wurde dargestellt, daß vermutet wird, die Armuts population im SOEP sei nicht vollständig erfaßt. Die Folge müßte dann sein, daß die Armuts quote im SOEP geringer wäre als im Mikrozensus, sofern diese Armen im Mikrozensus erfaßt werden. Diese Hypothese wird überprüft, indem auch für das SOEP das eben dargestellte Verfahren, das im folgenden als Mikrozensus-Methode bezeichnet werden soll, angewendet wird, um die Armuts quote zu bestimmen. Es stellt sich also erstens die Frage, ob der resultierende Anteil der Armen im SOEP kleiner ist als im Mikrozensus? Zweitens wird untersucht, ob diese ungenaue Bestimmung der Armuts population Auswirkungen auf die Armuts quote hat. Dazu werden im SOEP die Armuts quoten auf Basis der genauen 50%-Armuts Grenzen bestimmt. Es werden wieder die beiden Möglichkeiten auch oben verwendeten Möglichkeiten zur Durchschnittsberechnung durchgeführt, also einmal getrennte Durchschnitte für Ost- und Westdeutschland und einmal ein gemeinsamer Durchschnitt unter Berücksichtigung der Kaufkraftunterschiede in Ost- und Westdeutschland. Drittens wird der Frage nachgegangen, welchen Einfluß es auf den Anteil der Armen hat, daß nur das unbereinigte Haushaltseinkommen berücksichtigt wurde. Dazu werden mit dem SOEP zusätzlich Armuts quoten auf Basis des 50% Armuts Grenze berechnet, bei denen auch unregelmäßige einmalige Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie 13. Monatsgehalt, Urlaubsgehalt etc. und der Mietwert eigenen Wohnraums berücksichtigt werden.

Tabelle 2: Armutsgrenzen im Mikrozensus in Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens

Haushaltstypen*	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	(1)	(2)	(1)	(2)
1 Erwachsener	50,1	51,2	63,0	57,8
1 Erwachsener, 1 Kind	46,8	47,8	58,8	54,0
1 Erwachsener, 2 Kinder	55,1	56,3	56,7	52,0
1 Erwachsener, 3 Kinder	50,1	51,2	55,4	50,9
2 Erwachsene	53,1	54,2	51,9	47,6
2 Erwachsene, 1 Kind	50,1	51,2	51,5	47,3
2 Erwachsene, 2 Kinder	55,7	56,9	51,3	47,1
2 Erwachsene, 3 Kinder	47,0	48,0	49,2	45,2
2 Erwachsene, 4 Kinder	47,4	48,4	51,1	46,9
2 Erwachsene, 5 Kinder	47,7	48,8	52,5	48,2
3 Erwachsene	52,2	53,3	57,7	53,0
3 Erwachsene, 1 Kind	51,9	53,0	54,3	49,8
3 Erwachsene, 2 Kinder	51,6	52,7	55,6	51,0
3 Erwachsene, 3 Kinder	51,4	52,5	56,5	51,9
4 Erwachsene	48,5	49,6	50,8	46,6
4 Erwachsene, 1 Kind	48,7	49,8	52,5	48,2
4 Erwachsene, 2 Kinder	48,9	50,0	53,8	49,4
5 Erwachsene	52,8	53,9	58,0	53,2
5 Erwachsene, 1 Kind	52,5	53,6	58,6	53,8
6 Erwachsene	50,1	51,2	56,0	51,4
Alle (SOEP)	51,6	52,7	53,8	49,4

Quelle: SOEP 1995 (inkl. Zuwanderer Stichprobe), eigene Berechnungen (gewichtet).

Anmerkungen:

1): Prozentanteil des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens, getrennte Durchschnitte für Ost- und Westdeutschland, alte OECD-Skala.

2): Wie (1), aber es wird ein gemeinsamer Durchschnitt für Gesamtdeutschland berechnet, wobei die Einkommen in Ostdeutschland kaufkraftbereinigt werden (siehe Anmerkung in Tabelle 1).

*) Mit „Erwachsene“ sind hier Personen ab 15 Jahre gemeint, mit „Kind“ Personen unter 15 Jahre, entsprechend der Unterscheidung der OECD-Skala.

Wird die Armutspopulation wie im vorherigen Abschnitt beschrieben im Mikrozensus abgeschätzt, beträgt die Armutsquote für ganz Deutschland 11,7% (Siehe Spalte „Mikrozensus“ in Tabelle 3). Dies ist deutlich höher wie die entsprechende Armutsquote im SOEP (siehe Spalte (1)), die nur 10,5% beträgt. Wenn davon ausgegangen wird, daß der Mikrozensus repräsentativer als das SOEP ist, wird der Anteil der Armen im SOEP wohl tatsächlich unterschätzt. Dies gilt insbesondere für Westdeutschland. Hier beträgt der Anteil der Armen im Mikrozensus 12,5%, während sie im SOEP nur 11,0% beträgt. Für

Ostdeutschland stimmt die Behauptung der Unterschätzung der Armutsquote mit dem SOEP allerdings nicht. Der Anteil der Armen ist im Mikrozensus mit 8,5% im Vergleich zu 8,9% sogar etwas geringer, der Unterschied ist aber nicht signifikant.¹⁰

Tabelle 3: Armutsquoten bei verschiedenen Einkommenskonzepten und unterschiedlichen Methoden im Mikrozensus und im SOEP

Einkommenskonzept	Mikro- zensus	SOEP		
		50%-Grenze		
		(1)	(2)	(3)
Gesamtdeutschland				
Haushaltsnettoeinkommen	11,7	10,6	10,2	10,4
+ einmalige Leistungen*	-	-	11,6	11,4
+ Mietwert der eigenen Wohnung	-	-	12,9	12,6
+ beides	-	-	13,3	13,0
Westdeutschland				
Haushaltsnettoeinkommen	12,5	11,0	11,0	10,5
+ einmalige Leistungen*	-	-	12,6	11,6
+ Mietwert der eigenen Wohnung	-	-	14,2	12,5
+ beides	-	-	14,6	12,9
Ostdeutschland				
Haushaltsnettoeinkommen	8,5	8,9	6,9	9,9
+ einmalige Leistungen*	-	-	7,6	10,9
+ Mietwert der eigenen Wohnung	-	-	7,7	12,9
+ beides	-	-	8,0	13,4

Quelle: SOEP 1995 (incl. Zuwandererstichprobe), Mikrozensus 1995, eigene Berechnungen (gewichtet).

Anmerkungen:

(1): „Mikrozensus-Methode“: es werden die gleichen Armutsgrenzen wie beim Mikrozensus verwendet (siehe Tabelle 1).

(2): 50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens, getrennte Durchschnitte für Ost- und Westdeutschland, alte OECD-Skala.

(3): Wie (2), aber es wird ein gemeinsamer Durchschnitt für Gesamtdeutschland berechnet, wobei die Einkommen in Ostdeutschland kaufkraftbereinigt werden (siehe Anmerkung in Tabelle 1)

*) : Summe aus 13. Monatsgehalt, 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gewinnbeteiligungen, sonstige Sondervergütungen.

10 Wird eine Binomialverteilung unterstellt, so betragen die geschätzten Standardfehler für die Armutsquoten in Ostdeutschland im SOEP ca. 0,4 Prozentpunkte, das Konfidenzintervall ist also bei einer Fehlerwahrscheinlichkeit von 5% etwas breiter als 1,5 Prozentpunkte. Im Mikrozensus beträgt etwa der geschätzte Standardfehler ungefähr 0,05, das Konfidenzintervall ist also etwa 0,2 Prozentpunkte breit. Die Unterschiede zwischen den Armutsquoten werden als signifikant bezeichnet, wenn sich die Konfidenzintervalle nicht überschneiden.

Als nächstes wird ausschließlich mit dem SOEP untersucht, ob die ungenaue Bestimmung der Armutsgrenzen einen Einfluß auf den Anteil der Armen hat. Dazu werden die Armutsquoten, die aus der Mikrozensus-Methode resultieren, verglichen mit den Armutsquoten, die sich ergeben, wenn die 50%-Armutsgrenze exakt bestimmt wird. Die Armutsgrenzen für den Mikrozensus waren so konstruiert, daß sie für Westdeutschland relativ nahe an der 50%-Grenze gemessen am Westdurchschnitt lagen. Die beiden Armutsquoten sind sogar fast identisch und betragen beide 11%. Auch die dritte Armutsquote auf Basis des gesamtdeutschen Durchschnitts unterscheidet sich mit 10,5% nicht signifikant.¹¹

Die Armutsgrenzen im Mikrozensus lagen für Ostdeutschland meist zwischen den beiden Möglichkeiten, wobei sie meist näher an den Armutsgrenzen für die gemeinsame Grenze lagen. Entsprechend liegt die Armutsquote, die mit der Mikrozensus-Methode berechnet wird, mit 8,9% zwischen den beiden Werten für die 50%-Armutsgrenze. Der Unterschied zu der Armutsquote auf Basis des gesamtdeutschen Durchschnitts (9,9%) ist nicht signifikant. Beide Armutsquoten liegen aber (signifikant) über der auf Basis des ostdeutschen Durchschnitts, der 6,9% beträgt.

Für Gesamtdeutschland hat das zufolge, daß alle drei Möglichkeiten, die Armutsgrenze zu bestimmen, sich nicht signifikant voneinander unterscheiden.¹² Dabei ist die Armutsquote mit der Mikrozensus-Methode mit 10,6% am höchsten, auf Basis des gesamtdeutschen Durchschnitts mit 10,4% etwas niedriger und auf Basis des getrennten Durchschnitts mit 10,2% am niedrigsten.

Bisher wurde jeweils nur das unbereinigte Einkommen verwendet, unregelmäßige einmalige Leistungen und ein eventueller Mietwert der eigenen Wohnung wurde nicht berücksichtigt. Beides sorgt dafür, daß ein Teil der bisher als arm Klassifizierten in Wirklichkeit ein Einkommen über der Grenze haben. Andererseits bedeutet die Berücksichtigung weiterer Einkommensquellen aber auch eine höhere Armutsgrenze, da der Durchschnitt der Einkommen steigt. Insgesamt hat das zur Folge, daß die Armutsquote steigt, wenn diese ungleicher verteilten Einkommen berücksichtigt werden.

In Westdeutschland erhöht sich der Anteil der Armen von 11% auf 14,6%, wenn nur der Westdurchschnitt der Armutsgrenze zugrunde gelegt wird. Im Osten erhöht sich die Armutsquote von 9,9% auf 13,4% bei Verwendung des gesamtdeutschen Durchschnitts. Die

¹¹ Der geschätzte Standardfehler für die Armutsquoten für Westdeutschland im SOEP beträgt etwas mehr als einen Viertel Prozentpunkt. Die Konfidenzintervalle sind also bei einer Fehlerwahrscheinlichkeit von 5% etwa einen Prozentpunkt breit.

¹² Für Gesamtdeutschland betragen die Armutsquoten im SOEP etwas weniger als einen Viertel Prozentpunkt. Die Konfidenzintervalle sind also bei einer Fehlerwahrscheinlichkeit von 5% etwas weniger als einen Prozentpunkt breit.

für den Mikrozensus ausgewiesenen Armutsquoten von 12,5% für den Westen, 8,9% für den Osten und 10,6% für Gesamtdeutschland stellen also wohl nur eine Untergrenze für den Anteil der Armen dar.

5. Risikogruppen und Zusammensetzung der Armutspopulation

Vorgehen

Im vorherigen Abschnitt wurde untersucht, inwiefern sich die Armutsquoten im SOEP und im Mikrozensus in ihrem Gesamtniveau unterscheiden. Im folgenden geht es darum, zu bestimmen, ob es erstens in beiden Datensätzen unterschiedliche Risikogruppen gibt und ob zweitens die Armutspopulation unterschiedlich zusammengesetzt ist. Anfangs wurde dargestellt, daß vermutet wird, daß manche Gruppen unzureichend im SOEP vertreten sind. Um dies zu überprüfen, wird die Untersuchung nach den soziodemographischen Merkmalen Geschlecht, Alter, Bildung, Erwerbsstatus, Nationalität, Haushaltsgröße und Haushaltstyp differenziert. Die betrachteten Gruppen sind im wesentlichen jene, die auch im Datenreport 1997 (vgl. Habich/Krause 1997) untersucht werden.¹³ Da bei dieser differenzierten Betrachtung die Fallzahlen der Armen in den neuen Bundesländern im SOEP zu gering sind, werden die Berechnungen auf Westdeutschland beschränkt. Dabei werden erstens die Armutsquoten der betroffenen Gruppen mit dem Mikrozensus und dem SOEP berechnet (Tabelle 4). Mit dem SOEP werden wieder die drei Möglichkeiten Mikrozensus-Methode, 50%-Armutsgrenze auf Basis des gesamtdeutschen und 50% auf Basis des westdeutschen Durchschnitts verwendet. Allerdings wird bei diesen Berechnungen nur das unbereinigte Einkommen berücksichtigt. Eine Analyse der Frage, welche Veränderungen sich bei Verwendung eines bereinigten Einkommens ergeben würden, würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Neben den Armutsquoten für bestimmte Gruppen wird die Zusammensetzung der Armutspopulation, also die Anteile der jeweiligen Gruppen an den Armen, betrachtet, um herauszufinden, ob es Gruppen gibt, die in der Armutspopulation des SOEP gemessen am Mikrozensus über- oder unterrepräsentiert sind (Tabelle 5). Dazu ist es sinnvoll, die Zusammensetzung der Armutspopulation mit der Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung zu vergleichen. Um diesen Vergleich nicht zu kompliziert zu gestalten, wird die Armutspopulation in beiden Datensätzen nur mit der Mikrozensus-Methode bestimmt.

¹³ Habich/Krause (1997) untersuchen aber nur die gruppenspezifischen Armutsquoten und nicht die Zusammensetzung der Armutspopulation. Außerdem ergeben sich Unterschiede aufgrund der unterschiedlichen Operationalisierung der Armutsgrenzen. Habich und Krause verwenden die BSHG-Skala, während hier die alte OECD-Skala verwendet wird.

Geschlecht

Bei der Unterscheidung nach Geschlecht zeigt sich sowohl im Mikrozensus als auch im SOEP, daß Frauen häufiger von Armut betroffen sind, wobei sowohl für Männer als auch für Frauen die Armutsquoten im Mikrozensus höher sind. Der Unterschied bei den Männern ist aber etwas größer als bei den Frauen. Die Folge ist, daß im Sozio-ökonomischen Panel der Anteil der Frauen an den Armen mit 56,7% höher ist als im Mikrozensus mit 52,8%. Damit ist im Mikrozensus der Anteil der Frauen an den Armen nur wenig höher als in der Gesamtbevölkerung (51,5%).

Alter

Wird die Betroffenheit von Armut nach dem Alter untersucht, so ist in der Regel festzustellen, daß die jüngsten Altersgruppen die höchsten Armutsquoten haben, und das Armutsrisiko mit zunehmendem Alter sinkt. Dieses Ergebnis findet sich sowohl beim SOEP als auch beim Mikrozensus. Dabei ist allerdings anzumerken, daß dieser Zusammenhang im Mikrozensus deutlich stärker ist als im Sozio-ökonomischen Panel. Die am häufigsten von Armut betroffene Altersgruppe, nämlich die der Kinder, ist im Mikrozensus mit 24,5% der bis zu 7jährigen und 20,1% der 8- bis 15jährigen noch sehr viel häufiger von Armut betroffen. Kinderarmut wird im Sozio-ökonomischen Panel, obwohl hier die Armutsquoten schon mit jeweils etwas über 17% in den beiden genannten Altersgruppen überdurchschnittlich hoch sind, also möglicherweise noch unterschätzt. Ein weiterer Unterschied zum SOEP ist, daß im Mikrozensus die Armutsquoten für Personen über 60 Jahren wieder leicht ansteigen. Das Armutsrisiko für ältere Menschen insgesamt ist aber, wie auch im SOEP, unterdurchschnittlich. Trotz der Unterschiede in bezug auf die Armutsquoten sind die Unterschiede bezüglich der Zusammensetzung der Armutspopulation nach dem Alter relativ gering (vgl. Tabelle 5). In beiden Datensätzen sind etwa 30% der Armen Kinder unter 16 Jahre. Der Anteil der Personen über 60 Jahre ist im Mikrozensus mit ungefähr 14% etwas höher als im SOEP mit ungefähr 12,5%. Entsprechend gibt es im Mikrozensus vergleichsweise etwas weniger Arme zwischen 16 und 60.

Bildung

Wird das Armutsrisiko in Abhängigkeit von der Bildung betrachtet, so ergibt sich auf Grundlage des SOEP das plausible Ergebnis, daß die Betroffenheit von Armut mit steigendem Bildungsniveau sinkt. Ausnahme sind Studierende, die – was nicht überrascht – über ein überdurchschnittliches Armutsrisiko verfügen. Auf Basis des Mikrozensus ist das Ergebnis ähnlich. Allerdings fällt eine Gruppe aus diesem Schema heraus, nämlich diejenigen mit Abitur oder Fachabitur, die weder studieren noch einen Hochschulabschluß haben. Im SOEP hat diese Gruppe mit 3% Armen eine deutlich geringere Armutsquote als Personen mit Realschulabschluß mit einer Armutsquote von 6,3%. Im Mikrozensus ist die

Betroffenheit von Armut bei Personen mit Hochschulreife, die keinen Hochschulabschluß haben und auch nicht studieren, allerdings mit 8,2% deutlich höher als für Personen mit Realschulabschluß (5,9%) und ist so hoch wie bei Personen mit Hauptschulabschluß und Lehre (ebenfalls 8,2%). In beiden Datensätzen liegen die Quoten aber unterhalb der durchschnittlichen Armutsquote. Ein weiterer Unterschied zum SOEP zeigt sich bei der Armutsquote von Studierenden. Während die Armutsquote im Panel mit 13% etwas über dem Durchschnitt liegt, ist sie im Mikrozensus mit 30,0% mehr als doppelt so hoch.¹⁴

Auf die Zusammensetzung der Armutspopulation haben diese Unterschiede aber wiederum nur geringe Auswirkungen, weil sowohl die Gruppe der Personen mit Hochschulreife, die weder studieren noch einen Hochschulabschluß haben, als auch die Gruppe der Studierenden relativ klein ist. In beiden Datensätzen verfügt der überwiegende Teil (jeweils über 70%) der Armen höchstens über einen Hauptschulabschluß. Bei den anderen Gruppen gibt es leichte Unterschiede zwischen dem SOEP und dem Mikrozensus. Im Mikrozensus ist der Anteil mit Realabschluß an den Armen etwas geringer und der mit Hochschulreife etwas höher als im SOEP.

Erwerbstatus

Bezüglich des Erwerbstatus werden die folgenden drei Gruppen unterschieden: Erwerbstätige, Arbeitslose¹⁵ und Nichterwerbspersonen, zu denen hier auch die Kinder gezählt werden. In bezug auf die Betroffenheit von Armut zeigt sich, daß sowohl die Armutsquoten von Nichterwerbstätigen als auch von Arbeitslosen im Mikrozensus höher sind als im SOEP. Arbeitslose haben das höchste Armutsrisiko mit 35% im Mikrozensus und 31,2% auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels. Die Armutsquoten der Nichterwerbstätigen betragen 17,1% (Mikrozensus) bzw. 13,7% (SOEP). Die Armutsquoten von Erwerbstätigen sind mit 5,5% (Mikrozensus) und 5,3% (SOEP) ungefähr gleich. Wird die Zusammensetzung der Armutspopulation betrachtet, so ist zu erkennen, daß der Anteil von Nichterwerbstätigen im Mikrozensus etwas höher ist. Bereits im SOEP sind etwa zwei Drittel (66,3%) der Armen nicht erwerbstätig, wobei wie erwähnt allein 30% der Armen Kinder unter 16 Jahre sind.

¹⁴ Über die Ursachen dafür kann nur spekuliert werden. Zunächst ist zu betonen, daß die Armutsquote im SOEP auf 25 Studierenden beruht, die ein Einkommen unter der Armutsgrenze haben. Darüber hinaus mag es erhebungstechnische Ursachen geben. Im Mikrozensus werden auch Studierende erfaßt, die in Wohnheimen leben. Im SOEP werden Studierende, die in Wohnheimen leben nur dann erfaßt, wenn sie vorher in einem elterlichen Haushalt gelebt und diesen verlassen haben. Des weiteren ist es möglich, daß die Möglichkeit der Proxy-Interviews im Mikrozensus einen Einfluß hat. Beim Mikrozensus ist es möglich, daß Befragte die Informationen zum Einkommen von anderen Haushaltsmitgliedern angeben, während beim SOEP nur echte Individualinterviews stattfinden. Dies könnte dazu führen, daß Einkommen der Studenten unterschätzt werden (vgl. auch Schupp et al. in diesem Band).

¹⁵ Nichterwerbstätige, die arbeitslos gemeldet sind.

10% der Armen im Mikrozensus sind arbeitslos, etwas weniger als im Panel mit 11,9%. Die Vermutung, daß arbeitslose Arme im SOEP unterrepräsentiert wären, bestätigt sich deshalb nicht. Trotz des geringeren Armutsrisikos gibt es in beiden Datensätzen etwa doppelt so viele erwerbstätige wie arbeitslose Arme. Etwa ein Fünftel aller Armen sind erwerbstätig, im Mikrozensus ist der Anteil etwas niedriger (18,8%) im SOEP etwas höher (21,8%).

Nationalität¹⁶

Eine Gruppe, von der sich aufgrund von mangelnder Bereitschaft (Zugehörigkeitsgefühl) und Fähigkeit (Sprachkenntnisse, Bildung), an Befragungen teilzunehmen, vermuten läßt, daß sie möglicherweise im SOEP unterrepräsentiert ist, ist die der armen Ausländer. Tatsächlich ist die Armutsquote der Nichtdeutschen, die im SOEP bei 29,3% liegt, im Mikrozensus mit 33,2% höher. Allerdings ist umgekehrt der Anteil der Ausländer an den Armen im Mikrozensus etwas geringer, nämlich nur 26%, während er im SOEP 29% beträgt. Dies liegt daran, daß der Anteil von Nichtdeutschen insgesamt im SOEP mit 10,8% gegenüber 9,8% im Mikrozensus etwas höher ist.

Haushaltsgröße

Ein typisches Ergebnis von Armutsanalysen mit dem SOEP ist, daß das Armutsrisiko mit steigender Haushaltsgröße zunimmt, wobei allerdings Einpersonenhaushalte ein etwas höheres Armutsrisiko haben als Zweipersonenhaushalte. Dies gilt auch bei Verwendung der Mikrozensus-Methode. Die Ergebnisse im Mikrozensus sind im Prinzip ähnlich, wobei jedoch zwei Anmerkungen gemacht werden müssen. Erstens ist die Armutsquote von Alleinstehenden deutlich höher. Während die Quote im SOEP nur 7,4% beträgt, beträgt sie im Mikrozensus 12,5%. Zweitens ist für die anderen Haushalte die Abhängigkeit der Armutsquote von der Haushaltsgröße im Mikrozensus stärker als im SOEP. Insbesondere die großen Haushalte mit mehr als 5 Personen sind im Mikrozensus deutlich stärker von Armut betroffen. Im Mikrozensus ist die Armutsquote fast ein Viertel (24,6%), während sie im SOEP „nur“ 17,1% beträgt. Was die Zusammensetzung der Armutspopulation angeht, ist es aber eher so, daß der Anteil der kleineren Haushalte an den Armen im Mikrozensus höher ist, insbesondere der der Einpersonenhaushalte mit 17,2% im Vergleich zu 10,3% (vgl. Tabelle 5).

16 Auch im SOEP wird die individuelle Nationalität zugrunde gelegt und nicht die Zugehörigkeit zur Stichprobe B, die Personen enthält, die in Haushalten mit einem Haushaltsvorstand aus den typischen Gastarbeiterländern, also Türkei, Spanien, (ehemaliges) Jugoslawien, Griechenland und Italien leben.

Tabelle 4: Betroffenheit von Armut nach soziodemographischen Merkmalen in Westdeutschland

	Mikro- zensus	SOEP		
		(1)	(2)	(3)
Gesamt	12,5	11,0	11,0	10,5
Geschlecht				
Männlich	12,2	10,0	10,1	9,7
Weiblich	12,8	11,7	11,7	11,1
Alter				
0-7	24,5	17,4	16,5	15,8
8-15	20,1	17,1	19,0	18,2
16-30	15,3	13,5	13,2	12,8
31-45	11,4	9,3	9,4	8,9
46-60	6,8	7,8	8,2	7,7
61-75	8,1	6,8	6,0	5,7
über 75	10,4	(7,2)	(6,9)	(6,5)
Bildung				
höchstens Hauptschule ohne Lehre	18,7	15,7	15,2	14,6
höchstens Hauptschule mit Lehre	8,2	7,2	6,8	6,4
Realschule	5,9	6,3	6,1	5,7
Hochschulreife	8,2	(3,0)	(3,9)	(3,5)
Studentin/Student	30,7	(12,9)	(12,4)	(12,4)
Hochschulabschluß	3,5	3,9	3,8	3,8
Erwerbsstatus				
Erwerbstätig	5,3	5,5	5,7	5,4
Arbeitslos	35,0	31,2	30,8	30,2
Nichterwerbsperson	17,1	13,7	13,6	12,9
Nationalität				
deutsch	10,3	8,7	8,4	8,0
andere	33,2	29,3	31,0	29,6
Haushaltsgröße				
1	12,5	7,4	7,4	7,2
2	7,6	6,1	5,6	5,0
3	9,4	11,8	11,0	10,4
4	16,3	14,1	12,3	12,3
5 und mehr	24,6	17,1	22,0	20,6
Haushaltstyp				
Alleinstehend	12,5	7,4	7,4	7,2
Alleinerziehende	42,5	40,8	42,4	40,8
Paar ohne Kind	6,4	3,9	3,3	3,0
Paar m. Kind unter 16	18,0	12,7	13,5	13,2
Paar m. Kindern, alle über 16	5,5	10,2	10,8	10,8
sonstige	9,2	18,4	15,0	12,3

Quelle: SOEP 1995 (inkl. Zuwanderer Stichprobe), Mikrozensus 1995, eigene Berechnungen (gewichtet), Zahlen in Klammern: ungewichtete Fallzahl unter 30. (1), (2), (3): siehe Anmerkungen zu Tabelle 3, nur „unbereinigtes“ Haushaltsnettoeinkommen.

Tabelle 5: Zusammensetzung der Armutspopulation und der Gesamtpopulation in Westdeutschland

	Armutspopulation*		Insgesamt	
	Mikrozensus	SOEP	Mikrozensus	SOEP
Geschlecht				
männlich	47,2	43,3	48,5	47,1
weiblich	52,8	56,7	51,5	52,9
Alter				
0-7	16,7	15,6	8,5	9,8
8-15	13,1	15,1	8,2	9,6
16-30	24,5	23,7	20,0	19,1
31-45	20,6	20,0	22,5	23,4
46-60	11,1	13,0	20,5	18,3
61-75	9,5	8,6	14,8	13,8
über 75	4,6	(3,9)	5,5	6,0
Bildung				
höchstens Hauptschule ohne Lehre	39,8	40,0	21,6	21,2
höchstens Hauptschule mit Lehre	29,4	31,0	36,5	35,8
Realschule	12,5	16,4	21,6	21,6
Hochschulreife	5,4	(2,5)	6,7	6,9
Studentin/Student	9,3	(4,6)	3,1	3,0
Hochschule	3,6	5,5	10,5	11,6
Erwerbstatus				
erwerbstätig	18,8	21,8	44,2	43,4
arbeitslos	10,0	11,9	3,6	4,1
Nichterwerbsperson	71,2	66,3	52,2	52,5
Nationalität				
deutsch	74,0	71,0	90,2	89,2
andere	26,0	29,0	9,8	10,8
Haushaltsgröße				
1	17,2	10,3	17,2	15,1
2	18,0	15,0	29,7	26,8
3	15,5	22,6	20,6	20,9
4	28,5	30,4	21,8	23,4
5 und mehr	20,8	21,7	10,6	13,8
Haushaltstyp				
Alleinstehend	17,2	10,3	17,2	15,1
Alleinerziehend	9,0	11,5	2,7	3,1
Paar ohne Kind	11,3	8,2	22,0	23,0
Paar m. Kind unter 16	49,8	44,6	34,6	38,2
Paar m. Kindern, alle über 16	6,6	11,9	15,2	12,7
sonstige	6,1	13,6	8,2	8,0

Quelle: SOEP 1995 (inkl. Zuwandererstichprobe), Mikrozensus 1995, eigene Berechnungen (gewichtet), Zahlen in Klammern: ungewichtete Fallzahl unter 30.

*) : Nur „Mikrozensus-Methode“, siehe Anmerkung zu Tabelle 3.

Haushaltstyp

Werden die Haushaltstypen genauer betrachtet, so ist zunächst zu erkennen, daß für Alleinerziehende¹⁷ auch im Mikrozensus die höchste Betroffenheit von Armut zu beobachten ist. Die Armutsquoten betragen in beiden Datensätzen etwas über 40%. Für die anderen Haushaltstypen gibt es aber Unterschiede zwischen dem Mikrozensus und dem SOEP. Erwähnt wurde bereits, daß Alleinstehende auf Basis des Mikrozensus häufiger arm sind. Das gleiche gilt für Paare mit Kindern unter 16 Jahren, die im Mikrozensus mit ungefähr 18% die zweithöchste Armutsquote haben. Die Armutsquote dieser Haushalte beträgt im SOEP nur 12,7%. Auf der anderen Seite beträgt die Betroffenheit von Armut bei Paaren mit Kindern, die alle schon über 16 Jahre alt sind, und bei den sonstigen Haushalten etwa die Hälfte wie im SOEP.

Was die Zusammensetzung der Armutspopulation angeht, ist festzustellen, daß im Mikrozensus fast die Hälfte der Armen zu der Gruppe der Paarhaushalte mit Kindern unter 16 Jahren gehört. Auch im SOEP ist dies die größte Gruppe unter den Armen mit 44,6%. Etwa jeweils zehn Prozent der Armen gehören zu Alleinerziehenden-Haushalten bzw. sind Paare ohne Kinder, wobei letztere etwas häufiger im Mikrozensus vertreten sind, und die Alleinerziehenden etwas häufiger im SOEP.

Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzustellen, daß - unter der Annahme, daß der Mikrozensus in bezug auf Armut repräsentativer ist als das SOEP - in der Tat die Armut mit dem SOEP wohl etwas unterschätzt wird. Auf Basis des Mikrozensus ergeben sich zumindest für West- und Gesamtdeutschland höhere Armutsquoten. Was die besonders betroffenen Risikogruppen betrifft, so sind diese im SOEP und im Mikrozensus weitgehend identisch. Auffällig ist allerdings, daß einige besonders stark von Armut betroffene Gruppen im Mikrozensus höhere Armutsquoten haben als im SOEP, vor allem Kinder, aber auch Nichterwerbspersonen und Ausländer. Die Vermutung, daß besonders Arme mit niedriger Bildung im SOEP unterrepräsentiert wären, bestätigt sich hingegen nicht. Im Gegenteil, es sind eher besser Gebildete, die im SOEP seltener als im Mikrozensus arm sind.

Auf die Zusammensetzung der Armutspopulation hat dies in der Regel keinen gravierenden Einfluß. Der Anteil an den Armen ist aber insbesondere für folgende Gruppen im Mikrozensus größer: Männer, Nichterwerbspersonen, Alleinstehende und Paare mit Kin-

¹⁷ Haushalte mit genau einer Person über 16 und mit mindestens einem Kind unter 16 Jahren. „Alleinerziehende“, die mit anderen erwachsenen Personen zusammenleben, werden hier nicht als Alleinerziehende gezählt.

dem unter 16 Jahren. Alles in allem sind sowohl die Unterschiede bezüglich der Armutsquoten als auch der Zusammensetzung der Armutspopulation aber eher gering.

6. Ein Beispiel für die Möglichkeiten des Mikrozensus zur Armutforschung: die regionale Verteilung von Armut

Neben den vermuteten Problemen bezüglich der Repräsentativität, gibt es im SOEP bei differenzierteren Analysen das Problem der kleinen Fallzahlen. Dies soll am Beispiel der regionalen Verteilung der Armut in Deutschland verdeutlicht werden. Dabei beschränken wir uns auf die Betroffenheit von Armut in den einzelnen Bundesländern und vergleichen die Ergebnisse des SOEP mit denen des Mikrozensus (Tabelle 6). Für die Untersuchung regionaler Unterschiede stand bisher meist nur die Sozialhilfestatistik zur Verfügung. Die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik sind daher ebenfalls in Tabelle 6 aufgeführt.

Übliches Ergebnis ist, daß in Bayern und Baden-Württemberg die Sozialhilfequoten relativ niedrig sind. Besonders hoch sind sie in den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin. Werden nun die Armutsquoten auf Basis des Mikrozensus betrachtet, so schneiden auch hier Bayern und Baden-Württemberg gut ab. Zusätzlich hat aber auch Schleswig-Holstein eine relativ geringe Armutsquote. Die höchste Armutsquote hat Bremen. Die beiden anderen Stadtstaaten liegen, was die Einkommensarmut angeht, aber weitaus besser als auf Basis der Sozialhilfezahlen zu vermuten wäre. Hamburg hat sogar die viertniedrigste Armutsquote, nur etwas mehr als Baden-Württemberg, während sich Berlin (West) etwa im Mittelfeld befindet. Besonders schlecht schneiden neben Bremen das Saarland, Rheinland-Pfalz sowie Nordrhein-Westfalen ab. Während das Saarland eine relativ hohe Sozialhilfequote hat, ist das Ergebnis für Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen überraschend. Dabei ist anzumerken, daß Armut und Sozialhilfebezug ja nicht unbedingt übereinstimmen müssen. Dafür sind im wesentlichen zwei mögliche Ursachen zu nennen. Erstens kann es sein, daß die Anteile der verdeckt Armen regional unterschiedlich verteilt sind. Zweite denkbare Ursache sind unterschiedliche Mietniveaus. Da die Sozialhilfe die Miete voll übernimmt, kann es sein, daß in Gegenden mit hohen Mieten auch ein relativ hohes Einkommen noch zum Bezug von Sozialhilfe berechtigt. Das Mietniveau spielt jedoch für die Berechnung der relativen Einkommensarmut keine Rolle.

Im Vergleich zu den Ergebnissen des Mikrozensus und der Sozialhilfestatistik ist zu erkennen, daß die auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels berechneten Armutsquoten für die einzelnen Bundesländer teilweise sehr weit von diesen anderen Ergebnissen abweichen. Lediglich die höchste Armutsquote von Bremen scheint gut zu passen. Allerdings beruht dieses Ergebnis nur auf 26 armen Personen in Bremen. Auch bei den anderen Bundesländern sind die Fallzahlen so klein, daß bereits die globale Armutsquoten mit

einem hohen Stichprobenfehler behaftet sind. Darüber hinaus fällt auf, daß die Streuung der regionalen Armutsquoten auf Basis des SOEP weitaus größer ist als im Mikrozensus oder in der Sozialhilfestatistik. Es scheint also so zu sein, daß die regionalen Unterschiede nicht so groß sind, wie die Ergebnisse auf Basis des Panels vermuten lassen. Schließlich zeigen die angegebenen Fallzahlen, daß eine differenziertere Analyse mit dem Panel nicht möglich ist. Anders dagegen beim Mikrozensus. Hier reichen die Fallzahlen aus, um auch noch weitere Teilpopulationen zu untersuchen.

Tabelle 6: Regionale Verteilung von Armut

Bundesland	Mikrozensus ¹			SOEP ²			Sozialhilfe ³	
	%	Rang	Fälle	%	Rang	Fälle	%	Rang
Westdeutschland								
Bayern	10,5	1	7163	7,9	2	208	1,8	1
Schleswig-Holstein	10,8	2	1607	8,1	3	35	4,1	6
Baden-Württemberg	11,4	3	6207	11,4	6	263	2,2	2
Hamburg	11,7	4	1022	3,0	1	5	7,7	11
Hessen	12,3	5	3803	9,2	5	143	4,1	5
Berlin-West	13,3	7	1599	13,9	7	78	6,1	9
Niedersachsen	13,4	6	5501	15,1	8	217	4,2	7
Nordrhein-Westfalen	13,9	8	11802	8,9	4	387	3,5	4
Saarland	14,1	9	820	18,4	9	143	4,8	8
Rheinland-Pfalz	14,7	10	3385				3,0	3
Bremen	14,9	11	551	29,4	10	26	6,6	10
Ostdeutschland								
Sachsen	7,3	1	1955	9,6	4	126	1,4	1
Thüringen	8,4	2	1238	10,2	5	68	1,5	2
Sachsen-Anhalt	8,8	3	1364	7,3	2	72	2,1	5
Berlin-Ost	9,0	4	594	6,5	1	21	3,0	6
Brandenburg	9,2	5	1394	7,9	3	58	1,7	3
Mecklenburg-Vorpommern	9,7	6	1021	10,6	6	41	1,9	4

1: Quelle: Mikrozensus 1995, eigene Berechnungen (gewichtet), Fallzahlen sind ungewichtet.

2: Quelle: SOEP 1995 (inkl. Zuwandererstichprobe), eigene Berechnungen (gewichtet), Fallzahlen sind ungewichtet, Saarland und Rheinland-Pfalz sind im SOEP zusammengefaßt, zur Bestimmung der Armutsquote wird nur die Mikrozensus-Methode verwendet, siehe Anmerkung zu Tabelle 3.

3: Quelle: Statistisches Bundesamt 1997: S. 46.

7. Zusammenfassende Diskussion der Möglichkeiten und Probleme von Armutsanalysen mit dem Mikrozensus

Auch wenn hier gezeigt wurde, daß Armutsanalysen mit dem Mikrozensus durchaus möglich sind, so ist doch zu betonen, daß dies nur unter sehr starken Einschränkungen der Fall ist. Das Hauptproblem ist die ungenaue Einkommensmessung. Es steht lediglich das Haushaltsnettoeinkommen in gruppierter und zensierter Form zur Verfügung. Informationen über weitere, zum Beispiel nicht monetäre Einkommensbestandteile, gibt es nicht.¹⁸

Daß die Einkommensangaben nur klassiert vorliegen, scheint nach den hier vorgestellten Ergebnissen eher das geringere Problem zu sein. Die präsentierten Ergebnisse auf Basis des SOEP unterscheiden sich nur geringfügig, auch wenn die Armutspopulation aufgrund von ungenauen Armutsgrenzen nur grob abgeschätzt wird. Allerdings ist häufig die Auswahl der armutsrelevanten Einkommensklasse nicht eindeutig, sie hat aber sowohl Auswirkungen auf die Höhe der globalen Armutsquote als auch auf die Armutsquote von Teilgruppen und die Zusammensetzung der Armutspopulation.

Außerdem ist als weiteres Manko zu vermerken, daß aufgrund der Einkommensklassierung nur unter starken Annahmen ein durchschnittliches Einkommen berechnet werden kann. Um diese Annahmen zu vermeiden, muß auf andere Datensätze zurückgegriffen werden. Ob das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen in anderen Datensätzen repräsentativ ist, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Es ist aber zu vermuten, daß in Umfragen aufgrund des Fehlens besonders hoher Einkommen das Durchschnittseinkommen und die Armutsgrenze wohl eher unterschätzt werden.

Die *Armutsquoten* auf Basis des Mikrozensus dürfen daher nicht „auf die Goldwaage gelegt“ werden. Allerdings haben Analysen mit dem Mikrozensus zwei wesentliche Vorteile. Erstens kann überprüft werden, ob Ergebnisse, die z.B. mit dem SOEP erzielt werden, repräsentativ sind. Es war beispielsweise zu erkennen, daß die globale Armutsquote im SOEP eher unterschätzt wird. Der Mikrozensus kann dafür genutzt werden, die Validität von Armutsanalysen auf Basis des SOEP zu überprüfen. Andererseits hat sich aber auch gezeigt, daß das SOEP sehr wohl für Armutsanalysen geeignet ist. Es werden sehr ähnliche Risikogruppen identifiziert und auch die Zusammensetzung der Armutspopulation ist bis auf wenige Ausnahmen recht ähnlich zum Mikrozensus.

Der zweite Vorteil des Mikrozensus für Armutsanalysen besteht aber vor allem darin, daß es möglich ist, mit dem Mikrozensus aufgrund seiner Größe auch Subpopulationen der

¹⁸ Außerdem ist unklar, welche Auswirkungen das Verfahren der Generierung des Haushaltseinkommens auf Basis der individuellen Nettoeinkommen hat, das vom Statistischen Bundesamt verwendet wird (siehe Fußnote 5).

armen Haushalte (Alleinerziehende, Arbeitslose, Erwerbstätige, Arme in einem Bundesland etc.) genauer zu untersuchen. Anhand des Beispiels der regionalen Verteilung von Armut war zu sehen, daß bei differenzierten Analysen die Ergebnisse auf Basis des SOEP mit einem sehr hohen Stichprobenfehler behaftet sind.

Korrespondenzadresse

Wolfgang Strengmann-Kuhn
Goethe-Universität Frankfurt/Main
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
Institut für Volkswirtschaftslehre
Mertonstr. 17
60054 Frankfurt/Main
strengmann@wiwi.uni-frankfurt.de

Literatur

- Andréß, H.-J./Burkatzki, E./Lipsmeier, G./Salentin, K./Schulte, K./Strengmann-Kuhn, W., 1999: *Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Faik, J., 1997: Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen - Eine Modifizierung der Sozialhilfeskala. S. 13-42 in: Becker, I./Hauser, R. (Hrsg.), *Einkommensverteilung und Armut in Deutschland*. Frankfurt/Main: Campus.
- Habich, R./Krause, P., 1997: *Armut*. S. 515-525 in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport 1997*. München und Landsberg am Lech: Bonn Aktuell.
- Hagenaars, Aldi J.M., 1986: *The Perception of Poverty*. Amsterdam: Elsevier.
- Hartmann, P./Schimpl-Neimanns, B., 1992: Sind Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten möglich? Analysen zur Repräsentativität einer Sozialforschungsumfrage. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 44: 315-346.
- Hartmann, P./Schimpl-Neimanns, B., 1993: Affirmative „Repräsentativitäts“beweise oder Test konkreter Hypothesen zu Verteilungsabweichungen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45: 359-365.
- Hauser, R., 1996: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung. S.13-38 in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Wohlfahrtsmessung - Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel. Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 16./17. November 1995 in Wiesbaden*. Band 29 der Schriftenreihe der Bundesstatistik. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Hauser, R., 1997a: Armut, Armutsgefährdung und Armutsbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland. S. 524-548 in: Kleinhenz, G./Lampert, H./Oberhauser, A. (Hrsg.), *Sozialstaat Deutschland. Themenheft der Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Band 216, Heft 4+5. Stuttgart: Lucius & Lucius.

Hauser, R., 1997b: Die Entwicklung der Einkommensverteilung und Einkommensarmut in den alten und neuen Bundesländern 1990 bis 1995. S. 63-82 in: Becker, I./Hauser, R. (Hrsg.), Einkommensverteilung und Armut in Deutschland. Frankfurt/Main: Campus.

Hauser, R./Wagner, G., 1997: Die Einkommensverteilung in Ostdeutschland: Darstellung und Determinanten im Vergleich zu Westdeutschland für die Jahre 1990 bis 1994. S. 11-61 in: Glatzer, W./Kleinhenz, G. (Hrsg.), Wohlstand für alle? Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW). Beiträge zum Bericht 2 „Ungleichheit und Sozialpolitik“. Band 2.1. Opladen: Leske + Budrich.

Jenkins, S., 1991: Poverty Measurement and the Within Household Distribution: Agenda for Action. *Journal of Social Policy*, 20, 4, 457-483.

Lipsmeier, G., 1993: Zur Repräsentation des unteren Einkommensbereichs im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP). Arbeitspapier Nr. 10 des DFG-Projekts „Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich“ an der Universität Bielefeld.

Plug, Erik J.S./Krause, P./van Praag, Bernard M.S./Wagner, G., 1997: Measurement of Poverty - Exemplified by the German Case. S. 69-89 in: Ott, N./Wagner, G., (Hrsg.), *Income Inequality and Poverty in Eastern and Western Europe*. Heidelberg: Physica.

Projektgruppe Das Sozio-ökonomische Panel, 1998: Funktion und Design einer Ergänzungsstichprobe für das Sozio-ökonomische Panel (SOEP). Diskussionspapier des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Nr. 163. Berlin.

Rendtel, U., 1995: Lebenslagen im Wandel: Panelfälle und Panelrepräsentativität. Frankfurt/Main: Campus.

Rendtel, U. /Pötter, U., 1993: „Empirie“ ohne Daten. Kritische Anmerkungen zu einer Repräsentationsstudie über den ALLBUS. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45: 350-358.

Rendtel, U./Wagner, G./Frick, J., 1995: Eine Strategie zur Kontrolle von Längsschnittgewichten in Panelerhebungen - Das Beispiel des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). *Allgemeines Statistisches Archiv*, 79: 252-277.

Ringen, S., 1988: Direct and Indirect Measures of Poverty. *Journal of Social Policy* 17, 3: 351-365.

Schupp, J. /Wagner, G., 1995: Die Zuwanderer-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 64: 16-25.

Statistisches Bundesamt 1997: Sozialhilfe 1995. Fachserie 13. Reihe 2. Stuttgart: Metzler-Poeschel.